

Protokoll

32. Parteitag der CDU Deutschlands

22. – 23. November 2019, Leipzig

Protokoll

**32. Parteitag der CDU Deutschlands
22. – 23. November 2019, Leipzig**

Inhalt

	Seite
Eröffnung	5
Wahl des Tagungspräsidiums	11
Beschlussfassung über die Tagesordnung	14
Bestätigung der Antragskommission	15
Wahl der Mandatsprüfungskommission	15
Wahl der Stimmzählkommission	15
Grußworte	
■ Grußwort des Vorsitzenden der CDU Sachsen, Ministerpräsident Michael Kretschmer MdL	16
■ Grußwort des Oberbürgermeisters der Stadt Leipzig Burkhard Jung	20
■ Grußwort der designierten Präsidentin der Europäischen Kommission Dr. Ursula von der Leyen	23
■ Grußwort der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB	30
Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands Bundesministerin Annegret Kramp-Karrenbauer	34
Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden	60
Bericht der Mandatsprüfungskommission	114
Nachwahl einer/eines stellvertretenden Vorsitzenden der CDU Deutschlands	114
Parallele Programmdebatten und Auswertung Antrag des Bundesvorstandes „Nachhaltigkeit, Wachstum, Wohlstand – Die Soziale Marktwirtschaft von morgen“	118
Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschland Paul Ziemiak MdB, zugleich Einführung in die Anträge des Bundesvorstandes	123
Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs	130
Beschlussfassung und Beratung der sonstigen Anträge	143

Bericht des Mitgliederbeauftragten der CDU Deutschlands Henning Otte MdB, zugleich Verleihung des Preises für innovative Parteiarbeit	175
Leipziger Erklärung	178
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament Daniel Caspary MdEP	181
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag Ralph Brinkhaus MdB	198
Grußwort	
■ Grußwort des Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union in Bayern Ministerpräsident Dr. Markus Söder MdL	215
Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands und Vorlage des Rechenschafts- berichtes 2017 gemäß § 23 Abs. 2 Parteiengesetz Dr. Philipp Murmann	250
Bericht der Rechnungsprüfer	253
Schlusswort	274

Freitag, 22. November 2019
Erste Plenarsitzung
(Beginn: 10.36 Uhr)

TAGESORDNUNGSPUNKT 1:

Eröffnung

Annegret Kramp-Karrenbauer, Vorsitzende der CDU: Liebe Freundinnen und Freunde, herzlich willkommen zu unserem diesjährigen Bundesparteitag hier in Leipzig. Ich freue mich, dass Sie alle gekommen sind, und ich freue mich auf spannende Begegnungen auf diesem Parteitag. Wir haben uns viel vorgenommen, nicht nur wir beide, sondern wir alle miteinander; denn dieser Parteitag soll ein Arbeitsparteitag werden, und, glauben Sie mir, zu arbeiten haben wir genug.

(Beifall)

Paul Ziemiak, Generalsekretär der CDU: Auch ich freue mich, dass wir hier in Leipzig zusammenkommen. Wir haben viel zu tun, wir haben viel zu arbeiten; aber es ist ja auch eine Art Familientreffen der CDU. Wir haben uns gestern bei den Abenden der Landesverbände und der Landesvereinigungen schon getroffen. Es warten spannende Anträge auf uns, spannende und auch kontroverse Debatten. Ich bin froh, dass wir diesen Parteitag heute so begonnen haben, wie das bei der CDU üblich ist, nämlich mit einem ökumenischen Gottesdienst hier in der Nikolaikirche in Leipzig.

Annegret Kramp-Karrenbauer, Vorsitzende der CDU: Das war für alle, die dabei waren, und auch für mich ein ganz besonders bewegender Gottesdienst an diesem historischen Ort, der Nikolaikirche: 30 Jahre nach dem Fall der Mauer, 30 Jahre nach den Friedensgebeten, nach den Demonstrationen hier in Leipzig. Dieser Gottesdienst hat mir, hat uns allen noch einmal sehr bewusst gemacht, dass wir auf das Erreichte stolz sein können und dass vor allen Dingen diejenigen, die damals den Mut hatten, auf die Straße zu gehen, sich dort in der Kirche zu treffen, stolz sein können auf das, was sie geleistet haben. Wir haben die Verpflichtung, im Sinne dieses Mutes weiterzumachen.

(Beifall)

Es ist für uns nicht nur eine Tradition, sondern es ist für uns etwas Besonderes, dass wir unsere Parteitage mit einem Gottesdienst beginnen. Das ist uns wichtig, weil wir die Botschaft, die hinter dem C steht wichtig nehmen. So sehr wir uns freuen, dass unser C den Weg hierher gefunden hat:

(Beifall)

Wichtig ist nicht, dass wir diese Debatte auf Twitter gewinnen; wichtig ist, dass wir mit unserer Politik diesem C jeden Tag gerecht werden. Dieser Parteitag soll dazu einen entsprechenden Beitrag leisten.

(Beifall)

Ich darf mich herzlich bei Bischof Timmerewers und Oberlandeskirchenrat Daniel für diesen schönen Gottesdienst bedanken. Ich bedanke mich auch bei all denjenigen, die an der Vorbereitung und der Durchführung mitgewirkt haben. Es war ein ganz besonderer Moment.

In diesem Zusammenhang möchte ich heute sozusagen als Stammgäste die Prälaten Jüsten und Dutzmann ganz herzlich willkommen heißen. Sie gehören schon immer zu unserem Parteitag dazu: Herzlich willkommen Ihnen Beiden.

(Beifall)

Ich freue mich, dass Claudia Lücking-Michel als ZdK-Vizepräsidentin bei uns sein kann. Ich sende von hier aus viele Grüße zur ZdK-Versammlung, die zeitgleich in Bonn stattfindet.

(Beifall)

Dort sind auch viele unserer Mitglieder sehr aktiv und engagiert.

Die Union ist nicht nur eine starke Kraft in den Kommunen, in den Ländern und im Bund. Nein, CDU und CSU sind Parteien in Deutschland, die sich von Anfang an für ein starkes Europa eingesetzt haben. Deswegen freue ich mich ganz besonders, dass heute der Vorsitzende der EVP-Fraktion, unser Freund Manfred Weber, bei uns zu Gast ist. Lieber Manfred, herzlich willkommen bei deiner CDU.

(Beifall)

Natürlich freue ich mich und begrüße genauso herzlich Ursula von der Leyen, die designierte Präsidentin der Europäischen Kommission. Liebe Ursula, herzlich willkommen.

(Beifall)

Wir gratulieren dir zu dieser neuen Aufgabe. Wir drücken dir die Daumen. Wir wünschen dir alles Gute. Denn wenn du das gut machst, dann ist das auch gut für Deutschland. Aber wir wollen dich heute auch verabschieden. Heute stellst du dein Amt als stellvertretende Parteivorsitzende zur Verfügung: 15 Jahre engagierte Mitarbeit, die unsere Partei weit nach vorne gebracht hat. Vielen herzlichen Dank und alles Gute für die Zukunft.

(Beifall)

Sehr herzlich begrüße ich an dieser Stelle den Vorsitzenden der Partido Popular, Herrn Pablo Casado Blanco, herzlich willkommen hier bei der CDU.

(Beifall)

Paul Ziemiak, Generalsekretär der CDU: Wir sind nicht nur CDU, sondern wir sind die Union. Deswegen freuen wir uns ganz besonders auf den morgigen Besuch des Bayerischen Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der CSU, Markus Söder.

(Beifall)

Ich freue mich ganz besonders, dass der Chef der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag heute da ist, herzlich willkommen Alexander Dobrindt.

(Beifall)

Ich bedanke mich für die Gastfreundschaft hier in Leipzig. Ich bedanke mich bei dem Geschäftsführer der Messe Leipzig, Herrn Martin Buhl-Wagner. Es ist toll, dass wir hier sein dürfen; das hat ja eine gewisse Tradition. Aller guten Dinge sind vier: Zum vierten Mal sind wir mit unserem Bundesparteitag hier in Leipzig. Dieses Jahr, das 30. Jahr nach dem Fall der Mauer, ist ein ganz besonderes Jahr. Deswegen freuen wir uns sehr, 30 Jahre nach der friedlichen Revolution hier ein starkes Zeichen als CDU zu setzen.

Annegret Kramp-Karrenbauer, Vorsitzende der CDU: Unser Leitantrag heute dreht sich um das Thema Soziale Marktwirtschaft. Wir begrüßen heute Gäste unter uns, die mit dem Thema Soziale Marktwirtschaft und mit dem Thema Sozialpartnerschaft verbunden sind.

Ich darf beginnen mit Steffen Kampeter, dem Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände. Lieber Herr Kampeter, lieber Steffen, herzlich willkommen bei der CDU.

(Beifall)

Ebenso herzlich willkommen heißen darf ich Joachim Lang, den Hauptgeschäftsführer und Mitglied des Präsidiums beim Bundesverband der Deutschen Industrie. Ich freue mich, dass der Vorsitzende der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft, Verdi, Frank Werneke, und dass der Bundesvorsitzende des DBB Beamtenbund und Tarifunion, Ulrich Silberbach, bei uns sind. Wir sind eine Union. Wir haben für beide Seiten der Sozialpartnerschaft Platz. Herzlich willkommen hier bei uns.

(Beifall)

Für den Deutschen Industrie- und Handelskammertag begrüße ich Martin Wansleben und für den Zentralverband des Deutschen Handwerks den Generalsekretär Holger Schwannecke. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen.

(Beifall)

Als Kommunalpartei freuen wir uns natürlich über den Besuch der Hauptgeschäftsführerin des Verbandes kommunaler Unternehmen. Liebe Katherina Reiche, schön, dass du wieder mit dabei bist.

(Beifall)

Paul Ziemiak, Generalsekretär der CDU: Wir haben wie immer eine Reihe von Vertretern aus der Wissenschaft, der Zivilgesellschaft und von Verbänden hier auf diesem Bundesparteitag. Stellvertretend nenne ich den Präsidenten der Hochschulrektorenkonferenz, Peter-André Alt. Ich begrüße den Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes, Bernhard Krüsken.

(Vereinzelt Beifall)

Ich freue mich sehr, dass heute Evelin Schulz als Geschäftsführerin der Tafel Deutschland hier in Leipzig ist.

(Beifall)

Ebenso begrüße ich – das ist mir eine besondere Freude – den Präsidenten der Bundesarbeitsgemeinschaft der Migrantenverbände, unseren Freund Ali Ertan Toprak.

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Vorsitzender der CDU: Was wären wir, was wäre unser Land ohne all die Frauen und Männer, die jeden Tag für unsere Sicherheit sorgen? Ich freue mich daher sehr, dass wir auch heute wieder Vertreter der Sicherheitskräfte und der Bundeswehr begrüßen können. Stellvertretend nenne ich den Vorsitzenden des Deutschen Bundeswehrverbandes, André Wüstner. Herzlich willkommen hier bei der CDU!

(Beifall)

Ich begrüße Rainer Wendt, den Bundesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft, sowie den Präsidenten des Verbandes der Reservisten der Bundeswehr, unseren Parteifreund Patrick Sensburg. Herzlich willkommen hier in unserer Mitte!

(Beifall)

Herzlich willkommen auch dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, Herrn Dirk Peglow. Auch Sie sind herzlich willkommen in unserer Mitte!

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben auch heute – weil wir eine Unionsfamilie sind – wieder Besuch von vielen langjährigen Mitgliedern und Wegbegleitern. Stellvertretend für viele, die heute hier im Saal sind, darf ich ganz herzlich willkommen heißen Kurt und Ingrid Biedenkopf, Rita Süßmuth und Bernhard Vogel. Ihnen allen, euch allen ein herzliches Willkommen. Schön, dass ihr hier seid. Ihr gehört zu uns und steht für eine gute Tradition unserer Partei.

(Beifall)

Für eine Person ist das heute sicherlich ein ganz ungewohntes, aber wahrscheinlich ein umso befreiteres Gefühl: Lieber Klaus Schüler, ich kann mir vorstellen, dass du diesen Parteitag auf eine ganz andere Weise erlebst als all die Parteitage vorher. Ich kann dir nur sagen: Genieße es und freue dich! Herzlich willkommen im Saal!

(Beifall)

Ich möchte heute hier einen besonderen Gast willkommen heißen. Wir haben am 2. Juni unseren Parteifreund Walter Lübcke verloren. Er ist Opfer eines feigen Mordes geworden. Ich freue mich sehr – das ist ein besonderes Zeichen der Verbundenheit –, dass sein Sohn Christoph heute zu Gast auf dem Parteitag ist. Lieber Herr Lübcke, seien Sie herzlich willkommen! Wir sind heute hier vereint, auch im Gedenken an ihren Vater.

(Anhaltender Beifall)

Paul Ziemiak, Generalsekretär der CDU: Es ist schwierig, jetzt den Übergang zu gestalten. – Wir sind hier in Leipzig, wir sind bei der Union. Ich freue mich vor allem, die Sachsen zu sehen.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, wir sind nicht nur wegen der Sachsen hier, nicht nur wegen Michael Kretschmer hier, sondern wir sind vor allem auch hier in Leipzig, um unseren Freund Sebastian Gemkow zu unterstützen, der in wenigen Tagen Oberbürgermeister dieser Stadt werden soll. Ihm unsere volle Unterstützung vom Parteitag der CDU Deutschlands! Lieber Sebastian, alles, alles Gute!

(Beifall)

Wir haben uns viel vorgenommen für diesen Parteitag. Sie werden einige Neuerungen sehen, nicht nur in der Kommunikation, sondern auch in der Frage, wie wir abstimmen; dazu später mehr. Ich möchte Sie ganz herzlich einladen: Besuchen Sie den Stand des Konrad-Adenauer-Hauses! Wir haben einiges für Sie vorbereitet. Sie können dort mit dem, was wir vorbereitet haben, und zusammen mit Ihren Social-Media-Kanälen das eine oder andere gestalten. Lassen Sie sich überraschen! Wir haben noch viel vor. Wir werden später auch eine Schaltung zu diesem Stand machen. Wir berichten nämlich das erste Mal von einem Parteitag, nicht nur als Livestream, sondern für unsere Mitglieder auch mit vielen Hintergrundberichten und vielen Gesprächspartnern am Stand des Konrad-Adenauer-Hauses. Ich darf ganz herzlich all diejenigen begrüßen, die auch ganz wichtig in einer Demokratie sind, nämlich diejenigen, die über diesen Parteitag berichten. Ich begrüße ganz herzlich die Vertreterinnen und Vertreter der Presse hier auf diesem Parteitag in Leipzig.

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Vorsitzende der CDU: Sehr geehrte Damen und Herren! Damit eröffnen wir unseren Parteitag. Ich darf Sie jetzt alle bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben, weil wir neben dem Eröffnungsgottesdienst in einer guten und wertvollen Tradition zu Beginn immer unserer Verstorbenen gedenken. Das möchten wir jetzt tun.

(Die Delegierten erheben sich)

Von den vielen, die uns verlassen haben, möchte ich stellvertretend für den Landesverband Mecklenburg-Vorpommern Dr. Henning von Storch nennen, geboren am 23. Mai 1934, gestorben am 12. November 2018. Wir denken stellvertretend für den Landesverband Braunschweig an Rudi Steinbacher, geboren am 28. August 1928, gestorben am 14. Dezember 2018. Ich nenne aus dem Landesverband Baden-Württemberg Dr. Bernhard Lasotta, geboren am 16. Januar 1969, gestorben am 11. Januar 2019.

Ich denke an unseren Freund Jörg Schönbohm aus dem Landesverband Brandenburg, geboren am 2. September 1937, gestorben am 7. Februar 2019.

Ich möchte aus Niedersachsen Irmgard Vogelsang nennen, geboren am 1. November 1946, gestorben am 15. März 2019.

Aus dem Landesverband Hamburg erinnere ich an Vera Jürs, geboren am 9. Oktober 1944, gestorben am 16. März 2019.

Wir trauern aus dem Landesverband Bremen um Jörg Kastendiek, geboren am 18. September 1964, gestorben am 13. Mai 2019.

Aus dem Landesverband Berlin erinnere ich an Heinrich Lummer, geboren am 21. November 1932, gestorben am 15. Juni 2019.

Wir trauern um Friederike de Haas aus dem Landesverband Sachsen, geboren am 16. August 1944, gestorben am 17. Juni 2019.

Wir denken an Dr. Hans-Heinrich Jordan aus dem Landesverband Sachsen-Anhalt, geboren am 26. September 1948, gestorben am 18. Juni 2019.

Wir gedenken Professor Dr. Günter Rinsche aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen, geboren am 13. Juli 1930, gestorben am 3. Juli 2019.

Wir trauern um Helmut Kirchner aus dem Landesverband Thüringen, geboren am 16. November 1951, gestorben am 6. Juli 2019.

Ich erinnere – stellvertretend für die Verstorbenen der CDU Saar – an Professor Heinrich Schüssler, geboren am 7. Juni 1932, gestorben am 14. Juli 2019.

Wir denken an Hans-Otto Wilhelm aus dem Landesverband Rheinland-Pfalz, geboren am 5. Juni 1940, gestorben am 19. Juli 2019.

Ich erinnere aus dem Landesverband Schleswig-Holstein an Uwe Looft, geboren am 7. November 1938, gestorben am 24. Juli 2019.

Wir gedenken Dr. Walter Lübcke aus dem Landesverband Hessen, geboren am 22. August 1953, ermordet am 2. Juni 2019. Die Ermordung unseres Parteifreundes Walter Lübcke hat uns bis ins Mark getroffen. Die CDU Deutschlands trauert um einen aufrichtigen und mutigen Christdemokraten.

Lasst uns nun in Stille all unserer Verstorbenen gedenken.

(Die Delegierten erheben sich)

Ich danke euch.

Wir kommen nun zu TAGESORDNUNGSPUNKT 2:

Wahl des Tagungspräsidiums

Der Vorschlag für das Tagungspräsidium liegt in den Tagungsunterlagen aus. Die Abstimmung zum Tagungspräsidium erfolgt mit dem Zeigen der Stimmkarte. Wer dem Vorschlag folgen möchte, den darf ich um das Erheben der Stimmkarte bitten. Erster Probelauf heute; das kann noch etwas schneller gehen. Jawohl. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit so beschlossen. Ich bitte die gewählten Mitglieder, jetzt hier auf der Bühne Platz zu nehmen.

Liebe Freundinnen und Freunde, ich hatte vor wenigen Wochen eine Presseanfrage, ob ich offen sei für eine grundsätzliche Debatte über die programmatische Ausrichtung der CDU. Ich kann euch eines versichern: Ich bin nicht nur offen dafür; ich wünsche sie mir, und ich fordere diese Debatte heute von uns allen ein. Denn ja, wir haben heute und morgen eine Menge Arbeit vor uns. Ich freue mich darauf. Ich freue mich auf jeden Beitrag, der uns weiterbringt, der unser programmatisches Profil schärft, der da hilft, unser Land noch besser zu machen, als es heute schon ist.

(Vereinzelt Beifall)

Lasst uns also gemeinsam darüber beraten, wie unser Land im Jahr 2030 aussehen soll, welche Entscheidungen es dafür braucht, in welche Richtung es gehen soll. Lasst uns darüber beraten, wie unsere CDU aussehen soll, welche Werte uns leiten, was uns antreibt. Wir, die CDU Deutschlands, sind Deutschlands starke Mitte. Wir, die CDU Deutschlands, wissen: Eine gute Zukunft gestaltet man nicht von den Rändern aus. Eine gute Zukunft gestaltet man aus der Mitte. In diesem Sinne: Auf geht's! Der Parteitag ist eröffnet.

(Beifall – Videoeinspielung – Beifall)

Und nein, falls ihr euch gefragt habt: Es war kein Versehen und es war kein Fehler, es war Absicht, dass wir unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel erst nach diesem Film begrüßen. Liebe

Angela, herzlich willkommen bei deiner CDU! Auch für dich heute in einer ganz ungewohnten Rolle: Es ist der erste Parteitag nach deinem Abschied als Parteivorsitzende. Wir freuen uns, dass du hier bist. Wir gehören in der CDU zusammen. Deswegen: Herzlich willkommen von Herzen von allen Delegierten!

(Die Delegierten erheben sich – Anhaltender Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsident: Meine Damen und Herren, der Applaus ist absolut berechtigt, denn heute vor 14 Jahren wurde Angela Merkel das erste Mal zur Bundeskanzlerin gewählt.

(Lebhafter Beifall)

Wir steigen in die Tagesordnung ein und bedanken uns beim Tagungspräsidium für sein Vertrauen. Zunächst gibt es einige Hinweise zeitlicher und organisatorischer Art:

Wir haben Sie vor dem Parteitag darüber informiert, dass die CDU Deutschlands zu diesem Parteitag hier in Leipzig zum ersten Mal ein digitales Abstimmungs- und Informationssystem einsetzen wird. Die hierzu notwendigen satzungsrechtlichen Voraussetzungen haben wir uns auf dem vergangenen Parteitag geschaffen.

Ich gehe davon aus, dass alle Delegierten ihre Tablets bereits heute Morgen an der vorab mitgeteilten Ausgabestelle abgeholt haben und die Dokumentation in ihrem Delegiertenausweis vorgenommen wurde. Die Delegierten, die noch nicht im Besitz dieses Tablets sind, bitte ich jetzt, dieses Gerät auf der von Ihnen aus linken Seite bei der Tagungsassistenz in Empfang zu nehmen. Nach Vorlage Ihres Delegiertenausweises können Sie das Gerät dort in Empfang nehmen. Die Kennzeichnung wird vorgenommen, und wenn es Fragen zur Bedienung gibt, werden die Kollegen dort ebenfalls helfen. Auf diesem Tablet sind alle notwendigen Tagungsunterlagen und organisatorischen Hinweise zu finden.

Ich möchte Ihnen außerdem sagen, dass wir mit diesem Tablet die Wahl zur stellvertretenden Vorsitzenden der CDU Deutschlands vornehmen wollen und bis auf die Tagesordnungspunkte, bei denen wir offen abstimmen – das wird die Regel sein, aber falls eine geheime Abstimmung beantragt ist oder wir die Mehrheitsverhältnisse nicht genau erkennen können –, dann auch über dieses Tablet abstimmen wollen.

Sie erhalten von der Tagungsassistenz für das Stellen von Anträgen ebenfalls alle notwendigen Unterlagen. Ich bitte Sie herzlich, wenn Sie hier einen Antrag stellen wollen, sich an die Tagungsassistenz zu wenden.

Alle Tablets befinden sich in einem geschlossenen System. Es ist nicht möglich, dieses Tablet außerhalb des Plenarsaals zu benutzen. Es ist auch nicht möglich, ins Internet zu gehen oder E-Mails zu versenden. Das sorgt dafür, dass in diesem Raum mehr Disziplin herrscht. Das finde ich gut und sollte auch im Deutschen Bundestag eingeführt werden.

(Heiterkeit und Beifall)

Das sage ich erst, seit ich nicht mehr Mitglied des Bundestages bin.

(Heiterkeit)

Damit ist auch sichergestellt, dass Wahlen und Abstimmungen von außen nicht angreifbar oder manipulierbar sind. Das alles dient Ihrem, dient unserem Schutz und dafür, dass diese Abstimmungen regelkonform verlaufen.

Bevor ich noch einige Hinweise zur Sicherheit im Umgang mit dem Tablet gebe, darf ich Ihnen die Frage stellen, ob Sie mit den unterbreiteten Verfahrensvorschlägen einverstanden sind. Wenn das der Fall ist, bitte ich Sie auf analoge Weise um Zustimmung mit der Stimmkarte. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das erste war die Mehrheit.

Ich will Sie an dieser Stelle schon auf einen besonders wichtigen Punkt, auf die anstehende Nachwahl hinweisen, der aber ebenso für eventuell notwendige Abstimmungen per Tablet gilt. Die Nutzung dieses Tablets zu diesem Zweck ist erst unmittelbar zum Wahlgang bzw. zur Abstimmung möglich, und zwar ganz konkret erst dann, wenn der Tagungspräsident ausdrücklich darauf hinweist, dass die Geräte zur Wahl oder zur Abstimmung freigeschaltet sind. Vorher ist keine Stimmabgabe möglich.

Abschließend noch ein praktischer Hinweis: Sollten wider Erwarten Probleme mit dem Tablet auftreten, können Sie sich unmittelbar an die Servicemitarbeiter im Plenarsaal oder an die Kollegen am Tisch der Tagungsassistenz wenden. Sie erhalten dann sofort ein Austauschgerät.

Wichtig ist: Die Tablets müssen nach Ende des ersten Plenartages an dem Ort, an dem sie abgeholt wurden, zurückgegeben werden. Dort wird eine zweite Kennzeichnung auf dem Delegiertenausweis vorgenommen. Morgen früh werden die Geräte geladen mit einer dritten Kennzeichnung wieder ausgegeben. Nach Ende der morgigen Sitzung geben Sie die Geräte wieder zurück und bekommen eine vierte Kennzeichnung. – Soweit zum Einsatz unseres digitalen Wahl- und Abstimmungssystems. Wir haben alle wichtigen Schritte zum Einsatz des Tablets in einem Video zusammengefasst. Das sehen wir dann kurz vor der Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden.

Fahren wir mit weiteren Verfahrenspunkten fort, die wir zu Beginn beschließen müssen: Der erste betrifft die gerade erwähnte Nachwahl einer oder eines stellvertretenden Vorsitzenden der CDU Deutschlands. Hierzu liegt Ihnen ein Vorschlag der CDU aus Niedersachsen vor, den

Sie ebenfalls auf Ihrem Tablet finden. Neben diesem Vorschlag können natürlich weitere Vorschläge von den Delegierten unterbreitet werden. Nach § 12 Abs. 5 unserer Geschäftsordnung müssen diese Kandidatenvorschläge schriftlich eingereicht werden. Bitte geben Sie diese am Tisch der Tagungsassistenz auf der von Ihnen aus linken Seite an der Bühne ab. Von dort werden die Kandidatenvorschläge an den Tagungspräsidenten weitergeleitet.

Gemäß § 12 Abs. 6 unserer Geschäftsordnung empfiehlt Ihnen das Tagungspräsidium die Festsetzung einer Meldefrist für die Kandidatenvorschläge. Wir schlagen Ihnen vor, diese Frist auf heute 12 Uhr festzulegen. Für die bereits vorgeschlagene Kandidatin, die auch in der Kandidatenliste auf dem Tablet eingetragen ist, erübrigen sich weitere Nominierungen. Wenn Sie mit der vorgeschlagenen Meldefrist einverstanden sind, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Stimmkarte. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das erste war die Mehrheit.

Nach § 6 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung können Sachanträge auf dem Parteitag von mindestens 30 stimmberechtigten Delegierten eingebracht werden. Diese Anträge sind handschriftlich von den Antragstellern zu unterzeichnen. Wenn Sie einen solchen Antrag einbringen möchten, geben Sie ihn bitte im Büro der Antragskommission ab. Folgen Sie hierzu bitte der Ausschilderung. Damit diese Anträge von der Antragskommission ordnungsgemäß beraten werden können, muss der Parteitag eine Frist für deren Einbringung beschließen. Das Tagungspräsidium schlägt Ihnen vor, den Antragsschluss ebenfalls auf 12 Uhr festzusetzen. Wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich Sie um Ihr Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall.

Die Antragskommission wird sich um 15.30 Uhr zu einer Sitzung im Sitzungsraum der Antragskommission zusammenfinden. Das Tagungspräsidium wird dazu dann noch einmal einen Hinweis geben.

Ich weise an dieser Stelle auf Folgendes hin: Die Antragsbroschüren sind Ihnen rechtzeitig per Post zugesandt worden. Sollten weitere Broschüren benötigt werden, können Sie diese am Service- und Informationszentrum abholen. Folgen Sie hierzu bitte der Ausschilderung. In digitaler Form finden Sie die Antragsbroschüre ebenfalls auf Ihrem Tablet. Auch die Initiativanträge werden nach der Sitzung der Antragskommission auf Ihr Tablet übermittelt.

Wir kommen zu TAGESORDNUNGSPUNKT 3:

Beschluss über die Tagesordnung

Die vorläufige Tagesordnung für diesen Parteitag wurde Ihnen mit der Einladung fristgemäß zugesandt. In seiner gestrigen Sitzung hat der Bundesvorstand den Antrag an den Parteitag „Leipziger Erklärung – 30 Jahre Friedliche Revolution.“ beschlossen. Der Antrag wurde Ihnen noch gestern unmittelbar nach Beschluss per E-Mail übermittelt. Er liegt zusätzlich auch in digitaler Form auf Ihrem Tablet vor.

Wir haben diesen Antrag noch in die zusätzliche vorläufige Tagesordnung aufgenommen. Auch diesen finden Sie gemeinsam mit der Tagungsfolge auf Ihrem Tablet unter dem Menüpunkt „Beschlussvorlagen“.

Wenn Sie mit der vorliegenden Tagesordnung und der Tagungsfolge einverstanden sind, so bitte ich Sie jetzt um Ihr Zeichen mit der Stimmkarte. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht die Mehrheit.

Dann kommen wir zu TAGESORDNUNGSPUNKT 4:

Bestätigung der Antragskommission

Der Bundesvorstand hat gemäß § 10 Absatz 3 der Geschäftsordnung eine Antragskommission für den Parteitag bestellt. In Ihren Unterlagen auf dem Tablet finden Sie eine Namensliste. Wenn Sie diesem Vorschlag zustimmen, so bitte ich Sie jetzt um Ihr Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Antragskommission so bestätigt, und Lucia Puttrich führt weiter durch die Tagesordnung.

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Sehr geehrte Damen und Herren! Wir kommen zu TAGESORDNUNGSPUNKT 5:

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Der Bundesvorstand hat ebenfalls einen Vorschlag für die Mandatsprüfungskommission beschlossen. Die Namensliste befindet sich in digitaler Form auf Ihrem Tablet. Wenn Sie dem Vorschlag zustimmen wollen, so bitte ich Sie jetzt um Ihr Kartenzeichen. – Ich frage nach Gegenstimmen und Enthaltungen. – Sie kann ich nicht sehen. Insofern ist das mit Mehrheit beschlossen.

Die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission werden gebeten, sich nach dem Bericht der Vorsitzenden am Tisch der Tagungsassistenz auf der von mir aus gesehen rechten Seite, also von Ihnen aus gesehen links vor der Bühne einzufinden.

Ich rufe jetzt TAGESORDNUNGSPUNKT 6 auf:

Wahl der Stimmzählkommission

Wie zu Beginn hingewiesen, setzen wir heute erstmals das digitale Wahl-, Abstimmungs- und Informationssystem ein. Eine Stimmzählkommission ist und bleibt für uns dennoch unverzichtbar. Deshalb freuen wir uns, dass sich auch in diesem Jahr wieder viele Damen und Herren dazu bereit erklärt haben, in der Stimmzählkommission für diesen Parteitag mitzuarbeiten. Herzlichen Dank hierfür.

(Beifall)

– Ja, das ist keine so dankbare Aufgabe. Insofern tut der Applaus für diejenigen gut, die das tun.

Die Namen der vorgeschlagenen Personen können Sie Ihren Unterlagen auf dem Tablet entnehmen. Ich bitte Sie, diesen Vorschlag durch Kartenzeichen zu unterstützen. Bitte Kartenzeichen, wer dafür ist! – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit ist auch das einstimmig beschlossen. Ich danke für die Bestätigung und wünsche viel Freude bei der Erfüllung dieser Aufgabe.

Die Mitglieder der Stimmzählkommission treffen sich ebenfalls nach dem Bericht der Vorsitzenden zu einer Vorbesprechung. Diese findet im Sitzungsraum der Stimmzählkommission statt. Der Weg dorthin ist ausgeschildert.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich rufe nun den TAGESORDNUNGSPUNKT 7 auf:

Grußworte

Ich darf als Erstes ganz besonders dem wiedergewählten Landesvorsitzenden der CDU Sachsen, der vor wenigen Tagen mit 95,5 Prozent der Stimmen wiedergewählt wurde, ganz herzlich gratulieren.

(Beifall)

Somit hat Ministerpräsident Michael Kretschmer das Wort.

Michael Kretschmer: Vielen Dank und Ihnen allen ein herzliches Willkommen. Es ist ein tolles Zeichen, dass die CDU Deutschlands im 30. Jahr der friedlichen Revolution hierher nach Leipzig, in die Stadt der Freiheit, kommt und damit noch einmal deutlich zeigt: Wir sind die Partei der Deutschen Einheit. Wir haben das nicht vergessen, uns ist es wichtig. Wir freuen uns über diesen gemeinsamen Erfolg, über das beste Deutschland, das wir gemeinsam geschaffen haben. Ein herzliches Willkommen Ihnen allen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es ist in der Tat jedes Mal wieder bewegend, sich daran zu erinnern, wie in diesen Oktober- und Novembertagen 1989 mutige Menschen auf die Straße gegangen sind, mit Transparenten, ohne Angst vor der Staatssicherheit oder zumindest mit so viel Mut, dass sie diese Angst überwunden haben, mit dieser wichtigen Forderung „Für ein offenes Land mit freien Menschen“, mit der Forderung nach Freiheit, Pressefreiheit, Demokratie und am Ende für die Deutsche Einheit.

Meine Damen und Herren, dieser Mut, dieser unbändige Wille auf Freiheit und auch auf Demokratie, auf Rechte, die in dieser furchtbaren Zeit von 40 Jahren Sozialismus verwehrt worden sind, macht uns froh, er macht uns Mut. Aber wir hier in Sachsen wissen auch, dass diese Chance auf die Deutsche Einheit nicht möglich gewesen wäre, hätte es nicht zur gleichen Zeit in der Bundesrepublik Deutschland Menschen gegeben, die immer daran geglaubt haben, die immer

darauf Wert gelegt haben, dass das ein Land ist, zwar in zwei Staaten geteilt, aber dass wir weiterhin an diesem Wiedervereinigungsgebot festhalten. Herzlichen Dank der CDU Deutschlands mit Helmut Kohl, die genau dafür gesorgt hat, dass 1989 diese Chance wieder bestanden hat, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Ich sage das deswegen, weil das für mich nach dieser Rede am 8. November im Deutschen Bundestag noch einmal so deutlich geworden ist: Hätten damals in der Bundesrepublik Deutschland nicht Menschen in Verantwortung gestanden, die Vertrauen genossen haben, die in der westlichen Welt fest verankert waren, denen man abgenommen hat, dass sie auch zu diesen dunklen Zeiten der deutschen Geschichte eine klare Meinung haben, dass sie für Europa sind, dass sie sich in der NATO aufgehoben fühlen und dass sie dieses Land auch weiter demokratisch halten, so wäre die deutsche Einheit nicht möglich gewesen.

(Beifall)

Dies, meine Damen und Herren, habe ich an diesem 8. November im Deutschen Bundestag in einer Weise gespürt, wie ich es nicht für möglich gehalten habe. Ich war 15 Jahre Mitglied dieses Parlaments, und ich habe solche Reden, wie sie dort von der AfD gehalten worden sind, nicht ein einziges Mal gehört. Ich bin mir sehr sicher: Hätte es in diesen 15 Jahren auch nur ein einziger in solcher Weise probiert, dann hätte es einen Aufstand gegeben, und die eigenen Fraktionsleute hätten diese Leute zur Raison gebracht. Dass das nicht passiert ist, zeigt, in welchem Zustand diese Partei, diese AfD ist, wie gefährlich sie ist, dass dort wirklich Neonazis sitzen. Das muss man auch so benennen, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall)

Das ist deswegen wichtig, weil man ab und zu die Aussage zu hören bekommt: Nicht jeder in der AfD ist ein Neonazi oder ein Rechtsextremer. Dann ist meine Antwort immer, erst recht nach dem 8. November: Das stimmt; aber wissen Sie, in der CDU und in der CSU ist nicht ein einziger Rechtsextremer, und wenn er da wäre, dann wäre er nicht mehr lange da,

(Beifall)

weil wir, meine Damen und Herren, bei diesem Thema eine klare Haltung haben. Und es ist eben so: Wenn man solche Leute in seiner Partei oder in seiner Fraktion duldet, dann muss man sie sich auch zurechnen lassen. Das ist die Gefahr, und das ist das, was wir auch immer wieder sagen müssen. Das ist einer der zentralen Gründe, warum es mit diesen Leuten keine Zusammenarbeit, keine Koalition, überhaupt nichts gibt:

Wir haben mit diesen Leuten nichts zu tun, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Weil wir hier auch ein Stück weit an 30 Jahre Friedliche Revolution erinnern, will ich Ihnen sagen: Wir sind in diesem Landtagswahlkampf mit Plakaten konfrontiert worden, auf denen zu lesen war: Demokratischer Sozialismus für Deutschland bzw. für Sachsen. – Wir haben damals gesagt: Das kann doch nicht wahr sein, 30 Jahre nachdem wir jetzt angefangen haben, durchzuatmen und die großen Verwüstungen des Sozialismus zu beseitigen. Wie sah diese Stadt 1989 aus? Sie war eine Trümmerwüste. Es gab zusammenfallende historische Altstädte, tote Flüsse, eine marode wirtschaftliche Infrastruktur und gerade hier in Leipzig mit den vielen Tagebauten eine Umweltverschmutzung, die dazu führte, dass man nicht mehr atmen konnte.

All das ist Geschichte, all das haben wir beseitigt. Und jetzt kommen Leute, die den Sozialismus wieder einführen wollen. Ich sage ganz klar: Nicht mit uns! Auch an dieser Stelle gibt es keine Zusammenarbeit mit Vertretern der Linkspartei, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Ich möchte mich dafür bedanken, dass wir gemeinsam, die Menschen in Ost und West, diese große patriotische Leistung vollbracht haben. Diese Deutsche Einheit ist ein Wunder. Sie ist auch deswegen ein Wunder, weil wir so viel geschafft haben und in 30 Jahren gemeinsam wieder so viel aufgebaut haben. Die Freiheit, die Demokratie und die Soziale Marktwirtschaft sind der Grund, warum wir jetzt, nach 30 Jahren, sagen können: Das meiste ist geschafft. Lasst uns jetzt mit Zuversicht nach vorn gehen! Lassen Sie uns denen widersprechen, die alles mies- und madigmachen! Es gibt dafür überhaupt keinen Grund.

Ich freue mich über eine ganze Reihe von Entscheidungen und will auch deutlich dazusagen: Die Grundrente gehört für mich dazu.

(Vereinzelt Beifall)

Es sind ungefähr 200 000 Menschen, die im Freistaat Sachsen davon profitieren werden, Menschen, die auch nach 1990 zu kleinen Einkommen gearbeitet haben, die etwas geleistet haben. Ich finde, es passt zu uns als CDU und auch zur Sozialen Marktwirtschaft sehr gut, dass wir diese Lebensleistung belohnen. Deswegen: Lasst uns das nicht kleinreden, sondern lasst uns mit geradem Rücken dafür stehen! Diese Leute haben es verdient, die Grundrente zu bekommen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Ich wünsche diesem Parteitag spannende Diskussionen. Wir sind zusammengekommen, um uns auszutauschen, um uns auszusprechen, um Gedanken für die Zukunft zu entwickeln. Es darf hier ruhig turbulent zugehen – anständig im Ton, aber hart in der Sache. Es geht um viel. Es geht darum, wie die Wettbewerbsfähigkeit dieses Landes erhalten bleibt, wie wir den richtigen Weg bei der schwierigen Frage des Klimaschutzes finden und wie es auch für uns hier im Frei-

staat Sachsen und in den neuen Ländern gelingt, den Strukturwandel raus aus der Braunkohle, rein in neue Arbeitsplätze zu schaffen. Da ist mir ganz wichtig, zu erwähnen, dass wir den Aufbau nach 1990 nicht mit einem Superregelwerk und vielen Gesetzen geschafft haben, sondern mit Freiheit, meine Damen und Herren. Hier konnte etwas passieren, hier konnte experimentiert werden.

(Vereinzelt Beifall)

Das brauchen wir in besonderer Art und Weise. Dieser Strukturwandel wird nicht gelingen, wenn man ihn anhand von bestehenden Förderrichtlinien abwickelt. Wir brauchen ihn auch für Gesamtdeutschland. Dieses Land braucht mehr Freiheit, mehr Dynamik. Kein Gespräch mit Unternehmern oder Handwerkern findet statt, in dem das nicht gesagt wird. Ich wünsche mir, dass auch dieses Zeichen von diesem Parteitag ausgeht. Herzlichen Dank! Schön, dass Sie da sind!

Weil es üblich ist, dass es bei jedem Parteitag ein Geschenk gibt, aber man auch ordentlich danebenliegen kann, etwa mit einem Plüschtier oder so etwas,

(Heiterkeit)

haben wir uns etwas überlegt, was, wie ich finde, auch zu 30 Jahren Friedliche Revolution passt. Damals sind die Menschen auf die Straße gegangen und haben eigene Transparente angefertigt.

(Ein Transparent wird hochgehalten)

Auch an diesem wunderbaren Beispiel sieht man: Es ging immer um Deutschland. Es ging immer um Recht und Freiheit. Es ging darum, dass man etwas gemeinsam macht. Liebe Annegret, ich würde mich freuen, wenn du im Adenauer-Haus für dieses wunderbare Exemplar einen Platz finden würdest.

Herzlichen Dank, dass die CDU Deutschlands in diesem 30. Jahr zu uns gekommen ist. Vielen Dank für dieses große Gemeinschaftswerk! Herzlich willkommen! Glück auf!

(Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Ministerpräsident Michael Kretschmer für das Grußwort. – Einigkeit und Recht und Freiheit, das ist das, wofür wir stehen und wofür wir auch weiter kämpfen wollen. Ministerpräsident Kretschmer ist dafür bekannt, dass er mit klaren Worten spricht, Mut macht und auch kämpft. Das hat er beim Landtagswahlkampf gezeigt. Wir wünschen ihm alles erdenklich Gute bei der Vollendung seiner Koalitionsgespräche. Alles Gute und viel Kraft für Ministerpräsident Kretschmer!

(Vereinzelt Beifall)

Unser Auftrag ist allerdings, dafür zu sorgen, dass unsere Tagung nicht turbulent abläuft. Lebhaft wünschen wir uns, aber sollte es turbulent zugehen, sehen wir unseren Auftrag darin, für entsprechende Ordnung zu sorgen.

Damit darf ich das Tagungspräsidium an David McAllister übergeben, der vor wenigen Tagen als stellvertretender Vorsitzender der EVP gewählt wurde. Auch dazu herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Lucia Puttrich. – Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 7:

Grußworte

Ich übergebe nun das Wort an den Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Herrn Burkhard Jung. Herr Oberbürgermeister, Sie haben das Wort.

(Beifall)

Burkhard Jung: Sehr geehrte Frau Kramp-Karrenbauer! Lieber Herr Kretschmer! Liebe Frau Bundeskanzlerin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herzlich willkommen in Leipzig! Es ist ein großes Zeichen von Souveränität, dass der SPD-Oberbürgermeister ein Grußwort sprechen kann. Vielen Dank dafür!

(Beifall)

Ich denke, es ist ein gutes und ein wichtiges Zeichen, dass Sie genau zum 30-jährigen Jubiläum in der Stadt der friedlichen Revolution Ihren Parteitag abhalten. Der Ministerpräsident hat darauf hingewiesen, dass es in der Tat ein besonderes Jahr ist. Wir haben noch am 9. Oktober dieses Jahres mit über 70 000 Menschen das Lichtfest in Leipzig gefeiert. Über 70 000 Menschen gingen mit Kerzen in der Hand, illuminierte Gebäude betrachtend, durch die Stadt, über den Ring, und wir haben uns an diese 30 Jahre erinnert.

Herr Kretschmer hat darauf hingewiesen, dass es in der Tat vor 30 Jahren in Leipzig ganz anders aussah: Die Häuser und Straßen waren verfallen, die Geschäfte leer. Die Flüsse waren schwarz und stinkende Brühe. Die Luft war geschwängert vom Gestank der Kohleheizungen, an den Stadtgrenzen nagten die Kohlebagger. Die Industrie sah mancherorts so aus wie zu Zeiten der industriellen Revolution. So war das alles. Wir vergessen so schnell, aber wir wollen nicht vergessen. Die Menschen sehnten sich vor allem nach einem, nach Freiheit, und gingen auf die Straße. Es gab Widerstand, und es gab tapfere Menschen, die ein System hinweggefegt haben, ein System, das die totale Kontrolle einer völlig aus dem Ruder laufenden Diktatur und ihrer machterhaltenden Stasi suchte.

Dass wir heute hier so zusammensitzen können, hat eben auch mit diesen Menschen zu tun, die tapfer und mutig an jenem 9. Oktober in Leipzig das System zum Schweigen brachten. Einen Monat später öffnete sich die Mauer. Herzlichen Dank, dass Sie daran erinnern, indem Sie hier bei uns Ihren Parteitag durchführen.

(Vereinzelt Beifall)

30 Jahre später hat sich Leipzig zu neuer Blüte entwickelt. Ich will daran erinnern: Dank der immensen Anstrengung des Aufbaus Ost, dank der anpackenden Menschen in Ost und West, dank Menschen hier in Leipzig ist Leipzig heute eine wirklich blühende Metropole. Noch vor 15 Jahren kämpften wir mit den wirtschaftlichen Folgen der DDR-Diktatur. Wir hatten 25 Prozent Arbeitslosigkeit, jede Familie war betroffen. Von den einst 700 000 Einwohnern waren 470 000 übrig.

Jetzt, 2019, ist alles anders: Vor zwei Wochen konnte ich wieder den 600 000. Einwohner begrüßen.

(Beifall)

Aus der Massenarbeitslosigkeit ist Fachkräftemangel geworden, und bei der Arbeitslosenquote – das ist eigentlich die schönste Zahl überhaupt – wird jetzt im November eine Fünf vor dem Komma stehen. Ist das nicht großartig?

(Beifall)

Menschen von nah und fern kommen zu uns. Sie wollen in einer lebendigen, einer kulturprallen, einer offenen, prosperierenden Stadt leben – mittlerweile viele aus dem Westen, viele aus dem Ausland, aus Europa und weiter darüber hinaus. Ich sage den kühnen Satz: Vielleicht ist Leipzig die erste gesamtdeutsche Stadt. Die Hälfte aller Leipzigerinnen und Leipziger war jedenfalls 1989 nicht hier.

Meine Damen und Herren, ich behaupte: In unserer Stadt kann man sehen, dass die deutsche Einheit gelungen ist.

(Beifall)

Dennoch liegt viel auf dem Tisch. Die Herausforderungen sind ebenfalls zu spüren. Nicht überall in Deutschland geht es bergauf – nicht im Osten und auch nicht im Westen.

In meinem neuen Amt als Städtetagspräsident kann ich Ihnen sagen: Ich kann sehr wohl einschätzen, wie es um die Situation der Städte – im Ruhrgebiet oder anderswo – im Vergleich innerhalb Deutschlands bestellt ist.

Der Strukturwandel, die Digitalisierung, die Globalisierung, der Klimawandel – das alles sind Themen, die neu und schärfer auf dem Tisch liegen. Unser Land hat in vielen Fragen die Eintei-

lung nach Ost und West längst überlebt. Ich möchte es einmal zuspitzen: Eigentlich kann ich es nicht mehr hören. Meinen Kindern ist kaum eine gebräuchliche Kategorisierung mehr fremd wie die zwischen Ost und West. Das ist gut so. Wir müssen über ganz andere Dinge reden.

(Beifall)

Lassen Sie uns über prosperierende und schrumpfende Regionen sprechen! Lassen Sie uns über Arm und Reich reden! Lassen Sie uns über Wachstum und Schrumpfung reden!

Ich mache mir in der Tat Sorgen, dass unser Land an einigen Stellen auseinanderfällt. Der Stadtgegensatz ist existenziell für unsere Demokratie. Wir brauchen Brücken zwischen der Region und den prosperierenden Städten. Es ist existenziell, dass Menschen, die sich nicht mehr wohlfühlen, die sich nicht mitgenommen fühlen, die sich im urbanen Milieu nicht fischelant bewegen, sondern die sich abgehängt fühlen, wieder hineingenommen werden in die Mitte unserer Gesellschaft. Ich wünsche Ihnen und uns, dass uns das in den nächsten Jahren sehr deutlich gelingt, und biete Ihnen alle Unterstützung, auch aus der Sicht der Städte, für die große Aufgabe, dieses Land zu einen statt es zu polarisieren.

Herzlich willkommen in Leipzig!

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, herzlichen Dank für Ihr Grußwort. Wir freuen uns, dass wir in Ihrer wunderschönen Stadt zu Gast sein dürfen. Ich hoffe, Sie werden heute noch einige schöne Stunden im Kreise von Christlichen Demokraten verbringen können.

Bevor ich das Wort gleich an Ursula von der Leyen gebe, möchte ich zunächst noch einige besondere internationale Gäste auf unserem Parteitag begrüßen. Es ist bei uns gute Tradition, dass wir Vertreterinnen und Vertreter von unseren Partnerparteien, der Europäischen Volkspartei, der Christlich Demokratischen Internationalen und der International Democratic Union, zu Gast haben. Aus nahezu allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind heute unsere Partnerparteien vertreten, darüber hinaus aus dem westlichen Balkan, aus der östlichen Partnerschaft und aus vielen anderen weiteren Teilen der Welt.

Annegret Kramp-Karrenbauer hat bereits besonders herzlich den Vorsitzenden des Partido Popular, Pablo Casado, begrüßt. Ich möchte darüber hinaus einige wenige prominente Gäste begrüßen.

Wir freuen uns, dass wir von unseren französischen Freunden, von den Les Républicains, die Abgeordnete Constance Le Grip und den Senator Ronan Le Gleut unter uns haben. Wir begrüßen aus Kroatien den Innenminister Davor Božinović. Wir begrüßen die Parteivorsitzenden unserer Schwesterparteien aus Nordmazedonien, Hristijan Mickoski, und aus Albanien Lulzim

Basha. Es ist mir eine besondere Freude, auch den Vorsitzenden der Partei der ungarischen Minderheit in Rumänien, Hunor Kelemen, zu begrüßen. Er ist aus Siebenbürgen angereist. Ich begrüße den Vorsitzenden unserer zypriotischen Schwesterpartei Averof Neofytou. Ebenfalls ein ganz herzliches Willkommen an euch alle!

(Beifall)

Wir haben zahlreiche Gäste aus Südamerika, aus Brasilien, Chile, Argentinien, Ecuador, Peru und Kolumbien, bei uns. Nicht zuletzt begrüße ich den stellvertretenden Ministerpräsidenten des Libanon, Herrn Ghassan Hasbani. Allen Gästen auch von außerhalb Europas ein ganz herzliches Willkommen bei der CDU Deutschlands!

(Beifall)

Liebe CDU-Freundinnen und -Freunde! Liebe Delegierte! Ich bin gebeten worden, dass im Saal etwas mehr Ruhe herrschen sollte. Insbesondere möchte ich diejenigen, die im Saal nach wie vor telefonieren müssen, bitten, das draußen zu machen und nicht drinnen. Ich glaube, das hilft allen, die jetzt aufmerksam zuhören wollen.

Ich freue mich sehr, unseren ehemaligen stellvertretenden Bundesvorsitzenden, unserer lieben, guten Freundin aus Niedersachsen, unserer gewählten Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, jetzt das Wort zu geben. Ursula, schön, dass du in deiner politischen Heimat heute zu Gast bist. Du hast das Wort. Wir freuen uns auf dein Grußwort.

(Beifall)

Dr. Ursula von der Leyen: Vielen Dank, lieber David. – Liebe Annegret, lieber Michael, liebe Angela! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freundinnen und Freunde! Es tut richtig gut, wieder hier bei euch zu sein. Heute heißt es ja in der Tat, irgendwie Abschied zu nehmen, zumindest Abschied nehmen von Ämtern, die ich in der CDU habe.

Als ich vor einem Jahr wieder für das Präsidium kandidiert habe, konnte keiner ahnen, wie dieses Jahr verläuft, und insbesondere nicht, dass mich die Staats- und Regierungschefs am 1. Juli als Nachfolgerin von Jean-Claude Juncker, als Kandidatin für das Amt der Kommissionspräsidentin nominieren würden.

Das Ergebnis war überraschend. Aber es ist auch etwas ganz Bewegendes. Ich bin mir darüber im Klaren, dass dies bedeutet, dass zum ersten Mal seit über 60 Jahren nach Walter Hallstein wieder ein Deutscher an der Spitze der Europäischen Kommission stehen wird. In diesem Fall ist es eine Deutsche, zum ersten Mal eine Frau. Ich finde, auch das ist etwas ganz Besonderes.

(Beifall)

Ich kann mich noch ganz dunkel an Walter Hallstein erinnern; denn während seiner Zeit gab es die gute Tradition, dass er Weihnachtsfeiern organisierte. Dabei durften die Generaldirektoren – mein Vater war damals Generaldirektor für Wettbewerbsfragen; ich weiß jetzt nicht, ob die Kommissare dabei waren – mit ihren Familien und ihren Kindern kommen. Das heißt, ich war zu der Zeit mit meinen Geschwistern bei der Weihnachtsfeier. Ich erinnere mich noch daran, wie beeindruckend das Ganze für mich gewesen ist.

Für mich bedeutet dieser Weg nach Brüssel in die Europäische Kommission sehr stark auch das Gefühl des Nach-Hause-Kommens. Aber wie alle Europäerinnen und Europäer habe ich eine Nationalität. Ich bin Deutsche. David hat es gesagt: Ich bin Niedersächsin mit ganzem Herzen.

(Beifall)

– Da sind unsere Niedersachsen, wunderbar. – Ich habe eine politische Heimat, und das ist meine CDU. Deshalb bin ich gerne heute hier bei euch.

(Beifall)

Es ist schon eine Weile her, dass ich zum ersten Mal für den Vorstand der CDU kandidiert habe. Das war im Jahr 2004; das ist jetzt 15 Jahre her. Ich weiß natürlich, dass ich es euch nicht immer ganz leicht gemacht habe. Aber am Ende konnten wir uns immer aufeinander verlassen. Ich finde, wir haben auch ordentlich etwas für dieses Land bewegt.

Wenn ich einmal zurückschaue: Da ist ganz am Anfang das Elterngeld mit den Vatermonaten gewesen. Ich erinnere mich noch, wie der bayerische Löwe damals gebrüllt hat: Wir Männer brauchen kein Wickelvolontariat! – Alexander Dobrindt, du warst es nicht. Du hast mich damals unterstützt. Heute wissen wir, dass das Bundesland, in dem die meisten Väter Elterngeld nehmen, Bayern ist. Auf die bayerischen Väter ist also Verlass.

Wir haben damals den Ausbau der Kinderbetreuung, den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz nach vorne gebracht. Das hat gezeigt: Das war eine ganz moderne Familienpolitik. Die anderen haben immer viel geredet. Aber zum Schluss, wenn es darauf ankommt, dass man gute Politik für die Menschen in diesem Land umsetzt, ist es immer die CDU gewesen, die das geschafft hat. Auch an diesem Beispiel kann man das deutlich sehen.

(Beifall)

Ich möchte bei diesem Thema von ganzem Herzen meiner Frauen-Union danken. Ich habe mich immer auf euch verlassen können. Liebe Frauen-Union, es ist Gold wert, euch als Unterstützung zu haben. Bleibt weiterhin so stark! Bleibt weiterhin so zielorientiert! Ihr habt tolle Dinge durchgesetzt. Ihr werdet weiterhin tolle Dinge durchsetzen. Vielen Dank für die Unterstützung, die ihr mir immer gegeben habt!

(Beifall)

Beim Thema Elterngeld möchte ich einen ganz besonderen Dank auch an Wolfgang Schäuble aussprechen.

Lieber Herr Schäuble, es kommt für Sie vielleicht überraschend, dass ich Ihnen beim Thema Elterngeld danken möchte. Ich möchte Ihnen danken, weil Sie damals etwas gemacht haben, was sehr typisch für Sie ist. Sie werden das nicht mehr erinnern, aber ich habe das nie vergessen. Das war vor 13 oder 14 Jahren, als ich anfing, über das Elterngeld nachzudenken. Wir hatten eine Präsidiumssitzung, und ich sollte die ersten Grundzüge des Elterngeldes vorstellen. Ich bin gnadenlos in Kritik untergegangen, aber am Ende der Präsidiumssitzung, als es beinahe vorbei war mit diesem Thema – ich habe wirklich keinen Fuß auf den Boden bekommen –, hat Wolfgang Schäuble plötzlich gesagt: Ich glaube, wir machen gerade eine ganz große Rolle rückwärts. – Dann hat er von den klugen jungen Männern und den klugen jungen Frauen in unserem Land erzählt, die Karrieren machen wollen, die Karrieren machen müssen und sich gleichzeitig Kinder wünschen. Und dann hat er nur einen Satz gesagt: Ja, wie soll es denn gehen? – Dann drehte sich plötzlich die Stimmung im Präsidium.

Lieber Herr Schäuble, für diese großartigen Momente, die Sie immer wieder finden, wenn es darum geht, entscheidende Weichen der Modernisierung zu stellen, bin ich Ihnen heute genauso dankbar, wie ich es schon damals war. Vielen herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Wir hatten aber auch unsere Auseinandersetzungen. Ich brauche nur das Wort „Frauenquote“ zu sagen. Das Thema steht auch heute im Raum, sofern ich es aus Brüssel richtig verfolgt habe. So manch einer mag sich daran erinnern, dass es uns damals fast zerrieben hat, und für mich war es ehrlich gesagt beinahe das Ende meiner politischen Karriere. Ich war kurz davor, zurückzutreten, weil ich irgendwie in einer Sackgasse steckte und nicht mehr weiterwusste.

Ich möchte an dieser Stelle dir, liebe Angela, für etwas ganz Außergewöhnliches danken. Natürlich müsste ich dir auch – das ist sowieso schon außergewöhnlich – für die große Freiheit, die du deinen Ministerinnen und Ministern immer lässt, und für das Riesenvertrauen, das du immer in ihre Fachlichkeit hast, danken. Das ist etwas ganz Besonderes, und das hast du dir all die 14 Jahre erhalten.

Aber beim Thema Frauenquote, bei dem wir beide auf unterschiedlichen Seiten standen, will ich dir für etwas anderes danken, das mir auch gezeigt hat, warum du so hoch anerkannt und respektiert bist unter den internationalen Staats- und Regierungschefs. Es war nämlich so: Ich war am Ende, ich wollte zurücktreten, und Angela hat mit mir gesprochen. Eigentlich hat sie mit mir gerungen. Du hast mit mir verhandelt. Du bist die härteste Verhandlerin, die ich im Leben je kennengelernt habe.

(Beifall)

Aber Angela Merkel ist nicht nur die härteste Verhandlerin, die man sich vorstellen kann. Vielmehr achtet Angela Merkel immer darauf, dass ihr Gegenüber nicht das Gesicht verliert, und sie ist diejenige, die zum Schluss die Brücke baut, damit man tatsächlich eine gemeinsame Lösung findet. Deshalb bist du so hoch anerkannt im Internationalen, und für diese menschliche Größe möchte ich dir von ganzem Herzen danken, liebe Angela.

(Lebhafter Beifall)

Das war die Zeit als Arbeitsministerin gewesen, aber auch die Zeit als Verteidigungsministerin. Da habe ich euch immer an meiner Seite gewusst. Es waren bewegte Jahre, und die Welt war aus den Fugen geraten. Ich will nur Stichworte nennen.

Wir sind im Dezember 2013 in die Regierung gekommen. Zwei Monate später annektierte Russland die Krim, und der hybride Krieg in der Ostukraine begann. Dann tauchte der IS auf und setzte den Nahen und Mittleren Osten in Brand, und die Destabilisierung Afrikas begann. Deutschland und die Bundeswehr haben damals Verantwortung übernommen: von Litauen bis Tallinn bei der Modernisierung der NATO, von der Peschmerga bis hin zur Irak-Mission, von MINUSMA in Mali bis hin zur Ägäis.

Wir alle spüren, dass die Zeiten unruhig bleiben, und da braucht es starke Persönlichkeiten. Liebe Annegret, du bist so eine. Ich wünsche dir ganz viel Kraft. Ich wünsche dir ganz viel Fortune. Die Soldatinnen und Soldaten brauchen dich, sie mögen dich, und ich weiß: Du kannst das.

(Beifall)

Weil die Zeiten schwierig bleiben, ist es umso wichtiger, dass wir in Europa zusammenhalten. Es ist wahr, dass wir, wie ich eben gesagt habe, nicht immer in allen Positionen einer Meinung waren. Aber dass die CDU immer klar und unverbrüchlich zu Europa gestanden hat, das macht mich unglaublich stolz. Konrad Adenauer hat bereits 1946 gesagt: Die Rettung Deutschlands und die Rettung Europa sind identisch.

Gerade haben wir im Film das Bild gesehen, wie Helmut Kohl mit François Mitterrand Hand in Hand über den Gräbern von Verdun stand. Das werde ich nie vergessen. Von Adenauer bis Kohl, von Schäuble bis Merkel: Die CDU hat immer an der großen Erzählung Europas mit Leidenschaft und mit ganz großer Treue mitgeschrieben, und deshalb sind die Werte Europas und die Werte der Union auch eins. Das ist etwas, worauf ich unendlich stolz bin, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Und das ist eben auch der Unterschied zu den Nationalisten und den Populisten: Die Nationalisten und Populisten säen Hass, und sie wollen die Spaltung. Wir wissen, dass es die Versöh-

nung ist und dass es die Zusammenarbeit ist, die uns stark gemacht haben. Die Nationalisten und die Populisten suchen immer nur die Feinde, und wir, liebe Freundinnen und Freunde, haben Freunde. Wir haben Freunde von Lissabon bis nach Riga, von Dublin bis nach Athen, und das ist ein ganz großer Schatz.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, ich habe euch vorhin von der Weihnachtsfeier bei Walter Hallstein erzählt. Er hat viel gesagt, an das ich mich nicht mehr erinnere. Er hat aber auch etwas an uns Kinder gerichtet, und das erinnere ich sehr genau. Er hat nämlich gesagt: Wenn ihr groß seid, dann müsst ihr euch um Europa kümmern. – Ich ertappe mich manchmal dabei, dass ich das Gefühl habe: Jetzt ist es an der Zeit, jetzt bist du dran.

Wir hatten eine Europawahl, und das vielleicht schönste Ergebnis der Europawahl ist die gestiegene Wahlbeteiligung gewesen. Ja, die Menschen wollen Europa. CDU und CSU haben die Wahl in Deutschland klar gewonnen, und in Europa wurde die europäische Volkspartei zum wiederholten Male die stärkste Kraft in der Europäischen Union. An dieser Stelle möchte ich dir, Manfred Weber, von ganzem Herzen danken und meinen großen Respekt dafür aussprechen, was du bei dieser Europawahl geleistet hast.

(Lebhafter Beifall)

Wir haben alle erlebt, mit welcher unendlichen Energie und Kraft du dich als Spitzenkandidat in Europa eingesetzt hast. Ich habe das selbst bei gemeinsamen Wahlkampfauftritten in Bratislava und Estland erlebt, mit welcher Begeisterung du dich für Europa eingesetzt hast. Und ich weiß auch, dass die Situation hinterher nicht einfach für dich gewesen ist. Lieber Manfred, nach meiner Nominierung zur Kandidatin als Kommissionspräsidentin hast du mich vom allerersten Tag an selbstlos und konsequent unterstützt. Für diese gewaltige menschliche Größe, diese Loyalität, die ich erfahren habe, für deine Liebe zu Europa, die du über alles andere stellst, auch über die Verletzungen, die da gewesen sein mögen, möchte ich dir von ganzem Herzen danken. Das ist außergewöhnlich. Das ist etwas ganz Besonderes, ein ganz besonderes Geschenk.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, als Walter Hallstein Kommissionspräsident war, hatten wir gerade einmal sechs Mitgliedsstaaten.

Heute leben in der Europäischen Union 500 Millionen Menschen in 28 Ländern, und wir sprechen 24 verschiedene Sprachen. Dieses Europa steht vor großen Herausforderungen, aber ich bin fest davon überzeugt, dass wir, wenn wir zusammenhalten, wahre Wunderdinge vollbringen können. Dann können wir über uns hinauswachsen. Das ist im Kleinen genauso wie im Großen, das ist in der CDU genauso wie in Europa. Ich möchte an dieser Stelle – in den vergangenen

Wochen ging es auch darum, zusammenzuführen und zusammenzuhalten, gerade auch in unserer Parteienfamilie – ganz herzlich Dir, Paul Ziemiak, danken. Du hast mir unglaublich in unserer Parteienfamilie geholfen. Pablo Casado, Dir möchte ich nicht nur für die Unterstützung, die ich immer erhalten habe, danken. Du hast gerade einen großartigen Sieg eingefahren, deshalb möchte ich Dir auch ein Kompliment dafür machen, wie Du den Wahlkampf in Spanien gemacht hast. Das war erste Klasse. Das ist eben Partido Popular, das ist eben die Partei, die Du vertrittst. Das war außergewöhnlich. Vielen Dank dafür.

(Beifall)

Ich möchte gern, dass die neue Kommission Europa international positioniert, im Kampf gegen den Klimawandel, in der Digitalisierung, bei einem starken Binnenmarkt und als guter Nachbar. Das sind schwere Themen, aber genau dafür haben wir uns in Europa zusammengeschlossen. Liebe Freundinnen und Freunde, unsere Umwelt, der Kampf gegen den Klimawandel, ist einerseits unsere große moralische Verpflichtung gegenüber unseren Kindern. Wenn Walter Hallstein vor 50 Jahren zu uns Kindern damals gesagt hat, „Wenn Ihr groß seid, müsst Ihr euch um Europa kümmern“, dann heißt das im Umkehrschluss, dass es eine Verpflichtung seiner Generation, unserer Eltern, war, uns ein gutes Europa zu übergeben. Jetzt ist es an uns, das Gleiche für unsere Kinder zu tun. Ihnen ein gutes Europa zu übergeben, heißt eben auch, ihnen eine Erde zu übergeben, die lebenswert ist. Zweitens ist der Kampf gegen den Klimawandel, also auch die Veränderung, die wir brauchen, um auf dieser Erde weiter leben zu können, eine ganz große Chance für Europa; denn Europa ist Vorreiter in diesen Themen. Europa mit seiner Innovationskraft kann auch weltweit Vorbild beim Kampf gegen den Klimawandel werden, wenn wir es richtig machen. Wenn wir es richtig machen, dann können wir zeigen, dass die Veränderungen mit einem Technologiewandel, der CO₂-arm ist, eine Chance für unsere Wirtschaft, die innovativ ist und mit einem Mittelstand vorangeht, der gute Ideen ausbrütet und immer bereit ist, nach vorn zu gehen und modern zu sein, bedeutet. Dann kann es eine ganz große Chance für dieses Europa sein.

Europa hat nicht so viele Felder, in denen es so vorangeht, wie beim Thema Umwelt. Schauen wir nach China: China führt jetzt den Zertifikatehandel ein und fragt uns Europäer: Welche Fehler habt Ihr gemacht? Wir wollen sie nicht wiederholen. Wie habt Ihr es richtig gemacht, damit wir uns da anschließen können. – Es ist doch kein Wunder, dass zum Beispiel Tesla seine Fabrik für Elektroautos am Stadtrand von Berlin und nicht in Asien oder Mexiko bauen will.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sind vielleicht nicht immer die ersten, die aus den Startlöchern kommen, aber wir sind meistens diejenigen, die dann, wenn sie gestartet sind, die Pläne zuverlässig umsetzen, und zwar mit unserem pffiffigen und innovativen Mittelstand. Das ist eine Poleposition, die wir unbedingt in diesem Feld halten sollten.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, das gilt für den Klimaschutz und genauso für die Digitalisierung. Wir haben tolle Universitäten, die an künstlicher Intelligenz forschen. Wir haben eine hochmoderne innovative Industrie und kleine und mittlere Unternehmen. Wir haben eine vielversprechende Start-up-Szene. Europa wird gebraucht, und zwar gerade in der Digitalisierung. Wenn wir uns beim Thema Daten umschauen, dann sehen wir, dass in den USA immer nur vom Markt her gedacht wird. Das Geld regiert die Art und Weise, wie mit Daten umgegangen wird. Schauen wir nach China: Dort dominiert der Staat alles. Er entscheidet darüber, wie mit den Daten der Menschen umgegangen wird. Das Individuum zählt nicht.

In Europa ist das anders. Wir Europäer denken vom Menschen her. Für uns haben Markt und Staat den Menschen zu dienen und eben nicht umgekehrt. Deshalb braucht die Welt gerade in diesem Feld auch mehr Europa.

(Beifall)

Wenn das Europa-Parlament meine Kommission in der kommenden Woche bestätigt, werde ich am 1. Dezember mein neues politisches Amt antreten. Es geht um unser Europa, es geht aber auch um den Traum unserer Gründerväter und Gründermütter innerhalb der CDU. Es geht um unsere gemeinsamen Werte: die Freiheit, die Liebe zur Freiheit, den Respekt vor der Würde des einzelnen Menschen, die Rechtsstaatlichkeit und unsere kostbare Demokratie. Ich würde mich sehr freuen, wenn ich euch bei meiner Arbeit auch weiterhin an meiner Seite weiß. Es lebe Europa!

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Liebe Ursula von der Leyen, einen herzlichen Dank für dein Grußwort. Wir wünschen uns nun alle von Herzen, dass das Europäische Parlament Deine Kommission in der nächsten Woche in Straßburg bestätigen wird und du am 1. Dezember als neue Kommissionspräsidentin mit deiner Mannschaft durchstarten kannst. Nochmals einen ganz herzlichen Dank vom Parteitag, dass Du heute zu uns nach Leipzig gekommen bist.

Meine Damen und Herren, liebe CDU-Freunde, ich möchte noch einige wenige weitere internationale Gäste begrüßen. Zum einen begrüße ich aus Serbien die Ministerin für Europäische Angelegenheiten, Frau Jadranka Joscimovic. Ich begrüße aus Kasachstan eine größere Delegation unserer Partnerpartei Nur Otan unter Vorsitz des stellvertretenden Parteivorsitzenden Bauyrschan Baibek. Schließlich möchte ich darauf hinweisen, dass wir heute Gäste aus Osteuropa hier haben, aus Georgien, aus Armenien, aus der Ukraine und aus Moldau, und ganz besonders herzlich möchte ich die Vertreter der demokratischen Opposition in Weißrussland begrüßen. Es sind Vertreter der United Civic Party, der Bewegung „Für die Freiheit“. Wir begrüßen unsere belarussischen Christdemokraten. Ihr Vorsitzender Wital Rymasheuski ist da. Wir wünschen von Herzen Erfolg im Kampf gegen die Diktatur in Weißrussland. Herzlichen Dank, schön, dass Ihr da seid.

(Beifall)

Nun gebe ich das Wort zurück an Michael Kretschmer.

Michael Kretschmer, Tagungspräsident: Kommen wir zum Tagesordnungspunkt 7 zurück, zu einem weiteren Höhepunkt. Ich übergebe das Wort unserer Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel.

(Beifall)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Liebe Annegret! Liebe Freunde! Liebe Gäste! Lassen Sie mich mein Grußwort persönlich beginnen. Leipzig ist für mich ein besonderer Ort, denn ich habe von 1973 bis 1978 hier Physik studiert, zu Zeiten der DDR. Sie können sich vorstellen, dass so jemand wie Walter Hallstein hier nicht als glorreicher Präsident der Europäischen Kommission bekannt war, sondern eher durch die Hallstein-Doktrin, die die DDR als Provokation empfunden hat. Für mich ist heute aber auch ein besonderer Tag, denn am 22. November 2005 wurde ich im Deutschen Bundestag zur Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland gewählt, und das ist und bleibt etwas ganz Besonderes für mich.

(Beifall)

Niemals, nicht einmal in meinen kühnsten Träumen konnte ich mir damals vorstellen, dass dieser ersten Wahl vier Legislaturperioden folgen sollten. Über 50 Jahre der 70 Jahre Bundesrepublik Deutschland, die wir in diesem Jahr feiern, hat die CDU Deutschlands den Kanzler oder die Kanzlerin gestellt. Ich sage euch und Ihnen: Das ist etwas ganz Außergewöhnliches. Ich glaube, es ist vor allem Anlass zur Demut. Für mich ist es Anlass zur Dankbarkeit, denn das alles hätte ich natürlich nicht schaffen können, wenn ich nicht so viel Unterstützung bekommen hätte, wenn es nicht ein Gemeinschaftswerk gewesen wäre und auch noch ist. Danke allen Mitstreitern in den Regierungen, in der Bundestagsfraktion und vor allem Danke an die Partei, die mich getragen hat und trägt als Bundeskanzlerin.

(Beifall)

In meiner ersten Regierungserklärung am 30. November 2005 habe ich gesagt: Fragen wir nicht zuerst, was nicht geht oder was immer schon so war. Fragen wir zuerst, was geht, und suchen wir nach dem, was noch nie so gemacht wurde. Überraschen wir uns damit, was möglich ist; überraschen wir uns damit, was wir können. Ich glaube, das haben wir an vielen Stellen eingelöst, nicht immer zur Freude aller, aber immer nach bestem Wissen und Gewissen. In diesen 14 Jahren ist wahnsinnig viel passiert. Gut ist, dass wir statt 5 Millionen Arbeitslosen heute weniger als 2,5 Millionen haben.

Aber es gab auch große Krisen. Ich will an die Weltfinanzkrise und an die Euro-Krise erinnern. Der Euro stand zeitweise auf dem Spiel. Der Euro und der Schengenraum sind vielleicht die beiden Dinge, die Europa unumkehrbar gemacht haben – eingeführt von Bundeskanzler Hel-

mut Kohl. Wir haben für den Euro gekämpft. Ich möchte Wolfgang Schäuble noch einmal danken; denn es gab viele schlaflose Nächte und Stunden, in denen wir darum gerungen haben. Wenn man heute auf Spanien schaut, wenn man heute auf Portugal, Irland und auf Griechenland mit seiner neuen Regierung schaut, dann kann man sagen: Es hat sich für alle gelohnt. Wir haben den Euro, aber wir haben auch wieder wirtschaftlich starke Länder.

(Beifall)

Wir haben gemeinsam viel geschafft, weil wir immer wieder auf die Kraft der Selbstvergewisserung gesetzt haben – ich erinnere an den legendären Parteitag 2003 hier in Leipzig, damals zu Oppositionszeiten – und weil wir gleichzeitig immer wieder die Kraft zum Kompromiss aufgebracht haben, zu Lösungen, bei denen die Vorteile die Nachteile überwiegen. Genau darum geht es ja auch heute bei der Arbeit der Bundesregierung, der Großen Koalition. Es geht darum, unter völlig veränderten Bedingungen Wohlstand und Sicherheit für die Menschen zu schaffen.

Liebe Freunde, zwei große Entwicklungen markieren unsere heutige Zeit. Das ist auf der einen Seite die Digitalisierung und auf der anderen Seite der Klimawandel, der wie ein Brennglas aufzeigt, dass es auf dieser Welt begrenzte Ressourcen gibt. Genau da ordnet sich auch die Arbeit der Bundesregierung ein. Es geht um die Bewältigung der Digitalisierung, um die Einführung der Digitalisierung in alle Lebensbereiche, ob das die Versteigerung der 5G-Frequenzen betrifft oder die Diskussion darüber – die wir ja hier auch noch führen werden –: Wie wollen wir die Sicherheit gewährleisten? Ich sage: Wir sollten technologisch offen sein; aber wir sollten die Maßstäbe setzen. Wir sollten niemanden von vornherein ausschließen. Wir sagen, was für uns sichere Netze sind. Das muss unser Zugang sein: Ob es die Mobilfunkstrategie ist, ob es die Glasfaserstrategie ist – all das müssen wir leisten. Wir sind da in Europa nicht vorne mit dabei, sondern haben Nachholbedarf.

Es geht um die Frage, wie wir künstliche Intelligenz in unser Land holen, wie wir ein Forschungsstandort sein können, der vorne mit dabei ist. Die Welt schläft nicht. Es geht darum, wie wir als Staat die Kommunikation mit den Bürgern online abwickeln können. Das Onlinezugangsgesetz ist eine der ganz großen Aufgaben der Bundesregierung. Es geht darum, wie wir die Welt der Arbeit, die sich dramatisch ändert – das kann man zum Beispiel in der Automobilindustrie sehen – für Menschen erlebbar machen. Es geht darum, dass wir Arbeitsplätze erhalten. Wir haben eine Weiterbildungsstrategie aufgesetzt, damit lebenslanges Lernen etwas wird, das die Menschen als normal ansehen. Wir wollen sie dabei begleiten.

Wir müssen den Strukturwandel in der Industrie – ich habe die Automobilindustrie schon genannt – bewältigen, und zwar so, dass auch in Zukunft Arbeitsplätze bei uns entstehen.

Liebe Freunde, wir haben eine große Energiewende zu bewältigen, und ich kenne all die Schwierigkeiten. Aber wer, wenn nicht wir, kann es schaffen, dass erneuerbare Energien marktwirtschaftlich auch wirklich verfügbar werden?

(Vereinzelt Beifall)

Wer, wenn nicht wir, kann den Ausstieg aus der Kohle so gestalten, dass wir auch ohne Kohle eine sichere Energieversorgung haben und die Menschen nicht im Stich lassen? Dafür lohnt es sich, zu arbeiten, und dafür arbeitet diese Bundesregierung und die CDU als Teil von ihr.

(Beifall)

Wir haben Planbarkeit für die Wissenschafts- und Innovationslandschaft in Deutschland erreicht durch Forschungspakte und Hochschulpakete bis 2030. Wir haben ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz auf den Weg gebracht. Als ich Bundeskanzlerin wurde, war Arbeitslosigkeit das große Thema. Heute ist das große Thema der Fachkräftemangel. Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz werden wir ab 1. März 2020 die Möglichkeit haben, den Fachkräftemangel so zu bekämpfen, dass wir nicht die falschen Menschen ins Land einladen, sondern diejenigen, die uns wirklich helfen, den Fachkräftemangel zu beseitigen. Das war unser Anliegen.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir haben in den letzten Monaten deutliche Verbesserungen im Bereich der Pflegeleistungen erreicht. Jeder weiß, wie Menschen, wie Familien belastet sind, wenn Pflegearbeit auf sie zukommt und wie wichtig es ist, dass Menschen hier abgesichert sind. Wir haben vor allen Dingen auch die Arbeitswelt derer, die im Pflegebereich arbeiten, deutlich verbessert, und wir haben endlich dafür gesorgt – man wundert sich, warum die Bundesrepublik 70 Jahre alt werden musste –, dass man in Pflege- und Gesundheitsberufen nicht mehr Schulgeld bezahlen muss, sondern dass man eine Ausbildungsvergütung bekommt, genauso wie zum Beispiel Mechatroniker oder Elektroingenieure.

(Beifall)

Wir haben im Wohnungsbereich eine Riesenoffensive gestartet. Wir haben ein klares Bekenntnis zu den gleichwertigen Lebensverhältnissen in Stadt und Land abgegeben. Ich freue mich, dass auf diesem Parteitag auch ein Antrag beraten wird, der sich an unsere Landwirte wendet. Liebe Freunde, wir sind die Partei einer modernen Landwirtschaft. Landwirtschaft soll und muss es in Deutschland geben, aber natürlich ökologisch vernünftig, natürlich sozial verträglich.

(Beifall)

Die Produkte zu importieren und zu Hause keine Landwirtschaft zu betreiben, wäre nicht hilfreich. Deshalb sage ich Ihnen, dass wir unsere Arbeit in dieser Legislaturperiode natürlich noch nicht abgeschlossen haben.

Im zweiten Halbjahr des nächsten Jahres wird Deutschland den Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernehmen. Es geht in diesen Zeiten ganz wesentlich um Europa. Es geht um ein starkes Deutschland in einem starken Europa. Europa muss einheitlich agieren. Wenn wir zum Beispiel über 5G-Sicherheitsstandards sprechen, dann müssen wir das einheitlich in Europa regeln; das habe ich heute zu Ursula von der Leyen gesagt. Wir müssen einen digitalen Binnenmarkt erarbeiten, und das muss schnell gehen. Sonst macht jeder seins, und das ist auch nicht richtig.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir sind deshalb so gefragt und gefordert, weil die Welt vor großen Problemen steht und die Frage, wo Europa sich dort einordnet, noch nicht entschieden ist. Wer hätte vor 10, 20 Jahren gedacht – ich jedenfalls nicht –, dass der Multilateralismus einmal so unter Druck gerät, dass wir für einen fairen, offenen Handel kämpfen müssen? Wer hat gewusst, dass es eine Diskussion mit Russland über die Verletzung der territorialen Souveränität geben wird? Wer hätte gedacht, dass wir solche Handelsschwierigkeiten, auch mit den Vereinigten Staaten von Amerika haben?

Deshalb ist es wichtig, dass von uns das Signal ausgeht, dass wir dafür arbeiten, dass wir uns als Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Union für eine multilateral organisierte Welt einsetzen wollen. Das ist unser Ziel.

(Beifall)

Natürlich geht es dabei immer auch um den Kampf von Werten, um Interessen. Unsere Werte sind unumstößlich. Wir setzen uns überall für die Menschenrechte ein, zum Beispiel auch in Hongkong, in China in diesen Tagen. Aber unsere Interessen spielen auch eine Rolle, wenn es darum geht, dass China inzwischen unser stärkster Handelspartner ist. Wenn wir eine gute Nachbarschaft mit Russland haben wollen, liegt das in unserem Interesse, trotz aller Komplikationen, die es gibt. Das heißt, wir müssen immer wieder für beides eintreten. Das ist die Grundlage dafür, dass wir wirklich Lösungen finden für die Welt von morgen.

Es hat uns immer ausgezeichnet, dass wir Werte und Interessen zusammenbringen, ausgehend von unserem christlichen Menschenbild. Dazu sollten wir auch weiter stehen und unsere Arbeit weiter in diesem Geiste tun. Wenn wir uns als Christdemokraten mit dieser Haltung den Aufgaben stellen, wenn wir dabei das Motto des letzten Parteitages beherzigen, nämlich „Zusammenführen. Und zusammen führen.“, dann werden wir auch das diesjährige Motto des Parteitags Realität werden lassen, nämlich „Deutschlands starke Mitte“ – das sind wir, die Christdemokraten. Dafür möchte ich als Bundeskanzlerin weiter arbeiten. Dazu lade ich Sie herzlich ein – herzlichen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Anhaltender Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Bundeskanzlerin. Danke schön nicht nur für dieses Grußwort, sondern auch für Ihre Arbeit für die CDU, für unsere CDU, und für die Bundesrepublik Deutschland. Wir wissen, was wir an Ihnen als Kanzlerin haben in einer Zeit, in der man glauben kann, dass die Welt aus den Fugen geraten ist. Vielen Dank für die Arbeit und das Grußwort.

(Beifall)

Liebe Freunde, bevor ich den Tagesordnungspunkt 8 aufrufe, will ich mir eine Bemerkung erlauben. Ich finde, es ist bemerkenswert, dass drei starke Frauen nacheinander, die Präsidentin der Europäischen Kommission, die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland und jetzt die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Reden auf diesem Parteitag halten. Das sollen uns andere erst einmal nachmachen, die viel über Frauenförderung reden. Wir haben die starken Frauen.

TAGESORDNUNGSPUNKT 8

Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands
Bundesministerin Annegret Kramp-Karrenbauer

Nun bekommst du das Wort, liebe Annegret, zu deinem Bericht.

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Vorsitzende der CDU: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Wir treffen uns heute hier zu unserem 32. Bundesparteitag, einem Parteitag, der in Leipzig stattfindet. Das macht diesen Parteitag zu etwas Besonderem; denn Leipzig ist etwas Besonderes. Leipzig ist etwas Besonderes gerade in diesem Jahr: 30 Jahre Fall der Berliner Mauer. Wenn man wissen will, wo die ersten Risse dieser Mauer stattgefunden haben, dann muss man hierher kommen. Das war genau hier in Leipzig. Es waren die Menschen, die sich in der Nikolaikirche zu Friedensgebeten getroffen haben. Es waren die, die dort den geschützten Raum genutzt haben und ein Vorbild gegeben haben – das wurde heute Morgen in der Kirche angesprochen –, das viele andere Kirchen in der damaligen DDR aufgenommen haben. Aber es waren nicht nur die Menschen, die dort für Frieden gebetet haben. Es waren auch die Menschen, die danach auf die Straße gegangen sind, obwohl sie die Bilder vom Platz des Himmlischen Friedens in Peking vor Augen hatten, obwohl sie nicht wussten, ob sie von den Demonstrationen gesund zurückkommen, obwohl sie nicht wussten, ob sie nicht anschließend in einem Stasigefängnis landen, obwohl sie erfahren mussten, dass noch zwei Tage vor dem Fall der Mauer, am 7. Oktober, Menschen niedergeknüppelt und inhaftiert wurden. Aber es war ihr Mut, der die Mauer zum Einsturz gebracht hat. Es war ihr Mut, der uns die Einheit gebracht hat. Liebe Freundinnen und Freunde, das war die glücklichste Stunde in der deutschen Geschichte. Ich lasse mir das von niemandem schlechtreden und von niemandem nehmen. Das sollten wir uns alle miteinander nicht nehmen lassen.

(Beifall)

Es war die glücklichste Stunde. Nach dieser glücklichsten Stunde, nach dem Traum von Freiheit, der, wie es Altbundespräsident Gauck einmal formuliert hat, wenn man in die Verantwortung kommt, sehr viel schwerer umzusetzen ist als das, was man träumt, kam für viele Menschen die Wende. Ich will als jemand, der aus dem Westen der Republik kommt, sagen: Wir beschweren uns heute schon an der einen oder anderen Stelle, wenn im Alltag etwas nicht so läuft, wie wir das gerne möchten, wenn wir etwas verändern müssen, wenn etwas nicht in den Terminkalender passt. Wir Westdeutsche können uns gar nicht vorstellen, was die Wende für diese Menschen bedeutet hat. Ganze Biographien von fleißigen, von aufrechten Bürgerinnen und Bürgern, waren auf einmal nichts mehr wert. Viele hatten ihren Arbeitsplatz verloren, mussten umschulen, für kleines Geld arbeiten und ihre Heimat verlassen. Das war die Leistung der Wende. Auch wenn wir heute im Zusammenhang mit der Grundrente über manche reden, die kleine Alterseinkommen, kleine Renten auch deshalb haben, weil sie sich nach der Wende, nachdem ihr Arbeitsplatz wegrationalisiert wurde, sich nicht hingesetzt haben und nicht auf Sozialhilfe ausgeruht haben, sondern für ganz wenig Geld gearbeitet haben, weil sie selbstständig bleiben wollten und deshalb nun eine kleine Altersrente haben, dann gebietet es der Respekt vor dieser Lebensleistung, dass wir diesen Menschen heute die Anerkennung für diese Lebensleistung zollen.

(Beifall)

Heute – das haben wir gerade bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg schmerzhaft erlebt – sind viele unterwegs, die sich über alles beklagen, die schlechtreden, die Angst machen und nörgeln. Aber, liebe Freundinnen und Freunde, gerade hier in Sachsen, wo die CDU von Anfang an immer Verantwortung getragen hat und das bis heute tut, sind diesen Miesmachern und diesen Nörglern die Männer und Frauen der CDU, die sich jeden Tag anstrengen – an ihrer Spitze Michael Kretschmer –, entgegengetreten. Sie haben ihre Haltung bewahrt. Sie haben für Offenheit gekämpft, für Optimismus. Sie haben gesagt: Ja, das ist kein einfacher Weg. Aber wir haben schon so viel erreicht und werden noch mehr erreichen. – Damit, lieber Michael, hast du ganz alleine hier die Wahl in Sachsen gewonnen. Dafür gebühren dir unser aller Dank und unser aller Respekt.

(Beifall)

Leipzig ist für die CDU ein besonderer Ort. Es ist nicht der erste Parteitag, den wir hier durchführen. Vieles ist auch im Vorfeld über diesen Parteitag berichtet worden: Die Revolution findet statt; der Aufruhr und auch das, worüber wir uns unterhalten oder worüber wir uns nicht unterhalten. Aber, liebe Freundinnen und Freunde, manchmal zeigt der Blick in die Annalen, dass manche Debatte, die wir – das gebe ich zu – nach einem schwierigen Jahr und in dem Gefühl führen, dass es noch nie so schwer war, CDU-Politik zu machen, sich relativiert. Ich schaue mir den Parteitag 2011 an und die Vorberichterstattung in der Presse: Es war die Rede von der

Stunde der Nörgler, die gesagt haben, dass die CDU so stromlinienförmig und so leer geworden ist. Heute kommt das sprachlich etwas eleganter daher. Es heißt, wir seien inhaltlich insolvent. 1997 hat die Junge Union kraftvoll gefordert, Helmut Kohl müsse als Parteivorsitzender endlich aufhören. Heute wird das sprachlich gewandter als Führungsfrage auf das Tableau gebracht. Liebe Freundinnen und Freunde, das gab es schon immer in der CDU. Dass wir heute hier als große starke Volkspartei stehen, zeigt: Wir halten solche Diskussionen aus. Wir lassen uns nicht in den Ruin hineinschreiben. Das ist wichtig, und das ist das Signal, das auch heute von diesem Parteitag ausgehen muss.

(Beifall)

Es gab den Parteitag 2003, als Deutschland sich in einem sehr schlechten Zustand befand, einen Parteitag, als wir in der Opposition waren und zum Sprung in die Regierung angesetzt haben, einen Parteitag, auf dem die damalige Bundesvorsitzende Angela Merkel gesagt hat: Die CDU ist die Partei, die die programmatische Kraft, den geistigen Führungsanspruch und den Gestaltungswillen hat, um Deutschland nach vorne zu bringen. – Liebe Freundinnen und Freunde, zwei Jahre später – nicht ganz so glanzvoll, wie uns das die Demoskopiker vorhergesagt hatten, aber trotzdem – haben wir Verantwortung in Deutschland übernommen, ist Angela Merkel zu unserer Bundeskanzlerin gewählt worden. Auch das sage ich an dieser Stelle: Es waren und sind 14 gute Jahre für Deutschland. Darauf können wir alle miteinander stolz sein.

Natürlich ist nicht alles gelungen. Wer könnte das schon von sich behaupten?

Aber eines will ich an dieser Stelle schon einmal sagen: Als die Partei, die diese Regierung prägt, sollten wir, wenn wir die Debatte führen, stets im Blick haben, dass unsere Politik uns in diesen 14 Jahren eine der längsten und erfolgreichsten Wohlstandsphasen beschert hat, die wie jemals in unserer Geschichte erlebt haben. Unsere Partei sollte sich dann nicht hinstellen und sagen: Liebe Leute, das, was in den letzten 14 Jahren passiert ist, war alles falsch und alles schlecht. – Ihr seid doch alle Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer. Ich kann mir nicht vorstellen, wie man Wahlkampf machen will, wenn man den Bürgern sagt: Alles, was wir gemacht haben, war schlecht. Aber wir wären schon froh, wenn ihr uns noch einmal wählt, damit wir es noch 14 Jahre weitermachen können. – Das ist keine erfolgreiche Wahlkampfstrategie, und das sollten wir uns erst gar nicht angewöhnen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Anhaltender Beifall)

Ja, es ist eine lange Ära. Und diese Ära wird enden. Angela selbst hat den Startschuss dazu gegeben, als sie im vergangenen Jahr gesagt hat, sie werde nicht mehr als Vorsitzende der CDU Deutschlands kandidieren. Deshalb betreffen die Fragen, über die wir heute sprechen, und die inhaltlichen Festlegungen, die wir heute treffen, nicht nur die nächsten Wochen und Monate. Wir reden heute über die Zukunft. Wir reden heute darüber, was wir auf den Weg bringen müs-

sen, damit Deutschland auch in zehn Jahren ein erfolgreiches, ein gutes Land ist. Liebe Freundinnen und Freunde, es reicht nicht mehr, Reparaturbetrieb der Republik zu sein; wir müssen wieder zur Zukunftswerkstatt werden. Das ist unser Anspruch, und das wollen wir heute unternehmen – gemeinsam!

(Lebhafter Beifall)

Wie kann Deutschland in zehn Jahren aussehen? Niemand kann uns eine Garantie geben. Es sind viele unterwegs, die das Weltuntergangsszenario an die Wand malen. Und es gibt die anderen, die sagen, alles werde gut, man brauche sich überhaupt nicht anzustrengen, mit Globuli gehe das alles ganz hervorragend.

(Heiterkeit)

Weder das eine noch das andere funktioniert.

Liebe Leute, die Zukunft ist noch nicht ausgemacht. Sie liegt in unserer Hand.

Ja, es kann uns passieren, wenn wir es heute falsch anstellen, dass wir in zehn Jahren in einem Deutschland leben, das abgehängt ist, das nicht mehr die Rolle in der Welt spielt.

Wir können stolz sein auf die Patente, die wir vor 100 Jahren in Deutschland entwickelt und angemeldet wurden. Es kann aber passieren, dass wir leider keine Patente mehr für die nächsten 100 Jahre in der Hand halten werden.

Es kann uns passieren, dass wir feststellen, dass die Regeln für den internationalen Markt, die Regeln für das Finanzwesen, woanders bestimmt werden. Es kann passieren, dass die großen Unternehmen woanders sitzen und wir eine verlängerte Werkbank geworden sind, abhängig davon, was Konzerne in den Vereinigten Staaten, in China oder sonst wo entscheiden.

Ja, es kann uns passieren, dass Menschen aus diesem Land weggehen, junge, aktive Menschen, weil sie sagen: Hier in Deutschland ist es so miefig geworden. Es braucht so lange. Es ist so schwierig geworden. Wir finden keine Kreativität vor. Wir haben keinen Platz, keine Freiheit, uns zu entfalten. Es kann sein, dass Menschen aus diesem Land weggehen, weil sie hier, auch mit Blick auf die Digitalisierung, keinen Arbeitsplatz mehr finden.

Es kann sein, dass wir, weil wir schwach geworden sind, nicht unsere Rolle in Europa spielen können. Europa muss stark sein, damit in der Welt unsere Werte und das, wovon wir so lange profitiert haben, auch für die Zukunft erhalten können. Es kann sein, dass wir Europa nicht zusammenhalten können.

Es kann sein, dass wir die Unruheherde, die es um uns herum gibt, nicht in den Griff bekommen, weil wir auch ein Stück weit zu bequem waren, um zu sagen: Auch in Afrika, auch auf diesem

Kontinent, geht es um unsere Interessen. Wir müssen uns darum kümmern. Wir dürfen uns nicht auf uns allein zurückziehen. Das alles kann passieren, wenn wir es nicht richtig machen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Es kann passieren; aber es muss nicht passieren. Ob es so kommt oder nicht, liegt ein gutes Stück an uns.

Ich möchte, dass wir und diejenigen, die nach uns kommen, in zehn Jahren in einem Deutschland leben, das agil ist, das wach ist. Ich möchte, dass wir Wohlstand für alle im Sinne von Ludwig Erhard erreichen – nicht trotz Digitalisierung, sondern mit Digitalisierung.

Ich möchte, dass wir es schaffen, dass deutsche Ingenieurskunst und Dienstleistungsmentalität zu den Geschäftsmodellen werden, die weltweit konkurrenzfähig sind. Herrgott noch mal: In „Ingenieur“ steckt doch das Wort „Genie“. Das war es doch, was uns immer ausgezeichnet hat. Wir sind doch heute nicht weniger kreativ und nicht dümmer als früher. Wir müssen nur unseren Kopf wieder ordentlich und frei arbeiten lassen. Dann wird das auch etwas mit der Digitalisierung in Deutschland.

(Lebhafter Beifall)

Ich möchte, dass „Made in Germany“ dafür steht, dass wir, ein Land, das eines der stärksten und wichtigsten in der Welt ist, uns auch um die Welt kümmern. Wir wollen von hier aus Lösungen anbieten, um Probleme auf dieser Welt zu lösen. Wir werden in Zukunft wesentlich mehr Menschen auf diesem Kontinent haben. Auch sie wollen ernährt werden, auch sie wollen gut leben.

Ehrlich gesagt, es kommt auf uns an, darauf, dass wir forschen, dass wir die richtigen Produkte und die richtigen Produktionslinien entwickeln, dass wir Antworten für Afrika geben. Wenn wir es nicht tun, liebe Freundinnen und Freunde, wer soll es dann tun? Auch das gehört zur Verantwortung Deutschlands dazu. Als wir nichts hatten, waren andere solidarisch, damit wir wieder groß werden. Heute sind wir wer, und heute müssen wir solidarisch sein mit denen, die unsere Hilfe brauchen. Auch das ist unser Vermächtnis.

(Beifall)

Ich will, dass wir in einem Land leben, in dem die Steuerlast reduziert ist und in dem es einfacher ist, die Steuern anzumelden. Ich will, dass wir staatliche Dienstleistungen mit einem Klick auf dem Smartphone haben. Ich möchte, dass wir Europameister werden – ja, auch im Fußball, aber vor allen Dingen bei Genehmigungen, insbesondere für das Bauen. Ich habe die Nase voll davon, dass wir immer die langsamsten in Europa sind. Wir müssen an die Spitze der Genehmigungen kommen. Wir müssen mehr bauen als andere. Das ist doch unser Anspruch, liebe Freundinnen und Freunde.

(Lebhafter Beifall)

Ich will, dass wir PISA-Sieger werden. Ich will, dass junge Menschen aus aller Welt hierherkommen, weil sie sagen: In Deutschland ist etwas los. Hier lohnt es sich. Hier kann ich kreativ sein. Hier kann ich arbeiten. Hier kann ich leben.

Ich will, dass Menschen sich in ihrem Alltag wertgeschätzt fühlen und sich hier wohlfühlen.

Ich möchte, dass Kinder in den eigenen vier Wänden ihrer Familie aufwachsen können – mehr Kinder in mehr eigenen vier Wänden. Vor allen Dingen möchte ich, dass sie Eltern haben, die nicht so gestresst und unter Druck sind, sondern die Zeit für ihre Kinder haben; denn das ist das wichtigste, was man seinen Kindern geben kann.

(Beifall)

Das alles möchte ich.

Die Zukunft ist offen. So kann es werden, wenn wir – wie 2003 – uns persönlich sagen, auch heute und hier, und für uns persönlich entscheiden: Wir haben die programmatische Kraft. Wir haben den Führungsanspruch aus unseren Werten. Wir haben den politischen Gestaltungswillen, dass Deutschland so wird, und zwar so und nicht anders. Es liegt an uns, liebe Freundinnen und Freunde. Dazu rufe ich euch alle gemeinsam auf.

(Beifall)

Aber das Aufrufen ist das eine. Die Frage, was wir tun müssen, ist die Frage, die uns die Bürgerinnen und Bürger stellen, im Übrigen eine Frage, die sie wesentlich mehr interessiert als die Frage, wer bei der CDU wann wie was und wo auch immer werden kann. Sondern das sind die Punkte, wo uns die Leute sagen: Ihr seid für uns gewählt – nicht für euch selbst! – Auch das sollten wir uns an der Stelle noch einmal vor Augen führen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Wir waren mutig, als wir die Soziale Marktwirtschaft in unser Programm übernommen haben. Als alle anderen noch von staatlich gelenkten Dingen sprachen, haben wir gesagt: Wir setzen auf Freiheit, wir setzen auf den Einzelnen, weil die Anstrengung des Einzelnen, weil die Freiheit der beste Garant dafür ist, dass Wohlstand für alle entstehen kann.

Dieses „Wohlstand für alle“ wollen wir auch für die nächsten Jahre, und wir wollen es in einer digitalisierten Welt. Dazu müssen wir nicht nur unsere eigene natürliche Intelligenz anstrengen, sondern wir müssen auch Weltmarktführer bei der Künstlichen Intelligenz werden. Dazu brauchen wir vernetzte Produktion. Liebe Freundinnen und Freunde, Industrie 4.0 ist in Deutschland erfunden worden. Wer aber, wenn wir es nicht umsetzen, soll es dann erfolgreich in der Welt umsetzen? Wir brauchen doch keine Angst davor zu haben. Es liegt doch alles vor der Haustür. Lasst es uns doch nutzen und es umsetzen!

(Beifall)

Wir wollen das nicht, um sagen zu können: Wir haben einen guten Umsatz gemacht. – Ja, das brauchen wir auch. Aber wir wollen es, damit wir Menschen in diesem Land Arbeit geben können. Wir wissen, dass mit der Digitalisierung Arbeitsplätze wegfallen, und es wäre fahrlässig, wenn wir so täten, als ob das nicht passiert. Aber es ist unsere Aufgabe, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass neue Arbeitsplätze entstehen können. Ich halte Vollbeschäftigung für ein ganz wichtiges politisches Ziel, weil Arbeit auch etwas mit der Würde des Menschen zu tun hat. Es ist mehr, als sich nur selbst zu ernähren. Es macht etwas mit dem Menschen, ob er sinnvoll beschäftigt oder ob er arbeitslos ist. Das passt zu uns, das passt zu unserem C, und deswegen: Lasst uns an der Vollbeschäftigung festhalten, auch und gerade in Zeiten der Digitalisierung!

(Beifall)

Aber lasst uns nie vergessen: Technik muss dem Menschen dienen. Ich treffe manchmal Menschen, die so begeistert von der Technik sind, dass sie auf die Frage „Warum machen wir das eigentlich?“ schon keine Antwort mehr geben können. Technik muss dem Menschen dienen. Und ich möchte, dass wir die Digitalisierung nutzen, sie auch für unsere Kinder nutzen. Wer schon einmal erlebt hat, wie das ist, wenn Kinder mit Hilfe digitaler Technik wie beispielsweise 3D-Brillen in ihrem Klassenzimmer sitzen und auf einmal – ich habe das in Paris gesehen – mitten in Versailles stehen, der weiß, dass es keine Frage des Geldbeutels der Eltern mehr ist, ob die Kinder am Klassenausflug teilnehmen können oder nicht, sondern sie auf einmal nicht nur in Gedanken, sondern in einer virtuellen Realität durch die ganze Welt reisen können. Wer das erkannt hat, der macht unter Zuhilfenahme dieser Technik aus Kindern in Deutschland Kinder, die einen offenen Blick, einen offenen Horizont haben. Das sind Kinder, die nachher andere Menschen auf dieser Welt nicht hassen, und das ist es, was wir für unser Land wollen. Das ist der Sinn unserer Bildungspolitik, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wir wollen die Möglichkeiten nutzen, um körperlich entlastet zu werden. Warum machen wir, was wir in vielen technischen Berufen schon lange machen, eigentlich nicht stärker in den Pflegeberufen? Dort muss körperlich genauso schwer gearbeitet werden. Auch da können wir Hilfsmittel gut einsetzen. Und ich will, dass wir diese neue Technologie einsetzen, damit Menschen länger zuhause leben können.

Ich treffe viele, die sagen: Was soll ich eigentlich mit dem autonomen Fahren? Es war einer meiner glücklichsten Momente, als ich endlich den Führerschein hatte! Und ich fahre gern Auto. Warum soll das das Auto jetzt allein machen? – Aber, liebe Freundinnen und Freunde, wenn wir wissen, dass auf dem Weg zum autonomen Fahren auch Fahrassistenzsysteme entwickelt werden und diese Fahrassistenzsysteme ein Auto in die Lage versetzen, wenn man ein gesundheitliches Problem hat, die Verkehrssituation zu erkennen, abzubremsen, rechts ran zu fahren,

diese Systeme also im Zweifel darüber entscheiden, ob jemand im höheren Alter noch allein Autofahren und im ländlichen Raum in seiner Wohnung bleiben kann oder nicht, dann hat das sehr viel mit Menschenwürde, hat das sehr viel mit dem zu tun, wie wir wollen, dass Menschen leben. Und deswegen: Ja, wir sind offen für Technik. Aber sie muss dem Menschen dienen – nicht umgekehrt, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Und wir müssen die Chancen nutzen, die im Morgen liegen. Es ist gut, zu schauen, was wir heute an Produktion haben und, wo wir vielleicht etwas hinter den anderen liegen. Ja, auch da kann man den Ehrgeiz haben, aufzuholen. Aber ich finde es viel wichtiger, dass wir den Ehrgeiz haben, bei der Technologie, die morgen diese Welt bestimmen wird, die Nase vorn zu haben, und das ist die Quantentechnologie. Wir müssen Vorreiter werden beim Quantencomputer, bei den Quantennetzen, bei der Quantenkryptologie, weil das etwas mit größerer Leistungsfähigkeit zu tun hat, weil das etwas mit größerer Sicherheit zu tun hat. Das sage ich hier auch als Verteidigungsministerin: In dem Moment, wo das Quantencomputing seinen Durchbruch erlebt, in dem Moment, wo entschlüsselt werden kann, spielen Kryptologie und unsere sicheren Verteidigungssysteme keine Rolle mehr, weil sie technologisch geknackt werden. Und dann ist die Frage der Sicherheit eine Frage dessen: Wer hat es zuerst erfunden, wer hat die Kenntnisse und wer hat die Methoden? Ich will meine Sicherheit nicht von anderen Staaten in der Welt abhängig machen. Ich will, dass wir selbst in der Lage sind, uns zu schützen, und deswegen müssen wir da alle Kraft in diesen Bereich hineingeben.

(Beifall)

Und, liebe Ursula, das kündige ich gleich schon mal an: Das werden wir nicht allein schaffen, das geht in Europa nur zusammen. Das ist ein ähnlich großes Projekt wie das, was wir bei Airbus auf den Weg gebracht haben. Aber wir müssen es genau so tun, wie wir dezentrale Systeme wie Blockchain fördern müssen, wie wir die digitale Souveränität der Bürgerinnen und Bürger fördern müssen, wie wir eine Plattform in Deutschland werden müssen. Alles das, was wir in unserer Digitalcharta heute beraten, beschließen und festlegen – dass Daten der erneuerbare Treibstoff sind, dass wir offene Schnittstellen haben –, bringt den Erfolg für die Zukunft. Und da, liebe Freundinnen und Freunde, möchte ich mich an dieser Stelle bei einem ganz herzlichen bedanken, der in diesem Bereich in Deutschland unglaublich viel arbeitet, – ein ganz Ruhiger hinter den Kulissen, man sieht ihn nicht oft, man hört ihn nicht oft, aber ohne ihn wären wir auch im Bereich der Digitalpolitik nicht so weit, wie wir sind: Lieber Helge, dir ein ganz, ganz herzliches Dankeschön! Ein unglaublich schweres Thema – aber du leistest eine ganz tolle Arbeit. Vielen Dank dafür!

(Beifall)

Trotzdem sage ich auch für eine nächste Regierung: Wir haben kein Erkenntnisproblem, wir haben schon gar kein Zuständigkeitsproblem. Das, woran es uns mangelt, ist, dass wir es nicht genügend zusammenfassen und genügend vernetzen. Und deswegen – ich habe dazugelernt – bin ich der Auffassung: Wir kommen um ein Digitalministerium nicht herum, weil das der Nukleus ist, um diese Entwicklung voranzutreiben.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde! Innovation ist das eine, Investition ist das andere. Und ehrlich gesagt: Wir sind sehr kompliziert in Deutschland und sehr langsam, und wir arbeiten uns mühsam durch den Dschungel der Bürokratie, die – das muss man zugeben – wir selbst aufgesetzt haben. Es ist in der Tat ein Kampf gegen einen Dschungel. Immer, wenn man eine kleine Schneise geschlagen hat, ist sie hinter einem schon wieder zusammengewachsen, im Zweifel deshalb, weil wir die unnachahmliche Fähigkeit haben, in Deutschland zum Beispiel EU-Richtlinien nie eins zu eins umzusetzen, sondern immer eins-zu-eins-plus-plus-plus-plus. Das gehört zur Wahrheit auch dazu.

(Beifall)

Deswegen wird es nicht reichen – und ich schätze da, was Peter Altmaier auch beim Bürokratieabbau gemacht hat –, dass wir das dritte und das vierte Bürokratieabbaupaket vorlegen.

Das, was wir brauchen, ist ein maximal intensiver Bürokratieabbau. Entweder wir legen den Schalter um für mehr Risiko, für mehr automatisierten Datenabgleich, für mehr automatisierte Verfahren, oder wir bleiben auf dem Weg in die Zukunft in diesem Dschungel stecken. Dieser Dschungel macht uns das Leben schwer, er macht uns die Entwicklung nach vorne schwer. Deswegen: Ärmel hochzukrempeln, mutig zu sein und weg mit der Bürokratie dort, wo wir sie nicht brauchen!

(Lebhafter Beifall)

Das gilt auch beim Thema Planen, Bauen und Genehmigen. Ja, da bin ich sehr dankbar, lieber Paul und auch lieber Hendrik Wüst, und all ihr anderen, die daran mitgearbeitet haben, dass wir heute auf dem Parteitag über ganz konkrete Vorschläge reden, wie das gehen kann.

Aber eines sage ich euch auch zu der gleich anstehenden Diskussion: Wir dürfen uns nichts vormachen. All diejenigen, die sonntags sagen, das müsse schneller gehen, sind die gleichen, die dann am Montag, wenn es darum geht, auch gesetzliche Regelungen zu verändern, auch Planungsschritte oder Gerichtsverfahren zu verkürzen, die Ersten sind, die wieder mit Bedenken unterwegs sind.

Deswegen sage ich: Ja, wer Bürokratie beseitigen will, wer beim Planen und beim Bauen schneller werden will, der muss den Mut, den er sonntags hat, auch in die Woche tragen. Wir haben den Mut sonntags, wir haben den Mut in der ganzen Woche, und deswegen haben wir auch die Chance, das voranzubringen.

(Beifall)

Aber, liebe Freundinnen und Freunde, es gilt ein alter Satz, bei dem ich manchmal das Gefühl habe, dass nur noch die CDU an ihn erinnert, der alte Satz, dass man tunlichst zuerst etwas erwirtschaften sollte, bevor man anfängt, es zu verteilen. Deswegen ist die entscheidende Frage für die nächsten Jahre und auch für die nächsten zehn Jahre, ob wir das, was uns stark macht, nämlich unseren industriellen Kern, unsere mittelständische Wirtschaft, erhalten können.

Das betrifft insbesondere unsere Automobilindustrie. Ja, ich freue mich, wenn Tesla hier in Deutschland eine Fabrik baut. Aber, ehrlich gesagt, freue ich mich sehr viel mehr darüber, wenn wir mit Wasserstoff, wenn wir mit synthetischen Kraftstoffen es in einer CO₂-verträglichen Weise schaffen, dass der Verbrenner weiter in Deutschland bleibt und dass er in Wolfsburg, in München und in Stuttgart gebaut wird. Das ist unser Ziel, und dafür kämpfen wir, liebe Freundinnen und Freunde.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Aber auch dafür müssen wir den Rahmen richtig abstecken. Industrie läuft nicht ohne Energie, und deswegen muss Energie verlässlich bleiben, und sie muss bezahlbar bleiben. Ich sage das an dieser Stelle ganz deutlich. Darum müssen wir in der Perspektive dafür sorgen, dass das EEG unter Wahrung des Bestandsschutzes wieder ausläuft. Es war ein Gesetz, um erneuerbare Energien hinaus in den Markt zu bringen;

(Beifall)

Aber wenn der Markt diese Energien trägt, dann muss er sie auch allein tragen. Auch das ist Grundverständnis von sozialer Marktwirtschaft; auch das sollten wir nicht vergessen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Lebhafter Beifall)

Aber ein Weiteres dürfen und sollen wir auch nicht vergessen. Wenn manche so tun, auch in unserer eigenen Partei, als ob uns das Thema Umwelt, Naturschutz, Klimaschutz nichts angehe, dann kann ich nur sagen: Das hat nichts mit CDU zu tun. Die CDU ist die Partei mit dem C im Namen; wir haben ja gestern lange darüber gesprochen. Aber das C ist keine Kosmetik. Das C ist nichts, womit man auf Twitter einmal herauf und hinunter fährt. Das C ist verdammt ernst, und das C ist eine Verpflichtung. Diese Verpflichtung heißt, nicht nur dafür einzutreten, dass es uns auf dieser Erde gut geht, sondern dass es auch denen gut geht, die woanders leben, dass es auch denen gut geht, die wir in die Welt gesetzt haben. Wir haben eine Verantwortung für diese Schöpfung. Das ist keine Erfindung von Green Peace, keine Erfindung der Grünen; das ist Politik der Nachhaltigkeit, tief im C verwurzelt, und deswegen sind wir die Partei, die dafür in einer besonderen Art und Weise Verantwortung trägt.

(Anhaltender starker Beifall)

Das bedeutet, wenn wir 2050 CO₂-neutral sein wollen, ja, dann müssen wir uns überlegen, wenn wir 2050 auch noch Industrie wollen, wie wir einen CO₂-Kreislauf gestalten können, was wir mit diesen Stoffen tun, wie wir sie so nutzen können, dass wir sie weiter gebrauchen und nicht in die Atmosphäre freisetzen, dann müssen wir uns überlegen, mit welcher Technologie wir diese Lösungen finden.

Ich meine, jeder von uns erinnert sich noch: Michael Kretschmer hat vorhin zu Recht die Umweltverschmutzung angesprochen, die es hier gab. Dieses Problem der Umweltverschmutzung haben wir nicht mit Ideologie gelöst, nicht mit dem erhobenen Zeigefinger, sondern wir haben es am Ende dadurch gelöst, dass wir geforscht haben, dass wir entwickelt haben, dass wir so etwas wie Rauchgasentschwefelung gemacht haben und vieles andere. Technische Lösungen für Probleme dieser Welt, das ist made in Germany, das können wir, das ist unsere Stärke, und das sollten wir auch beim Thema Klimaschutz einsetzen.

(Lebhafter Beifall)

Den Sachverhalt, dass dies ein nicht einfaches Thema ist, um auszugleichen, aber ein Thema, das sehr viel mit Innovation zu tun hat, haben wir in den letzten Monaten in der Partei ernsthaft und intensiv miteinander diskutiert. Deswegen möchte ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bei Bernd Althusmann bedanken, bei Thomas Strobl und vor allen Dingen bei Andreas Jung, die mit dem Mobilitätspapier und dem Klimaschutzpapier eine programmatische Lücke, die wir bei der Europawahl ganz schmerzhaft gespürt haben, geschlossen haben, und zwar zusammen mit der CSU. Dieses Programm ist heute Grundlage dessen, was wir in der Bundesregierung auf den Weg gebracht haben. Deswegen sage ich: Das ist Innovation, unter anderem made in Baden-Württemberg, und darauf kann man stolz sein. Ich jedenfalls bin es, dass ich so starke Mitglieder in Baden-Württemberg habe.

(Lebhafter Beifall)

Aber so, wie die Industrialisierung im letzten Jahrhundert ihre Infrastruktur brauchte, ihre Eisenbahn, ihre Straßen, so braucht die Digitalisierung heute ebenfalls ihre Infrastruktur. Deswegen: Ja, wir brauchen Glasfaser, und wir brauchen 5G, und wir brauchen es überall. Wir müssen dafür Sorge tragen – die Anfänge sind ja gemacht –, dass wir diese Infrastruktur schnell ausrollen. Jeder Tag, an dem wir sie nicht haben, ist ein Tag, an dem wir Gefahr laufen, dass wir abgehängt werden.

Aber, liebe Freundinnen und Freunde, gerade 5G ist eben auch eine Sicherheitsfrage. Ich halte den Vorschlag, den wir jetzt auf dem Parteitag diskutieren werden, für einen sehr klugen, weil es auch unserem Verständnis von offener und fairer Marktwirtschaft entgegensteht, dass man Unternehmen von vornherein ausstreicht.

Die entscheidende Frage ist die Frage, auch und gerade bei 5G: Haben wir Sicherheitsstandards definiert und können wir sicherstellen, dass diese Sicherheitsstandards garantiert sind? Wenn das der Fall ist, dann kann man ein Unternehmen zulassen, und wenn es nicht der Fall ist, dann gebietet es die Verantwortung für die Sicherheit in diesem Land, dass wir es nicht tun. Das ist vernünftige Politik, und wir sind vernünftige Politiker in der CDU, liebe Freundinnen und Freunde.

(Lebhafter Beifall)

Wir wollen erwirtschaften, aber wir wissen ebenso – auch das steht in den Papieren, in den Programmen zur sozialen Marktwirtschaft –: Wirtschaft dient dem Menschen. Deswegen ist Wachstum für uns auch nie ein Selbstzweck. Es ist immer auch die Frage, was wir damit machen.

Lasst mich unter diesem Gesichtspunkt, liebe Freundinnen und Freunde, auch aus aktuellem Anlass einen Punkt hier erwähnen, der mit dem Thema Strukturwandel zu tun hat, und zwar Strukturwandel, der politisch auf den Weg gebracht worden ist. Das war bei der Steinkohle aus Kostengründen so, und das ist bei der Braunkohle aus Klimaschutzgründen so. Wir haben eine gesellschaftliche Übereinkunft getroffen.

Aber, liebe Freundinnen und Freunde, im Wahlkampf in Sachsen und in Brandenburg war ich vor Ort in den Kohlerevieren, und es hat mich berührt, auch als ehemalige Ministerpräsidentin des Saarlandes, die 2012 das letzte Bergwerk dort geschlossen hat. Bergleute sind ganz besondere Menschen; denn sie sind in einer besonderen Solidarität aufeinander angewiesen.

Als wir den Strukturwandel bei der Steinkohle im Saarland und auch in Nordrhein-Westfalen auf den Weg gebracht haben, da war ganz klar – es gab ein großes Versprechen –: Niemand fällt ins Bergfreie, und wir sorgen dafür, dass eure Kinder vernünftige Arbeitsplätze in der Zukunft haben. – Liebe Freundinnen und Freunde, was für die Steinkohlereviere im Westen dieser Republik gegolten hat, das muss auch für die Braunkohlereviere im Osten und auch in Nordrhein-Westfalen gelten. Dazu stehen wir; auch das ist verlässliche Politik.

(Beifall)

Über kein Thema wird zurzeit so viel diskutiert wie über das Soziale; dafür sorgt schon unser Koalitionspartner. Das Soziale ist in aller Munde, und deswegen ist es wichtig, dass wir uns noch einmal klarmachen, wie eigentlich unsere Koordinaten sind, unsere Koordinaten zwischen Freiheit und Solidarität. Subsidiarität nennt man das. Es gibt einen schönen einfachen Satz: Subsidiär ist dann, wenn der Staat die Menschen in Ruhe lässt, aber nicht im Stich. – Das heißt, wir brauchen Solidarität dann, wenn Menschen nicht für sich selbst eintreten können; dann ist dieser Staat gefordert. Aber, liebe Freundinnen und Freunde – und das ist vielleicht der größte Unterschied zu den Sozialdemokraten –: Wir wollen Wohlstand für alle, aber wir wollen nicht Wohlfahrt für alle. Nicht jeder in Deutschland ist ein Bedürftigkeitsfall, und wir sollten ihn auch nicht dazu machen.

(Beifall)

Wenn wir uns ganz ernst fragen: „Gibt das unser System heute eigentlich noch her?“ – wir geben pro Jahr eine Billion Euro in diesem gesamten Bereich aus; das sind 1 000 Milliarden Euro –, finde ich schon, dass wir gerade mit Blick auf die Zukunft, gerade auch mit Blick auf das Thema Generationengerechtigkeit diese Leistungen auf den Prüfstand stellen und noch einmal schauen müssen, ob dort, wo sie gebraucht werden, auch wirklich etwas ankommt oder ob wir dort, wo wir etwas mit der Gießkanne verteilen, vielleicht auch etwas umstrukturieren können. Der Sozialstaat kann nicht nur davon leben, dass wir immer mehr in ihn hineinschütten. Er muss auch davon leben, dass die Leistungen, dass das Geld, dass die Unterstützung zielgerichteter bei denen ankommen, die es wirklich brauchen. Auch das ist eine Aufgabe, die vor uns liegt, und dieser Aufgabe werden wir uns stellen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Das ist kein Thema, das 2030 auf uns zuläuft. Das ist ein Thema, das wir schon im nächsten Jahr vor der Nase haben; denn im nächsten Jahr wird die Rentenkommission ihre Empfehlungen vorlegen, und dann werden wir über ganz grundlegende Fragen entscheiden müssen. Wir werden über die Frage entscheiden müssen, ob wir beim System der drei Säulen – gesetzliche Rentenversicherung, betriebliche und private Altersversorgung – bleiben. Ich werbe sehr dafür, diese drei Säulen zu erhalten.

Wir werden darüber reden müssen, wie wir die, die erwerbsunfähig werden, schützen, ob das, was wir tun, ausreichend ist. Liebe Freundinnen und Freunde, machen wir uns nichts vor: Jeder von uns kann zu jeder Zeit von heute auf morgen erwerbsunfähig werden, ohne dass er irgendetwas dafür kann. Das ist ein echter Schicksalsschlag. Wenn es eine Situation im Leben gibt, wo der Staat wirklich gefordert ist, dann ist es diese. Deswegen: Wenn wir bei der Erwerbsunfähigkeitsrente mehr tun wollen, dann lasst uns das nächste Jahr angehen, wenn wir auch über die Ergebnisse der Rentenkommission reden werden.

(Beifall)

Ich sage es hier in aller Offenheit: Wir können die steigende Lebenserwartung nicht außer Acht lassen. Wir haben heute schon einen Korridor von Jahreszahlen, innerhalb dessen man entscheidet, wann man in den Ruhestand eintritt. Ich bin der Meinung, dass ein solcher Korridor für die Zukunft auch Sinn macht. Wir werden immer individueller. Jeder altert anders, mit anderen Interessen, aber wir antworten immer noch mit ganz starren Grenzen und Zeiten.

Liebe Freundinnen und Freunde, mein Ziel ist es vor allem, dass wir Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, deren Löhne und deren Steuern, die sie darauf gezahlt haben, erst ermöglichen, dass wir hier in einem guten Wohlfahrtsstaat leben können, im Alter mehr zur Verfügung stellen als nur die reine Existenz. Deswegen müssen wir uns aus meiner Sicht auch von der reinen Betrachtung des Rentenniveaus etwas lösen. Wir müssen die Dinge zusammensehen

und zusammendenken. Was hat jemand, der die gesetzliche Rente bekommt? Was bekommt jemand aus der betrieblichen oder einer gesetzlichen Altersversorgung noch dazu? Wie hoch sind eigentlich die Belastungen über Besteuerung und anderes? Und reicht das aus, damit Menschen am Ende ihres Lebens auch sagen können: „Ja, ich kann meinen Lebensabend damit gestalten und meinen Lebensstandard halten“? Das ist die entscheidende Frage. Die Antwort darauf schafft Vertrauen oder nicht. Das ist die Zielmarke, auf die wir hinarbeiten müssen. Um eine Antwort auf diese große Frage werden wir nächstes Jahr ringen, und zwar in einem gerechten Ausgleich zwischen den Generationen. Liebe Freundinnen und Freunde, wenn das die CDU nicht hinbekommt, dann weiß ich nicht, wer das in diesem Land noch schaffen soll.

(Beifall)

Das Gleiche gilt beim Thema Pflege; Angela hat es eben angesprochen, und ich möchte mich bei dir, lieber Jens, ganz herzlich bedanken. Denn Pflege ist ein Thema, das jede Familie in diesem Land berührt, sei es, weil man selbst Pflegeverpflichtungen hat, zum Beispiel seinen eigenen Eltern oder den Schwiegereltern gegenüber, oder sei es, weil sich viele Menschen in diesem Land Gedanken darüber machen: Wie wird das eigentlich bei mir? – Ich weiß, dass es viele gibt, die sagen: Ich möchte am Ende meines Lebens meinen Kindern nicht zur Last fallen. – Deswegen ist das ein höchst persönliches Thema. Es ist gut und richtig, dass wir in mehr Fachkräfte und in bessere Bezahlung investiert haben; denn das ist, ehrlich gesagt, ein unglaublich anspruchsvoller Job, in dem schon ganz schwierige Arbeitsbedingungen herrschen. Wenn wir den auch noch schlecht bezahlen, dann werden wir niemanden finden, der diese Arbeit auch machen will.

Liebe Freundinnen und Freunde, Pflege umfasst aber eben auch mehr als nur die Qualität. Pflege ist auch die persönliche Zuwendung. Pflege ist auch das menschliche Miteinander. Und deswegen müssen wir weiterdenken. Deswegen wird es nicht reichen, nur zu sagen: „Wir müssen die Fachkraftquote verbessern“, wird es nicht reichen, nur zu sagen: „Wir schaffen noch Pflegeroboter an“. Wir müssen Netzwerke schaffen für viele ältere Menschen, die heute in diesem Land vielleicht materiell gut dastehen, aber ansonsten einsam sind. Das ist eine der größten Geißeln, die wir haben. Deswegen steht es einer CDU gut zu Gesicht, wenn wir Pflege auch über das rein Technokratische hinaus denken, wenn wir sagen: Wir wollen Netzwerke schaffen, in denen man Nähe spüren kann, die vermitteln, wo die Familie im Mittelpunkt steht, aber eben auch dort, wo keine Familie mehr vorhanden ist. Es braucht ein ganzes Dorf, um Menschen im Alter die Würde zu geben, die sie verdient haben. Deswegen ist dies für uns das Thema schlechthin. Auch darum werden wir uns in den nächsten Jahren kümmern, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Kümmern werden wir uns auch um das, was wir jeden Sonntag und in jedem Programm die Keimzelle unserer Gesellschaft nennen: um Familie. Ursula hat es vorhin angesprochen: In den

letzten Jahren und Jahrzehnten ist viel passiert. Sie hat noch die Studie in Auftrag gegeben, die einen Gesamtüberblick über alle Leistungen geliefert hat. Alleine beim Bund und bei den Sozialversicherungen gibt es mehr als 150 Einzelleistungen mit einem Volumen von über 200 Milliarden Euro. Aber auch hier stellt sich die Frage: Haben wir genügend Kinder in Deutschland? Warum werden bei uns eigentlich weniger geboren als anderswo in Europa? Und warum leben trotz der zur Verfügung stehenden Mittel statistisch gesehen – hinter der Statistik verbergen sich immer auch Einzelschicksale – 2,4 Millionen Kinder in Deutschland in Armut?

Liebe Freundinnen und Freunde, ich glaube, dass wir einen Perspektivwechsel in der Familienpolitik vornehmen müssen; denn die wichtigste Frage in der Familienpolitik ist für mich die Frage: Was brauchen eigentlich unsere Kinder? Der Neurobiologe Gerald Hüther hat gesagt: Ein Kind braucht Aufgaben, an denen es wachsen kann. Ein Kind braucht Vorbilder, an denen es sich orientieren kann. Ein Kind braucht Gemeinschaft, in der es sich aufgehoben fühlt. Ich sage es vielleicht altmodischer: Ein Kind braucht vor allen Dingen Liebe, und es braucht Eltern, die Zeit haben und in der Lage sind, ihm die Zuwendung, den Schutz und die Stabilität zu geben, die es braucht. Auch daran sollten wir uns in der Familienpolitik orientieren.

(Beifall)

Lassen Sie mich an dieser Stelle eines sagen, auch sehr selbstkritisch für uns: Ich sehe sehr oft die alarmierenden Überschriften in den Zeitungen. Dann werden Parameter und Chiffren benannt, die uns in Sorge versetzen: wenn die Arbeitslosenquote steigt, wenn das Wirtschaftswachstum sinkt und wenn andere wirtschaftliche Parameter nicht so sind, wie wir das eigentlich wollen.

Aber es gibt Zahlen in Deutschland, die ich für die Zukunft viel alarmierender finde: Das sind 2,4 Millionen Kinder in Armut, das ist eine Schulabbrecherquote von über 6 Prozent, und das sind Jahr für Jahr durchschnittlich 14 000 Kinder, die sexuell missbraucht werden. Ich würde mir einmal wünschen, dass darüber in Deutschland so lange und so heftig diskutiert wird, wie wir es machen, wenn das Bruttoinlandsprodukt zurückgegangen ist. Hier sind die entsprechenden Parameter für uns selbst verrutscht. Kinder sind unsere Zukunft. Sie sind das Wertvollste, was wir haben. Auch wir müssen das in unserer Politik wieder deutlicher zum Ausdruck bringen, als wir das bisher getan haben.

(Beifall)

Lieber Ralph Brinkhaus, es macht mich stolz, dass gerade die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit den Fachkolleginnen und Fachkollegen ein großes Programm zur Bekämpfung von sexuellem Missbrauch gegen Kinder aufgelegt hat. Ich kenne keinen anderen, der das so dezidiert ausgearbeitet hat, auch im politischen Bereich. Deswegen ist das ein gutes Zeichen. Lass uns gemeinsam daran arbeiten! Solange wir diese Chiffre haben, ist das eine Zahl der Schande für Deutschland. Wir dürfen und können uns damit nicht abfinden, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wenn wir diesen Blickwinkel einnehmen, wenn wir fragen: „Was braucht eigentlich das Kind?“, dann stellt man fest, dass sich viele Perspektiven verändern.

Der Punkt ist: Ja, es ist gut, dass wir die Infrastruktur ausbauen. Es ist gut und notwendig, gerade mit Blick auf Schichtmodelle, dass wir auch so etwas wie 24-Stunden-Kitas haben. Aber ich bleibe dabei: Wesentlich intelligenter wäre es, wenn wir auch die modernen Techniken nutzen, damit Eltern von zu Hause aus arbeiten können, wenn wir die Infrastruktur so ausbauen, damit Eltern Arbeitsplätze vor Ort haben und damit nicht jeden Morgen in Deutschland die „Überlandverschickung“ von Kindern quer durch die Republik passiert, nämlich dorthin, wo ihre Eltern arbeiten, damit sie dort in die Kita gehen. Macht doch das Leben für die Eltern entspannter! Dann ist es auch für die Kinder entspannter. Das sollten wir uns als Ziel vornehmen und in den Mittelpunkt stellen.

(Beifall)

Ich selbst war ganz verblüfft: Das letzte große Familienprogramm hat Angela Merkel 1999 als Generalsekretärin geschrieben: „Lust auf Familie – Lust auf Verantwortung.“ Wir sehen, wie sich Familien heute verändert haben. Wir sind nicht dazu da, zu beurteilen, wie Menschen zusammenleben. Wir sind dazu da, zu beurteilen, ob es den Kindern in diesen Kontexten gut gehen kann und wie wir die Rahmenbedingungen setzen, damit es ihnen gut geht. Wir müssen diese Fragen immer unter dem Stichwort „Kindeswohl“ betrachten. Wir müssen die Frage stellen: Was ist eigentlich familienfreundlich? Nein, wir müssen Familie nicht wirtschaftsgerecht umbauen. Wir müssen die Wirtschaft familienfreundlich machen. Andere Länder in Europa machen uns das vor. Das, liebe Freundinnen und Freunde, wollen wir auf eine neue programmatische Grundlage stellen.

Wenn ihr nachher dem Vorschlag folgt und Silvia Breher zur stellvertretenden Bundesvorsitzenden wählt, dann ist mit ihr besprochen, dass es ihre Aufgabe sein wird, gemeinsam mit unseren Familienpolitikerinnen und Familienpolitikern auf der Bundes-, auf der Landes- und auf der kommunalen Ebene genau ein solches neues Programm zu schreiben. Auch das ist moderne Volkspartei CDU. Auch das ist konservative Volkspartei CDU. Denn es gibt nichts Konservativeres als Leben und Kinder zu schützen und ihnen eine gute Zukunft zu geben.

(Beifall)

Vor zehn Jahren haben wir die Bildungsrepublik Deutschland ausgerufen. Ehrlich gesagt: Wir arbeiten noch immer daran. Es wird Zeit, dass wir diese Arbeit nach vorne treiben, damit daraus eine Bildungsrepublik 4.0 wird; denn Bildung ist die beste Zukunftssicherung, die es geben kann.

Aber wie laufen denn die Bildungsdebatten auch in unserer eigenen Partei ab? Wann haben wir denn das letzte Mal über so etwas wie Erziehung, Ideale und Inhalte geredet? Wir sollten nicht nur über kaputte Schultoiletten und darüber reden, wer dafür zuständig ist und wer sie zu bezahlen hat.

Liebe Freundinnen und Freunde, ich war Ministerpräsidentin und Präsidentin der Kultusministerkonferenz. Ich bin eine in der Wolle gefärbte Befürworterin des Föderalismus. Das, was wir zurzeit im Bereich des Föderalismus, gerade bei der Bildung, auch in unserer eigenen Partei, im Miteinander oder im Nicht-Miteinander abliefern und diskutieren, führt dazu, dass sich mittlerweile 100 Prozent der Eltern in Deutschland wünschen, Bildung wäre eine zentrale Aufgabe des Bundes. Dahin gehört sie aber nicht. Aber es ist unsere Verantwortung, hier endlich ordentlich zusammenzuarbeiten und zu kooperieren.

(Beifall)

Die CDU muss und wird wieder der Ort sein, an dem wir genau diese Fragen diskutieren: Was braucht eigentlich ein Mensch in einem digitalisierten Zeitalter, um ein selbstbewusster und selbstbestimmter Mensch zu sein?

Ich will nicht, dass wir neue Spaltungen in der Gesellschaft haben: die einen, die bei der Digitalisierung durchblicken, und die anderen, die sich manipulieren lassen; die einen, die wissen, warum sie, wenn sie einen Suchbegriff geben, zehnmal andere Ergebnisse bekommen als derjenige, der gegenüber sitzt und der vielleicht das Gleiche nachfragt. Ich will, dass Menschen verstehen; denn nur wer versteht, kann nicht manipuliert werden.

Es hat etwas mit unserem C, mit unserem Menschenbild zu tun, dass wir sagen: Wir brauchen starke, selbstbewusste und selbstbestimmte Menschen. Unsere Schulen sind dafür da, dass wir Kinder dort zu solchen Menschen erziehen. Darüber müssen wir in der CDU mit aller Leidenschaft streiten. Das werden wir in den nächsten Wochen und Monaten auch tun, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Das betrifft uns alle. Ich möchte, dass wir in den nächsten Jahren sagen können: Wir haben in Deutschland ein gemeinsam abgestimmtes Bildungsprogramm, das für jede Altersstufe, vom Kindergarten bis zum Abitur, und für jedes Fach genau festlegt, was es mit Blick auf die Digitalisierung an Kompetenzen zu verteilen gibt.

Ich will, dass wir Schulen haben, die vor Ort, in den Kommunen verankert sind, die Lernzentren sind, die für Vereine und Erwachsenenbildung offen sind. Ich will, dass wir Schulen haben, die auch im sozialen Raum verankert sind. Ich will, dass wir an diesen Schulen ein Team haben, in denen der Lehrer, den wir mühsam ausbilden, nicht für alles zuständig ist. Ich will, dass sich Lehrerinnen und Lehrer auf das konzentrieren können, weshalb sie eigentlich den Beruf ergreifen, nämlich Kinder zu erziehen und Kindern etwas beizubringen. Sie sind nicht die Schulsekretärinnen, sie sind nicht der Hausmeister, und sie sind auch nicht die Schulsozialarbeiter. Aber alle diese Funktionen brauchen wir auch an Schulen. Deswegen wird es Zeit, dass wir auch in Deutschland den Weg gehen, den andere europäische Länder schon längst erfolgreich be-

schritten haben, und mit gemischten professionellen Teams an die Schulen gehen. Das müssen uns unsere Kinder wert sein, liebe Freundinnen und Freunde. Auch dafür müssen wir gemeinsam Politik machen.

(Beifall)

Wir müssen uns wirklich um die berufliche Bildung kümmern. Es gibt kein anderes „Made in Germany“, das so originär und so erfolgreich wie die duale Ausbildung, wie die berufliche Bildung ist. Das sagen wir immer und immer wieder. Das sagen wir überall. Aber wir müssen uns schon sehr selbstkritisch fragen: Leben wir das auch?

Wenn ich Bildungsdebatten verfolge, dann höre ich von Kitas, von allgemeinbildenden Schulen, von Gymnasien und von Hochschulen. Das alles ist auch richtig und wichtig. Aber wann hat denn jemals einer von uns gesagt: „Mein Ehrgeiz ist, dass wir sagen können, in fünf oder zehn Jahren haben wir die modernsten Berufsschulen in ganz Europa. Wir haben die Zentren, in denen wirklich auf der Höhe der Zeit ausgebildet wird“? Ich meine nicht die Lehrerinnen und Lehrer – die machen das mit viel Herzblut –, sondern wir brauchen auch die technischen Voraussetzungen dafür. Wir unterstützen unsere Betriebe, dort, wo sie Probleme haben, beispielsweise eine gute Ausstattung zu bekommen und auszubilden. Wir müssen sie ermutigen. Die duale Ausbildung ist das A und O. Sie ist eine der Kernachsen unseres Erfolgs. Das ist etwas, was wie kaum eine andere Ausbildung so gut zu uns passt.

Deswegen: Lasst uns endlich die Ärmel hochkrempeln und dafür sorgen, dass berufliche Bildung in Deutschland wirklich wertgeschätzt wird! Lasst uns wirklich etwas dafür machen! Lasst uns diesen Weg gemeinsam gehen!

(Beifall)

Liebe Anja, ich bin dir dankbar, dass du gerade in diesem Jahr das Jahr der beruflichen Bildung ausgerufen hast. Aber es muss weitergehen. Wir als CDU müssen unseren Beitrag dazu leisten, und ich glaube, das können wir auch.

Liebe Freundinnen und Freunde, wir dürfen nie vergessen, dass wir diejenigen sind, die für das Vertrauen in einen starken Staat arbeiten. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Menschen dem Staat vertrauen, dass er sie schützt. Wir haben als starker Staat – auch das gehört zur Bestandsaufnahme des Jahres 2019 dazu – aber Vertrauen verloren. Dieses Vertrauen kann man nicht einfach zurückgewinnen. Man kann es auch nicht einfach zurückfordern oder mit immer schillernden Forderungen herbeischreien. Man kann es nur durch Überzeugung zurückgewinnen und zurückerarbeiten.

Dort, wo wir Verantwortung tragen, in den Bundesländern – deswegen mein herzliches Dankeschön an all unsere Ministerpräsidenten –, in denen wir Verantwortung tragen, wo wir mit in

der Regierung sind – ich schaue auf Thomas Strobl, ich schaue aber auch auf Herbert Reul –, geht das besser als anderswo. Ein starker Staat macht sich nicht von selbst. Er braucht vor allen Dingen eine Regierung, er braucht eine Partei, die sagt: Regeln, die wir haben, sind keine Einladung, ob man sie befolgen will oder nicht. Regeln sind dafür da, dass sie befolgt werden.

(Beifall)

Wir haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass genau das passiert. Das ist unser Markenkern, liebe Freundinnen und Freunde, und dem müssen wir wieder deutlicher gerecht werden, wie es auch in der Vergangenheit der Fall war.

(Lebhafter Beifall)

Das ist ein ganz wichtiger Punkt, das ist ein ganz wichtiges Signal an diejenigen, die ihren Kopf dafür hinhalten, dass wir geschützt sind, im Inneren und im Äußeren. Deswegen stellt sich die Frage, wie wir die schützen, die uns schützen, wie wir mit denen umgehen, die in ihrem Dienst als Polizeibeamte, als Bundeswehrsoldaten, als Sanitäter, als Feuerwehrleute ihren Dienst verrichten. Wie gehen wir damit um, wenn sie angegriffen werden, wenn sie angepöbeln werden, wenn sie bespuckt werden? Denn das ist in Deutschland leider keine Seltenheit mehr.

Liebe Freundinnen und Freunde, es reicht nicht, nur sonntags zu sagen: Wir sind froh, dass wir euch haben. – Nein, es geht auch darum, dass man montags, wenn es darauf ankommt, auch die Konsequenzen daraus zieht. Und das kann nur die CDU. Das kann sonst keine andere Partei. Diese Männer und Frauen, die uns schützen, setzen in besonderer Art und Weise auf uns. Aber wir sind ihnen in der Vergangenheit nicht immer so gerecht geworden, wie sie es verdient hätten, und deswegen müssen wir das für die Zukunft ganz dringend ändern.

(Lebhafter Beifall)

Für mich als Verteidigungsministerin – das wird euch jetzt nicht wundern – heißt das in erster Linie, dass wir die Verteidigungsausgaben – und das bedeutet letztendlich nicht mehr als eine bessere Ausrüstung für unsere Soldatinnen und Soldaten – erhöhen, so wie wir es im Übrigen auch zugesagt haben. Wer Soldatinnen und Soldaten in Einsätze schickt – und das macht nicht die Ministerin, das macht nicht die Regierung, sondern das macht das deutsche Parlament, das macht der Haushaltsgesetzgeber –, die alles andere als ungefährlich sind, der hat auch die verdammt Pflicht und Schuldigkeit, den Haushalt so aufzustellen, dass sie auch so ausgestattet sind, dass sie aus diesen Einsätzen heil und gesund zurückkehren.

(Lebhafter Beifall)

Es geht dabei allerdings auch um Verlässlichkeit. Wir wollen, dass Europa in diesem Bereich stark ist. Wir wissen, dass wir Europa weiter vollenden müssen. Wir müssen den Binnenmarkt weiter voranbringen. Denn nur mit der Marktmacht von 500 Millionen Europäerinnen und Europäern können wir in einem Systemwettbewerb bestehen. Wir wissen das alles.

Es gibt ein Feld, auf dem Europa besser zusammenarbeiten kann und aus meiner Sicht auch besser zusammenarbeiten muss. Das ist die gemeinsame Verteidigungspolitik. Aber, liebe Freundinnen und Freunde, für uns ist eines auch immer klar: Diese Verteidigungspolitik findet immer im Rahmen der NATO und in einem engen Schulterschluss mit unseren amerikanischen Freunden statt. Dass wir hier heute in Frieden und Freiheit wiedervereint sind, das haben wir auch der NATO, das haben wir auch den Vereinigten Staaten von Amerika zu verdanken. Insofern muss man uns nicht extra daran erinnern, dass wir am 30. Jahrestag des Mauerfalls den Amerikanern dafür danken. Ich möchte das an dieser Stelle ausdrücklich in unserem Namen tun, liebe Freundinnen und Freunde.

(Lebhafter Beifall)

Niemand von uns – und das sage ich ganz bewusst als jemand, der am Volkstrauertag mit einer Hinterbliebenen gesprochen hat, die ihren Mann vor wenigen Wochen in Afghanistan verloren hat – will unsere Soldatinnen und Soldaten leichtfertig in einen Auslandseinsatz schicken. Wir wissen, dass sich zum Beispiel in der Sahelzone in Afrika verstärkt islamistische Terroristen ausbreiten. Wir wissen, dass wir dort eine unglaublich große illegale Migration erleben. Daher können wir nicht so naiv sein, zu glauben, dass gehe uns nichts an. Das, was dort entsteht, ist eine Bedrohung unserer Sicherheit in Europa und auch unserer Sicherheit in Deutschland.

Liebe Freundinnen und Freunde, wir können uns nicht darauf verlassen, dass in Zukunft immer irgendein anderer sagen wird: Wir gehen da hinein, und wir bekämpfen die Terroristen, und ihr könnt dann irgendwann später kommen. – Das sind Soldatinnen und Soldaten, die Eltern haben, die Kinder haben, die Angehörige haben. Um ihre Gesundheit und ihr Leben macht sich die Verteidigungsministerin oder der Verteidigungsminister Sorgen. Auch das hat etwas mit Solidarität zu tun, und deswegen ist es notwendig, dass wir auch über diese Art der Weiterentwicklung von Verteidigungspolitik sprechen. Das ist kein leichtes Thema, das ist kein populäres Thema. Aber wenn Deutschland für diese Werte seine Rolle in der Welt spielen will, dann muss es an dieser Stelle stärker werden, als es das bisher ist. Auch das ist ein Signal, das vom heutigen Parteitag ausgeht.

(Beifall)

Ich bin gescholten worden für die Initiative in Nordsyrien. Daher will ich an dieser Stelle eines deutlich sagen: Mich treibt die Situation dort um, und zwar nicht nur in den letzten Monaten, sondern schon lange. Das, was wir in Idlib erleben – ich meine zum Beispiel die Kinder, die bei Bombenangriffen ums Leben kommen –, lässt mich nicht unberührt.

Fakt ist, dass mit dem Einmarsch der türkischen Seite, dass mit dem Überschreiten der Grenze auch Völkerrecht verletzt worden ist und dass im Moment niemand eine Antwort darauf hat, wie es dort weitergehen soll, wie wir eigentlich dafür sorgen wollen, dass Menschen, die vor

dem Regime Assad aus dieser Region geflohen sind, wieder zurückkehren können und nicht in die Hände des gleichen Häschers fallen. Das kann möglicherweise eine Aufgabe sein, die stärker auf die internationale Gemeinschaft, die stärker auf uns in Europa zurückfällt. Und ehrlich gesagt reicht es mir nicht, dass wir bei unseren Treffen nur sagen: Ja, das ist alles schrecklich, wir sehen das. Aber wir können keine Antwort darauf geben. – Ich möchte, dass Deutschland auch diese Debatten führt. Denn wir müssen sie führen. Schließlich sind es Menschen, sind es Kinder, die unsere Solidarität und unsere Hilfe verdient haben. Auch darum ist es mir bei dieser Initiative gegangen.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, wir sind Deutschland, das starke Land in der Mitte Europas. Und wir – das steht hier an unserer Wand – sind heute hier, um über die starke Mitte zu reden. Aber was ist eigentlich die starke Mitte in Deutschland?

Vor Kurzem hat ein Sozialdemokrat, als es um das Thema Hartz IV und Sanktionen ging, gesagt, er wolle die Sanktionen abschaffen, er wolle die Menschen ermutigen. Ja, ermutigen wollen wir sie auch. Aber ehrlich gesagt, möchte ich in allererster Linie zunächst einmal die ermutigen, die jeden Morgen um 6 Uhr aufstehen, die ihre Kinder zur Schule schicken, die zur Arbeit gehen, die sich nicht viel leisten. Die ganz normalen Menschen in der Mitte der Gesellschaft sind oft die Familien, die mehr als zwei oder drei Kinder haben. Das sind für uns diejenigen, die in der Mitte stehen, und gerade sie haben es verdient, dass sie ermutigt werden, dass sie sich in unserer Politik wiederfinden. Auch um die geht es. Wir sind eine Partei, die für die ganze Mitte zuständig ist, also nicht nur für die mit dem großen Geldbeutel, sondern auch für die mit dem kleinen Geldbeutel. Auch darum geht es bei der Grundrente: um die, die jahre- und jahrzehntelang gearbeitet haben und am Ende eine verdiente Anerkennung für ihre Lebensleistung brauchen.

(Beifall)

Wenn wir auf die Mitte sehen, dann spüren wir, wie schwer es ist, sie zusammenzuhalten. Wir spüren, wie sich Spaltung breitmacht. Wir erleben, dass immer alles sofort erledigt werden muss, dass jeder seine Position mit einem Absolutismus vertritt, der kaum noch auszuhalten ist. Wir haben manchmal das Gefühl, dass wir gar nicht mehr in der Lage sind, miteinander einen politischen und demokratischen Diskurs zu führen. Wir sind in einer Situation, liebe Freundinnen und Freunde, in der das Finden von Lösungen und der gute Kompromiss wirklich systematisch schlecht gemacht werden. Aber jede Gesellschaft, die zusammenhält, und jede Demokratie funktioniert nur, wenn man bereit und in der Lage ist, Kompromisse zu schließen.

Ludwig Erhard hat einmal gesagt: Ein guter Kompromiss ist dann gefunden, wenn man den Kuchen so verteilt, dass jeder das Gefühl hat, dass er das größte Stück vom Kuchen hat. – Wir haben die unnachahmliche Fähigkeit, selbst dann, wenn wir wirklich das größte Stück haben, so

darüber zu reden, als hätten wir das Gefühl, wir hätten nur einen Krümel abbekommen. Kompromisse sind notwendig, das hat nichts mit Weicheiern zu tun. Man ist heute sehr viel schneller radikal, man ist heute sehr viel schneller in den Schlagzeilen, wenn man nur fordert, wenn man sagt, das geht nicht zusammen.

Es ist viel schwieriger, eine Politik von Maß und Mitte zu machen. Es ist viel schwieriger, den Druck von der einen oder anderen Seite auszuhalten. Liebe Julia, Du spürst das im Moment, weil Du genau den Versuch unternimmst, moderne Landwirtschaftspolitik, Tierschutz und Naturschutz zusammenzubringen. Das macht nicht nur Freude und bringt nicht nur Beifall, aber nur so kann Deutschland funktionieren, nur so kann eine starke Mitte funktionieren, nur so können wir das Land bleiben, das wir heute sind. Deswegen: Lasst uns gemeinsam an dieser Mitte arbeiten! Lasst uns Spaltung überwinden, gerade im 30. Jahr, als die große Spaltung in Deutschland mit dem Fall der Mauer überwunden worden ist.

(Beifall)

Das ist nicht nur unsere Aufgabe. Wir können als Politikerinnen und Politiker dazu nur einen kleinen Teil beitragen. Es ist die Aufgabe und das Herzblut von vielen Millionen in Deutschland, die das jeden Tag ehrenamtlich machen. Ich will euch eines sagen: Diese Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler in Deutschland haben alles verdient, unsere Unterstützung, und zwar noch besser als bisher. Eines haben sie aber nicht verdient: einen Finanzminister, der sich darüber Gedanken macht, ob Männervereine oder Frauenvereine noch gemeinnützig sein können. Das ist die falsche Zielsetzung, das müssen wir ganz deutlich machen.

(Lebhafter Beifall)

Im Übrigen habe ich das Gefühl, dass das immer diejenigen fordern, die selbst nie in einen Verein gehen würden, weil sie sagen: Wir sind eigentlich viel zu cool, um uns ehrenamtlich zu engagieren. Wir sind aber diejenigen, die für die Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler da sind. Das müssen wir in der nächsten Zukunft auch wieder deutlicher machen; denn ehrlich gesagt: Ein Deutschland in der Zukunft, so wie ich es gerade beschrieben habe, geht nicht alleine mit Hauptamtlichkeit, das geht nur mit viel Herzblut und wenn wir Ehrenamtler haben, die dabei mitmachen. Deswegen wollen wir auch darüber – ich sage das an der Stelle ganz deutlich – im Werkstattgespräch in der nächsten Woche reden, ob wir in Deutschland ein freiwilliges oder ein verpflichtendes Dienstjahr einführen; denn es gibt nicht nur Rechte von Staatsbürgern, sondern es gibt auch Pflichten von Staatsbürgern. Es wird Zeit, dass wir wieder deutlich machen, dass beides in einem gesunden Verhältnis zueinanderstehen muss.

(Beifall)

Ja, wir postulieren für uns, dass wir die starke Mitte sind. Liebe Freundinnen und Freunde, das ist keine Duckmäuserei. Wir sind nicht diejenigen, die es sich bequem einrichten, die kein Profil

haben, die sich verzweigen und die anderen machen lassen wollen. Wir sind diejenigen, die für die starke Mitte kämpfen. Die Mitte stark zu machen, ist das beste Mittel, um die Ränder zu schwächen. Für uns muss gelten, was Michael Kretschmer und viele andere heute gesagt haben: Es kann keine Zusammenarbeit mit den Rändern geben, nicht mit dem linken Rand und nicht mit dem rechten Rand. Das sind wir uns selbst schuldig, und das darf und muss klar sein.

(Beifall)

Da kann die Linke Repräsentanten haben, die noch so harmlos daherkommen: Fakt ist, dass es eine Partei ist, deren Repräsentanten sich bis heute weigern anzuerkennen, dass die DDR ein Unrechtsstaat war. Wenn wir das zulassen, wenn wir das nicht immer wieder in die Debatte einwerfen, dann treten wir ein Stück weit auch das Erbe derjenigen, die unter diesem Unrechtsstaat gelitten haben, mit den Füßen. Das wäre geschichtsvergessen, das dürfen wir nicht machen.

(Beifall)

Wir dürfen nie vergessen: Das ist eine Partei, die ein anderes System will. Sie will keine optimierte Soziale Marktwirtschaft, sie träumt vom Sozialismus. Das ist nicht das, was wir in der CDU wollen. Das ist nicht das, was gut ist für Deutschland. Deswegen bleibt es bei der harten inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Sozialisten und den Kommunisten. Das war immer so, und das bleibt immer so, und das muss auch für die Zukunft immer so bleiben, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Das gilt auch für die Apokalyptiker von rechts. Ich höre ja immer, wenn sie sagen: Alle anderen Parteien sorgen dafür, dass das christliche Abendland untergeht. Ja, ich habe oft das Gefühl: Das Christliche ist bei denen schon lange untergegangen. Denn wenn man sich dafür entschuldigen muss, dass man menschenfreundlich ist, dass man Menschen rettet, auch aus Seenot, dann ist man nicht mehr in der richtigen Republik, dann ist man nicht mehr in einer Partei, die zu Recht das C im Namen trägt. Auch das dürfen wir nie vergessen. Bei allem, was wir über einen klaren Schutz von Grenzen debattieren, gilt: Menschenfreundlichkeit war immer unser Markenzeichen und muss auch in der Zukunft unser Markenzeichen bleiben.

(Beifall)

Lasst es mich sagen: Es gibt auch in unseren Reihen welche, die sagen: Na ja, vielleicht könnte man ja doch irgendwie und mit wem auch immer zusammenarbeiten. Ich will euch eine Geschichte erzählen von Erwin Teufel. Als Erwin Teufel seinen 80. Geburtstag gefeiert hat, hat er erzählt, was er als Jugendlicher, als junger Mann, zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg über die Gräueltaten gelesen hat, die Deutsche im Zweiten Weltkrieg angerichtet haben. Er erzählte, dass er erfahren hat, dass sofort nach dem Einmarsch der regulären deutschen Trup-

pen in Polen die Truppen der SS hinterhergegangen sind und in jedem polnischen Dorf den Lehrer, den Pfarrer, den Arzt und die Juden erschossen und ermordet haben. Er hat gesagt, es habe ihn unglaublich lange beschäftigt. Liebe Freundinnen und Freunde, er hat für sich eine Lehre daraus gezogen. Er hat gesagt: Ich weiß, ich kann es nicht rückgängig machen, aber ich weiß auch, dass ich die Verpflichtung habe, dafür zu sorgen, dass sich so etwas nicht wiederholt. – Diese Einstellung macht aus uns Christdemokraten. Und diejenigen, die über solche Dinge als einen Vogelschiss in der deutschen Geschichte reden, das sind die von rechts, mit denen wir nichts zu tun haben wollen und nichts zu tun haben dürfen.

(Beifall)

Denn die von rechts beginnen zunächst, die Sprache zu verrohen, den Respekt vor dem Gegenüber zu verlieren, vor demjenigen vielleicht, der woanders geboren ist, der einen anderen Glauben hat, der anders aussieht. Das sind die, die als zweites beginnen, sich nicht mehr um Sachen zu kümmern, und dann Menschen angreifen. Das sind diejenigen, die ein geistiges Klima schaffen, aus dem heraus auch politische Morde, wie der politische Mord an unserem Freund Walter Lübcke, passieren. Deshalb sage ich in aller Ernsthaftigkeit: Das sind die Brandstifter, und wir dürfen nie die Biedermänner sein, die ihnen auch noch die Streichhölzer geben, damit sie den Brand anstecken können.

(Beifall)

Wir sind dann die starke Mitte, wenn wir glaubwürdig sind. Wir sind glaubwürdig in unseren Programmen und glaubwürdig, wenn wir das, was wir in die Programme schreiben, auch leben. Deswegen brauchen wir Köpfe und Gesichter, die dafür einstehen. Und ja, wir sind die Partei, die sagt: Wir sind für alle Menschen da. Wir sind die Partei des Mittelstandes, des Handwerks. Wir sind die Partei derjenigen, die sich in einer Gewerkschaft organisieren. Und wir sind die Partei der Frauen. Aber ganz ehrlich: Schaut einmal in unsere Bundestagsfraktion. Wir haben noch vier organisierte Gewerkschafter in unserer Bundestagsfraktion; wir haben noch 13 Handwerker in unserer Bundestagsfraktion, die SPD hat im Übrigen 14. Wir haben einen Frauenanteil, der gerade einmal bei 20 Prozent liegt, obwohl die Frauen keine Minderheit in diesem Land sind, sondern mehr als die Hälfte der Bevölkerung stellen. Deswegen kann ich euch nur sagen: Wenn wir so weitermachen, dürfen wir uns nicht wundern, wenn uns weder die Frauen noch die Gewerkschafter noch die Handwerker wählen. Das können wir nicht zulassen. Das macht uns schwach. Das will ich auch nicht zulassen. Das müssen wir ändern, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Ein kleines petit sourire am Rande: Wir haben 80 Juristen in unserer Bundestagsfraktion, das ist so viel wie die FDP-Fraktion an Abgeordneten hat und mehr als Linke und Grüne haben. Also

dort sind wir ganz gut aufgestellt; aber bei den anderen Gruppen müssen wir nacharbeiten. Deswegen haben wir eine Satzungskommission vorgeschlagen. Wir wollen dafür im nächsten Jahr verbindliche Regeln. Wir haben Zeit genug gehabt, um zu beweisen, dass wir es auch so können. Es hat nicht funktioniert. Wir werden nur Mehrheiten erreichen, wenn uns insbesondere die Frauen wieder wählen. Dafür müssen wir kämpfen. Das liegt in unserem eigenen Interesse. Das sind keine Almosen, die wir den Frauen geben. Das ist etwas, das Frauen zusteht. Dafür stehe ich, und dafür kämpfe ich, und da muss sich jeder mit mir auseinandersetzen.

(Beifall)

Ich bin eine Vorsitzende für alle Flügel dieser Partei. Ich lasse mich nicht in eine Schublade stecken. Ich bin konservativ, genauso wie ich liberal und sozial bin. Nur wenn alle diese Flügel ihre Flügel ausstrecken können, werden wir als Partei auch wieder in andere Sphären fliegen können. Eines will ich euch auch sagen: Es gibt nicht die Werteunion und die Union der Mitte. Es gibt nur eine Werteunion, und das ist die CDU Deutschlands. Es gibt nur eine Union der Mitte, und das sind wir.

(Anhaltender Beifall)

Liebe Parteifreunde, wir können stolz auf das Erreichte sein: Die Westbindung, die soziale Marktwirtschaft, die Wiederbewaffnung, die Einführung des Euros, die deutsche Einheit, an der wir festgehalten haben, als andere sie schon längst aufgegeben hatten. Das alles sind große Erfolge. Ich kann nur sagen: Wir haben schon groß gedacht, da lagen andere Parteien noch in den Windeln. Das brauchen wir uns von niemandem vorwerfen zu lassen.

(Beifall)

Aber liebe Freundinnen und Freunde, eines ist auch klar: Ich will nicht die Parteivorsitzende einer Partei sein, die sich großartig findet, weil sie gestern großartig war. Ich will die Vorsitzende einer Partei sein, die sich großartig findet, weil sie großartige Politik für das Heute und die Zukunft macht. Das ist der Anspruch, den ich an mich habe. Das ist der Anspruch, den ich an euch alle habe. Diesem Anspruch müssen wir gerecht werden.

(Beifall)

Wir sind als Union dann stark und stabil, wenn wir in unser Zentrum und in unsere Mitte unseren Leitbuchstaben – ich habe das in Hamburg den Leitstern genannt –, unser C, rücken und darauf unser Menschenbild basiert. Wir sind dann stark und stabil in der Mitte, wenn wir aus den Erfolgen der Vergangenheit die Gewissheit ziehen, dass wir auch in den Stürmen der Zukunft unseren Kurs halten können. Wir sind dann stark und stabil, wenn wir mit unserer Lust auf Zukunft und gestalten der Motor sind, der uns antreibt.

Liebe Freundinnen und Freunde, das Jahr geht zu Ende. Es war und ist kein leichtes Jahr für keinen von uns. Es ist in Teilen nicht so gelaufen, wie ich mir das vorgestellt habe, wie ihr es euch vorgestellt habt. Es war nicht so einfach und wir waren nicht so erfolgreich in den Wahlkämpfen, wie wir alle uns das vorgestellt haben. Deswegen möchte ich an dieser Stelle allen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern im Europawahlkampf, Ingo Senftleben und Michael Stübgen in Brandenburg, Mike Mohring in Thüringen, die in einer ganz schwierigen Situation kämpfen mussten, aber auch Michael Kretschmer und allen, die trotzdem unverdrossen gekämpft haben, ganz herzlich danke sagen. Ich möchte auch Paul Ziemiak als Generalsekretär und Stefan Hennewig als Bundesgeschäftsführer danke sagen. Vielen Dank für eure Unterstützung, auch in den letzten Monaten.

(Beifall)

Ich bin in Hamburg von 51 Prozent gewählt worden; aber ich bin als Vorsitzende für 100 Prozent der Partei gewählt worden. Ich will eine Vorsitzende sein – das nehme ich für mich in Anspruch –, die geradezu daraufhin wirkt und die geradezu dazu aufruft, dass wir Querdenker, dass wir starke Persönlichkeiten im Team haben. Ich will kein schwaches Team um mich herumhaben; denn ein schwaches Team schwächt die Partei. Wir wollen die besten und die klügsten Köpfe in dieser Partei, und jeder soll sich einbringen können. Und wenn er eine andere Meinung vertritt als ich, dann ist das lebendige Demokratie. Daran wachsen wir. Ich will, dass diese Union wächst, dass wir stärker werden, als wir es heute sind. Das ist der Anspruch, den ich in diese Partei mit einbringe.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, ich habe euch gesagt, wie ich mir Deutschland vorstelle, was ich für dieses Deutschland möchte. Ich habe euch gesagt, wovon ich überzeugt bin. Ich habe euch gesagt, wie der Weg ist, den ich vorschlage. Ich mache euch nichts vor: Der Weg wird nicht immer einfach sein. Es wird vielleicht auch Rückschläge geben.

Ich will an dieser Stelle eines ganz offen sagen: Wenn ihr der Meinung seid, dass dieses Deutschland, so wie ich es möchte, nicht das Deutschland ist, das ihr euch vorstellt, wenn ihr der Meinung seid, dass dieser Weg, den ich gemeinsam mit euch gehen möchte, nicht der Weg ist, den ihr für den richtigen haltet, dann lasst es uns heute aussprechen, und dann lasst es uns heute auch beenden, hier und jetzt und heute. Aber, liebe Freundinnen und Freunde, wenn ihr der Meinung seid, dass ihr dieses Deutschland wollt, wenn ihr der Meinung seid, dass wir diesen Weg gemeinsam gehen sollten, wenn ihr die gleiche Lust am Gestalten und am Verantworten habt wie ich, dann lasst uns hier und jetzt und heute die Ärmel hochkrepeln und anfangen. – Vielen Dank.

(Starker Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Michael Kretschmer, Tagungspräsident: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Applaus zeigt: Heute wird nicht Schluss gemacht, Annegret. Heute geht es erst richtig los.

(Beifall)

Wir freuen uns jetzt auf eine spannende Aussprache und danach auf eine spannende inhaltliche Debatte. Aber zuvor begrüßen wir noch liebe Gäste unseres Parteitages.

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Michael Kretschmer. – Ich möchte die internationalen Gäste begrüßen. Botschafter aus zahlreichen Staaten unserer Erde, von Australien über China und Indien bis nach Chile, sind heute anwesend. Herzlich willkommen. Als Vertreter von politischen Schwesterparteien möchte ich namentlich erwähnen den Generalsekretär der International Democratic Union, Christian Kattner. Ich möchte begrüßen den Vorsitzenden des United National Movement aus Georgien, Herrn Grigol Vashadze. Ich möchte herzlich begrüßen den Generalsekretär der norwegischen Hoyre-Partei, John-Ragnar Aarseth, die ehemalige Adenauer-Stipendiatin und Abgeordnete aus dem Kosovo und hoffentlich künftige Ministerin Vjosa Osmani sowie den Fraktionsvorsitzenden der schwedischen Christdemokraten im Reichstag, Andreas Carlson. Nicht zuletzt begrüße ich – das ist schon gute Tradition auf diesem Parteitag – einen Vertreter der British Conservatives, in diesem Fall Lord Stephen Parkinson. Welcome! – Und damit zurück zu Michael Kretschmer.

(Vereinzelt Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsident: Meine Damen und Herren, liebe Freunde, wir kommen dann zur Aussprache. Ich weise darauf hin, dass Sie sich nach wie vor zu Wort melden können. Sie nutzen entweder den digitalen Wortmeldezettel auf Ihrem Tablet oder, wenn Sie es lieber analog mögen, die auf den Tischen ausgelegten Wortmeldezettel. Ich kann Ihnen aber sagen, dass wir bereits 27 Wortmeldungen haben, in Worten: siebenundzwanzig. Ich sage das deshalb, weil sich jeder selbst denken kann, wie lang jede einzelne Wortmeldung sein kann.

Ich freue mich, dass ich als Erstem das Wort geben kann dem hessischen Ministerpräsidenten und stellvertretendem Bundesvorsitzenden, Volker Bouffier.

(Beifall)

Volker Bouffier: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Liebe Annegret! Liebe Parteifreunde! Dieser Parteitag ist im Vorfeld so hoch geschrieben worden: Wird das die Revolution? Ist das der Tag? Werden wir uns in Personaldebatten ergehen? – Dann erleben wir einen Parteitag, wo die Delegierten und die Parteivorsitzende feiern, wo wir eigentlich sagen könnten: Das war's. Wir gehen nach Hause. Das war ein klares und deutliches Signal. – Liebe Annegret, das war eine mutige, eine ehrliche Rede und eine richtungsweisende Rede. Dafür danke ich dir sehr herzlich. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

Liebe Freunde, Deutschlands starke Mitte. Wir wollen die Partei sein mit Maß und Mitte, die Partei für ganz Deutschland, für Stadt und Land, für Jung und Alt. Das wird uns besser gelingen, wenn es uns gelingt, den Menschen Orientierung zu geben. Sie suchen nach Orientierung. Wenn wir einen solchen Parteitag haben, ist das eine gute Chance, darüber einmal zu sprechen: Wie kann es eigentlich sein, dass uns vor zwei Tagen Allensbach mitteilt, dass das Vertrauen in uns mittlerweile bei knapp über 20 Prozent gelandet ist? Wie kann es eigentlich sein, dass der Eindruck in der Bevölkerung entsteht, diese Partei sei zerstritten? Liebe Freunde, dieser Parteitag ist eine gute Gelegenheit, genau an dieser Stelle zu beginnen. Wir haben eine Menge gehört, und ich will gerne darauf eingehen. Aber machen wir uns nichts vor: Wir werden nur dann Deutschlands starke Mitte sein, wenn wir wieder mehr Vertrauen in der Bevölkerung erfahren. Das, was wir zurzeit erfahren, kann uns nicht zufriedenstellen; das ist nicht unser Anspruch. Deshalb, liebe Freunde, meine Damen und Herren, nehme ich das sehr ernst: Wenn in kurzer Zeit das Vertrauen so drastisch sinkt, ist das ein Weckruf für uns. Diesen Weckruf hat Annegret aufgenommen. Dafür bin ich sehr dankbar. Ich will das an zwei Beispielen sehr deutlich machen. Wir müssen es schaffen, mit unserer eigenen Politik anders umzugehen. Wir müssen es schaffen, klarer zu formulieren, was wir als Union eigentlich wollen. Wir müssen es auch schaffen, fröhlicher daherzukommen und glaubwürdig zu vermitteln, dass wir unter der Regierungsbearbeitung, unter dem Auftrag, den uns die Bürgerinnen und Bürger gegeben haben, nicht leiden, sondern dass es uns Freude macht, in diesem Land zu gestalten.

Verehrte Frau Bundeskanzlerin, Sie haben in Ihrer Rede gesagt, Sie seien nun 14 Jahre Bundeskanzlerin, und von den 70 Jahren, die die Bundesrepublik besteht, seien 50 Jahre von der Union hauptsächlich politisch verantwortet worden. Meine Damen und Herren, verehrte Frau Bundeskanzlerin, Sie haben das zum Anlass gekommen, Demut zum Ausdruck zu bringen; das ist immer gut. Nie Übermut! Aber ich will auch einmal sagen: Wenn man die Berichte über Deutschland zum Teil hört und liest, dann wirst du krank an der Seele. Dann hat man gelegentlich den Eindruck: Dieses Land ist ganz hinten, und zwar überall. Das ist nicht die Wahrheit. Die Wahrheit ist: Dieses Land ist zu einem Sehnsuchtsland der Welt geworden. Es ist das beste Deutschland, das wir jemals hatten. Das hat etwas mit unserer Politik zu tun. Ohne die Union wäre es nicht dieses Deutschland. Das müssen wir gelegentlich einmal sagen.

(Vereinzelt Beifall)

Das gibt uns auch die Kraft, Kompromisse zu vertreten. Das ist das Zweite, was Annegret angesprochen hat.

Ja, wir sind in aller Regel in Koalitionen. Das Grundproblem ist: Wie bekommen wir es hin, auf der einen Seite eine klare Positionierung als Union zu haben und auf der anderen Seite mit einem Koalitionspartner Regierungsbearbeitung zum Wohle des Landes hinzubekommen? Das ist nicht ganz einfach.

Aber ich will sehr deutlich sagen: Wenn bei Erwähnung des Wortes „Kompromiss“ immer das Stichwort „fauler Kompromiss“ mitgedacht wird, dann ist das genau die falsche Antwort. Wenn wir unsere eigene Politik nicht selbstbewusst vertreten, dürfen wir uns doch nicht wundern, dass in der Bevölkerung keine Begeisterung aufkommt. Wir haben klare Vorstellungen. Diese würden wir eins zu eins durchsetzen, wenn wir ganz allein wären. Wenn wir aber einen Partner haben, dann müssen wir überlegen, wie weit wir bei einem Kompromiss gehen können. Wer nicht kompromissfähig ist, der ist nicht politikfähig, und wer nicht politikfähig ist, der ist nicht zukunftsfähig. Genau deshalb werbe ich dafür, den Kompromiss nicht immer in die Tonne zu treten nach dem Motto: Man hat seine eigenen Ziele verraten.

Damit das niemand missversteht: Das ist kein Freibrief für alles. Da gibt es Grenzen, insbesondere auch gegenüber dem jeweiligen Partner. Aber ich werbe dafür, dass wir, wenn wir politikfähig sein wollen, auch kompromissfähig sind.

Liebe Freunde, wir können durchaus mit Selbstbewusstsein auf unsere Politik schauen. Dieses Selbstbewusstsein brauchen wir auch und gerade für die Zukunft.

Wenn wir über die Zukunft reden, will ich noch zwei Bemerkungen hinzufügen: Annegret, ich bin dir sehr, sehr dankbar, dass du ein klares Plädoyer für den Verbrenner abgegeben hast, also für eine offene Technologie.

Meine Damen und Herren, wir haben einen politischen Mitbewerber, der, wie es so schön heißt, einen „Flow“ hat; die hatten gerade am Wochenende einen Parteitag. Die Menschen dürfen und müssen von uns erwarten, dass wir deutlich machen, wo der Unterschied liegt. Wir müssen die Politik so gestalten, dass jeder erkennt, was wir wollen und was andere wollen.

Wenn wir über ein solches Thema reden, dann kann es uns nicht nur darum gehen, die CO₂-Belastung zu senken. Das ist auch wichtig. Viel wichtiger ist es, dass wir zwei Dinge gleichzeitig hinbekommen: Wir wollen Klimaschutz. Wir wollen aber auch den Erhalt unseres Wohlstandes. Ohne Erhalt des Wohlstandes ist der Klimaschutz relativ schnell zu Ende. Ohne Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, ohne Erhalt unserer Arbeitsplätze wird der deutsche Weg kein Export-schlager sein. Klimaschutz ist global. Wenn wir wollen, dass andere Länder uns folgen, dann wird uns das nur gelingen, wenn wir die Menschen hier nicht zu Verzicht auffordern und versuchen, durch Gesetze eine veränderte Welt herzustellen.

Wir setzen auf Innovation. Wir setzen auf Markt. Wir setzen auf Technologie, auch auf offene Technologie. Wer heute fordert, 2030 oder sogar schon 2028 solle es keine Verbrenner mehr geben, der setzt die Zukunftsfähigkeit dieses Landes aufs Spiel. Das wollen wir nicht. Das dürfen wir – und müssen wir – gelegentlich auch sagen, liebe Freunde.

(Beifall)

Dritter Punkt. In diesem Land passiert etwas, was uns mit Sorge erfüllt. Die politischen Debatten und die mediale Berichterstattung konzentrieren sich immer mehr auf die urbanen Zentren: dort, wo die U-Bahn ist, dort, wo die S-Bahn ist, dort, wo alle 3 Minuten ein Bus vorbeikommt, wo es also sowieso schon alles gibt. Die ländlichen Räume haben gelegentlich den Eindruck vergessen zu werden. Ich kann nur anmahnen, auch bei der Bundesregierung, dem entgegenzuwirken. Wir haben gemeinsam beschlossen, dass wir ein gemeinsames Programm aufstellen. Es kann nicht so sein, dass die Menschen in der Stadt, wo es keine einzige Windkraftanlage gibt, für die Windkraft sind, die Menschen auf dem Land aber die Windkrafträder haben.

Wir können von Nahverkehrsverbesserung reden – wofür ich bin –, aber es wird in weiten Teilen dieses Landes auch in 20 oder 30 Jahren weder eine U-Bahn noch eine S-Bahn geben. Die Krankenschwester, die bei mir im Klinikum im Schichtdienst arbeitet und 40 km weit weg wohnt, braucht auch in Zukunft ihr Auto. Wenn wir ihr erklären, es gebe irgendeine Idee, wie sie das mit dem öffentlichen Nahverkehr machen soll, dann wird sie das nicht glauben. Das ist übrigens unabhängig davon, dass wir 30 Jahre brauchen, bis wir eine neue Bahnlinie haben. Sie wird sagen: Pass auf, das ist nicht meine Vorstellung! Das ist nicht attraktiv.

Es kommt aber eines hinzu, und es ist mir wichtig, das zu erwähnen – damit schlage ich die Brücke zu Leipzig –: Wir haben am Vormittag vom großartigen Werk der Freiheit gehört, das auch und gerade hier vollbracht wurde. Individuelle Mobilität ist ein Kernstück individueller Freiheit. Das muss unser Panier sein. Wir möchten den Menschen die individuelle Freiheit nicht nehmen – nicht bei der Art wie sie leben wollen, auch nicht bei dem Verkehr, den sie nutzen wollen. Ich setze auf eine Zukunft mit dem Auto und nicht gegen das Auto.

(Vereinzelt Beifall)

Ich setze auf ein Auto, das sparsam gebaut wird und möglichst keinen Ausstoß hat. Ich setze darauf, dass die Menschen selbst entscheiden, wie sie leben wollen. Die Union war immer die Partei, die Chancen eingeräumt hat. Die Grünen sind die Partei, die in der Regel den Menschen vorschreibt, wie sie leben sollen.

(Beifall)

Wenn uns das klar wird, liebe Freunde, dann lasst uns gelegentlich darüber reden.

Liebe Annegret, du hast Bilanz gezogen für ein Jahr, und du hast nach vorn geblickt. Das Jahr war nicht einfach; es bleibt herausfordernd. Das, was uns Allensbach ins Buch geschrieben hat, ist ein Menetekel. Eine Partei, die Deutschland politisch führen will – und nach meiner Überzeugung politisch führen muss –, eine Partei, die Deutschlands starke Mitte ist, muss viel stärker das Vertrauen der Bürger wiedergewinnen. Nur, wenn wir es gewinnen, haben wir die politische Handlungskraft, unser Land in eine gute Zukunft zu führen. Deshalb: Dieser Parteitag ist eine sehr gute Chance.

Lassen Sie mich zum Schluss die Bemerkung machen: Wer die eigene Politik nicht schätzt, der darf sich nicht wundern, dass die Bevölkerung die Politik auch nicht mitreißend findet. Wer als zerstrittener Haufen daherkommt, wird keine vertrauensvolle Zukunft haben. Gestalten wir deshalb diesen Parteitag als selbstbewusste Partei! Gestalten wir diesen Parteitag als eine Partei, die geschlossen auftritt!

Liebe Freunde, wenn es irgend geht: Am besten ist es, wenn man seine Ideen und Überzeugungen gelegentlich auch mit Fröhlichkeit vorträgt. Die Zukunft ist nicht schwarz und nicht weiß. Wir als Union sollten daherkommen und sagen: Wir haben eine gute Idee. Wir freuen uns darüber, dass wir die Chance haben, politisch zu gestalten, und wann immer es geht, sind wir dabei noch fröhlich.

In diesem Sinne wünsche ich einen erfolgreichen Parteitag.

(Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Volker Bouffier. – Als Nächstes spricht aus Baden-Württemberg Gudrun Heute-Bluhm, danach Jens Spahn.

Gudrun Heute-Bluhm: Frau Bundeskanzlerin! Liebe Annegret Kramp-Karrenbauer! Liebe Freunde! Sie werden sich wundern, warum ich als Zweite hier reden darf. Ich darf es deswegen, weil wir ein modernes Abstimmungs-system eingeführt haben und ich tatsächlich auf diese Weise gleich versucht habe, meine Wortmeldung, die mir am Herzen liegt, euch sehr früh zu präsentieren. Ich war nicht darauf vorbereitet, dass es so schnell gehen würde; aber es funktioniert.

So kann ich – um die Anregung gleich aufzugreifen – mit fröhlichem Sinn sagen: Es wird auch manch anderes funktionieren, wenn wir Vertrauen darauf haben und wenn wir einfach anfangen, es auszuprobieren.

Warum bin ich hierhergekommen? Eigentlich natürlich wegen etwas anderem, nicht wegen des Abstimmungsverfahrens. Ich möchte deutlich machen, dass ich im vergangenen Sommer gedacht habe: Jetzt sind wir dort angekommen, wo ich mir gewünscht habe, dass die CDU ankommt, und zwar vor 25 Jahren, als ich in sie eingetreten bin.

Ursula von der Leyen hat vorhin gesagt: Die anderen haben immer viel geredet. Wir haben gehandelt. – Das hat sie anhand einiger Punkte genau ausgeführt. Ich will es anhand des Themas Klimaschutz erläutern.

1984 hat die Grüne Charta Südbaden noch niemand wahrgenommen. Hätten wir als Partei uns in all den vielen Jahren daran orientiert, dann hätten wir auch das diesjährige Klimaschutzpaket fast eins zu eins voranbringen können. Vor allen Dingen hätten wir es nicht nötig gehabt, uns immer wieder mit den Grünen über deren vermeintlich bessere Strategie auseinanderzusetzen, denn das war damals schon der Versuch und der Ausblick darauf, dass Ökologie als Wesenskern

unseres konservativen Wertebewusstseins genauso wichtig ist, aber vor allen Dingen mit ökonomischer Vernunft vereint werden kann. Das hat mich in die CDU gebracht. Und ich wollte handeln – was mich dann in die Kommunalpolitik gebracht hat.

Ich war fast 20 Jahre Oberbürgermeisterin von Lörrach und habe das Thema Umweltschutz und Klimaschutz dort mit relativ großen Mehrheiten voranbringen können. Deswegen war ich diesen Sommer stolz und auch irgendwie erleichtert, dass wir es nun hingekriegt haben, dieses Thema zielstrebig und transparent aufzuarbeiten. Ich bin auch Andy Jung sehr dankbar – auch aus dem Verband Südbaden –, der das für uns mit vorangebracht hat, als er von der Parteivorsitzenden den Auftrag dazu bekam. Zielstrebig heißt: Wir haben ein Werkstattgespräch mit Vertretern sehr vieler, sehr widerstreitender und sehr unterschiedlicher Interessen gehabt. Wir haben daraufhin einen Bundesvorstandsbeschluss gefasst, der auf ganz große Resonanz stieß. All das hat Eingang in das Klimapaket der Bundesregierung gefunden, und so muss es sein: Wir arbeiten mit vielen Stimmen an einem neuen Konzept. Wir beschließen dieses Konzept gemeinsam, wir sind stolz darauf, und wir können das auch in die Regierung einbringen – natürlich nicht vollständig; es war eben schon die Rede vom Kompromiss. Auch hier gibt es Kompromisse.

Der eine Kompromiss muss sein, den Menschen zunächst einmal das Thema CO₂-Bepreisung nahezubringen. Da geht uns manches vielleicht nicht schnell genug. Der andere Kompromiss ist, manches Thema noch einmal zurückzustellen, weil wir das mit der SPD jetzt nicht machen können. Ja, wir können manches im Klimaschutz mit der SPD nicht machen. Wir können kein vernünftiges Steuersystem in dieser Koalition aufsetzen. Wir werden das für die Zukunft machen müssen. Aber was mir ganz wichtig war: Wir reden nicht einfach nur über Klimanotstand oder beschwören ihn, sondern haben ökonomisch vernünftige Projekte zusammengefasst und auf den Weg gebracht und dabei den Blick für das Machbare nicht verloren. Das ist das, was Klimaschutz in unserer Partei bedeutet, und das trägt viel weiter, als nur darüber zu reden und es nachher nicht umsetzen zu können.

Mir hat einmal eine grüne Gemeinderätin gesagt: Mit Ihnen können wir durchaus zufrieden sein; wir brauchen nicht unbedingt einen grünen Bürgermeister, denn wenn Sie zu etwas stehen und sagen, das ist vernünftig, dann machen Sie es auch. – So haben wir mit breiten Mehrheiten viele Dinge zustande gebracht. Das wünsche ich uns auch, und ich kann nur sagen: Ja, lassen Sie es uns mit Zuversicht tun, wo es geht, auch mit Freude, aber vor allen Dingen, und das war mir wichtig, ohne einen Streit zu produzieren, den Andere jetzt hinter sich zu lassen geschafft haben.

Ich bin froh bzw. hoffe sehr, dass von diesem Parteitag das Signal ausgeht, dass wir dem Bundesvorstand, aber vor allen Dingen unserer Vorsitzenden auch zutrauen, die Partei in dieses nächste Jahr zu führen und dann auch einiges von dem umzusetzen, was man in dieser Koalition noch umsetzen kann.

Vielen Dank, dass ihr mir zugehört habt.

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Heute-Bluhm. – Als Nächster spricht der Bundesgesundheitsminister, Jens Spahn. Ihm folgt Julia Klöckner.

Jens Spahn: Liebe Freundinnen und Freunde! Zusammenhalt, Mut und Führung – das ist unser Erfolgsrezept für die Zwanzigerjahre, und die Zwanzigerjahre – das ist keine ferne Zukunft – fangen in sechs Wochen an.

Ohne Zusammenhalt verzweigen wir. Keine Gruppe, keine Vereinigung, keine Schwesterpartei ist allein so stark wie eine Union, die zusammensteht.

(Vereinzelt Beifall)

Uns alle hier hat der Streit zwischen CDU und CSU geschmerzt, ja, manchmal auch fassungslos gemacht. Liebe Annegret, du und Markus, ihr habt uns wieder zusammengeführt. Dafür sind wir euch dankbar, denn die Einheit der Union ist die Voraussetzung dafür, auch in Zukunft erfolgreich zu sein. Und ja, lasst uns streiten, dass es kracht – aber über Inhalte und so, dass wir uns anschließend noch in die Augen schauen können. Es tut uns gut, dass unsere Vereinigungen, dass die Junge Union etwa und Tilman Kuban uns antreiben, Debatten auch konsequent zu führen, offen und leidenschaftlich. Diese Mischung aus Leidenschaft und Disziplin macht uns Christdemokraten aus. Sie unterscheidet uns auch. Wir sind eine Union. Der politische Gegner steht außerhalb. Ob heute, hier in Leipzig, auf Twitter oder in der Zeitung: Die Bürgerinnen und Bürger schauen genau, wie wir miteinander umgehen. Also ja: In der Sache manchmal hart ringen, aber in Wort und Stil immer so, dass wir dabei zusammenbleiben, dass wir Zusammenhalt zeigen! Darum geht es, und so gewinnen wir dann auch gemeinsam Vertrauen zurück, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Und ja, Mut erfordert diese Zeit auch, weil Wandel nie einfach ist. Wir alle spüren diese Ambivalenz. Uns allen schlagen zwei Herzen in der Brust. Wir schätzen deine Verdienste, liebe Angela. Du hast unser Land durch viele Krisen geführt. Wir sind dir dankbar für die guten Jahre unter deiner Kanzlerschaft. Gleichzeitig spüren wir alle: Die Zeit für den Aufbruch ist da. – Ich weiß, dass du es genauso siehst. Unsere Partei muss wieder einmal laufen lernen.

Das gilt auch für unser Verhältnis zur SPD. Regierung ist Regierung und Partei ist Partei. Mir ist egal, was die SPD macht. Wir machen jedenfalls das Beste daraus, das heißt, sich nicht am Gestern oder Heute abarbeiten. Wir brauchen jetzt neue Ideen für das neue Jahrzehnt, für die Zwanzigerjahre, wie wir Digitalweltmeister werden, wie wir Migration begrenzen, Integration fördern und den Zusammenhalt der Nation stärken, wie wir gute Pflege in einem schnell alternenden Land sichern, wie wir die Bahn vom Kopf auf die Füße stellen, wie wir Mobilität neu denken. Um diese und andere Ideen geht es. Es ist unsere Aufgabe, hier Führung zu zeigen, gerade in einer Zeit, wo Andere bei Sozialstaat, Migration und Klima den Notstand ausrufen und Panik verbreiten. In einer solchen Zeit müssen wir als Union Orientierung geben, unaufgeregt und klar: Wie wollen wir in zehn, zwanzig Jahren leben? Wie bleibt Deutschland stark?

Friedrich, du hast absolut recht: Wir brauchen eine Agenda für die Fleißigen. Wer morgens motiviert aufsteht und anpackt, wer Unternehmen gründet und Arbeitsplätze schafft, dient unserer Gesellschaft in allerbesten Weise und hat unsere Unterstützung verdient. Keine neuen Steuern, keine höheren Abgaben, keine zusätzliche Bürokratie, Steuern runter statt rauf, Freiraum statt Bürokratie – um solche Ideen wollen und müssen wir ringen.

(Beifall)

Lasst uns diese Debatten ohne Scheuklappen führen, weil es in der Politik immer um Alternativen geht. Die Wahrheit ist: Jeder hier, jeder von uns hat schon eine Menge an Alternativen zu unserer Politik ins Gesicht gesagt bekommen – im Wahlkreis, am Stammtisch, von Unternehmern oder Wissenschaftlern, von Lehrern, Hebammen oder Polizisten. Wir gewinnen, wenn wir Alternativen ernst nehmen und sie auch diskutieren.

Leider haben wir Themen zu oft lediglich andiskutiert und dann liegen gelassen. Dieses „Man müsste mal“ ist verheerend; das nehmen uns die Bürgerinnen und Bürger übel. Es geht doch! Wir haben hier auf diesem CDU-Parteitag vor einem Jahr beschlossen, Betriebsrentner bei den Krankenkassenbeiträgen zu entlasten. Und die Entlastung für die Betriebsrentner kommt zum 01.01.2020.

(Beifall)

Wir haben hier auf einem CDU-Parteitag nach intensiver Debatte beschlossen, endlich alle Kinder vor Masern zu schützen, weil es richtig ist, trotz Widerstand. Auch dieser Kinderschutz, die verpflichtende Impfung für Kinder in Kitas und Schulen, kommt zum 1. März, weil wir die Masern auf der Welt und in Deutschland ausrotten wollen und weil die Kinder Liebe brauchen, ja; aber sie brauchen auch Gesundheit. Um den Schutz der Jüngsten geht es dabei. Deswegen haben wir diesen Beschluss umgesetzt.

(Beifall)

Also, es geht: debattieren, entscheiden und dann umsetzen. Wenn dafür Gesetze oder Verordnungen geändert werden müssen, dann ist das eben so, dann tun wir es.

Liebe Freundinnen und Freunde, in einer Welt im Umbruch braucht es ein starkes Land, ein starkes Deutschland, und das gibt es nur mit einer starken CDU. Wir müssen nicht alles ändern. Aber wir müssen vieles besser machen: debattieren, entscheiden, umsetzen, und dies unideologisch, alltagstauglich und konkret. Das ist CDU, und so schaffen wir auch wieder 40 Prozent: mit Führung, mit Mut und mit Zusammenhalt.

(Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Jens Spahn. – Als Nächste hat die Bundeslandwirtschaftsministerin, Julia Klöckner, das Wort, danach Carsten Linnemann.

Julia Klöckner: Guten Tag, liebe Freundinnen und Freunde! Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin! Liebe Parteivorsitzende! Angesichts des Mottos „Deutschlands starke Mitte“ kamen Fragen auf, auch von Journalisten: Starke Mitte bei unter 30 Prozent in den Umfragen? Ich kann Ihnen sagen: Ja, genau deshalb müssen wir die starke Mitte sein, weil wir nicht weiter und nicht länger die Diskussionen der Extremen in unserer Partei, aber vor allen Dingen außerhalb der Partei führen dürfen.

Es geht darum, liebe Freunde, dass wir Debatten wieder so führen, dass wir nicht auf Radikalität setzen, dass Radikalität kein Argument ersetzt und dass auch nicht die Quantität von Unterschriftenlisten die Qualität eines Argumentes ersetzt. Wie laufen denn die Debatten aktuell, auch in den sogenannten sozialen Medien? Wie laufen sie denn in unserer Gesellschaft? Lautstärke wird als Stärke wahrgenommen, Kompromiss und Ausgleich hingegen als Schwäche. Ich halte das für hochproblematisch, denn eines ist klar: Ganz Rechts und ganz Links sind sich nicht nur ähnlich; sie arbeiten mit ganz gleichen und genau den gleichen Mechanismen. Sie setzen auf Apokalypse, sie setzen auf Ängste. Ängste lähmen das Volk, Ängste lähmen das Land, und sie sind nicht zukunftsfähig.

Insofern, liebe Freunde, gilt dies für mich auch für den Ausspruch von sogenannten Aktivisten, von Extinction Rebellion, für den Hinweis, der Klimawandel sei größer als die Demokratie. Mich hat eher erschrocken, dass es hier keinen Aufschrei gab, als gesagt wurde: Der Klimawandel ist größer als die Demokratie. Das, was größer sein will als die Demokratie, das gefährdet die Demokratie; denn die Demokratie ermöglicht es erst, das zu sagen, was man denkt, und darüber nachzudenken, wie man in Zukunft eine gute Umwelt- und Klimapolitik, aber auch Gesellschaftspolitik gestalten kann.

(Beifall)

Insofern meine ich, dass wir uns von allen Seiten unserer Partei stärker einmischen müssen, wenn extremistische Positionen, die auch Weltuntergangsszenarien an die Wand malen, unsere Leute in Angst und Sorge versetzen.

Das sage ich auch deshalb, weil sie an vielen Stellen auch mitbekommen, dass unsere Bauern zu Recht auf die Straße gehen. Sie gehen deshalb auf die Straße, weil sie auch vielen Stereotypen ausgesetzt sind, die NGOs an die Wand malen: Sie sprechen von der Landwirtschaft pauschal als Tierquäler, pauschal als Umweltverschmutzer, aber selber will man leben wie bisher. Man formuliert Erwartungen an die Landwirtschaft, aber ist selber nicht bereit, mehr für das auszugeben, was man selbst von anderen erwartet.

(Teilweise Beifall)

Aus diesem Grunde meine ich, wir sollten es benennen. Wir sollten es nicht den Berufsschwarzmalern überlassen, die Entwicklungen in unserer Gesellschaft schlechtzureden. Insofern sage ich auch: Ja, wenn wir Verbraucherinnen und Verbraucher mehr Tierwohl wollen, mehr Umwelt-

schutz, mehr Klimaschutz haben möchten, mehr Nachhaltigkeit in der Produktion, dann müssen wir selber auch bereit sein, das zu kaufen und nicht nur sonntags davon zu reden, aber von montags bis samstags anders einzukaufen; denn am Ende wird es nicht funktionieren, wenn wir von Landwirten mehr verlangen, aber selber nur bereit sind, für Handys mehr auszugeben, aber nicht für unsere Nahrungsmittel.

(Teilweise Beifall)

Am Ende wird es meiner Meinung nach darum gehen, dass wir uns alle als in einem Boot sitzend verstehen. Dieses Verständnis bedeutet auch, nicht von einem Extrem ins andere zu fallen. Annegret Kramp-Karrenbauer hat es richtig gesagt: Wir haben andere Erwartungen der Gesellschaft an unsere Produktion, an unsere Landwirtschaft, an mehr Tierwohl. Aber wir müssen das gemeinsam schaffen und können Landwirte dabei nicht allein lassen. Unsere Antwort ist ganz klar: Förderung, Forschung, Augenmaß und Begleitung. Wenn aber die grüne Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag sagt, die Bauern verseuchten unser Land, dann halte ich entgegen: Nein, die Bauern ernähren unser Land.

(Beifall)

Wir muten auch als Politik diesem Berufsstand und anderen Berufsständen einiges zu. Aber nur so kommen wir aus einer Rechtfertigungszone heraus. Wir werden und müssen es schaffen, für eine Weltbevölkerung, die bis zum Jahre 2050 um zwei Milliarden Menschen wachsen wird, eine Weltbevölkerung, die heute rund 200 Millionen hungernde Menschen hat, eine Weltbevölkerung, von der zwei Milliarden Menschen unterernährt sind. Diese Weltbevölkerung wollen wir satt bekommen, und wir werden sie nicht mit einem Teilausstieg aus der Landwirtschaft satt kriegen, sondern nur mit einer modernen Landwirtschaft, die Erträge sichert, aber zugleich auch nachhaltig ist, liebe Freunde.

(Teilweise Beifall)

Dazu brauchen wir auch eine offene Debatte über neue Züchtungsmethoden. Es ist arrogant – ich es sage noch einmal in Richtung Grüne –, auf der einen Seite Ertragssicherung zu wollen, auf der anderen Seite klimastabile Pflanzen und dann noch weniger Pflanzenschutzmittel haben zu wollen, aber dann alles andere als moralisch nicht anspruchsvoll abzutun, was auch über neue Forschungen und Pflanzenzüchtungen nachdenkt.

Deshalb fordere ich uns als Union auch auf, offen für die Forschung in den Bereichen zu sein, die unsere Lebensgrundlage für unser Land sind. Deshalb will ich zum Abschluss allen danken. Ich weiß, heute sind auch Waldbauern da. Wenn wir über den Klimaschutz und Klimawandel reden, dann reden wir auch über die grüne Lunge, unseren Wald. Unserem Wald geht es schlecht, und gerade, wenn wir hier in den neuen Bundesländern sind, dann erkennt man: Das hat fatale Auswirkungen.

Aber ich rufe auch all denen zu, die es jetzt besser wissen als all die, die über Generationen den Wald bewirtschaftet haben. Diejenigen, die glauben, wir sollten den Wald sich selbst überlassen und der Mensch solle sich zurückziehen, argumentieren auf Kosten der kommenden Generationen; denn jeder Baum, der jetzt nicht nachgepflanzt wird, wird für unsere Kinder und Kindeskinder fehlen. Das ist eine Versündigung an der kommenden Generation.

(Beifall)

Ich sage ein Dankeschön an alle, die sich hier beteiligen. Wir werden heute Nachmittag oder wahrscheinlich gegen Abend noch über einen Antrag sprechen, bei dem es um den Wald, um die Landwirtschaft geht. Aber da geht es auch um das Miteinander. Auch wir sind Volkspartei. Wir müssen Konsument und Produzent zusammen denken, und wir müssen uns selbst fragen, was wir für ein Leben tun können, das ja nicht nur den anderen die Aufgaben stellt, etwas für eine nachhaltige Zukunft zu tun.

Aber ich will zum Schluss noch etwas zum Stichwort Frauen sagen. Da sind viele Frauen von uns gefragt worden: Beerdigt die Union heute die Frauenförderung? Ich kann Ihnen sagen, dazu gehören auch die hämischen Kommentare der SPD. Wir in der Union müssen uns nicht sagen lassen, was Frauenförderung ist. Wenn ich mir die SPD anschau, so sind Frauen bei der Casting-Agentur SPD, bei dem Casting rund um die Parteispitze, dazu degradiert worden, nur noch Platzhalter zu sein. Wenn ein Mann bei der SPD kandidieren wollte, dann hat er eine Frau gebraucht, egal wie sie heißt. Bei uns haben Frauen Namen, und bei uns müssen Frauen keine Männer haben, um zu kandidieren.

(Beifall)

Ich will das deutlich machen. Wir haben gesehen: Herr Scholz wollte kandidieren. Er hat eine Frau gesucht, er hat eine gefunden – also durfte er kandidieren. Herr Borjans wollte kandidieren. Er hat eine Frau gesucht, er hat sie gefunden – er durfte kandidieren. Herr Klingbeil wollte kandidieren. Er hat eine Frau gesucht, er hat keine gefunden – er durfte nicht kandidieren.

Das ist für mich ein Zeichen, dass wir es anders machen müssen. Wir machen es so, dass am Ende mehr Frauen in die Parlamente kommen müssen. Deshalb sage ich: Liebe Männer, wir brauchen euch, aber ihr braucht auch uns. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Julia Klöckner. – Als Nächster Carsten Linnemann und danach Friedrich Merz.

(Vereinzelt Beifall)

Carsten Linnemann: Vielen Dank, Oliver. – Liebe Delegierte! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir müssen uns ehrlich machen: In der Wählergunst ist unsere Partei nicht mehr so

erfolgreich wie in den Jahren zuvor. Wir sind abgerutscht von über 40 Prozent auf jetzt 25 bis 27 Prozent. Für eine Partei, die für sich selbst den Anspruch erhebt, Volkspartei zu sein, ist das zu wenig.

(Vereinzelt Beifall)

Was mich freut, ist, dass wir uns in einem Punkt einig sind: Das, was die Menschen von uns vermissen, sind Standpunkte, Haltung, Meinungen, Überzeugungen.

(Vereinzelt Beifall)

Genau das, liebe Annegret, hast du angesprochen, und genau dort müssen wir ansetzen und auch liefern. Es soll keiner ankommen und sagen, dass wir irgendwie Rücksicht auf Wahlen nehmen müssen. Wir haben im nächsten Jahr kaum Wahlen. Wir können jetzt an einer unverwechselbaren Erkennungsmelodie arbeiten, die aufzeigt, wofür die Union steht und wofür nicht. Unsere DNA ist dabei entscheidend. Dies mit konkreten Beispielen zu versehen, das ist die Aufgabe der nächsten Monate.

Lasst mich drei, vier Beispiele nennen:

Erstens: unsere DNA. Frau Kramp-Karrenbauer hat es auf den Punkt gebracht: Ludwig Erhard ist nicht nur unser Mann; er hat dieses Land geprägt wie kein anderer. Wir sind eine Partei Ludwig Erhards, eine Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Da sind zwei Dinge wichtig. Auf der einen Seite müssen wir für die schweigende Mehrheit dieses Landes da sein, nicht immer nur für diejenigen, die laut schreien und von denen die Mehrheit denkt, sie seien eigentlich in der Minderheit. Nein, die schweigende Mehrheit umfasst diejenigen, die um ihr Tun kein Aufheben machen, die sich an Recht und Gesetz halten. Die müssen wir – dabei bleibe ich – entlasten. Ich empfehle – zumindest ist das die Meinung der Mittelstandsunion – die volle Konzentration auf die Abflachung des Mittelstandsbauchs; denn der ist ungerecht für die Geringverdiener in diesem Land, die dadurch überproportional belastet werden.

(Beifall)

Auf der anderen Seite geht es um die Wettbewerbspolitik unserer deutschen Wirtschaft, um die Wettbewerbsrahmenbedingungen des Mittelstandes, des Handwerks, der Landwirtschaft. Darum geht es. Wir reden in diesen Tagen viel über China. Ich kann dazu nur sagen: Wir müssen in Deutschland nicht chinesischer werden, wir müssen wettbewerbsfähiger werden. Dafür brauchen wir erstens eine umfassende Unternehmensteuerreform. Wir brauchen zweitens eine Modernisierung des Arbeitszeitgesetzes – keine Ausdehnung, sondern eine Modernisierung im Sinne der Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

(Vereinzelt Beifall)

Und drittens müssen wir ein für alle Mal – da darf es auch kein Pardon geben – für alle den Soli abschaffen. Auch dazu muss die Partei stehen.

(Beifall)

Das zweite Beispiel – auch das fand ich eben ehrlich –: Rechtsstaat. Unsere Partei steht für Recht und Ordnung wie keine Partei in diesem Lande. Hier – und auch da müssen wir uns ehrlich machen – haben wir in den letzten Jahren Vertrauen verspielt. Lassen wir uns nicht einreden, was manche uns einzureden versuchen, nämlich dass die Union jetzt einen Rechtsruck oder so etwas wolle. Nein, wir wollen hier im Saal keinen Rechtsruck, wir wollen Rechtsstaatlichkeit, das heißt Recht und Ordnung. Darauf kommt es an.

(Vereinzelt Beifall)

Lasst uns auf Nordrhein-Westfalen schauen; ich richte den Blick natürlich sehr stark auf Nordrhein-Westfalen. Dort gibt es ein Prinzip, das von der Landesregierung gelebt wird. Dieses Prinzip heißt Nulltoleranzpolitik. Genau das brauchen wir in der Innenpolitik, und das muss in diesem Lande ausgerollt werden.

(Beifall)

Das dritte Beispiel: gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ich meine, wir erleben es doch alle: Die Gesellschaft ist polarisiert. Viele Menschen erkundigen sich nur noch dort, wo die eigene Meinung in den sozialen Medien widergespiegelt wird. Es ist unglaublich schwierig, überhaupt noch eine Argumentationskette – These, Antithese, Synthese – in die Debatte zu bekommen. In dieser Situation kommt es doch auf die Union an. Dass wir diesen gesellschaftlichen Zusammenhalt sicherstellen, darauf kommt es doch an. Wir sind doch die Partei, die keinen Keil zwischen Land- und Stadtbevölkerung treibt. Wir sind doch die Partei, die genau weiß, wie wichtig Identität für die Menschen in diesem Lande ist. Wir sind doch die Partei, die genau weiß, wie wichtig ein Wertefundament ist.

Lassen Sie es mich konkret machen: Ich bin froh – nehmen wir einmal das Beispiel Integration –, dass wir monatelang diskutiert haben, aber morgen eine Entscheidung treffen werden. Beim Thema Integration hatten wir eine lange Debatte über die Frage: Wie gehen wir mit jungen Menschen um, die der deutschen Sprache noch nicht so mächtig sind, um eingeschult zu werden? Die dürfen wir nicht vom Besuch der Grundschule ausschließen, sondern müssen sie fördern. Deswegen ist die Vorschulpflicht für diejenigen, die wir unterstützen wollen, richtig, und deswegen hat sich die Debatte gelohnt, auch wenn es einen Shitstorm gab, auch wenn wir im Gegenwind standen. Dazu müssen wir stehen. Wenn wir eine Debatte führen, müssen wir dazu stehen, was wir wollen, die Debatte durchstehen und am Ende auch etwas beschließen, damit wir weiterkommen. Das ist CDU-Politik, und darauf muss es ankommen.

(Beifall)

Übrigens gilt das auch, liebe Annegret – das ist völlig richtig – für das verpflichtende Gesellschaftsjahr. Ich höre nur: „Das geht nicht, weil ...“ und „Mit dem Grundgesetz gibt es Probleme“. Lasst uns als Partei doch erst einmal die Frage beantworten: Finden wir das mit dem verpflichtenden Gesellschaftsjahr richtig, ja oder nein? Und wenn wir uns entschieden haben, müssen wir uns natürlich die Frage stellen, wie wir das umsetzen. Wenn ich höre, dass wir 80 Juristen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben, dann glaube ich, dass die bestimmt in der Lage sein werden, das umzusetzen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich finde, es schadet den jungen Menschen in dieser Zeit überhaupt nicht, in die Mitte der Gesellschaft zu gehen – Stichworte: Sozialkompetenz, Persönlichkeitsentwicklung –, auch mal ein Zeichen zu setzen gegen die Egogesellschaft, die es zuweilen gibt, und gegen die soziale Kälte. Deshalb finde ich das Gesellschaftsjahr richtig, und ich werbe dafür, dass wir das auf diesem Bundesparteitag auch verabschieden.

(Vereinzelt Beifall)

Letzter Punkt. Wir sind die Partei, die konservativ ist. Was heißt konservativ? Konservativ heißt, an Bewährtem festzuhalten und für Neues offen zu sein, sich jeden Tag die Frage zu stellen: Was müssen wir machen, damit wir besser werden? Deswegen finde ich es richtig, dass wir die Partei der Offenheit sind, dass wir dafür sorgen, dass man in unserem Land etwas ausprobieren kann, ein Land, in dem nicht gleich gesagt wird: Das geht nicht. – Warum schaffen wir in Deutschland beispielsweise nicht mal eine Pilotstadt, in der man alles ausprobieren kann: Umgang mit Daten, autonomes Fahren, neue Technologien und was es da nicht alles gibt? Wir könnten auch dafür sorgen, dass junge Start-ups in den ersten zwei Jahren kaum Bürokratie haben. Wenn wir sehen, dass die Welt nach zwei Jahren nicht kaputtgegangen ist, dann rollen wir das auch für den gesamten Mittelstand in Deutschland aus. So kommen wir voran: mit Offenheit, mit Mut, mit Risiko und nicht anders.

(Beifall)

Dazu zählt auch das Thema Technologieoffenheit. Ja, wir haben hier entschieden, dass wir aus der Kernkraft, dass wir aus der Kohle aussteigen. Die Grünen wollen aus der Verbrennungsmotortechnologie aussteigen. Aussteigen, aussteigen, aussteigen: Wir müssen die Partei sein, die auch einmal darüber nachdenkt, wo wir einsteigen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir können nur einsteigen, wenn wir technologieoffen sind. Das gilt übrigens auch für die Automobilindustrie. Wir haben keinen Dieselskandal in Deutschland; da hat Friedrich Merz völlig recht. Wir sind dabei, den Diesel kaputtzumachen, eine Technologie, in der wir führend sind.

Wir haben keinen Dieselskandal in Deutschland, sondern einen Betrugsskandal. Aber wir dürfen bei der Antriebstechnologie jetzt nicht den gleichen Fehler wie beim Diesel machen, indem wir nur noch auf batteriegetriebene Elektromobilität setzen.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist ein großer Fehler, wenn wir das machen. Vielmehr müssen wir offen sein für alle Technologien: Wasserstoff, synthetische Kraftstoffe und vieles mehr.

Der allerletzte Punkt: Wir müssen es schaffen, als Union eine Vision für die Zukunft dieses Landes zu entwickeln. Macron hat das geschafft mit seiner neuen Europaidee; Sebastian Kurz hat das geschafft und hat gezeigt, dass das Konzept Volkspartei noch funktioniert. Diesen Anspruch müssen auch wir erheben. Es war die Generation meiner Eltern und Großeltern, die nach dem Krieg zusammengehalten und das Wirtschaftswunder vollbracht hat. Wir können das heute auch: Wir können auch eine Vision formulieren – die müssen wir erarbeiten –, ob wir zu den lebenswertesten Ländern und innovativsten Ländern der Welt gehören wollen, ob wir ein Forschungsparadies wollen, in das jeder kommen möchte.

Auch über diese Visionen müssen wir in den nächsten zehn, zwölf Monaten reden. Das alles sind nur Ideen, und sie alle sind nicht perfekt. Aber ich finde, wir alle sollten jetzt über diese Ideen streiten. Jeder ist dazu eingeladen. Ich finde es auch richtig, dass wir das mit Fairness machen.

Unsere Partei ist breit aufgestellt. Wir haben drei Wurzeln: die soziale, die liberale und die konservative. Das verbindende Element ist das Christliche. Deswegen: Lasst uns das gemeinsam machen, mit Respekt vor der anderen Meinung! Wenn am Ende des Tages ein Deutschlandplan für die 20er-Jahre steht, dann ist mir nicht bange, dass wir die Zukunft gewinnen werden. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Carsten Linnemann. – Als Nächster spricht Friedrich Merz.

Friedrich Merz: Herr Parteitagpräsident! Liebe Annegret! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unsere Parteivorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer hat heute Morgen eine kämpferische, eine mutige und eine nach vorn zeigende Rede gehalten. Dafür sind wir alle ihr wirklich richtig dankbar.

(Beifall)

Da haben auch kritische Töne nicht gefehlt.

Ich habe vor drei Wochen das Erscheinungsbild der Bundesregierung scharf kritisiert. Ich habe dafür viel Zustimmung bekommen, aber auch manches an Kritik. Die Kritik, die mich am meis-

ten getroffen – nicht nur erreicht – hat, war: Jetzt werdet ihr wie die SPD. – Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, wir werden nicht wie die SPD. Wir dürfen auch nicht wie die SPD werden.

(Beifall)

Die SPD wählt in der nächsten Woche ihren neuen, ehemaligen Parteivorsitzenden. Der einzige Unterschied ist: In der langen Ahnengalerie der Vorsitzenden kommt nicht ein Bild, sondern kommen zwei. Alles andere wird bei dieser Partei so weitergehen. Sie wählen, und am Montag darauf geht die Kritik am neu gewählten Vorsitzenden und seiner Co-Vorsitzenden wieder los. Das ist der Unterschied zwischen uns und den Sozialdemokraten. Die Sozialdemokraten sind strukturell illoyal. Wir sind loyal:

(Beifall)

zu unserer Vorsitzenden, zu unserer Parteiführung und zur Bundesregierung, die wir seit über 50 Jahren tragen. Das waren gute Jahre für Deutschland.

Wir haben hier in Leipzig im Jahr 2003 – darauf ist hingewiesen worden – schon einmal einen Parteitag gehabt – ja, wir waren damals in der Opposition – und haben ein mutiges Programm entwickelt. Ich habe damals auch hier gestanden und gesprochen. Mir ist während meiner Rede das Beispiel mit dem Bierdeckel eingefallen. Das begleitet mich jetzt seit 16 Jahren. Es gibt schlimmere Schicksale, als von einem Bierdeckel begleitet zu werden. Aber ich stelle mir die Frage: Warum ist eigentlich dieser Bierdeckel noch immer so populär? Ich habe eine Vermutung; nicht die Assoziation, die viele von Ihnen vielleicht haben. Ich vermute, dass die Menschen, die das gut fanden, gesagt haben: Da bringt einmal jemand das, was wir in einer komplexen Welt politisch wollen, auf einen einfachen verständlichen Nenner.

(Beifall)

Das war das Symbol für etwas Verständliches, für etwas Einfaches.

Wenn wir heute feststellen, liebe Freundinnen und Freunde, dass das Vertrauen in die Institutionen und in die politischen Parteien schwindet – die Umfrage der letzten Woche ist hier ja schon zwei-, dreimal zitiert worden –, dann ist meine Antwort: Wir müssen wieder die Fähigkeit besitzen, zu erklären, nicht zu simplifizieren, sondern auf einen einfachen verständlichen Nenner zu bringen, wo wir heute stehen, wohin wir wollen und wie der Weg dorthin geht – einfach und verständlich in einer komplexer und schwieriger werdenden Welt.

Ich sehe aus meiner Sicht zwei große Themen, die uns als Christlich Demokratische Union geradezu einladen und verpflichten: Das erste ist das Thema Außen- und Sicherheitspolitik. Diese Welt wird risikoreicher, schwieriger und komplexer. Die NATO steht auf dem Prüfstand.

Ich will auch an dieser Stelle noch einmal sagen: Ich bin unserer Parteivorsitzenden in ihrer Eigenschaft als Verteidigungsministerin ausgesprochen dankbar, dass sie den Mut gehabt hat, erste Vorschläge zu machen, wie Deutschland die neue Verantwortung in Zukunft wahrnehmen will. Das waren erste Schritte. Aber die haben gezeigt, dass wir wieder Mut haben können, solche Entscheidungen zu treffen.

(Beifall)

Welche Rolle will Deutschland spielen? Welche Verantwortung sind wir bereit zu übernehmen? Welche Führungsverantwortung ist Deutschland bereit, in der Außen- und Sicherheitspolitik, aber auch in der Wirtschafts- und Finanzpolitik zu übernehmen? Diese Wirtschafts- und Finanzpolitik steht vermutlich in den nächsten Jahren, wenn nicht Jahrzehnten vor einer großen, vielleicht sogar vor ihrer größten Bewährungsprobe.

Liebe Freundinnen und Freunde, täuschen wir uns da bitte nicht. Greenpeace kann das C abmontieren. Die können es behalten, sollen es mit nach Hause nehmen und es sich ins Wohnzimmer stellen. Dort wird es segensreiche Wirkungen entfalten.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber das, was dahintersteht, nehmen sie uns nicht, nämlich dass wir auch Wirtschafts- und Finanzpolitik aus einem Wertefundament heraus formulieren, und das gerade vor dem Hintergrund der geradezu dramatischen Entwicklungen auf der Welt. Und bitte leugne keiner, dass wir ein Problem haben. Wir haben ein sehr ernsthaftes Problem. Über die Ursachen und Kausalitäten kann man reden. Aber wir haben ein Problem. Dieses Problem müssen wir mit der Marktwirtschaft lösen und nicht ohne oder gar gegen sie.

(Beifall)

Das wird die größte Aufgabe sein, vor der wir möglicherweise stehen werden.

Das ist die entscheidende Auseinandersetzung, die wir dann auch mit den Grünen suchen müssen. Liebe Freundinnen und Freunde, natürlich sind da viele unterwegs, die am liebsten dieses Vehikel nehmen würden, um gleich die ganze Wirtschaftsordnung abzuschaffen. Die Stimmen derer, die das wollen, werden ja lauter und lauter. Wir wollen das nicht. Wir wollen diese Herausforderungen mit der marktwirtschaftlichen Ordnung bestehen. Aber das wird schwierig. Das erfordert Mut zur Veränderung. Mut kommt von „etwas zumuten“. Wir werden der Bevölkerung etwas zumuten müssen. Wir müssen in dieser schwierigen politischen Zeit führen. Aber das geht auch nicht ohne oder gar gegen Europa; das geht nur mit Europa und in der Europäischen Union.

(Beifall)

Das geht, wie es die CSU, wie ich finde, richtigerweise sagt, nicht gegen die Bevölkerung, sondern das geht nur mit der Bevölkerung. Die Menschen sitzen nicht da und machen sich von morgens bis abends Gedanken darüber, ob die Welt nun tatsächlich oder vermeintlich endet. Die machen sich Gedanken darüber, wie der Monat für sie und ihre Familien endet.

Das Zitat stammt nicht von mir, sondern aus einem Buch. Ich bin zwar nicht promoviert, aber ich nenne die Quelle trotzdem, nämlich Jan-Werner Müller. Er hat gesagt: Furcht oder Freiheit ist die Frage, vor der wir stehen.

(Beifall)

Das, liebe Freundinnen und Freunde, unterscheidet uns auch von den Grünen.

Es ist eine wunderbare Sache, dass sich viele junge Menschen wieder für Politik engagieren. Greta Thunberg ist eine beeindruckende Person. Aber wenn sie sagt, dass wir ihr die Jugend geraubt hätten, dann muss man ihr sagen: Nein. Ihr habt in dieser Generation die beste Jugend gehabt, die es in diesem Teil der Welt überhaupt jemals gegeben hat.

(Beifall)

Aber wenn das so bleiben soll, dass auch die nächste und übernächste junge Generation solche Chancen hat, dann müssen wir heute viel ändern, damit es morgen so bleibt.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist die eigentliche Herausforderung, vor der wir stehen. Wir befinden uns in einem Prozess. Von diesem Parteitag wird von den Medien relativ viel erwartet. Aber nicht dieser Parteitag wird die endgültigen Entscheidungen treffen, sondern in einem Jahr, nach einem weiteren Prozess des Nachdenkens, des Entscheidens, des Vorbereitens, wird der Parteitag des Jahres 2020 die entscheidenden Antworten geben müssen. Wir sind am Anfang des Prozesses und ganz gewiss nicht am Ende. Wir müssen diesen Prozess mit glaubwürdigen Personen verbinden – danke für die Hinweise, die von Jens Spahn und Annegret Kramp-Karrenbauer kamen –, und wir müssen uns in der Breite der Partei aufstellen und Verantwortung übernehmen, um Führung zu zeigen.

Liebe Freundinnen und Freunde, erlauben Sie mir, dass ich ein offenes Wort zu unserer Partei sage. Wir können draußen nicht über den Zusammenhalt der Gesellschaft sprechen, wenn wir in der Partei den einen oder anderen oder gar ganze Gruppen ausgrenzen.

(Beifall)

Um es noch deutlicher zu sagen: Solange sie auf dem Boden unseres Grundsatzprogramms stehen, haben sowohl die Werte-Union als auch die Union der Mitte ihren Platz in der Union. Das Allerbeste wäre, wenn es solche Gruppen gar nicht geben müsste, wenn sie alle in der Mitte der Union wären und an den Themen mitarbeiten würden, die wir für richtig halten.

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreundinnen und -freunde, wir leben in schwierigen Zeiten. Aber wir müssen doch an die Erzählung des Kulturpessimismus und des Niedergangs eine andere Erzählung anknüpfen, nämlich eine Erzählung der Zuversicht, des Optimismus und des Selbstvertrauens, dass wir die Probleme unserer Zeit lösen können. Dazu gehört, dass wir diese Lösung nicht ohne Technologie, sondern mit Technologie suchen, dass wir nicht gegen die Moderne, sondern mit der Moderne diese Wege aufzeigen und diese Wege suchen.

(Beifall)

Dann, liebe Freundinnen und Freunde, möchte ich ganz ehrlich auch noch zu mir etwas sagen. Ich habe das schon bei der Jungen Union gesagt und wiederhole es hier heute: Wenn Sie wollen, dass ich dabei bin, dann bin ich dabei. – Ich wiederhole das hier und heute, aber mit beiden Teilen des Satzes. Und dabei geht es nicht um mich oder gar irgendwelche niederen Motive, die mir dabei unterstellt werden. Nein, es geht darum, dass diese Christlich Demokratische Union, die eine so große Verantwortung für dieses Land und für die Europäische Union hat, zusammen mit der CSU bereit und in der Lage ist, ihre Verantwortung für Deutschland in den nächsten Jahren – vielleicht sogar Jahrzehnten – so erfolgreich wahrzunehmen, wie wir das in den vergangenen Jahrzehnten gemacht haben. Es geht darum, dass wir das zusammen machen. Dafür stehe ich hier, dass wir gemeinsam erfolgreich für Deutschland und für Europa sind.

Ich finde, dafür lässt sich kämpfen, streiten. Dabei müssen wir auch mal aushalten, dass es unterschiedliche Meinungen gibt. Das darf aber nie rückwärtsgerichtet passieren, sondern immer klar nach vorne ausgerichtet, verbunden mit dem klaren Willen, Verantwortung in der Führung dieses Landes so zu übernehmen, dass uns die Menschen vertrauen, dass nicht rechts und links alles stärker wird. Nein, die Mitte muss stärker werden, und die Menschen müssen sagen: Ja, die führen spannende, manchmal auch kontroverse Diskussionen in ihren Reihen, aber alle zusammen eint, dass sie die Verantwortung für Deutschland wahrnehmen wollen.

Das trauen uns die Menschen dann auch zu. Diese Botschaft muss von Leipzig, so wie es schon einmal im Jahr 2003 der Fall war, auch im Jahr 2019 ausgehen. Dafür stehe ich hier, und dafür möchte ich mit Ihnen zusammen kämpfen. – Herzlichen Dank.

(Langanhaltender lebhafter Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Friedrich Merz. – Als Nächstes spricht Dennis Radtke aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen. Ihm folgt Annette Widmann-Mauz.

Dennis Radtke: Lieber Oliver, liebe Frau Bundeskanzlerin, liebe Annegret, liebe Freundinnen und Freunde! Unsere Vorsitzende hat darauf hingewiesen: Für uns alle ist 2019 bisher ein sehr schwieriges Jahr gewesen, und das gilt auch und sicherlich insbesondere für Europaabgeordnete unserer Partei, weil der Wahlkampf alles andere als leicht war und der Wind mehr von vorne als von hinten geblasen hat. Aber die Gründe dafür, dass das so ist, liebe Freundinnen und Freunde, haben nach meinem Verständnis und nach meiner Lesart weniger etwas mit der Poli-

tik und dem Politikangebot der CDU zu tun. Meiner Meinung nach sind wir in Deutschland immer noch der Mercedes unter den Politikangeboten. Ich meine, es hat vielmehr etwas mit der Art und Weise zu tun, wie wir miteinander umgehen, wie wir über uns und unsere Politik sprechen und wie wir an manchen Stellen – ich sage das in aller Deutlichkeit – mit unserem demokratisch gewählten Führungspersonal umgehen.

Eine Partei, die für sich den Anspruch erhebt, eine bürgerliche Partei zu sein, muss sich schon die Frage gefallen lassen: Wie bürgerlich ist es eigentlich, permanent und in unschöner Regelmäßigkeit die eigene Führung offen infrage zu stellen und Debatten, die in der Sache abgeschlossen sind, weiter künstlich zu verlängern?

Wenn dann der Eindruck entsteht, dass in Sachen Korpsgeist und in Sachen Disziplin manche Thekenmannschaft mehr in die Waagschale zu werfen hat als wir und dass einige fachpolitisch so wenig ausgelastet sind, dass sie die Arbeit für die Opposition gleich mitmachen, liebe Freundinnen und Freunde, dann freut das vielleicht die Journalisten in diesem Land, aber trägt sicherlich nicht zu unserem politischen Erfolg bei.

(Beifall)

Und als ob all das noch nicht schwierig genug wäre in diesem Jahr, das – man kann es nicht oft genug wiederholen – sehr schwierig ist für unsere Partei, laden uns einige noch die Debatte auf, ob und, wenn ja, inwieweit eine Kooperation mit der AfD möglich wäre. Wer so etwas tut, liebe Freundinnen und Freunde, dem kann ich nur sagen: Packt euren Rechenschieber ein, packt eure Hinweise ein, dass Wahlen und Abstimmungen geheim sind. Christdemokraten lassen sich niemals und nirgendwo von Faschisten aufs Pferd helfen. Wer das tut, der gefährdet die Zukunft der CDU als Volkspartei.

(Beifall)

Ein Letztes möchte ich noch sagen, was mir als Europaabgeordneter extrem wichtig ist: Wir müssen endlich wieder rauskommen aus dieser Ecke, Politik mit der eingebauten Miesepeter-Attitüde zu machen.

Was die Situation in Europa angeht, so stehen wir vor schwierigen Fragen. Und auch wenn der Brexit bald über die Bühne gebracht wird, geht es jetzt um die zentrale Frage, wie wir mit der Finanzierung der Europäischen Union weitermachen. Da erwarte ich von meiner Partei, von der Europa-Partei CDU, dass wir an der Spitze der Bewegung sind, nicht wieder mit beiden Füßen auf der Bremse stehen und schwarzmalen und jammern, dass wir einen höheren Beitrag werden leisten müssen. Wir werden den leisten. Jeder, der seriöse Politik macht, weiß, dass wir das machen müssen. Aber wir müssen diejenigen sein, die an der Spitze der Bewegung stehen. Wir müssen das den Menschen erklären, auch wenn es nicht immer einfach ist. Das ist unsere Aufgabe. Das ist unser Auftrag. Denn eine Partei im Bundestag, die immer nur schwarz malt und den Untergang herbeiredet, gibt es schon.

Dafür braucht es nicht die CDU und die CSU. Unser Auftrag und unsere Mission ist eine andere, liebe Freundinnen und Freunde.

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Dennis Radtke. Als Nächste Annette Widmann-Mauz, danach Thomas Mann.

Annette Widmann-Mauz: Liebe Annegret! Liebe Angela! Liebe Delegierte! Liebe Freundinnen und Freunde! Mut macht mehr möglich. Das ist das Leitmotiv der Frauen-Union, und es passt so gut zu unserem Land, zu unserer Partei und deren Vorsitzenden, und deshalb: ganz herzlichen Dank, liebe Annegret, für diese klare, für diese starke und für diese mutige Rede.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir mutig gestalten, wenn wir Politik neu denken, dann werden wir als CDU auch in der Zukunft erfolgreich sein; denn wir wissen, was wir haben: starke Frauen von der Kommunalpolitik über die Landes- bis hin zur europäischen Ebene. Wir wissen, was sie können und was sie leisten, aber wir wissen auch, was wir brauchen und was wir wollen, nämlich mehr davon, mehr Frauen, mehr Frauen in der CDU, in Ämtern und in Mandaten. Dafür haben wir als Frauen-Union Vorschläge gemacht. Wir sind die einzigen, die konkret geworden sind. Wir wissen auch, dass es dazu unterschiedliche Meinungen in unserer Partei gibt. Deshalb: Lassen Sie uns gemeinsam nach dem besten Weg suchen! Die Konkurrenz ist groß, es ist kein Selbstzweck, womit wir uns beschäftigen.

Was würde ein Mittelständler denn machen, wenn Umsatz und Kunden wegbrechen und die Mitarbeiterinnen unzufrieden sind? Transparenz, Marktanalyse, externe Beratung, Zielvorgaben – all das wäre der Weg. Genau das machen wir. Um es frei nach Wolfgang Schäuble zu sagen: Wie soll es denn sonst gehen?

Jetzt binden wir alle in einer Struktur- und Satzungskommission ein. Das ist im besten Sinne eine Zukunftswerkstatt, wie es Annegret Kramp-Karrenbauer heute Morgen beschrieben hat, in der im gemischten Team die besten und erfolgreichsten Konzepte entwickelt werden. Beim nächsten Parteitag wollen wir über die Ergebnisse beraten, und ich glaube, es ist ein guter Weg; denn wir können ihn gemeinsam gehen und somit auch gemeinsam unsere Ziele erreichen.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, „gemeinsam“ ist auch das Stichwort für ein anderes Thema, nämlich für die Integration. Ich arbeite als Staatsministerin mit ganzer Kraft dafür, dass Deutschland seine vielfältigen starken Seiten, seine Potenziale besser nutzt. Deshalb ist es mir wichtig, dass wir alle Kinder von Anfang an besser fördern. Dazu brauchen wir Sprachstandtests. Wir brauchen bessere Sprachförderungen, und zwar vor der Schule, überall und verpflichtend.

(Vereinzelt Beifall)

Wir wissen ein Weiteres. In den nächsten zehn Jahren wird unser Erwerbspersonenpotenzial um sechs Millionen Menschen zurückgehen, das heißt, wir brauchen jeden klugen Kopf und jede fleißige Hand in unserem Land, ob im Handwerk, am Patientenbett oder in den Ingenieurbüros. Deshalb arbeiten wir dafür, dass wir für alle attraktiv sind, die unser Land stark machen. Das sage ich ganz besonders vor dem Hintergrund, dass gerade nach den furchtbaren Ereignissen der letzten Monate eines für uns klar und selbstverständlich sein muss: Wir müssen allen die rote Karte zeigen, die den Boden für Rechtsextremismus, für Antisemitismus, ja für Menschenhass in unserem Land bereiten.

Helmut Kohl hatte recht, als er sagte: Wer gegen Ausländer hetzt und brandschatzt, ist kriminell und gemeingefährlich.

(Vereinzelt Beifall)

Wer so etwas tut, kann nie und nimmer für sich in Anspruch nehmen, ein deutscher Patriot zu sein.

(Vereinzelt Beifall)

Ja, recht hat er, damals wie heute.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, wir sind keine Polarisierer, keine Spalter, die ihre Überzeugungen mit dem Vorschlaghammer oder der Abrissbirne durchsetzen. Das ist nicht unser Stil. Wir sind Gestalter, wir sind Konstrukteure, ja Brückenbauer mit einer Zukunftsagenda. Die CDU soll auch in Zukunft Deutschlands starke Mitte sein. Lasst uns dafür gemeinsam arbeiten! – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Annette Widmann-Mauz. Als nächster bekommt Thomas Mann aus Hessen das Wort, danach Armin Laschet.

Thomas Mann: Liebes A-Team, Angela und Annegret! Liebe Freundinnen und Freunde! Die Vertrauensverluste von der Europawahl bis zur Thüringenwahl waren heftig. Reicht es noch, in irgendwelchen Koalitionen zu landen, in denen man mit Hingabe kleine Dinge regelt und der große Wurf nicht mehr sichtbar werden kann? Wir wollen regieren, ja. Aber wie wollen wir auf der Basis von 40 Plus regieren? Wenn wir aus den Miesen herauswollen, müssen wir mehr bieten als – ich zitiere – Streit im Wartesaal oder eine Leipziger Selbstbespiegelung.

Jens hat zu Recht gesagt: Streit ist Kraft. Friedrich hat gerade zum wiederholten Male zugesagt, Annegret zu unterstützen. Er wird sein Wort halten. Mögen sich beide ergänzen und einander stärken.

Um Richtungsentscheidungen geht es heute: erst der Inhalt, dann der Stil. Überlassen wir das Filetieren der Führung jener Partei Scholz und Co., die in einigen Regionen nur noch einseitig

ist. Damit haben wir nichts zu tun. Wir müssen mehr zuhören, zunächst in den eigenen Reihen. Wir in Hessen haben eine Klartextur: Der Generalsekretär besucht alle Kreisverbände. Ergebnis: viel Kritisches, kein einziges Mal wird an Stühlen gesägt, und wir haben eine giffreie Akzeptanz von unterschiedlichen Ansichten. So muss es sein. Auch wir wollen Einigkeit, aber nicht, indem wir uns Schweigen verordnen, sondern um der Sache Willen heftig streiten.

Wo sind die Unterschiede zu den seit Monaten gehypten Grünen und den anderen Parteien, die den Run auf die Mitte machen? Erstens. Europa. Das ist übrigens Kapitel 1 im Koalitionsvertrag. Ich halte es für absolut zu wenig, wenn wir nur am Alleingang von Emmanuel Macron herummäkeln. Ihm geht alles zu langsam in Europa. Das kann ich doch kapieren angesichts der vielen Bedenkenräger mit ihren schlichten Besinnungsaufsätzen. Ein starkes Europa ist extrem wichtig, oder wollen wir uns den Huawei und den staatlich verordneten Aufkäufern aus China unterwerfen? Ich habe die wegweisende Sorbonne-Rede an Schulen behandelt. Die Schüler waren sämtlich begeistert. Natürlich sind wir nicht mit jeder Forderung von Macron einverstanden, aber er ist im Gegensatz zu seinen Vorgängern klug genug, zu verstehen, wo wir „no go“ oder „oui, d'accord, nous sommes ensemble“ sagen.

Zweitens. Das C. Greenpeace hat das C ja abmontiert. Es täte ihnen ganz gut, wenn sie in Sachen C arbeiten würden. Ja, wir sind die Partei des christlichen Menschenbildes. Katholische Soziallehre, evangelische Sozialethik und Kolping – wir sind doch nicht aus der Zeit gefallen. Mitverantwortung für Schwächere und Solidarität sind unsere DNA. Dazu gehört auch die Bewahrung der Schöpfung – der Klimaschutz ist selbstverständlich integriert –, und dabei dürfen wir nicht den anderen hinterherhecheln, den Greta-Jüngern und auch nicht denjenigen, die medial gehätschelt werden. Dieser Hype dürfte dann sein Ende finden, wenn die ideologischen Sprüche entlarvt werden und wenn die Verbotsunkultur sichtbar wird. Wir Hessen haben gute Erfahrung mit Realo-Grünen, aber das ist in anderen Teilen leider nicht ausgeprägt.

Drittens. Das Konservative. Das hat nichts mit Nostalgie zu tun und auch nichts mit der simplen Verteidigung von Althergebrachtem. Wie sagte Uli Hoeneß: Der Tanker muss geradeaus fahren, nicht nach links schauen und schon gar nicht nach rechts. Also: Kein Paktieren mit dem Herrn Gauland und dem Herrn Höcke, das wäre geradezu lächerlich, aber auch keine Klimahysterie und kein Nachäffen von Trends.

Wir bekennen uns zur Heimat, zur Herkunft und Geschichte, zur Achtung der Werte und zur Beachtung von Regeln.

Viertens. Das Liberale. Carsten von der Mittelstandsunion hat schon darauf hingewiesen: nicht Neoliberalismus und Wachstum um jeden Preis. Es geht um aktive Förderung des Mittelstands, um Investitionen, Innovationen und ein runderneueres Steuersystem. Ich meine, Steuersenkungen dürfen kein Tabu sein.

Fünftens. Das Soziale. Christdemokraten waren übrigens erfolgreiche Sozialminister. Wir müssen wieder zu Kümmerern werden, die sich für die Menschen auf der Schattenseite des Lebens engagieren, für die Abgehängten in ländlichen Regionen und Wohnghettos, für die kleinen Leute.

Für das magische Dreieck: aus Ökonomie, Ökologie und Sozialem wünsche ich mir a) Think-tanks, in denen unsere Vereinigungen mitarbeiten können, b) eine neue Debattenkultur, wie wir sie erfreulicherweise auf dem Parteitag heute erleben, damit wir wieder eine Meinungsführerschaft erreichen können, c) qualifizierte Erklärungen – ich komme aus der Werbung, wir haben immer gesagt: „simple and stupid“, das heißt, in einer Sprache zu sprechen, die die Leute verstehen – und d) Teamwork statt Solo-Wursteleien. Wenn dann noch die Haustüraktionen, die hier in Sachsen so erfolgreich funktioniert haben, nicht nur in Wahlkampfzeiten stattfinden, wir uns zeigen, auch hinterfragen lassen, dann, glaube ich, sind wir auf einem guten Weg. Keine Besserwisserei, aber auch keine Verzweigung, das wäre völlig falsch. Ich habe den Eindruck, wir haben die Power, wieder in die Mitte hineinzurücken. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Thomas Mann. – Als Nächster hat der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und stellvertretender Bundesvorsitzender Armin Laschet das Wort.

(Beifall)

Armin Laschet: Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Oliver Wittke! Liebe Freunde! Wir haben heute viel über Leipzig gehört. Wir haben von den Menschen in der Nikolaikirche gehört, die damals den Mut gefasst haben, über den berühmten 9. Oktober, an dem sie sich auf die Straße getraut haben – das alles ist gewürdigt worden. Aber ich frage mich 30 Jahre danach: Wo ist eigentlich diese unbändige Hoffnung geblieben, wo ist dieses fast ungläubige Glück geblieben, wo ist diese Sehnsucht nach Freiheit geblieben in unseren heutigen Debatten? Ich erinnere mich, wie wir nach 1990 – ich kam damals neu in den Bundestag – über die Frage der Friedensdividende diskutiert haben. Was machen wir jetzt mit all den Milliarden, die wir nicht mehr brauchen, weil jetzt eine friedliche Welt vor uns liegt? Das ganze Geld, das für die Rüstung vorgesehen ist, können wir doch jetzt in neue Dinge stecken. Und in welcher Lage sind wir heute? Wir leben in einer instabileren Welt. Wir haben doch alle nach 1990 gedacht: Ja, das Grundgesetz ist jetzt Allgemeingut, ja, die Pressefreiheit ist jetzt selbstverständlich, logisch gibt es eine unabhängige Justiz, natürlich sind wir für ein geeintes Europa. Und plötzlich gibt es im Deutschen Bundestag eine Partei, die selbst solche Grundprinzipien wie die Unabhängigkeit der Justiz, die Pressefreiheit infrage stellt. In Mittel- und Osteuropa gibt es Staaten, die erneut über solche Fragen diskutieren.

Der Unilateralismus hält wieder Einzug in die Welt: Weg von gemeinsamen Lösungen, hin zu „Mein Land first“. Denen im Deutschen Bundestag, die von all diesen Prinzipien Abstand nehmen, die vor 30 Jahren erkämpft wurden, sagen wir: Wir lassen uns dieses Land nicht kaputtmachen. Wir sind kampfbereit. Wir kämpfen für Europa, wenn ihr zu nationalen Währungen zurückwollt, wenn ihr den Binnenmarkt zerstören wollt, wenn ihr die nationalen Grenzen wieder hochziehen wollt. Wir wollen dieses gemeinsame Projekt verwirklichen.

(Beifall)

Dazu brauchen wir Begeisterung, Ideen, wie das weitergeht. Es kann im Jahr 2020 noch schwieriger werden. Wir wissen alle nicht, ob und wann der Brexit kommt und wie er kommt; aber er hat Auswirkungen auf Hunderttausende Arbeitsplätze bei uns, wenn er ungeregelt kommt. In dieser Zeit, in der Handelskriege uns bedrohen, in der neue digitale Herausforderungen zu bewältigen sind, die auch das Menschenbild infrage stellen, brauchen wir eigene Antworten, die wir erarbeiten müssen.

Darüber hinaus sind wir gerade dabei, unsere komplette Energiewirtschaft umzustellen – eine riesige Operation am offenen Herzen einer Volkswirtschaft. Aus zwei Energien auszusteigen, aus der Kernenergie 2022 und aus der Kohle 2021, 2022, 2023, und trotzdem Energieland und Industrieland bleiben zu wollen, das ist eine Riesenherausforderung. Wer soll sie denn bewältigen? Doch keine Partei, die nur auf den Ausstieg setzt wie die Grünen, sondern eine, die Antworten gibt, wie der Wohlstand in unserem Land, im Industrieland erarbeitet werden soll.

(Beifall)

Wir sind diejenigen, finde ich, die das zusammenführen können: ja, die Klimaschutzziele einhalten, ja, ambitionöser werden, ja, schneller aus der Kohle aussteigen, als gedacht, und trotzdem Energie- und Industrieland bleiben.

Eine Bemerkung zur Automobilindustrie. Es gibt keinen Dieselskandal; das ist heute schon von Carsten Linnemann gesagt worden. Es gibt einige Manipulationen von Managern, die strafrechtlich geahndet werden müssen. Der Diesel ist eine der modernsten Technologien, die es gibt. Wir wollen ins Zeitalter der Elektromobilität; aber wir dürfen doch nicht unsere Schlüsselindustrie mit dieser Häme begleiten, wie das manche machen.

(Vereinzelt Beifall)

Wer vor der Internationalen Automobilausstellung in Frankfurt demonstriert, damit sich Menschen nicht einmal mehr Autos anschauen, ist nicht unser Partner. Wir wollen diese Industrie moderner machen, aber wir wollen sie nicht ruinieren.

(Beifall)

Kein Land der Welt würde so über seine Schlüsselindustrie sprechen, wie es in Deutschland inzwischen üblich geworden ist. Insofern können wir da Farbe bekennen. Wir können eine Idee entwickeln, wie der Weg in ein neues Zeitalter funktionieren kann.

Ich möchte noch etwas zur Ehrlichkeit von Leipziger Parteitagen sagen. Es gab drei richtungsweisende Leipziger Parteitage. Der aus dem Jahr 2003 ist heute oft erwähnt worden – das war ein Parteitag der Modernisierung Deutschlands.

1997 gab es einen kritischen Parteitag, auf dem wir über die Einführung der Währungsunion zum 1. Januar 1999 abgestimmt haben: eine hochumstrittene Frage in der CDU. Helmut Kohl, Wolfgang Schäuble und andere standen für die Einführung des Euros. Fast alle deutschen Ministerpräsidenten, Schröder, Lafontaine, auch einige von CDU und CSU, waren gegen die Einführung zu diesem Zeitpunkt. Hier in Leipzig haben wir dieses Bekenntnis zu Europa abgelegt und als CDU die Einführung des Euros durchgesetzt, die uns bis heute nutzt.

2011 gab es einen weiteren Parteitag in Leipzig mit einer fulminanten Rede von Karl-Josef Laumann; er braucht meistens kein Mikrofon, wenn er von hier spricht. Wir haben den Mindestlohn, die Lohnuntergrenze eingeführt. Also, die CDU hat hier in Leipzig das Wirtschaftsliberale beschlossen, die CDU hat hier das Christlich-Soziale beschlossen, und die CDU hat ihre europäische Orientierung auf einem wichtigen Parteitag in Leipzig ausgedrückt.

Ich glaube, in der heutigen Zeit brauchen wir wieder diese Elemente: den Zusammenhalt der Gesellschaft, Aufstiegsmöglichkeiten für jeden, unabhängig von der Herkunft der Eltern. Das ist eine unserer Wurzeln. Das ist christlich-sozial. Dafür steht das C. Das beinhaltet übrigens auch den Einsatz für Arbeitsplätze. Uns für das einzusetzen, was uns die IG Metall, die IG Bergbau und andere sagen: „Wir wollen auch Chemieindustrie im Land halten“, ist auch eine moralische Angelegenheit.

(Vereinzelt Beifall)

Nicht nur der Klimaschutz ist moralisch, auch diejenigen, die für Arbeitsplätze eintreten, handeln moralisch.

(Beifall)

Das europäische Bekenntnis ist Teil unserer DNA. Gerade in der heutigen Zeit müssen wir das einfach mit mehr Freude und Zuversicht ausstrahlen.

Bei uns in Nordrhein-Westfalen haben wir gerade Halbzeitbilanz. Viele haben gesagt: So viel kann man in der Landespolitik doch gar nicht bewegen. Was will man denn da schon machen? – Ich stelle fest: In der Zusammenarbeit mit der FDP, die ich mir auch als Partner in Berlin in der Zukunft wünsche, gibt es viel Grundübereinstimmung. Eine Übereinstimmung ist die Klarheit bei der inneren Sicherheit. Ihr glaubt gar nicht, was alles Herbert Reul in den letzten zwei Jahren bewegt hat!

(Beifall)

Null Toleranz gegenüber Kriminellen und eine offene Politik für Flüchtlinge! Kein anderes Bundesland nimmt so viele Flüchtlinge auf wie Nordrhein-Westfalen. Es gibt aber auch kein anderes Land, das so viele von denen, die kein Bleiberecht haben, in die Heimatländer zurückführt. Beides gehört zusammen: eine liberale offene Haltung für die, die Schutz brauchen, und eine klare Linie gegenüber denen, die kriminell geworden sind und die das Land wieder schnell verlassen müssen. Das sind die beiden Dinge, die die CDU schaffen kann. Hier ist das Klima in Nordrhein-Westfalen in den letzten zwei Jahren völlig verändert worden.

Dann hat man uns gesagt: Null Schulden, das geht doch nicht in Nordrhein-Westfalen. Walter-Borjans möchte jetzt SPD-Vorsitzender werden. Er ist ein Mann, der viermal Klagen vor dem Landesverfassungsgericht verloren und gesagt hat: Die schwarze Null ist doch irgendeine Erfindung von Wolfgang Schäuble. Das wollen wir nicht. Wir haben mit Lutz Lienenkämper vom ersten Tag an gesagt: Wir wollen beweisen, dass auch in einem vom Strukturwandel geprägten Land wie Nordrhein-Westfalen eine Politik ohne neue Schulden geht. Das werden wir eine ganze Wahlperiode durchhalten und zeigen, dass es auch anders geht, selbst in einem Land wie Nordrhein-Westfalen.

(Vereinzelt Beifall)

Der nächste Punkt ist genau das Thema, das wir heute besprochen haben: Entfesselungspakete und Bürokratieabbau. Bei uns sind die starken Unternehmen im ländlichen Raum angesiedelt, wie zum Beispiel Automobilzulieferer im Sauerland, im Münsterland oder in Ostwestfalen. Wir wollen, dass auch dort Menschen Arbeit haben, dass auch im ländlichen Raum noch Entwicklung möglich ist. Das ist CDU-Politik. Nicht in den Großstädten sitzen und abfällig über den ländlichen Raum reden und diesem alle Lasten zumuten, sondern Stadt und Land zusammenhalten, das ist CDU. Das unterscheidet uns von all unseren Mitbewerbern. Ich finde, wir können voller Zuversicht in die Auseinandersetzung mit den Grünen gehen. Das Ziel ist gleich: Klimaschutz, ja. Aber wir wollen das sozial verankern. Wir wollen Arbeit auch in Zukunft möglich machen. Wir wollen Wettbewerbsfähigkeit sichern. Das ist unser Markenkern. Für den sollten wir antreten. Man soll uns auch anmerken, dass es uns auch Spaß macht, zu regieren. Wir wollen nicht einen Partner haben, der jeden Tag denkt, wann er die Regierung verlässt.

Also: Etwas Lebensfreude und ein paar Ideen, wenn wir das ausstrahlen, dann werden wir auch in Zukunft Wahlen gewinnen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Armin Laschet. – Als Nächster bekommt Tilman Kuban das Wort.

Tilman Kuban: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Liebe Annegret! Es ist in den letzten Wochen viel geschrieben worden: Die Junge Union wolle die Parteivorsitzende stürzen. Die Junge

Union wolle irgendwelche Leute als Kanzler durchsetzen. Die Junge Union wolle mit ihrer Ablehnung der Grundrente eine Machtfrage herbeiführen. – Liebe Parteifreunde, wir haben nicht den Anspruch, politische Karrieren zu beenden. Wir haben den Anspruch, die CDU inhaltlich zurück in die Spur zu führen, weil wir eben nicht zufrieden sind mit den Ergebnissen, die wir bei den letzten Wahlen erzielt haben, weil wir mit einem Umfrageergebnis von Mitte 20 Prozent nicht zufrieden sind. Deswegen sage ich klar und deutlich: Lasst uns gemeinsam aufwachen! Wir brauchen ein klares Profil! Wir brauchen eine starke Führung, und wir brauchen eine bessere Einbindung unserer Mitglieder in die Partei, liebe Freundinnen und Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Die CDU ist nicht die Partei der Eintagsfliegen. Die CDU ist auch nicht die Partei, die sich von anderen die Themen diktieren lässt. Die CDU ist auch nicht die Partei, die sich von Ökoaktivisten aufs Dach steigen lässt und das C wegnehmen lässt. Wir sind die Partei, die in der Geschichte Deutschlands immer geliefert hat. Wir sind vorne gewesen bei der Westbindung, Sozialer Marktwirtschaft, Deutscher Einheit oder der Europäischen Union. Wir sind die Partei von Konrad Adenauer, von Ludwig Erhardt, von Helmut Kohl und Angela Merkel. Wir sind die letzte große Volkspartei und der Taktgeber in diesem Land. Wir sind die Anpacker und Macher vor Ort, weil wir uns alle tagtäglich für unsere Heimat einsetzen. Das tut keine andere Partei in diesem Land. Darauf können wir ein bisschen stolz sein, liebe Freundinnen und Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Genau diesen Stolz müssen wir wieder einmal deutlicher nach draußen tragen und sagen: Wir sind stolz auf diese Partei und darauf, was wir erreicht haben und wohin wir gehen wollen. Aber wir müssen uns auch die Frage stellen, warum einige Parteimitglieder in den Veranstaltungen zu uns kommen und sagen, dass ihnen genau dieser Stolz etwas abhandengekommen ist. Dabei sind die letzten Wochen durchaus sinnbildlich; denn eine Partei von Adenauer, Kohl und Erhardt darf es nicht zulassen, dass wir überhaupt darüber diskutieren, ob wir mit Linken koalieren wollen. Eine Partei, die bis vor Kurzem zwei ehemalige Stasispitzel in ihren Fraktionsreihen hatte, die mit dem venezolanischen Diktator sympathisiert und die bis heute auf der SED-Kohle sitzt, kann niemals unser Partner sein, liebe Freundinnen und Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Weil wir eben nicht die Hunderten von Mauertoten und Maueropfern vergessen haben, die auf dem Weg in die Freiheit kaltblütig ermordet wurden. Es geht an dieser Stelle um die ganz grundsätzliche Frage nach der Glaubwürdigkeit.

Genauso klar sage ich: Auch die sogenannte Alternative kann nicht unser Partner werden. Wer Leute in seinen Reihen hat, die die Verbrechen der Wehrmacht relativieren, die keine klare Distanz zur Anti-Israel-Bewegung haben, oder Bundestagsfunktionäre in seinen Reihen hat, die

vom Judaslohn sprechen, dem kann man nur sagen: Solche Leute gehören nicht in Koalitionsausschüsse. Diese Leute gehören entlarvt und abgewählt. Das ist unser Auftrag, liebe Freundinnen und Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Neben Anstand und Haltung geht es darum, ob wir in den letzten Jahren als CDU unserer großen Verantwortung für dieses Land gerecht geworden sind. Ob bei Themen wie Rente mit 63, Managervergütungen, Mindestlohn, Grundrente oder Frauenquoten in Aufsichtsräten, überall hat uns die SPD Themen aufgedrückt und unsere eigenen Überzeugungen zur Seite geschoben. Wir haben immer gedacht: Lasst uns einmal den Kompromiss schon mitdenken. Lasst ihn uns in unser Wahlprogramm schreiben. Dann haben wir uns gewundert, dass die Sozialdemokraten noch mehr gefordert haben und draußen keiner mehr wusste, wofür wir eigentlich gestanden haben. Deswegen sage ich: Liebe Freunde, Politik kann nicht nur aus Schadensbegrenzung von sozialdemokratischen Irrwegen bestehen. Politik muss aus eigenen Überzeugungen, aus Mut und Zuversicht bestehen. Das ist die Aufgabe. Das erwarte ich von meiner CDU.

(Vereinzelt Beifall)

Egal bei welchen Themen in den letzten Wochen und Monaten, ich habe immer wieder gehört: Das schadet der Koalition; das bringt die Regierung zu Fall; das kannst du nicht machen. – Genau darum geht es aber am Ende nicht. Das ist doch nicht das, was die Menschen draußen von uns erwarten. Es geht nicht nur um Macht, sondern darum, mit welchen Überzeugungen, mit welchen Wertvorstellungen, mit welchen eigenen Leitplanken wir Deutschland und Europa gestalten wollen. Ich bin nicht in die CDU eingetreten, um mich am Nasenring durch die Manege führen zu lassen und irgendwelche Koalitionen zu erhalten. Das haben wir als CDU überhaupt nicht nötig, liebe Freundinnen und Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Wir wollen als Junge Union, dass wir unseren Markenkern nicht über Bord werfen, dass wir nicht beliebig werden, weil wir als Junge Union auch in den nächsten zehn, 15 Jahren noch etwas vom Wohlstandskuchen abhaben wollen. Auch mir würde es manchmal guttun, wenn es weniger Kuchen gäbe. Aber ich will, dass mehr für Deutschland da ist. Wir wollen nicht, dass unserer Generation nichts anderes übrigbleibt, als den Scherbenhaufen zusammenzukehren. Wir wollen nicht, dass die CDU entkernt und ohne Profil dasteht, weil sie alles für die Macht geopfert hat.

Deswegen sind wir als Junge Union auch manchmal laut, für einige vielleicht ein bisschen zu laut. Aber das gehört zur Jobbeschreibung dazu.

Ihr könnt euch auf eines verlassen, nämlich darauf, dass wir in Wahlkampfzeiten immer alles für die CDU in die Waagschale werfen, dass wir von Tür zu Tür laufen, dass wir bei Wind und Wetter

auf der Straße stehen und dass wir bereit sind, neue digitalpolitische Formate zu organisieren. Deswegen sage ich auch ganz klar und deutlich: Wir lassen uns die Schuld an Misserfolgen bei Wahlen nicht in die Schuhe schieben. Wir lassen uns nicht nachsagen, dass wir unsere eigene Generation nicht mehr erreichen. Wer so mit seinem Nachwuchs umgeht, der muss sich nicht wundern, wenn weniger junge Leute ihn wählen. Das ist auch ein klarer Appell. Mancher in der Berliner Parteizentrale mag das anders sehen; aber ich habe noch nie jemanden vor Ort in der CDU gehört, der sich beschwert hätte, wenn wieder 15 JÜler vor der Kreisgeschäftsstelle standen, um die nächsten Plakate aufzuhängen. Dafür vielen herzlichen Dank!

(Beifall)

Neben einer schlagkräftigen Truppe braucht es eine schlagkräftige Agenda. Ich will, dass Deutschland wieder das Zukunftslabor, dass diese CDU wieder das Zukunftslabor für unser Land ist. Ich will, dass wir wieder über Aufstieg, über Perspektiven reden und von Chancen träumen. Ich will, dass wir Leute wie Steve Jobs, Elon Musk oder Bill Gates, die an Innovationskraft, an technologischen Fortschritt glauben, zu unseren Vorbildern werden lassen. Ich will, dass wir uns mehr an diesen Leuten orientieren als an einem Olaf Scholz, der in den letzten Jahren nur ein einziges Mal kreativ geworden ist, und das, als es darum ging, unsere Schützenvereine und Landfrauenvereine zu zerstören. Das sind nicht die Leute, an denen wir uns orientieren, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Ich will, dass wir den deutschen Staat fit für die Zukunft machen, dass wir ihn effizient machen. Wenn in den nächsten zehn Jahren 30 Prozent der Verwaltungsmitarbeiter in den Ruhestand gehen, dann lasst uns jetzt eine große Digitalisierungsoffensive starten. Lasst uns jetzt neue Strukturen schaffen. Lasst uns darüber reden, wie wir in Zukunft die Bundesländer organisieren. Braucht es eigentlich noch 16 Bundesländer? Braucht es eigentlich den ganzen lähmenden Dauerwahlkampf, oder hat es nicht mehr Sinn, zwei Termine in einer Periode zu haben, an denen wir in Deutschland wählen? Lasst uns darüber sprechen, wie wir den Instanzenweg verkürzen und dafür sorgen können, dass unsere Bauvorhaben schneller realisiert werden.

Ich will, dass wir in einem Land leben, wo Recht und Ordnung herrschen. Lasst uns den Drogendealern und Clans den Kampf ansagen, so – es ist heute schon vielfach zitiert worden –, wie es Armin Laschet mit seiner schwarz-gelben Landesregierung von Nordrhein-Westfalen tut, wo man gegen Kriminelle stark vorgeht. Wir dürfen es nicht zulassen, dass abgeschobene Clanchefs in dieses Land wieder einreisen. Wir dürfen es auch nicht zulassen, dass im Görlitzer Park Fußballturniere mit nordafrikanischen Drogendealern veranstaltet werden. Ich sage es ganz deutlich: Mit solchen Leuten macht man keine Nachbarschaftsfeste. Die schickt man nach Hause oder in den Knast, aber nichts anderes.

(Beifall)

Ich will, dass wir die Themen Bildung und Forschung wieder stärker in den Fokus rücken. Heute finden 90 Prozent der Bildungsinvestitionen in jeden Menschen in den ersten 25 Lebensjahren statt. Aber das Innovationstempo ist viel, viel schneller geworden. Lasst uns deshalb eine große Offensive für Ausbildung, Weiterbildung und New Work starten. Lasst uns den Menschen Mut machen, dass sie neue Jobs erleben werden, dass sie keine Angst um ihren Arbeitsplatz haben müssen, dass Digitalisierung kein Jobkiller ist.

Ich wünsche mir, dass wir denjenigen, die morgens aufstehen und zur Arbeit gehen, Mut machen, dass wir ihre Sorgen ernst nehmen. Denn das sind nicht immer die Lautesten in diesem Land; aber es sind diejenigen, die dieses Land am Laufen halten, liebe Freundinnen und Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will, dass in diesem Land die Kinder der Landwirte wieder mit Stolz sagen können: „Ja, ich will den Hof meiner Eltern übernehmen“, weil wir sie von unsinnigen Hürden befreit haben, weil wir Experten entscheiden lassen, was beim Schutz des Grundwassers richtig ist, und eben nicht irgendetwelche Ökolobbyisten.

(Vereinzelt Beifall)

Ich sage euch auch klar und deutlich: Solange diese Grünen für Tofuwurst und Avocadobrötchen den Regenwald abholzen, so lange haben die unseren Bauern in diesem Land gar nichts zu sagen.

(Lebhafter Beifall)

Ich will, dass wir heute nicht ein CDU-Einschlaflied singen, sondern dass wir mit einer klaren Sprache, einer klaren Botschaft und authentischen Köpfen nach draußen gehen. Ich will, dass wir den Beginn einer neuen Ära starten, weil Politik am Ende auch von Köpfen gemacht wird. Deswegen braucht die CDU genau dafür eine neue Playlist; die muss heute gestartet werden.

Liebe Annegret, ich hätte es nicht angesprochen; aber du hast es selbst gesagt: Du hast auch Fehler gemacht. Sicherlich hätte es uns die eine oder andere Debatte erspart, wenn sie unterblieben wären. Eines ist auch klar: Jeder macht Fehler. Auch ich habe Fehler gemacht als Bundesvorsitzender der Jungen Union. Man muss sich erst daran gewöhnen, dass in Berlin jedes Wort auf die Goldwaage gelegt wird. Dabei sind Fehler das eine oder andere Mal vielleicht auch menschlich.

Aber dann lasst uns heute den Neustart wagen. Lasst uns den Mut haben zu sagen: Ja, die Junge Union hat recht, wenn sie bei der Grundrente auf die Einhaltung aller Kriterien des Kompromisses pocht, weil wir uns eben nicht von den Sozialdemokraten über den Tisch ziehen lassen. Das Ganze ist keine Revolte, das Ganze ist kein Trick; es ist einfach nur das Bestehen auf dem ausgehandelten Kompromiss.

(Beifall)

Lasst uns den Mut haben zu sagen: Ja, wir wollen eine moderne Partei sein, in der die Leute mitbestimmen dürfen, mit wem wir in den nächsten Wahlkampf ziehen. Ich weiß, dass dieses Mitmachen nicht immer bequem ist; aber es ist in Zeiten von Instagram-Votings und Facebook-Abstimmungen unabdingbar. Es ist auch so, dass unsere Mitglieder deutlich selbstbewusster geworden sind und mehr mitentscheiden wollen.

Lasst uns den Mut haben zu sagen: Ja, wir wollen einen digitalpolitischen Neustart mit einer Urheberrechtsreform ohne Uploadfilter. Dafür hat die Junge Union immer gestanden. Dafür braucht es ein neues Aufbruchssignal. Genau diese Zukunftsagenda wollen wir schaffen, damit wir die Zukunft Deutschlands und Europas gestalten können. Wir wollen, dass wir als CDU die modernste Partei Europas sind.

Das möchte ich am Ende mit Stolz sagen können: Ja, es war die richtige Entscheidung, in diese CDU eingetreten zu sein; denn hier wird deutsche und europäische Geschichte geschrieben.

Deshalb bitte ich Sie: Stimmen Sie heute auch einmal gegen die Antragskommission und für die Anträge der Jungen Union. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Tilmann Kuban. – Liebe Freunde, wir haben noch 17 Redner auf der Agenda. Wir möchten Ihnen den Vorschlag machen, dass wir jetzt eine Redezeitbegrenzung einführen.

(Beifall)

Wenn alle weiteren Reden so lang sind wie die vorangegangenen, sitzen wir morgen früh noch hier. Wir schlagen Ihnen vor, dass die künftigen Redner nach drei Minuten den Hinweis bekommen, dass sie zum Ende kommen sollen.

(Vereinzelt Beifall)

Gibt es dagegen Widerspruch?

(Zurufe: Nein!)

Ich höre gerade, dass unsere Juristen sagen, wir dürften nur eine Redezeitbegrenzung auf fünf Minuten einführen, es sei denn, es kommt jemand aus dem Publikum und fordert drei Minuten. Wir schlagen fünf Minuten vor.

(Zurufe: Drei!)

Drei? War das genug Publikum, Herr Bundesgeschäftsführer? – Also, wer für die Redezeitbegrenzung auf drei Minuten ist, den bitte ich um das Stimmkartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist bei wenigen Gegenstimmen und noch weniger Enthaltungen so beschlossen.

Der nächste Redner ist Bernd Althusmann, der CDU-Vorsitzende aus Niedersachsen und dortige Wirtschaftsminister. Danach spricht Markus Reichel, der sich schon bereithalten kann.

Bernd Althusmann: Tja, da hat man wohl Pech gehabt mit den drei Minuten. Aber gut.

(Heiterkeit)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Zunächst einmal auch von mir der Dank an Annegret Kramp-Karrenbauer für einen ehrlichen, zugegebenermaßen sehr umfangreichen Bericht. Nach der Europawahl und den Wahlen in Ostdeutschland diese Partei zusammenzuhalten und programmatisch zu erneuern – das war keine leichte Aufgabe. Ich finde, Annegret Kramp-Karrenbauer hat das richtig gut gemacht.

(Beifall)

Hier wurde viel zu 30 Jahren Mauerfall gesagt. Ich komme aus einem Landkreis, dem Landkreis Lüneburg, an dem die Elbe früher vorbeifloss; heute fließt die Elbe mitten hindurch. Wenn wir an der Deutschen Einheit, und das sage ich aus einer tiefen inneren Überzeugung, womöglich einen Fehler gemacht haben, dann war es der, dass wir zu viel über Geldtransfers gesprochen haben, dass wir zu viel darüber gesprochen haben, dass dort die Menschen – mit dem Blick auf die Einkommensunterschiede – nicht so leistungsfähig gewesen seien. Ich finde, wir müssen in Deutschland bei der Bewertung der 30 Jahre seit dem Mauerfall endlich sehr deutlich sagen, dass die Leistung unserer ostdeutschen Mitbürger, den Systemwechsel 1989/90 tatsächlich hinbekommen zu haben, eine großartige war. Das war eine super Leistung, die die Menschen in Ostdeutschland vollbracht haben.

(Beifall)

Ich möchte die neu ausgebrochene Harmonie wirklich nicht stören. Aber eines treibt mich um: Die Deutschen sind glücklicher denn je zuvor.

Sie sind zufriedener. Und wir sind sogar so satt, dass wir uns den Luxus erlauben, dass Sahra Wagenknecht die beliebteste Politikerin in Deutschland ist. Das lässt mich zu einem Punkt kommen, den ich wirklich unterstreichen möchte: Wann werden wir als Christdemokraten klar aufstehen gegen diejenigen, die unser Land spalten wollen? Wann werden wir den Kampf um diese Demokratie, diese freiheitliche Demokratie aufnehmen, also bereit und willens sein, uns endlich aus der Schaukelstuhldemokratie herauszubewegen, um den Kampf um die Inhalte mit AfD und Linken aufzunehmen?

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde! Viele Wähler glauben nicht an die Stabilität des Systems. Bei sechs von acht Wahlen haben wir schmerzliche Stimmenverluste hinnehmen müssen. Unser Ziel können nicht 29 Prozent sein. Unser Ziel ist aber auch nicht, wie das Kaninchen vor der Schlange darauf zu

warten, was die SPD will. Am Ende kommt es darauf an, dass wir erklären, wohin wir wollen, welche Punkte wir in den nächsten Jahren setzen wollen, und damit deutlich machen, wer in dieser Großen Koalition klar den Ton angibt. Diese Erwartung habe ich.

Und ein Letztes: Nach 14 Regierungsjahren fällt es mir hin und wieder schwer, den Ausbau der Infrastruktur in Deutschland zu rechtfertigen, zu erklären, warum wir für den Ausbau von Straßen, Schienen und Wasserwegen zum Teil 20, 30, 40, 50 Jahre benötigen. In meinem Geburtsjahr – 1966 – wurde die Westumfahrung Hamburgs zum ersten Mal debattiert, und ich stehe heute in Niedersachsen da und muss den Menschen erklären, dass ich mich im nächsten Planungsabschnitt befinde.

Wir sind in Deutschland zu langsam. Das liegt nicht nur am Planungsrecht. Ich habe die große Bitte an die Bundesregierung: Verkürzt die Instanzenwege! Nutzt alle Möglichkeiten, damit nicht ständig jedes Verfahren verlängert werden kann. Wir müssen dringend einen Entfesselungspakt gründen.

(Beifall)

Wir brauchen weniger Bürokratie in Deutschland. Wir brauchen ein Entfesselungsgesetz – und das darf nicht durch die vielen Abteilungsleiter in den Bundes- und Landesministerien – auch in meinem eigenen – immer wieder verhindert werden.

Ich war vor kurzem mit einer Wirtschaftsdelegation in Ostafrika, unter anderem in Kenia. Ich hatte durchgehend 4G-Standard. Liebe Freunde, für ein Industrieland wie Deutschland ist es keinesfalls akzeptabel, wie der Mobilfunkausbau, der Glasfaserausbau in den vergangenen zwölf Jahren vorangebracht wurde. Das ist eine Aufgabe, der wir uns mit Vehemenz widmen müssen. Es kann nicht sein, dass wir zwölf Jahre später zum ersten Mal überlegen, dass jetzt auch der Bund in den Mobilfunkausbau einsteigen muss.

Meine Damen und Herren, zum Schluss eine Empfehlung an die Geschlossenheit und Gemeinsamkeit in dieser Partei: Der Erfolg des besten Parteifreundes ist nicht eigener Misserfolg, und die eigene politische Arbeit kann nicht lauten: Ich schaue nur auf die Schlagzeile des nächsten Tages und darauf: Wie stehe ich da? – Am Ende wird diese Partei von allen getragen, und am Ende wird diese Bundesregierung von allen getragen. Nur gemeinsam sind wir stark und sollten diesen Kampf jetzt auch aufnehmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Besten Dank, Herr Althusmann; die Zeit wurde fast eingehalten. Da wir die Redezeitbeschränkung eben erst eingeführt haben, war das jetzt der Eingewöhnungsprozess. Beim Nächsten darf ich noch einmal darum bitten, besonders auf die Uhr zu achten.

Als Nächster spricht Markus Reichel. Ihm folgt Prof. Reinhart aus Baden-Württemberg.

Markus Reichel: Meine Damen und Herren, ich verspreche Ihnen nicht nur, dass ich es kurz machen werde. Ich verspreche Ihnen auch, dass in meinem kurzen Redebeitrag das Wort der Basis auftaucht, denn wir dürfen bei allem, worüber wir hier reden, nicht vergessen: Wir brauchen die Basis. Die müssen wir mitnehmen, denn ohne sie wird es nicht gehen.

Ich bin der Landesvorsitzende der Mittelstandsvereinigung Sachsen. Ich bin seit zwei Wochen Kreisvorsitzender der CDU in Dresden. Es ist klar – alle Redner haben hier darüber gesprochen -: Wir haben ein enormes Potenzial nach oben. Mir ist wichtig, dass wir uns darüber klar sind: Politik ist Mannschaftssport. Wir können das nicht an einer Stelle festmachen, wenn es bislang noch nicht so läuft. Das betrifft den Einzelnen, das betrifft die Kreisebene, das betrifft die Landesebene, den Landesverband und natürlich immer auch die Bundesebene.

Bei uns in Sachsen – ich freue mich sehr, dass wir heute hier in Sachsen sind – hat Michael Kretschmer mit dem Motto „Zuhören, Verstehen, Anpacken“ das Herz der Menschen wirklich erreicht und somit einen, wie ich denke, tollen Wahlsieg eingefahren. Auf Kreisebene haben wir noch sehr, sehr viele Hausaufgaben zu erledigen, um der Basis, um den Wählern zu zeigen, wohin wir in Demut kommen wollen. Da sind wir bei der Basis und damit auch bei der Frage der Bundesebene, denn ohne den Rückhalt der Bundesebene wird das nicht gehen.

Und ich sage Ihnen ehrlich: Viele meiner Mitglieder sind zornig darüber, dass dieser Rückhalt zwar vielleicht da ist, aber bei den Leuten nicht ankommt. Ich denke, die Bundesvorsitzende hat – in der Zuhörtour – zugehört. Ich denke, wir haben hier sehr gute Beschlüsse. Wir haben eine sehr gute Rede gehört, die das gezeigt hat. Es wurde verstanden, aber jetzt müssen auch klare Antworten kommen, jetzt muss tatsächlich angepackt werden.

Ich will auch sagen: Wir haben hier nicht mehr viel Zeit. Die Zeit spielt, wie ich denke, gegen uns. Nur drei Themen von vielen, die bei den Gesprächen, die ich in jedem Ortsverband führe, immer wieder hochkommen: Können wir denn auf den Punkt bringen, für welche Werte die CDU im Jahr 2019 tatsächlich noch steht? Da genügt nicht ein kleiner Eintrag auf unserer CDU-Website.

Zweiter Punkt: Können wir zeigen, dass wir wirklich Politik für die machen, die jeden Tag Leistungen in Familie, Unternehmen und Ehrenamt bringen, oder bringen wir am Sonntag eine Rede gegen die Bürokratie, setzen aber am Montag noch eins drauf? Mein lieber Freund, der Bäckermeister Roland Ermer, könnte ein Superbeispiel dafür anbringen.

Der letzte Punkt: Wie gewinnen wir wieder Anschluss an die jüngere Hälfte unserer Wähler? Es ist mir ein absolutes Rätsel, wie wir als Partei der Nachhaltigkeit gerade beim Umweltthema so sehr in die Defensive geraten sind. Das müssen wir ändern, denn ansonsten ist unsere Partei tatsächlich ein Fall fürs Altersheim.

Auf all diese Fragen erwarten unsere Mitglieder Antworten von uns. Ich erwarte von diesem Parteitag tatsächlich eine klare Maßgabe, wie wir das anpacken werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Besten Dank; das war eine Punktlandung. – Ich darf noch eine Ankündigung bringen, und zwar trifft sich die Antragskommission um 16:00 Uhr.

Als Nächster spricht Prof. Reinhart. Bereithalten kann sich Dr. Wadephul aus Schleswig-Holstein.

Prof. Wolfgang Reinhart: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich freue mich über die kämpferische Rede, denn der Weckruf und auch das Aufrütteln sind angekommen. Wir alle wollen den Erfolg unserer Christlich Demokratischen Union, und deshalb ist es wichtig, dass wir diesen Diskurs führen. Hier geht es nicht um Personalfragen, sondern um sachliche Debatten.

Die CDU war in 70 Jahren immer die große Gestaltungs-, Orientierungs- und Verantwortungspartei. Aber spielen wir diese Rolle heute noch? Trauen uns die Menschen diese Rolle noch zu? Müssen wir uns nicht dringend fragen, warum wir bei zehn Wahlen seit 2015 jeweils das historisch niedrigste Ergebnis erreicht haben? Muss es uns nicht aufrütteln, wenn Allensbach diese Woche festgestellt hat: Das Zutrauen in die Regierungsleistung ist auf 26 Prozent abgesackt? – Bei unseren Umfragen – einschließlich der CSU, die ja bei 37 Prozent liegt – liegen wir auch nur bei 26 Prozent. Warum haben wir es nicht geschafft, diesen Vertrauenseinbruch seit 2015/16 wettzumachen? Darum muss es gehen.

Für viele sind wir offenkundig zu unbestimmt geworden oder zu weit weg von Fragen der Zeit, und deshalb müssen wir uns neu justieren. Jeder Unternehmer, jeder Mittelständler, der am Markt Anteile verliert, fragt sich: Muss ich meine Strategie überprüfen? Wie muss ich mich neu ausrichten? Und genau dafür müssen von diesem Parteitag neue Impulse in Richtung Aufbruch ausgehen. Wir müssen unsere Stärken stärken.

Zu Recht wurde der Mittelstand angesprochen.

Er ist der Joker im Standortpoker, auch bei uns in Baden-Württemberg. Wir müssen unsere Wirtschaftskompetenz stärken, wir müssen sie besser in Szene setzen. Ähnliches gilt bei der Sicherheit: Wir müssen nicht nur Recht setzen, sondern es auch durchsetzen. Das ist die Herausforderung dieser Tage.

Ich möchte, dass unsere CDU wieder der Ort wird, an dem die interessanten Debatten über die relevanten Positionen geführt werden, wesentliche Entscheidungen gefällt werden. Ich möchte, dass wir mit neuen Themen, mit neuer Energie einen Neustart, einen neuen Aufbruch schaf-

fen. Wir müssen vom Rückwärtsgang in den Vorwärtsgang kommen, und wir brauchen in der CDU deshalb wieder mehr Mut, auch zur Debatte, auch Mut zur Klarheit. Nur wer Mut hat, macht Mut.

Damit komme ich zum entscheidenden Punkt; das haben einige Vorredner angedeutet: Nicht Beliebigkeit, sondern Profil und vor allen Dingen Unterscheidbarkeit muss das Ziel sein, liebe Freundinnen und Freunde. Unterscheidbarkeit ist das Wichtigste; denn wir müssen auch von den anderen unterscheidbar sein. Wie sollen die Wähler sonst bei uns Orientierung und Haltung finden? Wenn wir Volkspartei der Mitte sein wollen, dann brauchen wir starke, kräftige Flügel, und zwar solche Flügel, die uns wieder stark nach oben tragen, wie beim Jumbo: Die Mitte ist wichtig, aber auch zwei weite, kräftige Flügel.

Wir müssen es sein, die Bewegung anstoßen, die den Trend setzen. Wir müssen es sein, die den Diskurs prägen und die großen Ziele für dieses Land wieder formulieren. Wir müssen es sein, die den Menschen eine Idee davon vermitteln, wie der Wandel gelingen kann und wo dabei die Chancen für uns alle liegen. Das ist der Job der CDU. Es ist vor allen Dingen der Weg, damit wir auch wieder geistige Kompetenz und Führung haben. Das erwarten die Menschen von uns, auch unsere Mitglieder, und deshalb müssen wir diesen Job machen. Die CDU muss wieder die Zukunftspartei sein, nämlich innovativ, optimistisch und auch hoffnungsvoll.

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Ich gebe einen kleinen Hinweis auf die Zeit.

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart: Vielen Dank; ich komme zum Schluss. – Hoffnungsvoll und optimistisch muss die CDU sein. Es geht um ein Narrativ. Sebastian Kurz und selbst Obama haben mit Change and Hope gewonnen. Wir brauchen ein Narrativ der Zuversicht, der Hoffnung und damit auch des Optimismus. So müssen wir das Bild von Deutschland 2030 zeichnen.

Das ist mein Appell, und dafür sollten wir streiten, dafür müssen wir streiten, dafür müssen wir arbeiten – für eine neue, spannende, starke CDU. Wer, wenn nicht wir, beginnt diesen Prozess, wo, wenn nicht hier, und wann, wenn nicht jetzt? Darum muss es gehen, damit wir mit unserer Partei wieder auf die Erfolgsspur zurückkommen, auch für unsere Stammkundschaft und nicht nur für die Laufkundschaft.

(Teilweise Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Besten Dank. – Ich darf schon einmal die nächsten drei Redner ankündigen. Als Nächster spricht Dr. Wadephul aus Schleswig-Holstein, danach Nadine Schön aus dem Saarland und danach Yvonne Magwas aus Sachsen.

Ich möchte doch noch einmal um etwas bitten. Es ist immer ein bisschen schwierig, einen Redner zu unterbrechen; das machen wir auch nicht gern. Aber kollegial gegenüber den anderen, die sich daranhalten, ist es eben, sich selbst auch an eine Zeit zu halten. – Herr Dr. Wadephul.

Dr. Johann Wadepuhl: Frau Tagungspräsidentin! Liebe Freundinnen und Freunde! Ich glaube, wir sind in der Analyse gar nicht weit auseinander. Wir wissen, dass wir eine schwierige Personalkonstellation haben, indem eben Parteivorsitz und Kanzleramt zurzeit auseinanderfallen; das kannten wir nicht. Wir wissen alle: Es sind auch in der Kampagne einige Fehler geschehen. Wir alle sind mit den Umfrageergebnissen und auch mit den Wahlergebnissen wie zuletzt in Thüringen nicht zufrieden. Aber ich finde, wir machen es uns manchmal auch schwerer, als es tatsächlich ist.

Ich glaube, diese Partei wünscht sich Einigkeit. Das heißt nicht Kadavergehorsam. Aber sie wünscht sich, sie möchte Friedrich Merz mit im Team haben; aber sie möchte, dass gut über die Kanzlerin und über unsere Regierung geredet wird. Es tut doch nicht not, uns selber schlecht-zureden. Lasst uns doch miteinander die Stärken betonen. – Das ist das, was ich immer wieder in meinem Kreisverband höre.

(Teilweise Beifall)

Ich glaube, wir sollten auch mehr zu dem Mut stehen, den Annegret Kramp-Karrenbauer gezeigt hat, das Verteidigungsministerium zu übernehmen. Als Verteidigungspolitiker erlebe ich in der Bundeswehr, erlebe ich bei Soldatinnen und Soldaten, dass diese Verteidigungsministerin die Soldaten erreicht, dass die Durchführung zu öffentlichen Gelöbnissen ein Zeichen ist, dass dieses Land hinter unseren Soldaten steht. Es ist auch eine Kernaufgabe der CDU, dies klarzumachen: Wir sind die Partei der Bundeswehr. Deswegen war es richtig, dass Annegret das Verteidigungsministerium übernommen hat. Lasst uns doch gemeinsam dahinterstehen, liebe Freundinnen und Freunde,

(Teilweise Beifall)

und lasst sie uns in einer Situation verteidigen, da sie einen schwierigen sicherheitspolitischen Vorschlag unterbreitet hat, nämlich in Nordsyrien eine Schutzzone zu errichten. Wollen wir, dass dies Türken und Russen gemeinsam machen, dass iranische Schergen dort das Regime führen und dass es den Menschen nach wie vor schlechtgeht? – Nein, das wollen wir nicht.

Wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen, und das war ein mutiger Schritt. Hingegen hat der SPD-Außenminister nichts Besseres zu tun, als neben dem türkischen Außenminister in Ankara deutsche Interessen zu verraten. Kein Mut bei der SPD! Es war ein Tiefpunkt deutscher Außenpolitik, was Herr Maas dort abgeliefert hat, und da sollten wir hinter Annegret Kramp-Karrenbauer stehen, wenn sie bereit ist, Deutschlands Rolle für die Zukunft zu unterstreichen.

(Beifall)

Sie hat in ihrer Rede deutlich gemacht – das möchte ich abschließend sagen –, dass es bei diesem Präsidenten aus Amerika nicht immer ganz einfach ist, ein Freund Amerikas zu bleiben.

Aber wir als CDU sollten immer wissen: Es waren auch die Amerikaner, die uns vom Naziregime befreit haben. Es waren die Amerikaner, die ihre damaligen Gegner mit einem Marshall-Plan wiederaufgebaut haben. Es waren die Amerikaner, die die Wiedervereinigung ermöglicht und manche Zweifel in Europa beseitigt haben, und es sind heute die Amerikaner, die mehr Truppen hier haben als zu irgendeinem Zeitpunkt seit dem Fall des Eisernen Vorhangs. Amerika, das sind unsere natürlichen Verbündeten, das sind Wertepartner. Lasst uns als CDU Freunde dieser Vereinigten Staaten von Amerika bleiben. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Joe Wadehul, auch für das Einhalten der Zeit. – Als Nächste bekommt Nadine Schön das Wort, danach Yvonne Magwas.

Nadine Schön: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Was ist eure Vision für 2030? Wie werden wir 2030 leben? Welchen Platz hat Deutschland in Europa und in der Welt? – Das sind Themen, die Menschen meiner Generation, junge Menschen, die im Berufsleben Fuß gefasst haben, die Familien gründen, die in Deutschland oder auch im benachbarten Ausland leben und einen Blick auf unser Land werfen, umtreiben, Menschen, die von der Union Antworten darauf erwarten.

Ich bin stolz, dass dieser Parteitag dazu beiträgt, dass wir diese Vision von 2030 tatsächlich bilden und formen. Wir haben das eben in der Rede unserer Parteivorsitzenden gehört, und wir werden das gleich in den Foren und auch bei den Antragsberatungen diskutieren, ganz konkrete, visionäre Vorschläge für unser Leben in zehn Jahren: Deutschland 2030, agil und wach, innovativ und offen, das ist auch mein Bild von einem Deutschland in zehn Jahren. Drei Punkte will ich dabei besonders herausgreifen.

Zum einen müssen wir die Art ändern, wie wir Zukunftsthemen diskutieren. Ich bin dankbar, dass Annegret Kramp-Karrenbauer angekündigt hat, dass wir mehr über die Legislaturperiode hinausdenken müssen. Wir werden morgen in der Digitalcharta beschließen, dass wir neben einem Wahlprogramm künftig auch eine Zukunftsagenda aufstellen, eine Zukunftsagenda, die ressortübergreifend ist, die unsere Vision beschreibt und die dann auch immer wieder angepasst werden kann.

Zweitens brauchen wir ein neues bildungspolitisches Leitbild. Es kann ja nicht sein, dass meine Söhne, wenn sie bald in die Schule gehen, das Gleiche lernen, was ich noch gelernt habe. Digitale Grundkompetenzen in einer vernetzten Welt, vernetztes Denken und Arbeiten, Kreativität und auch die Fähigkeit, Verantwortung zu übernehmen – das ist es, was junge Menschen heute lernen müssen, und deshalb brauchen wir diese christdemokratische Antwort darauf, was eigentlich unsere Vorstellung von Bildungspolitik im Jahr 2020 fortfolgende ist.

Als Drittes brauchen wir einen Paradigmenwechsel in der Frage, wie wir Innovationsthemen angehen. Auch hier ist die Digitalcharta, die vom Bundesvorstand vorgeschlagen wird und die

wir morgen beschließen wollen, ein Paradigmenwechsel. Wir wollen weg davon, dass der Staat im Klein-Klein alles regelt. Der Staat soll eine Innovationsplattform werden, mit offenen Schnittstellen, mit offenen Daten, die es ermöglicht, dass wir die Vielfalt und die Kreativität, die wir in unserem Land haben, nutzen, dass wir Innovationsfreude und Unternehmertum besser zum Ausdruck bringen und dafür sorgen, dass sich die Schnellen, die Agilen, die Kreativen und die Innovativen in unserem Land wieder beheimatet fühlen und zur Lösung der vielen Probleme beitragen, die wir haben.

Visionen, Mut und dem Einzelnen etwas zutrauen – ich finde, das ist genau der richtige Zungenschlag, genau die richtige Agenda, die unsere Parteivorsitzende heute vorgegeben hat. Deshalb freue ich mich auf die Beratungen in den Foren und zu den Anträgen. Wir geben viele inhaltliche Antworten bei diesem Parteitag, und ich wünsche mir, dass die Medien auch über diese Inhalte und nicht nur über Personaldebatten berichten. Lasst uns dafür sorgen, dass das gelingt! – Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Nadine Schön. – Als Nächste hat Yvonne Magwas das Wort, danach kommt Franz Josef Jung.

Yvonne Magwas: Liebe Vorsitzende! Meine lieben Delegierten! Ich spreche heute hier vor allem als Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Liebe Annegret, ich denke, ich spreche im Namen aller weiblichen Abgeordneten, wenn ich sage, dass wir dir recht herzlich danken für deine kämpferische Rede, für eine Rede, die nach vorn gerichtet war, und auch für deine klaren Worte, was die Frauen in der Union anbelangt. Recht herzlichen Dank dafür!

Ich möchte kurz zwei Punkte ansprechen. Das ist zum einen das Thema Grundrente. Uns ist es nach drei Legislaturperioden, nach zwölf Jahren, nun endlich gelungen, einen Kompromiss zu finden. Endlich ist das Thema Grundrente gelöst. Es ist eine Grundrente, von der vor allem Frauen profitieren werden. Es besteht der große Wunsch, dass wir diesen Kompromiss auf dem Parteitag nicht zerreden, sondern ihn schnell umsetzen. Nur dann, wenn wir etwas umsetzen, bekommen wir auch das Vertrauen der Bevölkerung, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, zurück; denn dann sind wir verlässlich.

Lieber Tilman Kuban, die Lebensleistungsrente, die Grundrente, lassen wir uns nicht von der SPD aufdrücken, sondern sie ist ein Thema, das die Union schon immer beschäftigt.

(Vereinzelt Beifall)

Denn es ist wichtig, dass die Menschen, die arbeiten, mehr bekommen als die, die nicht arbeiten.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist ureigenste CDU-Politik, und das müssen wir uns von niemandem aufdrängen lassen. Dazu stehen wir selbst sehr klar.

Der zweite Punkt: Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Liebe Annegret, du hattest es in deiner Rede auch angesprochen: Es ist ein Dauerthema, und es darf kein Lippenbekenntnis sein. Als Unionsfraktion haben wir schon einiges auf den Weg gebracht, müssen hier aber auch weitergehen. Wenn wir die Grundrente nicht zum Dauerthema werden lassen wollen, dann müssen wir vor allen Dingen auch in die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter investieren. Liebe Annegret, wenn wir auch in der Partei über das Thema Familie sprechen, dann ist es wichtig, dass wir genau diesen Punkt auch angehen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein ureigenes Unionsthema.

In diesem Zusammenhang, liebe Delegierte, auch ein recht herzliches Dankeschön an die Kinderbetreuung, die es heute hier gibt. Sie macht es möglich, dass Delegierte mit Kindern beim Parteitag alles mitverfolgen können.

(Vereinzelt Beifall)

Also: Danke, dass es so eine tolle Kinderbetreuung gibt! Das ist wichtig, und das müssen wir auch auf allen Ebenen – Kreispartei, Landespartei – immer wieder deutlich machen. Danke schön dafür an das gesamte Konrad-Adenauer-Haus! – Danke.

(Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Yvonne Magwas. – Als Nächster spricht Franz Josef Jung, danach Peter Liese.

Dr. Franz Josef Jung: Herr Tagungspräsident! Frau Vorsitzende! Liebe Freundinnen und Freunde! Durch die Redebeiträge zieht sich vielfach die Frage: Wie schaffen wir es, endlich wieder aus dieser Talsohle von unter 30 Prozent herauszukommen und wieder an die 40 Prozent heranzukommen? Ich finde, wir haben dazu heute einige Akzente gesetzt. Aber lassen Sie mich vier Punkte ansprechen, die aus meiner Sicht dazugehören.

Erstens. Personaldiskussionen sollte man dann führen und Personalentscheidungen dann treffen, wenn sie anstehen, und nicht Diskussionen zur Unzeit führen. Das ist nur schädlich in der allgemeinen Diskussion.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, lasst uns bitte beim Delegiertenprinzip bleiben. Die Urwahl – die Beispiele SPD und Landesverband Baden-Württemberg haben es gezeigt – führt mehr zur Spaltung und nicht zur Einigung. Deshalb: Lasst uns beim Delegiertenprinzip bleiben!

(Vereinzelt Beifall)

Zweiter Punkt. Die politischen Inhalte bestimmen auch die politische Diskussion. Deshalb müssen wir gerade in unseren Kompetenzfeldern Wirtschaft und Finanzen und im Bereich der Sicherheit wieder die entsprechenden politischen Debatten führen. Unsere Vorsitzende und Ministerin hat gerade Akzente zur äußeren Sicherheit dazugesetzt. Ich begrüße ausdrücklich die Wiedereinführung der öffentlichen Gelöbnisse, die vor dem Reichstag durchgeführt worden sind.

Auch im Bereich der inneren Sicherheit ist das notwendig, liebe Freunde. Wenn beispielsweise ein Clanchef nach einem jahrelangen Verfahren endlich abgeschoben werden kann, dann illegal wieder einreist, Asyl beantragt und die Gerichtsverfahren wiederbeginnen, fragen sich die Bürgerinnen und Bürger, ob das noch richtig ist. Deshalb, glaube ich, braucht es auch hier eine Antwort von uns. Der Innenminister hat hier Vorschläge gemacht, und ich finde, wir sollten diese entsprechend unterstützen.

Letzter Punkt. Lasst uns intern offen diskutieren und auch miteinander streiten, aber lasst uns die Dinge geschlossen nach außen vertreten. Geschlossenheit ist Voraussetzung für Erfolg. Liebe Freunde, wenn dieses Signal von diesem Parteitag ausgeht, dann bin ich optimistisch und sicher, dass wir uns auch wieder aus dem Tal von unter 30 Prozent befreien und an die 40 Prozent herankommen. Das ist unsere Aufgabe, und dafür sollten wir gemeinsam arbeiten. – Herzlichen Dank.

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Franz Josef Jung. – Als Nächster spricht Peter Liese, danach kommt Tobias Hans.

Dr. Peter Liese: Vielen Dank, lieber Oliver. – Liebe Freundinnen und Freunde! Ja, es ist richtig: In den letzten zwei Jahren hatten wir Wahlergebnisse, die weit unter dem liegen, was unser Anspruch als Volkspartei ist. Als Europaabgeordneter war ich persönlich natürlich besonders enttäuscht über das Ergebnis der Europawahl: 28,9 Prozent, bei einem relativ guten CSU-Ergebnis; das heißt, das CDU-Ergebnis ist noch ein bisschen schlechter. Das kann uns nicht zufriedenstellen.

Ich glaube, ein Thema, über das wir noch mehr sprechen müssen, als wir das heute hier getan haben, betrifft die Frage: Warum haben wir insbesondere bei jungen Wählerinnen und Wählern bei der einzigen bundesweiten Wahl in den letzten zwei Jahren so wenig Zustimmung erfahren? Bei Wählerinnen und Wählern unter 30 waren das 13 Prozent. Die PARTEI war fast so stark wie die CDU. Wenn wir uns die Umfragen dazu ansehen, was junge Leute bei der Europawahl bewegt hat, dann stellen wir fest: Das waren erstens Menschenrechte und Demokratie, zweitens das Thema „Zukunft der Europäischen Union“ und allen voran das Thema Klimawandel. Menschenrechte und Demokratie, die Zukunft der Europäischen Union und Klimawandel waren die wichtigsten Themen für die Menschen, die wir am wenigsten erreicht haben. Wer daraus allerdings folgert, die Partei müsse nach rechts rücken, der hat nicht verstanden, was die Wählerinnen und Wähler uns sagen wollten, liebe Freundinnen und Freunde.

(Teilweise Beifall)

Gerade beim Klimaschutz müssen wir weiter dazulernen. Wir waren in der Öffentlichkeit vor allem die Bremser, und man wusste nicht, wofür wir stehen, sondern immer nur, wogegen wir sind. Deswegen ist es gut, dass Andi Jung und andere ein entsprechendes Konzept erarbeitet haben; aber ich glaube, wir brauchen noch mehr Unterstützung und müssen das als Partei auch offensiv mittragen. Das heißt nicht – ganz ausdrücklich nicht –, dass wir die Grünen kopieren, sondern wir brauchen eigenständige Positionen. Dazu hat Julia Klöckner beim Thema Wald schon einiges gesagt. Es geht nicht darum, Urwald wieder entstehen zu lassen und in die Steinzeit zurückzukehren, sondern um Unterstützung für die Waldbauern. Das sind unsere besten Klimaschützer. Dazu wird morgen ein Antrag von Mitgliedern des Europäischen Parlaments vorliegen; ich bitte um Unterstützung.

Ich will zum Schluss noch ein zweites Beispiel bringen. Beim Klimapaket kritisieren die Grünen in Deutschland, der CO₂-Preis sei zu niedrig. Bei 10 Euro kann man in der Tat darüber diskutieren, ob die Effekte ausreichend erzielt werden.

Aber ein hoher CO₂-Preis, liebe Freundinnen und Freunde, wenn er nur national eingeführt wird, bringt natürlich Wettbewerbsverzerrungen mit sich. Michael Kretschmer und andere haben darauf hingewiesen. Deswegen kämpfen wir als CDU mit Ursula von der Leyen für die Einführung eines CO₂-Preises auf europäischer Ebene.

Liebe Freundinnen und Freunde – das geht auch an die Journalisten, die uns hier heute kritisch begleiten –, was glauben Sie, wer den CO₂-Preis auf europäischer Ebene bekämpft? – Es sind die Grünen und die Sozialdemokraten mit dem Argument, Verbote seien besser. Sie wollen das Verbot des Verbrennungsmotors und ähnliche Regeln und bekämpfen das, was sie in Deutschland angeblich wollen.

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: So schnell sind drei Minuten um.

Dr. Peter Liese: Ja. Deswegen komme ich jetzt auch zum Schluss.

Wir sollten gemeinsam für eine engagierte Klimapolitik kämpfen – offensiv, technologieorientiert, marktwirtschaftlich orientiert und vor allen Dingen europäisch – und nicht auf der Bremse stehen. Dann werden wir auch wieder Zustimmung bekommen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peter Liese. – Als Nächster spricht der Ministerpräsident des Saarlandes, Tobias Hans, im Anschluss daran Alexander Krauß aus Sachsen.

Tobias Hans: Herr Präsident! Frau Vorsitzende! Meine lieben Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich hatte tief in dieser Debatte den Eindruck, dass uns als CDU Deutschlands dieser Parteitag ganz guttut. Denn man einmal vergleicht, welches Bild wir vor dem Parteitag abgegeben haben und welches Bild heute auch diese Debatte zeichnet, dann zeigt das: Dieser Partei-

tag bietet eine Chance, zu struktureller Loyalität und zu struktureller Geschlossenheit zurückzukommen. Das alleine, liebe Freundinnen und Freunde, macht uns attraktiv. Das alleine versetzt uns überhaupt in die Lage, die drängenden Probleme der Menschen in Deutschland anzugehen.

(Beifall)

Das ist genau das, was die Menschen auch von uns erwarten. Denn sie haben drängende Probleme, wenn ich etwa an die Menschen denke, die in der Stahlindustrie, in der Automobilindustrie usw. beschäftigt sind, und wenn ich daran denke, dass wir wirklich die Zukunftsfragen dieses Landes angehen müssen, um attraktiv zu bleiben, gerade für junge Menschen, um die Probleme von kommenden Generationen zu lösen.

Deshalb war es gut, dass Annegret Kramp-Karrenbauer auf diesem Parteitag ein ganzes Kapitel ihrer Rede der Bildungspolitik gewidmet hat, meine Damen und Herren. Ich kann mich nicht erinnern, dass wir auf einem Parteitag je einmal so intensiv über Bildungspolitik diskutiert und gesprochen haben. Das hat uns gutgetan, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wir müssen auch darauf achten, dass das Vertrauen in den Rechtsstaat nicht verloren geht. Der Vertrauensverlust, der von den Vorrednerinnen und Vorrednern immer wieder konstatiert worden ist, hängt ja damit zusammen. Das bedeutet, dass wir uns nicht gegenseitig vorrechnen, was wir alles einmal müssten, sondern wir müssen an dieser Stelle handeln. Wir Christdemokraten müssen auch lernen, für unsere politischen Überzeugungen zu kämpfen, und zwar so, dass es außen auch sichtbar wird, liebe Freundinnen und Freunde.

Das heißt, dass man sich natürlich dagegenstellt, wenn Clanchefs erst ausreisen, dann wieder einreisen und jetzt wieder zurückmüssen. So weit darf es erst gar nicht kommen.

Aber das bedeutet für mich auch, dass es uns umtreiben muss, wenn der ehemalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière an einer deutschen Universität eine Rede halten möchte, er daran gehindert wird und dann die Universitätsleitung nicht dagegen einschreitet. Das muss uns auf die Barrikaden mitbringen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wenn von rechten Hetzern gegenüber Renate Künast, auch wenn sie nicht in unserer Partei ist, Unmögliches im Netz abgesondert wird und dann der Eindruck entsteht, auch durch das Gerichtsurteile, das alles sei von der freien Meinungsäußerung gedeckt – auch das geht mit uns Christlichen Demokraten nicht. Dagegen müssen wir vorgehen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Auch muss uns klar werden, wo der politische Gegner sitzt, nämlich nicht in den eigenen Reihen, sondern er sitzt links, und er sitzt rechts. Da müssen wir noch klarer Kante zeigen. Die heutige Debatte hat für mich den Eindruck vermittelt, dass wir auf einem guten Weg sind.

Ich möchte noch eines zum Schluss sagen: Nicht nur ein handlungsfähiger Rechtsstaat im Inneren ist wichtig; auch die Handlungsfähigkeit der deutschen Nation mit Blick auf ihre Verantwortung in der Welt spielt eine große Rolle. Ich, liebe Freundinnen und Freunde, kann mich nicht erinnern, dass über so einen langen Zeitraum wie in den letzten Wochen die Bundeswehr einmal wirklich positiv in den Schlagzeilen in Deutschland und weltweit gewesen ist, wenn ich nur daran denke, welche Initiativen die Parteivorsitzende als Bundesverteidigungsministerin vorangebracht hat, angefangen vom Thema „Soldatinnen und Soldaten können mit der Deutschen Bahn kostenlos fahren“, was ihnen zusteht, bis zu der wichtigen Äußerungen und Positionierung in der Frage: Wie kann Deutschland mehr Verantwortung übernehmen, gerade auch in Syrien?

Es ist an der Zeit, dass wir nicht länger an der Außenlinie stehen, sondern dass wir Verantwortung zeigen in der Welt, liebe Freundinnen und Freunde. Deshalb, liebe Annegret, hast du das mit deiner Positionierung genau richtig gemacht.

(Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Jetzt war der MP-Zuschlag schon obendrauf.

Tobias Hans: Sehr schön. – Damit komme ich auch zum Schluss.

Wir müssen dagegen vorgehen, wenn Leute wie Mützenich sagen, das sei eine Politik der Kaiserzeit, und Heiko Maas die Verteidigungsministerin bei Çavuşoğlu in der Türkei düpiert. Dann müssen wir deutlich machen: Das ist nicht das Format einer verantwortungsvollen Außenpolitik, wie wir sie auch einmal bei den Sozialdemokraten gesehen haben. Das ist eher das Niveau von Juso-Ortsvereinsvorsitzenden. Das jedenfalls ist nicht unsere Politik. Deswegen bekennen wir uns zu unserer Politik. Wir übernehmen Verantwortung für Deutschland. Das ist unsere CDU. – Vielen Dank.

(Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Tobias Hans. – Als Nächster spricht Alexander Krauß, danach Hermann Gröhe.

Alexander Krauß: Lieber Herr Tagungspräsident! Liebe Frau Vorsitzende! Meine lieben Freundinnen und Freunde! Wir wollen die Partei der Mitte sein. Wir sind die Partei, die sich an die Normalbürger wendet. Wir brauchen ein Gespür für die Themen, die die Menschen bewegen. Da bin ich bei dem Thema Grundrente, über das wir heute zum Glück schon diskutiert haben.

Wir haben 2013 in unser Wahlprogramm geschrieben: Wir wollen eine Lebensleistungsrente. Wir wollen, dass Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, am Lebensende eine Rente bekommen, die über dem Grundsicherungsniveau liegt. Wir wollen, dass Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, mehr haben als jemand, der nie gearbeitet hat. – Ich finde, an dem sollten wir festhalten.

Wenn ich die Presse in den vergangenen Wochen aufgeschlagen habe, habe ich ein paar fiktive Beispiele gelesen, was für Leute es in diesem Land geben soll. Da lese ich davon, dass Leute 35 Jahre lang zum Niedriglohn gearbeitet haben und dann eine Zwei-Millionen-Villa besitzen; oder dass jemand zu dem Gehalt eines Straßenfegers gearbeitet hat und dann eine Million Aktien hat; oder dass jemand mit so einem Gehalt zwei Oldtimer von Mercedes besitzt. Deswegen muss man sich fragen, wie das sein kann.

Ich kenne alle diese Leute nicht. Aber ich kenne Leute, die zu einem niedrigen Lohn arbeiten. Ich kenne denjenigen, der einen Transporter fährt, der Geld transportiert und sagt: Bis zur Einführung des Mindestlohns habe ich für 5,15 Euro gearbeitet. – Ich kenne den Briefträger, der mir die Post für die privaten Briefdienste gebracht und gesagt hat: Ich habe für 3,90 Euro gearbeitet. – Ich kenne die Leute, die in einem Industriebetrieb Schicht arbeiten und die für 4,60 Euro aufgestanden sind, weil das damals eben so war, weil die Löhne so niedrig waren, gerade vor der Einführung des Mindestlohns.

Ich finde, das sind fleißige Leute. Das sind Leute, die in der Mitte der Gesellschaft stehen, für die wir da sein sollten und die auch eine Erwartungshaltung haben. Das sind nicht diejenigen, die auf irgendwelche Demonstrationen gehen. Das sind Leute, die sich abends um ihre Kinder kümmern. Das sind aber auch die Leute, die uns wählen. Deswegen, finde ich, haben wir mit der Grundrente einen sehr guten Kompromiss gefunden, den wir auch sehr gut vertreten können und der mir aus dem Herzen spricht.

Wir haben andere Punkte noch dazugepackt, wenn wir nur einmal das Thema Stärkung der Betriebsrenten anschauen. Das ist ein Thema, das uns als Union ganz besonders wichtig ist. Wir haben das Thema Doppelverbeitragung abgeräumt; das hat Jens Spahn geschafft. Ich finde, auch das ist ein ganz klarer Punkt, bei dem wir vor die Wähler treten und sagen können: Wir haben hier ein Thema abgeräumt.

Liebe Freunde, lasst uns der Anwalt der fleißigen Menschen in diesem Land sein! Das sind wir nämlich. Wir sind die Partei, die für die Menschen eintritt – egal ob das der Zahnarzt ist oder die Putzfrau, die fleißig arbeitet. Wir sind der Anwalt der Leute, die anständig arbeiten, die aber auch erwarten, dass ihre Lebensleistung gewürdigt wird. – Vielen Dank.

(Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Alexander Krauß. – Als Nächster spricht Hermann Gröhe, danach Norbert Röttgen.

Hermann Gröhe: Herr Tagungspräsident, lieber Oliver! Liebe Freundinnen, liebe Freunde! Uns eint sicherlich die Sorge über das Erstarken populistischer Parteien, allen voran der zunehmend rechtsradikalen AfD. Uns eint die Sorge über die Schwäche der politischen Mitte und auch die Unzufriedenheit mit den eigenen Ergebnissen bei den letzten Wahlen.

Wenn wir uns die weltweite Tendenz zu populistischen Bewegungen ansehen, dann stellen wir fest, dass ihnen die schäbige Ausnutzung von Ängsten in der Bevölkerung gemeinsam ist: Angst vor dem Fremden, Angst vor dem Andersdenkenden, Andersglaubenden, Anderslebenden.

Dieser Angst folgen Ausgrenzung und sogar Hass. In den letzten Stunden ist wiederholt an die Ereignisse vor 30 Jahren erinnert worden, die friedliche Revolution. Es ging damit los, dass ein Papst aus Polen polnischen Arbeitern zurief: Fürchtet euch nicht. – Eine Hoffnungsbotschaft hat Europa verändert, nicht das schäbige Ausnutzen von Ängsten, meine Damen, meine Herren.

Heute Morgen hat der Pfarrer in der Nikolaikirche von der Kirche als Hoffnungsraum gesprochen. Auch eine Volkspartei der Mitte muss Hoffnungsraum sein. Ja, wir wollen die Sorgen der Bevölkerung ernst nehmen. Aber unsere Aufgabe als Politiker ist nicht, Lautsprecher für Sorgen, sondern Löser von Problemen zu sein. Der Schlüsselbegriff bei vielen dieser Fragen ist sicherlich der Begriff der Sicherheit, also der inneren Sicherheit, der äußeren Sicherheit. Ich bin Alexander Krauß und Yvonne Magwas dafür dankbar, dass sie die soziale Sicherheit ausdrücklich genannt haben.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, wir hatten in unserem Wahlprogramm die Ansage zur Grundrente, dass wir Menschen nach einem langen Arbeitsleben eine bessere Rente geben wollen. Und wir haben den Vorschlag der Sozialdemokraten für eine unfinanzierbare Politik mit der Gießkanne erfolgreich abgewehrt. Wir haben allen Grund, diesen Kompromiss offensiv zu vertreten, meine Damen, meine Herren.

(Beifall)

Erlauben Sie mir eine weitere Bemerkung. Vor diesem Parteitag hat mancher einen Kurswechsel angemahnt, hat den Modernisierungskurs der letzten Jahre für unsere Schwäche verantwortlich gemacht. Ich will dem ausdrücklich widersprechen. Ich glaube vielmehr, wir bleiben unserer Tradition nur treu, wenn wir das Bekenntnis zu bleibenden Werten mit der Bereitschaft zur Politik auf der Höhe der Zeit verbinden.

Der erste Modernisierer der Union – dieser sei bei aller Wertschätzung für heutige Verantwortungsträger genannt – war Konrad Adenauer. Im zerbombten Köln ging es nicht um das Bewahren, sondern um den Neuaufbruch, um bleibende Werte, aber gleichzeitig um den Mut für neue, ja radikale Antworten, für neues Denken. Deswegen warne ich uns davor, zu glauben, dass man Zukunftsgestaltung im Rückwärtsgang schafft. Nein, es geht um Neugier, es geht um Lust auf Zukunft, und von diesem Parteitag sollte genau solch ein Signal ausgehen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Hermann Gröhe. – Als Nächstes spricht Norbert Röttgen. Ihm folgt Jörg Brunßen aus Oldenburg.

Dr. Norbert Röttgen: Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde! Ich möchte mich in meinem Beitrag auch noch mal damit beschäftigen, dass wir einerseits seit Jahren in einer sehr guten ökonomischen Situation sind und andererseits eine tiefgreifende politische Vertrauenskrise und Umwälzungen in unseren politischen Landschaften wahrnehmen, wie wir sie seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht erlebt haben.

Das passende Stichwort dazu lautet „Erosion des Vertrauens“. Ich denke, dass wir uns damit beschäftigen müssen, dass wir darüber sprechen müssen, wenn wir das ändern wollen. Das ist in Deutschland, das ist in allen westlichen Demokratien der Welt der Fall. Auch in den USA ist die ökonomische Lage hervorragend – Trump wird gewählt. In Großbritannien ist die Lage gut – der Brexit wird entschieden.

Wir müssen uns damit beschäftigen, was eigentlich in unserem Land, in dieser Welt, in den Demokratien vorgeht. Was hat zu dieser Erosion des Vertrauens geführt? Das ist meiner Meinung nach die entscheidende Frage.

Ich glaube, alle Ansätze, die darum kreisen und fragen, wie wir werden müssen – kantiger, konservativer, mittiger? –, gehen ins Leere. Vielmehr müssen wir uns mit Realitäten beschäftigen. Denn es sind die Realitäten, die diese Vertrauenskrise ausgelöst haben.

Es ist eine Dekade von Krisen. Begonnen hat sie mit der Weltfinanzkrise, die zu einer fundamentalen Erschütterung geführt hat. Dann kamen die Eurokrise bzw. die Staatsschuldenkrise. Die Kanzlerin hat gesagt, unsere Währung habe auf dem Spiel gestanden. Dann kam die Migrationskrise, danach die Klimakrise, die eigentlich nie weg war und nicht von uns, sondern von einem 16-jährigen Mädchen wieder auf die Agenda gesetzt worden ist.

Das ist eine Dekade von Krisen, in der sich die Politik stets und ständig und permanent im hinterherlaufenden Reparaturmodus selber präsentiert hat. Wenn Politik nur repariert, dann hat das zwangsläufig zur Folge, dass Vertrauen zerstört wird, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall)

Darum müssen wir darüber sprechen, wie wir diese Situation verändern. Wir können nicht sagen: Wir wollen nicht mehr reparieren; denn die Reparaturfälle entstehen ja nicht nur bei uns und nicht nur durch uns. – Nein, wir müssen sagen, dass wir nicht nur reparieren wollen, sondern auch konstruieren müssen. Wir müssen den Willen haben, die Ambition haben, etwas zu gestalten, und zwar bei den Themen, die beim Menschen Angst und Verunsicherung auslösen. Diese Themen kann man auch benennen. Das ist die Selbstbehauptung Europas in einer chaotischen Welt. Das ist die digitale Revolution, die in ihren Wirkungen nur mit der industriellen Revolution zu vergleichen ist. Es ist der Klimawandel, und es sind die Themen Migration und Integration.

Bei diesen Themen geht es nicht darum, wie wir sind. Vielmehr geht es bei diesen Themen darum, ob wir mit dem, was wir sagen und was wir politisch entscheiden, der Realität gerecht werden. Das ist die Vertrauensfrage, die uns gestellt wird. Also, wir dürfen nicht selbstzogen introvertiert sein, sondern wir müssen uns den Problemen unterwerfen. Daran werden wir von den Wählerinnen und Wählern gemessen – von der jungen Generation allemal.

(Vereinzelt Beifall)

Das können wir auch verändern. Der Vorstoß von Annegret Kramp-Karrenbauer zur Außenpolitik, zu Syrien war ein Beispiel dafür, dass es geht, dass wir etwas aktiv sagen und nicht nur rumsitzen und fragen, wer was von uns erwartet. Nein, wir müssen sagen, was wir wollen, was wir können und welche Verantwortung wir übernehmen wollen. Das müssen wir in der Außenpolitik deutlich machen und sagen.

Es ist richtig, dass wir das bei 5G machen, und dabei geht es nicht darum, dass wir ein Unternehmen ausschließen. Es geht darum, dass wir sagen, dass es unsere europäische Ambition ist, uns nicht von dieser Technologie zu verabschieden und es einfach die Chinesen machen zu lassen. Das ist unser Selbstverständnis, um das es geht.

(Vereinzelt Beifall)

Meine letzte Bemerkung: Ob die Selbstbehauptung Europas in einer chaotischen und gefährlichen Welt gelingt, hängt entscheidend von unserem Land ab, von Deutschland, von uns. Das müssen wir wissen. Und ob dieses Land das leistet, das hängt ganz entscheidend von uns, der Christlich-Demokratischen Union, ab. Darum sind wir so entschieden dafür, dass Deutschland und Europa heranwachsen, um die Aufgaben zu erledigen und der Verantwortung gerecht zu werden. Daran werden wir auch von unseren Wählerinnen und Wählern gemessen. – Vielen Dank.

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Norbert Röttgen. – Ich möchte darauf hinweisen, dass jetzt noch vier Redner auf der Rednerliste stehen. Danach findet die Wahl einer stellvertretenden Bundesvorsitzenden statt. Daher bitte ich all diejenigen, die draußen in der Halle an den Rundfunkgeräten und an den Fernsehern kleben, in den Plenarsaal zurückzukommen, damit sie an der Wahl teilnehmen können.

Als Nächstes spricht Jörg Brunßen, danach Kai Wegner.

Jörg Brunßen: Liebe Freundinnen und Freunde! Liebe Frau Bundesvorsitzende Kramp-Karrenbauer, heute haben fast nur Bundespolitiker nach Ihrer Rede gesprochen. Ich finde, hier sollte auch einmal ein einfacher Kommunalpolitiker zu Wort kommen, der im Gemeinderat oder Kreistag sitzt.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin davon überzeugt, dass viele Kommunalpolitiker so denken wie ich, dass uns die Debatten in den letzten Wochen und Monaten um das Führungspersonal ziemlich auf die Nerven gegangen sind.

(Vereinzelt Beifall)

Diese Diskussionen – das wissen wir alle – schaden uns allen in der Partei. Die 25 Prozent zeigen uns ja, was daraus geworden ist. Wohin das ständige Kreisen um sich selbst, um die Probleme in der Partei und um das Personal führt, sehen wir bei der SPD, die bei Umfragen momentan bei 15 Prozent liegt.

Ich möchte deutlich machen, dass wir uns um die Probleme vor Ort kümmern müssen. Ich denke, das Kümmern um die Probleme vor Ort ist für die Menschen das Wichtigste. Wenn wir uns vor Ort um ihre Probleme kümmern, wird Politik für sie erlebbar, und dann werden wir auch das Vertrauen der Menschen vor Ort zurückgewinnen.

Ich möchte nur ein Beispiel nennen, um es zu verdeutlichen. Obwohl es nicht unsere Aufgabe, sondern die Aufgabe des Bundes ist, stecken wir als Landkreis Ammerland über 30 Millionen Euro in den Ausbau des Glasfasernetzes. Finanzpolitisch ist das für uns als Landkreis Ammerland eine riesengroße Herausforderung. Wenn wir aber auf den Bund warten würden, wären in zehn Jahre immer noch nicht alle Haushalte mit einem Glasfaseranschluss versorgt.

Aber – das finde ich super ärgerlich, und das möchte ich heute festhalten – diese vielen bürokratischen Hindernisse, Abläufe und Verfahren nerven uns vor Ort. Vom Beschluss im Kreistag bis zum eigentlichen Anschluss der Haushalte dauert es manchmal bis zu fünf Jahre. Das ärgert die Menschen vor Ort, und das müssen wir in Zukunft ändern. Bitte werdet schneller! Helft uns bitte vor Ort, damit wir den Menschen helfen können.

(Beifall)

Das war nur ein ausgewähltes Beispiel von vielen hunderten Projekten, die in bürokratischen Vorschriften, Abläufen und Regelungen feststecken. Deshalb möchte ich zum Schluss ganz klar sagen: Liebe Parteispitze und liebe Bundesregierung, lasst uns die Probleme vor Ort lösen und den Menschen die Sorgen nehmen, dann werden wir ganz schnell – da bin ich ganz sicher – das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Jörg Brunßen. Als Nächster spricht Kai Wegner und danach Necdet Savural.

Kai Wegner: Herr Präsident! Liebe Freundinnen und Freunde! Liebe Annegret! Zunächst herzlichen Dank für die Worte. Ich glaube, dass die Menschen in diesem Land tatsächlich auf uns

und diesen Parteitag schauen; denn viele Menschen haben die Erwartung an Führung, Haltung und Meinung. Dies müssen wir als Union wieder viel deutlicher machen, und ich glaube, dass Wort und Tat wieder viel stärker in Einklang gebracht werden müssen.

(Vereinzelt Beifall)

Schauen wir auf meine Heimatstadt Berlin. Ich bitte Sie alle, kurz in unsere gemeinsame Hauptstadt mitzukommen. Wenn wir sehen, was dort der rot-rot-grüne Senat anrichtet, dann müssen wir uns gemeinsam um die Zukunft unserer Hauptstadt, aber auch um die Zukunft der politischen Auseinandersetzung Gedanken machen. Heute ist das Thema „Soziale Marktwirtschaft von morgen“. Die Soziale Marktwirtschaft hat unser Land stark gemacht. In Berlin erleben wir gerade, dass die Instrumente der Sozialen Marktwirtschaft ausgeschaltet werden. Ich hätte nicht erwartet, dass wir 30 Jahre nach dem Mauerfall ausgerechnet in der ehemals geteilten Stadt Berlin über Enteignung und Deckelung reden.

(Beifall)

Ich bitte euch: Helft mit, dass wir das in der Hauptstadt verhindern können. Aber mir geht es nicht nur um die Hauptstadt. Ich glaube, es geht um alle Städte in Deutschland. Wenn das, was rot-rot-grün in Berlin umsetzen will, tatsächlich umgesetzt wird, werden das andere Städte auch machen. Ich denke da an Bremen und an andere Städte, die links regiert werden. Dann werden wir den schleichenden Systemwechsel erleben, den gezielten Systemwechsel in unserem Land. Das dürfen wir nicht zulassen, hier müssen wir klar Haltung zeigen und für die Soziale Marktwirtschaft in unserem Land und in Berlin kämpfen. Bitte unterstützen Sie uns dabei!

(Vereinzelt Beifall)

Lassen Sie mich noch einen Punkt ansprechen, der mir am Herzen liegt. Wenn ich mit Kolleginnen und Kollegen im Bundestag diskutiere, dann merke ich nach kürzester Zeit, woher er oder sie kommt. Derjenige, der sagt: „die großen Städte haben ohnehin alles, wir müssen uns jetzt auf die ländlichen Regionen konzentrieren“, kommt in der Regel aus einem ländlichen Wahlkreis. Andere sagen: „die großen Probleme unserer Zeit sind in der Stadt, darauf müssen wir uns konzentrieren“, das sind die Kollegen aus einem großstädtischen Wahlkreis.

Liebe Freundinnen und Freunde: Lasst uns Stadt und Land nicht gegeneinander ausspielen. Wir müssen beides denken. Die Herausforderungen in den Städten und die Probleme in den ländlichen Regionen werden wir nur gemeinsam in den Griff bekommen. Dafür muss die Union stehen. Ich bin der felsenfesten Überzeugung – das sage ich auch angesichts von Wahl- und Umfrageergebnissen in den Städten –, dass die CDU nur dann in diesem Land die starke Volkspartei bleiben wird, wenn wir den Kampf um die Städte wieder aufnehmen. Wir müssen stark im ländlichen Raum sein, wir müssen stark in der Stadt sein, wir müssen Verantwortung zurückgewinnen, dann werden wir die Volkspartei des 21. Jahrhunderts bleiben. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Kai Wegner. Jetzt spricht Necdet Savural. Und zum Schluss Peter Weiß.

Necdet Savural: Sehr geehrte Frau Vorsitzende Kramp-Karrenbauer! Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen und -freunde! Eigentlich müsste ich jetzt den Lindner machen. Ich habe mir überlegt, statt eine dreiminütige grottenschlechte Rede zu halten, lieber den Lindner zu machen. Aber dann würde ich mich ja vor der Verantwortung drücken. Insofern habe ich mich doch entschlossen, hier drei Minuten zu stehen.

(Vereinzelt Beifall)

Obwohl ich jetzt anmelden müsste, dass ich vom letzten Parteitag in Hamburg noch ein Sechs-Minuten-Guthaben habe, bleibe ich bei drei Minuten. Ich gebe mir Mühe.

Vieles ist schon gesagt worden, auch über das Modell für Herrenanzüge, das, als er in der Türkei war – ich komme aus der Türkei, ich wurde in der Türkei geboren – mit dem türkischen Außenminister diese Salve rausgeschossen hat. Also egal, was man über Sigmar Gabriel denken mag, so etwas wäre ihm nicht passiert. Das, was dort stattgefunden hat, war ein Affront.

Wir brauchen keine Populisten, keine polarisierenden Menschen unter uns, sondern wir brauchen jemanden, der zusammenführt, eine Art Brückenbauer. Ich müsste meine ganze Rede umbauen, weil es mich so gefreut hat, dass einige meiner Vorredner ihre Reden so gestaltet haben, dass man gemerkt hat, dass die Partei wieder näher zusammengerückt ist, als man von der Presse erfahren hat.

Lieber Tilman Kuban, weißt Du, eine Koalition ist wie eine Ehe. Wer keine Kompromisse eingehen kann, der braucht nicht zu heiraten. Denn dies wird schiefgehen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich selbst bin seit 47 Jahren verheiratet, und wir haben immer wieder mit Kompromissen zu leben. Samstag darf ich Fußball gucken, dafür guckt meine Frau Kochsendungen.

(Beifall)

Abends, wenn wir vor dem Fernseher sitzen, habe ich die Fernbedienung, aber meine Frau darf aussuchen, auf welchen Sender ich drücken soll. Das nenne ich einen Kompromiss.

(Beifall)

Nicht weil, sondern obwohl die Presse heute so zahlreich erschienen ist, möchte ich in Richtung türkischstämmige hier lebende Mitbürger und an die muslimischen Mitbürger, die hier bei uns leben, zwei, drei Sätze sagen.

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Aber wirklich nur noch zwei, drei Sätze. Die drei Minuten sind um.

Necdet Savural: Ich bemühe mich. Wissen Sie, wir Türkischstämmigen leben mittlerweile schon in der vierten Generation hier. Ich gehöre zu der ersten Generation, die damals als Gastarbeiter nach Deutschland gekommen ist. Mittlerweile lebt hier die dritte und vierte Generation, und immer noch hört man, wenn man sie fragt: Eigentlich bin ich Deutscher, aber tief im Herzen bin ich Türke. – Liebe Freunde, um sich hier zu integrieren, muss keiner seine Identität leugnen. Aber wenn wir hier leben, gilt das türkische Sprichwort, das auf Deutsch übersetzt heißt: Deine Heimat ist nicht automatisch dort, wo Du geboren bist, sondern dort, wo Du Dein Brot verdienst, wo Du Deine Familie ernährst.

Das heißt also, unsere neue Heimat ist Deutschland. Dazu sollten wir auch stehen, und zwar nach außen. Wir sollten uns nicht von irgendwelchen Leuten manipulieren oder beeinflussen lassen. Wir sollten zu unserem Land stehen.

(Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Es tut mir leid. Ich habe Ihnen schon einen ordentlichen Zuschlag gegeben; Sie haben über fünf Minuten geredet.

Necdet Savural: Dann kommen aber die muslimischen Bürger zu kurz. Erlauben Sie mir, weiterzureden?

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Es tut mir leid, das geht leider nicht.

Necdet Savural: Gut.

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielleicht können Sie sich nachher noch einmal in einer Aussprache einbringen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Als Letzter spricht jetzt Peter Weiß. – Peter, du musst die drei Minuten Redezeit nicht ausschöpfen.

Peter Weiß: Liebe Freundinnen und Freunde, freut euch: Mit mir ist jetzt Schluss, also Schluss der Aussprache.

(Vereinzelt Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Greenpeace hat uns ja das C geklaut. Friedrich Merz will es als Dauerleihgabe für deren Wohnzimmer zur Verfügung stellen.

Ich finde, unsere Parteivorsitzende, liebe Annegret, hat in ihrer Rede das C zu Recht wieder in die Mitte unserer Partei gestellt. Dafür ein herzliches Dankeschön.

(Beifall)

Zum C gehört vieles. Zum C gehört unter anderem, dass wir auch die Partei der kleinen Leute in unserem Land sind, die übrigens das Wahlergebnis entscheidend prägen. Deswegen finde ich, müssen wir sowohl in der Art, wie wir reden, als auch in der Art, wie wir handeln, diese sogenannten kleinen Leute mit im Blick haben. Wir brauchten und brauchen auch keine Sozialdemokraten, um zum Beispiel das Prinzip festzulegen, dass derjenige, der ein Leben lang gearbeitet hat, in die Rentenversicherung einbezahlt hat, dann, wenn er in Ruhestand geht, mehr haben muss als jemand, der nie in dieses System eingezahlt hat.

(Vereinzelt Beifall)

Man kann über die Details der Grundrente so oder so diskutieren. Ich finde, ein solches Prinzip ist ein Prinzip, das zu unserem C passt und das wir auch offensiv vertreten sollten. Das Gleiche gilt für die Abgrenzung zu den Grünen. Die Grünen wollen ja bekanntlich alles an Sanktionen abschaffen, sprich: Arbeitslosengeld II ohne jede Bedingung, ohne jede Mitwirkung auszahlen. Wir sagen klipp und klar: Das ist eine Idee, die man haben kann, wenn man in den Nobelvillen der Republik wohnt. Nein, der kleine Mann, der mit seinen Steuern dafür aufkommen muss, dass wir die Arbeitslosen, auch die Langzeitarbeitslosen, finanzieren, kann zu Recht erwarten, dass wir das Prinzip „Fordern und Fördern“ auch in Zukunft in den Mittelpunkt unserer Politik stellen.

(Vereinzelt Beifall)

Auch dafür brauchen wir keine Sozialdemokraten.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde, ich finde, zum C gehört auch etwas, das unser persönliches Verhalten betrifft. Es ist richtig, dass wir einen solchen Parteitag nutzen, um strittig zu diskutieren, Argumente abzuwägen. Aber alle Diskussionen über Personen und Sachverhalte müssen bei einer C-Partei so sein, dass jeder erkennt: Wir gehen freundschaftlicher, wir gehen kollegialer miteinander um als die anderen. Das wünsche ich mir von diesem Bundesparteitag. – Vielen Dank.

(Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peter. Ich bedanke mich bei allen Diskussions Teilnehmern. Ich finde, das war eine gute Aussprache, das war eine notwendige Aussprache. Herzlichen Dank auch für die Disziplin der letzten Redner, die sich auf drei Minuten beschränken mussten. Vielen Dank. – Jetzt macht Michael Kretschmer weiter.

Michael Kretschmer, Tagungspräsident: Vielen Dank. – Wir sind am Ende der Aussprache. Ich habe zunächst einmal die Bitte an die Regie, uns hier in diesem Raum und in den Vorräumen ein Gongsignal zu geben, damit jeder weiß: Jetzt wird es langsam wieder Zeit, in den Raum zu kommen, weil die Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden ansteht.

(Ein Gong ertönt)

Ich eröffne den TAGESORDNUNGSPUNKT 15:

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Ich erteile dem Vorsitzenden der Mandatsprüfungskommission, unserem Landesgeschäftsführer Conrad Clemens das Wort.

(Beifall)

Conrad Clemens, Mandatsprüfungskommission: Danke, lieber Michael. Liebe Freunde, in Leipzig wird Geschichte geschrieben. Wir stehen vor dem ersten digitalen Wahlgang der CDU Deutschlands.

(Beifall)

Ich finde es richtig und mutig, dass wir uns trauen, einen digitalen Wahlgang durchzuführen. Es spart uns Zeit; es spart uns Papier. Wir probieren das jetzt einfach einmal aus. Dennoch ist es so, dass die Mandatsprüfungskommission in diesem Digitalisierungsprozess nicht wegrationalisiert wurde, sondern es gibt weiterhin den Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Wir haben die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft und konnten dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind. Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1.001 voll stimmberechtigten Delegierten. Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission sind für den 32. Parteitag 1.001 Delegierte stimmberechtigt. Von den 1.001 Delegierten waren um 16.20 Uhr 989 Delegierte anwesend. Der 32. Parteitag ist somit beschlussfähig. – Danke schön.

(Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsident: Vielen Dank, Conrad Clemens und den Mitgliedern der Mandatsprüfungskommission für ihre Arbeit. Wir kommen zum TAGESORDNUNGSPUNKT 16:

Nachwahl einer/eines stellvertretenden Vorsitzenden der CDU Deutschlands

Es kandidiert Frau Silvia Breher aus Niedersachsen. Sie ist Vorsitzende des CDU-Landesverbandes Oldenburg und Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Bis 12 Uhr sind keine weiteren Kandidatenvorschläge eingegangen. Ich möchte Silvia Breher die Möglichkeit geben, sich hier bei uns vorzustellen. Ich glaube, dass sich auch alle darauf freuen. Ich bitte die Kandidatin, hier nach vorne ans Pult zu kommen. Bitte schön.

(Beifall)

Silvia Breher: Liebe Freundinnen und Freunde, hier bin ich nun, die Neue, die Unbekannte! Damit das nicht so bleibt, damit Sie zumindest ein Gefühl dafür bekommen, wer ich bin, möch-

te ich mich kurz vorstellen. Mein Name ist Silvia Breher, ich bin 46 Jahre alt, ich habe drei Kinder und wir wohnen in Lönigen. Ich war 18 Jahre selbstständige Rechtsanwältin und in den sieben Jahren vor dem Bundestagsmandat Geschäftsführerin des Kreislandvolkverbandes. In Niedersachsen nennt man den Bauernverband Landvolk.

Wenn Sie das hören, wissen Sie: So neu bin ich also gar nicht mehr. Vor drei Jahren habe ich mich in einer echt großen Urwahl um die Direktkandidatur im Oldenburger Münsterland gegen drei andere Mitbewerber durchsetzen können. Die Wählerinnen und Wähler haben mich mit dem besten Direktmandatsergebnis in den Deutschen Bundestag gewählt.

(Beifall)

Ich bin Vorsitzende des CDU-Kreisverbandes Cloppenburg, und ich bin Vorsitzende des durchaus selbstbewussten Landesverbandes Oldenburg.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, ich komme aus einem wirklich fantastischen, boomenden ländlichen Raum mit einer starken Agrar- und Ernährungswirtschaft. Vor diesem Hintergrund möchte ich zwei Gedanken äußern. Dazu ein kleines Beispiel: Ein Mann in meinem Wahlkreis hat zu mir gesagt: Silvia, wir haben dich nach Berlin gewählt, aber die Funklöcher, die hast du uns dagelassen. Jetzt freue ich mich total über das Ergebnis der Klausur am letzten Wochenende, auf der wir die Mobilfunkstrategie für den ländlichen Raum beschlossen haben. Das ist richtig und wichtig. Die Menschen zu Hause reißt diese Erklärung allerdings nicht vom Hocker. Sie würden eher sagen: Endlich! Das wird auch Zeit! Mit diesem Beispiel möchte ich einfach nur zeigen: Die Menschen wollen, dass wir uns um ihre Probleme kümmern, dass wir nicht immer nur darüber sprechen, sondern dass wir sie am Ende lösen. Ich habe die Ungeduld und den Willen, etwas zu verändern. Das treibt mich an.

(Vereinzelt Beifall)

Eines muss ich, aus dem Oldenburger Münsterland kommend, einfach ansprechen. Das sind die aktuellen Bauernproteste. Das lässt mich einfach nicht kalt: die Wut der Landwirte, ihre Existenzangst und die Enttäuschung über die Politik und am Ende auch die Enttäuschung über die Politik ihrer eigenen Partei, nämlich der CDU. Die Bauern und Bäuerinnen vermissen Empathie. Sie vermissen Wertschätzung. Ihnen fehlt ein verlässlicher Rahmen für die Zukunft. Ihnen fehlt eine Zukunftsvision, aus der hervorgeht, wohin wir wollen und wie die Landwirtschaft der Zukunft aussehen soll.

(Vereinzelt Beifall)

Es gibt immer höhere Anforderungen in den Bereichen Klima-, Umwelt- und Tierschutz auf der einen Seite, und auf der anderen Seite ist kaum jemand da, der bereit ist, den Preis dafür zu

zahlen. Wir werden morgen einen richtig guten Antrag zum Thema „Zukunft der Landwirtschaft“ beraten. Ich möchte schon heute dafür werben, dass Sie diesem Antrag zustimmen und im zweiten Schritt nach dem Bundesparteitag alle zusammen ihn in der aktiven Politik umsetzen. Lassen Sie uns als CDU auch in Zukunft an der Seite unserer Landwirte stehen.

(Beifall)

Zum Schluss noch ein Wort. Eine Kollegin hat in der letzten Sitzungswoche zu mir gesagt: Silvia, mach was draus, und wir alle werden dir helfen. – Die CDU ist so breit aufgestellt. Wir haben die besten Köpfe in unseren Reihen. Lassen Sie uns harte Debatten in der Sache führen. Dann kommen am Ende auch die besten Ergebnisse und die besten Antworten auf die Fragen der Zukunft heraus. Dann lassen Sie uns gemeinsam als Team CDU die Probleme lösen und die Lösungen tatsächlich umsetzen. Dafür stehe ich. Dafür möchte ich mich einsetzen. Ich bitte um Ihr Vertrauen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsident: Vielen Dank, Silvia Breher. – Jetzt kommen wir für heute zum ersten Mal zum Einsatz des neuen elektronischen Wahl- und Abstimmungssystems. Ich bitte Sie um Ihre Aufmerksamkeit für das schon angekündigte Video, das uns mitnehmen und erklären soll, wie die Technik funktioniert.

(Ein Video wird gezeigt)

Die erste Frage lautet: Hat jeder von Ihnen ein Tablet? – Wenn nicht, zeigen Sie es mir bitte mit der Hand. – Hat jeder Delegierte ein Tablet? – Das ist der Fall. Dann können wir in die Nachwahl einsteigen.

Bevor wir dazu kommen, bitte ich Sie kurz um Ihre Aufmerksamkeit. Bei der Nachwahl ist die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen bei der Mehrheitsermittlung nicht mit. Ich weise noch einmal ausdrücklich darauf hin, dass die Wahlhandlung erst möglich ist, nachdem alle Tablets zentral freigeschaltet wurden.

Jeder hat ein Tablet. Jetzt stellt sich die Frage, ob alle Geräte funktionstüchtig sind. Das merken Sie daran, ob Sie ein Bild sehen. Dann können wir in die Wahlhandlung einsteigen. Voraussetzung dafür ist, dass jeder von Ihnen die Tischwahlkabine vor sich aufstellt.

(Unruhe)

– Wenn Tischwahlkabinen ausgeteilt werden, müssen sie auch benutzt werden.

Ich darf Sie bitten, jetzt Ihre Tischwahlkabine aufzustellen. Hat jeder eine Tischwahlkabine? – Das ist der Fall. Ich weise Sie darauf hin, dass alle Delegierten und Pressevertreter angehalten

sind, keine Fotos, keine Selfies und auch sonst keine Aufnahmen von ihrer Wahlhandlung oder Wahlhandlungen anderer Personen zu machen. Sobald die Tablets freigeschaltet sind, finden Sie in der Eingabemaske die Möglichkeit „ja“, „nein“ und „Enthaltung“.

Ich will an dieser Stelle nur die wichtigsten Schritte, die wir im Film gesehen haben, kurz wiederholen. Wenn Sie Frau Breher wählen möchten, tippen Sie das grauhinterlegte Feld hinter ihrem Namen. Es erscheint dann dort ein Kreuz für Ihre Stimme. Wenn Sie mit Nein stimmen möchten, tippen Sie auf das grauhinterlegte Feld hinter „nein“. Wenn Sie sich enthalten möchten, tippen Sie auf das grauhinterlegte Feld mit der Bezeichnung „Enthaltung“. Tippen Sie nach der Wahl auf den rothinterlegten Button „abschicken“. Danach erscheint zu Ihrer Sicherheit eine Anzeige auf dem Bildschirm, in der Sie gefragt werden, ob Sie Ihren Stimmzettel bindend abschicken wollen. Wenn Sie das mit „ja“ bestätigt haben, ist Ihre Stimme abgeschickt.

Wir treten in den Wahlgang ein, und ich bitte, die Geräte freizuschalten.

(Beifall)

Haben alle Mitglieder des Parteitags ihre Stimme abgegeben? – Das ist noch nicht der Fall. Wer ein technisches Problem hat, meldet sich bitte und bekommt freundliche Unterstützung von den Personen, die hier in den Gängen unterwegs sind.

Konnten alle Mitglieder des Parteitags ihre Stimme abgeben? – Ich höre ein Nein. Gibt es einen Delegierten, der seine Stimme noch nicht abgeben konnte? – Wer konnte seine Stimme noch nicht abgeben? Bitte deutlich melden! – Hilfe ist unterwegs.

Gibt es ein Mitglied des Parteitags, das seine Stimme noch nicht abgeben konnte? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der Wahlgang geschlossen.

Sollte eine Person auf Sie zukommen und bitten, Ihr Tablet in eine Urne zu werfen, können Sie sicher sein, dass es jemand von der „heute-show“ war.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, wir haben ein Ergebnis: Wir haben 883 abgegebene Stimmen, 25 Enthaltungen. Auf Silvia Breher entfielen 701 Stimmen; das sind 82 Prozent. Herzlichen Glückwunsch, Silvia!

(Lebhafter Beifall)

Jetzt bitten wir die neu gewählte stellvertretende Parteivorsitzende zu uns auf die Bühne.

(Beifall)

Wir fragen die stellvertretende Parteivorsitzende, ob sie die Wahl annimmt.

Silvia Breher: Vielen Dank. Ich nehme die Wahl an. Ein ganz, ganz großes Dankeschön für das Vertrauen!

(Beifall – Annegret Kramp-Karrenbauer überreicht Blumen – Weitere Glückwünsche)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Ich rufe auf TAGESORDNUNGSPUNKT 17:

Parallele Programmdebatten und Auswertung

Ich bitte die Delegierten darum, sich im Ausstellungsbereich bei den parallel stattfindenden Debattenarenen einzufinden.

Debatte 1: Wohlstand für alle – unser digitales Wirtschaftswunder

Impulsgeber: Rafael Laguna de la Vera, Moderatorin: Nadine Schön.

Debatte 2: Mutig, innovativ und optimistisch zu neuem Gründergeist

Impulsgeber: Christian Miele, Moderatorin: Ronja Kemmer.

Debatte 3: Demokratie braucht Debatte

Impulsgeber: Jan Fleischhauer, Moderatorin: Serap Güler.

Wir kehren in gut einer Stunde, also möglichst vor 18 Uhr, für die Präsentation der Ergebnisse in das Plenum zurück. Ich wünsche uns allen spannende Diskussionen mit den geladenen Experten und Impulsgebern. Bis dahin unterbrechen wir die Sitzung des Plenums.

(Unterbrechung von 16.55 Uhr bis 18.23 Uhr)

Annette Widmann-Mauz, Tagungspräsidium: Liebe Delegierte, liebe Freundinnen, liebe Freunde! Willkommen zurück im Plenarsaal! Wir kommen jetzt zur Präsentation der Ergebnisse der Programmdebatten, und ich darf hierzu sehr herzlich unsere stellvertretende Parteivorsitzende Julia Klöckner und die drei Moderatorinnen der Programmdebatten, Nadine Schön, Ronja Kemmer und Serap Güler, auf die Bühne bitten.

Julia Klöckner: Liebe Freundinnen und Freunde! Die Programmdebatten, die wir heute geführt haben, sind ein wichtiger Schritt hin zu unserem Grundsatzprogramm. Nachdem im vergangenen Jahr Annegret Kramp-Karrenbauer eine Zuhörtour durch ganz Deutschland gemacht hat und wir bei unserem Parteitag in Hamburg die Leitfragen beschlossen haben, stand dieses Jahr ganz im Zeichen der Diskussion über Antwortvorschläge auf die Leitfragen. Unsere Mitglieder haben sich online und offline beteiligt. In der kommenden Woche findet eine weitere wichtige Debatte statt; das hat Annegret Kramp-Karrenbauer heute früh schon gesagt. Es geht um die allgemeine Dienstpflicht.

Jetzt aber erst einmal zurück zu unseren Debatten hier in Leipzig. Sie sind bei dem einen oder anderen Panel sicherlich dabei gewesen, und ich möchte jetzt die Moderatorinnen nach den Ergebnissen fragen und um eine kurze Zusammenfassung bitten. Was haben die Debatten und vor allen Dingen die Vorträge ergeben?

Das erste Panel hatte die Überschrift „Wohlstand für alle – unser digitales Wirtschaftswunder“. Nadine Schön steht nun neben mir. Sie hat sich mit dem digitalen Wirtschaftswunder beschäf-

tigt. Ich möchte dich bitte, kurz zusammenzufassen, was man unter einem digitalen Wirtschaftswunder verstehen kann und welche Baustellen der Digitalisierung wir überhaupt angehen müssen.

Nadine Schön: Liebe Julia, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! In unserem Panel konnten wir eine gute Beteiligung unserer Parteitagsdelegierten verzeichnen, und es kam zu einer guten Diskussion. Wir hatten mit Herrn Laguna de la Vera einen guten Impulsgeber. Er ist der Gründungsdirektor der neu gegründeten Agentur für Sprunginnovationen, die Anja Karliczek gerade erst ins Leben gerufen hat.

Unsere Diskussion drehte sich um die Frage, wie wir im digitalen Zeitalter ein Wirtschaftswunder schaffen können, ähnlich wie damals unter Ludwig Erhard. Das heißt, es geht darum, jeden Einzelnen zu befähigen, an diesem Wirtschaftswunder zu partizipieren. Wer etwas leistet, der darf sich dann auch etwas leisten können. Diesen Ansatz gilt es ins digitale Zeitalter zu übertragen, und das vor dem Hintergrund, dass es China und die USA gibt, die sehr stark voranpreschen.

Herr Laguna de la Vera hat dann den schönen Satz geprägt: Wer einen Rückstand aufholen will, der darf nicht einfach nur hinterherrennen, sondern muss springen. – Daraus resultierte diese Agentur für Sprunginnovationen.

Wir haben gerade darüber diskutiert, dass wir nicht das Gleiche machen wollen wie China oder die USA. Vielmehr brauchen wir in der Digital- und Wirtschaftspolitik einen eigenen humanistischen Ansatz, und das haben wir auch an ganz konkreten Vorschlägen festgemacht.

Julia Klöckner: Da wird es spannend. Aber welche Auswirkungen wird das Ganze auf das Thema Arbeit bzw. Arbeitsplätze haben? Und müssen wir uns vor einer technologischen Arbeitslosigkeit fürchten? Denkt die Sprunginnovation auch so etwas mit?

Nadine Schön: Na ja, die Innovationen sollen dazu dienen, dass wir zu neuen Geschäftsmodellen kommen, dass sich neue Unternehmen gründen, dass unser Mittelstand und unsere starke Wirtschaft, die wir in Deutschland haben, den Sprung ins digitale Zeitalter schaffen und dass wir deswegen auch in Zukunft noch Arbeitsplätze in unserem Land haben.

Wie kann man das sicherstellen? Wir brauchen eine eigene Antwort. Wir waren sehr nah an der Digitalcharta, weil Herr Laguna de la Vera ein großer Verfechter des Open-Source-Prinzips ist und weil wir in Zukunft auf verteilte Systeme, auf offene Schnittstellen und auf Daten setzen. Dabei ist zum Beispiel eine Initiative wie „Gaja-X“ von Peter Altmaier ein wichtiges Element, um einen eigenen Weg, einen deutschen Weg, einen europäischen Weg im Bereich der digitalen Wirtschaft zu gehen. Das wird noch einmal neue Innovationspotenziale entfalten, damit wir aus den Datensilos, die es in den USA und China gibt, und aus den Monopolstrukturen herauskommen und sich die Vielfalt und die Innovationen, die wir in Europa haben, entfalten können.

Julia Klöckner: Herzlichen Dank, Nadine Schön. – Vielleicht schauen Sie sich einmal ganz kurz das Bild an, das während dieses Panels „Wohlstand für alle – unser digitales Wirtschaftswunder“ entstanden ist.

Vielen Dank nochmals für die kurze Zusammenfassung, liebe Nadine Schön.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, wenn wir jetzt schon über Innovationen reden, müssen wir auch darüber reden, woher diese Innovationen kommen. Das zweite Panel ging um das Thema „Mutig, innovativ und optimistisch zu neuem Gründergeist“.

Ich freue mich, dass Ronja Kemmer hier bei mir ist. Sie hat mit dem Gründungsexperten Christian Miele diskutiert. Was uns natürlich interessiert, ist die Frage: Was brauchen junge Gründer heute in Deutschland, um a) in Deutschland zu bleiben und b) erfolgreich zu sein?

Ronja Kemmer: Auch wir hatten eine super spannende Diskussion zum Thema Gründerkultur. Wir sind das Land der Dichter und Denker und sicherlich auch das Land vieler erfolgreicher Gründerinnen und Gründer. Und doch sind die Rahmenbedingungen, um Sehnachtsland Nummer eins zu werden, nicht optimal. Es gibt an der einen oder anderen Stelle Diskussionen, und diese haben wir gerade mit Christian Miele geführt. Er wird aller Voraussicht nach im Dezember neuer Vorsitzender beim Start-up-Verband, kennt beide Seiten, hat selbst gegründet und ist heute bei einem Venture Capitalist tätig. Er hat interessante Punkte eingebracht, und drei möchte ich kurz nennen.

Der erste Punkt war das Stichwort „Mitarbeiterbeteiligung“. Wie schaffen wir es, neue innovative Formen der Mitarbeiterbeteiligung für Start-ups, aber auch insgesamt für Unternehmen zu finden? Wenn wir ins Silicon Valley, aber auch in andere europäische Länder schauen, sehen wir, dass man an der einen oder anderen Stelle schon weiter ist. Es geht darum, dass junge Leute motiviert werden, in ein Start-up zu gehen, vielleicht auch bereit sind, am Anfang weniger zu verdienen und ein bisschen mehr als die Regelarbeitszeit zu verrichten, um dann am Ende etwas davon zu haben. Das ist ergänzend zur klassischen Mitbestimmung sicherlich ein ganz wichtiger Punkt im Sinne einer modernen Mitarbeiterbeteiligung.

Der zweite Punkt, den wir besprochen haben, ist die Frage der Finanzierung. Das ist kein Geheimnis. Wir diskutieren immer wieder darüber: Wie schaffen wir es? Wir machen schon so viel, zum Beispiel EXIST als Gründerstipendium. Am Anfang, in der risikobehafteten Phase, geben wir viel staatliches Geld, und wenn es in die Skalierung geht, spätestens wenn es um den Exit geht, kommen die amerikanischen und chinesischen Gelder. Das ist nicht in unserem Sinne. Denn wir verlieren die Gründer und natürlich auch das Know-how.

Im letzten Punkt ging es um die Menschen, um den Mittelstand. Da sind die Start-ups eine große Aufgabe, vor der wir stehen und die spannend ist. Auch dazu haben wir heute viele Ideen diskutiert.

Julia Klöckner: Apropos Ideen, meine letzte Frage: Das Publikum wurde ja einbezogen, gab es von ihm Ideen zu Gründungen oder Impulse? Ideen zünden schließlich dann, wenn Bedarf da ist und sie jemand umsetzen kann. Dann entstehen nicht nur Ideen, sondern auch Umsetzungen. Gab es dazu Vorschläge aus dem Publikum?

Ronja Kemmer: Ganz generell wurde die Frage angesprochen: Wie schaffen wir es, dass junge Leute wieder mehr Lust haben, zu gründen? Wie können wir dazu beitragen, dass das Unternehmersbild wieder attraktiver wird? Hierzu müssen wir sicherlich im Bildungsbereich diskutieren, damit wir am Ende viele Absolventen haben, die sich selbständig machen wollen und nicht im öffentlichen Dienst arbeiten wollen. Wir brauchen junge Menschen, die sagen: Ich mache mich selbständig, ich will selber etwas machen, ich will mit anpacken. Ich glaube, das ist eine große Aufgabe, vor der wir gesamtgesellschaftlich stehen.

Julia Klöckner: Danke schön, liebe Ronja Kemmer.

(Beifall)

Ich darf zum dritten und letzten Panel unserer Programmdebatte übergehen. Es war sehr gut besucht. Auch ich habe wie in die anderen Panels einmal reingeschaut. In diesem Zusammenhang möchte ich Danke an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sagen. Das war toll angelegt. Das war open-space-mäßig, man konnte sich hinsetzen und mitdiskutieren und anschließend weitergehen. Das war eine gute Sache.

(Beifall)

Das war der Dank und Applaus für die Mitarbeiter. Wir kommen jetzt zu Serap Güler. Sie hat die Programmdebatte 3 geleitet. Dabei ging es um das Thema „Demokratie braucht Debatte“. Wenn es zu ruhig wird, wird es für die Demokratie gefährlich. Respektvolle Debatten sind das Lebenselixier unserer Demokratie, und auch heute haben wir über das Thema „Wut und Hetze“ gesprochen. Dabei ging es auch darum, wohin es führt, wenn man andere Sichtweisen mundtot macht. Wir sind die politische Mitte, also Deutschlands starke politische Mitte.

Serap Güler, Du hast mit Jan Fleischhauer über diese Fragen diskutiert. Ihr habt auch über die Frage diskutiert: Woher kommt es, dass immer mehr glauben, selbst immer recht zu haben? Das führt dazu, dass die Diskussionsbreite aufgrund der moralischen Überhöhung der Frage, wer Recht hat, verkürzt wird.

Serap Güler: Liebe Julia, vielen Dank. Wir hatten eine sehr gute, intensive und auch kurzweilige Diskussion. Deshalb möchte ich gleich zu Beginn den Dank unserer Mitglieder für dieses Forum, für diese neue Art der Debatte im Rahmen eines Parteitags aussprechen. Wir haben mit Jan Fleischhauer über das Thema Meinungsfreiheit diskutiert. Er nannte das Beispiel, dass heutzutage schon ein kleines Wort, eine kleine Randbemerkung genügt, um eine Riesenempörungsg-

debatte daraus zu machen. Er hat dazu ein konkretes Beispiel, nämlich die Frage „Woher kommst Du?“ genannt. Er sagte, dass man eigentlich keinen gemeinsamen kommunikativen Nenner mehr findet und der kommunikative Raum immer kleiner wird, wenn man seinem Gegenüber bei einer so banalen Frage gleich etwas Negatives unterstellt. Ist das rassistisch gemeint? Will er mich ausgrenzen?

Er hat uns auf der anderen Seite als CDU Mut gemacht, zumindest habe ich das so im Rahmen der Debatte empfunden. Eine Frage eines Teilnehmers war, ob die Medien in Deutschland überwiegend links ausgerichtet seien. Die Antwort von Herrn Fleischhauer war: Ja, ein klares Ja. Aber das war doch schon immer so. Denken Sie nur an Helmut Kohl und daran, welcher Häme er manchmal ausgesetzt war. Dieser Mann hat 16 Jahre lang erfolgreich in diesem Land regiert. Deshalb lassen Sie sich nicht kleinreden. Haben Sie den Mut, Ihre Meinung zu äußern, aber – auch das gab er uns mit auf den Weg – auch ein bisschen die Gelassenheit, die Meinung des anderen zu akzeptieren und nicht sofort eine Empörungswelle daraus zu machen.

Julia Klöckner: Habt ihr auch darüber gesprochen, ob wir einen parteiinternen Handlungsbedarf haben, wenn es um Debattenkultur geht, und wenn ja, welchen? Es ging ja darum, wie die Debatte in unserer Gesellschaft ist und was sie mit den Rändern und der Mitte macht. Spannend wird es aber, was das für uns als Partei heißt.

Serap Güler: Er hat uns wirklich Mut gemacht, zu unserer Meinung zu stehen und nicht bei jedem kleinen Windstößchen einzuknicken oder in die Knie zu gehen. Er hat uns Mut gemacht, zur eigenen Meinung, zur eigenen Überzeugung zu stehen und dafür einzutreten. Das kam bei uns im Forum sehr gut an.

Julia Klöckner: Danke schön. Das war die perfekte Überleitung zum Schlusspunkt. Ich bedanke mich bei Serap Güler.

(Beifall)

Ich darf mich natürlich auch bei Rafael Laguna de la Vera, Christian Miele und Jan Fleischhauer dafür bedanken, dass sie extra angereist sind, um hier mit uns und unseren Moderatorinnen zu debattieren. Wir haben diesen Teil jetzt wirklich eingedampft, um gemeinsam etwas Zeit aufzuholen. Dennoch möchte ich noch auf etwas hinweisen: Unter dem Hashtag Leben 2030 können Sie am Stand der Fraktion der CDU/CSU Ihre Ideen hinterlassen. Sie können uns mitteilen, wie Sie 2030 leben wollen. Unter diesem Hashtag können Sie sich beteiligen.

Liebe Parteifreunde, verehrte Gäste! Das war ein kleiner Einblick; denn wir wollen Sie ermutigen, bei der nächsten Phase im kommenden Jahr an unserem Grundsatzprogramm weiterhin mitzuarbeiten. Dann sind wir in der entscheidenden Phase, dann kommen die ersten Textentwürfe. Ich möchte Sie ermutigen, mitzumachen. Bleiben Sie am Ball! Reden Sie mit! Diskutieren Sie mit! Ich möchte an den Appell von Serap Güler erinnern, andere Meinungen innerhalb der

Partei zuzulassen und dann fruchtbar darüber zu diskutieren; denn am Ende entscheiden Mehrheiten. Herzlichen Dank euch allen und uns einen weiteren guten Verlauf. Nachher geht es um weitere Debatten, die wir noch zu führen haben. – Danke schön.

(Beifall)

Annette Widmann-Mauz, Tagungspräsidium: Auch von unserer Seite ein herzliches Dankeschön für die Vorstellung der Ergebnisse. Herzlichen Dank an alle Delegierten, die sich an den Diskussionen mit den Impulsgebern und unseren Berichterstatte(r)innen beteiligt haben. Dir, liebe Julia, herzlichen Dank für diese tolle Moderation. Ich gebe weiter an Antje Tillmann, jetzt geht es in die Antragsberatungen.

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Liebe Delegierte! Wir starten mit etwa 90 Minuten Verspätung in die Antragsberatungen und fangen mit dem Antrag des Bundesvorstands „Nachhaltigkeit, Wachstum, Wohlstand – Die Soziale Marktwirtschaft von morgen“ an. Ich darf das Wort unserem Generalsekretär Paul Ziemiak geben, der diese Vorstellung dieses Antrags mit seinem Bericht verbindet. Lieber Paul, wir sind ganz Ohr.

(Beifall)

Paul Ziemiak, Generalsekretär der CDU: Liebe Antje! Verehrtes Tagungspräsidium! Sehr geehrte Bundeskanzlerin, liebe Angela! Liebe Annegret! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freundinnen und Freunde! Ich will gerne in diesen Leitantrag einführen und das gleichzeitig mit meinem Bericht als Generalsekretär verbinden. In Anbetracht der Zeit will ich es konkret, aber auch entsprechend knapp machen. Es ist mir ein tiefes Bedürfnis, mit Folgendem anzufangen: Liebe Annegret, das war eine starke Rede, die du hier heute gehalten hast. Du hast dieser Partei Richtung und Führung gegeben. Es hat Spaß und Freude gemacht, dir zuzuhören.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, uns ist das C entwendet worden aus dem Konrad-Adenauer-Haus. Die ersten Reaktionen waren: Na ja, das passiert der CDU. – Ich finde, unsere Reaktionen haben dazu geführt, dass im Netz, gerade in sozialen Netzwerken, über christliche Werte und was sie bedeuten gesprochen wird. Ich bin Greenpeace zutiefst dankbar, dass sie mit ihrer Aktion gezeigt haben, wie wichtig es ist, dass wir eine christliche, soziale Partei in Deutschland haben, die sich an diesen Werten orientiert.

(Beifall)

Zu einer christlich demokratischen Partei gehört auch Demut. Deshalb will ich zu Anfang sagen, dass dieses Jahr ein herausforderndes Jahr, ein schwieriges Jahr war. Ja, wir haben auch Fehler gemacht, nicht in den letzten Tagen und Wochen, aber in den letzten Monaten, in denen

wir falsch oder gar nicht auf Dinge, auch im Netz, reagiert haben. Ich kann ihnen als ihr Generalsekretär heute auf diesem Parteitag sagen: Wir haben uns das genau angeschaut. Wir haben aus diesen Fehlern gelernt. Ich sage ihnen: Wir werden besser mit jedem Tag, und wir werden in Zukunft besser sein, als wir es heute sind. Das ist auch wichtig für eine moderne Kommunikation in einer großen Volkspartei.

(Beifall)

Lassen Sie mich etwas zu den aktuellen Debatten sagen. Deutschland steht vor großen Herausforderungen. Die CDU steht vor Herausforderungen – gar keine Frage. Aber wir dürfen nicht verkennen – das ist heute schon angekommen –, dass es unserem Land, auch im Vergleich zu früheren Dekaden und auch im Vergleich zu anderen Ländern, gut geht. Ich erinnere mich gut an die Worte von Norbert Lammert, der gesagt hat: Es muss uns zu denken geben, dass, obwohl wir wissen, dass es kein Paradies auf Erden gibt, Millionen von Menschen auf der ganzen Welt jenes in keinem anderen Land mehr vermuten als in unserem Land.

Liebe Angela, das ist sehr mit deiner Arbeit als Bundeskanzlerin, mit der Arbeit deiner Vorgänger, mit der Arbeit unserer Ministerinnen und Minister verbunden, und es ist auch mit der Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion verbunden; Alexander Dobrindt ist hier. Ich möchte auch ausdrücklich Ralph Brinkhaus für seine Arbeit als Fraktionsvorsitzender danken. Auch das gehört dazu, wenn wir hier auf diesem Parteitag zusammenkommen.

(Beifall)

Dazu gehören auch unsere erfolgreichen Ministerpräsidenten, unsere Minister auf den Landesebenen, die Fraktionsvorsitzenden und alle, die vor Ort Verantwortung tragen. Ich sage: Die politischen Mitbewerber und Gegner stehen links und rechts von uns, aber sicherlich nicht in der eigenen Partei. Deswegen tut es manchmal so weh, dass die Wahlkämpfer, auch im vergangenen Jahr, von uns nicht den Rückenwind für ihre Arbeit und ihren unermüdlichen Einsatz bekommen haben, den sie verdient haben. Ich blicke mit Vorfreude auf die Wahlen, die vor uns liegen. Ich schaue nicht nur auf die Oberbürgermeisterwahl in Leipzig, sondern ich schaue auch nach Hamburg. Lieber Marcus Weinberg, wir stehen alle hinter dir und wünschen dir alles Gute für die Wahl in Hamburg in wenigen Monaten, Anfang des Jahres 2020.

(Beifall)

Die Wahl in Rheinland-Pfalz ist noch ein bisschen hin. Aber die CDU Rheinland-Pfalz ist mit ihrem Spitzenkandidaten Christian Baldauf gut aufgestellt. Es wird ein erfolgreicher Wahlkampf werden. Lieber Christian, wir stehen hinter dir! Wir werden dich unterstützen und wir werden gemeinsam siegen in Rheinland-Pfalz.

(Vereinzelt Beifall)

Natürlich gehört auch unser Stammland – das ist es wirklich – Baden-Württemberg dazu. Lieber Thomas Strobl, du hast mit Susanne Eisenmann als Spitzenkandidatin und Manuel Hagel als Generalsekretär ein tolles Team. Ich sage euch: Das wird ein erfolgreicher Wahlkampf in Baden-Württemberg und wir werden das Land wieder erobern. Davon bin ich fest überzeugt und dafür werden wir gemeinsam kämpfen.

(Vereinzelt Beifall)

Bei aller Demut, die man rückblickend empfindet, will ich auch danke sagen. Danke an alle, die mich unterstützt haben. Ich will einige erwähnen, vor allem aus dem Konrad-Adenauer-Haus. Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die unermüdlich mit unglaublich viel Leidenschaft, nicht nur im vergangenen Jahr, sondern in all den Jahren zuvor dort gearbeitet haben. Ralf Weidner: Ihr seid ein tolles Team, ihr seid engagiert. Ich sehe es jeden Tag und bin stolz, dass das Konrad-Adenauer-Haus so ein starkes Team hat.

(Vereinzelt Beifall)

Ich danke dem ersten Geschäftsführer, den ich als Generalsekretär erleben durfte, Klaus Schüler. Lieber Klaus, danke für die herzliche Aufnahme, für deine Unterstützung, für Rat und Tat, übrigens auch über deine Zeit als Bundesgeschäftsführer hinaus. Das tut gut.

(Vereinzelt Beifall)

Ich danke deinem Stellvertreter Ulf Leisner ganz herzlich, der auch maßgeblich für die Organisation dieses Parteitags verantwortlich ist. Ich sage danke für das Bisherige und freue mich auf das Neue. Lieber Stefan Hennewig, mit dir habe ich nicht nur einen neuen Bundesgeschäftsführer, sondern in dir habe ich auch einen Partner und Begleiter, einen Motivator gefunden, diese Partei neu zu strukturieren, neu aufzustellen. Das macht unheimlich viel Freude. Ich freue mich auf alles, was wir noch gemeinsam bewegen werden im Konrad-Adenauer-Haus und an der Spitze der Partei.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, es gibt Umfragen – das ist auch angeklungen –, die liegen irgendwo zwischen 25 und 30 Prozent. Da standen wir auch vor einem Jahr und stehen bis heute da. Das kann nicht unser Anspruch sein als Volkspartei. Deswegen haben wir zwei Leitansätze erarbeitet zur Digitalisierung und zur Sozialen Marktwirtschaft, die ganz wesentlich das inhaltliche Fundament für unsere Arbeit liefern, nicht nur in den kommenden Monaten, sondern auch in den kommenden Jahren. Wo andere von Umverteilung reden, da reden wir zuerst vom Erwirtschaften und von denjenigen, die jeden Tag Leistung bringen. Wir reden nicht von Gleichmacherei, sondern wir denken auch an den Einzelnen und sehen seine Stärken und Schwächen. Wo andere von Verboten sprechen, überzeugen wir als CDU. Wo andere ausgrenzen, da führen wir zusammen. Wo andere Angst vor der Zukunft haben, da machen wir Mut. Wir nehmen die Herausforderungen an.

Dass wir darüber sprechen, wie wir Soziale Marktwirtschaft nachhaltig gestalten – das tun wir in diesem Leitantrag –, ist ganz entscheidend für das Selbstverständnis der CDU. Auf der einen Seite geht es natürlich um die Fragen: Planungsrecht, Wettbewerbsfähigkeit und Unternehmensbesteuerung. Aber auf der anderen Seite gehört zur CDU noch etwas mehr, dass wir nämlich auch an diejenigen denken, die unsere Kinder klüger machen, die Haare schneiden, die Busse fahren und Nachtschichten schieben. Auch das ist Teil der CDU, das dürfen wir nicht vergessen, und wir müssen die politische Heimat für jeden in diesem Land sein, liebe Freundinnen und Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Danke an alle. Danke an Carsten Linnemann, das Gesicht der Sozialen Marktwirtschaft und natürlich danke an Karl-Josef Laumann. Lieber Karl-Josef, ich bin wirklich so dankbar, dass du unsere Visitenkarte im Bereich der Sozialen Marktwirtschaft bist. Es tut gut, dass wir so ein Team sind.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sind auch die Partei der inneren Sicherheit. Zunächst einmal freut mich – auch das schafft Vertrauen in den Rechtsstaat –, dass der Chef des sogenannten Miri-Clans, wie ich finde, zu Recht unser Land wieder verlassen muss. Wenn das anders gekommen wäre, hätten sich die Menschen zu Recht gefragt: Was soll das eigentlich? Wie kann jemand einreisen, der abgeschoben wurde und eine Einreisesperre hat? – Jetzt wird dem Rechtsstaat Genüge getan.

– Wenn wir über Vertrauen sprechen, geht es auch um das Thema Landwirtschaft. Dazu haben wir viel erarbeitet. Liebe Julia Klöckner, danke an dich für deine Arbeit, danke auch an Gitta Connemann, an Albert Stegemann, an Ursula Heinen-Esser und an alle anderen, die in diesem Bereich mitgearbeitet haben. –

Ich sage Nein aus ganz prinzipiellen Erwägungen heraus, weil es sich hier um Leute handelt, die ein anderes System wollen, die mit Rechtsradikalen, mit Rechtsextremen mitlaufen und die auch Neonazis in ihren eigenen Reihen dulden. Ich will viele Aussagen von Herrn Höcke nicht zitieren, weil er dieser Ehre nicht wert wäre. Aber wenn solche Leute Reden halten und dann über Helmut Kohl und seine Verdienste um die deutsche Einheit sprechen und ein Herr Höcke sagt, Helmut Kohl habe nichts getan, ihm sei der Mantel der Geschichte einfach gefaltet in den Schoß gefallen, dann sage ich Ihnen: Wir lassen es nicht zu, dass das Ansehen Helmut Kohls von solchen Menschen in den Dreck gezogen wird, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wenn wir das wissen und sagen, dann ist für uns klar: Weder Gespräche noch irgendeine Zusammenarbeit, geschweige denn eine Koalition kann es mit dieser Partei, mit diesen Menschen

geben. Denn sie stehen für das Gegenteil unserer Werte. Bürgerlich, christlich-demokratisch und konservativ zu sein heißt, anständig zu sein, nicht andere auszugrenzen, sondern zusammenzuführen. Wahre Patrioten sorgen sich um den Zusammenhalt unseres Vaterlandes. Diejenigen, die keine wahren Patrioten sind, haben ein Interesse an der Spaltung unseres Vaterlandes, liebe Freundinnen und Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Ähnlich verhält es sich, wenn auch aus anderen Gründen – das wurde schon gesagt –, mit der Linkspartei. Mit Menschen, die es noch immer nicht schaffen, die DDR als das zu bezeichnen, was sie war, nämlich als einen Unrechtsstaat, werden wir nicht zusammenarbeiten und nicht zusammenkommen.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn Teile dieser Partei vom Verfassungsschutz beobachtet werden, wenn sie andere Regime, die wir als Europäer nicht anerkennen, unterstützen; Regime, in denen Menschen getötet werden wie in dem in Venezuela, kann es für uns keine Zusammenarbeit geben.

Dann gibt es noch eine andere Partei, von der man nicht weiß, woran man ist. Das sind die Grünen. Das ist die große Überraschung. Sie kommen nett daher, machen einen auf sympathisch, aber dort, wo sie Verantwortung tragen, vor allem in ihrer Wunschkonstellation Rot-Rot-Grün, sehen wir das Elend dieser Politik. Schauen Sie nach Berlin, wo die Grünen ihre Ideen eins zu eins umsetzen können. Bei der inneren Sicherheit Berlins sind die Ideen und die Vorstellungen der Grünen, dass man Dienstränge bei der Polizei abschafft, weil sie zu sehr an Soldaten erinnern würden. So ein Quatsch! Ich sehe übrigens überhaupt nichts Negatives, wenn etwas an deutsche Soldatinnen und Soldaten erinnert. Das muss man an dieser Stelle auch einmal sagen.

(Beifall)

Nun zu einer Problematik: Im Görlitzer Park werden Drogen gedealt. Dort wird mit Rauschgift Handel getrieben. Dann entscheidet man, dass das zum Stadtbild gehört. In Berlin ist der Rauschgifthändler ein Fall für den Parkmanager. Liebe Freundinnen und Freunde, ein Rauschgifthändler ist nicht ein Fall für den Parkmanager, wie sich das die Grünen vorstellen, sondern für den Staatsanwalt. Derjenige, der in öffentlichen Räumen oder anderswo mit Rauschgift handelt, gehört weggesperrt.

(Beifall)

Wir brauchen einen klaren Kurs. Wir beraten heute daher über die beiden Anträge.

Es wird viel darüber diskutiert, was bei unserem Koalitionspartner, der SPD, passiert. Wir mischen uns nicht ein. Wir haben zum Teil auch den Überblick verloren, wer jetzt mit wem, wie

und wann kandidiert. Aber ich sage eines ganz deutlich – ich bitte die SPD, die vielleicht zuschaut, das zu notieren –: Wir haben einen Koalitionsvertrag abgeschlossen. Immer wieder, wenn sich die Welt verändert und neue Ereignisse da sind, muss man reagieren. Aber ich sage eines ganz deutlich: Es wird mit der CDU nicht noch einmal eine Verhandlung über einen neuen Koalitionsvertrag in dieser Legislaturperiode geben.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir das täten und jetzt über Monate hinweg wieder neue Koalitionsverhandlungen führen würden, würden es die Menschen schlicht und ergreifend nicht verstehen, wenn sich die GroKo wieder mit sich selbst beschäftigte. Die Menschen wollen, dass wir Probleme lösen und nicht Eigenbeschäftigung betreiben.

(Vereinzelt Beifall)

Wir werden diese Partei weiter erneuern; das ist ganz wichtig und notwendig. Deshalb haben wir eine Struktur- und Satzungskommission eingerichtet. Es gibt einige Vorschläge, von der Frage, wie man mit Familienmitgliedern beim Beitrag umgeht, über die Frage der Vereinigungen bis hin zu einem großen Antrag der Frauen Union, bei dem es um die Frage geht, wie man die Partizipation von Frauen an der Willensbildung innerhalb der CDU stärkt. Das wollen wir tun, auch auf Grundlage des Antrags der Frauen Union. Das ist der richtige Weg und das ist wichtig.

Wir werden diese Partei kommunikativ weiter erneuern. Wir werden uns im kommenden Jahr ein neues Grundsatzprogramm geben, weil wir die Fragen des 21. Jahrhunderts aus unseren Werten heraus als CDU immer wieder neu beantworten müssen. Diese Werte sind es – wenn ich zum C zurückkommen darf –, die uns zusammenhalten.

Zum Schluss will ich all denjenigen eine Geschichte erzählen, die manchmal den Glauben an die Volkspartei verlieren und sich manchmal fragen, was wir hier eigentlich machen. Ich war als Vorsitzender der Jungen Union viel zusammen und im Auto unterwegs mit – Sie alle kennen ihn – Professor Dr. Otto Wulff, dem Bundesvorsitzenden der Senioren-Union. Otto Wulff kann viele Geschichten von früher erzählen. Jede für sich ist interessant und spannend. Aber die, die mich am meisten beeindruckt hat, war die Geschichte von seinem Vater. Sein Vater war im Gefängnis der Gestapo und wurde entlassen, als der Zweite Weltkrieg zu Ende ging. Er kam in den kleinen Ort Hennen bei Iserlohn, meiner heutigen Heimatstadt, zurück. Die Leute sahen, was mit ihm passiert war, oder sie wussten es. Einige Zeit später gründete er mit anderen Leuten, die von der Front zurückkamen, Landwirten und Handwerkern in ganz bescheidenen Verhältnissen, als Deutschland in Schutt und Asche lag, in der Küche bei einer Erbsensuppe und schwarzgebranntem Korn die Christlich Demokratische Union, eine kleine Ortsunion, weil sie an die Zukunft Deutschlands geglaubt haben.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn nun einige sagen: „Wo geht es denn hin? Was ist mit den Volksparteien?“, dann sage ich als junger Generalsekretär: Was sind wir denn bloß für Pessimisten! Wenn der Vater von Otto Wulff und seine Freunde damals die Einstellung gehabt hätten, wie wir sie heute manchmal haben, dann hätten sie weder die CDU gegründet noch Deutschland wiederaufgebaut, liebe Freundinnen und Freunde. Lasst uns den Mut, den die Menschen damals gehabt haben, beispielhaft aufgreifen.

(Beifall)

Gute Patrioten zu sein, stolz auf unsere Fahne zu sein und die Nationalhymne mit vollem Stolz zu singen, weil sie für etwas steht, das heißt für uns auch, dass wir das Land zusammenhalten. Das darf keine Worthülse sein. Wenn Menschen und insbesondere Kinder wegen ihres anderslautenden Vornamens oder wegen ihrer Hautfarbe ausgegrenzt werden, dann ist das Antisemitismus. Das ist nicht ein Problem der betroffenen Menschen, mit denen wir solidarisch sind. Wo immer Menschen ausgegrenzt werden, ist das unser Problem, unser aller Problem.

Meine Damen und Herren, die letzten Monate waren nicht immer einfach. Wir haben viel zusammen diskutiert und debattiert, und es wurde kritisch berichtet. So soll es auch sein. Aber ich stehe heute vor ihnen. Meine Eltern sind 1988 aus Polen nach Deutschland gekommen, und zwar in diesen Ort, wo Otto Wulffs Vater die CDU gegründet hat. Alles, was ich im Leben erleben durfte, nicht nur dass ich hier vorne stehe, sondern alles, was ich von diesem Land bekommen habe, ist unmittelbar verbunden mit der Politik der CDU.

Wenn Sie mich fragen: „Warum machst du das? Verliert man da nicht manchmal die Lust?“, dann sage ich: Nein! Denn wenn ich sonntagabends meinen Kindern und meiner Frau auf Wiedersehen sage und nach Berlin fahre, dann weiß ich, wofür ich das tue. Wir machen Politik in der CDU, mit der CDU, nicht für uns, nicht für irgendetwas Abstraktes, sondern für unser Vaterland und die Zukunft unserer Kinder.

Wenn Sie die gleiche Leidenschaft spüren, wenn Sie den gleichen Mut haben, dann, – davon bin ich fest überzeugt – werden wir erfolgreich sein. Dafür werde ich hart arbeiten. Dafür werden wir kommunizieren. Wir werden gute, geile Kampagnen machen. Wir werden mit diesen Inhalten, auch auf der Grundlage der Anträge, und mit Annegret Kramp-Karrenbauer als unserer Vorsitzenden, Wahlen gewinnen. Daran glaube ich. Gott schütze Sie! – Danke schön.

(Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Lieber Paul, herzlichen Dank für deinen Bericht als Generalsekretär. Danke auch für den sehr aufmunternden und temperamentvollen Schluss! Gute Kampagnen machen: Mit der C-Kampagne, die gestern gestartet ist, habt ihr gezeigt, dass ihr das könnt. Das hat zu viel Schmunzeln geführt. Gott sei Dank ist das C wieder da. Wir werden sicherstellen, dass es uns nicht wieder verloren geht.

(Heiterkeit)

Mir liegen keine Wortmeldungen zu dem Bericht des Generalsekretärs vor. – Dann können wir jetzt mit der Beratung über den Antrag „Nachhaltigkeit, Wachstum, Wohlstand – Die Soziale Marktwirtschaft von Morgen“ des Bundesvorstandes beginnen. Dieser Antrag wird durch ein Video eingeleitet.

(Videoeinspielung)

Danke für diese Einführung. Sie finden den Antrag des Bundesvorstandes in den Anträgen 1 bis 184. Die Zahl zeigt, dass wir sehr konzentriert vorgehen müssen. Die Sammlung der Anträge und Empfehlungen sehen Sie in Ihrem Tablet auf den Bildern 4 bis 101. Ich werde die einzelnen Ziffern und Zifferngruppen des Antrags aufrufen und jeweils über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen lassen. Gibt es gegen dieses Verfahren Widerspruch? – Nein. Das ist gut; das wäre sonst ein schlechter Start in die Antragsberatungen.

Ich rufe Ziffer 1 auf. Zu Ziffer 1 gehört der Antrag A 1. Dazu gibt es eine Wortmeldung von unserer Bundesbildungsministerin Anja Karliczek.

Anja Karliczek: Liebe Freundinnen und Freunde, ich will es gar nicht lang machen. Deutschland – das haben wir eben gehört – ist das Land der Dichter und Denker. Deutschland ist auch Innovationsland. Wir haben gute Schulen, gute Hochschulen, eine attraktive duale Ausbildung und eine starke Forschungslandschaft. Die Welt schaut mit Bewunderung auf Deutschland. Gerade deshalb ist es wichtig, dass wir jetzt einen Konsens darüber finden, dass Innovation, Bildung und Forschung die Kernthemen der nächsten Jahre sind. Denn wir wollen selbstverständlich Innovationsland bleiben. Wir wollen das Innovationsland sein. Deshalb müssen wir alle unsere Kraft und unsere Ideen investieren. Es muss unsere CDU sein, die als gestaltende Kraft die nächsten Jahre bestimmt. Denn wir sind diejenigen, die Leistung hochhalten. Wir sind diejenigen, die wissen, dass vor dem Verteilen das Erwirtschaften kommt. Vor dem Erwirtschaften kommen Bildung und Forschung.

Wir stehen vor großen Herausforderungen: Klimawandel, Digitalisierung, Energiewende. Darauf müssen wir auch technologische Antworten haben. Wir sollten keine Verbote verhängen. Deshalb werden wir grünen Wasserstoff fördern sowie Quantentechnologien und KI vorantreiben. Wir müssen bei diesen Themen überall Weltspitze sein. Das ist auch der Geist unseres Leitanspruchs.

Ebenso ist es in der Bildung. Ich komme gerade aus China und kann Ihnen eines sagen: Die Chinesen wollen nicht nur mithalten; sie wollen besser werden als wir. Und sie werden immer schneller immer besser. Deshalb müssen wir uns anstrengen. Mittelmaß ist für ein Innovationsland wie Deutschland keine Alternative. Wir haben aber genau das gerade in mehreren Studien belegt bekommen.

Unser Anspruch als Union kann doch hier nur heißen: Wir wollen wieder Spitzenplätze belegen. Unsere Bildung muss erstklassig sein, von der Kita bis zum Alter. Das sind wir den Menschen schuldig.

Wir müssen jedem immer wieder Perspektiven zur Weiterbildung eröffnen. Deshalb müssen wir uns auch daran messen lassen, dass wir die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern in der Bildung verbessern. Nur mit hoher Qualität, Vergleichbarkeit und Transparenz über die gesamte Bildungskette sind und bleiben wir fit für den internationalen Wettbewerb.

Liebe Freunde, es kann doch nicht sein, dass es im Land Berlin in der Kita zwar eine Pflicht zur Sprachförderung gibt, dass dort in der Praxis trotzdem viele Kinder mit Sprachdefiziten in die Schule kommen. Wir versündigen uns an den Kindern und den Lehrern; denn von denen erwarten wir, dass sie die Versäumnisse ausbügeln. So geht es nicht! Deshalb bin ich meiner Kollegin Karin Prien sehr dankbar, dass sie morgen einen Antrag zu diesem Thema einbringen wird.

Ebenso kann es uns nicht kalt lassen, dass wir in diesem Land 6,2 Millionen funktionale Analphabeten haben. Die meisten davon haben die Schule in unserem Land besucht. Wir brauchen deshalb dringend eine bessere Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern für hohe Qualität, für Vergleichbarkeit und Transparenz im gesamten Bildungssystem. Die Union ist die Partei, die für Bildung, Forschung und Innovation steht. Das ist CDU pur. – Danke.

(Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Anja, für die Erläuterungen zu dem Antrag des Bundesvorstandes. – Ich habe keine weiteren Wortmeldungen zu Ziffer 1 vorliegen. Deshalb lasse ich über das Votum der Antragskommission, Antrag A 1 anzunehmen, abstimmen. Wer ist dafür, dass wir diesen Antrag so annehmen? – Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Dann ist der Antrag A 1 so angenommen.

Ich rufe Ziffer 2 auf. Zu Ziffer 2 gehören die Anträge A 2 und A 3 von den Seiten 4 und 5 der Antragsbroschüre. Dazu liegen mir keine Wortmeldungen vor. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Nein. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer ist für die Empfehlung der Antragskommission? – Wer ist dagegen? – Auch hier ein breites Votum. Enthaltungen? – Dann ist auch dieser Antrag entsprechend dem Votum der Antragskommission angenommen.

Zu Ziffer 3 gehören die Anträge A 4 bis A 8. Auch dazu liegen mir im Moment keine Wortmeldungen vor, sodass wir die Anträge 104 und 105 noch dazunehmen können. Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer ist für das Votum der Antragskommission? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Auch hier breite Zustimmung zu dem Votum der Antragskommission.

Ich rufe Ziffer 4 auf. Dazu gehören die Anträge A 9 bis A 12, Seiten 8 bis 10 der Antragsmappe. Auch dazu liegen mir keine Wortmeldungen vor. Ich lasse über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Auch hier breite Zustimmung für das Votum der Antragskommission.

Ziffer 5: Zu Ziffer 5 gehören die Anträge A 13 bis A 18. Auch dazu liegen mir keine Wortmeldungen vor, sodass wir sofort abstimmen können. Wer ist für das Votum der Antragskommission? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist auch diese Ziffer mit deutlicher Mehrheit angenommen.

Ich rufe Ziffer 6 auf. Dazu gehört der Antrag A 19 der Antragsbroschüre. Auch hierzu keine Wortmeldungen. Ich lasse darüber abstimmen. Wer ist für das Votum der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Ziffer 7: Zur Ziffer 7 gehört der Antrag A 20. Auch dazu gibt es bisher keine Wortmeldungen. Ich lasse abstimmen. Wer ist für das Votum der Antragskommission? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Ich glaube, das ist einstimmig, ich kann aber nicht jede einzelne Gegenstimme sehen. Von daher: Wenn Sie Wert darauf legen, dass das dokumentiert wird, bitte Bescheid sagen.

Ziffer 8: Anträge A 21 bis A 27. Hierzu gibt es keine Wortmeldungen. Deshalb lasse ich auch da sofort abstimmen. Wer ist für das Votum der Antragskommission? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Somit ist auch Ziffer 8 einstimmig angenommen.

Ziffer 9: Anträge A 28 bis A 31. Es liegen bisher keine Wortmeldungen vor. Dann lasse ich auch hier sofort abstimmen. Wer ist für das Votum der Antragskommission? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Auch diese Ziffer ist mit großer Mehrheit angenommen.

Ziffer 10: Dazu gehören die Anträge A 32 bis A 38. Dazu gibt es bisher auch keine Wortmeldungen. Deshalb lasse ich auch da direkt abstimmen. Wer ist für das Votum der Antragskommission? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Danke für dieses Votum für die Ziffer 10.

Ziffer 11: Dazu gehören die Anträge A 39 bis A 44. Auch dazu gibt es noch keine Wortmeldungen. Dann lasse ich über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer ist für den Antrag? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist auch Ziffer 11 angenommen.

Ziffer 12: Dazu gehören die Anträge A 45 bis A 50. Hier gibt es eine Wortmeldung von Tim Peters, den ich hiermit nach vorn bitte. Während er nach vorn kommt, gebe ich Ihnen einen kurzen Überblick: Wir haben noch ungefähr 300 Anträge. Deshalb wäre es schön, wenn Tim Peters dies berücksichtigen und sich kurz und knackig äußern würde. Sie haben das Wort.

Tim Peters: Der CDU-Auslandsverband Brüssel beantragt die Streichung der Zeilen 251 bis 255. Wir halten Grenzausgleichsmaßnahmen für gefährlich. Wir denken, dass sie den Freihandel gefährden, wenn wir damit anfangen. Und wir halten sie auch nicht für administrierbar.

Wir glauben, in so einem iPad, das jeder bei sich herumliegen hat, sind Tausende kleine Teile. Wenn man jetzt für jedes Teil ausrechnen wollte, wie viel CO₂ darin steckt, und feststellen wollte, wo die Teile hergestellt worden sind, käme man nicht mehr hinterher. Deswegen fordern wir die Ablehnung dieses Bezugs zu Grenzausgleichsmaßnahmen. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Danke für die kurze Begründung. – Andy Jung für die Antragskommission erwidert.

Andreas Jung, Antragskommission: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die Antragskommission darf ich darum bitten, den Antrag abzulehnen. Ich möchte allerdings dazusagen, dass wir die Bedenken, die hinter der Antragstellung stehen, durchaus nachvollziehen können. Ich möchte aber darauf verweisen, dass die Formulierung, die hier gewählt wurde, eine sehr zurückhaltende Formulierung ist, da es da heißt:

„Wenn ein marktgerechter Preis international nicht zügig umgesetzt werden kann, sind Grenzausgleichsmaßnahmen zu prüfen und unter Umständen bei Verhandlungen künftiger Handelsabkommen zu berücksichtigen ...“ – Und das ist das Entscheidende. Es geht eben nicht um einseitige Maßnahmen, die zu Reaktion und Gegenreaktion führen könnten, sondern darum, dass wir bei einem so wichtigen Thema wie dem Klimaschutz die Erwartung an Andere haben, dass sie auch entsprechende Maßnahmen umsetzen. Und wenn das nicht der Fall ist, dann wollen wir mit denen in zukünftig zu schließenden Handelsabkommen auf Augenhöhe verhandeln. Damit, finden wir, sind die Bedenken berücksichtigt und wird gesagt: Es kann nicht sein, dass wir engagierte konsequente Maßnahmen ergreifen, Andere aber nicht. – Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Danke schön auch für das Votum der Antragskommission.

Ich würde zunächst über die Anträge A 45, A 46, A 47, A 48 und A 50 abstimmen lassen, weil hierzu keine Wortmeldung vorliegt. Wer ist da für das Votum der Antragskommission? – Wer ist dagegen? – Zwei, drei Gegenstimmen. – Wer enthält sich? – Es gibt einzelne Enthaltungen. Damit sind diese Anträge angenommen.

Ich lasse jetzt über den Antrag A 49 einzeln abstimmen, über den gerade gesprochen wurde. Wer folgt da dem Votum der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einer Reihe von Gegenstimmen und einigen Enthaltungen hat das Votum der Antragskommission die Mehrheit gefunden.

(Vereinzelt Beifall)

Ziffer 13: Zu Ziffer 13 gehören die Anträge A 51 bis A 59. Ziffer 14: Dazu gehören die Anträge A 60 bis A 62. Ziffer 15: Dazu gehören die Anträge A 63 und A 64. Ich zähle jetzt eine ganze Reihe von Anträgen auf, da mir dazu keine Wortmeldungen vorliegen. – Ziffer 16: Anträge A 65 bis A 67. Ziffer 17: Anträge A 68 bis A 70. Ziffer 18: Anträge A 71 bis A 76. Für all diese Anträge liegen keine Wortmeldungen vor. Deshalb würde ich das Votum der Antragskommission für all diese Anträge gemeinsam abstimmen lassen und frage: Wer ist für das Votum der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Es gibt einzelne Enthaltungen. Mit großer Mehrheit sind diese Anträge angenommen.

Ich habe für die Ziffer 19 – dazu gehören die Anträge A 77 bis A 81 und der Antrag 84 –, für die Ziffer 20 – dazu gehören die Anträge A 82 bis A 88 – und für die Ziffer 21 – dazu gehören die Anträge A 89 bis A 91 – ebenfalls keine Wortmeldungen. Deshalb lasse ich über das Votum der Antragskommission auch da gemeinsam abstimmen. Wer ist für das Votum der Antragskommission? – Wer ist dagegen? – Wer Enthält sich? – Damit sind auch diese Anträge mit großer Mehrheit angenommen.

Ziffer 22 – dazu gehört der Antrag A 92 -, Ziffer 23 mit den Anträgen A 93 bis A 102, Ziffer 24 mit den Anträgen A 103 bis A 108 und Ziffer 25 mit den Anträgen A 109 bis A 111 sind bis auf den Antrag A 111 bisher auch ohne Wortmeldungen. Deshalb bitte ich auch da, über die Anträge einschließlich A 110 zum Votum der Antragskommission abzustimmen. Wer ist für das Votum der Antragskommission? – Wer ist dagegen? – Wer Enthält sich? – Damit sind auch diese Anträge mit großer Mehrheit angenommen.

Zum Antrag 111 hat sich Philipp Albrecht gemeldet und möchte dazu sprechen. Würden Sie mir bitte signalisieren, an welchem Mikrofon Sie stehen? – Ich sehe im Moment niemanden, der dazu sprechen will. Wir können diesen Antrag zurückstellen. – Dann beginnt die Antragskommission. Es wäre schön, wenn in der Zwischenzeit jemand Philipp Albrecht Bescheid sagen würde.

Andreas Jung, Antragskommission: Auch wenn Philipp Albrecht die Intention des Antrags des Kreisverbandes Vechta jetzt nicht begründet hat, will ich sagen, dass wir in der Antragskommission die Stoßrichtung des Antrags teilen und ebenfalls der Meinung sind, dass, wenn im Rahmen des Kohleausstiegs jetzt bei uns Kapazitäten bei der Kohle stillgelegt werden, der Effekt davon nicht sein sollte, dass die Zertifikate trotzdem im Markt bleiben und dann woanders zu CO₂-Ausstoß führen. Deshalb teilen wir das Anliegen und wollen das Votum insofern ändern, als es dann lautet:

„Der Kohleausstieg ist ein wesentlicher Bestandteil der Energiewende und damit eine zentrale Maßnahme für mehr Klimaschutz. Er muss zur Reduzierung der Menge der Emissionszertifikate benutzt werden.“

(Vereinzelt Beifall)

Damit wird das Anliegen des Antragstellers aufgenommen. Unser Vorschlag wäre, diese geänderte Fassung zu beschließen.

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Danke schön, Andy Jung. – Ist der Antragsteller mittlerweile hier? – Sonst kann ich nach der Erfahrung ja nur empfehlen, dass möglichst niemand spricht, weil die Antragskommission dann immer dem Votum der Antragsteller folgt. – Ich sehe den Antragsteller nicht. Können wir trotzdem über diesen Antrag mit dem geänderten Votum der Antragskommission abstimmen? Sind Sie damit einverstanden? – Dann frage ich: Wer stimmt

dem Votum der Antragskommission in der geänderten Fassung zu? – Wer lehnt das Votum der Antragskommission in der geänderten Fassung ab? – Es gibt wenige Gegenstimmen. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist Antrag 111 mit dem geänderten Votum der Antragskommission angenommen.

Ich bitte darum, sich jetzt ein bisschen zu konzentrieren, weil wir bis zum Antrag 153 keine Wortmeldungen mehr haben. Ich lese die Anträge aber jeweils vor: Zur Ziffer 26 sind es die Anträge A 112 bis A 116. Zur Ziffer 27 sind es die Anträge A 50, A 85 sowie A 117 bis A 123. Zur Ziffer 28 sind es die Anträge A 124 und A 125. Zu Ziffer 29 sind es die Anträge A 17, A 126 und A 127. Zu Ziffer 30 sind es die Anträge A 128 bis A 131. Zu Ziffer 31 sind es die Anträge A 132 bis A 134. Zu Ziffer 32 sind es die Anträge A 135 bis A 139. Zu Ziffer 33 sind es die Anträge A 140 bis A 143. Zu Ziffer 34 sind es die Anträge A 144 bis A 149. Zu Ziffer 35 sind es die Anträge A 40, A 41 sowie die Anträge A 150 bis 152.

Zu all diesen Anträgen liegen keine Wortmeldungen vor. Deswegen können wir direkt über das Votum der Antragskommission abstimmen. Ich bitte um das Kartenzeichen derjenigen, die dafür sind. – Wer ist gegen das Votum der Antragskommission? – Vereinzelte Gegenstimmen. Enthaltungen? – Keine. Dann sind diese Anträge entsprechend dem Votum der Antragskommission angenommen.

Zum Antrag A 153 liegt mir eine Wortmeldung von Uwe Lagosky vor. Ist er im Raum und mag zu seinem Antrag sprechen? – Da kommt er. Herzlich willkommen!

Uwe Lagosky: Frau Tagungspräsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ist das Arbeitszeitgesetz noch zeitgemäß? – Diese Frage steckt hinter diesem Punkt der Antragsstellung, die wir heute hier entsprechend zu behandeln haben.

Ich habe absolutes Verständnis für die Generationen Y und X, die mit digitalen Medien, die von Anfang an mit den Rechnern, die als Allererstes da waren, mit Tablets, Telefon und dergleichen aufgewachsen sind, dafür, dass sie heute eben sagen: Wenn ich das alles in der Freizeit gemacht habe, mein ganzes Leben damit verbracht habe, dann möchte ich das auch in der Arbeitswelt tun. Allerdings ergibt sich dann in den Betrieben natürlich auch die Tatsache, dass dort Leistungsdruck herrscht, dass es um Projekte geht, dass man eben arbeiten muss. Dann kommt man, wenn man diese Medien zeitlich überwiegend benutzt, sehr schnell dazu, dass man in Stresssituationen und dergleichen gerät und der Druck dann eben doch da ist. Da geht es dieser Generation genauso wie uns, der Generation der Babyboomer, die wir das auch alle einmal erlebt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist deshalb gerechtfertigt, hier Folgendes zu fragen: Ist es richtig, an eines der zentralen Arbeitsschutzgesetze, das wir in Deutschland haben, nämlich dieses Arbeitszeitgesetz, die Axt anzulegen? Ich glaube, wenn wir diesem Antrag in der Fassung

der Antragskommission und der Fassung der Jungen Union als auch der Fassung des Bundesvorstandes der MIT Recht geben, dann setzen wir die Axt an eines der zentralen Arbeitszeitgesetze in Deutschland.

Es ist auch begründet, und diese Begründung will ich an dieser Stelle auch geben, selbst wenn die Zeit fortgeschritten ist. Nach der achten Stunde, so sagt die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, und dies nicht erst seit heute, sondern seit ewigen Tagen, nimmt die Unfallhäufigkeit im Beruf und in der Arbeit entsprechend zu. Deshalb lautet die Begründung der Ablehnung, dass wir in den Betrieben keine Unfälle haben und darüber hinaus dafür sorgen wollen, möglichst eine Quote von null bei Unfällen in den Betrieben zu haben. Wenn wir die Arbeitszeit nach hinten hin ausweiten, dann ist das eben etwas, was nicht im Sinne dieser Regelung ist. Darüber hinaus gilt: Werden Ruhezeiten entsprechend verringert oder nicht eingehalten, ergibt sich ebenfalls die Situation, dass die Unfallhäufigkeit entsprechend steigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Deshalb ist es mir absolut wichtig, dass wir heute hier das Votum der Antragskommission ablehnen – darin bin ich mir mit den Kollegen des Bundesvorstandes der CDA einig – und darüber hinaus dem Antrag der CDA zustimmen. Dies ist der Antrag A 155. Da geht es im Übrigen nur um ein Wort, nämlich darum, statt des Wortes „Sozialpartner“ das Wort „Tarifpartner“ in die Fassung zu schreiben und den Antrag des Bundesvorstandes der JU und der MIT entsprechend abzulehnen.

Es geht um den Arbeitsschutz, es geht um möglichst wenig Unfälle, und zwar von Beschäftigten in der Industrie, im Handel, im Dienstleistungsbereich, im Handwerk und in der Landwirtschaft, insgesamt 45 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland. Es geht darum, das Soziale in der Marktwirtschaft zu erhalten. Insofern bitte ich, entsprechend so zu verfahren. – Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Lagosky. – Von der Antragskommission möchte zu diesem Antrag Peter Altmaier, unser Wirtschaftsminister, sprechen.

Peter Altmaier, Antragskommission: Liebe Parteifreunde und Parteifreundinnen! Lieber Uwe Lagosky! Ich bin ja nun auch Mitglied der CDA, seit ich mein erstes Geld verdient habe, und unterstütze sie in sehr vieler Hinsicht, aber bitte um Verständnis, dass ich mich hier dem Votum der Antragskommission und auch den Anträgen der Jungen Union und der MIT anschließen möchte.

Wenn man mit Mittelständlern spricht, wenn man mit Vertretern von Start-ups spricht, wenn man mit vielen Unternehmen spricht, dann ist bei der Thematik Bürokratisierung das Thema Arbeitszeitregelung das wichtigste, was kommt, zusammen mit den Dokumentationspflichten für den Mindestlohn und mit der A1-Bescheinigung bei der Entsendung.

(Teilweise Beifall)

Der Punkt, um den es hier geht, lieber Uwe, ist, dass wir eigentlich alle wollen, dass hohe Sozialstandards gelten. Aber es gibt neben dem deutschen Arbeitszeitgesetz eine europäische Arbeitszeitrichtlinie, und diese europäische Richtlinie gibt ein höheres Maß an Flexibilität, weil sie ein Abstellen auf die Wochenbetrachtung und nicht nur auf die Tagesbetrachtung ermöglicht.

Ich bin selbst Beamter der Europäischen Kommission. Ich habe in der Generaldirektion v für soziale Angelegenheiten, gearbeitet und weiß, dass der Sozialschutz seit vielen Jahrzehnten bei der Europäischen Kommission und beim Europäischen Parlament hervorragend aufgehoben ist. Deshalb fragen uns viele Unternehmerinnen und Unternehmer, übrigens oft auch unterstützt von ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: Warum können wir nicht das machen, was auf europäischer Ebene möglich ist?

Ein letztes Argument: Wir haben in den Koalitionsverhandlungen versucht, eine vernünftige gemeinsame Lösung mit dem Koalitionspartner zu verhandeln. Im Koalitionsvertrag steht, dass wir Experimentierräume eröffnen wollen. Das ist in der Zuständigkeit eines meiner Kollegen. Unsere Freunde von der SPD haben sich in den letzten zwei Jahren in dieser Frage noch keinen Millimeter bewegt. Wenn wir erreichen wollen, dass wir all den vielen Menschen, die sich ein bisschen mehr Flexibilität wünschen, Hoffnung geben, dann bitte ich darum, dass wir dem Antrag in der vorliegenden Fassung der Antragskommission zustimmen. – Vielen herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Danke auch für das Votum der Antragskommission. – Ich lasse jetzt über den Antrag A 153 abstimmen. Wer ist für das Votum der Antragskommission? – Wer ist gegen das Votum der Antragskommission? – Es gibt einige Gegenstimmen. – Wer enthält sich? – Es gibt auch einige Enthaltungen. Damit ist der Antrag A 153 in der Fassung des Votums der Antragskommission angenommen.

Zu den Anträgen A 154, A 155 und A 157 gibt es keine Wortmeldungen. Deshalb lasse ich da auch direkt über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer ist für das Votum der Antragskommission auch in Bezug auf diese Anträge? – Wer ist gegen das Votum der Antragskommission? – Wer enthält sich? – Dann sind diese Anträge ebenfalls mit großer Mehrheit angenommen.

Zu dem Antrag A 156 gibt es eine Wortmeldung von Michael Littich, der nach meinen Unterlagen auf die Bühne kommen möchte. – Herzlich willkommen!

– Das hat sich erledigt. Das heißt, dass wir auch da ohne Debatte sofort über das Votum der Antragskommission abstimmen können. Antrag 156: Wer ist für das Votum der Antragskommission? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mit wenigen Enthaltungen ist auch dieser Antrag angenommen.

Ich rufe die Anträge 158 und 159 auf und lasse auch da über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer ist für das Votum der Antragskommission? – Wer ist gegen das Votum? – Keiner. Wer enthält sich? – Auch niemand. Dann sind auch diese beiden Anträge im Votum der Antragskommission angenommen.

Ich rufe die Ziffer 38 auf und bitte um Aufmerksamkeit, weil jetzt, nachdem wir warmgelaufen sind, erschwerte Bedingungen auf Sie zukommen. Zu Ziffer 138 gehören nämlich nicht nur die Anträge 130 und 160 bis 166, sondern wir rufen zeitgleich auch die C-Anträge zu diesem Thema auf. Das sind die Anträge C 4, C 16, C 7 und der Initiativantrag 1.

Es gibt eine Wortmeldung zum Antrag 162 von Ulf Thiele. – Da ist er schon. Herzlich willkommen!

Ulf Thiele: Verehrtes Präsidium! Meine Damen! Meine Herren! Ich habe mich zu dem Antrag 162 der CDA, der sich auf den Antrag A 160 des Bundesvorstandes bezieht, gemeldet, weil dieser – für die Kombination bin ich auch sehr dankbar – im Kontext von Antrag C 4 steht.

Ich habe den Leitantrag des Bundesvorstandes so verstanden, dass wir damit eine Prägung für die Soziale Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts erreichen wollen, mit einer klaren christdemokratischen Handschrift. In diesem Zusammenhang ist es absolut begrüßenswert, dass der Bundesvorstand den Vorschlag gemacht hat, bei der Ausrichtung des Alterssicherungssystems sowohl die gesetzliche Rentenversicherung – Stichwort: Grundrente – und die Betriebsrente mit einer neuen Prägung zu versehen als auch einen Vorschlag zum Umgang mit der privaten Altersversorgung zu machen.

Nun enthält der Antrag 162 der CDA den Vorschlag – das hat mich gewundert –, eine Passage zu streichen, nämlich die Passage – Zitat –:

Einer Verstaatlichung der dritten Säule der Alterssicherung erteilen wir eine klare Absage.

Ich finde diesen Satz sehr klug; denn er prägt mit den übrigen Anträgen und im Kontext des Antrages des Bundesvorstandes das Profil der CDU, auf der einen Seite Sozialstaatlichkeit und Fürsorge und auf der anderen Seite den Geist von Freiheit und Verantwortung zu leben. Die Frage, warum er gestrichen werden soll, beantwortet sich mit Blick auf den Antrag C 4, in dem die Antragskommission auf Antrag der CDA empfiehlt, ein staatlich organisiertes, staatlich ausgeschrieben, staatlich kontrolliertes, gesetzlich selbst bei Abschlusskosten, Verwaltungskosten etc. geregeltes und für alle Arbeitnehmer verpflichtendes Standardvorsorgeprodukt der dritten Säule der Altersversorgung einzuführen.

Meine Damen, meine Herren, in aller Kürze und Klarheit: Das ist nichts anderes als eine Verstaatlichung der privaten Altersversorgung. Das ist Staatssozialismus, das ist Bevormundung, das ist das Gegenteil von dem, was der Bundesvorstand zuvor erreichen wollte. Er hatte eine kluge Formulierung gefunden, um insbesondere auch die Eigenverantwortung im Kontext der Rentenversicherung zu stärken.

Meine Damen, meine Herren, ich bitte Sie, dem Bundesvorstand zu folgen und das Votum der Antragskommission abzulehnen. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission spricht Karl-Josef Laumann.

Karl-Josef Laumann, Antragskommission: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! An diesem Punkt geht es um die Weiterentwicklung der zweiten Säule der Alterssicherung, das heißt neben der gesetzlichen Rente eben auch um die private und betriebliche Vorsorge kapitalgedeckter Art.

Jetzt ist die Situation in Deutschland so, dass wir in den letzten drei, vier Jahren keine Verbreiterung der privaten und betrieblichen Vorsorge hinbekommen haben. Wir treten mit rund 16 Millionen abgesicherten Menschen auf der Stelle, und das war es.

In dieser Situation, in der wir die Leistung der Rentenversicherung aufgrund der Demografie zurückführen müssen, muss man natürlich über die Frage nachdenken: Wie soll das für die Menschen aufgehen, wenn die private Vorsorge nicht ausgebaut wird, vor allen Dingen bei denjenigen nicht, die Sorge haben müssen, in die Altersarmut zu fallen? Wir haben die Situation, dass diejenigen, die über 5 000 Euro brutto verdienen, zu 75 Prozent Betriebsrenten haben, und diejenigen, die unter 2 000 Euro brutto verdienen, nicht einmal zu 10 Prozent Betriebsrenten haben.

Deswegen ist die Frage: Wie kommen wir hier voran? Viele Produkte, die unter dem Stichwort „Riester“ laufen, sind im Vertrieb sehr teuer und werfen für die Leute kaum Rendite ab. Deswegen hat die CDA diese Anträge gestellt, die die Mittelstandsvereinigung kritisiert.

Wir haben uns heute Nachmittag zusammengesetzt, und die Antragskommission möchte Ihnen den Vorschlag machen, dass wir den Initiativantrag 1 der Mittelstandsvereinigung annehmen. Wir haben uns im Grunde auf folgendes Vorgehen geeinigt:

Erstens. Die sogenannte Riesterrente wird entbürokratisiert und attraktiver gestaltet. Zweitens. Die private Versicherungswirtschaft hat drei Jahre Zeit, zu zeigen, dass sie die Vorsorge mit diesem „entfesselten“ Produkt verbreitert. Und wenn in den nächsten drei Jahren infolge dieser Initiative keine Verbreiterung der zweiten Säule stattfindet, dann greift das, was die CDA möchte, nämlich dass ein einheitliches staatliches Produkt auf den Markt gebracht wird – nicht vom Staat organisiert, sondern von der privaten Versicherungswirtschaft.

Da wir uns darauf heute in der Antragskommission geeinigt haben, möchte ich euch bitten, den Initiativantrag 1 in der von mir dargestellten Art und Weise – er liegt Ihnen auf den Tablets ja auch schriftlich vor – anzunehmen; denn es ist die einhellige Meinung der Antragskommission, so zu verfahren. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelt Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Danke, Karl-Josef Laumann. – Zum selben Themengebiet, aber zum Antrag 163 liegt uns eine Wortmeldung von Johannes Ferstl vor, der nach meinem Plan an Saalmikro 3 kommt. – Da sprintet ein netter junger Mann auf die Bühne; das ist auch in Ordnung. Herzlich willkommen!

Johannes Ferstl: Frau Präsidentin! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Vielen Dank für das Kompliment, Frau Vorsitzende. – Ich hatte vorgestern ein Gespräch mit einem meiner Mitarbeiter, der sagte: Johannes, ich muss jetzt in Rente gehen, und das einfach so. Könnt ihr mir mal erklären, warum ich als Ingenieur nicht einfach weiterarbeiten darf? Ihr findet ja nicht mal neue Leute.

Deswegen ist es mehr als wichtig, dass wir über die Dynamisierung unserer Rente nachdenken. Es kann nicht sein, dass jemand, der in diesem Land arbeiten will, plötzlich in Rente gehen muss. Ich habe ihm zwar aufgezeigt, dass es viele Möglichkeiten gibt, trotzdem weiterzumachen, aber er sagte: Ich hätte gern ein einfaches Formular, in das ich mein Renteneintrittsalter eintragen kann. – Es geht mir nicht darum, dass jemand, der im Pütt gearbeitet hat – ich komme aus dem Ruhrgebiet – und für den das Renteneintrittsalter schon jetzt ein Problem ist, dadurch bestraft wird. Nein, es geht mir darum, dass die Menschen, die in Deutschland arbeiten wollen, die Möglichkeit haben, auch länger als bis 65, 66 oder 67 zu arbeiten. Deswegen bitte ich Sie um Zustimmung zu diesem Antrag der JU. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Ferstl. – Ich würde die anderen Redner zum Antrag C 4 aufrufen. Das sind Axel Knoerig und Ulf Thiele. – Da meldet sich jetzt keiner. Vielleicht hat der Redner gerade auch für die beiden mitgesprochen. – Da ist doch jemand.

Ulf Thiele: Ich bin dankbar für die zweite Möglichkeit, zu sprechen, weil ich auf die Einlassungen von Karl-Josef Laumann und auf den Initiativantrag reagieren will. Meine Wortmeldung bezog sich ja insbesondere zu dem ersten Antrag.

Man kann das so machen. Man kann der Versicherungswirtschaft eine Frist setzen. Aber diese Frist auf drei Jahre festzulegen und ein Volumen von 30 Prozent, das erreicht werden muss, zu fixieren, ohne dass die Bedingungen beschrieben werden, unter denen in Zukunft Riester im Detail angeboten werden soll, ist natürlich auch ein Stück weit Planwirtschaft.

Glauben Sie mir: Die Versicherungen verkaufen gerne ihre Versicherungsprodukte. Die warten nicht darauf, dass die in ihren Schränken vermodern. Die Konditionen müssen stimmen. Wenn die Konditionen, die ihnen der Gesetzgeber am Ende für solche Produkte ermöglicht, passen, dann werden sie diese Quoten auch erreichen. Sie müssen die nicht zwingen. Darum würde ich die Frist da herausnehmen. – Ja, Herr Laumann, ich würde die Frist da herausnehmen, weil man so etwas ordentlich miteinander besprechen muss. Das ist offenkundig bisher nicht passiert.

Unabhängig davon: Das klare Signal dieses Parteitages, eine Verstaatlichung der dritten Säule der Altersversorgung kommt mit der CDU nicht infrage, sollten wir auf jeden Fall beschließen.
– Herzlichen Dank.

(Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Danke schön. – Gleicher Komplex. Zu dem Antrag 162 habe ich jetzt noch eine Wortmeldung von Cornelia Pielow.

Cornelia Pielow: Auch ich möchte für den Antrag von der Jungen Union Deutschlands plädieren und gegen die Antragskommission votieren. Unsere Bundesvorsitzende hat heute gesagt: Wir können die steigende Lebenserwartung nicht außer Acht lassen. – Unsere Bundeskanzlerin hat gesagt: Das größte Problem in der heutigen Zeit ist der Fachkräftemangel.

Genau auf diese zwei Probleme, die die beiden Damen angesprochen haben, reagiert die Junge Union Deutschlands mit diesem Antrag; denn die Menschen werden älter. Wir müssen auch das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung koppeln, damit es sozusagen keinen Finanzboom gibt und wir finanziell überfordert werden. Das ist eine gesellschaftliche Entwicklung. Wir finden es sehr gut, dass wir älter werden und dass wir fitter sind. Aber koppeln wir doch das an das Renteneintrittsalter! Denn das ist letztendlich die aktuelle Lebenslage, in der wir uns befinden.

Wir werden bei diesem Antrag auch durch Sachverständige, Professoren und den Wissenschaftlichen Beirat des Bundeswirtschaftsministers unterstützt. Wir haben also ganz viel Expertise auf unserer Seite, die genau dieser Meinung sind. Lassen Sie uns diesen Antrag annehmen! Lassen Sie uns das Renteneintrittsalter mit der Lebenserwartung dynamisieren!

(Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Danke schön, Frau Pielow. – Ich habe das Zeichen richtig erkannt, dass es einen Geschäftsordnungsantrag gibt.

(Zuruf: Herr Laumann hat uns gesagt, der Initiativantrag 1 stünde im Tablet.

Ich habe mich gerade beim Service informiert und erfahren, dass der gar nicht schriftlich vorliegt. Würden Sie das bitte klären? – Danke schön.)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Danke schön für diesen Hinweis. Wir klären das.

Ich schlage vor, dass ich erst einmal über alle unstrittigen Anträge abstimmen lasse und wir das noch offenlassen, bis es geklärt ist.

Ich hatte eben mit der Ziffer 38 die Anträge 130, 160, 161, 164 und 165 aufgerufen. Die waren unstrittig, und dazu gab es keine Wortmeldungen. Deshalb lasse ich diese jetzt mit dem Votum der Antragskommission abstimmen. Wer ist für das Votum der Antragskommission für diese Anträge? – Wer ist dagegen? – Einzelne Gegenstimmen. Wer enthält sich? – Niemand. Dann sind die Anträge so angenommen.

Ich stelle jetzt die C-Anträge, die ich eben aufgerufen habe, und die Anträge 162 und 163 zurück und hoffe, dass mir gleich irgendjemand Bescheid sagt, was wir damit machen.

Wir könnten jetzt, wenn Sie einverstanden sind, mit der Ziffer 39 weitermachen. Dies betrifft die Anträge 22 und 167 bis 169.

Ein kleiner Zwischenstand: Wir sind jetzt bei der Antragsbroschüre auf den Seiten 93 bis 95 in Ihrem Tablet.

Dazu gibt es keine Wortmeldungen. Das heißt, wir könnten auch über diese Anträge im Votum der Antragskommission abstimmen. Wer ist für diese Anträge? – Wer ist gegen diese Anträge? – Niemand. Wer enthält sich? – Dann sind auch diese Anträge im Votum der Antragskommission abgestimmt.

Ziffer 40. Das sind die Anträge 170 und 171. Auch dazu gibt es keine Wortmeldungen, sodass wir auch über diese abstimmen können. Wer ist für das Votum der Antragskommission? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Auch hier haben wir ein großes Votum für die Anträge in der Fassung der Antragskommission.

Ziffer 41. Das sind die Anträge 172 bis 178. Auch dazu gibt es keine Wortmeldungen, sodass wir auch darüber im Votum der Antragskommission abstimmen können. Wer ist für das Votum der Antragskommission? – Wer ist gegen das Votum der Antragskommission? – Niemand. Wer enthält sich? – Auch niemand. Dann ist auch die Ziffer 41 angenommen.

Ziffer 42. Das sind die Anträge 179 und 180. Wer folgt da dem Votum der Antragskommission? – Wer ist gegen das Votum der Antragskommission? – Vereinzelt Gegenstimmen. Wer enthält sich? – Niemand. Dann sind auch diese Anträge im Votum der Antragskommission angenommen.

Ziffer 43. Das ist der Antrag 181 auf Seite 100 der Antragsbroschüre. Wer ist für das Votum der Antragskommission? – Wer ist gegen das Votum der Antragskommission? – Niemand. Wer enthält sich? – Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Ziffer 44. Das sind die Anträge 182 und 183. Wer kann da dem Votum der Antragskommission folgen? – Wer ist gegen das Votum der Antragskommission? – Niemand. Wer enthält sich? – Auch niemand. Dann sind auch diese Anträge im Votum der Antragskommission angenommen.

Ziffer 45. Das ist nur der Antrag 184. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist für das Votum der Antragskommission? – Wer ist gegen das Votum der Antragskommission? – Niemand. Wer enthält sich? – Dann ist auch der Antrag 184 angenommen.

Wir sind bei dem Votum zu den Anträgen 162 und 163 sowie zu den Anträgen C 4, C 16, C 17 und I 1 noch nicht weitergekommen. Ich schlage daher vor, dass wir das und damit natürlich auch die Schlussabstimmung zu dem Antrag des Bundesvorstands zurückstellen.

Ich brauche jetzt einen Hinweis von der Tagungsleitung, wie wir weitermachen. Wir könnten die anderen C-Anträge aufrufen. Dazu habe ich aber noch keine Anweisung. Aber meine Kollegin Puttrich hat das. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Freunde! Erst einmal danke für diesen Marathon, der hier gerade zurückgelegt wurde.

Es geht auch gleich weiter mit dem TAGESORDNUNGSPUNKT 22:

Beratung und Beschlussfassung der sonstigen Anträge

Sie finden die C-Anträge in der Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission auf den Seiten 106 bis 306. Eine digitale Version der Antragsbroschüre finden Sie ebenfalls auf Ihrem Tablet unter dem Navigationspunkt „Anträge und Beschlüsse“. Dort finden Sie auch die aktualisierten Empfehlungen der Antragskommission zu den Anträgen C 5, 18, 37, 88, 100 bis 108, 110, 112 bis 117, 142, 154, 155, 173, 202, 203, 248, 254, 255 sowie 266.

Es kann sein, dass es im Moment noch technische Probleme gibt. Deshalb bitte ich Sie um etwas Geduld; das wird dann entsprechend aufgespielt.

Ebenso sind im Büro der Antragskommission heute Sachanträge von jeweils mindestens 30 stimmberechtigten Delegierten eingebracht worden; das sind sogenannte Initiativanträge. Über diese Anträge hat die Antragskommission auf ihrer heutigen Sitzung beraten. Ich denke, an dieser Stelle können wir der Antragskommission und auch denjenigen, die die Vorarbeiten vornehmen, ganz herzlich danken. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Wir werden über die Anträge ebenfalls im Rahmen der Themenblöcke der sonstigen Anträge C betreten.

Die Sammlung der Initiativanträge und Empfehlungen der Antragskommission sollten Sie ebenfalls auf dem Tablet unter dem Navigationspunkt „Anträge und Beschlüsse“ finden.

Ich bitte Sie, sich zu den Anträgen frühzeitig zu Wort zu melden. Am besten melden Sie sich schon jetzt am Beginn der Beratungen zu den Anträgen, zu denen Sie sprechen möchten. Das vereinfacht die Antragsberatung sehr.

Sie können Ihre Wortmeldung in dem bereits erläuterten Verfahren über das Ihnen vorliegende Tablet abgeben. Dies können Sie unter dem Navigationspunkt „Wortmeldungen“ tun. Sie kennen das Verfahren inzwischen schon. Wenn Sie das nicht wünschen, können Sie Ihre Wortmeldung wie bisher mithilfe der Wortmeldezettel abgeben. Diese erhalten Sie am Tisch der Tagungsassistenten auf der von Ihnen aus gesehen linken Seite.

Die Abstimmungen werden wir wie bislang per Stimmkarte durchführen. Nur wenn die Mehrheitsverhältnisse unklar sind oder geheime Abstimmung beantragt wird, kommen die Tablets zum Einsatz. In diesem Fall wird ein digitaler Stimmzettel auf Ihrem Tablet erscheinen.

Wir werden in diesem Jahr die sonstigen Anträge erstmals in thematischen Blöcken beraten. Es ist eine Vielzahl an Anträgen zu vielen verschiedenen Themenfeldern an den Parteitag eingegangen. Diese sollen in einem inhaltlichen Zusammenhang beraten werden. Die thematische Bündelung der Anträge greift auch die Antragsbroschüre auf, die Sie zur Vorbereitung des Parteitages erhalten und – da bin ich mir sicher – auch gelesen haben.

(Vereinzelt Heiterkeit)

In der Broschüre sind die 13 Themenfelder der sonstigen Anträge alphabetisch aufgeführt. Auf Seite 2 der Broschüre finden Sie eine entsprechende Übersicht mit den Seitenangaben. Innerhalb der Themenfelder rufe ich die Anträge blockweise auf.

Gibt es hierzu Widerspruch?

(Zuruf: Was ist mit den Anträgen B zum Statut? Da sind wir einfach drüber gegangen!)

– Danke für den Hinweis. Die Anträge B zum Status werden morgen aufgerufen, nicht heute.

(Zuruf: Okay!)

Widerspruch sehe ich nicht. Dann können wir so verfahren, wie ich es gerade vorgetragen habe.

Wir beginnen mit „Klima, Energie und Umwelt“. Dazu gehören die Anträge C 186 bis C 211 sowie die Initiativanträge I 10 bis I 14. Diese finden Sie auf den Seiten 252 bis 270 der Antragsbroschüre und auf den Seiten 12 bis 16 der Sammlung der Initiativanträge. Die Initiativanträge liegen allerdings nach wie vor noch nicht vor; sie sind noch nicht aufgespielt. Insofern darf ich Sie an dieser Stelle noch um etwas Geduld bitten.

Ich darf nun die Sprecher der Antragskommission, Ursula Heinen-Esser und Andreas Jung, auf die Bühne bitten.

Ich rufe die Anträge C 186 bis C 188 und C 193 auf den Seiten 252 und 253 sowie auf den Seiten 256 und 257 auf. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Ich frage nach den Gegenstimmen. – Ich sehe keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Ich sehe auch keine Enthaltungen. Damit sind die Empfehlungen ohne Gegenstimmen und Enthaltungen angenommen.

Ich rufe die Anträge C 189, C 195, C 196 auf den Seiten 253 und 254 sowie auf den Seiten 258 bis 260 auf. Zu C 189 gibt es eine Wortmeldung von Herrn Merbach.

Prof. Dr. Wolfgang Merbach: Meine Damen und Herren! Ich spreche zu den Anträgen C 189 und C 196. Es gibt noch einen gleichlautenden Antrag C 195, „Energiewissenschaftliches Forschungs- und Technologiezentrum“.

Wir sind bis auf eine Ausnahme einverstanden mit der Empfehlung der Antragskommission. Wir möchten, dass der drittletzte Satz gestrichen und durch folgende Formulierung ersetzt wird: Das Zentrum soll in einer der Braunkohleregionen angesiedelt werden, die schon nach der Wende große Strukturbrüche bewältigt haben.

Die Begründung dafür: Die Anträge C 189, C 195 und C 196 fördern nicht explizit die Lausitz. Wir sind der Meinung, dass die Festlegung des genauen Standortes in den konkreten Strukturdiskussionen der betroffenen Kohlenregionen geregelt werden soll. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Danke für Ihre Wortmeldung. – Für die Antragskommission spricht Andreas Jung.

Andreas Jung, Antragskommission: Wir sind mit der Änderung einverstanden.

(Vereinzelt Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Ich sehe, dass es keine weiteren Wortmeldungen gibt. Dann lasse ich über die geänderten Empfehlungen der Antragskommission abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Einige Gegenstimmen. Enthaltungen? – Somit bei einigen Gegenstimmen und ohne Enthaltungen beschlossen.

Ich rufe die Anträge C 190 bis C 192 und C 194 auf den Seiten 252 bis 258 auf. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Ich sehe keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Ich sehe auch keine Enthaltungen. Damit sind die Empfehlungen ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen worden.

Ich rufe die Anträge C 197 bis C 205 auf den Seiten 260 bis 267 auf. Bitte beachten Sie bei Antrag C 202 das geänderte Votum der Antragskommission.

Dieses sollten Sie auf Ihrem Tablet unter dem Menüpunkt „Aktualisierte Voten der Antragskommission“ finden, wenn nicht sofort, dann in wenigen Minuten. Ich frage Sie: Wird hierzu das Wort gewünscht? – Zum Antrag C 197 gibt es eine Wortmeldung von Sven Behrens.

Sven Behrens: Frau Tagungspräsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Name ist Sven Behrens, ich bin Kreisvorsitzender der CDU im Landkreis Aurich, Ostfriesland. Ich möchte heute kurz die Gelegenheit auf unserem Bundesparteitag nutzen, um auf den Stel-

lenabbau und die Massenentlassungen beim Windenergieunternehmen ENERCON hinzuweisen. Bei ENERCON in Magdeburg und Aurich werden insgesamt 3.000 Arbeitsplätze abgebaut, und weitere Massenentlassungen werden folgen. Zusätzlich stehen mehrere Zulieferfirmen vor dem Aus. Das hat für unsere Region im Landkreis Aurich und darüber hinaus dramatische wirtschaftliche Auswirkungen; denn wir leben in einem wirtschaftlich schwachen Bereich. Wir haben wenig Arbeitsplatzperspektiven und Potenziale. Neben den Massenentlassungen bei ENERCON und den fehlenden Infrastrukturmaßnahmen bei uns vor Ort trifft uns dazu in voller Härte der Arbeitsplatzabbau bei Volkswagen in Emden.

Mir geht es heute nicht um Schuldzuweisungen. Ob Bund oder Land oder wie auch immer ist mir egal. Wir brauchen Unterstützung von euch, von Ihnen. Bitte vergesst nicht den ländlichen Raum, die strukturschwachen Bereiche in Deutschland. Wir haben wenig Industrie, wenige Möglichkeiten und Potenziale, wir brauchen eure Unterstützung.

In unserem Antrag C 197 fordern wir Christdemokraten von der CDU Deutschlands, dass wir uns zur Windenergie als unverzichtbaren Teil der Energiewende bekennen. Zum Glück sieht das auch die Antragskommission als Kompromissvorschlag so vor. Deutschland könnte im Zukunftsmarkt Windkraft ein Superstar sein. Leider scheidet das an Bürokratie, Naturschützern und an Leuten, die erwarten, von den Zumutungen der Moderne verschont zu werden. In diesem Zusammenhang bringen mich konkret die fehlenden oder langen Genehmigungsverfahren, aber auch der Natur- und Artenschutz geradezu bildlich auf die Palme. Wir brauchen einen Neustart in der Energiewende, wir brauchen einen Neustart in der Windenergiebranche; denn in den vergangenen drei Jahren sind mehr als 40.000 Arbeitsplätze in der Windindustrie weggefallen. Das sind doppelt so viele Arbeitsplätze wie derzeit in der Braunkohleindustrie. Wenn das so weitergeht, wird es die Zukunft der Windenergie nicht mehr geben.

Liebe Freundinnen und Freunde, unsere Gesellschaft hat sich für den Ausstieg aus dem Atom- und Kohlestrom entschieden. Wenn wir jetzt nicht mit Hochdruck auf die erneuerbaren Energien setzen, wird die Energiewende scheitern. Gern würde ich unseren Bundeswirtschaftsminister, Peter Altmaier, in Aurich sehen, damit wir ihm die dramatischen Folgen bildlich vor Ort zeigen können. – Herzlichen Dank fürs Zuhören, herzlichen Dank für die drei Minuten.

(Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Danke für Ihren Redebeitrag. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, stellen Sie keinen Änderungsantrag, sondern haben gerade Ihre Position begründet. Das bedeutet, dass wir, wenn wir keine weiteren Wortmeldungen haben, über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen können. Deshalb frage ich: Wer den Empfehlungen der Antragskommission zu den von mir aufgerufenen Anträgen zustimmen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Es geht um die Anträge C 197 bis C 205 auf den Seiten 260 bis 267. – Ich bitte noch einmal um das Kartenzeichen für die Zustimmung. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Votum der Antragskommission wurde bei mehreren Gegenstimmen ohne Enthaltungen zugestimmt.

Ich rufe die Anträge C 206 bis C 211 auf. Diese sind auf den Seiten 267 bis 270. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das scheint nicht der Fall zu sein, dann lasse ich über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Es wurde ohne Gegenstimmen und Enthaltungen zugestimmt.

(Zuruf: Na, na!)

Wir wiederholen noch einmal das Kartenzeichen für diejenigen, die Gegenstimmen wollen. Ich deute Ihr „Na, na“ so, dass Sie Gegenstimmen wollten. Ich frage noch einmal nach: Gab es dazu Gegenstimmen? – Es gibt einzelne Gegenstimmen. Ich frage nach Enthaltungen? – Es wurde bei einzelnen Gegenstimmen zugestimmt.

Ich höre gerade, dass die Initiativanträge inzwischen auf den Tablets sind und Sie sie nachvollziehen können. Wir lassen Ihnen jetzt die Gelegenheit, sich diese anzuschauen, damit die Abstimmungen nicht so holterdiepolter gehen. Wir stellen sie zurück. Ich weise Sie darauf hin, dass die Anträge inzwischen auf den Tablets nachzulesen sind. Wir werden die Abstimmungen zu diesen Initiativanträgen nachher durchführen, nachdem Sie die Gelegenheit hatten, sie zu lesen.

Wir kommen jetzt zum Abschnitt „Wirtschaft und Finanzen“. Dazu gehören die Anträge C 241 bis C 267. Sie finden die Anträge zum Thema „Wirtschaft und Finanzen“ auf den Seiten 290 bis 306 der Antragsbroschüre. Als Sprecher der Antragskommission haben wir Antje Tillmann und Andreas Jung. Ich rufe die Anträge C 241 bis C 246 auf den Seiten 290 bis 292 sowie den Antrag C 124 auf Seite 224 auf. Dieser wird gemeinsam mit C 242 behandelt. Ich frage, ob hierzu das Wort gewünscht wird? – Es gibt drei Wortmeldungen zum Antrag C 241. Wir beginnen mit Christian Fühner an Mikrofon 3.

Christian Fühner: Frau Tagungspräsidentin! Vielen Dank. Bei diesem Antrag der Jungen Union geht es darum, dass wir für diejenigen jungen Menschen, die im Erststudium oder in der Erstausbildung sind, wollen, dass sie die Ausbildungskosten steuerlich geltend machen und auch ins nächste Jahr überführen können. Kurz zur Erklärung: Aktuell ist es so, dass wir über Sonderausgaben reden, dass die jungen Menschen, die in der Erstausbildung oder im Erststudium sind, ihre Ausbildungskosten als Sonderausgaben geltend machen können, nicht aber als Werbungskosten. Diese Ungerechtigkeit wollen wir abschaffen. Wir wollen, dass die jungen Menschen die Verlustvorträge mitnehmen können. Der BfH sieht das übrigens genauso und hat das Bundesverfassungsgericht beauftragt, dort entsprechend zu prüfen. Wir müssen nicht darauf warten, dass diese Entscheidung in Karlsruhe getroffen wird, vielmehr sollten wir eine politische Entscheidung für unsere Studenten, für unsere Erzieherinnen und Erzieher, für unsere Physiotherapeuten und für alle diejenigen, die ansonsten ihre Ausbildungskosten nicht steuerlich geltend machen können, herbeiführen. Deshalb bitte ich, hier nicht dem Votum der Antragskommission zu folgen, sondern den Antrag der Jungen Union und damit die jungen Menschen zu unterstützen.

(Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Wir haben eine weitere Wortmeldung zum Antrag C 241 von Bettina Wiesmann an Mikrofon 3.

Bettina Wiesmann: Sehr geehrte Tagungspräsidentin, auch ich möchte dafür werben, dem Antrag der Jungen Union zuzustimmen. Wir haben in diesem Jahr Fehler gemacht als CDU Deutschlands. Wir haben Erfahrungen mit Rezo und der Urheberrechtsreform gemacht, und jetzt wird es endlich Zeit, dass wir ein klares und deutliches Signal an die junge Generation setzen, indem wir klar sagen: Wir erkennen Eure Erstausbildung, Euer Erststudium an; Ihr könnt es steuerlich absetzen, und zwar nicht nur als Sonderausgabe.

Laut Wortlaut können Kosten zur Erwerbung von Einkommen abgesetzt werden. Ich frage mich: Wenn das Erststudium, wenn die Ausbildung nicht zum Erwerb von Einkommen dient, was denn dann? Hier müssen wir ein ganz klares Signal geben. Daher bitte ich Sie um Unterstützung für unseren Antrag. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission spricht Andreas Jung.

Andreas Jung, Antragskommission: Die Antragskommission empfiehlt, diesen Antrag abzulehnen. Warum? Was würde der Antrag bedeuten? Jemand studiert acht, zehn Semester, dabei entstehen Kosten, und dann tritt er in den Beruf ein, verdient möglicherweise mehr als jemand, der nicht die Möglichkeit hatte, ein Studium an einer Hochschule, einer Universität aufzunehmen, und kann dann viele Jahre später nach Berufseintritt diese Kosten als Werbungskosten geltend machen. Ich erinnere mich, dass es früher einmal die Position der Jungen Union war, zu sagen: Wir machen nachlaufende Studiengebühren. Das heißt, Studiengebühren sind gerechtfertigt, weil das Studium eine Leistung der Gesellschaft ist. Derjenige, der studiert, kann die Kosten für ein Studium möglicherweise nicht aufbringen; aber wenn er einen Beruf ausübt und dann möglicherweise gut verdient, soll er sie der Gesellschaft auch wieder zurückzahlen. Dieser Antrag würde das exakte Gegenteil bedeuten. Das halten wir in der Konsequenz für falsch. Dazu gibt es ein Gerichtsurteil, das ist richtig. Es gibt aber keine rechtskräftige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Wir müssen also eine politische Entscheidung treffen. Wir halten es politisch nicht für richtig. Wir bitten, den Antrag abzulehnen.

(Vereinzelt Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Es gab Rede und Gegenrede. Wir haben eine weitere Wortmeldung. – Ole Plambeck, bitte schön.

Ole Plambeck: Es geht bei diesem Thema ja nicht nur um das Studium, sondern vor allem auch um die Berufsausbildung. Nehmen wir die Gesundheitsfachberufe. Wir warten immer noch, dass der Bund die Ausbildungskosten übernimmt; das ist derzeit nicht der Fall. In Schleswig-

Holstein machen wir das seit dem 01.01.2019. Es geht gerade nicht nur um das Erststudium, sondern auch um die Erstausbildung. Das sind drei Jahre, in denen Kosten anfallen. Wir sagen: Diese Kosten sollen als Werbungskosten abzugsfähig sein. Das halten wir für die richtige Maßnahme. – Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Jetzt hat die Antragskommission dazu noch einmal das Wort, und dann gehen wir in die Abstimmung. – Antje Tillmann für die Antragskommission.

Antje Tillmann, Antragskommission: Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass es eigentlich nicht sein kann, dass in Gesundheitsberufen, gerade in den Berufen, in denen Mangel herrscht, Kosten für die Auszubildenden anfallen. Deshalb ist unser Weg genau andersherum. Wir wollen diese Kosten nicht mehr. Sie müssen nicht vom Bund erstattet werden; aber es gibt einen Beschluss, dass demnächst kostenfrei in Pflegeberufen ausgebildet werden soll, sodass dieses Argument für Werbungskosten dann nicht mehr zieht. Wenn Sie während der Berufsausbildung Einnahmen haben, können Sie die Werbungskosten natürlich im Rahmen der eigenen Einnahmen abziehen. Das hat mit dem, was Andreas Jung eben zum Studium gesagt hat, nichts zu tun. Unser Weg ist: Keine kostenpflichtige Ausbildung für den Auszubildenden. Da sind wir gerade bei den Pflegeberufen auf einem guten Weg.

(Vereinzelt Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Das war die Klarstellung durch die Antragskommission. Somit können wir zur Abstimmung kommen über den Antrag C 241. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, mag bitte das Kartenzeichen geben. – Gegenstimmen? – Ersteres war deutlich die Mehrheit.

(Vereinzelt Widerspruch)

Ich sehe, Sie sind noch munter. Wunderbar! Dann machen wir es jetzt einfacher. Ich bitte, dass sich diejenigen, die dem Votum der Antragskommission zustimmen, erheben und zusätzlich das Kartenzeichen geben. – Jetzt möchten sich bitte diejenigen, die gegen das Votum der Antragskommission sind, erheben und das Kartenzeichen geben. – Das sind deutlich weniger. Die Ja-Stimmen waren die Mehrheit. Wir können das von hier oben gut sehen.

(Vereinzelt Widerspruch)

Wenn Sie daran Zweifel haben, dann werden wir jetzt digital abstimmen.

(Beifall)

Das Tablet wird gerade vorbereitet. Zur Klarstellung: Wir stimmen über die Empfehlung der Antragskommission ab. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, tippt bitte auf das

Feld „ja“. – Wer dagegen ist, stimmt natürlich mit „nein“ ab. – Wer sich enthalten will, drückt das Feld „Enthaltung“. – Nachdem Sie abgestimmt haben, erscheint ein Kreuz für Ihre Stimme. Tippen Sie nach der Wahl auf den rot hinterlegten Button mit der Bezeichnung „Abschicken“. Danach erhalten Sie eine Bestätigung, dass Sie Ihre Stimme abgegeben haben. Wir beginnen mit der Abstimmung. Ich frage: Hat jeder seine Stimme abgegeben und konnte auf dem Tablet lesen „Danke, Ihr Stimmzettel wurde übermittelt“? – Wenn das bei jemandem nicht der Fall ist, mag er sich bitte deutlich zu erkennen geben. – Das ist nicht der Fall. Insofern konnte jeder seine Stimme abgeben. Wir warten auf das Ergebnis.

Während wir auf das Ergebnis warten, können wir weitergehen zum Antrag C 245. Es liegt eine Wortmeldung vor. – Annette Littmann hat das Wort.

Annette Littmann: Frau Tagungspräsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte kurz Stellung nehmen zum Antrag C 245 von der Jungen Union. In dem Antrag geht es um die komplette Abschaffung des Solidaritätszuschlags.

(Vereinzelt Beifall)

Wir fordern das auch als Partei in dem Antrag C 249; das ist auch richtig so. Dem stimmt die Antragskommission auch zu. In dem Antrag C 245, zu dem ich jetzt rede, geht es um die Frage: Wie gehen wir mit unserer Forderung um, damit sie auch überall richtig ankommt?

Wir fordern als MIT und als Junge Union, dass die Partei die Bundesländer, in denen die CDU die Regierung stellt, auffordert, eine Normenkontrollklage anzustrengen, damit der Solidaritätszuschlag überprüft wird. Wir sollten als Partei nicht so lange warten, bis andere das überprüfen lassen. Wir sollten das aktiv voranbringen. Da sich die Bundesregierung schlecht selber verklagen kann, ist diese Idee ausgezeichnet. Sie macht deutlich, wie wir uns mit einer kompletten Abschaffung des Solidaritätszuschlags nach außen positionieren können. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Vereinzelt Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission spricht Antje Tillmann.

Antje Tillmann, Antragskommission: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, lassen Sie mich eine Vorbemerkung machen. Wir haben in unserem Wahlprogramm einen ersten Schritt hin zur Entlastung vom Solidaritätszuschlag von 4 Milliarden Euro beschlossen. Wir haben dann im Koalitionsvertrag eine Entlastung von 10 Milliarden Euro durchgesetzt. Tatsächlich entlasten wir jetzt 92,5 Prozent der Bürgerinnen und Bürger um 12 Milliarden Euro. Ich fände es schon schön, wenn wir die größte Entlastung im Rahmen einer Einzelmaßnahme seit dem Krieg zwischendurch als Erfolg verkaufen würden. Wir können uns mit diesem Ergebnis sehen lassen.

(Beifall)

Die Bürgerinnen und Bürger werden 12 Milliarden Euro mehr in der Tasche haben. Das bedeutet gerade für diejenigen, die wir im Mittelstandsbau entlasten wollen, eine Entlastung um 5,5 Prozent.

Zur Frage: Klage oder nicht Klage? Wir haben im Deutschen Bundestag eine Anhörung zum Solidaritätszuschlag gemacht. Ich will gar nicht verhehlen, dass wir als Abgeordnete durchaus die Hoffnung hatten, Sachverständige zu finden, die uns sagen, dass die Fortsetzung der Belastung von knapp 8 Prozent verfassungswidrig ist. Aber keiner der Sachverständigen hat gesagt, dass es eine Verfassungswidrigkeit ist, die Belastung der übrigen knapp 8 Prozent fortzusetzen. Natürlich bleibt es dabei, dass wir die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags wollen. Wir werden das weiter mit den Sozialdemokraten verhandeln. Scholz als Finanzminister bestreitet gar nicht, dass wir ihn komplett abschaffen. Wir müssen dann aber einen Gegenfinanzierungsvorschlag mit der SPD finden. Ich glaube, dass wir sehr viel schneller als das Bundesverfassungsgericht die Abschaffung des kompletten Solidaritätszuschlags erreichen werden, und bitte im Namen der Antragskommission, den Antrag abzulehnen.

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Das waren die Rede und die Gegenrede zu C 245. Bevor wir zur Abstimmung über C 245 kommen, möchte ich Ihnen das Ergebnis der digitalen Abstimmung zum Antrag C 241 mitteilen. Zu 241 gab es 352 Jastimmen und 313 Neinstimmen. Somit gab es eine Mehrheit für das Votum der Antragskommission. Die erforderliche Mehrheit wären 333 gewesen. Damit ist der Antrag in der Fassung der Antragskommission angenommen.

Nun stimmen wir über Antrag C 245 ab. Dort gab es gerade Rede und Gegenrede. Ich lasse abstimmen über die Empfehlung der Antragskommission zum Antrag C 245. Ich bitte um Ihr Kartenzeichen, wenn Sie dem Votum der Antragskommission zu C 245 zustimmen wollen. – Gegenstimmen? – Es gibt unterschiedliche Auffassung, ob die Ja- oder die Neinstimmen überwiegen. Deswegen wiederholen wir die Abstimmung. Vielleicht geht es auch ohne digitale Abstimmung. Ich bitte diejenigen, die mit „ja“ stimmen, sich hinzustellen und das Kartenzeichen zu geben. – Ich darf Sie bitten, wieder Platz zu nehmen. Wer nicht dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich, sich hinzustellen und das Kartenzeichen zu geben. – Das ist deutlich weniger.

(Widerspruch)

– Wenn es Zweifler gibt und wenn das Ihre Stimmung hebt, dann können wir gerne noch einmal digital abstimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Dann machen wir eine solche digitale Abstimmung in allen zukünftigen Zweifelsfällen. Dann können wir uns die Bewegungsübungen sparen. Dann machen wir noch einmal eine schöne digitale Abstimmung. Das hat ja vorhin gut funktioniert.

Wir verfahren zu Antrag C 245 genauso wie vorhin. Wenn Sie dem Votum der Antragskommission zustimmen möchten, dann stimmen Sie mit „ja“. Wenn Sie dem Votum der Antragskommission nicht zustimmen möchten, dann natürlich mit „nein“. Wenn Sie sich enthalten wollen, dann bitte „Enthaltung“. Bitte vergessen Sie nicht, Ihr Abstimmungsverhalten auch abzusenden und dann eine Bestätigung zu empfangen, dass es verschickt wurde.

Es ist aufgespielt. Sie können also abstimmen. Damit beginnt die Abstimmung. – Haben Sie alle Ihre Stimme abgegeben, und haben Sie alle auf Ihrem Tablet stehen „Danke, Ihr Stimmverhalten wurde übermittelt“, oder ist jemand dabei, bei dem das nicht der Fall ist? – Wunderbar. Dann können wir das entsprechend auswerten lassen, und ich gebe das Ergebnis später bekannt.

Dann rufe ich die Anträge C 241 bis C 267 auf, darunter die beiden Anträge C 241 und C 245, über die wir bereits einzeln abgestimmt haben. Die Anträge, über die wir noch nicht abgestimmt haben, rufe ich im Paket auf. – Es gibt bislang keine Wortmeldungen. – Doch, jetzt gibt es eine.

Günther Schartz: Ich habe eine Wortmeldung zu Antrag C 267.

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Da sind wir noch nicht.

Günther Schartz: Wieso?

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Entschuldigung, wir beraten im Moment bis C 246. Ich möchte Sie bitten, noch einen kleinen Moment Geduld zu haben.

Ich darf Ihnen das digitale Ergebnis zu C 245 sagen: Es gab 390 Jastimmen und 265 Neinstimmen. Somit ist mit 60 Prozent das Votum der Antragskommission angenommen.

Ich lasse jetzt im Paket abstimmen über die Anträge C 242, C 243, C 244 und C 246. Wer hier dem Votum der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Ich frage nach Gegenstimmen. – Ich sehe nur wenige Gegenstimmen. Enthaltungen? – Ich sehe keine. Somit wurde dem Votum der Antragskommission zugestimmt.

Nun rufe ich die Anträge C 247 bis C 252 auf den Seiten 292 bis 295 auf. Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor.

Nun rufe ich die Anträge C 247 bis C 252 auf den Seiten 292 bis 295 auf. Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor. Daher können wir gleich abstimmen. Ich lasse über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Ich frage nach Gegenstimmen. – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Auch keine Enthaltungen. Insofern wurde dem Votum der Antragskommission zugestimmt.

Ich rufe nun die Anträge C 248 bis C 250 und C 253 auf den Seiten 292 und 293 sowie auf den Seiten 295 und 296 auf. Bitte beachten Sie bei Antrag C 248 das geänderte Votum der Antrags-

kommission. Dieses finden Sie auf Ihrem Tablet unter dem Menüpunkt: „Aktualisierte Voten der Antragskommission“. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. Bitte deutlich! – Gegenstimmen? – Vereinzelte Gegenstimmen. Enthaltungen? – Ohne Enthaltungen. Insofern wurde dem Votum der Antragskommission zugestimmt.

Ich rufe nun die Anträge C 251, C 254, C 255 und C 266 auf den Seiten 294 bis 299 sowie auf den Seiten 304 und 305 auf. Bitte beachten Sie bei den Anträgen C 254, C 255 und C 266 wiederum das geänderte Votum der Antragskommission. Auch dieses finden Sie – es wurde schon mehrmals darauf hingewiesen – auf Ihrem Tablet unter dem Menüpunkt „Aktualisierte Voten der Antragskommission“. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Keine Enthaltungen? – Auch keine. Somit wurde dem Votum der Antragskommission zugestimmt.

Nun rufe ich die Anträge C 256 bis C 258 und C 264 auf den Seiten 299 bis 300 sowie auf der Seite 303 auf. Zu C 258 gibt es eine Wortmeldung von Kevin Gniosdorff an Mikrofon 1. Wir sehen Sie auch. Bitte schön.

Kevin Thomas Gniosdorff: Vielen Dank für die Worterteilung. Es geht um C 258, der ja zusammen mit C 264 behandelt wird. Ich würde sehr darum bitten, dass wir in dem Satz, der auf „...die allein auf Aktien erhoben wird, ab“ endet, hinter dem Wort „Aktien“ die Wörter: „und nicht EU-weit“ hinzufügen. Wir wollen also, dass die Finanztransaktionsteuer, wenn sie denn kommt, EU-einheitlich gefasst und nicht als nationaler Alleingang von Olaf Scholz durchgezogen wird. Wir als CDU sollten dazu klare Kante zeigen.

(Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission spricht Antje Tillmann.

Antje Tillmann, Antragskommission: Wir teilen das Anliegen, das mit diesem Antrag dargestellt wird. Ich bitte nur darum, nicht die Formulierung „EU-weit“ zu nehmen, weil wir ja die Finanztransaktionsteuer im Moment im Wege einer verstärkten Zusammenarbeit mit zehn anderen europäischen Ländern verhandeln. Ich würde deswegen sagen, dass wir eine europarechtliche Lösung suchen und nationale Alleingänge ablehnen. Das ist die gleiche Zielrichtung. Nur EU-weit werden wir das nicht schaffen, sondern wir werden das im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit hinbekommen und dann auch sicherstellen, dass Altersvorsorge- und Kleinanlegerprodukte nicht belastet werden.

(Vereinzelt Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Wir haben zu C 258 eine Wortmeldung und die entsprechende Erläuterung gehört. Das bedeutet, wir stimmen über C 258 einzeln ab und dann über C 256 und C 257 zusammen.

Antje Tillmann, Antragskommission: Ich glaube, wir sind uns mit dem Antragsteller einig. Vielleicht können wir das Votum der Antragskommission so ändern, dass wir sein Anliegen aufnehmen und es im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit im europäischen Kontext machen. Wenn der Antragsteller nicht auf „EU-weit“ besteht, sind wir uns einig.

(Beifall)

Dann könnten wir das Votum der Antragskommission ändern und über dieses Votum abstimmen.

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Das ist wunderbar. Dann haben wir eine geänderte Empfehlung der Antragskommission, die das Anliegen entsprechend aufnimmt. Wer der geänderten Version der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen für C 258. – Gegenstimmen? – Ich sehe keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Auch keine. Dann ist C 258 in der geänderten Version beschlossen.

Wir können über C 256 und C 257 abstimmen. Hierzu gibt es keine Wortmeldungen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission für C 256 und C 257 zustimmen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Gegenstimmen kann ich nicht sehen. Enthaltungen? – Dann sind C 256 und C 257 beschlossen.

Wir kommen zu C 264. Hierzu gibt es eine Wortmeldung von Kevin Gniosdorff an Mikrofon 1.

Kevin Thomas Gniosdorff: Ist erledigt.

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Das ist damit erledigt. Aber über C 264 haben wir noch nicht abgestimmt. Dann stimmen wir jetzt darüber ab. Wer hier dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Es ist so beschlossen.

Dann rufe ich die Anträge C 259 bis C 263 und C 267 auf den Seiten 300 bis 303 und auf den Seiten 305 bis 306 auf. Zu C 267 gibt es eine Wortmeldung von Günther Schartz an Mikrofon 3.

Günther Schartz: Nur eine Anmerkung: Dabei handelt es sich um eine außenpolitische Angelegenheit. Die Formulierung zu den Zuweisungen an die Landtagsfraktionen im Saarland und in Rheinland-Pfalz ist sachlich jetzt falsch. Es müsste an die Bundestagsfraktion der CDU zugewiesen werden, und sie müsste darüber entscheiden.

(Vereinzelt Beifall)

Es geht ja um das Doppelbesteuerungsabkommen mit Luxemburg. Deswegen liegt die Zuständigkeit beim Bund.

(Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Danke für den Hinweis; er wird entsprechend aufgenommen, sodass an die Bundestagsfraktion überwiesen wird.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit können wir über die Empfehlung der Antragskommission mit der soeben von Ihnen angeregten Änderung abstimmen. Ich frage, wer den Anträgen, die ich gerade aufgerufen habe, zustimmen kann. Bitte Ihr Kartenzeichen bei Ja! – Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag C 265 auf den Seiten 303 und 304 auf. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Es liegt keine Wortmeldung vor. Dann kann ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen lassen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Keine Gegenstimme. Enthaltungen? – Auch keine Enthaltung. Somit wurde entsprechend zugestimmt.

Damit haben wir die Beratung über die C-Anträge, auch zum Thema Wirtschaft und Finanzen, abgeschlossen.

(Kurze Beratung des Tagungspräsidiums)

Antje Tillmann, Antragskommission: Wir schwächeln ein bisschen hier vorn. Einen Moment bitte!

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Wir haben gerade überlegt, ob wir die Initiativanträge aufrufen. Das machen wir nicht. Wir behandeln erst die Anträge zur Rente.

Antje Tillmann, Antragskommission: Den Antrag A des Bundesvorstands hatten wir zurückgestellt, weil die Initiativanträge noch nicht vorlagen. Sie sind jetzt auf Ihrem iPad eingestellt. Sie erinnern sich bitte: Wir sind bei Ziffer 38 und bei den Anträgen 162 und 163. Das sind die Anträge auf den Seiten 88 bis 93 der Antragsbroschüre. Dazu gehören die Anträge C 4, C 16, C 17 und Initiativantrag 1. Ich lasse Ihnen einen Moment zum Blättern. – Nach meiner Auffassung haben wir die Wortmeldungen dazu alle abgehandelt.

Ich höre, dass Finanzminister Schäfer noch dazu sprechen möchte. Er ist auch schon auf dem Weg.

Dr. Thomas Schäfer: Liebe Freundinnen und Freunde! Ich will die Gelegenheit nutzen, mich sehr herzlich für die Bereitschaft aller Beteiligten im Vorfeld dieser Beratungen zwischen Mittelstandsvereinigung, CDA und den antragstellenden Ländern zu bedanken, die eine gemeinsame Beschlussvorlage erreicht zu haben, die einen Kompromiss wählt: sicherzustellen, dass private Altersvorsorge in den nächsten Jahren deutlich besser wird, klare Konditionen für die Anbieter bestehen und am Ende eine extrem gute Chance besteht, sehr, sehr viel mehr Menschen in Deutschland eine private Altersvorsorge zu verschaffen, die am Ende den Namen auch verdient, der draufsteht. Deshalb herzlichen Dank für die Kompromissbereitschaft. Ich glaube, wir haben eine sehr, sehr große Chance, das mit großer Mehrheit auf diesem Parteitag gemeinsam zu verabschieden. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Das war kurz und knackig, herzlichen Dank, Herr Finanzminister.

Ein weiterer Finanzminister hat sich zu Wort gemeldet, Finanzminister Hilbers. Danach gibt es eine Wortmeldung von Carsten Linnemann.

Reinhold Hilbers: Frau Tagungspräsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich halte diesen Initiativantrag für keinen guten Kompromiss. Ich finde, in der Union muss klar sein, dass bei uns die Prinzipien des Marktes, die Prinzipien von Wettbewerb, die Prinzipien von Effizienz durch Marktwirtschaft klar an der Spitze stehen müssen – auch bei solchen Fragen. Wir haben eben viel diskutiert. Das kam auch zu Beginn, in den Reden unserer Vorsitzenden, zum Ausdruck. Und auch bei Friedrich Merz wurde deutlich, dass wir die Probleme, die wir haben, die Themen, die wir haben, mit marktwirtschaftlichen Elementen regeln wollen. Dazu bedarf es einer marktwirtschaftlichen Regelung und nicht eines Staatsfonds.

Meine Damen und Herren, die Drei-Jahres-Frist oder die 30 Prozent, die die Versicherungswirtschaft dort erzielen soll, ist eine sehr, sehr hohe Hürde. Und gleichzeitig sollen wir mitbeschließen, dass wir, wenn diese Hürde nicht genommen wird, dann ein staatliches Instrument einsetzen? Das halte ich wohlgemerkt für falsch. Wo soll denn dieser Staatsfonds dann investieren? Ist dieser Staatsfonds von staatlichem Einfluss frei, wenn er unter Druck gerät, wenn er nicht wirtschaftlich ist oder nicht die Ziele erreicht, die er erreichen soll? Ich finde, diese Ziele und diese Effizienz müssen durch Marktwirtschaft und Wettbewerb erreicht werden, und wir müssen den Rahmen dafür bieten, dass dieser Wettbewerb funktioniert. Das ist mein Modell von Marktwirtschaft. Das ist auch mein Modell, das bei der privaten Altersvorsorge in der Versicherungswirtschaft greifen sollte, und nicht ein Modell, das vom Staat vorgelegt, vom Staat organisiert wird und sich dem Wettbewerb entzieht. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Danke auch für diesen Beitrag. – Nächster Redner ist Carsten Linnemann.

Dr. Carsten Linnemann: Unser Rentensystem hat drei Säulen. Wir haben damals das Rentenniveau abgesenkt und haben gesagt: Die zweite und dritte Säule sollen es kompensieren: die private und die betriebliche Altersvorsorge. Bei der betrieblichen Altersvorsorge haben wir seit längerem das Problem der sogenannten Doppelverbeitragung, und ich finde es gut, dass jetzt ein Kompromiss erzielt wurde, dass wir als Union es waren, die gesagt haben: Kommt, wir müssen da ran, wir brauchen wieder Vertrauen, wir brauchen wieder Akzeptanz! – Es steht nicht im Koalitionsvertrag, und trotzdem, lieber Jens Spahn, vielen Dank, dass du mit durchgesetzt hast, dass wir bei der betrieblichen Altersvorsorge endlich vorankommen, indem wir jetzt einen Freibetrag einführen. Und das ist richtig so.

(Vereinzelt Beifall)

Und dann gibt es noch eine Säule – und über die reden wir jetzt –, das ist die private Säule. Wenn wir alle ehrlich sind, kommt nicht das heraus, was wir uns alle erhofft haben. Wenn Sie sich die Riester-Neuverträge anschauen, dann stellen Sie fest: Das ist gelinde gesagt, ziemlich mau. Der Bau-Riester funktioniert, aber sonst ist es ziemlich mau.

Und – ich weiß nicht, wer von Ihnen sich das einmal angesehen hat – es gibt da einen Antrag von acht Seiten, den Sie jedes Jahr ausfüllen müssen. Das ist Bürokratie pur. Da blickt keiner mehr durch. Deswegen haben wir jetzt diesen Kompromiss geschaffen, und ich finde, es ist nicht nur ein Wert an sich, dass sich CDA auf der einen Seite und MIT auf der anderen geeinigt haben. Ich teile alle Argumente, die gerade genannt wurden. Im Koalitionsvertrag steht, dass der Staat verdammt noch mal die Standards setzen und die Finanzwirtschaft das auch umsetzen muss, dass wir weniger Bürokratie haben, dass wir das digital machen, dass wir das öffnen, meinerwegen auch für Selbstständige, damit das Ding fliegt. Ansonsten steht unsere gesamte Altersvorsorge in Frage, wenn die private nicht funktioniert.

Deswegen sage ich zum Schluss: Drei Jahre Zeit – ich finde, das ist ein guter Kompromiss. Wenn man das in diesen drei Jahren nicht hinbekommt, dann – sagen einige in der Marktwirtschaft – gibt es ein Marktversagen, und dann muss sich der Staat einmal ansehen, was man da ändern muss. In diesem Punkt sind wir der CDA entgegengekommen. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir das in den nächsten drei Jahren schaffen, damit Riester endlich fliegt und die Leute wieder gern private Altersvorsorge betreiben, weil es sich auch lohnt und es wirklich eine Kompensation für die erste Säule ist, wo es ein bisschen zurückgeht. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Danke auch für diesen Wortbeitrag. – Liebe Delegierte, ich glaube, wir haben dieses Thema jetzt sehr umfangreich diskutiert. Deshalb würde ich gern zur Abstimmung kommen. Wir fangen mit den Anträgen C, und zwar C 4 an. – Da gibt es noch Wortmeldungen, die bei uns aber noch nicht angekommen sind. – Wenn Sie sich bitte an einem Mikro melden und Ihren Namen sagen?

Daniela Dietrich: Angemeldet war es. Es scheint bei euch nicht angekommen zu sein.

Ich finde es sehr traurig, dass wir letztes Jahr schon so kritisch über die Riester-Rente diskutiert haben, die vom Produkt her nicht das schlechteste ist, was wir am Markt haben. Die Niedrigzinspolitik macht es allen Vorsorgeprodukten schwer, nicht nur der Riester-Rente. Wir sollten aufhören, die Riester-Rente kaputtzureden. Das ist sie nicht, kann ich Ihnen versichern. Die Leute fragen weiterhin nach der Riester-Rente. Es gibt Zulagen. Im Moment ist in diesem Bereich wenig attraktiv, aber die Riester-Rente ist nicht das Schlechteste.

Was mich am Initiativantrag grundsätzlich stört, ist die ungeklärte Frage: Wer soll die Kosten für den Beratungsaufwand tragen, den irgendjemand übernehmen muss? Wir können doch

nicht sagen: Ihr müsst das abschließen und habt keine Möglichkeit, euch zu informieren: Was heißt das? – Wer trägt diese Kosten, wenn keine Abschlussgebühren anfallen sollen?

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Gibt es dazu noch eine Position der Antragskommission?
 – War das die einzige Wortmeldung, die wir übersehen haben, die hier nicht angekommen ist?
 – Anscheinend ja. – Ich sehe nicht, dass die Antragskommission noch einmal darauf reagieren möchte.

Jetzt sehe ich am Mikro 3 noch jemanden, der reden möchte. Bitte sehr.

Ulf Thiele: Herzlichen Dank. Der Initiativantrag ist ein Aufeinander-zu-Bewegen, aber er hat aus meiner Sicht immer noch einen Fehler: Der vorletzte Absatz des Votums der Antragskommission sagt: Wenn die Erwartungen nicht über das Produktportfolio erfüllt werden, soll nach diesen drei Jahren automatisch ein staatlich organisiertes Standardprodukt eingeführt werden.
 – Das halte ich für falsch. Die Konditionen, unter denen das an den Markt gehen soll, sind niemandem hier bekannt, und wir sollen eine Drei-Jahres-Frist beschließen?

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, das bleibt Staatswirtschaft, und ich bitte, den vorletzten Absatz aus dem Votum der Antragskommission zu empfehlen. Dann haben wir einen ordentlichen Kompromissvorschlag, bei dem wir nicht gleich mit der Drohkeule der Staatswirtschaft auf den Markt gehen.
 – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Jetzt Karl-Josef Laumann für die Antragskommission.

Karl-Josef Laumann, Antragskommission: Ich will für die Antragskommission noch einmal sagen, dass ich darum bitte und dafür werbe, dem Initiativantrag so, wie wir ihn in der Antragskommission verhandelt haben, zuzustimmen. Denn die Wahrheit ist ja: Wenn wir in den nächsten drei Jahren keine Verbreiterung der privaten Vorsorge hinkriegen, dann müssen wir vielleicht auch einmal machen, was viele Länder um uns herum machen: dass es ein vom Staat zertifiziertes Produkt gibt, was selbstverständlich von der Privatwirtschaft angeboten werden kann, um auch in diese Frage Vertrauen hineinzubekommen. Denn wir müssen es schaffen, dass wir vor allen Dingen auch in den mittleren und unteren Einkommensschichten eine stärkere kapitalgedeckte Vorsorge hinkriegen, sonst fliegt uns die ganze Sache mit der Grundrente von der Kostenseite her um die Ohren. Deswegen bitte ich einfach, dass wir eine Mehrheit für diesen Antrag finden. Und der Kompromiss ist nun mal, dass beides zusammengehört. Deswegen bitte ich sehr darum, wie die Antragskommission es vorschlägt, das gesamte Portfolio so zu beschließen. – Danke schön.

(Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Danke schön. – Jetzt habe ich noch eine Wortmeldung von Peter Weiß.

Peter Weiß: Meine Damen und Herren! Ich finde, dass die Sache mit einer ausreichenden Altersvorsorge eine sehr ernste Geschichte ist und wir auch vor einer sehr ernststen grundsätzlichen Debatte in Deutschland stehen.

Wir müssen sehen, dass die SPD in großen Teilen und die politische Linke sowieso Abschied von den Rentennachhaltigkeitsreformen nimmt und zurück will zu einer reinen umlagefinanzierten Rente, trotz der demografischen Herausforderung, die vor uns steht. Wenn wir dem etwas entgegensetzen wollen, was aber den Mitbürgerinnen und Mitbürgern in unserem Land verspricht, dass die- oder derjenige, die oder der die Möglichkeit der Altersvorsorge nutzt, am Schluss eine ausreichende Altersvorsorge hat, dann müssen neben die gesetzliche Rente zwingend die betriebliche und die private Altersvorsorge treten, und zwar nicht nur für diejenigen, die sich von sich aus dafür entscheiden, sondern für jeden Arbeitnehmer und jede Arbeitnehmerin in Deutschland. Anderenfalls haben wir eine riesige Versorgungslücke, die uns politisch auf die Füße fallen wird.

Deswegen plädiere ich dringend dafür, dass wir jetzt endlich dafür sorgen, nachdem wir gesehen haben, dass es von alleine nicht funktioniert, den Druck aufzubauen, der dazu führt, dass jeder mindestens in der zweiten oder in der dritten Säule – am besten in beiden, in zweiter und dritter Versorgungssäule – für das Alter vorsorgt, sodass wir eine echte Kombination aus umlage- und kapitalfinanzierter Rente bekommen. Sonst, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wird es uns so gehen, dass der Widerstand oder das Misstrauen gegen das Altersvorsorgesystem in Deutschland überhandnehmen und auch uns als Union überrollen wird.

Also: Jetzt ist die Stunde da, und es ist nur noch kurze Zeit, dafür zu sorgen, dass wirklich alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland ihre Altersvorsorge auf nicht nur ein, sondern auf mehrere Beine stellen.

Nun ist gesagt worden: Drei Jahre ist zu kurz. – Entschuldigung, wir bewegen uns jetzt seit Jahren vorwärts und rückwärts. Wir haben in den letzten Jahren keinen nennenswerten Erfolg mehr bei der zusätzlichen Altersvorsorge, weder betrieblich noch privat, obwohl wir mit dem Betriebsrentenstärkungsgesetz, obwohl wir mit der Verabredung aus dem Koalitionsausschuss, die Carsten Linnemann schon zitiert hat, noch einmal zusätzlich die betriebliche Altersversorgung stärken. Meines Erachtens muss jetzt von uns auch Druck aufgebaut werden, damit wir in Deutschland wirklich zu einer auskömmlichen Altersvorsorge kommen, und das sollten wir heute auf dem Bundesparteitag auf den Weg geben: Wir sind diejenigen, die auf ein Mehrsäulensystem setzen, aber eines, das auch jeder in Deutschland erreichen kann.

(Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Danke sehr. – Jetzt sind aber auch die nachgemeldeten Wortmeldungen hier abgearbeitet. Deshalb gehe ich davon aus, dass wir keine weitere übersehen haben. – Noch jemand; ich sehe es nicht. Wo ist es?

(Eine Delegierte meldet sich mit einem Zwischenruf an Mikrofon 2 zu Wort)

Ich habe nur eine Bitte. Den letzten Redebeitrag, der vorsieht, dass man sozusagen die automatische staatliche Sicherheit aus dem Antrag herausnimmt, halte ich aus folgendem Grund für richtig: Wenn wir sagen, die Versicherungswirtschaft habe drei Jahre, und dann werde es staatlich, dann besteht zumindest die Gefahr, dass sie sich darauf verlassen, eine staatliche Vorgabe zu bekommen, um sie dann privatwirtschaftlich zu vermarkten. Das halte ich nicht für besonders witzig, und insofern werde ich dafür votieren, dass dieser Passus des Automatismus herauskommt. Es reicht ja, dass man damit droht, aber man sollte nicht eine Automatik einführen. Das wäre mein Votum.

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Ein letzter Versuch zum Kompromiss. – Karl-Josef Laumann.

Karl-Josef Laumann: Gerade um diesen Punkt geht es ja, dass die Versicherungswirtschaft wissen muss, dass es dann, wenn sie in den nächsten drei Jahren nicht mehr auf die Reihe bekommt als in den letzten drei Jahren, eben auch Maßnahmen gibt, mit denen wir dann anstreben, dass wir die private Vorsorge breiter hinbekommen. Ich glaube, dass genau diese Kopplung dafür sorgen wird, dass die private Versicherungswirtschaft alles tun wird, um in den nächsten drei Jahren endlich einmal auch in diesem Bereich Erfolge zu erzielen, die wir für die Gesamtabsicherung unseres Volkes brauchen. Deswegen muss meines Erachtens dieser Zusammenhang bestehen bleiben und darf nicht auseinandergenommen werden.

(Teilweise Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, ich bin sicher, dieses Thema ist es wert, auch noch weitere Stunden darüber zu diskutieren. Ich mache trotzdem den Versuch, jetzt zur Abstimmung zu kommen. Es bleibt sowieso auf der Tagesordnung in der Rentenkommission, in der Fraktion; in allen Partei- und Fraktionsgremien wird das Thema auf der Tagesordnung bleiben. Deshalb bitte ich um Verständnis, dass ich jetzt die Abstimmung vornehme.

Wir fangen mit den Anträgen C 4, C 16 und C 17 an. Darüber wollen wir in der Fassung der Antragskommission des Initiativantrags 1 abstimmen. Ich bitte hinsichtlich Antrag C 4 um Zustimmung zum Votum der Antragskommission. – Wer ist dagegen? – Es gibt einzelne Gegenstimmen. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist der Antrag C 4 in der Fassung der Antragskommission angenommen.

Jetzt zu Antrag C 16: Wer ist da für das Votum der Antragskommission? – Wer lehnt das Votum der Antragskommission ab? – Auch da gibt es einzelne Gegenstimmen. Enthaltungen? – Keine. Dann ist auch der Antrag C 16 in der Fassung der Antragskommission angenommen.

Jetzt zu Antrag C 17: Auch da bitte ich um die Zustimmung für das Votum der Antragskommission. – Wer lehnt das Votum der Antragskommission ab? – Gleiche Situation, einzelne Gegenstimmen. Enthaltungen? – Dann ist auch der Antrag C 17 in der Fassung der Antragskommission beschlossen, sodass wir dann den Initiativantrag I 1 aufrufen können, der von der Antragskommission auch so bestätigt wird. Wer ist beim Antrag I 1 für das Votum der Antragskommission? – Wer ist gegen das Votum der Antragskommission? – Auch hier gibt es einzelne Gegenstimmen. Enthaltungen? – Dann ist auch der Initiativantrag I 1 in der Fassung der Antragskommission beschlossen.

Wir hatten eben die Anträge A 162 und A 163 verschoben. Das sind die ursprünglichen Anträge aus dem Bundesvorstandsbeschluss. Auch über sie müssen wir jetzt in der Fassung der Antragskommission abstimmen. Ich fange mit Antrag A 162 an. Wer ist beim Antrag A 162 für das Votum der Antragskommission? – Wer ist dagegen? – Auch hier gibt es wieder einzelne Gegenstimmen. Wer enthält sich? – Niemand. Dann ist auch der Antrag A 162 in der Fassung der Antragskommission angenommen.

Letzter Antrag zu diesem Themenkomplex ist der Antrag A 163. Auch da bitte ich um Zustimmung für das Votum der Antragskommission. – Gegenstimmen? – Es gibt wieder vereinzelt Gegenstimmen. Enthaltungen? – Keine. Somit ist auch dieser Antrag in der Fassung der Antragskommission angenommen worden.

Wir kommen jetzt zur Schlussabstimmung über den Antrag des Bundesvorstands. Ich lasse über den gesamten Antrag „Nachhaltigkeit, Wachstum, Wohlstand – Die Soziale Marktwirtschaft von morgen“ abstimmen. Wer ist mit den zahlreichen Änderungen, die wir beschlossen haben, für diesen Antrag in der Fassung der Antragskommission? – Wer ist dagegen? – Ich sehe jetzt keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Auch nicht. Dann ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

(Teilweise Beifall)

Dann danke ich Ihnen ganz herzlich für die konzentrierte Bearbeitung dieses Antrags und gebe weiter an Frau Puttrich.

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, Beratungen kosten Zeit. Ein bisschen Zeit werden wir auch noch brauchen. Wir haben aber eben gerade beraten, wie wir das Verfahren heute Abend noch durchführen.

Wir beraten die Themen aus dem Komplex Arbeit und Soziales heute Abend noch. Anschließend beraten wir die offenen Restanten aus dem Bereich Klima, Energie und Umwelt; das war

ja nicht so ganz viel – das sind diejenigen, die ein bisschen verzögert auf Ihrem iPad angekommen sind –, und wir beraten heute nicht mehr den Themenkomplex Verkehr und Infrastruktur, Bauen und Wohnen sowie den Komplex Ernährung und Landwirtschaft.

Der Tagesordnungspunkt Bericht des Mitgliederbeauftragten mit der Verleihung des „Preises für innovative Parteiarbeit“ wird noch durchgeführt. Auch die „Leipziger Erklärung“ soll heute noch beschlossen werden, und danach dürfen Sie sich auf ein kühles Bier freuen.

(Teilweise Beifall)

Dann fangen wir mit Arbeit und Soziales an. Wir kommen nun zu den sonstigen Anträgen zum Thema Arbeit und Soziales. Dazu gehören die Anträge C 5 bis C 28 sowie die Anträge I 2 bis I 4. Sie finden sie auf den Seiten 112 bis 128 der Antragsbroschüre sowie auf den Seiten 3 bis 8 der Sammlung der Initiativanträge. Als Sprecher der Antragskommission bitte ich Kai Whittaker und Karl-Josef Laumann auf die Bühne oder hier nach vorne.

Ich frage, ob das Wort gewünscht wird. – Das ist nicht der Fall. Das Wort wird nicht gewünscht, okay. – Doch, Entschuldigung. Hartmut Schauerte wünscht das Wort.

Hartmut Schauerte: Frau Vorsitzende! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Es geht mir um den Antrag C 6. – Passt das jetzt?

(Teilweise Widerspruch)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Nein, das passt jetzt noch nicht; der ist im nächsten Block. Aber bleiben Sie ruhig in der Nähe des Mikrofons stehen, dann haben Sie nachher nicht so weit zu gehen.

Ich lasse jetzt erst über die Anträge abstimmen, die ich gerade aufgerufen hatte. Ich rufe die Anträge C 5 bis C 7 sowie den Antrag C 18 auf den Seiten 114 bis 116 sowie den Seiten 123 bis 124 auf. Bitte beachten Sie bei den Anträgen C 5 und C 18 das geänderte Votum der Antragskommission. Dieses finden Sie, wie Sie es schon kennen, auf Ihrem Tablet. Dort ist es entsprechend unter „Aktualisierte Voten der Antragskommission“ zu finden. Jetzt frage ich: Wird hierzu das Wort gewünscht? – Herr Schauerte, Sie hatten gerade das Wort zu Antrag C 6 gewünscht. Jetzt dürfen Sie.

Hartmut Schauerte: Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich spreche zu Antrag C 6. Es geht um die Gestaltung und Ausgestaltung der Festsetzung der Mindestlohnhöhe. Sie wissen, dass das ein sehr umkämpftes Thema in der Union war; Karl-Josef, auch du erinnerst dich, wie viele Diskussionen und Gespräche wir darüber geführt haben. Wir haben uns mühsam auf einen Kompromiss verständigt und gesagt: Wir wollen die Lohnfindung beim Mindestlohn nicht politisch angehen, sondern wir wollen sie den Tarifvertragsparteien überantworten. – Dafür wurde die Mindestlohnkommission gegründet.

Die Mindestlohnkommission sollte ausgesprochen unabhängig sein; denn wir wollten nicht, dass vor jedem Landtagswahlkampf oder wann immer es die politische Gemengelage erforderte, eine breite Diskussion über die Festsetzung von Mindestlöhnen als politische Entscheidung stattfindet. Das hat eigentlich gut funktioniert. Natürlich ist der Mindestlohn für bestimmte politische Kräfte immer zu niedrig und für andere zu hoch angesetzt. Wir haben aber eine unabhängige Kommission, die paritätisch besetzt ist und die die Mindestlohnhöhe festlegt. Dies tut sie nach einem System, das sie sich selber gegeben hat, nämlich anhand des durchschnittlichen Wachstums der Tariflöhne. Danach wollte sie für die Zukunft die Mindestlohnentwicklung beschließen. Es war eine große politische Klugheit, die Festlegung der Mindestlohnhöhe aus dem politischen und dem Parteialltag herauszuhalten und sie souverän in der Mindestlohnkommission zu belassen.

Mit dem Vorschlag, den nun auch die Antragskommission formuliert – ich rede also auch zum Antragskommissionsvorschlag –, wird dieses Prinzip verwässert und durchbrochen. Das kommt mir ein bisschen so vor, lieber Karl-Josef Laumann – wir haben damals gemeinsam diesen Kompromiss besprochen und uns versprochen, dass wir daran festhalten wollen –, als ob jetzt sukzessive doch mehr politischer Einfluss auf die Lohnfindung beim Mindestlohn ausgeübt werden soll.

Ich warne davor; denn wenn wir dieses Thema jetzt öffnen, machen wir ein Fass auf, das erhebliche Wellen schlägt und das wir nicht wirklich kontrollieren können. Ich halte es für viel klüger, wenn wir schlicht und ergreifend auf diesen Ansatz verzichten und dabeibleiben, dass die Kommission souverän die Höhen festsetzt. Sie kann sich ihre Geschäftsordnung selbst geben und ist paritätisch besetzt. Warum sollten wir uns da überhaupt einmischen? Ich bitte dringend, diesen Antrag, wenn er nicht zurückgezogen wird, abzulehnen. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Wir diskutieren gerade Antrag C 6 und haben dazu noch mehrere Wortmeldungen vorliegen. Wir haben als Nächstes Steffen Kampeter, und danach kann sich schon Martin Fischer bereithalten. – Steffen Kampeter. Wo ist er? – Ich rufe noch einmal Steffen Kampeter auf; er hatte sich zu Wort gemeldet. Ist er in der Nähe eines Mikrofons? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann rufe ich als Nächstes Martin Fischer auf.

Martin Fischer: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Anhebung des Mindestlohns ist unbedingt umzusetzen. Deswegen kann man dem Antrag und dem, was die Antragskommission vorschlägt, durchaus zustimmen. Was mich allerdings stört, ist folgender Satz:

Im übertragenen Sinne sind es die weitreichendsten „Tarifverhandlungen“ Deutschlands.

Es entsteht für mich der Eindruck, dass Politik die Aufgaben der Gewerkschaften wahrnimmt. Als CDU muss unsere Aufgabe sein, Gewerkschaften zu stärken und auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer darin zu stärken, sich zu organisieren. Vielleicht kann der Antragsteller oder auch die Antragskommission hier einmal deutlich machen, welche Intention in diesem Satz steckt. – Vielen Dank.

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Danke schön. – Für die Antragskommission spricht zu Antrag C 6 Kai Whittaker.

Kai Whittaker, Antragskommission: Vielen Dank. – Liebe Freundinnen und Freunde! Was fordert dieser Antrag? Dieser Antrag fordert im Grunde nichts anderes, als dass das Bundesgesetz eingehalten wird; denn im Mindestlohngesetz steht, dass bei den Erhöhungen des Mindestlohns drei Dinge beachtet werden sollen, nämlich zum Ersten die Tarifsteigerungen, zum Zweiten, dass man davon leben können muss, wenn man Single ist, und zum Dritten, dass er eine gute Rente ermöglicht.

Die letzten beiden Punkte sind durch die Arbeit der Mindestlohnkommission derzeit nicht gewährleistet. Deshalb haben wir empfohlen, den Antrag anzunehmen; denn es geht darum, dass die Mindestlohnkommission das Bundesgesetz endlich umsetzt und ihren Auftrag wahrnimmt. Es braucht keine Geschäftsstelle und keine teuren Mitarbeiter, wenn sich die Mindestlohnkommission am Ende einmal im Jahr oder alle zwei Jahre trifft und nur das beschließt, was die Tarifpartner sowieso schon ausgehandelt haben. Dann hätten wir das gleich als Indexierung in das Gesetz schreiben können. Das wollten wir als CDU nicht, und deshalb kann ich Ihnen nur die Annahme dieses Antrages empfehlen.

(Vereinzelt Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Besten Dank. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir stimmen, da wir gerade darüber diskutiert haben, über Antrag C 6 ab. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen und bitte diejenigen um ihr Kartenzeichen, die der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchten. – Das kann man in der Tat schlecht sehen. Ich frage: Gibt es Gegenstimmen? – Dann würde ich Sie bitten, Ihr schönes Tablet wieder zu benutzen. Sie kennen die Ansage ja schon – ich glaube, die Gebrauchsanweisung muss ich jetzt nicht mehr geben –: „ja“ bei Zustimmung zur Empfehlung der Antragskommission, „nein“, wenn Sie der Empfehlung der Antragskommission nicht zustimmen, und „Enthaltung“, wenn Sie sich enthalten wollen. Das Tablet wird gerade vorbereitet; das wird einen kleinen Moment dauern.

Hatten Sie inzwischen alle die freudige Gelegenheit, Ihr Tablet benutzen zu können und entsprechend abzustimmen, und steht auf Ihrem Tablet: „Danke! Ihr Stimmzettel wurde übermit-

telt“? – Ist jemand dabei, der noch nicht abstimmen konnte? – Das sehe ich nicht. Insofern ist die Abstimmung hiermit beendet. Wir warten auf das Ergebnis, können aber im Verfahren weitermachen.

Es geht um die Anträge C 5, C 7 und C 18, die vorhin mit aufgerufen wurden. Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor. Insofern können wir über die eben von mir aufgerufenen Anträge abstimmen, das heißt über die Empfehlungen der Antragskommission. Wer diesen zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen so beschlossen.

Mit Ihrem Einverständnis machen wir gleich weiter, während wir auf das Ergebnis zu C 6 warten.

Ich rufe die Anträge C 8, C 12 und C 27 auf den Seiten 116, 118 und 128 auf. Zu diesem Komplex hat Anne Schmieder eine Wortmeldung abgegeben.

Anne Schmieder: Liebe Delegierte! Zu später Stunde dürfen wir noch darüber abstimmen, dass Unternehmer und Arbeitgeber ihren Mitarbeitern mehr bezahlen dürfen – nicht müssen, sondern dürfen. Hier geht es um die Anhebung der Minijobgrenze von 450 Euro auf, wie ich sowie der Landesverband Baden-Württemberg und der Kreisverband Vechta sagen, 600 Euro. Diese Anhebung ist längst überfällig. Sie steht schon seit zwölf Jahren an. Der Mindestlohn wurde zweimal erhöht.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nehmen das Angebot der Minijobs sehr gerne wahr. Hier geht es um das Wohl von Studenten, Rentnern, Hausfrauen, Wiedereinsteigern und Migranten. Sie wollen dieses Arbeitszeitmodell. Insofern sollten wir das unterstützen. Die Arbeitgeber brauchen diese Mitarbeiter. Deshalb möchten sie diese auch richtig und anständig bezahlen.

Deshalb bitte ich darum, dem Antrag des Landesverbands Baden-Württemberg und des Kreisverbands Vechta zuzustimmen. Bitte heben Sie die Minijobgrenze auf 600 Euro an!

Die Junge Union – das finde ich prima – will mit ihrem Antrag 8 die Anhebung auf 500 Euro. Die Antragskommission empfiehlt 550 Euro. Ich meine, dies würde die Wirkung verpassen. Deshalb bitte ich darum, der Erhöhung auf 600 Euro zuzustimmen. Das wäre eine gute Sache zum Wohle aller Beteiligten. – Vielen Dank.

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Vielen Dank für diesen Wortbeitrag. Sie haben gerade zu C 12 gesprochen. – Gibt es dazu noch weitere Wortmeldungen? – Das scheint nicht der Fall zu sein. – Dann spricht für die Antragskommission Herr Whittaker. – Ich sehe gerade, es gibt noch eine weitere Wortmeldung.

Elke Hannack: Ich möchte zu dem Antrag bezüglich der Anhebung der Einkommensgrenze für geringfügig Beschäftigte sprechen. Ich möchte Sie, liebe Freundinnen und Freunde, bitten, jede Anhebung an der Stelle abzulehnen.

Wir hatten 2003 5,6 Millionen Minijobberinnen und Minijobber. 2018 waren es bereits 7,9 Millionen. 2019 haben wir die 8-Millionen-Grenze erreicht. In diesen Minijobs arbeiten zu zwei Dritteln Frauen ohne irgendeine ordentliche soziale Absicherung.

Wir haben heute den ganzen Tag immer wieder über die Grundrente gesprochen. Hiermit treiben wir noch mehr Frauen, die zwar geringe Beiträge zahlen, aber nicht über die Grundsicherung kommen, in die Grundrente hinein. Deshalb plädiere ich dafür, den Niedriglohnsektor nicht auszuweiten.

Bereits jedes fünfte Beschäftigungsverhältnis in Deutschland ist heute ein Minijob. Wir brauchen nicht noch mehr Grundrentnerinnen und Grundrentner, sondern wir brauchen mehr sozialversicherungspflichtige, abgesicherte Teilzeit- und Vollzeitstellen, insbesondere für Frauen. Deshalb die herzliche Bitte: Lehnen Sie die Anhebung dieser Einkommensgrenze ab!

(Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Besten Dank. – Ich frage, ob es weitere Wortmeldungen gibt. – Das ist der Fall.

Kordula Kovac: Für mich macht das nur Sinn, wenn wir gleichzeitig die Obergrenze bei der Familienversicherung bei den Krankenkassen anheben. Sonst macht das keinen Sinn.

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Jetzt spricht Kai Whittaker für die Antragskommission.

Kai Whittaker, Antragskommission: Herzlichen Dank. – Liebe Freundinnen und Freunde, wie in der Debatte jetzt deutlich geworden ist, gibt es unterschiedlichste Positionen, nämlich von auf 450 Euro belassen bis auf 600 Euro anheben. Wir haben uns das sehr genau angeschaut und sind vor folgendem Hintergrund zu dem Ergebnis gekommen, dass der Betrag von 550 Euro ein guter Kompromiss ist:

Im Jahr 2003 haben wir die Grenze auf 400 Euro festgelegt und zehn Jahre später dann auf 450 Euro erhöht. Jetzt, knapp sieben Jahre später, würden wir um 100 Euro auf 550 Euro aufstocken. Diese Steigerung entspricht ungefähr dem, was an Tarif- bzw. Inflationssteigerungen in dem gleichen Zeitraum stattgefunden hat. Insofern hätten wir eine relative Stabilität.

In Anbetracht der Tatsache, dass jede Erhöhung natürlich auch Beitragsmittel in die Rentenversicherung abzieht und dass insbesondere Frauen im Alter in der Rentenversicherung schlechter abgesichert sind, wollen wir diese Grenze nur maßvoll erhöhen. Deshalb werbe ich dafür, der Empfehlung der Antragskommission zu folgen.

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Block?

Tilman Kuban: Liebe Frau Tagungspräsidentin! Ich möchte die Ausführungen von Kai Whittaker unterstreichen. Wir haben im gleichen Zeitraum, den Frau Hannack eben angesprochen hat,

in Deutschland 4 Millionen zusätzliche Erwerbstätige in Vollzeit dazubekommen. Wir haben in den letzten Jahren ein Jobwunder geschaffen. Viele Leute sind zusätzlich in Arbeit gekommen.

Uns als Junger Union geht es insbesondere darum, dass wir den Schülern und Studenten, die nebenbei arbeiten – beispielsweise haben zwei Drittel der Studenten nebenbei einen Minijob; die nutzen genau dieses Element –, die Möglichkeit geben, dass sie, wenn der Mindestlohn schon weiter steigt, mindestens genauso viel arbeiten können.

Deswegen bitte ich Sie, der Erhöhung zuzustimmen, damit wir den 2 Millionen Studenten in Deutschland die Möglichkeit geben, sich weiterhin etwas dazuzuverdienen, um in ihrem Studium gut leben zu können, und damit sie nicht weniger arbeiten zu müssen, weil wir das Mindestlohngesetz geschaffen haben. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Besten Dank. – Bevor wir jetzt zur Abstimmung kommen, darf ich Ihnen das Abstimmungsergebnis zu C 6 mitteilen: 314 Delegierte sind dem Votum der Antragskommission gefolgt und haben mit Ja gestimmt. 162 haben mit Nein gestimmt. Insofern wurde die Empfehlung der Antragskommission zu C 6 angenommen.

Wir kommen jetzt, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, zu dem Block C 8, C 12 und C 27. Hier stimmen wir über die Empfehlung der Antragskommission ab. Ich frage, wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt. – Das sieht sehr deutlich nach einer Mehrheit aus. Ich frage nach den Gegenstimmen. – Das sind deutlich weniger. Enthaltungen? – Somit sind C 8, C 12 und C 27 bei wenigen Enthaltungen in der Fassung der Empfehlung der Antragskommission beschlossen.

Ich rufe die Anträge C 9 und C 11 sowie C 13 bis C 15 auf den Seiten 116 bis 119 auf. Wird hierzu das Wort gewünscht?

Rolf Berend: Es geht um den Antrag C 11. Ich spreche hier im Namen der Senioren-Union, die diesen Antrag auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Magdeburg einstimmig beschlossen hat.

Es geht um den vollen Entgeltpunkt bei der Mütterrente. Wir haben bisher 2,5 Punkte für diejenigen, die ihre Kinder vor 1992 geboren haben, und 3 Punkte für diejenigen, die ihre Kinder nach 1992 geboren haben. Das ist eine Gerechtigkeitslücke, die so keinen Bestand haben darf und die wir als Senioren-Union schließen möchten. Das ist eine willkürliche Stichtagsregelung, die keiner der betreffenden Mütter auch nur annähernd klargemacht werden kann.

Diese Forderungen, Frau Präsidentin, sind auch nicht neu. Die haben wir hier in Leipzig bereits 2003 zusammen mit der Frauen-Union und noch einmal 2011 gestellt. Wir haben erreicht, dass von 1 Punkt auf 2,5 Punkte aufgestockt werden konnte. Warum wird nicht auch dieser halbe Punkt gewährt? Das kann man den Müttern doch nicht klarmachen.

Liebe Freunde, wir reden hier über einen Betrag von 15 Euro im Monat. Wenn Sie mit den Müttern diskutieren, stehen Sie sofort mit dem Buckel an der Wand. Die Mütter sagen Ihnen: Es wird für andere Dinge unwahrscheinlich viel Geld ausgegeben, Millionen, Milliarden. Aber für uns, die wir eine Leistung vor 1992 erbracht haben, soll das in diesem geringen Maße nicht möglich sein. – Ich will jetzt nicht über diese anderen Dinge sprechen. Aber das können Sie den Müttern wirklich nicht rüberbringen, liebe Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Die CSU hat dieses auf ihrem Parteitag bereits beschlossen. Und es stünde der CDU gut zu Gesicht, wenn wir uns diesem anschließen und nicht nach draußen gehen und sagen würden: Diese Mütter sind für uns völlig uninteressant, und was die CSU da macht, interessiert uns nicht.

Liebe Freunde, wenn das bei der nächsten Koalitionsverhandlung nicht durchkommt und am Koalitionspartner hängen bleibt, dann haben wir als CDU einer wichtigen Klientel von uns, nämlich den Frauen über 60, die uns bei den Wahlen viele Stimmen bringen, einen großen Gefallen zu tun. Die Antragskommission sagt Ablehnung. Wenn Sie nach Hause kommen und sagen: „Wir haben abgelehnt, weil die Antragskommission das so empfohlen hat, weil diesen Müttern der halbe Rentenpunkt nicht mehr zusteht“, dann müssen Sie auch entsprechend argumentieren. Ich weiß nicht, mit welchen Argumenten Sie dann kommen.

Liebe Freunde, wer kämpft, kann verlieren. Aber wer nicht kämpft, hat schon verloren. Bitte stimmen Sie hier gegen die Empfehlung der Antragskommission und im Sinne unserer Mütter,

(Lebhafter Beifall)

aber auch für die Wählerklientel, die uns bei der nächsten Wahl wieder ihre Stimme geben wird. Wenn wir diese Mütter an eine andere Gruppierung verlieren, sage ich gute Nacht. Also stimmen Sie bei der Empfehlung der Antragskommission mit „nein“.

(Vereinzelt lebhafter Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission spricht Kai Whittaker.

Kai Whittaker, Antragskommission: Liebe Freundinnen und Freunde! Das ist uns ein sehr wichtiges Thema. Schließlich hat auch unsere Parteivorsitzende heute Morgen in ihrem Grundsatzreferat deutlich gemacht, dass Kinder und ihre Mütter im Mittelpunkt unserer Familienpolitik stehen müssen. Deshalb haben wir die Mütterrente in den letzten Jahren deutlich verändert, angepasst und verbessert. Wir haben zunächst um einen zusätzlichen Punkt auf 2 Punkte erhöht, und vor Kurzem haben wir auf 2,5 Punkt erhöht. Das ist eine deutliche Verbesserung. Über die Beitragszahler und Steuerzahler fließen bis 2030 rund 170 Milliarden Euro zusätzlich in die Mütterrente. Das ist keine Kleinigkeit, sondern ein großer Betrag und stellt eine große Solidarität der Gesellschaft dar.

(Vereinzelt Beifall)

Jetzt geht es darum, um einen weiteren halben Punkt zu erhöhen. Wir möchten deutlich sagen, dass wir im Rentenrecht eine sehr komplexe Regel haben, die diesen halben Punkt eigentlich schon abbildet, nämlich die Rente nach Mindestentgeltpunkten für Rentenanwartschaften bis 1992. Das bedeutet auf gut Deutsch: Wenn eine Frau wenig Rentenpunkte hat, weil sie wenig verdient und wenig gearbeitet hat, wird ihre Rente höher gewertet. Sie bekommt somit unterm Strich eine höhere Rente und wird ungefähr einer Mutter gleichgestellt, die nach 1992 Kinder bekommen hat.

Wenn wir jetzt auf 3 Punkte erhöhen, befürchten wir, dass wir die Frauen, die nach 1992 Kinder bekommen haben, schlechterstellen. Das würde unserer Meinung nach zu einer Aufschaukelstrategie führen, die uns in diesem Punkt rund 40 Milliarden Euro bis 2030 kosten würde. Deshalb bitte ich Sie, dem Votum der Antragskommission zu folgen. – Danke schön.

(Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, jetzt sind wir in einer Situation, in der wir, gemessen am Applaus, schwer einschätzen können, wie die Abstimmung ausgehen wird. Deshalb stimmen wir digital ab.

(Beifall)

Die Abstimmung ist schon vorbereitet worden, und sie bereitet Ihnen ja auch viel Freude.

(Heiterkeit)

Über C 11 werden wir mit dem Tablet abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zu C 11 zustimmen möchte, votiert bitte mit „ja“. Wer nicht dafür ist, stimmt mit „nein“. Sie können sich auch enthalten; das Verfahren kennen Sie. Bitte stimmen Sie jetzt ab. – Konnte jemand noch nicht abstimmen? – Das ist nicht der Fall. Damit schließe ich die Abstimmung zu C 11.

Während das Ergebnis zu C 11 ermittelt wird, stimmen wir über C 9, C 10, C 13 und C 15 ab. Uns liegen hierzu keine Wortmeldungen vor. Damit stimmen wir über die Empfehlungen der Antragskommission zu C 9, C 10, C 13 und C 15 ab. Ich bitte Sie um Ihr Kartenzeichen, wenn Sie zustimmen möchten. – Gegenstimmen? – Ich sehe keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Auch keine. Insofern wurde dem Votum der Antragskommission zugestimmt.

Nun liegt uns auch das Abstimmungsergebnis zu C 11 vor. Dem Votum der Antragskommission wurde mit 59 Prozent zugestimmt. Es gab 325 Ja-Stimmen, 228 Nein-Stimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich rufe die Anträge C 19 bis C 26 und C 28 auf den Seiten 124 bis 128 auf. Zu C 28, „Regelungen für parallele Minijobs vereinfachen“, liegt uns eine Wortmeldung von Philipp Albrecht vor.

Philipp Albrecht: Für uns als CDU sollte klar sein: Wer arbeitet, darf nicht schlechter gestellt werden als jemand, der nicht arbeitet. – Deshalb plädieren wir für die Annahme dieses Antrags und somit gegen die Empfehlung der Antragskommission. – Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Kai Whittaker für die Antragskommission.

Kai Whittaker, Antragskommission: Die Antragskommission ist der Auffassung, dass derjenige, der arbeitet, einen ordentlichen Arbeitsvertrag haben soll, einen ordentlichen Lohn bekommen soll und unter ordentlichen Bedingungen arbeiten soll. Deshalb sagen wir, dass sozialversicherungspflichtige Jobs die besten Jobs sind. Wir wollen nicht, dass Menschen ihren Lebensunterhalt verdienen, indem sie mehrere Minijobs gleichzeitig annehmen müssen, und im Rentenalter in der Grundsicherung landen. Das ist nicht unser Ziel als Christlich-Demokratische Union. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab und bitten Sie, dem Votum der Antragskommission zu folgen.

(Vereinzelt Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann stimmen wir über C 28 ab. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Das sieht sehr deutlich aus. Gegenstimmen? – Einige wenige Gegenstimmen. Enthaltungen? – Enthaltungen sehe ich keine. Damit wurde dem Votum der Antragskommission zugestimmt.

Mir liegt eine Wortmeldung vor.

Gabi Messarosch: Ich stelle einen Geschäftsordnungsantrag. Wir haben heute über das Arbeitszeitgesetz debattiert. Gilt das eigentlich auch für Ehrenamtliche?

(Vereinzelt Beifall)

Ich bitte das Tagungspräsidium, noch einmal darüber nachzudenken, ob wir nicht nach diesem Themenbereich unterbrechen und morgen fortsetzen.

(Teilweise lebhafter Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Die Parteivorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer hat das Wort.

Annegret Kramp-Karrenbauer, Vorsitzende der CDU: Liebe Freundinnen und Freunde, zuerst einmal ein Riesenkompiment an all diejenigen, die bis jetzt hier immer noch ganz konzentriert im Saal sind und mitdiskutieren. Das muss uns erstmal einer nachmachen.

(Beifall)

Ich weiß, wir sind heute sehr aus der Zeit gekommen, weil wir uns die Zeit genommen haben, um die politische Aussprache zu führen. Wir haben uns jetzt Folgendes vorgenommen, und ich bitte euch, mitzuziehen: Wir wollen jetzt insbesondere das Kapitel „Arbeit und Soziales“ abschließen und die Debatte über den Kompromissvorschlag zur Grundrente, wie er jetzt ausgehandelt worden ist, vorstellen. Wir haben noch einen Initiativantrag aus dem Bereich „Klima, Energie und Umwelt“, den wir vergleichsweise schnell diskutieren können.

Wir haben heute Parteifreundinnen und Parteifreunde hier, die extra angereist sind, um mit einem Preis für innovative Parteilarbeit geehrt zu werden. Anschließend, sozusagen als Überleitung in den Sachsen-Abend, wollen wir die Leipziger Erklärung, die aus meiner Sicht von allen mitgetragen werden kann, aufrufen. Das hört sich zwar viel an, aber ich bin mir ganz sicher, dass wir, wenn wir diszipliniert durcharbeiten, relativ schnell zum Sachsen-Abend gehen können. Dort können wir den Tag ausklingen lassen. Wir werden morgen noch genug zum Arbeiten haben. Meine Bitte ist, diesem Votum zu folgen. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Ich gehe davon aus, dass hier dem Wunsch entsprochen wird, das noch zügig weiter zu verhandeln.

(Zurufe: Nein)

Ich hoffe, dass wir die Punkte abstimmen können. Das bekommen wir gemeinsam zügig hin.

(Zurufe: Nein)

Sie dürfen sich auf den schönen Abend freuen, aber jetzt mitten im Kapitel aufzuhören, würde nicht ganz so viel Sinn machen. Wir konzentrieren uns hier vorne ja auch und geben uns redlich Mühe, das Verfahren zügig voranzubringen. Ich bitte Sie, noch ein bisschen Geduld zu haben, dann kriegen wir das ordentlich hin.

(Vereinzelt Beifall)

Ich sehe, es gibt noch eine Wortmeldung, aber Sie haben bereits zur Geschäftsordnung gesprochen.

Gabi Messerosch: Ich möchte gern, dass über den Antrag abgestimmt wird.

(Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Man darf nur einmal zur Geschäftsordnung sprechen, aber ich lasse darüber abstimmen. Ich habe Sie soeben so verstanden, dass Sie den Antrag auf Schluss der Debatte gestellt haben, um die Sitzung zu beenden. Ist das richtig? – Nein. Aber das

Kapitel dürfen wir noch zu Ende machen? – Gut. Es ist der Antrag gestellt worden, nach Abschluss dieses Kapitels, das wirklich nur noch sehr kurz ist, die Sitzung zu beenden. Ich frage, wer dem zustimmt. Ich bitte um das Kartenzeichen. – Ich frage nach Gegenstimmen. – Jetzt haben Sie uns wieder in die Lage gebracht, dass man das nicht deutlich sieht.

(Widerspruch)

– Nein, ernsthaft. Wir geben uns hier oben wirklich Mühe, das dürfen Sie uns abnehmen. Jetzt dürfen Sie, vielleicht zum letzten Mal an diesem Abend, Ihr schönes Tablet nutzen, wenn Sie meinen, dass wir jetzt aufhören sollten. Stimmen Sie mit Nein, wenn Sie noch die Geduld haben, das zu Ende zu bringen. Eigentlich haben wir die Abstimmung eröffnet, auch wenn es auf dem Tablet noch nicht zu sehen ist.

Ich mache Ihnen den Vorschlag, dass Herr Ziemiak, der Generalsekretär, einen Vorschlag zum Verfahren macht, damit wir das noch hinbekommen. Wir haben uns gerade beraten, wir werden das alles noch ordentlich hinbekommen und schön abstimmen.

Paul Ziemiak, Generalsekretär der CDU: Liebe Freundinnen und Freunde, ich weiß, dass die Zeit fortgeschritten ist, und ich will auch gar nicht gegen den Geschäftsordnungsantrag reden, sondern nur darauf hinweisen, dass wir auch morgen in der Zeit begrenzt sind. Wir haben uns heute zu Recht sehr viel Zeit für die politische Aussprache genommen. Schließlich gehört eine mehrstündige Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden dazu. Viele haben aber Flüge und Züge für morgen gebucht, und sollte das Votum jetzt so ausgehen, dass der Parteitag wünscht, dass wir jetzt unterbrechen, dann bitte ich Sie trotzdem, zumindest diejenigen zu ehren, die für die Verleihung des Preises für innovative Parteiarbeit vorgeschlagen sind; denn diese sind extra angereist.

(Beifall)

Ich erlaube mir den Hinweis, dass das natürlich mit der Frage der morgigen zügigen Beratung verbunden ist. Wir können nicht alles haben – lange Aussprachen und lange Diskussionen, was gut ist – und dann am Ende sagen: Jetzt müssen wir irgendwann Schluss machen. Das will ich an dieser Stelle noch einmal als Generalsekretär deutlich machen.

(Vereinzelt Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Wir stimmen jetzt ab, dass die Anträge im Kapitel 9 und die Initiativanträge, die noch offen waren, jetzt abgeschlossen werden – das ist ein einziges Verfahren –, und dass die Ehrung der Mitglieder stattfindet. Darüber stimmen wir jetzt ab. Wer das möchte, der soll auf seinem Tablet mit Ja stimmen.

(Zurufe: Noch einmal erklären!)

Es sollte noch einmal erklärt werden. Also: Es wurde beantragt, die inhaltliche Diskussion nach dem Kapitel, das gerade diskutiert wird, inklusive der Initiativanträge aus dem Bereich Umwelt – das ist eine Abstimmung – jetzt noch durchzuführen und anschließend die Mitgliederversammlung durchzuführen. Das war das Verfahren, das gerade vorgeschlagen worden ist. Das stelle ich zur Abstimmung. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein entsprechendes Ja. Wer sagt, wir sollten noch ein paar Dinge beraten und im Antragsverfahren weitergehen, der stimmt mit Nein. Ist das Verfahren verstanden? Es sollte eigentlich verstanden sein. Oder hat noch jemand Erklärungsbedarf? – Nein. Hat jeder abgestimmt? Sie gucken ja schließlich auf die Zeit. Hat jeder abgestimmt? – Ich frage Sie: Steht bei Ihnen allen: Danke, Ihr Stimmzettel wurde übermittelt? – Das scheint der Fall zu sein. Ist irgendjemand daran gehindert worden, abzustimmen? – Nein. Dann ist die Abstimmung beendet.

Jetzt stimmen wir über die restlichen Anträge aus dem Kapitel ab. Ich rufe die Anträge C 19 bis C 26 auf den Seiten 124 bis 128 auf und frage, wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmen kann? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen, bei Ja-Stimmen und keinen Gegenstimmen und Enthaltungen. Über den Antrag C 28 hatten wir schon abgestimmt, daher rufe ich die Anträge I 2 bis I 4 auf der Seite 3 der Sammlung der Initiativanträge auf. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Ja, Christoph Ploß, bitte an Mikrofon 2.

Christoph Ploß: Liebe Parteifreunde, ich wollte zu später Stunde noch einmal zum Ausdruck bringen, dass der Kompromiss, der jetzt verabschiedet worden ist, ein unglaublicher Ausdruck der Stärke der Union ist. Es gab zum einen in der Bundestagsfraktion, aber auch in der Partei in den letzten Wochen heftige Diskussionen rund um das Thema Grundrente. Dass wir es jetzt geschafft haben, die Ziele der CDA, der Jungen Union, der MIT und auch die Ziele einer Gruppe zahlreicher Bundestagsabgeordneter unter einen Hut zu bringen, ist ein unglaublich gutes Signal. Dass wir gleichzeitig hier zum Ausdruck bringen, dass Menschen, die lange gearbeitet haben, auch im Alter in Würde leben sollen, dass das belohnt wird, dass wir uns aber gleichzeitig auch zu den zentralen Pfeilern Generationengerechtigkeit, Solidarität und Nachhaltigkeit bekennen, ist auch unglaublich wichtig; denn das ist das Markenzeichen christdemokratischer Politik.

Ich finde es auch unglaublich wichtig, dass wir ein Signal in Richtung SPD und Olaf Scholz senden, dass die Grundrente solide finanziert wird, genau wie es auch im Koalitionsausschuss vereinbart wurde, wie es auch im Koalitionsvertrag steht und dass wir die Finanztransaktionsteuer, die die Grundrente finanzieren soll, im europäischen Kontext gestalten. Ich fand es sehr unglücklich – das muss ich sagen –, dass der SPD-Finanzminister, Olaf Scholz, wenige Tage nach dem Kompromiss in einem Interview im ZDF gesagt hat, dass er sich zur Not einen nationalen Alleingang vorstellen könne. Deswegen ist es wichtig, dass wir darauf achten, dass es hier eine europäische Lösung gibt. Zum anderen ist es natürlich auch enorm wichtig, dass Kleinanleger mit der Finanztransaktionsteuer nicht belastet werden. Wir haben zu Recht in der Debatte vor-

her darüber gesprochen, dass wir bei der Rente nicht nur die gesetzliche Säule stärken wollen, dass wir nicht nur die betriebliche Säule stärken wollen, sondern dass wir auch die private Säule stärken wollen.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen wäre es enorm kontraproduktiv, wenn es 2021, im Jahr der Bundestagswahl eine Aktiensteuer gäbe, so wie es Olaf Scholz, zumindest in einigen Medien, angekündigt hat.

(Vereinzelt Beifall)

Dass heute von uns das Signal ausgeht, dass wir als Union darauf achten, dass Kleinanleger nicht belastet werden, dass die private Altersvorsorge mit uns gestärkt wird und dass wir auch die Aktienkultur in Deutschland in der Niedrigzinspolitik stärken wollen, ist genau richtig.

(Vereinzelt Beifall)

Das werden die Menschen auch honorieren. Insofern kann ich als jemand, der sich in den vergangenen Wochen energisch in die Debatte rund um die Grundrente eingeschaltet hat, sagen: Das ist ein richtig gutes Ergebnis, das hier vorgelegt wurde. Ich darf Sie bitten, das zu unterstützen. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Eine kurze Stellungnahme der Antragskommission.

Kai Whittaker, Antragskommission: Vielen Dank. – Dem ist nicht allzu viel hinzuzufügen, da der vorliegende Antrag genau dem entspricht, was unsere Parteivorsitzende, unser Gesundheitsminister und andere beim Thema Grundrente ausverhandelt haben. Deshalb empfehle ich Ihnen die Annahme dieses Initiativantrags in geänderter Fassung.

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Besten Dank. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich rufe die Anträge I 2 bis I 4 auf. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen sehe ich keine. – Enthaltungen sehe ich auch keine. – Somit ist das so beschlossen. Wir haben damit die Beratungen über die C-Anträge zum Thema Arbeit und Soziales abgeschlossen. Ich danke Karl-Josef Laumann und Kai Whittaker und bedanke mich bei denjenigen, die sich darum gekümmert haben, dass alles funktioniert hat. Ich bedanke mich bei den Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle und allen, die mitdiskutiert haben. Ich verkünde Ihnen das Ergebnis der Abstimmung bezüglich des Endes der Debatte bzw. der Sitzung, wobei ich darauf hinweise, dass die Mitgliederversammlung noch stattfindet; das war ja Bestandteil des Beschlusses. Dafür, dass wir die Diskussionen jetzt beenden und die Mitglieder noch ehren, haben 427 Delegierte gestimmt und 153 wollten weiterarbeiten. Insofern ist das Ergebnis eindeutig.

(Vereinzelt Beifall)

Wir kommen zur Mitgliederehrung. – Ich übergebe an Herrn Wittke.

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 12 auf:

Bericht des Mitgliederbeauftragten der CDU Deutschlands

Verleihung „Preis für innovative Parteiarbeit“

Ich führe nicht lange ein. – Henning Otte, du hast das Wort.

Henning Otte: Liebes Präsidium! Frau Bundeskanzlerin! Frau Bundesvorsitzende! Liebe Delegierte, herzlichen Dank, dass wir diese Preisvergabe jetzt noch gemeinsam durchführen können. Das ist die Anerkennung für ehrenamtliche Arbeit. Ich mache Ihnen ein Angebot: Ich schenke Ihnen meinen Bericht als Mitgliederbeauftragter, der zehn Seiten umfasst, und dafür gewinnen Sie ein Mitglied bis Weihnachten.

(Beifall)

Ich finde, das ist eine gute Sache für unsere Partei. Die 3 000 ehrenamtlichen Mitgliederbeauftragten in allen Verbänden machen eine tolle Arbeit. Sie sind sehr aktiv. Wir haben ein Mitgliederkonzept entwickelt, das wir nächstes Jahr umsetzen wollen, auf allen Kanälen, auf allen Ebenen. Freuen Sie sich darauf! Wir sind die Mitmachpartei! Wir sind die Mitgliederpartei, die Volkspartei. Das wollen wir auf allen Ebenen miteinander gestalten. Das war die Kurzfassung meines Berichts als Mitgliederbeauftragter; aber bitte denken Sie an unsere Vereinbarung.

(Vereinzelt Beifall)

Wir kommen jetzt zur Ehrung innovativer Parteiarbeit. Unter dem Vorsitz unseres Generalsekretärs wurden fünf Projekte ausgesucht, die ein Signal setzen für Anerkennung, in denen Herzblut und Tatkraft steckt. Das erste Projekt ist der Ortsverband Pattensen Mitte. Es geht darum, dass eine Spielplatzoffensive entwickelt worden ist, um das Bewegungsangebot für Kinder und Jugendliche auszubauen. Das Ganze wurde von guter Pressearbeit begleitet, es gab einen großen Preis eines Radiosenders; das Projekt wurde mit EU-Fördermitteln verbunden. Ich bitte jetzt die stellvertretende Ortsvorsitzende, Frau Stefanie Behrens, nach vorne.

(Beifall)

Das zweite Projekt ist vom Landesverband Sachsen-Anhalt. Es geht darum, Zugang zu jungen Menschen zu finden, politische Inhalte anschaulich zu vermitteln, mit einem eigenen Kanal „House of CDU“ soll niedrigschwellig Zugang zu Politik über Instagram vermittelt werden. Das ist gut gelungen. Vier junge Menschen haben Clips und Beiträge gedreht, um wichtige Zielgruppen anzusprechen. Ich bitte den Mitgliederbeauftragten des Landesverbandes Sachsen-Anhalt, Mario Karschunke, nach vorne.

(Beifall)

Das dritte Projekt „Innovativer Bürgerdialog“ kommt vom Kreisverband Berlin-Lichtenberg. Dort ist ein Bürgerbeirat eingerichtet worden, ein Ehrenamtsempfang mit über 400 Gästen. Der Beirat besteht aus 25 engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die Impulse der Anwohnerinnen und Anwohner aufnehmen und einen direkten Draht zur Politik bilden. Für dieses Projekt bitte ich Danny Freyemark auf die Bühne.

(Beifall)

Das vierte Projekt kommt vom Kreisverband Hagen. Es geht um Aktivitäten und Ideen im Bereich Social Media. Kampagnen wie „Mein Lieblingsplatz“ stellt ein CDU-Mitglied vor Ort vor oder beleuchtet Fragen wie: „Was macht eigentlich folgende Einrichtung oder folgendes Unternehmen?“ Es geht darum, neue Maßstäbe für transparente Arbeit zu suchen. Dafür bitten wir Jan Günther nach vorne.

(Beifall)

Fünftens, last but not least, der Gemeinderat Gärtringen. Mit ihrem Konzept „Kommen Sie, nehmen Sie“, kommen sie ins Gespräch. Ganz im Sinne der Nachhaltigkeit „Weitergeben, statt wegzuerwerfen“ ist ein Tauschbasar entwickelt und Repair-Cafe ins Leben gerufen worden, um Elektrogeräte wieder zu nutzen. Das ist eine feste Institution. Wir bitten die Initiatorin dieses Projekts, Frau Qianhong Gotsch, zu uns nach vorne. Liebe Frau Gotsch, Sie sind auch Europa-meisterin im Tischtennis im Jahr 2000. Solche Mitglieder haben wir auch.

(Beifall)

Jetzt kommen wir zur Preisnennung: Der Preis für innovative Parteiarbeit 2019 geht an den Kreisverband Berlin-Lichtenberg. Sie bekommen einen schönen Pokal. Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall)

Es gibt einen Gutschein aus dem CDU-Shop im Wert von 500 Euro und einen Gutschein im Wert von 250 Euro für die Nächstnominierten. Zum gemeinsamen Foto stehen unsere Bundesvorsitzende und unser Generalsekretär zur Verfügung. – Herzlichen Dank, dass wir dies noch machen konnten. Das war eine tolle Anerkennung dieser Arbeit. Danke schön.

(Beifall)

Michael Kretschmer, Tagungspräsident: Meine Damen und Herren, während hier noch ein schönes Foto gemacht wird, darf ich Sie alle einladen zum Sachsen-Abend. Das setzt voraus, dass Sie sich nach draußen bewegen, den Gang entlang, auf dem Sie schon heute Morgen gekommen sind. Vergessen Sie nicht, Ihre Tablets abzugeben. Wenn Sie nach draußen gehen, werden Ihnen die Geräte im langen Gang abgenommen. Lassen Sie sie auch ordentlich auf Ihrer

Marke abstempeln, damit Sie morgen früh die Geräte wiederbekommen können. Wir treffen uns jetzt drüben in der anderen Halle. Die Garderobe kann dort bleiben, wo Sie sie heute Morgen abgegeben haben.

Herzlichen Dank für diese konzentrierte Arbeit. Ich freue mich, mit Ihnen gleich in wenigen Minuten anstoßen zu können.

(Schluss: 21.51 Uhr)

Samstag, 23. November 2019
Zweite Plenarsitzung
(Beginn: 9.01 Uhr)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Wir haben von hier vorne erkannt, dass alle Delegierten da sind. Deswegen eröffnen wir den zweiten Plenartag unseres 32. Parteitages. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Wir wünschen uns allen weiterhin gute Beratungen und Entscheidungen.

Zunächst die entscheidende Frage: Haben alle Delegierten ihr Tablet heute Morgen wieder abgeholt? – Die meisten haben es offenbar getan. Die Delegierten, welche noch nicht im Besitz ihres Gerätes sind, werden gebeten, sich jetzt am Tisch der Tagungsassistenten auf der von Ihnen aus gesehenen linken Seite zu melden. Nach Vorlage Ihres Delegiertenausweises können Sie dort Ihr Tablet in Empfang nehmen und erhalten hierzu die entsprechende dritte Kennzeichnung auf Ihrem Delegiertenausweis.

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Ich fahre fort in der Tagesordnung und rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 20 auf:

Antrag des Bundesvorstandes

„Leipziger Erklärung – 30 Jahre Friedliche Revolution“

Bevor in diesen Antrag der sachsen-anhaltische Ministerpräsident, unser Freund Reiner Haseloff, einführt, wollen wir uns noch einmal die Ereignisse von vor 30 Jahren vor unser geistiges Auge führen lassen. Darum: Film ab!

(Ein Film wird gezeigt – Beifall)

Reiner Haseloff: Schönen guten Morgen, liebe Freundinnen und Freunde! Ich freue mich sehr, dass der CDU-Parteitag mittlerweile zum vierten Mal Station in Leipzig macht – das sage ich auch als benachbarter Ministerpräsident –, und das im 30. Jahr der Friedlichen Revolution. Das ist ein starkes Zeichen für unsere CDU, die Partei, die wie keine andere immer am Ziel der deutschen Einheit festgehalten hat. Wo andere wankten, da hat die CDU entschlossen und klar gesagt: Wir nehmen Mauer und Stacheldraht nicht hin. Wir halten fest an der gemeinsamen deutschen Staatsbürgerschaft. Wir wollen, dass alle Deutschen in Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit leben können. Die Deutsche Einheit möglich gemacht haben aber wir, die Bürger der damaligen DDR. Wir haben aufbegehrt, sind Risiken eingegangen, sind aufgestanden, haben die Mauer und den Eisernen Vorhang von innen niedergedrückt. Auch ich war damals bei der im Film gezeigten Rede von Helmut Kohl in Dresden dabei. Leipzig, Magdeburg, Dresden, Wittenberg und viele andere Orte stehen für diesen Mut, der sich damals Bahn gebrochen hat.

Als Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt macht mich das auch 30 Jahre später stolz, und es macht mich demütig; denn vieles von dem, was wir damals an Mut gesehen und aufgebracht haben, wird heute als gegeben hingenommen. Es war aber schlicht nicht selbstverständlich. Es ist notwendig, immer wieder darauf hinzuweisen, dass wir an die Tradition der Friedlichen Revolution anknüpfen müssen.

Wir wären aber nicht die CDU, wenn wir einfach nur erinnern würden. Für uns ergibt sich aus dem 30. Jahrestag der Friedlichen Revolution ein dreifacher Auftrag, dem wir mit der vorliegenden Leipziger Erklärung deutlich machen wollen. Erstens: den Zusammenhalt stärken und die Einheit in der Vielfalt Deutschlands leben. Vor 30 Jahren sind die Menschen mit dem Ruf auf die Straße gegangen: „Wir sind das Volk“. – Allmählich wandelte sich dieser Ruf zu „Wir sind ein Volk“. Wir wissen es noch genau. Vielleicht haben wir damals im Glückstaumel unterschätzt, dass dieses „Wir“ schneller gesprochen ist, als es empfunden wird. Es geht darum, dass wir auch 30 Jahre später die Verschiedenheit der Erfahrungen anerkennen und dass wir diese Verschiedenheit nicht als Mangel, sondern als Bereicherung empfinden. Das erste Wort unserer gemeinsamen Hymne lautet „Einigkeit“. Es ist ein wunderschönes Wort, viel schöner als „Gleichheit“, viel schöner als „Unterschiedlichkeit“. In „Einigkeit“ drückt sich ein „Wir“ aus, das trotz aller unterschiedlichen Erfahrungen, trotz aller regionalen Vielfalt auf einer gemeinsamen Geschichte, auf einer gemeinsamen Identität und auf einem gemeinsamen Wertefundament beruht. Da geht es im Übrigen nicht nur um Ost/West. Wir erleben die Einigkeit in Vielfalt auch zwischen Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein oder zwischen Sachsen-Anhalt, Sachsen, Brandenburg, Thüringen oder Mecklenburg-Vorpommern. Zu dieser Einigkeit, zu diesem „Wir“ gehören ganz sicherlich das gemeinsam Erreichte in den vergangenen 30 Jahren, die enorme Aufbauleistung, große Transferleistungen und -zahlungen, Ehrgeiz und Leidenschaft, sich in eine vollkommen neue Welt einzufinden, ja, auch Opfer, die erbracht wurden, wie Arbeitslosigkeit, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Umschulungen. Heute, 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution, sollten wir diese gemeinsamen Erfahrungen noch viel stärker zum Teil unserer Identität machen.

(Vereinzelt Beifall)

Zweitens: das Erreichte sichern und die Lebensverhältnisse weiter angleichen. Ohne Frage: Zieht man Bilanz nach 30 Jahren, stellt man fest, dass es beeindruckend ist, was wir geleistet haben. Man muss nur durch die Straßen der neuen Länder mit offenen Augen und im Übrigen auch mit einer offenen Nase gehen, um diese gewaltige Entwicklung wahrzunehmen. Die wirtschaftlichen Daten, die Infrastruktur und mittlerweile auch die historisch niedrige Arbeitslosigkeit, der Zustand der Flüsse, der Seen, der Wälder, der Natur insgesamt, all das ist beeindruckend, liebe Freundinnen und Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Die Erfolge der letzten drei Jahrzehnte verdanken wir einer Dynamik und dem Aufbruchswillen, der seinesgleichen sucht. Diese Dynamik und diesen Aufbruchswillen braucht es auch heute wieder; denn das Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen, ist noch nicht erreicht. Stellvertretend hierfür nenne ich den Strukturwandel in den ost- und mitteldeutschen Kohlerevieren.

Drittens: Deutschlands Zukunft in Europa und in der Welt mutig gestalten. Wir dürfen auch 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution nicht vergessen: Wir Bürger der damaligen DDR waren nicht alleine. Wir werden niemals den Mut der Polen, der Ungarn und der Tschechen vergessen. Wir werden auch nicht vergessen, dass die Einigung im weiteren Fortgang nur mit den internationalen Partnern und nicht gegen sie möglich war und dass wir nur mit den Vereinigten Staaten, Frankreich, dem Vereinigten Königreich, der damaligen Sowjetunion sowie unseren polnischen und tschechischen Nachbarn dies erreichen konnten. Unserer Nation, unserem geeinten Deutschland erwachsen daraus eine Verpflichtung und eine Verantwortung für die Gestaltung der heutigen Rolle in Europa und in der Welt. Ja, wir müssen auch heute Deutschlands Rolle in Europa und in der Welt aktiv gestalten: als Brückenbauer, als wirtschaftlich wie militärisch verlässlicher Partner und als Verteidiger des Multilateralismus und einer freien Weltordnung, aber auch als Verteidiger des Erhalts eines Wertekatalogs, für den wir als CDU stehen. Ich finde deshalb, dass dieser Parteitag genau zum richtigen Zeitpunkt kommt, nämlich im 30. Jahr des Falls der Mauer und im 30. Jahr der Wiedervereinigung, das wir im nächsten Jahr begehen.

Nach der Friedlichen Revolution haben wir als CDU eine historische Verantwortung übernommen und über weite Strecken den Einigungsprozess gesteuert. Lasst uns gemeinsam zusammenstehen, damit es in Zukunft möglich ist, die innere Einheit zu vollenden. Da ist noch einiges zu tun. Aber wenn das jemand schafft, dann ist es die Christlich Demokratische Union. Lassen Sie uns gemeinsam zusammenstehen und diesen Parteitag nutzen, um mit der Leipziger Erklärung ein klares Signal zu senden.

Herzlichen Dank und einen guten weiteren Tagungsverlauf.

(Beifall)

Oliver Wittke, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Reiner Haseloff. – Wir treten in die Beratung dieses Antrags, der Leipziger Erklärung, ein. Wir schlagen Ihnen vor, diesen E-Antrag gemeinsam mit den Anträgen C 1, C 2 und C 3, die sich ebenfalls mit den Ereignissen vor 30 Jahren beschäftigen, zu behandeln. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Ich frage, ob es derartige gibt. – Das ist sichtbar nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer der Leipziger Erklärung in der Fassung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Dann ist einstimmig so beschlossen. Ich bedanke mich dafür ganz herzlich.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Delegierte! Ich rufe nun auf TAGESORDNUNGSPUNKT 11:

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Im Europäischen Parlament haben CDU und CSU insgesamt 29 Abgeordnete: 23 von der CDU, sechs von der CSU. Unser Vorsitzender ist Daniel Caspary; er vertritt Nordbaden im Europäischen Parlament. Lieber Daniel, du hast das Wort für deinen Bericht.

(Beifall)

Daniel Caspary: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! David McAllister hat es angesprochen: Seit der Europawahl im vergangenen Jahr stellen wir gerade noch 29 von 751 Abgeordneten. Das macht uns nicht glücklich. Wir alle hatten gemeinsam für ein besseres Ergebnis bei der Europawahl gekämpft. Dafür danke ich Ihnen namens aller Kolleginnen und Kollegen von Herzen.

(Beifall)

Wir sind damit noch immer größte nationale Delegation im Europäischen Parlament und damit der Stabilitätsanker, Machtfaktor und die bestimmende Kraft in Europa. Jeder von uns weiß: Unsere Inhalte können wir nur mit starken Persönlichkeiten an der richtigen Stelle umsetzen. Wir stellen mit Manfred Weber den Vorsitzenden der größten Fraktion im Europäischen Parlament. Mit David McAllister aus Niedersachsen, Sabine Verheyen aus Nordrhein-Westfalen, Norbert Lins aus Baden-Württemberg und Monika Hohlmeier aus Bayern stellen wir vier von 20 Ausschussvorsitzenden im Europäischen Parlament. In unserer Fraktion stellen wir acht von 20 Sprechern in den Fachausschüssen. Mit Angela Merkel als Bundeskanzlerin und Ursula von der Leyen als künftiger Präsidentin der Europäischen Kommission kommen die beiden mächtigsten Frauen Europas aus unseren Reihen. Mit dieser Aufstellung setzen wir die Tradition von Konrad Adenauer, Helmut Kohl und der Europa-Partei CDU fort. Darauf sind wir alle hier zu Recht stolz.

(Beifall)

Der Einfluss des Europäischen Parlaments auf die Gesetzgebung in Europa nimmt immer mehr zu. Deshalb sieht der Vertrag von Lissabon einen gemeinsamen europäischen Wahlrechtsakt vor. Wir wollen endlich die undemokratische Möglichkeit von doppelter Stimmabgabe in mehreren Mitgliedstaaten beenden. Wir wollen einige Mitgliedstaaten zu transparenteren und demokratischeren Listenaufstellungen bringen.

Und: Wir wollen eine weitere Zersplitterung der Parteienlandschaft stoppen. Bei dieser Wahl gab es in Europa rund 40 Parteien auf dem Stimmzettel. Dank fehlender Hürde probieren immer mehr Gruppierungen, bei den Europawahlen ein Mandat zu gewinnen. Wenn man immer

mehr Klientelparteien und Einzelabgeordnete in den Parlamenten möchte, dann kann man das so belassen. Wenn wir aber möchten, dass wir in Deutschland schon innerhalb unserer Volksparteien die unterschiedlichen Meinungen und Strömungen berücksichtigen und gerade in diesen schwierigen Zeiten den gesellschaftlichen Ausgleich und Konsens suchen, dann müssen wir nach dieser Überzeugung auch das Wahlrecht gestalten. So hat es das Europäische Parlament und so hat es der Rat einstimmig beschlossen. Fast alle Mitgliedstaaten haben den europäischen Wahlrechtsakt mittlerweile ratifiziert. Deshalb rufen wir die Abgeordneten im Deutschen Bundestag und die Länder im Bundesrat heute mit Antrag C 35 auf, den europäischen Wahlrechtsakt endlich in Deutschland umzusetzen, europäische Demokratie nicht weiter zu blockieren und damit den nächsten Schritt hin zu einem demokratischen Europa mit einem noch gestärkteren Parlament zu gehen. Liebe Freunde, dafür setzen wir uns ein.

(Beifall)

Doch ein demokratisches Europa, eine starke Kommission und ein handlungsfähiges Parlament sind für uns kein Selbstzweck. Wir wollen Europa gestalten. Wenn in einigen Mitgliedstaaten Freiheit und Rechtsstaatlichkeit bedroht sind, Korruption blüht und Journalisten wegen ihrer unabhängigen Berichterstattung bedroht oder sogar ermordet werden, dann ist das nicht unsere Vorstellung von Europa. Wir wollen deshalb beispielsweise sicherstellen, dass in der nächsten Haushaltsperiode die Auszahlung europäischer Gelder konsequent an Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung und das Einhalten unserer europäischen Werte gekoppelt wird. Dafür setzen wir uns ein.

(Beifall)

Wenn in unserer Nachbarschaft Unsicherheit herrscht, wenn Menschen unterdrückt werden oder gar Kriege und Völkermorde drohen, dann beschäftigt uns das sehr. Doch bisher haben wir Europäer oft nur zugeschaut und hatten 28 unterschiedliche Meinungen in 28 Mitgliedstaaten. Die Realität ist noch immer, dass wir uns von China, Russland und anderen gegeneinander ausspielen lassen und damit nicht in der Lage sind, schnell und wirksam eine gemeinsame europäische Position zu finden. Wir wollen daher die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik weiterentwickeln. Wir wollen weg von einstimmiger Handlungsunfähigkeit hin zu Mehrheitsentscheidungen und Weltpolitikfähigkeit. Dafür setzen wir uns ein.

(Vereinzelt Beifall)

Wir wollen in unserer Nachbarschaft für mehr Stabilität und für eine Zukunftsperspektive sorgen. Wir wollen deshalb mehr gemeinsame europäische Entwicklungspolitik und mehr Engagement in der Außen- und Sicherheitspolitik sehen. Deshalb war es doch richtig, dass unsere Parteivorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer mit ihrem Vorschlag für eine Sicherheitszone in Syrien eine Debatte über mehr europäisches – auch über mehr deutsches – Engagement ange-

stoßen hat. Wenn wir nicht aktiv für Stabilität in unserer Nachbarschaft sorgen, wenn wir nicht Stabilität exportieren, dann werden wir künftig durch Terroristen, Wirtschaftsmigranten und die Flucht vor Bürgerkriegen mehr Instabilität importieren. Wir haben es doch in den 90er Jahren im Kosovo-Konflikt erlebt. Wir haben 2015 in der Syrien-Krise erlebt, welches Elend uns droht und welche Fluchtbewegungen dann einsetzen können. Deshalb brauchen wir natürlich mehr Engagement Europas in unserer Nachbarschaft. Annegret Kramp-Karrenbauers Vorschlag war deshalb ein dringend nötiger Weckruf für mehr Engagement und hat unsere Unterstützung.

(Beifall)

Die große Mehrheit im Europäischen Parlament sieht das auch so und hat Annegrets Vorschlag dem Grunde nach unterstützt.

Liebe Annegret, auch wenn sich Außenminister Maas in der Türkei über deinen Vorschlag lustig macht und dir im Ausland in den Rücken fällt: Wir lassen es nicht zu, dass ein unreifer Außenminister so mit einem seriösen Vorschlag unserer Verteidigungsministerin umgeht. Deshalb stehen wir hier geschlossen hinter dir.

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Egal, wohin wir in der Welt schauen – es läuft auseinander. China wird immer stärker. Auf Trump-Amerika scheint weniger Verlass zu sein. In Europa droht der Brexit. Populisten gewinnen fast überall an Boden. In Deutschland verlieren immer mehr Mitbürgerinnen und Mitbürger das Vertrauen in demokratische und staatliche Einrichtungen. Immer mehr denken nur noch an sich. Die Einzigen, die das wahrscheinlich noch zusammenhalten können, sind wir in der Christlich Demokratischen Union.

Doch wir haben es in den letzten Wochen erlebt: Auch bei uns droht sich die große Volkspartei in immer mehr Spezialinteressen aufzuspalten: in die Ebenen Kommunen, Land, Bund, Europa – jede Vereinigung mit ihrem berechtigten Partikularinteresse.

Union der Mitte und Werteunion – immer öfter werden gute Kompromisse, bei denen sich halt nicht jeder zu 100 Prozent durchsetzen konnte, schlechtgeredet und Mehrheitsentscheidungen von der Minderheit nicht mehr akzeptiert und mitgetragen. Stattdessen reihen sich einige aus der Minderheit dann nicht ein, sondern profilieren sich in der Presse und in Talkshows auf Kosten aller.

Liebe Freunde, glaubt irgendjemand hier im Saal, dass uns Wählerinnen und Wähler angesichts unseres Erscheinungsbildes der letzten Wochen zutrauen, unsere Gesellschaft, Deutschland, Europa und die Welt zusammenzuhalten? Nein, unsere Gesellschaft, Deutschland, Europa und die Welt zusammenhalten kann nur der, der auch in der Lage ist, den eigenen Laden zusammen-

zuhalten. Das ist unser aller Aufgabe. Wir 1 001 Delegierte sind die Führungsmannschaft der Christlich Demokratisch Union, und die Menschen in Deutschland und Europa sehnen sich nach Halt, Orientierung, Geschlossenheit und politischer Führung. Deshalb ist es unser aller Aufgabe und unsere Chance, das den Menschen in Deutschland und Europa zu geben. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Lieber Daniel Caspary, herzlichen Dank für deinen Bericht aus dem Europäischen Parlament. Ich möchte noch darauf hinweisen, dass die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament auch einen Ausstellungsstand im Foyer hat, wo Sie sich über unsere Arbeit im Detail informieren können. Ich übergebe an Antje Tillmann.

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Auch von mir einen schönen guten Morgen! Wir fahren mit den Antragsberatungen fort, und zwar mit dem Antrag des Bundesvorstands Digitalcharta Innovationsplattform: D. Das sind die Anträge D – Verteilte Systeme und offene Schnittstellen für die digitale Zukunft. In diesen Antrag führt uns ein Video ein. Danach erhalten Thomas Jarzombek und Prof. Dr. Jörg Müller-Lietzkow, die sich schon nach vorn begeben können, das Wort.

(Video)

Wir haben Lust auf morgen und haben jetzt Lust auf Prof. Dr. Jörg Müller-Lietzkow und Thomas Jarzombek.

Prof. Dr. Jörg Müller-Lietzkow: Guten Morgen – oder wie man in meiner neuen, hanseatischen Heimat sagt: Moin! Gestern war das C das große Thema. Heute aber geht es um das D, meine Damen und Herren, um die Digitalisierung. Wir – keine Sorge, wir kommen nachher noch einmal auf die CDU zurück –, Thomas Jarzombek und ich, sind die Sprecher des C-Nets. Sie brauchen auch keine Angst zu haben: Wir werden keine 90 Minuten dazu reden, um Sie heute Morgen in Blockchain, KI und andere Technologien einzuführen, sondern geben Ihnen einen kleinen Ausblick auf das, was die Digitalcharta leisten kann.

Zweitens – ich sagte es gerade –: Wir brauchen die C, D und U, wir brauchen nämlich Coding, Daten und einen neuen Universalansatz für Deutschland im Zeitalter der Digitalisierung. Das Autorenteam – Nadine Schön, Tankred Schipanski, Thomas Jarzombek und ich – hat etwas gewagt: Wir haben versucht, etwas Neues zu schreiben, was aber auf eine mutige und richtige Entscheidung der Parteivorsitzenden zurückgeht, die es gestern bereits gesagt hat: Wir müssen in der Digitalisierung nach vorn gehen! – Dafür möchten wir uns herzlich bedanken.

(Vereinzelt Beifall)

Denn etwas ungewöhnlich für die CDU war unserer Ansicht nach, dass große Offenheit herrschte, diese neue Frage über drei zentrale Begriffe anzugehen, die wir Ihnen erklären wollen: ers-

tens den Plattformbegriff, zweitens so etwas wie verteilte Systeme, und drittens wollen wir Ihnen ein Paradigma der Offenheit erklären. All das kombiniert bedeutet einen Paradigmenwechsel in der deutschen Digitalpolitik.

Plattformen – das wissen Sie alle – von großen US-amerikanischen und chinesischen Konzernen erscheinen erst einmal wie ein kapitalistisches Monster. Wir in Europa und insbesondere in Deutschland wollen darauf eine andere Antwort geben, die zu uns passt und die die digitale Souveränität in unserem Land stärkt. Dazu müssen wir darüber nachdenken, wie wir das gestalten. Wir brauchen eine andere Logik, die unseren Werten entspricht. Dazu muss man ein bisschen tiefer schauen.

Das Zweite, was wir uns da angeschaut haben, sind sogenannte verteilte Systeme. Verteilte Systeme, meine Damen und Herren, finden Sie in der Informatik als ein hocheffizientes System, in dem die Last auf viele Schultern verteilt wird. Deutschland als starkes und großes Land – das möchte ich an der Stelle deutlich betonen – ist leistungsstark, und zwar nicht nur in einem Stadtstaat, in Berlin oder in der zentralen Spitze. Wir müssen die Digitalpotenziale und -kompetenzen im ganzen Land nutzen, denn daraus entstehen Innovation und Zukunftsfähigkeit für Deutschland.

Last, but not least haben wir vor, das Prinzip der Offenheit nach vorne zu bringen. Sie haben gestern schon im Rahmen der Workshops etwas zum Thema Open Source, Open Source-Software gehört. Das ist ein lange bekanntes Prinzip in der Digitalisierung. Aber das Gleiche gilt für Daten, für Schnittstellen und auch für die Weiterentwicklung in der Wissenschaft. Die Offenheit kennen wir aus der Wissenschaft: Das Teilen von Ergebnissen, von Innovationen, von Erkenntnissen führt dazu, dass mehr Innovation entsteht, dass wir uns weiterentwickeln. Das nennen wir Open-X-Prinzip, und das ist unser Paradigmenwechsel in Deutschland, weil Open Data – offene Schnittstellen – zu einem Umdenken führen wird, was dem Mittelstand in Deutschland einen erheblichen Vorteil bringt und zu vielen neuen Startups führen wird.

(Beifall)

Kombiniert man diese Dinge, glauben wir, dass wir ein neues System anbieten können, ein System, das eben genau dieser Plattformlogik entspricht, aber auch zu einer besseren Verankerung und Verwurzelung der Digitalisierung in unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft führt. Und das nennen wir Innovationsplattform D, die Ihnen Thomas Jarzombek gleich anhand einiger Beispiele etwas genauer vorstellen wird.

Ich danke Ihnen fürs Zuhören. Lassen Sie uns Bits, Bytes und harte Arbeit investieren, dann werden wir die Zukunft für Deutschland besser gestalten! – Vielen Dank!

(Beifall)

Thomas Jarzobek: Meine Damen und Herren! Lieber Jörg Müller-Lietzkow, vielen Dank für die erste Einführung. Ich bedanke mich erst einmal bei allen, die so aktiv im C-Netz an dem Antrag mitgearbeitet haben. Das C-Netz bringt das C wieder zurück, und zwar zu denjenigen, die sich für digitale Politik interessieren und engagieren.

Wir haben die Frage in den Mittelpunkt gestellt: Warum haben wir in der Vergangenheit gute Ziele bei der Digitalisierung vorgegeben, sie aber nicht immer erreicht? Darauf geben wir heute die Antwort mit unserer Innovationsplattform D. Ich möchte das in fünf Bereiche sortieren.

Der erste Bereich ist – was Jörg Müller-Lietzkow schon sagte – unsere Strategie der Offenheit. Offenheit bedeutet für uns: Wir wollen für die Zukunft nicht mehr so sehr wie in der Vergangenheit auf die Großen setzen, sondern wollen auf den Mittelstand und die Startups setzen. Wir wollen uns öffnen. Wir wollen offene Schnittstellen, offene Software, Open Repositories, wie es in der IT-Sprache heißt, alle diese Dinge konstruieren, damit wir künftig die Digitalprojekte des Staates auf viele Schultern verteilen, sodass unsere Mittelständler, unsere Startups hier Lösungen bauen können. Denn wir haben in der Vergangenheit – und das ist das Zweite – sehr stark auf Hardware gesetzt und nicht immer erkannt, wie wichtig Software und Daten sind. Deshalb ist es aus unserer Sicht ein wichtiger Punkt, gerade mit offener Software in diesen Markt zurückzukommen, der doch sehr von amerikanischen und auch chinesischen Unternehmen dominiert ist. Open Source ist unsere Möglichkeit, in Deutschland und Europa hier wieder aufzuschließen.

(Beifall)

Der dritte Punkt ist: Der Staat muss nicht mehr alles alleine machen. Wir haben hier ein Erfolgsmodell, etwas, was wir gut geschafft haben, und zwar ausgerechnet bei der Steuer – kein Wunder, dass wir hier in Deutschland sehr engagiert sind. Aber wir haben kein Steuerprogramm wie das des Finanzamts, in das Sie Ihre Steuererklärung eintippen. Es gibt eine Schnittstelle, die nennt sich ELSTER, und Sie haben die Auswahl aus einer Reihe von Programmen. Jeder von Ihnen wird sich vielleicht schon einmal damit auseinandergesetzt haben.

Hier herrscht Wettbewerb, hier steht der Kunde im Vordergrund. Wir glauben, das Modell, dass der Staat die Infrastruktur baut, eine Schnittstelle baut, und dann am Ende ein Wettbewerb der Lösungen entsteht, ist unser Bild auch für viele andere Dinge, zum Beispiel im Bereich der elektronischen Verwaltung: Nicht der Staat muss die App und die Schnittstelle für die Bürger machen; aber er muss die Plattform dafür zur Verfügung stellen.

Damit kommen wir zum nächsten, dem vierten Punkt. Wir wollen damit für Wettbewerb sorgen. Es gilt nicht mehr, dass einer alles macht, sondern es soll auch einen Wettbewerb geben. Wenn wir über die digitale Schule reden, dann sehen wir eine Plattform, auf der es eine Konkurrenz von Lernangeboten gibt und wo vielleicht nicht mehr pauschal bezahlt wird, sondern wo die Anzahl

der Abrufe am Ende das entscheidende Kriterium dafür ist, wie viel der Staat den jeweiligen Anbietern bezahlt, damit hier wirklich der Gedanke von mehr Wettbewerb im Vordergrund steht und die Lösungen auch für die Nutzer besser und anwendungsfreundlicher werden.

Der fünfte Punkt ist die Kompetenz in der Digitalisierung. Ich freue mich sehr, dass die Parteivorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer gestern gesagt hat: Der nächste Schritt soll ein Digitalministerium werden.

(Teilweise Beifall)

Ich hörte, die Antragskommission hat auch schon ein positives Votum für einen Änderungsantrag an dieser Stelle gegeben. Wir glauben, dass die IT-Prozesse in den Häusern auch wirklich komplett verstanden werden müssen und sie auch aus der Leitungsebene gesteuert werden müssen.

Damit kommen wir zum letzten Punkt, nämlich der auch künftig erforderlichen Agilität. Wir Deutschen lieben es, die Dinge perfekt zu machen. Deshalb sind wir auch eine so gute Hardware- und Ingenieursnation; denn das perfekte Auto ist das beste Auto. In der Software lernen wir aber, dass es in den letzten Jahren oftmals darauf ankam, wer der Schnellste ist und auch mal Dinge ausprobiert, auch wenn sie noch nicht ganz perfekt sind. Wenn wir für manche Gesetzespakete versuchen, über viele Jahre das perfekte Paket zu bauen, dann sind wir nicht mehr die Schnellsten in diesem Prozess. Deshalb werben wir für mehr Agilität, dafür, Gesetzgebung auch einfach einmal zu probieren, schnell nachzusteuern, zu merken, wenn Dinge nicht richtig funktionieren. Wir müssen hier deutlich agiler und deutlich schneller werden.

Deshalb lautet unser gemeinsamer Aufruf: Was wir brauchen, ist an dieser Stelle mehr Action, und dafür stehen wir. Dafür haben wir heute diesen Antrag eingebracht, und wir freuen uns mit Ihnen gemeinsam auf die Umsetzung. – Vielen Dank.

(Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank für die einführenden Worte, Thomas und Herr Professor Jörg Müller-Lietzkow. – Action habe ich bisher noch nicht, denn ich habe zu dem Antrag noch keine Wortmeldung. Ich sage Ihnen noch einmal, wo Sie ihn finden. Das sind die D-Anträge aus Ihrer Tagungsmappe, Seiten 308 bis 363. Sollte eine Wortmeldung bisher bei uns noch nicht aufgeschlagen sein, dann melden Sie sich bitte noch einmal. Ansonsten gehe ich die Ziffern durch, und Sie signalisieren mir bitte, wenn Sie sich dazu zu Wort melden wollen.

Ich fange an mit der Ziffer 1. Das sind die Anträge D 1 bis D 4. Ich würde komplett darüber abstimmen lassen, wenn sich zwischendurch keine Wortmeldungen ergeben. – Ziffer 2 betrifft die Anträge D 5 bis D 8, Ziffer 3 die Anträge D 9 bis D 12, Ziffer 4 die Anträge D 13 bis D 15, Ziffer 5 die Anträge D 16 und D 17, Ziffer 6 die Anträge D 18 und D 19 sowie Ziffer 7 den Antrag D 20.

Ziffer 8 betrifft die Anträge D 21 bis D 23 und Ziffer 9 die Anträge D 24 bis D 34. Dazu habe ich eine Wortmeldung zu Antrag D 28. Deshalb würde ich jetzt über die bisher vorgelesenen Ziffern bis zum Antrag D 27 jeweils in der Fassung der Antragskommission abstimmen lassen.

Wer für diese Anträge in der Fassung der Antragskommission ist, der zeigt das bitte per Handzeichen. – Action war gefragt. Soll ich es wiederholen? – Anderenfalls haben wir hinterher den Antrag abgelehnt. Irgendwie sind wir noch nicht warmgelaufen.

Bitte noch einmal: Zu den Anträgen bis zum Antrag D 27 gab es keine Wortmeldung. Deshalb würde ich darüber jetzt gern im Block in der Fassung der Antragskommission abstimmen lassen. – Aha, so langsam kommt es. Wer ist dafür? – Jetzt haben wir die Mehrheit.

(Heiterkeit)

Wer ist dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Ebenfalls niemand. Dann sind also die Anträge bis D 27 in der Fassung der Antragskommission angenommen.

Zum Antrag D 28 hat sich Nico Bock gemeldet, der mir bitte einmal zeigt, wo er steht. – Da ist er. Hallo!

Nico Bock: Herzlich willkommen hier auf dem Bundesparteitag! Ich möchte jetzt hier zu dem Antrag D 28 reden. In diesem Antrag geht es um ein Thema, das uns im letzten Frühjahr relativ stark beschäftigt hat. Es geht um die Frage: Wie schaffen wir eigentlich europäischen Urheberrechtsschutz, und wie setzen wir das um? Artikel 13 und Artikel 17 haben viele von uns beschäftigt. Dabei müssen wir zeigen, dass wir als CDU eben keine Klientelpartei sind, sondern dass wir für Jung und Alt stehen.

Das, was ich in den Debatten verfolgt habe, belegt, dass wir uns ja in der Frage ziemlich einig sind, ob wir Upload-Filter wollen oder nicht. Eigentlich haben alle immer gesagt: Nein, wir wollen keine Upload-Filter. Leider sind aber auch die Vorschläge, wie wir eben eine Umsetzung ohne Upload-Filter gestalten können, bisher relativ mau.

Ja, es gab den Vorschlag der Bundes-CDU, und ja, dieser Vorschlag ist inhaltlich auch gut und richtig. Leider muss man aber zu diesem Vorschlag auch sagen, dass er nur eine Symptombehandlung ist. Tendenziell zeigt sich – das sieht man ja auch gerade an der aktuellen Umsetzung –, dass sich eine EU-rechtskonforme Umsetzung eher schwierig gestaltet. Dabei ist Artikel 17 oder die Frage, ob wir Upload-Filter wollen oder nicht, einfach auch eine Frage, was wir in Europa wollen. Immer wieder hören wir hier: Wir wollen ein neues europäisches Facebook, wir wollen ein europäisches Google.

Gerade hat Thomas Jarzombek es gesagt: Wenn wir ein europäisches Facebook und wenn wir ein europäisches Google wollen, dann müssen wir auch ein Ökosystem dafür schaffen, dann müssen wir Unternehmen die Möglichkeit geben, Fehler zu machen, und dann müssen wir Un-

ternehmen und Start-ups eben nicht dadurch aufhalten, dass sie erst einmal tausend Paragraphen studieren und analysieren müssen, bevor sie sich eigentlich damit auseinandersetzen können. Deswegen sage ich: Artikel 17 bzw. ehemals Artikel 13 macht es nur schwieriger.

Wir als Junge Union Deutschlands bitten Sie deshalb darum, dem Antrag in der Fassung der Antragskommission nicht zu folgen, sondern dem Antrag zuzustimmen und eine Abschaffung des Artikels 17 auf europäischer Ebene zu fordern. – Danke schön.

(Teilweise Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Danke schön. – Für die Antragskommission spricht Professor Jörg Müller-Lietzkow, dann Thomas Jarzombek. – Komm, du hast Action verlangt. Mach hinne!

Prof. Dr. Jörg Müller-Lietzkow: Eigentlich sollte das die Kollegin Schön machen, aber ich begründe das sehr gerne.

Meine Damen und Herren, wir haben ja als CDU beschlossen, dass wir eine nationale Umsetzung dieser Urheberrechtslinie ohne Upload-Filter machen wollen. Dieser Beschluss ist nach wie vor gültig, und dazu stehen wir auch. Darüber habe ich gerade noch einmal mit Paul Ziemiak gesprochen. Deshalb ist für uns klar, dass wir das so, wie wir es als CDU beschlossen haben, auch durchsetzen wollen.

Der Ball liegt im Feld der Justizministerin, die dafür federführend zuständig ist. Unsere Kriterien sind klar definiert, und das muss der Maßstab dessen sein. Das ist der Grund, weshalb wir sagen: Wir müssen jetzt diese Umsetzung so vornehmen, wie wir es als CDU beschlossen haben, nämlich ohne Upload-Filter. Das ist erst einmal der Stand der Dinge.

Wenn es künftige Novellen gibt, gelten natürlich genau diese Paradigmen dann auch dafür auf der Ebene der Europäischen Union. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Danke auch für die Stellungnahme der Antragskommission. – Ich lasse dann über den Antrag D 28 abstimmen. Wer ist für das Votum der Antragskommission? – Wer ist dagegen? Es gibt einige Gegenstimmen. – Ich denke, die Ersten waren die Mehrheit, aber es gibt eine ganze Reihe Gegenstimmen. Enthaltungen? – Niemand. Dann ist der Antrag in der Fassung der Antragskommission angenommen.

(Teilweise Beifall)

Kommen wir unter Ziffer 9 zu den Anträgen D 29 bis D 34, unter Ziffer 10 zu den Anträgen D 35 bis D 37, unter Ziffer 11 zu den Anträgen D 17 und D 38, unter Ziffer 12 zu dem Antrag D 39, unter Ziffer 13 zu dem Antrag D 40, unter Ziffer 14 zu den Anträgen D 41 bis D 44, unter Ziffer 15 zu den Anträgen D 45 und D 46 sowie unter Ziffer 16 zu den Anträgen D 47 bis D 49.

Ziffer 17 umfasst den Antrag D 50, Ziffer 18 die Anträge D 51 und D 52, Ziffer 19 den Antrag D 53, Ziffer 20 den Antrag D 54, Ziffer 21 die Anträge D 55 und D 56, Ziffer 22 die Anträge D 57 und D 58, Ziffer 23 die Anträge D 59 bis D 61, Ziffer 24 die Anträge D 62 bis D 66. Da bitte den Hinweis beachten – das sind die Seiten 339 bis 342 der Antragsbroschüre –, dass die Antragskommission die Empfehlung bei Antrag D 65 geändert hat. Die Antragskommission empfiehlt nun, den Antrag D 65 in der Fassung des Antrags D 62 anzunehmen. – Kein Widerspruch. Dann können wir auch darüber gemeinsam abstimmen.

Ziffer 25 umfasst die Anträge D 67 und D 68, Ziffer 26 den Antrag D 69, Ziffer 27 die Anträge D 70 und D 71, Ziffer 28 die Anträge D 72 und D 73, Ziffer 29 den Antrag D 74, Ziffer 30 den Antrag D 75, Ziffer 31 die Anträge D 76 bis D 78, Ziffer 32 die Anträge D 79 bis D 82, Ziffer 33 die Anträge D 83 bis D 85, Ziffer 34 die Anträge D 86 und D 87, Ziffer 35 den Antrag D 88, Ziffer 36 den Antrag D 89, Ziffer 37 die Anträge D 90 und D 91, Ziffer 38 den Antrag D 92 – Sie wollten offensichtlich testen, ob ich die Zahlen stotterfrei aussprechen kann –, Ziffer 39 die Anträge D 93 und D 94, Ziffer 41 den Antrag D 95, der Antrag D 96 gehört zu Ziffer 42, der Antrag D 97 zu Ziffer 43 und der Antrag D 98 zu Ziffer 44. Antrag D 99 gehört zur Ziffer 45, und Ziffer 46 umfasst die Anträge D 100 bis D 102. Endspurt mit der Ziffer 47 und den Anträgen D 103 bis D 105 und der Ziffer 48 mit den Anträgen D 106 bis D 108.

Zu all diesen Anträgen gibt es keine Wortmeldung; deshalb können wir darüber im Block abstimmen. Ich bitte Sie um Ihr Votum. Wir stimmen über all diese Anträge in der Fassung der Antragskommission ab. Wer ist für den Antrag der Antragskommission? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Bei einzelnen Gegenstimmen und keinen Enthaltungen ist der Antrag „Digitalcharta Innovationsplattform“ des Bundesvorstands damit beschlossen. Offensichtlich gab es eine gute Vorarbeit der Antragsteller und der Antragskommission. Herzlichen Dank, dass wir das so zügig durchziehen konnten!

(Vereinzelt Beifall)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Dann kommen wir erneut zu TOP 22, Beratung und Beschlussfassung über die sonstigen Anträge C. Sie finden die C-Anträge in der Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission auf den Seiten 106 bis 306. Eine digitale Version der Antragsbroschüre finden Sie ebenfalls auf Ihrem Tablet unter dem Navigationspunkt „Anträge und Beschlüsse“.

Wir kommen nun zum Thema „Digitales, Medien und Kultur“. Dazu gehören die Anträge C 81 bis C 95 sowie die Initiativanträge I 6 und I 7. Sie finden sie auf den Seiten 173 bis 180 der Antragsbroschüre sowie auf den Seiten 9 bis 11 der Sammlung der Initiativanträge und Empfehlungen der Antragskommission auf Ihrem Tablet. Ich bitte als Sprecher der Antragskommission Nadine Schön und Thomas Jarzombek auf die Bühne.

Ich rufe jetzt die Anträge C 81 und C 89 auf den Seiten 173 und 176 sowie den Antrag I 7 auf den Seiten 10 und 11 der Sammlung der Initiativanträge und Empfehlungen der Antragskommission auf. – Ich sehe nicht, dass hierzu das Wort gewünscht wird. Dann lasse ich über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit beschlossen.

Dann rufe ich die Anträge C 82 bis C 84 auf den Seiten 173 und 174 auf. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich auch hier über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit beschlossen.

Ich rufe die Anträge C 85 und C 87 auf den Seiten 174 und 175 auf. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist auch nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit beschlossen.

Dann rufe ich die Anträge C 86 und C 90 auf den Seiten 174 bis 177 auf. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich auch hier über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch das ist beschlossen.

Dann rufe ich jetzt die Anträge C 88, C 91 und C 93 sowie den Initiativantrag I 6 auf. Sie finden diese auf den Seiten 175 bis 179 der Antragsbroschüre sowie auf den Seiten 9 und 10 der Sammlung der Initiativanträge und Empfehlungen der Antragskommission. Bitte beachten Sie bei Antrag C 88 das geänderte Votum der Antragskommission. Dieses finden Sie auf Ihrem Tablet unter dem Menüpunkt „Aktualisierte Voten der Antragskommission“. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Zu Antrag C 88 spricht Ernst Brenning.

Ernst Brenning: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich finde, wir können über dieses Thema nicht einfach so glatt hinweggehen. Ich möchte den Antrag ausdrücklich unterstützen. Ich hatte das Vergnügen, eine Hilfslieferung nach Tansania – das liegt in Ostafrika – zu begleiten. Ich bin aber auch viel in Brandenburg und Berlin unterwegs – das liegt in Deutschland –, weil ich da herkomme. Deutschland ist ein starker Industriestaat, und es ist unglaublich, dass wir in unserem Land ohne Ende Funklöcher haben, während Sie, wenn Sie über Sandstraßen in Tansania, einem der ärmsten Länder auf einer ganz niedrigen Entwicklungsstufe, fahren, an jeder Ecke LTE-Empfang haben und per WhatsApp nach Deutschland telefonieren können. Das können Sie aus Berlin und Brandenburg nicht überall. Das liegt in unserer Verantwortung, und deswegen ist es so wichtig, dass wir uns darum jetzt endlich nachhaltig kümmern und nicht nur darüber reden, sondern es auch machen. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Dann gibt es eine weitere Wortmeldung von Norbert Röttgen zum Initiativantrag I 6, also zum gleichen Punkt.

Dr. Norbert Röttgen: Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde! Ich möchte zu dem Antrag I 6 kurz das Wort ergreifen und mich bei der Antragskommission im Namen derjenigen bedanken, die den Initiativantrag 6 eingebracht haben. Das Votum der Antragskommission ist, diesen Antrag anzunehmen.

Ich melde mich trotzdem zu Wort, weil ich glaube, dass dieses Thema von entscheidender Bedeutung ist. Dabei geht es um den Ausbau von 5G. 5G ist nicht irgendein Thema. 5G wird das digitale Nervensystem von allem sein. Es wird alles verbinden. Es wird für die industrielle Produktion und für die individuelle Kommunikation relevant sein, auch wie der Staat miteinander kommuniziert und das organisiert. Das ist nach meiner Einschätzung eine der weitreichendsten strategischen Weichenstellungen, die in unserem Land zu treffen sind, meine Damen und Herren. Das müssen wir wissen; das ist die Dimension.

(Beifall)

Darum ist es im Sinne des gestern hier diskutierten und vor dem Hintergrund der Ansprüche, die erhoben worden sind, richtig, dass die CDU mit ihrer Position klar erkennbar ist, was ihre Zukunftsvorstellungen in diesem strategischen Bereich sind. Das müssen wir klarmachen. Das macht dieser Initiativantrag klar, der jetzt angenommen worden ist.

Die erste Frage lautet: Wo wird entschieden, wie 5G ausgebaut wird? Wird das in der Exekutive entschieden, oder gibt es nicht nur einen richtigen Ort, wo über diese Weichenstellung entschieden wird? Das ist das deutsche Parlament; das ist der Deutsche Bundestag. Diese Frage gehört in den Bundestag und nicht in irgendein Ministerium, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Dort muss entschieden werden. Egal wie entschieden wird – es muss parlamentarisch entschieden werden.

Die zweite Frage ist: Wer wird das machen? Haben wir Europäer die Ambitionen, unser technologisches Know-how, das wir noch haben, dann auch industriell anzuwenden? Ich meine, wir als Partei für Europa müssen sagen: Wir wollen, dass Europa das kann. Wir wollen, dass sich Europa bei dieser Zukunftstechnologie nicht abmeldet. Wir wollen eine europäische Lösung, weil es um die Wettbewerbsfähigkeit von Europa geht. Darum wollen wir mit einem europäischen Anspruch dabei sein. – Das ist unsere zweite Aussage.

(Beifall)

Die dritte Aussage ist: Das ist eine eminente Frage der nationalen Sicherheit. Bei 5G – das sagen alle Experten und vor allen Dingen die Geheimdienste – gibt es keine objektiv messbare Sicherheit. Das ist am Ende eine Frage des Vertrauens. Darum stellt sich die Frage: Wem können wir

das anvertrauen? Wem können wir dieses digitale Nervensystem anvertrauen? Die Aussage in diesem Antrag ist: Wir können dies nicht Unternehmen anvertrauen, die unter dem Einfluss eines Staates stehen – ob sie es wollen oder nicht – und ihm ausgeliefert sind. Das können wir nicht dulden!

(Beifall)

Wenn wir das aus unserer Kontrolle geben würden, dann ist es eine Frage von vielleicht zwei, drei Jahren, bis wir gar nicht mehr verstehen, was überhaupt stattfindet. Das wären dann ein maximaler Kontrollverlust und der Verlust des Staates, Dinge zu kontrollieren. Das hat auch etwas mit dem Vertrauensverlust in den Staat zu tun, mit dem wir uns herumzuschlagen haben, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Wenn das eine Vertrauensfrage ist, dann müssen wir klar sagen, dass jedes chinesische Unternehmen kein privates Unternehmen ist. Gerade solche großen Unternehmen haben nach der expliziten Gesetzeslage in China den Interessen der kommunistischen Führung dieses Staates zu dienen. Sie sind explizit zur Kooperation mit den chinesischen Geheimdiensten verpflichtet. Darum muss klar sein: Dem chinesischen Staat und der kommunistischen Führung können wir nicht das deutsche 5G anvertrauen, meine Damen und Herren. Diese Vertrauensfrage muss in diesem Sinne beantwortet werden.

(Beifall)

Umso mehr ist es richtig, zu sagen: Das ist eine große Zukunftsfrage. Das ist eine Frage unseres Selbstverständnisses. Das ist eine Frage der nationalen Sicherheit und unserer europäischen Ambitionen. Es ist unser demokratisches, parlamentarisches Selbstverständnis, dass der Deutsche Bundestag, dass unsere Parlamentarierinnen und Parlamentarier über die Zukunft Deutschlands entscheiden, meine Damen und Herren. Ich danke der Antragskommission, dass sie so votiert hat. – Vielen Dank.

(Beifall)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Auch zu I 6 rufe ich jetzt noch die Wortmeldung von Christoph Bernstiel auf.

Christoph Bernstiel: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei der Frage, ob und mit wem wir unser 5G-Netz, das Zukunftsnetz Deutschlands, ausrüsten, geht es nicht nur darum, wie schnell wir das tun können und welche technischen Risiken damit einhergehen. Norbert Röttgen hat es eben ganz klar gesagt, dass es im Grunde um die Frage geht: Wie weit wollen wir der Kommunistischen Partei Chinas den Zugriff auf die wichtigste digitale Infrastruktur in unserem Land in den nächsten 10 bis mindestens 20 Jahren gewährleisten?

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für mich ist völlig klar: China ist vielleicht ein Handelspartner. China ist aber nicht unser Sicherheitspartner, und China ist auch nicht unser Wertepartner. Das muss man an dieser Stelle ganz klar sagen.

(Beifall)

Das ist eine Debatte, die sich leider genau an dieser gewichtigen infrastrukturellen Frage entzündet.

Der Präsident der Volksrepublik China ist auf Lebzeiten gewählt. Allen, die Zweifel daran haben, wie das chinesische Regime seine Macht sichern möchte, empfehle ich einen Blick nach Hongkong. Das können in der Zukunft keine Partner für uns sein.

Selbstverständlich haben die Chinesen mittlerweile einen technologischen Vorsprung. Für uns Europäer gilt es, diesen technischen Vorsprung aufzuholen. Noch haben wir die Möglichkeiten dazu.

Wir möchten mit unserem Antrag erreichen, dass wir die Frage, inwieweit wir China, aber auch andere Staaten am 5G-Ausbau in unserem Land beteiligen möchten, im höchsten deutschen Parlament besprechen. Das ist der Deutsche Bundestag. Ich sage Ihnen auch: Selbstverständlich müssen wir dort auch besprechen, welche Konsequenzen das haben kann.

Es stehen wirtschaftliche Sanktionen im Raum. Das sagen meistens diejenigen, die meinen, wir könnten keinen Ausschluss herbeiführen. Ich sage Ihnen immer wieder: Wenn wir noch nicht einmal mehr über die sicherheitspolitischen Fragen mit elementarer Bedeutung reden dürfen, ohne dass wir Angst vor handelspolitischen Konsequenzen haben müssen – meine Damen und Herren, wie erpressbar sind wir denn schon geworden?

(Beifall)

Ich freue mich außerordentlich, dass es uns gelungen ist, vom Donnerstag letzter Woche bis heute mehr als 80 Delegierte zu finden, die unseren Initiativantrag gezeichnet haben. Ich danke auch ausdrücklich der Antragskommission, dass sie unserem Initiativantrag gefolgt ist.

Heute ist ein guter Tag für die digitale Souveränität Deutschlands. Heute beginnen wir eine Debatte über eine wichtige Zukunftsfrage. Mit Ihrem Votum stoßen Sie diese Debatte im Deutschen Bundestag an. Bei allen, die zustimmen, möchte ich mich schon jetzt sehr herzlichen bedanken. – Vielen Dank.

(Beifall)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Zu diesem Initiativantrag haben wir auch noch die Wortmeldung von Philipp Amthor.

Philipp Amthor: Liebe Freunde! Ich möchte mich zunächst dem Dank der Kollegen Norbert Röttgen und Christoph Bernstiel an die Antragskommission anschließen. Es ist gut und richtig, dass

wir die Frage des 5G-Ausbaus, der Beteiligung ausländischer Unternehmen und der europäischen Datensouveränität selbstbewusst im Parlament, aber auch selbstbewusst hier auf dem Parteitag diskutieren wollen und dass wir das auch zu einer Entscheidung bringen, liebe Freunde.

(Beifall)

Es geht darum, Dinge zu diskutieren, zu entscheiden und dann auch umzusetzen. Der Prozess der Umsetzung des 5G-Ausbaus wird heute noch nicht entschieden, sondern das wird ein Prozess sein, der uns mehrere Monate und Jahre beschäftigen wird.

Ich will sagen: Das Wertebekenntnis, das wir abgeben mit der Entscheidung, zu sagen: „Wir wollen auf eigene Souveränität setzen und haben eine bewusste Skepsis gegenüber China und der Kommunistischen Partei Chinas“, wird uns auch in den nächsten Monaten noch Haltung abverlangen. Denn es wird die Frage aufkommen: Wird der 5G-Ausbau dadurch vielleicht teurer, und wird er vielleicht länger dauern?

Liebe Freunde, gerade für uns, also für die jüngere Generation, muss das wichtig sein. Wir können uns vielleicht in zwei Jahren fragen lassen, wie schnell das 5G-Netz ausgebaut wird. Wir wollen, dass es schnell geht. Ich möchte mich in zehn Jahren allerdings nicht fragen lassen, warum wir beim Ausbau, wenn wir ihn vorschnell umgesetzt haben, unsere digitale Souveränität verspielt haben.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen uns hier für unsere Werte, für unsere Überzeugungen entscheiden, und dazu gehört auch, dass wir auf unsere eigene Souveränität setzen müssen. Insofern ist es richtig, dass wir im Votum der Antragskommission und im Initiativantrag darauf hinweisen, dass wir nicht wollen, dass die Telekommunikationsunternehmen vollendete Tatsachen schaffen. Vielmehr müssen wir es schaffen, dieses klare Bekenntnis zu unseren Werten und Überzeugungen hervorzuheben. Das muss beim 5G-Ausbau die zentrale Botschaft sein, auch für die junge Generation: Es geht nicht nur um die Frage der digitalen Infrastruktur, sondern im Kern auch um unsere Staatswohlinteresse, um unsere Werte und Überzeugungen. Schließlich wissen wir als Christdemokraten, dass unsere Werte und Überzeugungen andere sind als die der Kommunistischen Partei Chinas.

(Beifall)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Bevor wir gleich zusammen über den Initiativantrag I 6 und die Anträge C 92 und C 95 abstimmen, erteile ich Till Warning zum Antrag C 95 das Wort.

Till Warning: Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin! Norbert Röttgen und Philipp Amthor haben die zentrale Frage gestellt: Wollen wir riskieren, dass totalitäre Staaten Einfluss auf unser digitales Nervensystem gewinnen? – Die klare Antwort der CDU muss hier Nein lauten.

Die WerteUnion unterstützt den Antrag von Norbert Röttgen und anderen, weil wir uns in diesem Antrag weitestgehend wiederfinden.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist doch ein gutes Signal von diesem Parteitag: Uns geht es hier wirklich um die Sache.

(Vereinzelt Beifall – Vereinzelt Lachen)

Da der Name des Unternehmens verständlicherweise aus rechtlichen Gründen nicht im Antrag auftaucht, möchte ich etwas zu Huawei und Hongkong sagen. Jetzt komme ich zu der seltenen Ehre, Wladimir Iljitsch Lenin auf einem CDU-Parteitag zu zitieren. Der marxistische Theoretiker und leider auch Praktiker hat nämlich gesagt: Genossen, die Kapitalisten werden uns noch den Strick verkaufen, mit dem wir sie aufknüpfen werden.

Um nichts anderes geht es auch heute. Die Freiheit ist nicht nur in Europa bedroht. Nein, auch in Hongkong leisten Millionen Demonstranten Widerstand gegen die Volksrepublik, die sich weder um ihr Volk noch um republikanische Tugenden bemüht. Die digitale Sklaverei – so muss man es, glaube ich, nennen – hat die Chinesen fest im Griff.

Die CDU stand zu West-Berlin, und so müssen wir auch zu Hongkong als Insel der Freiheit stehen.

(Vereinzelt Beifall)

Weiterhin gibt es Hundertausende Zwangsarbeiter, Folter, Vergewaltigung und Menschenrechtsverletzungen in China, und dieselbe Kommunistische Partei Chinas, die auch Huawei steuert, ordnet auch Folter und Mord an.

(Vereinzelt Beifall)

Man muss es vielleicht so deutlich sagen: Manche der Weihnachtsgeschenke, die wir unseren Kindern unter den Tannenbaum legen, sind nicht nur „Made in China“, sondern auch „Made by Zwangsarbeit“.

Vor wenigen Wochen habe ich einen Mitstreiter von Joshua Wong kennengelernt und ihn gefragt, was er Ihnen als den frei gewählten Delegierten der CDU Deutschlands heute mitgeben möchte. Er und mit ihm Millionen haben eine ganz klare Botschaft an die Bundesregierung: Lasst euch nicht vom roten Kapital kaufen. Kauft nicht den Strick, mit dem man euch aufhängen will.

Über 500 Mitglieder der CDU haben mit ihrem Antrag gezeigt: Die CDU muss die Partei der Freiheit sein. – Friedrich Merz hat gestern gesagt, wir haben die Wahl zwischen Frucht und Freiheit. Ich würde sagen, wir haben die Wahl zwischen digitaler Sklaverei und digitaler Freiheit. Stimmen Sie also für den Antrag von Norbert Röttgen und für die Freiheit. – Danke schön.

(Beifall)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Als Nächstes spricht Christian Schwarz-Schilling.

Prof. Dr. Christian Schwarz-Schilling: Liebe Freunde, meine Damen und Herren! Erstens möchte ich zum Antrag von Norbert Röttgen sprechen. Ich bin voll und ganz der Meinung und froh, dass die Union den Zusammenhang zwischen Technologien, Sicherheit und Freiheit verstanden hat und deswegen einen solchen Antrag stellt.

(Beifall)

Zweitens. Mir fehlt allerdings die Aufforderung, dass das deutsche Parlament die Aufgabe hat, sich mit europäischen Normen auseinanderzusetzen bzw. deutlich zu machen, dass das nicht nur eine deutsche, sondern eine europäische Richtlinie werden muss.

(Vereinzelt Beifall)

Wir dürfen uns nicht einbilden, dass wir als Deutschland allein gegen die chinesischen Technologien ankämpfen können. Wir brauchen die anderen europäischen Nationen in gleicher Weise. Auch wenn Ericsson und Nokia, die bei uns in Deutschland vielleicht eine kleine Betriebsstätte haben, im Moment nicht die entscheidenden technologischen Vorkämpfer in dieser Frage sind, müssen wir das auf europäischer Ebene in Gang setzen, selbst wenn es auf den ersten Blick nicht so aussieht. Dass Europa in dieser Frage nicht vorkommt, ist ein Fehler. Ich meine, wir brauchen höchstens zwei, drei Jahre, um mit Nokia und Ericsson den Gleichstand mit China herzustellen. Deutschland allein wird das nicht schaffen. In dieser Frage müssen wir ehrlich genug zu uns selbst sein.

(Vereinzelt Beifall)

Drittens möchte ich auf Hongkong eingehen. Es ist gut, dass wir uns mit der chinesischen Geschichte befassen. Denn China wird für Europa im nächsten Jahrzehnt oder sogar im nächsten Jahrhundert entweder der Hauptpartner oder der Hauptgegner werden. Das heißt auch, dass wir die historischen Festlegungen akzeptieren. Diese gelten für die nächsten 20 Jahre in Hongkong. Das ist leider der kleine Unterschied zu Berlin. Damals hat ein amerikanischer Präsident gesagt: Ein Angriff auf Berlin ist ein Angriff auf die Vereinigten Staaten. – Daran sollten wir auch heute denken, wenn wir Kritik an Amerika äußern.

(Vereinzelt Beifall)

Ich meine, dass wir in dem Antrag zum Ausdruck bringen müssen, dass wir in Bezug auf Hongkong keine Kampfesposition, sondern eine friedliche Position einnehmen, und das müssen wir auch den Einwohnern von Hongkong sagen.

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Ich bitte diejenigen, die der Empfehlung der Antragskommission zustimmen wollen, um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das bei wenigen Gegenstimmen so beschlossen.

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Daniel Günther. – Wir kommen nun zum TAGESORDNUNGSPUNKT 10:

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Lieber Ralph Brinkhaus, wir freuen uns auf deinen Bericht. Ich bitte den Parteitag um Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Ralph Brinkhaus: Liebe Freundinnen und Freunde! Meine Damen und Herren! Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion war vor einigen Wochen schon einmal in Leipzig, und zwar sind wir zu einer Sondersitzung zum Thema „30 Jahre Friedliche Revolution“ zusammengekommen. Am Anfang dieser Veranstaltung bin ich mit einigen Kollegen in der Nikolaikirche gewesen. Wir haben dort eine Andacht gehalten, und an dieser Andacht haben viele Bürgerrechtler und Bürgerrechtlerinnen teilgenommen. Diesen Bürgerrechtlern und Bürgerrechtlerinnen zuzuhören, war sehr bewegend, wie sie damals mit großem persönlichem Einsatz und Mut die Entscheidung getroffen haben, sich zu versammeln, wie sie unter dem Schutz der Kirche Versammlungsräume bekommen haben, wie sie in den Diskussionen immer mutiger wurden und schließlich Flugblätter gedruckt haben und auf die Straße gegangen sind.

Warum erzähle ich Ihnen das? Ich erzähle es Ihnen deswegen, weil diese Menschen für etwas gekämpft haben. Sie haben für Freiheit gekämpft und sich dafür einem erheblichen persönlichen Risiko ausgesetzt. Wir, meine Damen und Herren, müssen uns heute fragen: Für welche Freiheit haben sie gekämpft, für eine Freiheit von etwas, von Unterdrückung und Diktatur, oder für eine Freiheit zu etwas? Ich glaube, sie haben für eine Freiheit zu etwas gekämpft, nämlich für die Freiheit zu gestalten. Das, liebe Freundinnen und Freunde, hat uns alle zur Politik gebracht, dass wir gestalten wollen, dass wir etwas tun wollen, dass wir etwas verändern und nicht einfach nur unseren Alltag verwalten wollen.

Genau diesen Auftrag, den Auftrag, zu gestalten, hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion – ich sage ausdrücklich CDU/CSU; ich freue mich, dass Markus Söder gleich sprechen wird und dass gestern Alexander Dobrindt hier war; denn nur zusammen sind wir stark; das hat sich auch im letzten Jahr gezeigt – angenommen. Was heißt „zu gestalten“, was steht dahinter? Wir haben uns vorgenommen, das Land von der Mitte her zu denken; denn die Mitte – das ist ja auch das Motto unseres Parteitags – ist entscheidend für das Land. Der Charakter eines Landes zeigt sich daran, wie es mit Minderheiten umgeht, wie es mit Menschen umgeht, denen es nicht so gut geht; aber am Ende des Tages ist die Mitte entscheidend für dieses Land. Wenn wir nicht die Partei der Mitte sind, dann ist es niemand mehr. Deswegen versuchen wir, Politik für die Mitte in diesem Land zu gestalten.

(Vereinzelt Beifall)

Politik für die Mitte zu gestalten, bedeutet, sich zu fragen: Was betrifft denn die Menschen? Da ist zum Beispiel das Thema Bildung zu nennen. Anja Karliczek ist hier. Wir haben im Bereich Bildung das Berufsbildungsgesetz auf den Weg gebracht; wir haben beim BAföG vieles getan. Wir haben im Bereich Digitalisierung viele Dinge in Angriff genommen; wir stellen die entsprechenden Mittel für die Digitalisierung an den Schulen zur Verfügung. Es geht aber nicht nur um Bildung.

Ein weiteres Thema der Mitte ist das Thema „Gesundheit und Pflege“. Auch im Bereich Gesundheit und Pflege haben unsere Gesundheitspolitikerinnen und Gesundheitspolitiker und Jens Spahn geliefert. Wir haben nicht nur die Masernimpfpflicht durchgesetzt – ich kann dazu nur gratulieren; das war eine mutige Entscheidung, wir haben viel Widerstand bekommen; aber es war eine richtige Entscheidung –,

(Vereinzelt Beifall)

sondern auch viele Kleinigkeiten, die den Alltag der Menschen verbessern. Wir haben Familien in den Fokus genommen. Dabei ging es nicht nur um das Baukindergeld, sondern auch um das Kindergeld insgesamt. Es wird jetzt darum gehen, dass wir den Anspruch auf Ganztagsbetreuung bis zur vierten Klasse umsetzen, weil genau das der Mitte unserer Gesellschaft hilft. Es ging um Infrastruktur und um viele andere Themen.

Jetzt können Sie sagen: Ja, okay, es ist toll. Ihr habt viel für die Mitte getan, aber am Ende des Tages liegen wir bei 25, 26 oder 27 Prozent. Warum ist das denn eigentlich so, wenn diese Bundestagsfraktion und diese Bundesregierung so viel liefert? Wieso stehen wir in den Umfragen nicht besser da, und wieso sind wir in den Wahlen nicht so erfolgreich, wie wir sein wollen? – Darauf kann man viele Antworten geben. Vielleicht liegt es daran, dass Personalfragen wichtiger genommen werden als Sachfragen, vielleicht geht es darum, dass wir immer noch darüber diskutieren, wo wir uns als Partei verorten: Sind wir konservativer, sind wir grüner, sozialer, liberaler? Ich kann Ihnen eines sagen: In meiner Fraktion gibt es Vertreter aus allen Richtungen; darüber bin ich froh. Wir haben Mitglieder, die sind stramm konservativ, wir haben Mitglieder, die sind unglaublich sozial, wir haben die Wirtschaftsliberalen, wir haben die Arbeitnehmer. Das ist auch in Ordnung so. Deswegen diskutieren wir auch kontrovers in der Fraktion. Aber es gibt einen Unterschied zu der einen oder anderen Diskussionen, die wir in der Partei führen: Niemand von uns, ob er konservativ, wirtschaftsliberal oder sozial ist, hat den Anspruch, dass der Rest der Fraktion genauso zu denken hat wie er. Wir respektieren, dass es bei uns ein breites Meinungsspektrum gibt und dass genau dieses breite Meinungsspektrum uns stark macht, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall)

Genau das wünsche ich mir von der Partei. Ich wünsche mir, dass es um Sachfragen geht und nicht um Personalfragen und dass wir vor allen Dingen akzeptieren, dass wir ein breites Meinungsspektrum haben und dass wir das nicht nur akzeptieren, sondern dass wir es wertschätzen; denn das ist die Qualität der Union. Das macht uns aus.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir das gelöst haben, stellt sich dennoch die Frage: Wird es am Ende des Tages reichen, um unserem Anspruch gerecht zu werden, um dahin zu kommen, wo wir hinwollen, nämlich in Richtung 40 Prozent? Ich sage ausdrücklich: Richtung 40 Prozent. – Nein, es wird nicht reichen. Eines ist in den letzten Wochen und Monaten klargeworden: Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion, wir als Bundesregierung, wir als Union müssen den Anspruch haben, dieses Land zu führen. Zu führen heißt, erst einmal die richtigen Themen zu setzen. Und die richtigen Themen sind Zukunftsthemen. Wir haben in den vergangenen Jahren sehr viel über Zusammenhalt und Verteilung gesprochen. Das war auch richtig, weil es viel um Zusammenhalt in der Gesellschaft ging; das will ich auch gar nicht kritisieren. Aber wir werden nach unserem Parteitag und nach dem Parteitag unseres Koalitionspartners die Entscheidung treffen müssen, wie wir die nächsten anderthalb Jahre gestalten. Ich möchte die nächsten anderthalb Jahre nicht damit verbringen, noch mehr umzuverteilen, meine Damen und Herren,

(Beifall)

sondern ich möchte in den nächsten anderthalb Jahren das Land zukunftsfest machen. Zukunftsfest zu machen heißt, nach vorne zu denken; zukunftsfest zu machen heißt, die Themen zu setzen, die uns weiter nach vorne bringen. Gestern sind einige Themen genannt worden. Ich möchte drei herausgreifen, die von überragender Wichtigkeit sind.

Das erste Thema – über das müssen wir eigentlich noch viel mehr reden; es war gut, dass wir eben die Debatte über 5G geführt haben – ist das Thema Außen- und Sicherheitspolitik. Meine Damen und Herren, die Welt hat sich verändert. Wir stehen vor großen Herausforderungen. Im Hinblick auf diese großen Herausforderungen sind wir auch gefordert. Daniel Caspary hat es eben in seiner Rede gesagt: Viele schauen auf Deutschland. Wir müssen Führung übernehmen; wir müssen nach vorne schauen; wir müssen Vorschläge machen. Außen- und Sicherheitspolitik nach dem Motto zu machen „Wir sind besorgt“, reicht nicht. Ich bin dankbar, dass wir jetzt in eine Ära eingetreten sind, in der wir konkrete Vorschläge machen, die auch umzusetzen sind, ob das nun in Syrien oder in der Sahel-Zone oder sonst wo ist.

(Vereinzelt Beifall)

Dazu gehört aber auch eines: Außenpolitik hat immer erst das Prä der Diplomatie. Außenpolitik hat auch sehr viel mit Entwicklungspolitik zu tun. Aber es ist doch geradezu naiv, zu glauben, dass Außenpolitik nichts mit Bundeswehr zu tun hat. Eine Bundeswehr muss entsprechend ausgestattet sein, um stark zu sein.

(Vereinzelt Beifall)

Und wenn die Bundeswehr nicht entsprechend ausgestattet ist, dann riskieren wir zu allererst das Leben unserer Soldatinnen und Soldaten, die einen großartigen Job machen. Das lasse ich mir übrigens auch nicht kleinreden, dass sie einen großartigen Job machen.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, deswegen ist es richtig, dass wir die Partei der Bundeswehr sind – auch das ist ein Signal, das von diesem Parteitag ausgehen muss –, dass wir hinter den Soldatinnen und Soldaten stehen und dass wir es sind, die dafür sorgen, dass sie auch angemessen ausgestattet sind.

(Beifall)

Das zweite große Thema ist: Wir müssen mehr über Wirtschaft reden. Sie alle werden in den letzten Monaten und Jahren erlebt haben, dass die Leute, wenn Sie versucht haben, über Wirtschaft zu reden, Ihnen gesagt haben: Du erzählst mir, dass wir aus der Komfortzone herauskommen müssen. Du erzählst mir, dass wir mehr tun müssen. Aber ich habe gerade eine satte Lohnerhöhung bekommen. Mein Chef bekommt keine Fachkräfte. Mein Sohn hat ohne Bewerbung eine Lehrstelle bekommen, und mein Nachbar, der drei Jahre zu Hause gewesen ist, fährt jetzt auch jeden Morgen irgendwo hin. Es geht jetzt nicht darum – das sagen mir die Leute –, darüber zu reden, dass wir uns anstrengen und wie wir aus der Komfortzone herauskommen, sondern ich möchte einen Teil vom Kuchen haben. – Aber das ist falsch. Vielleicht kommen wir jetzt über eine Rezession gerade noch einmal hinweg. Ich hoffe das. Uns liegen positive Zahlen vor. Übrigens kann man auch einmal sagen, dass es CDU/CSU-geführte Bundesregierungen waren, die in den letzten zehn Jahren mit dafür gesorgt haben, dass es unserer Wirtschaft so gut geht, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Aber wir stehen vor strukturellen Veränderungen. Davor habe ich überhaupt keine Angst. Aber die Automobilindustrie wird nicht so bleiben, wie sie ist. Das Bankenwesen wird nicht so bleiben, wie es ist. Wir haben Digitalisierung. Wir haben künstliche Intelligenz. Wir haben ein verändertes Verbraucherverhalten. Darauf müssen wir wirtschaftspolitisch reagieren. Natürlich ist es wichtig, dass wir eine Unternehmensteuerreform machen. Aber Wirtschaftspolitik darauf zu reduzieren, dass wir eine Unternehmensteuerreform machen, ist mir zu wenig, liebe Freundinnen und Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Es geht um mehr. Es geht darum, dass wir beispielsweise unser Arbeitsrecht an das 21. Jahrhundert anpassen. Bislang ist es auf das 20. Jahrhundert bezogen und ist nicht modern. Ich erwarte von CDA, MIT und der Bundestagsfraktion, dass wir nun Vorschläge machen, wie wir beispielsweise unser Arbeitsrecht modernisieren, liebe Freundinnen und Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben gerade sehr viel über Digitalisierung gesprochen. Die großen Herausforderungen für unsere Wirtschaft sind natürlich Steuern, Energiepreise und Bürokratie, die heilige Trias, die immer genannt wird. Aber ich kann Ihnen eines sagen: Die Plattformökonomie, die Amazons, die Flixbusse und die anderen dieser Welt werden unsere mittelständische Wirtschaft mehr beeinflussen als unser Steuerrecht. Deswegen müssen wir auch da Antworten geben. Wir müssen unser Wettbewerbs- und Kartellrecht ändern. Wir müssen die Weltmärkte offenhalten. Wir sind Exportweltmeister. Aber die Weltmärkte werden momentan zugemacht. Sie werden von den Amerikanern, den Chinesen und vielen anderen zugemacht. Wir kommen wieder in eine Ära des Protektionismus hinein. Dafür, lieber Daniel, brauchen wir euch Europäer. Nur zusammen bekommen wir das hin. Deswegen ist es wichtig, dass Bundestagsfraktion, Partei und unsere europäischen Kollegen an dieser Stelle zusammenarbeiten, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wenn ich über Wirtschaft rede, dann rede ich – ich komme aus Ostwestfalen-Lippe – auch immer über den ländlichen Raum. Bei allem Respekt vor den städtischen Gebieten, wo wir großartige Arbeit leisten, schlägt das Herz unserer Wirtschaft aber auch im ländlichen Raum. Wir müssen den ländlichen Raum entsprechend entwickeln, damit Wirtschaft dort Zukunft hat.

(Beifall)

Dazu ist es notwendig, dass wir die Digitalisierung und die Infrastruktur dorthin bringen und dass wir das schneller machen als in der Vergangenheit. Wir können uns hier hinstellen auf diesem Parteitag und sagen: Alles war gut. – Nein, wir haben in einem Bereich nicht gut gearbeitet. Das ist der Bereich der Digitalisierung, sowohl die Digitalisierung in der Infrastruktur als auch Digitalisierung in der Verwaltung. Dort müssen wir besser werden. Das müssen wir uns selbstkritisch eingestehen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Ich glaube nämlich, dass es die Antwort auf Bürokratie ist, wenn wir dort viel digitaler werden. Ich möchte neben dem Bereich Wirtschaft einen dritten Bereich nennen. Meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, wir befinden uns – das ist einfach so; darüber brauchen wir nicht zu diskutieren – in einem Land, das sehr plural und sehr vielfältig geworden ist, wo Menschen unterschiedlicher Kulturen und unterschiedlicher Religion leben; vielleicht haben die einen oder anderen auch gar keine Religion mehr. Wir haben auch unterschiedliche Gebiete in unserem Land, Nord- und Süddeutschland, Ost- und Westdeutschland. Es gibt aber eine Sache, die uns verbindet. Egal woran wir glauben und was wir denken, egal woher wir kommen, das ist unser Recht. Unser Recht ist die Klammer, die dieses Land unter anderem zusammenhält. Wenn es so ist, dass das Recht dieses Land zusammenhält, liebe Freundinnen und Freunde, dann müssen wir doch dafür sorgen, dass sich der Rechtsstaat auch durchsetzt. Sonst haben wir keinen Zusammenhalt mehr in diesem Land.

(Beifall)

Deswegen bin ich sehr dankbar, dass wir es geschafft haben, die Strafprozessordnung zu ändern, dass wir es geschafft haben, den Pakt für den Rechtsstaat abzuschließen, dass wir es geschafft haben, die Polizei mit besseren Mitteln auszustatten, um Einbruchdiebstahl und viele andere Delikte zu bekämpfen. Aber das ist noch nicht zu Ende erzählt. Wir müssen dafür sorgen, dass das Recht durchgesetzt wird, ob es sich um das Strafrecht, das Wirtschaftsrecht oder um – das sage ich ganz ausdrücklich – das Migrationsrecht handelt, liebe Freundinnen und Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Trotzdem: Das reicht noch immer nicht für 40 Prozent. Selbst wenn wir uns vertragen, selbst wenn wir nur über Sachfragen reden, selbst wenn wir das Land thematisch in die Zukunft führen, müssen wir die Frage beantworten: Warum machen wir das überhaupt? Was sind denn die Werte, die dahinterstehen? Für was kämpfen wir? Meine Damen und Herren, wir hatten immer eine große Erzählung in diesem Land: mehr Wohlstand. Diese Erzählung ist für den größten Teil der Bevölkerung auserzählt. Die Menschen fragen sich doch in Zeiten, in denen Kirchen keine Rolle mehr spielen und Parteien mit ihren Programmen nicht mehr so durchdringen: Um was geht es eigentlich? Wofür mache ich das? Wohin will ich in dem Wertekonsens dieser Gesellschaft? Auch hier gibt es eine Sache, die uns alle verbindet. Das ist das C. Deswegen möchte ich, dass wir im Deutschen Bundestag, auf unseren Parteitagen und auf unseren Versammlungen mehr über Werte in unserer Gesellschaft reden. Da steht zuerst die Würde des Menschen. Meine Damen und Herren, die Würde des Menschen ist momentan gefährdet durch die Art und Weise, wie wir in diesem Land politisch diskutieren.

(Vereinzelt Beifall)

Ich muss mir nur anhören, wie menschenverachtend im Bundestag und woanders argumentiert wird.

(Beifall)

Das hat nichts mehr mit dem C zu tun. Deswegen kann ich nur sagen: Wehret den Anfängen! Die Anfänge sind immer Worte. Wenn wir dulden, dass im Deutschen Bundestag Kollegen andere Kollegen als Terroristen bezeichnen, wenn wir dulden, dass es noch zu ganz anderen Beleidigungen kommt, dann dürfen wir uns nicht wundern, dass aus solchen Worten irgendwann Taten werden und dass aus diesen Taten eine Veränderung des Landes erfolgt, die wir nicht haben wollen. Deswegen: Die Würde des Menschen gebietet es, dass wir mit allen respektvoll umgehen.

(Beifall)

Ich sage Ihnen auch ganz eindeutig, um keinen Zweifel daran zu lassen: Egal ob er zu Recht oder zu Unrecht kommt, die Würde des Menschen gilt auch für den Menschen, der zu uns migriert und zuwandert. Auch das muss uns immer leiten, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wir sollten uns, wenn wir darüber reden, wie wir zusammenleben wollen – ich glaube, das ist eine viel spannendere Geschichte als die Frage, welches Steuergesetz wir ändern –, einmal überlegen, was das, was wir zu machen haben, noch mit Eigenverantwortung zu tun hat. Der nächstgrößere Wert neben der Würde des Menschen ist Eigenverantwortung. Ich kann Ihnen eines sagen: Ich habe mit der Grundrente gehadert. Ich bin auch nicht glücklich darüber, wie das nun umgesetzt wird. Aber Fakt ist eines: Wenn wir den Menschen die Eigenverantwortung nehmen wollen, dann müssen wir zumindest anerkennen, dass derjenige, der Eigenverantwortung übernimmt und etwas in die Rentenkasse einzahlt, besser behandelt werden muss als derjenige, der nichts einzahlt, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Genau das sollten wir immer klarmachen.

Ich möchte mit Ihnen noch über einen dritten großen Wert in unserem Zusammenleben reden. Das ist die Solidarität. Natürlich sind wir die Partei der Solidarität; das ist überhaupt keine Frage. Wir sind solidarisch mit den Schwachen. Aber ich erwarte auch, dass der Schwache solidarisch ist mit dem Staat. Wenn ich mir anschau, was das Bundesverfassungsgericht zu Hartz IV geurteilt hat – das kritisiere ich nicht –, nämlich dass man auch nicht kürzen kann, wenn der Hartz-IVer Pflichten verletzt hat, dann muss ich ganz ehrlich sagen: Es gehört auch zum Respekt dazu, dass derjenige, der etwas nimmt, alles dafür tut, dass er aus dieser Situation wieder herauskommt. Auch das ist Solidarität, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Jetzt möchte ich den Bogen zu dem wichtigsten Wert schlagen, den wir gerade als Union voranbringen und kommunizieren müssen. Damit bin ich wieder am Anfang meiner Ausführungen, nämlich bei den Männern und Frauen, die im Herbst 1989 hier in Leipzig und überall sonst in der DDR unter hohem persönlichem Risiko gekämpft haben.

Sie haben für eine Sache gekämpft – vielleicht mögen wir, die Union, uns auch daran wieder einmal erinnern, weil das die DNA der Union ist –: Für die Freiheit! Wir waren immer die Partei der Freiheit. Wir vergessen das nur manchmal, weil wir glauben, diese Freiheit sei selbstverständlich. Ehrlich gesagt, fragen Sie einmal den kleinen oder mittelständischen Unternehmer, ob er sich noch frei fühlt in seiner Arbeit. Fragen Sie das auch einmal in großen Unternehmen.

Liebe Freundinnen und Freunde, das ist die großartige Erzählung, die wir immer wieder vortragen müssen. Ich habe in der ganzen Grundrentendiskussion eines erlebt: Diejenigen, die links von uns stehen, eine andere Meinung haben und diese demokratisch vertreten – was in Ordnung ist –, haben ein Menschenbild, das nicht auf Freiheit aufbaut. Dieses Menschenbild baut darauf auf, dass der Staat dafür sorgt, dass jeder Einzelne glücklich ist. Das ist nicht Freiheit!

Das ist übrigens auch nicht das „C“. Das „C“ bedeutet, dass wir denjenigen, der will, ertüchtigen, sein Leben in die eigene Hand zu nehmen, sein Leben zu gestalten, Entscheidungen zu treffen, gegebenenfalls auch falsche Entscheidungen zu treffen und damit zu leben. Das ist Freiheit. Wir müssen es hinbekommen, diese Botschaft auch nach außen zu kommunizieren.

Ich kann Ihnen eines sagen: Wenn wir das umsetzen, was ich Ihnen soeben erzählt habe, dann wird uns das voranbringen und in die nächsten Jahrzehnte führen. Alle diese Werte sind Teil eines Wirtschaftssystems, und das ist die Soziale Marktwirtschaft. Das können Sie alles noch einmal durchdeklinieren.

Wenn wir es schaffen, aus dieser Sozialen Marktwirtschaft auch eine Marktwirtschaft zu machen, die nachhaltig ist, dann haben wir gewonnen. Das sollte unser Ziel sein. Das sollte unser Arbeitsprogramm sein.

Wir sollten es aber nicht so machen, wie es teilweise gemacht wird. Wir sollten uns nicht hinstellen und sagen: Alles ist schlimm! Um Gottes willen! Es sind schwere Probleme, die vor uns stehen. – Nein! Wir sollten das mit Zuversicht und Optimismus machen; denn wir als Union haben allen Grund, zuversichtlich und optimistisch zu sein. Wenn wir es nicht sind, wird es niemand mehr in diesem Land sein. Das ist unsere Aufgabe: zuversichtlich, optimistisch und werbetächtig in die Zukunft zu schauen. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Anhaltender lebhafter Beifall – Einige Delegierte erheben sich)

David McAllister, Tagungspräsidium: Lieber Ralph Brinkhaus, der lang anhaltende Beifall zeigt, wie gut du auf dem Bundesparteitag angekommen bist. Ich glaube, ich darf dir im Namen aller anwesenden Delegierten herzlich danken für die super Arbeit, die du als Vorsitzender unserer CDU/CSU-Fraktion im Bundestag leistest.

(Beifall)

Nach diesem rhetorischen Highlight kehren wir zur Antragsberatung zurück. Lucia Puttrich.

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir machen weiter mit einem wichtigen Thema unserer Partei; wir kommen zur Antragsberatung „Ernährung und Landwirtschaft, gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land“. Dazu gehören die Anträge C 96 bis C 117; Sie finden sie auf den Seiten 181 bis 222 der Antragsbroschüre. Als Sprecher der Antragskommission haben wir Ursula Heinen-Esser und Albert Stegemann schon hier.

Ich rufe die Anträge C 96 bis C 99 auf den Seiten 181 bis 198 auf. Hierzu haben wir eine Wortmeldung von Mark Rüter. Bitte, Mark Rüter, zum Mikrofon hier auf die Bühne. – Ich sehe, mit beschleunigtem Gang. Danke schön.

Mark Rüter: Es geht um den Abschnitt „Partei vor Ort stärken“ in C 98. Dort heißt es:

Wir brauchen eine transparente auskömmliche öffentliche Parteifinanzierung, bei der auf Spenden von Unternehmen, wirtschaftliche Betätigung und Sponsoring von Unternehmen weitestgehend verzichtet werden kann.

Dass dieses Thema in diesem Antrag angesprochen wird, finde ich gut; denn Wahlen, auch kommunale, müssen finanziert werden. Wenn immer wieder dieselben lokalen Unternehmen angesprochen werden, kann dies zu Abhängigkeiten führen. Deshalb danke für den Antrag, der hier ja auch nicht geändert wurde.

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Danke schön. – Als Nächstes spricht Christian von Boetticher. Er hat sich für Mikrofon 3 angemeldet.

Christian von Boetticher: Vielen Dank, Frau Tagungspräsidentin! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich rede zu dem Antrag C 99 der MIT. Darin geht es um eine anwenderfreundliche Lebensmittelkennzeichnung. Wogegen spricht sich der Antrag aus? Es geht darum, dass die Bundesregierung gern den Nutri-Score einführen möchte.

Sie alle haben heute Morgen wieder ein paar Lebensmittel auf dem Tisch. Die Lebensmittelampel versucht nun, jedes Lebensmittel – die meisten jedenfalls – in Skalen einzuordnen. Demnächst gibt es also „gute“ Lebensmittel, die grün gekennzeichnet sind, und „gefährliche“ Lebensmittel, die in den roten Bereich gehen.

Was wir auf dem Tisch haben, liebe Freunde aus Sachsen, ist unter anderem ein wunderschönes, nettes Produkt, die Leipziger Lerche.

(Vereinzelt Beifall)

Ich wage gar nicht, darüber nachzudenken, wie sie farblich gekennzeichnet wäre; ich vermute, aufgrund des hohen Zuckergehalts hochrot. Nachher bekommen Sie noch einen schönen Christstollen. Ich weiß nicht, wer ihn noch gern isst; ich esse ihn sehr gern. Aber natürlich erscheint er auf der Lebensmittelampel tiefrot. Wenn Sie allerdings glauben, dass Sie sich etwas Gutes tun, indem Sie Olivenöl zu sich nehmen oder einen Orangensaft trinken, dann muss ich Sie leider enttäuschen: Auch das ist tiefrot! Wenn Sie aber dazu neigen, es sich abends auf Ihrem Sessel gemütlich zu machen, Fernsehen zu gucken und eine Tiefkühlpizza aufzutauen, dann ist das grün, „gut“. Wenn Sie dazu ein Light-Getränk eines großen amerikanischen Konzerns trinken, ist das auch „gut“; dieses Getränk wird nämlich auch grün gekennzeichnet.

An diesen wenigen Beispielen merken Sie schon: Diese Lebensmittelampel ist vielleicht für vieles gut, und viele wünschen sie sich, weil sie sich davon einfache Hinweise für das tägliche Leben erhoffen. Sie führt aber auch immer wieder in die Irre. Darum sage ich Ihnen eines: Unsere Lebensmittel in Deutschland können Sie alle essen. Sie entscheiden darüber, wie viel davon am Tag Sie zu sich nehmen. Das ist die entscheidende Frage, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall)

Diese entscheidende Frage wird Ihnen kein Staat beantworten können. Die Antwort wird Ihnen keine Regierung vorgeben können; auch ein Aufdruck wird sie Ihnen nicht geben können. Das ist eine Verantwortung, die wir dem einzelnen Bürger nicht von staatlicher Seite abnehmen können. Das versuchen wir ja heute immer so gern. Wir versuchen, den Menschen möglichst viel Eigenverantwortung abzunehmen. Das werden wir nicht durch eine Ampel leisten können.

Letzter Punkt. Diese Ampel ist in Frankreich entwickelt worden. Wissen Sie, was die Franzosen gemacht haben? Sie haben sich angeguckt, was ihr Hauptabsatzprodukt ist; das ist Käse. Dann haben sie den Algorithmus so angepasst, dass der hohe Fettgehalt des Käses nachher mit Proteinen verrechnet werden kann. Das geht nur bei Käse; kein anderes Produkt kann das. Warum haben sie das gemacht? Weil sie ihr Produkt trotz der hohen Fettwerte weiterverkaufen wollen. So machen die Franzosen eine Ampel. Jetzt kommt der Witz: Wir übernehmen das Ganze, und zwar ohne weitere Anpassung.

Meine Damen und Herren, ich finde, so einfach dürfen wir es uns nicht machen. Wir müssen den Menschen sagen, dass sie auch im Lebensmittelbereich Eigenverantwortung haben. Diese wird ihnen nicht durch eine solche – zum Teil eben grob in die Irre führende – Lebensmittelampel abgenommen.

Deshalb bitte ich Sie ganz herzlich, dem Antrag der MIT zu folgen und den Vorschlag der Antragskommission auf Ablehnung hier abzulehnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Danke. – Für die Antragskommission spricht Julia Klöckner.

Julia Klöckner: Liebe Freunde, lieber Christian von Boetticher, du hast recht: So einfach sollten wir es uns nicht machen. Zur Ehrlichkeit gehört dazu zu sagen: Du trittst für ein Unternehmen an, das von dieser Lebensmittelampel natürlich betroffen ist.

(Vereinzelt Beifall)

Ich finde das im Übrigen richtig. Ich bin froh, dass wir Unternehmen in Deutschland haben, die uns das Leben auch vielfältiger gestalten. Und ich will eines deutlich sagen: Wir Christdemokraten stehen für Eigenverantwortung jedes Bürgers, und dies zuallererst, wenn es darum geht, ob die Kinder in Deutschland übergewichtig sind. Wir haben ein ernstes Problem damit. Aber als allererstes ist für die Ernährung der Kinder – dafür, ob sie sich ordentlich ernähren – nicht der Staat verantwortlich, sondern sind die Eltern verantwortlich.

(Beifall)

Der zweite Punkt ist: Zur Analyse gehört – und da bin ich mir auch mit dem Bundesgesundheitsminister und vielen anderen einig –: Wir haben ein gesellschaftliches Problem. Nicht, dass

wir Hunger zu beklagen hätten, sondern wir haben viele Fehlernährte in unserer Gesellschaft. Jetzt kann man sagen: Es ist deren Problem, wenn über 15 Prozent der Kinder und Jugendlichen übergewichtig bzw. adipös sind.

Wir haben Kinder, die Altersdiabetes, die Herz-Kreislauf-Probleme haben. Das werden wir als Staat nicht regeln oder beheben können, indem wir Rezepte vorgeben. Das werden wir auch nicht regeln können, indem wir als Staat jedem vorschreiben, was er zu essen oder zu trinken hat. Das haben die Grünen vor, das haben Teile der SPD vor.

Liebe Freunde, ganz viele von Ihnen haben den Koalitionsvertrag mit abgestimmt, in dem steht, dass die Nährwerttabelle, die hinten auf den Produkten steht, für viele Menschen zu kompliziert ist – gerade für die, die wir ansprechen wollen. Im Koalitionsvertrag steht, dass wir eine vereinfachte Nährwertkennzeichnung auf die Vorderseite der Produkte drucken werden. Das haben wir gemacht.

Und ich glaube, Christian, da sind wir uns einig: Es ist richtig, dass wir die englische Lebensmittelampel abgelehnt haben, denn die ist zu vereinfachend und so verwirrend, dass wir als Christdemokraten immer dafür gestanden haben – auch als wir alle als Lobbyisten verschrien waren –, sie aus wissenschaftlicher Sicht abzulehnen. Jetzt haben sich die Verbraucherzentralen auch von der englischen Lebensmittelampel verabschiedet. Wir haben Recht behalten.

Wir haben jetzt mit einer groß angelegten Verbraucherbefragung – im Übrigen auch in unserer Partei – viel, viel Zustimmung erfahren, dass der Nutri-Score hilfreich sein kann. Aber er wird die Ernährung unserer Bevölkerung nicht komplett verändern. Das heißt auch nicht, dass wir nicht mehr nachdenken müssen. Jeder hat einen Kopf auf den Schultern und kann entscheiden, was er zu sich nimmt. Aber der Nutri-Score kann eine Hilfestellung sein, sich zu orientieren. Es gibt – auch für Kinder hergestellte – Müslis, Frühstückscerealien, die mit 20 Prozent mehr Zucker versehen sind, und das ist nicht in Ordnung. Ich finde, so etwas muss man auch sichtbar machen.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist also eine Hilfestellung. Jetzt kommt hinzu – und das ist das Entscheidende: Wenn wir den Nutri-Score in Deutschland einführen, dann ist das für die Unternehmen freiwillig; das muss niemand machen. Wir schaffen aber eine gesetzliche Grundlage, damit diejenigen, die im Ausland schon den Nutri-Score nutzen, ihn auch in Deutschland nutzen können, wenn sie wollen. Das besagt das EU-Recht. Diese Rechtsgrundlage schaffen wir also.

Letzter Punkt dazu, zu den Algorithmen: Die Algorithmen werden verbessert. Die Algorithmen, die hinter verschiedenen Kennzeichnungen liegen, haben Pferdefüße. Deshalb wird zum Beispiel auch beim Olivenöl – das ist neu, das ist angepasst worden, Christian – eine Kennzeichnung vorgenommen. Das ist ein lernendes System, und wir wären schlecht beraten, wenn wir als Bundesparteitag etwas ablehnten, was die Mehrheit unserer Bevölkerung und auch unserer Parteimitglieder möchte.

(Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Besten Dank. – Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen zuerst über den Antrag Nr. C 99 ab. Danach stimmen wir über die Anträge C 96 bis C 98 ab.

Ich bitte um Ihr Kartenzeichen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zu Antrag C 99 zustimmt, möge bitte seine Karte heben. – Wer der Antragskommission nicht zustimmt, mache dies bitte auch per Kartenzeichen deutlich! – Das erste war deutlich die Mehrheit. Insofern ist Antrag C 99 in der Fassung der Antragskommission beschlossen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir kommen zu den Anträgen C 96 bis C 98. Auch hier bitte ich um Ihr Kartenzeichen, wenn Sie zustimmen möchten. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch das ist klar beschlossen. Somit sind die Anträge C 96 bis C 98 beschlossen.

Ich rufe die Anträge C 100 bis C 108, C 110 und C 112 bis C 117 – auf den Seiten 198 bis 222 – auf. Bitte beachten Sie auch hierbei das geänderte Votum der Antragskommission. Sie wissen, wo Sie es auf dem Tablet finden können.

Hier gibt es mehrere Wortmeldungen. Wir beginnen mit Ursula Heinen-Esser.

Ursula Heinen-Esser: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Die Landwirtschaft – das merken Sie alle auch vor Ort – steht vor ganz großen Herausforderungen und einem großen Wandel. Viele Themen prasseln zurzeit auf die Landwirtschaft ein. Das reicht von Tierwohl, Klimaschutz, Umweltaforderungen, Düngeverordnung über die gemeinsame europäische Agrarpolitik bis hin zu vielen anderen Dingen.

Wir erleben überall Demonstrationen von Landwirten. Nächste Woche wird es wieder eine solche Fahrt nach Berlin geben. Und wir merken das auch – deshalb spreche ich heute hier – an der Antragslage. Es haben sich viele damit beschäftigt, Themen aus der Landwirtschaft auch auf diesen Parteitag zu transportieren. Deshalb haben wir gesagt, dass wir einen gemeinsamen Antrag formulieren. Sie finden ihn unter C 100. In diesen gemeinsamen Antrag wurden alle Anträge, die es dazu gibt, aufgenommen beziehungsweise in ihren Intentionen wiedergegeben. Das ist der Antrag, über den wir dann auch beraten, den wir Ihnen vorstellen wollen.

Ich bin davon überzeugt: Wenn wir es schaffen, wieder zu einem Dialog zwischen Umwelt und Landwirtschaft zu kommen, wenn wir es schaffen, den Landwirten einen Wegweiser aufzuzeigen, wie moderne, nachhaltige Landwirtschaft aussieht, dann werden wir auch in diesem Themenbereich – das ist ja unsere Kernkompetenz – wirklich wieder das Sagen haben. Wir werden den Landwirten zeigen, wie es funktionieren kann, modern, nachhaltig zu wirtschaften.

Ich danke Albert Stegemann, Gitta Connemann, vor allem auch Julia Klöckner, Peter Hauk und Helmut Dammann-Tamke ganz herzlich für die Arbeit an diesem Antrag.

(Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Besten Dank. – Als Nächste spricht Gitta Connemann.

Gitta Connemann: Liebe Freunde! Die Landwirte protestieren seit Wochen – überall stehen grüne Kreuze –, denn sie haben Angst um ihre Zukunft. Ich kann sie verstehen, denn sie sollen

Höchstleistungen zu Tiefstpreisen erbringen, sie sollen investieren, aber ohne Planungssicherheit. Viele reden über sie, aber nicht mit ihnen. Sie sind Fachleute mit staatlicher Ausbildung, werden aber unter anderem als Klimakiller diffamiert. Sie fühlen sich auch von der Politik alleingelassen, im Dschungel von Auflagen, bei Angriffen durch NGOs oder Stalleinbrüchen. Diese Proteste rütteln uns auf, liebe Freunde, denn es geht um Familien, die die Dörfer prägen, um Familien, die für unser täglich Brot stehen, um Familien, die übrigens in guten wie in schlechten Zeiten zu uns als Partei gestanden haben,

(Beifall)

als Mitglieder, als Wähler. Bislang gewinnen wir die Wahlen in der Fläche.

(Zuruf: Genau!)

Bislang unterstützen uns die Landwirte dabei mit Ergebnissen von bis zu 60 Prozent. Aber dieses Vertrauen bricht weg, und das dürfen wir nicht zulassen, wenn wir Volkspartei bleiben wollen.

(Lebhafter Beifall)

Dafür brauchen unsere Landwirte gute Worte und klare Taten. Dazu gehört übrigens auch, sich von der Agrarpolitik der Grünen abzusetzen.

(Lebhafter Beifall)

Grüne stehen für Verbote, für Ausgrenzung. Unsere Bauern brauchen keinen staatlichen Vor mund. Sie brauchen einen fairen Rahmen. Sie brauchen Planungssicherheit wie alle anderen Betriebe in Deutschland, denn sie sind Unternehmer.

(Beifall)

Allerdings Unternehmer, die in einem besonderen Fokus stehen, und zwar von Peter & Co., im Fokus der NGOs, die von Kampagnen, von den Spenden leben, die ohne Mandat und intransparent Politik machen. Und was macht Olaf Scholz. Er will dieses Geschäftsmodell retten, und das werden wir nicht zulassen.

(Lebhafter Beifall)

Compact, Deutsche Umwelthilfe und Sportvereine haben nichts miteinander zu tun.

(Teilweise Beifall)

Die einen machen Randalen oder Rendite, und die anderen kümmern sich gerade um das Land.

(Teilweise Beifall)

Aber mit dem Land hat leider unser Koalitionspartner SPD wenig am Hut. Das zeigt übrigens der Umgang mit dem Thema Wolf.

Liebe Umweltbundesministerin Svenja Schulze, der Wolf ist kein Kuscheltier.

(Teilweise lebhafter Beifall)

Das Land ist kein Streichelzoo. Der Wolf macht Angst, und er macht Beute. Das spüren unsere Landwirte und Schäfer jeden Tag, und wir sagen: Ihre Tiere brauchen Schutz, und dafür setzen wir uns ein, auch mit einer Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes.

(Teilweise Beifall)

Dafür kämpfen wir in der Großen Koalition, und das ist schwer. Ich sage Ihnen offen: Es wäre mit der FDP leichter gewesen. Aber zur Wahrheit gehört an dieser Stelle: Die FDP hat sich vom Acker gemacht.

(Teilweise Beifall)

Eines brauchen wir nicht, und das ist Schaufensterpolitik. Das hilft unseren Landwirten nicht. Wir sind die Partei der ländlichen Räume, wir sind die Partei der Landwirtschaft, und wir wollen es bleiben. Ich will es persönlich besonders. Deshalb stellen wir die Landwirtschaft auch heute hier in den Mittelpunkt, ohne Wenn und Aber. Das zeigt der Antrag, auf den Ulla Heinen-Esser hingewiesen hat.

Wir bekennen uns: Landwirte haben ein Recht auf Wettbewerbsfähigkeit, auch in Europa. Dort kämpfen wir gegen eine Kürzung der Mittel, für Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht und endlich für weniger Bürokratie;

(Teilweise Beifall)

denn jede Auflage beschleunigt den Strukturwandel.

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Ich muss zwischendurch leider an die Redezeit erinnern.

(Teilweise Widerspruch)

Gitta Connemann: Landwirte haben ein Recht auf Fairness. Europäische Vorgaben müssen eins zu eins umgesetzt werden. Ich sage an dieser Stelle: Internationale Handelsabkommen wie Mercosur dürfen unsere Betriebe nicht benachteiligen.

(Teilweise Beifall)

Landwirte haben ein Recht auf Schutz ihres Eigentums. Da mache ich die klare Ansage an die Bundesumweltministerin: Großflächige Bewirtschaftungsauflagen und Unterschutzstellungen ohne Ausgleich lehnen wir ab. Enteignungen durch die Hintertür wird es mit uns nicht geben.

(Beifall)

Pflanzenschutz muss möglich sein, und dies ideologiefrei. Landwirte brauchen Berechenbarkeit. Grundlage müssen Wissenschaft, Daten und Fakten sein. Das gilt übrigens auch für die Düngemittelverordnung, und das muss die Kommission anerkennen.

Alles das sehen Sie in diesem Antrag, der viele Dinge aufgenommen hat, der sich mit den Fragen beschäftigt, um am Ende den jungen Betrieben eine Antwort geben zu können: Ihr habt bei uns noch Zukunft. Sie wollen, sie können, aber sie brauchen Zuversicht, und diese Zuversicht können wir ihnen geben.

Ich war vor einigen Tagen bei einer Demonstration. Da waren drei Jungen, die mir sagten, sie wollten Landwirt werden. Ich fragte sie, weswegen. Der Erste sagte, weil mein Papa Bauer ist, der Zweite sagte, weil ich gern Trecker fahren will, und der Dritte sagte, weil wir die Menschen ernähren. – Genauso ist es, und deshalb brauchen wir eine Landwirtschaft mit Zukunft in Deutschland. Lassen Sie uns gemeinsam dafür kämpfen!

(Langanhaltender lebhafter Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Sehr geehrte Damen und Herren! Auch wenn es auf großen Applaus gestoßen ist, werden wir jetzt doch zum nächsten Redner kommen. Als Nächster spricht Norbert Schindler.

Norbert Schindler: Einen schönen guten Morgen, liebe Freunde, liebe Gäste! Mein Name ist Norbert Schindler. Ich rede zum ersten Mal auf einem Bundesparteitag in solch einer Debatte.

(Teilweise Beifall)

Im Parlament bin ich schon ein Vierteljahrhundert dabei gewesen. Aber diese Anträge von 100 bis 116 und darüber hinaus treffen ja richtigerweise. Man kann diese Anträge auch von der Antragskommission nur absolut unterstützen und Dankeschön dafür sagen – so sage ich jetzt als Bauer in Halbpension –, dass man sich auf diesem Bundesparteitag dieses wichtigen Themas Ernährung, Umweltschutz und Landwirtschaft angenommen hat.

Sie wissen alle: Am nächsten Dienstag ist Berlin zu. Über 10 000 Traktoren werden erwartet und genauso viele Bäuerinnen und Bauern, um in der Bundeshauptstadt gegen Kompromisspolitik zu demonstrieren, gegen Auflagen, die wir in all unseren wirtschaftlichen Bereichen derzeit erleben. Wenn man sich einmal in Detail damit etwas mehr auseinandersetzt, auch damit, wie die Medien und vor allem das ZDF mit unserem landwirtschaftlichen Tun umgehen, so sage ich Folgendes ganz deutlich: Meine Wiederwahlen sind nicht gefährdet. Angesichts dessen, was man da manchmal an unterstellender Meinung auch gelegentlich in den öffentlich-rechtlichen Anstalten von der ARD erlebt, sage ich: Da wird bäuerliches Tun nicht mehr sauber und ordentlich dargestellt.

(Teilweise Beifall)

Sie lügen ja nicht bei ihren Berichten, aber sie berichten nur von der Hälfte der Wahrheit, liebe Freunde. Aktuelles Beispiel vor acht, zehn Wochen: Im Prozess des Hausmeisters gegen Monsanto in Kalifornien hat das ZDF das Urteil auf Nummer eins der Nachrichten an dem betreffenden Mittwoch- oder Donnerstagabend gebracht: 77 Millionen US-Dollar. Dass dies anders ausgeht, wissen alle Experten. Ich will auf die halbierte Wahrheit hinweisen. Einen Tag später hat das ZDF nicht berichtet, dass die oberste amerikanische Umweltbehörde dem Konzern Monsanto den Warnhinweis auf den Behältnissen von Glyphosat verboten hat, weil es wissenschaftlich absolut unbegründet ist, unnötige Angst zu streuen. Deswegen darf auf die Gefahr von Krebs nicht mehr hingewiesen werden, weil es wissenschaftlich nicht stimmt.

Jetzt frage ich Sie hier im Raum und auch die Medienvertreter; das ZDF ist ja heute Morgen auch wieder da, und Bellut kennt meinen offenen Brief: Haben Sie das gelesen oder in den Fernsehanstalten auch berichtet bekommen? Nein. Weil es ideologisch vielen Redaktionen nicht mehr passt, wird das einfach untergebuttert. So kann man mit uns Bauern nicht umgehen, meine Damen und Herren.

(Teilweise lebhafter Beifall)

Vor Ihnen steht einer, der hat mit 17, 18 Jahren E 605, ein weißes Pulver, Zigarette rauchend berührt und auch ausgebracht: E 605, ein Breitbandmittel, und alles war tot. Heute haben wir strengstens zugelassene selektive Mittel, und trotzdem werden wir in die Ecke der Schuldigen gestellt: Wir seien diejenigen, die die Artenvielfalt vermindern.

Wenn das Münchener Institut vor einigen Tagen feststellte, der Artenrückgang sei im Wald noch höher als auf freier Ackerfläche, dann muss ich mich fragen: Mein Pfälzer Wald liegt unmittelbar hinter meinem Hof. Da sind die Artenrückgänge noch deutlicher als in der freien Feldflur. Aber im Deutschen Bundestag sagen die SPD-Kollegen, wir Bauern wären selbst schuld am Artensterben. Nein, es sind invasive Arten aus Südeuropa, ist es der Klimawandel. – Da kann man ja trinken.

(Teilweise Heiterkeit und Beifall)

Julia Klöckner, du hast dankenswerterweise schon im Januar, beginnend mit einem Insektengipfel, alle Institutsleiter eingeladen.

Die haben uns keine abschließende Meinung präsentiert und keine Erkenntnisse gebracht, die das Artensterben belegen. Die wollen alle nur Forschungsaufträge – darum betteln sie bei der Ministerin –, aber wissenschaftliche Erklärungen zu den Ursachen gab es nicht.

Wenn wir über die Wissenschaft reden, gibt es auch beim Thema Glyphosat und beim Thema „Zulassung von Pflanzenschutzmitteln“ ideologischen Debatten, die vor allen Dingen von den Grünen und von vielen –

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Ich mache das sehr ungern, aber auch Sie muss ich leider an die Redezeit erinnern.

Norbert Schindler: Danke schön. Ein bisschen lassen Sie jetzt aber noch zu.

(Heiterkeit und Beifall)

Einverstanden? – Danke schön.

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Wir hatten gestern etwas beschlossen, und ich fände es ganz in Ordnung, wenn sich alle daranhalten.

Norbert Schindler: Ja, ich bemühe mich, schnell zum Schluss zu kommen. – Wenn wir über diese Themen reden, muss der wissenschaftliche Sachverstand wieder Grundlage der öffentlichen Debatte werden. Dabei ist unsere CDU federführend. Sie prägt diesen Staat seit 70 Jahren, und sie muss auch die Zukunft für uns Bauern sichern.

Abschließend geht es auch um die vielen Auflagen – Naturschutzgebiete, Vogelschutzgebiete –, die die Bauern einschränken. Das sind Auflagen, die als Kompromiss zwischen den Bundesländern und vor allem vom Umweltministerium beschlossen wurden und ideologisch total verbrannt sind. Was die Bauern da zum Teil an Kompromissen eingehen müssen, machen sie nicht mehr mit. Deswegen sagen sie: Wir übernehmen die Wortführerschaft im ländlichen Raum wieder selbst und überlassen sie nicht den NGOs. – Danke schön.

(Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Sehr geehrte Damen und Herren, wir unterbrechen die Debatte, weil wir ganz herzlich den Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union in Bayern, Ministerpräsident Dr. Markus Söder, begrüßen, der zusammen mit unserer Parteivorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer jetzt zu uns in den Saal kommt. Wir freuen uns auf das Grußwort des Parteivorsitzenden der CSU.

(Lebhafter Beifall – Die Delegierten erheben sich – Rhythmisches Klatschen)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Vorsitzende der CDU: Liebe Freundinnen und Freunde! Lieber Markus, herzlich willkommen! Herzlich willkommen bei Freunden! Herzlich willkommen bei der großen CDU/CSU-Familie! Herzlich willkommen, dem Vorsitzenden der CSU hier auf unserem Bundesparteitag in Leipzig!

(Beifall)

Wenn wir gemeinsam an das letzte Jahr zurückdenken, können wir festhalten: Da gab es Treffen zwischen CDUlern und CSUern, die nicht ganz so fröhlich und ganz so entspannt waren. Das waren wirklich dramatische Momente auch für unsere Unionsfamilie. Das haben wir überwun-

den, und das hat auch ganz viel mit dir zu tun. Dafür möchte ich mich persönlich, aber auch im Namen von uns allen ganz herzlich bedanken! Wir freuen uns jetzt auf das, was du uns zu sagen hast. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Dr. Markus Söder, Vorsitzender der CSU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Liebe Annegret! Liebe Frau Bundeskanzlerin! Herzlichen Dank erst einmal für den freundlichen Empfang. Ich weiß es noch genau: Mein erster Parteitag als Generalsekretär fand im Jahr 2003 auch hier in Leipzig statt. Das war die Phase, in der es eine Reihe von faszinierenden Beschlüssen gab. Damals – das weiß ich noch – war das auch so ein Moment, wo sich CDU und CSU nicht ganz einig waren. Es war eine schwierige Stimmung, wie ich mich noch erinnern kann. Edmund Stoiber war nach dem Parteitag nicht so richtig gut gelaunt, und ich als Generalsekretär versuchte, zu erklären, warum das so ist. Wie das mit der Arbeitsteilung halt so ist: Vorsitzende machen es gut und die Generalsekretäre auch.

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall)

Ich freue mich sehr, dass ich jetzt, nach so vielen Jahren, wieder bei Ihnen, bei euch sein kann. Eines hat mich besonders gefreut: Was hat es im Vorfeld nicht alles für Berichte und Hoffnungen – nicht nur wohlmeinender politischer, sondern auch mancher publizistischer Kräfte – gegeben, dass dieser Parteitag ein Scherbengericht werden würde, dass dieser Parteitag ein schlechtes Signal senden würde, dass endlich klar wäre, dass die Union nicht mehr regierungsfähig ist! Ich möchte euch eines sagen: Danke für die Begrüßung, aber vor allen Dingen auch danke schön, dass ihr bislang einen tollen Parteitag veranstaltet habt! Ihr habt all jene widerlegt. Die CDU ist die stärkste politische Kraft. Herzliches Dankeschön dafür! Das ist ein gutes, ein wichtiges Signal.

(Beifall)

Deutschland braucht uns, Deutschland braucht eine starke Union. Die Menschen erwarten das auch. Gerade eine Woche nach dem Parteitag der Grünen, auf dem, liebe Freundinnen und Freunde, vor allem versucht wurde, eine harmonische Show zu liefern, wäre es ein schlechtes Zeichen gewesen, wenn es uns als Union gemeinschaftlich nicht gelingt, etwas dagegenzuhalten, ja sogar voranzugehen.

Wir als CSU sind die kleine Schwester; das steht fest. Wir können nichts bestimmen, aber ohne uns wäre es auch langweilig.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Jetzt gebe ich zu: Wir haben den Familienstatus über all die Jahrzehnte immer wieder mal stärker herausgefordert. In den 70er-Jahren wollten wir uns für ein, zwei Tage trennen, sind dann

aber doch wieder zusammengekommen. Und die Jahre 2015 bis 2018 waren für CDU und CSU nicht immer leicht. Unabhängig davon, wer glaubt, immer recht zu haben: Es war am Ende weder für uns und, ich glaube, auch nicht für euch und vor allen Dingen nicht für unsere Anhängerinnen und Anhänger in ganz Deutschland ein gutes Signal, wenn sich Schwestern dauerhaft streiten.

(Beifall)

Was mich betrifft, kann ich Ihnen nur eines sagen: Ich habe letztes Jahr in Bayern einen Wahlkampf erlebt, der wirklich nicht einfach war. Auch da hatten viele auf das Ende einer historischen Phase bei uns im Freistaat gehofft. Ich habe eines tief gespürt: Wenn wir uns schon nicht einig sind, wer soll sich dann einig sein? Wenn wir nicht in der Lage sind, gemeinschaftlich zu arbeiten, wie sollen dann die Menschen Vertrauen haben in diese große politische Familie?

Deswegen ist mein Versprechen an dich, Annegret, dass wir so etwas wie letztes Jahr nie wieder machen. Wir wollen zwar nicht fusionieren, aber wir werden sehr eng zusammenarbeiten, liebe Freunde. Deswegen: Danke an dich, Annegret! Wir haben das jetzt gut aufs Gleis gebracht. Wir sind eine Familie, wir sind nur gemeinsam stark, und das wollen wir auch zeigen!

(Beifall)

Es ist auch wichtig, den Menschen draußen zu vermitteln, dass wir diese Geschlossenheit brauchen, und zwar sowohl im Blick nach vorne als auch im Blick zurück, liebe Freunde. Die Kunst und die Aufgabe, die wir alle spüren und jetzt gemeinschaftlich erfüllen müssen, ist, Neues einzuläuten und vorzubereiten, aber auch mit Vergangenen zu versöhnen.

Jetzt weiß ich auch, dass wir mit Blick auf die letzten 14 Jahre sagen können: Manches kann man noch besser machen. – Aber wir haben doch gemeinschaftlich Großes geleistet.

Wir haben unglaubliche Krisen, die Finanzkrise und die Eurokrise, gemeistert, bei denen in Deutschland jeder um sein Erspartes Angst hatte und Europa am Kippen war. Da hat der deutsche Stabilitätsweg am Ende zu einem Erfolg geführt.

Liebe Freunde, wer vier Wahlen hintereinander gewinnt, der kann es nicht so schlecht gemacht haben. Darum: Lasst uns immer an Neues denken, aber auch stolz darauf sein, was wir in den letzten Jahren für Deutschland gemeinschaftlich geleistet haben! Das ist doch ein großer Erfolg, an dem wir uns erfreuen sollten.

(Beifall)

Das ist wie im Privaten: Es gibt Parteien, die mit sich selbst nicht glücklich sind, wie die SPD. Bei der SPD kann man die Dauerdepression geradezu spüren. Egal was denen gelingt – es gibt immer irgendjemanden, der sagt: Das reicht nicht. Das ist zu wenig. – Dann entstehen Bilder,

und man sieht Gesichter, liebe Freunde, die im besten Fall traurig und einsam wirken. Lädt man jemanden zu sich privat nach Hause ein, von dem man weiß, dass er den ganzen Abend jammert?

(Heiterkeit und Beifall)

Was die Grünen – ich komme gleich noch näher zu denen – vielleicht besser machen, ist: Die verbreiten eine Stimmung, eine Harmonie, eine Freude, dass man glaubt, mit denen könnte man die Zukunft vielleicht doch irgendwie packen. Ich sage Ihnen eines: Wir haben ein solche Substanz, dass wir wirklich optimistisch in die Zukunft schauen können. Nur wer Optimismus zeigt, nur wer Lust an Neuem zeigt, nur wer bereit ist, Verantwortung zu übernehmen, und von dem man auch spürt, dass er sich traut, Herausforderungen anzugehen, der wird die Menschen begeistern. Ich möchte, dass, wenn die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland entscheiden, wen sie am liebsten in ihr Wohnzimmer einladen, die erste Adresse immer die CDU/CSU ist, liebe Freunde, und nicht die anderen. Die können gerne draußen bleiben.

(Beifall)

Ist das jetzt nur wichtig, damit wir gewählt werden? Na ja, auch. Das ist schon nicht schlecht. Aber das ist für die Bürgerinnen und Bürger nicht das Entscheidende. Für die Bürgerinnen und Bürger ist entscheidend, was in der nächsten Zeit, auch in unsicheren Zeiten passiert. Braucht es dazu uns? Ja, liebe Freunde. Wen sonst?

Ihr habt ja die letzten eineinhalb Tage schon sehr ausführlich beraten; das kommt gleich auch noch stärker. Die Welt ändert sich fundamental. Alte Freunde machen es einem nicht leicht, wenn ich nur an Washington denke. Neue Partner sind auch nicht einfach; denn es bleibt in dieser Welt, auch von unserer Seite, großes Misstrauen gegenüber vielem, was sich da ergibt.

Ich muss euch sagen: Ich habe großes Verständnis für euren Antrag zu Huawei. Aber wisst ihr, was mich am meisten an dieser Debatte ärgert? Dass wir in Deutschland nur darüber reden, ob wir vielleicht ein chinesisches oder ein amerikanisches Unternehmen damit betrauen, und überhaupt nicht mehr reflektieren, dass man in früheren Zeiten in China ein deutsches System genommen hätte, wir aber heute gar nicht mehr in der Lage sind, da entsprechend stark zu sein. Das ist doch die Frage, mit der wir uns in der Zukunft stärker auseinandersetzen müssen.

(Beifall)

Das ist ja nicht nur international so. Auch der demokratische Boden in Deutschland vibriert etwas; das spüren wir ja. Wir hatten jetzt einige Wahlen, bei denen wir Erfolge erzielen konnten, beispielsweise in Sachsen, was mich sehr freut, aber bei denen wir insgesamt doch durch die AfD belastet waren.

Ich sage euch aber auch: Wir sind jetzt in der Großen Koalition. Die SPD ist derzeit Partner, aber – seien wir einmal ganz ehrlich – wahrscheinlich nicht der Gegner. Der Feind – das sage ich bewusst – ist für mich eindeutig die AfD.

(Beifall)

Je öfter sie es behaupten, desto weniger wird es wahr: Die AfD ist alles, aber sie ist keine bürgerliche Partei, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Bürgerliche Parteien hetzen nicht. Bürgerliche Parteien spalten nicht. Bürgerliche Parteien stellen die Geschichte nicht infrage. Bürgerliche Parteien stehen im Bayerischen Landtag auf, wenn man ein Totengedenken zu Ehren des ermordeten des hessischen Regierungspräsidenten macht und bleiben nicht einfach sitzen und machen blöde Witze darüber. Bürgerliche Parteien machen keine Tweets über den Anschlag in Halle und sagen: Na ja, es ging doch nur um eine angeschossene Tür.

AfD-Abgeordnete, die heute befragt werden, liebe Freundinnen und Freunde – so jüngst in einer Fernsehsendung passiert –, ob sie textlich einen Unterschied zwischen den Schriften von Herrn Höcke und „Mein Kampf“ erkennen können, können sich nicht sicher sein, was der Unterschied ist. Woran könnte das wohl liegen? Weil es vielleicht gar keinen richtigen Unterschied gibt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist doch der wahre Grund!

(Lebhafter Beifall)

Wir haben auch in Bayern darüber nachgedacht. Gerade ein Teil des Streites im letzten Jahr war ja der Unsicherheit geschuldet: Was ist da der richtige Weg? Wie muss man sich verhalten? Ich kann euch aus der Erfahrung des letzten Jahres nur sagen: Es klappt auch durch schärfere Rhetorik nicht, dort zu überholen und etwas zurückzugewinnen, ohne gleichzeitig tief in der bürgerlichen Mitte erhebliche Substanzverluste zu haben.

(Beifall)

Deswegen: Lasst uns bei diesem Thema nicht herumspielen! Lasst uns nicht in geheimen Zirkeln darüber nachdenken, ob es vielleicht irgendwie eine Gelegenheit gäbe, unter welchen Umständen arithmetisch vielleicht etwas möglich wäre. Vielleicht sind ja nicht alle so schlimm. Die Funktionäre der AfD, die immer stärker werden, haben ein anderes Weltbild. Die wollen nicht zurück in die 70er-Jahre. Liebe Freunde, die wollen zurück in die 30er-Jahre.

(Beifall)

Die AfD ist nicht eine konservativere Union, sondern sie ist die neue, wahre NPD. Mit solchen Leuten macht man nichts, sondern man bekämpft sie, und zwar engagiert und streitbar, liebe Freunde.

(Anhaltender Beifall)

Also: klare Linie, klare Kante. Die AfD ist der Feind.

Aber wer ist jetzt eigentlich unser Hauptherausforderer? Ich kann das nur für Bayern sagen; die nationalen Umfragen zeigen das auch. Wie gesagt: Die SPD ist da.

(Heiterkeit)

Nachher entscheidet ihr ja noch über eure Fragen. Auch wir haben auf dem Parteitag über eine Urwahl und Ähnliches geredet. Aber der Weg der SPD bei dieser Frage ist nicht gerade ein totales Vorbild für uns, wenn ich das so sagen darf.

(Heiterkeit und Beifall)

Außerdem würden wir als CSU auch noch ein bisschen mitreden; aber das nur nebenbei.

(Heiterkeit)

Wer ist jetzt aus meiner Sicht der Hauptherausforderer? Seien wir doch einmal ganz ehrlich: Das sind natürlich die Grünen. Wer denn sonst? Die Grünen sind es; da darf man sich nicht täuschen. Keiner weiß, was nach der Wahl ist und wie Demokraten dann eine Zusammenarbeit organisieren müssen. Aber vor der Wahl müssen wir uns schon überlegen: Wer ist denn gesellschaftspolitisch, inhaltlich und personell unserer Herausforderer? Ich glaube nicht, dass es am Ende TV-Duelle im schlimmsten Fall mit Walter-Borjans und Esken geben wird, sondern wahrscheinlich wird es so sein wie bei mir daheim, dass die Hauptherausforderung eine grüne Kandidatin oder ein grüner Kandidat ist, der oder dem wir uns dann im TV zu stellen haben.

Darum sage ich euch auch: Schwarz und Grün ist zumindest bis zur Bundestagswahl nicht die Frage, sondern Schwarz oder Grün wird die Frage sein. Das ist die Realität.

(Beifall)

So wichtig es ist, darüber nachzudenken, wer Kanzlerkandidatin oder Kanzlerkandidat werden kann, ist die Kernfrage, nicht nur zu überlegen, wann wir Kandidaten aufstellen, sondern wer am Ende dasteht. Denn mir ist egal, wer Kandidat war.

Ich will, dass auch über 2020/2021 hinaus der Kanzler bzw. die Kanzlerin von der Union und nicht von den Grünen gestellt wird, liebe Freundinnen und Freunde.

(Starker Beifall)

Sosehr ich die Südschiene gut finde – logischerweise –,

(Heiterkeit)

sowenig macht mir das Modell Baden-Württemberg, Juniorpartner von den Grünen zu sein, Freude. Beim Kollegen Strobl sieht man es nicht so sehr, weil er gut aussieht.

(Heiterkeit)

Das liegt auch an dem tollen Land. Aber das ist nicht unsere Zukunft; ich glaube, da sind wir uns einig.

Jetzt stellt sich die Frage: Gibt es auch inhaltliche Unterschiede? – Natürlich gibt es die, liebe Freunde. Die Grünen machen im Moment keine schlechte Figur. Aber habt ihr genau analysiert, was die auf ihrem Parteitag eigentlich beschlossen haben? Das ist kein Angebot an bürgerliche Wähler oder an unsere Wähler. Das ist ein knallhartes Programm in Richtung links, so wie sie sich übrigens immer entscheiden, wenn sie Chance haben, zu wählen. Wenn sie müssen, entscheiden sie sich anders. Okay. Aber wenn sie die Chance haben, zu wählen, sieht es so aus. Und da dürft ihr euch auch nicht täuschen lassen. Das war doch in Bremen genauso. Da war es doch eine optimale Situation, nämlich eine abgewählte rot-grüne Regierung. Da war alles kaputt. Man kann auch nicht sagen, dass das da ein Siegeslauf war. Und da hatten sie die Chance, sich zu entscheiden, ob sie mit einem frischen, neuen Kandidaten, der Union, oder mit der alten SPD weitermachen wollen. Sie haben sich nicht nur dafür entschieden, mit der alten SPD weiterzumachen, sondern sie haben sich auch noch mit der Linkspartei verstärkt, liebe Freunde.

Ich muss noch eines sagen: Wer am Ende die Linkspartei der Union vorzieht, der zeigt ein Stück weit sein wahres Gesicht, und das wollen wir nicht, liebe Freunde. Das ist ein Unterschied.

(Lebhafter Beifall)

Wir haben, liebe Angela, liebe Annegret, ein Klimapaket beschlossen. Jetzt mag es sein, dass das vielen sehr Engagierten noch nicht genug ist. International sagen alle: Chapeau! – Schließlich lösen die meisten in Europa ihre Klimaprobleme mit Kernkraft und nicht mit so einem Riesepaket, wie wir es geschnürt haben.

Mein Eindruck ist, dass die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes etwas für den Klimaschutz tun will. Die Bürgerinnen und Bürger sind für Ökologie. Natürlich. Was denn sonst? Die Welt verändert sich schließlich. Aber sie möchten kein so überzogenes Paket.

Was haben die Grünen nämlich beschlossen? Sie wollen viermal so hohe Steuern. Sie wollen zigfach höhere Preise. Sie wollen eine Unmenge an Verboten. Bundesfernstraßen sollen nicht mehrgebaut werden. Was soll denn der Unsinn, liebe Freunde?

(Beifall)

Sie fordern ein sofortiges Verbot von Ölheizungen. Unser Klimapaket beinhaltet doch eine Übergangsphase. Es gibt in Deutschland aber wahnsinnig viele Regionen, in denen es, wenn so eine Heizung ausfallen würde, keinen Ersatz gäbe. Was beinhaltet dann das grüne Modell? Heißt das, dass die Leute dann frieren? In den Wald gehen und Holz fällen dürfen die Menschen auch nicht, weil dann Artenschützer dagegen wären. Das ist doch alles Unsinn.

(Lebhafter Beifall)

Gerade haben Annegret und ich einen Autostand besucht. Natürlich, meine Damen und Herren, wollen wir die Elektromobilität, wollen wir Wasserstoff, wollen wir die Brennstoffzelle und

auch Biokraftstoffe. Wir haben doch eine Idee, wie die Zukunft des Automobils aussieht. Allerdings ist das Auto in Deutschland doch nicht der Feind. Manch einer glaubt, dass ein SUV schlimmer sei als ein Atomkraftwerk.

(Beifall)

Es braucht am Ende auch wieder ein Stück weit Vernunft. Wir haben doch das Herz am rechten Fleck. Wir haben doch die richtige Einstellung. Wir haben das Bewusstsein. Wer waren denn die ersten Umweltpolitiker in Deutschland? Die kommen doch aus unseren Reihen. Die Bewahrung der Schöpfung ist doch keine ideologische, sondern eine christliche Frage, und diese Idee stammt von uns, liebe Freunde, und nicht von den anderen.

(Lebhafter Beifall)

Deswegen noch einmal zum Auto. Wenn Herr Musk hierherkommt und sagt, er wolle hier Autos bauen, dann führt das hier zu La-Ola-Wellen, dann sind alle begeistert und taumeln vor Freude. Er verspricht, er werde Arbeitsplätze schaffen. Schauen wir mal. Die Versprechen von Herrn Musk sind interessant, und die eigentliche Kraft liegt in der Faszination. Warten wir also erst einmal ab.

(Heiterkeit)

Wir loben Herrn Musk. Gleichzeitig betreiben wir seit Jahren ein unglaubliches Bashing gegen unsere eigenen Automobilstrukturen. Ich sage euch eines: Kein Land der Welt würde so schlecht über die wichtigste eigene Industrie reden, wie wir das in Deutschland machen, liebe Freunde. Das ist doch absurd.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Ich glaube nicht, dass man mit Philosophie allein Millionen Arbeitsplätze in Deutschland sichern kann. Herzliche Grüße an Herrn Habeck.

(Lebhafter Beifall)

Die Grünen haben viele kluge Leute – keine Frage – und auch interessante Konzepte, und wir müssen an einigen Stellen auch sehr genau zuhören und gut antworten. Es ist nicht mehr so wie vor 20 Jahren. Wir müssen klug sein. An einer Stelle fällt aber etwas auf: In der deutschen Politik wird gerne die Faktenlage verdrängt und der moralische Ansatz bewertet. Manchmal hat man in Diskussionen das Gefühl, die stärkere Moral in der politischen Argumentation hätten die Grünen, wir hätten sie nicht. Nun, ich sehe manche Zerrbilder in der Realität. Ich stelle fest, dass die Grünen im Bayerischen Landtag – ich kann nur von Bayern reden – ständig gegen das Fliegen und Flughäfen reden. Aber wer fliegt am meisten, liebe Freunde, um sich in der Welt zu informieren? Die Grünen.

(Heiterkeit)

Die Grünen sind für die völlige Freigabe von Drogen. Gleichzeitig beschließen sie regelmäßig, Fleisch müsse verboten gehören, liebe Freunde.

(Heiterkeit und Beifall)

Wenn sie dran sind, beschließen sie, Wälder zu roden, wie in NRW, und wenn sie nicht mehr dran sind, demonstrieren sie dagegen. Sie sind für mehr Mobilfunk, aber bekämpfen mit jeder Bürgerinitiative vor Ort, die sie dann auch noch über SMS koordinieren, jeden Mast.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich war letzten Sonntag in einer Fernsehsendung von Anne Will, und da fand ich eines bemerkenswert: Wir in Bayern setzen sehr auf erneuerbare Energien, und bei uns geht es eher um Sonne als um Wind. Bei uns scheint einfach die Sonne. So.

(Heiterkeit)

Dann werde ich beschimpft und gefragt: Warum macht ihr nicht mehr mit Windkraft? Und was ist mit den Abstandregelungen? – Auch Peter Altmaier wird beschimpft. Dann entdecke ich, dass die Grünen in Brandenburg denselben Abstand fordern wie Peter Altmaier. Jetzt könnten wir an Peter Altmaier zweifeln; das wäre die eine Variante. Ich befürchte, dass es andersherum der Fall ist; das wäre die andere Variante. Wisst ihr, was mich wirklich stört? Hier fordern sie das eine, dort tun sie das andere.

Ich sage euch noch etwas: Natürlich haben die Grünen Moral. Ich glaube, sie haben zum Teil mehr Moral als wir. Sie haben nämlich eine Doppelmoral, und das sollten wir den Menschen in unserem Land auch endlich sagen, liebe Freunde. Sie haben es schließlich verdient, das zu hören.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Ich möchte mich kurzfassen. Denn ich weiß, ich halte hier ein Grußwort, und bei diesem Parteitag ist es wichtig, zwischen Grußworten und Reden zu unterscheiden.

(Heiterkeit und Beifall)

Eines möchte ich noch sagen: Wir haben einen neuen Ansatz. In diesem Jahr und auch im letzten Jahr haben wir es immer geschafft, neue Herausforderungen anzunehmen und zu lösen. Das haben wir gut gemacht. Ich stehe übrigens sehr – das wurde vorhin auch angesprochen, habe ich gehört – zu der Grundrente. Denn ich glaube, dass es zu uns gehört, liebe Freunde, dass wir soziale Verantwortung übernehmen. Das möchte ich auch nicht der SPD überlassen. Es gehört in einem Land auch dazu, dass wir Leistungsfähigkeit definieren.

Es gibt Millionen Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet und darauf vertraut haben, dass sie am Ende eine gerechte Unterstützung bekommen. Wenn das nicht klappt, müssen wir uns Mühe geben, das zu erreichen. Dafür dir, Ralph, und vielen anderen: Danke. Wenn wir darüber re-

den, schlägt einem manchmal das ordnungspolitische Herz etwas höher. Aber wisst ihr, liebe Freunde, wenn wir am Ende nicht in der Lage gewesen wären, wegen 100 Euro Freibetrag eine so wichtige Frage für die Menschen zu beantworten, dann hätten wir es auch nicht besser gemacht, als die Regierung von Hermann Müller in der Weimarer Zeit, die an kleinen Dingen gescheitert ist. Mit sozialen Fragen macht man keinen Wahlkampf. Wir sind eine christlich-demokratische und eine christlich-soziale Union, wir waren immer diejenigen, die die Menschen sozialpolitisch zusammengeführt haben. Das sollten wir auch in der Zukunft so machen, das ist der Unterschied zu den anderen.

(Beifall)

Wir werden im nächsten Jahr etwas für die Konjunktur tun müssen, auch wenn die SPD sagt, das spiele keine Rolle. Es wird etwas passieren, bei den Autobauern und ihren Zulieferern geht es los. Täuschen wir uns nicht. Im Moment überdeckt der Konsum das Ganze noch, aber der Konsum geht immer der Industrie hinterher. Deshalb spielt es natürlich eine Rolle, die Steuerpolitik positiv zu gestalten. Natürlich müssen wir über die Unternehmenssteuern und auch über die langfristige Entwicklung des Soli reden. Wenn ich das ehrlich sagen darf: Ich erwarte von einem Finanzminister in Deutschland, den wir in der Zusammenarbeit durchaus schätzen, und dem wir es auch sehr gönnen, Parteivorsitzender zu werden, dass er sich in erster Linie Gedanken darüber macht, wie wir die Steuern anpassen, dass Arbeitsplätze gesichert werden, statt Vereine dafür zu bestrafen, dass sie traditionsbewusst sind. Das ist der falsche Schwerpunkt, der falsche Ansatz für die Finanzpolitik in Deutschland.

(Beifall)

Wir müssen die Parteien der Zukunft sein. Die Forschung ist meiner Ansicht nach die Schlüsselfrage für den Erfolg unserer Volkswirtschaft. Natürlich investieren die anderen mittlerweile, das ist unglaublich. Es ist wie im Fußball. Wir haben Spitzenforscher im Bereich der künstlichen Intelligenz, die in E-Mails Geld aus China angeboten bekommen – E-Mails, einfach so. Dass die Amerikaner attraktiv sind, wissen wir auch. Es wird also nicht reichen, nur zu sagen: Wir sind doch schon ganz gut, wir haben deutsche Forschungsideen. Nein, wir müssen Schwerpunkte und Prioritäten setzen.

Wir haben bei uns im Freistaat eine High-Tech-Agenda mit zwei Milliarden Euro allein für ein Land aufgesetzt. Wir haben allein 100 Lehrstühle für KI, das ist einiges mehr, als unser größter Wettbewerber Baden-Württemberg hat, der schon 20 ausgelobt hat. Angela Merkel sagte mir, dass ungefähr 100 in Deutschland gefördert werden. Angela sagte dann auch noch, dass sie die Regierungserklärung gelesen hat, und sie hat mich dafür gelobt. Ihr wisst: Wenn die Bundeskanzlerin Bayern lobt, dann nur, weil es nicht anders geht,

(Heiterkeit und Beifall)

weil es halt stimmt. Warum erwähne ich das? Ich sage Ihnen jetzt, warum ich das erwähnte. Für das Konzept, das wir jetzt machen – es kommt noch viel anderes dazu –, erhalten wir internationale Resonanz. Manchmal musst Du Dich dafür in Debatten gerade gegenüber der linken Seite rechtfertigen. Ich habe zum Beispiel ein engagiertes Raumfahrtprogramm gemacht. Was haben sie da alles gelästert? Der Markus Söder will zum Mond. Ich meine, ich wüsste schon, wen ich dorthin schicken würde. Das ist nicht das Problem.

(Beifall)

Wir haben eine Raumfahrt fakultät gegründet, und wir haben junge Studentinnen und Studenten mit einer glühenden Begeisterung für das Thema. Wir haben mit dem Thema Hyperloop eine neue Form der Transportmöglichkeit. Das Studententeam an der Technischen Universität München hat zum vierten Mal in Folge die hochdotierten Preise von Herrn Musk international gewonnen. Ich will Ihnen eines sagen: Wir reden in Deutschland über alle möglichen Helden und zeichnen sie aus, dabei haben wir junge Forscherinnen und Forscher, die international erfolgreich sind, aber über die Technologie, die sie hervorbringen, lächeln wir. Aber das sind unsere Botschafter der Zukunft. Das sind diejenigen, die wir für ein starkes Land brauchen. Wir als Union müssen diesen jungen Menschen, dieser Jugend, die bereit ist, die Zukunft anzupacken, Möglichkeiten und Wege eröffnen. Die sollen bei uns sein, sie sind die Zukunft unseres Landes, und zwar mehr als manch andere Demonstration, die wir erleben.

(Beifall)

Ich finde nicht, dass unser Akku leer ist, meiner sowieso nicht, aber unserer auch nicht. Er lädt sich auch ständig neu, finde ich. Man kann auch nicht planen, welche Herausforderung wann kommt. Politik ist doch zweierlei: Man muss natürlich einen Kurs setzen, aber man muss auch in der Lage sein, auf das, was an internationalen Veränderungen kommt, zu reagieren. Die Welt hat sich dramatisch weiterentwickelt, das hätte ich vor vielen Jahren so nicht gesehen. Je mehr Verantwortung ich in meiner Partei und in meinem Land trage, umso mehr sehe ich, was sich international tut.

Deutscher Provinzialismus in der Hoffnung, es zieht an uns vorbei, war schon immer gefährlich. Das gilt für die Technologie, aber auch für dein schweres Amt, liebe Annegret. Ich muss ganz ehrlich sagen: Wenn in so substanziellen Fragen wie der Sicherheit Deutschlands das einzige Argument in der Öffentlichkeit ist, ob man eine halbe Stunde früher oder später informiert wurde, hätte Deutschland keine Sorgen. Die Annegret macht einen tollen Job als Verteidigungsministerin. Dabei geht es nicht um Beleidigungen, sondern um die Ernsthaftigkeit der Aufgabe. Diese wichtige und schwierige Aufgabe erfüllt sie, herzlichen Dank dafür.

(Beifall)

Ich werde von meinen Leuten und den Bürgern manchmal gefragt: Seid Ihr bei Veränderungen nicht zu schnell? Oft höre ich: Markus, du bist zu schnell, das Tempo ist zu hoch. Das Tempo der Veränderungen bestimmen nicht wir, aber über die Geschwindigkeit der Reaktion entscheiden wir. Ich höre immer: Wir dürfen dem Zeitgeist nicht hinterherlaufen. Das ist klar, wer hinterherläuft, ist schon lange weg. Wir müssen den Zeitgeist prägen. Manchmal bekomme ich den Satz zu hören: Wir müssen der Fels in der Brandung sein. Dann sage ich: Da, wo du stehst, gibt es gar kein Wasser.

(Beifall)

Wir sind eigentlich eine ganz starke Truppe, wenn man die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland betrachtet. Wer hat die wirklich wichtigen Weichenstellungen getroffen? Bei der Sozialen Marktwirtschaft? Das war knapp, die anderen waren dagegen, wir waren dafür. Das war richtig. Bei der Frage der Westintegration? Die anderen waren dagegen, wir waren dafür, es war sehr knapp, es war umstritten. Es war richtig. Bei der Deutschen Einheit? Jetzt feiern sie alle. Einige sind skeptisch, aber wie war das damals? Wir hatten den Mut, Entscheidungen zu treffen und voranzugehen, die anderen waren dagegen. Es war richtig.

(Beifall)

Immer, wenn die Herausforderungen am größten waren, waren wir eigentlich am besten. Darum lasst uns nicht so kleinmütig sein! Lasst uns nicht den ganzen Tag immer nur die kleinen Dinge bekritteln! Lasst uns nicht den ganzen Tag in Formalitäten verhaken! Lasst uns doch an einigen Stellen mit offenem Herzen und wachem Geist versuchen, die Probleme zu lösen. Ein Zurück in die uralte Zeit, wo es so schön und so geordnet war, wäre wirklich wunderbar, wird es aber in dieser Welt so schnell nicht geben. Wenn wir das Intellektuelle redlich machen, dann müssen wir uns Problemen stellen und Herausforderungen annehmen und sie mit der inneren Bereitschaft, sie lösen zu wollen, angehen.

Die Leute spüren ganz genau, ob jemand Lust am Regieren hat, oder ob er es als Last empfindet. Mein Appell an uns gemeinsam ist: Die Menschen möchten uns vertrauen, die Menschen wollen eine Union, die sich auch selbst vertraut. Nur wenn wir uns selber begeistern können, werden wir auch die Leute begeistern. Stellt euch vor: Ein Vertreter kommt an eure Tür und will euch etwas verkaufen, und als Erstes sagt er: „Also, ich persönlich würde das nicht kaufen.“

(Beifall)

Die Abschlussquote wird wahrscheinlich dünn sein. Also müssen wir alle miteinander – das ist an einem Tag wie heute wichtig – Botschafter des Willens und der Bereitschaft sein.

Das können andere schon, und sie zeigen es im Moment mehr als je zuvor. Darauf müssen wir eine Antwort finden. Unsere Antwort muss sein: Geschlossenheit, Stabilität, aber auch Offen-

heit gegenüber den neuen Herausforderungen und der Wille, diese auch anzugehen. Wir als CSU und ich wollen zu dieser historischen Herausforderung in schwieriger Zeit einen Beitrag leisten. Wir wollen diesen Weg mit euch gemeinsam gehen. Wir sind die Stärksten. Unser Ziel muss sein, das auch in Zukunft zu bleiben. – Herzlichen Dank. Alles Gute. Viel Erfolg für unsere Gemeinschaft. Danke schön.

(Starker Beifall – Die Delegierten erheben sich – Rhythmisches Klatschen)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Vorsitzende der CDU: Liebe Freundinnen und Freunde, lieber Markus, das ist dein Applaus, den hast du dir verdient. Das zeigt: Wir sind die starke Mitte Deutschlands, nicht mit Fragezeichen, nicht mit Punkt, sondern mit Ausrufezeichen! Deine Rede hat das heute wieder deutlich gemacht – vielen Dank dafür.

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Nach dieser fulminanten Rede, von der wir alle begeistert sind und die deutlich gemacht hat, dass wir Seite an Seite kämpfen, werden wir unsere Antragsberatungen fortsetzen. Bevor wir das tun, möchte ich einem Delegierten herzlich zum Geburtstag gratulieren, und zwar hat sich Michael Schreiber aus Baden-Württemberg dazu entschieden, seinen Geburtstag hier zu feiern. Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall)

Zurück zur Antragsberatung. Wir sind im Bereich der Landwirtschaft. Als Nächstes rufe ich Anne Ellmann auf. Danach kann sich Alois Gerig bereithalten. – Frau Ellmann.

Anne Ellmann: Sehr geehrte Tagungspräsidentin! Ich bedanke mich erst einmal bei der Antragskommission für die Annahme der landwirtschaftlichen Anträge vom Landkreis Vechta. Aber der Antrag C 114 ist nicht enthalten. Antrag C 114 fordert die Ablehnung des Agrarpakets oder zumindest das Stoppen des Vorhabens. Die Bauern stehen mit dem Rücken zur Wand und kämpfen für ihre Existenz. Aus diesem Grund sind die Bauern im Oldenburger Münsterland sauer, mehr als sauer. Ich möchte Ihnen nicht sagen, was da für Argumente vorgebracht werden. Ich bin Kommunalpolitikerin im Facharbeitskreis „Agrar“ und kann dieses Paket nicht mehr vermitteln. Deshalb bitte ich, über unseren Antrag C 114 einzeln abzustimmen und diesen anzunehmen. Ich gebe Ihnen einen Tipp: Unser Junior ist auch dabei und Teil der Demogruppe: Sie alle schauen zu, was wir hier heute zur Landwirtschaft beschließen. – Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Als Nächstes spricht Alois Gerig.

Alois Gerig: Ich versuche, meine Redezeit von drei Minuten einzuhalten. Liebe Parteispitze, Frau Bundeskanzlerin, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, das Thema Landwirtschaft zieht sich in der Tat seit gestern Morgen wie ein roter Faden durch unseren Parteitag. Das ist eigentlich gut so, wäre der Anlass nicht ein so trauriger. Die Stimmung in der Landwirtschaft

war seit Jahrzehnten nicht so schlecht, wie das aktuell der Fall ist. Dafür gibt es viele Gründe: zwei trockene Dürrejahre, schlechte Preise, zu viel Bürokratie, zu viele Gesetze. Das Schlimmste für unsere Bäuerinnen und Bauern ist aber die fehlende Wertschätzung; darin müssen wir definitiv besser werden.

Die Union steht im Fokus dieser Proteste, weil man sich seither in der Bauernschaft auf die Union verlassen konnte und verlassen hat. Wir sind diejenigen, die auch jetzt aufgefordert sind, Lösungen anzubieten. AfD und FDP sind im Wechsel als heuchlerische Bauernfänger unterwegs, aber – auch das sage ich, liebe Freundinnen und Freunde – die können wir inhaltlich leicht entlarven. Es braucht Botschaften, es braucht Maßnahmen der Wertschätzung, und es braucht eine andere Kommunikation. Wir brauchen endlich einmal wieder Werbekampagnen für unsere Bauern und nicht immer nur gegen sie.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sprechen viel zu oft nur noch über Klimaschutz, Tierschutz, Insektenschutz und Umweltschutz. Gerade beim Umweltschutz nehmen wir die Bauern häufig in den Fokus, obwohl sie die Lösung vieler Probleme sind und nicht das Problem per se.

(Vereinzelt Beifall)

Lebensmittel „Made in Germany“ sind ein Premiumprodukt. Liebe Freundinnen und Freunde, wir verlieren täglich Marktanteile, wir sind vom Exporteur zum Netto-Importeur bei Nahrungsmitteln geworden. Das wollen die Menschen nicht. Deswegen muss unsere Botschaft lauten: Hilfe und Unterstützung für die Bauern mit vernünftigen Maßnahmen. Das ist zum Wohle der Verbraucherinnen und Verbraucher; denn die Bauern produzieren nach den höchsten Lebensmittelstandards, die es weltweit gibt. Wenn wir uns für nationale Alleingänge und Verordnungen entscheiden, dann braucht es dafür definitiv einen Ausgleich, dann muss das auch honoriert werden. Wir müssen die Entwicklung stoppen. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass junge Menschen wieder motiviert sind, dass sie den Mut haben, den Hof ihrer Eltern zu übernehmen. Wir müssen den Bauern ihren Stolz zurückgeben. Dafür wollen wir arbeiten. Wir wollen, dass Bauernland in Bauernhand bleibt. Wir wollen nicht, dass die Aldis und die Fielmanns dieser Welt unsere Ländereien aufkaufen und dazu beitragen, dass Lebensmittel permanent verramscht werden. Der Durchschnittsdeutsche gibt gerade einmal 10 Prozent seines Einkommens für Lebensmittel aus.

Wir sind auf einem guten Weg. Julia Klöckner hat einige Maßnahmen auf den Weg gebracht. Unsere Haushälter haben sich sehr bemüht. In der kommenden Woche werden wir den Bundeshaushalt beschließen, der viele gute Ansätze für die Zukunftsentwicklung enthält, liebe Freundinnen und Freunde.

Klar wollen wir reden. Aber als Union wollen wir insbesondere eines: Wir wollen handeln. Deswegen empfehle ich volle Zustimmung zu dem Antrag. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Besten Dank. – Ich darf nach diesem Redebeitrag zwei weiteren Delegierten zum Geburtstag gratulieren. Ich gratuliere Frau Kerstin Schröder aus Schleswig-Holstein. Sie kommt aus Flensburg.

(Beifall)

Sie hat einen runden Geburtstag in jungen Jahren. Ich darf des Weiteren herzlich gratulieren: – Herrn Rüdiger Scholz aus Nordrhein-Westfalen. Er kommt aus Leverkusen. Auch ihm gratulieren wir ganz herzlich. Alles Gute!

(Beifall)

Wir machen weiter in unserer Rednerliste. Ich rufe als Nächstes Helmut Dammann-Tanke auf.

Helmut Dammann-Tanke: Verehrtes Tagungspräsidium! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir als Landesverband Niedersachsen haben einen Antrag unter C 103 eingebracht. Wir haben diesen Antrag sozusagen in den geeinten Antrag, der heute von der Antragskommission vorgestellt wurde, einfließen lassen. Wir sind Julia Klöckner, Frau Ministerin Heinen-Esser, Albert Stegemann und Gitta Connemann ausdrücklich dankbar, dass dieser Entwurf so geeint erarbeitet wurde. Warum melde ich mich an dieser Stelle noch einmal zu Wort? Weil nach der guten, richtigen und mitreißenden Rede von Gitta Connemann der Eindruck entstanden ist, dass in dem Block Oldenburg, Braunschweig, Niedersachsen die Bauernlobby säße. Diesem Klischee möchte ich ausdrücklich widersprechen.

Für Niedersachsen ist die Agrar- und Ernährungswirtschaft der zweitwichtigste Wirtschaftszweig. Wir als politische Verantwortliche haben selbstverständlich die Verantwortung, für die Grundlagen dieses Wirtschaftszweigs einzutreten. In diesem Wirtschaftszweig arbeiten die am besten ausgebildeten jungen Landwirte, die wir jemals hatten. Sie verstehen sich als Unternehmer. Weil sie sich als Unternehmer verstehen, sind sie politisch tendenziell eher bei uns. Sie planen auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft ihre wirtschaftliche und betriebliche Zukunft.

An dieser Stelle möchte ich ganz kurz aus dem Leitantrag unseres Parteitags zitieren, nämlich aus dem Leitantrag zur Sozialen Marktwirtschaft als Grundlage für Wachstum, Innovation und Nachhaltigkeit. Dort lesen wir in Kapitel 1 unter Ziffer 2: „Diese Erfolgsgeschichte wollen wir fortschreiben.“ Dazu werden wir auch in Zukunft, „Wirtschaftskompetenz mit praktischer Solidarität und effizientem Schutz der Umwelt verbinden. Dabei setzen wir“ – jetzt wird es spannend für unsere Landwirte – „auf Anreize statt Verbote, auf Freiheit statt Bevormundung, auf

Freiräume statt Gängelung, auf Vertrauen in die Menschen statt auf Misstrauens- und Kontrollgesetzgebung, auf Ordnungsrahmen statt Einzelfallregelungen und staatliche Interventionen.“ Haben wir Vertrauen in die Landwirtschaft! Nehmen wir sie mit! Wenn wir auf dieser Basis den Dialog mit den jungen Landwirten führen, dann werden sie uns folgen.

Mein Appell an all diejenigen, die unter uns Regierungsverantwortung tragen – sei es in den Ländern, sei es im Bund –, lautet: Widerstehen wir der Versuchung, unserem Koalitionspartner im Sinne des gesellschaftlichen Mainstreams nachzugeben, sondern machen wir das, was ich zitiert habe, zur Richtschnur unseres politischen Handelns, also die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft, und machen wir deutlich, dass es für uns rote Linien gibt, die nicht überschritten werden dürfen.

(Vereinzelt Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Besten Dank Ihnen. – Für die Antragskommission spricht zum Antrag C 114 Ursula Heinen-Esser.

Ursula Heinen-Esser, Antragskommission: Herzlichen Dank. – Ganz kurz zu Ihrem Antrag, Frau Ellmann. Die Anliegen, die Sie dort zum Agrarpaket formulieren, sind längst im Hauptantrag aufgenommen. Darf ich Ihr Hauptaugenmerk auf den Punkt 8 lenken, bei dem es um Vertrauensschutz bei der Gestaltung von Natur- und Artenschutz geht. Dort ist explizit die Rede davon, dass Anreizsysteme Vorrang vor Ordnungsrecht haben. Das ist genau das, was wir auch beim Insektenprogramm und bei der weiteren Bearbeitung einfordern. Das steht hier Schwarz auf Weiß.

Dass die Bundeslandwirtschaftsministerin in permanenten Kontakt mit NGOs, mit Landwirten und mit Verbänden steht, können wir alle beobachten. Sie hat einen sehr schweren Stand und kämpft jeden Tag für uns an diesen schwierigen Fronten, insbesondere bei manchen NGOs. Deshalb haben wir gesagt: Das ist im großen Antrag erledigt.

(Vereinzelt Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Besten Dank für die Erläuterung. – Jetzt spricht die Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner.

Julia Klöckner: Danke schön. – Liebe Parteifreunde! Herr Dammann-Tamke hat eben fast entschuldigend gesagt, man solle nicht den Eindruck bekommen, dass dort die Bauernlobby sitze. Lieber Herr Dammann-Tamke, man muss sich nicht schämen, Lobbyist für Bauern zu sein. Wer Lobbyist für Bauern ist, der ist auch Lobbyist für unsere Nahrungsmittel, unsere ländlichen Räume und die Zukunft unseres Landes.

(Beifall)

Bauernlobbyist zu sein, ist nicht schlechter, als Lobbyist für andere zu sein. Das will ich hier ganz deutlich sagen.

(Beifall)

Wir hatten noch nie eine so gut ausgebildete junge Bauergeneration wie jetzt. Ich glaube, noch nie war unsere Landwirtschaft so stark unter Druck wie heute. Das können wir als Christdemokraten nicht ignorieren. Markus Söder hat es selber in Bayern erlebt: ein Insekten- bzw. Bienenbegehren. Ähnliches gab es auch in Baden-Württemberg. Wir erleben eine Zäsur. Warum? Die Gesellschaft interessiert sich für die landwirtschaftliche Produktion. Aber ganz viele machen nicht den letzten Schritt und machen sich keine Gedanken darüber, dass die Erwartungen, die sie an die Landwirtschaft haben, auch zu mehr Kosten führen. Unsere Aufgabe als Union ist es, in die Gesellschaft und in die Bauernschaft hineinzuhören. Das, was Landwirtschaft mehr leisten soll, müssen wir entsprechend entschädigen; denn Landwirte sind als Allererstes Nahrungsmittelproduzenten und nicht Landschaftsgärtner.

(Vereinzelt Beifall)

Aber zur Ehrlichkeit gehört auch dazu: Ich wäre eine schlechte Landwirtschaftsministerin, wenn ich nur nach einer Seite redete und sagte, dass alles so bleibt, wie es ist. Sie werden dann in fünf bis zehn Jahren fragen: Warum haben Sie nicht die Weichen dahin gehend gestellt, dass wir mit unserer Landwirtschaft vorne stehen? – In ganz Europa läuft eine Debatte zwischen Konsument und Produzent. Es geht um mehr Tierwohl. Es geht um weniger Pflanzenschutz. Es geht um Klimaschutz. Die Landwirtschaft ist nicht das Problem, wenn wir sie entsprechend aufstellen, sondern sie kann Problemlöser für unsere Gesellschaft sein.

(Vereinzelt Beifall)

Aber die Herausforderung, liebe Freunde, ist: Wir hatten zwei Dürresommer. Die Felder blieben zum Teil leer. Aber die Regale waren voll. Vor 50 Jahren wäre das Problem der Bauern auch das Problem der Bevölkerung gewesen. Heute hat die Bevölkerung leider kein Problem mehr, wenn Bauern ein Problem haben. Das müssen wir der Gesellschaft wieder klarmachen. Aus diesem Grund werde ich im nächsten Jahr eine Roadshow machen und alle an einen Tisch holen. Es kann nicht sein, dass die ländlichen Räume nur noch Kompensationsorte für städtische Wünsche sein sollen.

(Beifall)

Die ländlichen Räume sind die Kraftzentren. Unsere Landwirte sind die, die die ländlichen Räume aktiv halten. Aber wir haben nur noch rund 275 000 landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland. Wir haben über 80 Millionen Verbraucher und über 80 Millionen Hobbyagrarwissenschaftler. Jetzt müssen wir denjenigen, die am liebsten Fleisch von Tieren essen wollen, die

niemals geschlachtet wurden, erklären, wie die Urproduktion aussieht. Wir werden durch Deutschland gehen. Wir werden NGOs, Umweltverbände, Medien, Verbraucherinnen und Verbraucher, Bauern und Politik an einen Tisch holen. Wir werden beziffern, was es kosten wird, die Wünsche zu erfüllen. Dann müssen wir dieses Geld auch zur Verfügung stellen. Ansonsten wird keine Bauernfamilie überleben können, wenn sie nicht auch wirtschaften kann.

Aber ich bitte auch um ein bisschen Redlichkeit in der Debatte, liebe Freunde. Wir tun so, als wären wir allein in der EU. Es gibt ein Klageverfahren der EU gegen Deutschland. Da geht es um sauberes Grundwasser und die Düngeverordnung.

Ich sage auch: Hätten wir in Deutschland nicht so lange gewartet, wären wir längst über den Berg. Wir sind in der EU die Letzten, die die Nitratrüchlinie umsetzen.

Liebe Freunde aus Niedersachsen, ich verstehe euch, weil es euch ziemlich hart trifft. Ich verstehe auch die Bayern in dieser Frage. Ich verspreche euch: Wir kämpfen, was geht. Wir haben ein Gülleprogramm mit einem Volumen von 70 Millionen Euro aufgelegt, um dort, wo es Belastungen für eure Bäuerinnen und Bauern gibt, zu helfen und zu kompensieren. Ich komme zu euch zur Diskussion. Ich gehe zu den Demonstrationen. Aber wir müssen Gesellschaft und Landwirtschaft wieder zusammenbringen. Auch wenn es uns ärgert, dass jetzt Leute mitreden, die sich vorher nie für die Landwirtschaft interessiert haben: Es ist unsere Gesellschaft. Heute sprechen die Leute über Themen wie Ferkelkastration, Kükentöten und Grundwasser. Wir als Union – damit will ich schließen – sind diejenigen, die, anders als die Grünen, die Debatte nicht anheizen. Frau Göring-Eckardt hat in einer Bundestagsdebatte gesagt, die Landwirte verseuchten unser Land. Nein, die Landwirte ernähren unser Land!

(Beifall)

Die Grünen sagen: Wir haben es satt! – Die Landwirte sagen: Nein, wir machen euch satt!

Wir Christdemokraten bringen diese Wünsche wieder zusammen. Deshalb sage ich: Weniger Pflanzenschutzmittel? Kriegen wir hin! Aber mit Alternativen, Forschung und Präzisionslandwirtschaft. Wir investieren in Forschung. Wir investieren in die Digitalisierung. Wir investieren in Stallumbauten. Wir machen die Landwirtschaft zukunftsfähig. Das geht von diesem Antrag aus. Wir hatten auch Anträge, die sich widersprochen haben.

Liebe Freunde, lasst uns – genauso wie in der Parteiarbeit – dafür sorgen, dass die jungen Leute Spaß an der Landwirtschaft haben. Wenn wir jeden Tag sagen, alles sei schlecht, dann wird kein junger Mensch diesen Beruf ergreifen wollen. Wir haben den Agrarbericht, der uns in Teilen hoffnungsfroh stimmt. Wir müssen alles praxisgerecht umsetzen. Wir müssen an der Seite der Landwirte sein und ihnen Mut für die Zukunft machen. Das macht dieser Antrag. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Sehr geehrte Damen und Herren, wir können zum Abstimmungsverfahren kommen. Wir haben die Anträge C 100 bis C 108, C 110 sowie C 112 bis C 117. Es wurde darum gebeten, über C 114 einzeln abzustimmen; das machen wir dann auch.

Wer der Empfehlung der Antragskommission zu C 114 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen ist C 114 so beschlossen wie von der Antragskommission vorgeschlagen.

Dann können wir über die restlichen Anträge, die ich aufgerufen habe, abstimmen. Ich bitte um Ihr Kartenzeichen, wenn Sie den Empfehlungen der Antragskommission folgen wollen. – Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag C 109 auf den Seiten 218 und 219 auf. Wir haben hierzu keine Wortmeldungen. Dann können wir gleich darüber abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Ich danke Ursula Heinen-Esser und Albert Stegemann.

Damit haben wir die Beratung zu diesem Themenkomplex abgeschlossen.

Wir haben noch ein paar Restanten, die wir noch schnell abarbeiten wollen. Oder will erst der Generalsekretär sprechen? – Er sagt nein; okay.

Ein Restant von gestern Abend, den wir nicht mehr so ganz geschafft haben, betrifft das Thema „Klima, Energie und Umwelt“. Wir müssen noch über die Initiativanträge I 10 bis I 14 abstimmen; Sie finden sie auf den Seiten 12 bis 16 der Sammlung der Initiativanträge und Empfehlungen.

Wir haben hierzu zwei Wortmeldungen vorliegen. Die Wortmeldung zu I 10 kommt von Max Freiherr von Elverfeldt. Ich schaue, ob er kommt. – Das ist nicht der Fall.

(Zuruf: Hier!)

Doch? – Gut. Dann haben Sie das Wort.

Max Freiherr von Elverfeldt: Ich spreche über den deutschen Wald. Diesen betrifft unser Antrag.

(Vereinzelt Beifall)

Der deutsche Wald ist die Hauptklimasenke, die wir in Deutschland haben. Unsere deutschen Wälder stehen für 14 Prozent der CO₂-Immissionen. Gleichzeitig geht es dem deutschen Wald schlecht, sehr schlecht. Er ist der Hauptleidtragende der Klimakatastrophe. 2019 wird als das schlimmste Jahr in die Geschichte der Forstwirtschaft eingehen. 200 000 Hektar sind in Deutschland dem Sturm und der Trockenheit zum Opfer gefallen. Zwei Millionen Waldbesitzer müssen jetzt schauen, wie sie den Wald wieder nach vorn bringen.

Wir sind Julia Klöckner sehr dankbar, dass sie uns umfangreiche Mittel aus dem Klimafonds bereitstellen will. Aber das wird am Ende nicht reichen.

Deshalb fordern wir: Wenn CO₂-Emissionen bepreist werden, dann sind diejenigen, die für die Klimasenke zuständig sind, entsprechend zu honorieren. Deshalb bitte ich, den Antrag zu unterstützen. – Danke sehr.

(Vereinzelt Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Besten Dank. – Wir haben eine weitere Wortmeldung, zu I 11, und zwar von Roy Kühne. – Auch er geht mit beschwingtem Schritt. Danke.

Roy Kühne: Liebe Freunde, erst einmal herzlichen Dank, dass Sie diesem Antrag Ihr Ohr widmen. Es geht um unseren Wald; das wurde vom Vorredner schon gesagt. Wir reden sehr viel von der Landwirtschaft und unseren fleißigen Bäuerinnen und Bauern. Ich rede auch von den Forstwirten. Sie tragen nämlich ein Problem mit sich, das nicht selbstverständlich auf jeder Agenda ist: unser Wald.

Auch das wurde schon gesagt. Wir nutzen den Wald für die Erholung. Wir laufen manchmal einfach so durch. Im Wald gehen wir mit unseren Familien spazieren. Das alles ist nicht selbstverständlich. Momentan haben wir ein Problem, das wir insbesondere in den Nationalparks sehen. Ich will Ross und Reiter nennen: Das Problem ist der Borkenkäfer. Der Borkenkäfer ist nicht da, weil er so niedlich ist, sondern weil wir vor Jahren und sogar Jahrzehnten bei der Bewirtschaftung und Beforstung dieser Wälder Fehler gemacht haben.

Jetzt haben wir das Problem. Wir können nicht einfach sagen: Der Borkenkäfer ist da. Es geht um Nationalparks. Wir müssen zusehen, dass sich das Problem von allein löst. – Das wird nicht passieren, liebe Freunde.

Deshalb sage ich ganz klar: Unser Wald ist in Gefahr, wenn wir nicht aktiv werden. Wir werden irgendwann ein Problem bekommen, nicht nur in unseren Nationalparks, sondern in allen unseren Wäldern.

Ich möchte heute erreichen, dass eine Diskussion angestoßen wird. Ich weiß, dass das Thema sensibel ist. Trotzdem möchte ich eine Diskussion darüber anstoßen, wie wir mit diesem Problem umgehen können. Es reicht nicht aus zu sagen: Naja, es ist nicht gerade populär. – Das reicht nicht aus!

Drei Aspekte sind immens wichtig:

Erstens. Alle reden vom Klimawandel. Wir wissen, dass unsere Bäume die CO₂-Immissionen massiv beeinflussen. Wir brauchen sie also.

Zweitens. Außerhalb von Nationalparks gibt es wirtschaftlich beforstete Regionen, wo Menschen, Familien – teilweise in sechster oder siebter Generation – ihr Geld damit verdienen und Steuern zahlen. Diese Menschen dürfen wir nicht allein lassen. Sie zahlen Steuern und sorgen dafür, dass wir in einem gesunden Wald joggen, spazieren gehen und uns erholen können.

Der dritte Aspekt ist in meiner Region immens wichtig; es geht um den Harz. Wenn man heute durch den Harz fährt, denkt man, man fahre durch eine Region, in der es kurz zuvor irgendwelche Anschläge gegeben habe. Es ist nicht mehr schön. Touristen, die von weither kommen, können dies nicht verstehen. Wir müssen für Verständnis sorgen.

Deshalb meine Bitte: Lassen Sie die Forstwirte – fleißige Betriebe – nicht allein! Lassen Sie uns eine Diskussion anstoßen – ich bin gern dazu bereit –, wie wir den Forstwirten helfen und unseren Wald als wertvollen Magneten in Deutschland retten können!

Ich bitte sehr um Ihre Unterstützung für den Antrag. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Lucia Puttrich, Tagungspräsidium: Besten Dank Ihnen. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Insofern können wir gleich zur Abstimmung kommen. Wir stimmen ab über die Initiativanträge I 10 bis I 14. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Sehe ich nicht. Enthaltungen? – Auch nicht. Insofern ist entsprechend beschlossen.

Ich übergebe die Tagungsleitung an Daniel Günther.

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Wir kommen jetzt zu dem Thema „Struktur- und Satzungsfragen“. Dies ist in den sonstigen Anträgen der Themenblock, der sich mit strukturellen Fragen unserer Partei sowie mit Fragen befasst, die auch Satzungsbezug aufweisen. Dazu gehören die Anträge C 63 bis C 80. Sie finden sie auf den Seiten 166 bis 173 der Antragsbroschüre.

Ich bitte als Sprecher der Antragskommission Elisabeth Winkelmeier-Becker und Paul Ziemiak auf die Bühne.

Ich rufe die Anträge C 63 und C 64 auf den Seiten 166 bis 168 auf. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mit deutlicher Mehrheit beschlossen.

Dann rufe ich die Anträge C 65, C 68, C 72, C 76, C 78 und C 80 – auf den Seiten 168 bis 171 und auf der Seite 173 – auf.

Hierzu liegen wahrscheinlich Wortmeldungen vor. – Auch nicht? Es liegen keine Wortmeldungen hierzu vor. Dann können wir auch hier über die Empfehlungen der Antragskommission beraten.

(Unter dem Beifall der Delegierten verlässt die Delegation mit Markus Söder den Parteitag)

Ganz kurz noch einmal – Markus Söder verlässt gerade die Halle: Lieber Markus, beste Grüße an die CSU! Es war ein cooler Auftritt hier!

(Lebhafter Beifall)

Wir haben die Verwirrung hier vorn aufgeklärt. Natürlich liegen zu dem Punkt Wortmeldungen vor, aber wir müssen noch die B-Anträge durchgehen, bevor wir zu den Satzungsfragen kommen. Hierzu liegen die Anträge B 1 und B 2 vor. Sie finden diese Anträge in der Antragsbroschüre auf den Seiten 103 bis 105.

Ich rufe die Anträge B 1 und B 2 zusammen auf. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung der Anträge an die Struktur- und Satzungscommission sowie den Antrag B 2 zusätzlich an den Mitgliederbeauftragten und die Bundesfinanzkommission.

Die vom Bundesvorstand eingesetzte Struktur- und Satzungscommission ist ein wichtiger Baustein für die weitere Entwicklung der Parteiarbeit. Daher haben sich die Steller beider Anträge – der Landesverband Berlin und der Landesverband Saar – mit den Überweisungen einverstanden erklärt.

Wird zu den Anträgen das Wort gewünscht? – Der Generalsekretär hat als Erster das Wort.

Paul Ziemiak, Generalsekretär der CDU: Meine Damen und Herren! Liebe Freundinnen und Freunde! Tilman Kuban steht schon in den Startlöchern, weil er etwas zu dem Urwahl-Antrag sagen möchte. Ich glaube, wir sollten über diese Frage auch gleich debattieren, weil sie wichtig ist und wir hier eine Entscheidung treffen können.

Jetzt haben wir aber noch einige satzungsändernde Anträge und Anträge, die von hier in die Struktur- und Satzungscommission verwiesen werden sollen. Das sind alles Anträge, die die Struktur unserer Arbeit betreffen, die die Satzung auf Dauer verändern werden und die Frage aufwerfen: Wie sieht Volkspartei in Zukunft eigentlich aus?

Alle Anträge, die am Ende auch die Landesverbände betreffen, die die Kreisverbände betreffen – wenn es um Geld, um Strukturen, um Personal geht –, finde ich, müssen wir mit allen Vereinigungen und allen Landesverbänden besprechen – nicht einfach von oben herab, sondern mit der gesamten föderalen Partei. Deswegen hat sich der Bundesvorstand entschlossen, eine Struktur- und Satzungscommission einzurichten, die paritätisch besetzt ist, die übrigens auch auf Grundlage des Antrags der Frauen Union dezidiert mit dem Ziel, mehr Frauen an politischer Willensbildung und ganz ausdrücklich auch an Mandaten zu beteiligen, daran arbeiten will, auch mit externer Beratung usw. auf Grundlage dieses Antrags zusammen mit allen Anträgen. Deswegen meine Bitte: Stimmen Sie der Überweisung dieser wichtigen Anträge an die Struktur- und Satzungscommission zu, damit wir auf dem nächsten Parteitag entsprechende Ergebnisse haben. Vor allem werden wir dem nächsten Bundesparteitag auch Änderungen des Statuts und der Satzung vor-

schlagen. Stimmen Sie dem zu, damit wir vernünftig weiterarbeiten können und auch keine lange Debatte haben, sondern dann zügig zur Abstimmung über die Frage Urwahl ja oder nein kommen. Ich bitte, diese Anträge der Struktur- und Satzungscommission jetzt so anzunehmen, wie im Votum der Antragskommission vorgeschlagen. – Danke schön.

(Beifall)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Zu B 2 liegt noch die Wortmeldung von Tobias Hans vor. – Tobias winkt und ruft: Es hat sich erledigt. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Dann kann ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen lassen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit beschlossen.

Dann kehren wir zu den C-Anträgen zurück. Da hatte ich eben die Anträge C 65, C 68, C 72, C 76, C 78 und C 80 – auf den Seiten 168 bis 171 und auf der Seite 173 – aufgerufen. Dazu liegen Wortmeldungen vor. Als Ersten bitte ich Tilman Kuban ans Mikrofon hier auf der Bühne.

(Vereinzelt Beifall)

Tilman Kuban: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Wir haben im letzten Jahr bei der Wahl zum Bundesvorsitzenden der CDU Deutschlands ein hervorragendes Verfahren erlebt. Bereits nach zwei Tagen standen unsere Kandidaten fest. Wir haben in acht Regionalkonferenzen erlebt, wie leidenschaftlich die Mitglieder wieder diskutiert haben. Dabei waren auch Leute – viele Leute –, die lange nicht in unseren Reihen gesehen worden waren. Ich habe anschließend, nach diesen Regionalkonferenzen viele Mitglieder erlebt, die mich gefragt haben: Wo ist denn jetzt die Urne, in die ich meinen Zettel werfen kann, weil ich mitentscheiden möchte?

Genau diese Mitglieder wollen wir mitnehmen, weil wir in einer Zeit leben, in der es viel mehr Interaktion gibt, in der es viel mehr Partizipation gibt. Ich erlebe es jeden Tag, ob ich in meine Instagram-Story gucke, wo ich abstimmen kann, ob ich bei Facebook an den Votings teilnehmen oder auf Homepages darüber abstimmen kann, in welche Richtung das Pendel jetzt ausschlägt, wie die politische Meinung aussieht.

Und: Wenn eine Partei nicht mit der Zeit geht, dann geht sie mit der Zeit. Deswegen will ich auch ganz klar sagen: Das ist nicht immer einfach, und ich weiß auch, dass ein solches Verfahren Gefahren birgt. Aber wenn wir eine moderne Partei sein wollen, dann müssen wir neue Mitglieder werben, dann müssen wir unsere Mitglieder motivieren, denn sie alle sind Multiplikatoren für unsere Politik und sorgen für die Verankerung, die wir heute in der Gesellschaft haben. Deswegen: Lasst uns unsere Mitglieder mitnehmen, liebe Freundinnen und Freunde!

(Beifall)

Und ich höre immer: Wenn man jetzt zur SPD guckt, dann sieht man ja, dass ein Urwahl-Verfahren nicht funktioniert.

(Zuruf: Jawoll! – Lebhafter Beifall)

Aber – nun dürft ihr mir alle noch einmal ganz genau zuhören – wer erst sechs Wochen darüber diskutiert, wer jetzt gerade antreten möchte, wer denn vielleicht von den Spitzenpolitikern aus-erwählt und gefragt wird, ob er denn bereitstünde, wer eine Frau gefunden hat oder keine Frau gefunden hat, und anschließend 23 Regionalkonferenzen durchführt, die immer weiter verflachen, wo keiner mehr die Leute wahrnimmt –, hat ein Chaosverfahren.

Wir aber haben im letzten Jahr gezeigt, dass wir ein besseres Verfahren haben, und deswegen müssen wir auch einmal den Mut haben und sagen: Wir können es besser. Wir orientieren uns nicht an den Sozialdemokraten, liebe Freundinnen und Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin auch der festen Überzeugung: Wir haben starke Köpfe, und liebe Annegret, ich bin dir dankbar, dass du gesagt hast: Man muss kein innerparteiliches demokratisches Verfahren scheuen. – Genau dieses faire Verfahren wollen wir auch fürs nächste Jahr, weil es eben nicht um Personen geht, sondern darum, dass wir eine moderne Partei sind, die ihre Mitglieder mitnimmt. Darum haben wir das Verfahren der Urwahl gewählt.

Vielen herzlichen Dank, bitte stimmen Sie gegen die Antragskommission und mit der Jungen Union.

(Vereinzelt Beifall)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Als nächster hat Dietrich Aden aus Nordrhein-Westfalen das Wort. Ich bitte Ilona Koch, sich für die nächste Wortmeldung bereitzuhalten.

Dietrich Aden: Ja, ich komme aus Nordrhein-Westfalen. 2020 werden wir dort Kommunalwahlen haben. Es ist ein ganz normales und übliches Verfahren, dass die Bürgermeisterkandidaten, dass die Landratskandidaten genauso aufgestellt werden wie die Landtagsabgeordneten oder die Bundestagsabgeordneten, indem wir nämlich alle Mitglieder einbinden und fragen: Wer ist denn der oder die Beste?

Und ich sage: Wir haben letztes Jahr ein wirklich gutes Verfahren gewählt, und drei Kandidaten haben sich zur Wahl gestellt.

Der einzige Unterschied ist, dass wir jetzt noch bereit sind zu sagen: Nicht die Delegierten bestimmen, sondern alle Mitglieder. Wenn Herr Söder sagt, wir sollen auf die SPD schauen, weil sie das nicht so gut gemacht hat, dann halte ich entgegen: Meine Damen und Herren, der Maßstab der CDU ist nicht, dass wir darauf schauen, wie die SPD das macht, sondern dass wir das besser können.

Lasst uns selbstbewusst herangehen, lasst uns frohen Mutes und mutig herangehen. Lassen Sie uns die Parteimitglieder mit einbinden. Also stimmen Sie gegen die Antragskommission und für die Urwahl. – Vielen Dank.

(Beifall)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Ich hätte jetzt eigentlich sagen sollen, dass Ilona Koch aus Baden-Württemberg sich am Saalmikrofon 4 bereithalten sollte; das hätte dann besser geklappt. Aber auf jeden Fall ist das die nächste Wortmeldung. Simon Schmitz aus Nordrhein-Westfalen bitte ich, sich schon einmal bei Saalmikro 1 bereitzuhalten. – Aber jetzt hat Frau Koch das Wort.

Ilona Koch: Hallo! Auch ohne Anweisung habe ich mein Mikro gefunden; vielen Dank.

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Sehr gut.

Ilona Koch: Ich bin Kommunalpolitikerin aus Baden-Württemberg, und ich bin mittendrin in der Parteibasis. Deshalb bin ich schlichtweg entsetzt über die Antwort der Antragskommission. Ich möchte keine gemeinsame Abstimmung der einzelnen Anträge.

Wir möchten mehr Mitgliederbeteiligung. Warum wollen wir das? Weil die Mitglieder mithelfen und mitsprechen wollen. Daher kann ich eine Antwort wie nur „abgelehnt“ zu Hause nicht kommunizieren. Ich finde es auch wenig souverän. Was schadet das Gespräch mit den Mitgliedern? Wir haben keine Urwahl gefordert, im Gegenteil: Wir haben gefordert, dass die Mitglieder beteiligt werden, und ich finde, sie haben ein Recht darauf. Wir Mitglieder, auch ich, kämpfen für die CDU, und das muss doch in irgendeiner Form auch honoriert und wertgeschätzt werden. „Abgelehnt“, das ist nicht die richtige Antwort.

(Teilweise Beifall)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Dann hat jetzt Simon Schmitz das Wort, und anschließend bitte ich Sebastian Schulze aus Baden-Württemberg, sich an Saalmikro 4 bereitzuhalten. – Herr Schmitz, bitte.

Simon Schmitz: Hört man mich? – Direkt neben Herrn Laumann.

(Teilweise Beifall und Heiterkeit)

Besser kann man nicht reinkommen; so ist das. – An dieser Stelle ist mein klares Plädoyer dafür, dass man der Antragskommission hier nicht folgt. Ich glaube, wenn man Politik aus der Basis heraus sieht, dann ist das erst einmal etwas Positives und an dieser Stelle auch ein klares Votum dafür, dass man diesen Mitgliedern an der Basis eine starke Stimme gibt. Wir hatten einige Veranstaltungen auch bei uns in Mönchengladbach beispielsweise, bei denen mir Leute sagten: Ich bin auch Basis. Das ist genau der Punkt, der hier zum Ausdruck bringt, was die Junge Union sagt. Ich glaube, eine Junge Union ist immer ein Verband, in dem natürlich vor allem viele, viele

junge Mitglieder sind; ansonsten gäbe es diesen Verband nicht. Wenn ich mir ein Stück weit die Altersstruktur in den Reihen hier angucke, so ist dies auch ein Punkt, der dabei mitträgt, dass man sagt, am Ende doch bitte an dieser Stelle auch die Basis mitzunehmen und dementsprechend der Antragskommission hier nicht zu folgen. So hat jeder eine Stimme.

Ich glaube, das wird uns am Ende als Gesamtpartei gut tun, und deshalb fordere ich Sie auf: Unterstützen Sie bitte hier nicht die Antragskommission, sondern unterstützen Sie die Junge Union. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Dann hat als Nächstes Sebastian Schulze das Wort. Anschließend bitte ich Michael Weickert aus Sachsen, sich am Bühnenmikrofon bereitzuhalten. – Herr Schulze, bitte.

Sebastian Schulze: Schönen guten Tag, liebe Damen und Herren! Liebes Tagungspräsidium! Ich wurde gerade gebeten, noch einmal zu präzisieren, um welchen Antrag es eigentlich geht. Bei uns, beim Kreisverband Esslingen, geht es um den Antrag C 72.

Ganz generell müssen wir zunächst sehen, dass es hier mehrere Anträge gibt, die zusammengefasst wurden, die aber nicht hätten zusammengefasst werden sollen, weil sie de facto ganz andere Dinge behandeln. Das eine ist eine Urwahl, das Nächste ist eine Mitgliederbefragung. Das kann man nicht geeint behandeln, weil es unterschiedliche Dinge sind.

(Teilweise Beifall)

Ganz generell muss man sagen: Wir haben die letzten zwei Tage viel darüber diskutiert, was eine moderne Volkspartei ausmacht. Sie macht eben nicht nur aus, dass man mit einem iPad abstimmt, sondern eine moderne Volkspartei macht auch aus, dass man die Mitgliederbasis mitnimmt und sie beteiligt, so wie es im Zeitalter der Partizipation einfach angemessen ist.

Ich habe viel für die repräsentative Demokratie übrig. Aber wir wählen hier keinen Fraktionsvorsitzenden, sondern einen Kanzlerkandidaten oder eine Kanzlerkandidatin für alle Mitglieder, für die Mitgliederbasis. Von daher sage ich: Wir sollten uns hier nicht vor dem Votum der Mitglieder scheuen und sollten sie zumindest befragen, was denn deren präferierte Lösung ist und ob es Kandidaten gibt, hinter denen sich eine große Basis finden kann. Entscheidungen aus dem Hinterzimmer, die im Elfenbeinturm einsam getroffen werden, sind aus unserer Sicht nicht mehr zeitgemäß.

Von daher sage ich: keine Angst vor den eigenen Mitgliedern! Die Mitglieder zahlen, die Mitglieder machen die Wahlkämpfe, die Mitglieder finanzieren den ganzen Spaß hier. Also beteiligen wir sie auch und sagen ihnen: Eure Stimme zählt etwas. – Danke.

(Teilweise Beifall)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Dann hat jetzt Michael Weickert aus Sachsen das Wort.

Michael Weickert: Verehrtes Tagungspräsidium! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich möchte nur noch wenige Sachen ergänzen, die aus meiner Sicht wichtig sind.

Es geht doch bei der nächsten Bundestagswahl um eine echte Richtungsentscheidung. Es geht darum, ob die Populisten in diesem Land eine Mehrheit haben. Dabei ist es egal, ob die Populisten grün oder dunkelblau sind. Vielmehr geht es darum, ob wir als CDU, als Kraft der Mitte, wie wir uns ja bezeichnen, eine Mehrheit bekommen. Für diese Richtungsentscheidung braucht es mehr als letztlich Reden auf Parteitag; es braucht den Rückhalt der gesamten Basis. Denn was uns von der SPD unterscheidet, ist nicht das Verfahren. Was uns unterscheidet, ist, dass die SPD in den letzten Jahren komplett ihren inhaltlichen Kompass verloren hat.

Das ist etwas, was wir als Union nicht machen dürfen. Wir dürfen nicht zulassen, dass der Mehltau der Macht über unseren Strukturen prangt und wir nicht den Mut haben, auch Entscheidungen zu treffen, die mehr Mitglieder einbeziehen und die dazu führen, dass wir mit großer Geschlossenheit und mit einer Kanzlerkandidatin oder einem Kanzlerkandidaten in das Rennen gehen, wenn es darum geht, wie Deutschlands Zukunft aussieht. Ich glaube, das können wir, das tut uns gut, und ich halte es für diese Volkspartei für wichtig, wenn wir nicht denselben Weg wie die SPD gehen wollen. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Dann bitte ich jetzt den Generalsekretär Paul Ziemiak, für die Antragskommission zu sprechen.

Paul Ziemiak, Antragskommission: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freundinnen und Freunde! Egal, ob jetzt über Mitgliederentscheid und Mitgliederbeteiligung beraten wird: Ja, das hört sich super an. Immer, wenn man sagt, wir wollen doch die Menschen mitnehmen, wir wollen die Mitglieder mitnehmen, dann sagt man: Ja, das ist erst einmal ein gutes Zeichen.

Aber wir haben doch hier auf diesem Parteitag und übrigens auch in den letzten Wochen und Monaten und zuletzt hier in der Rede von Markus Söder gehört: Es kommt nicht nur darauf an, dass wir uns mit uns selbst miteinander beschäftigen, so spannend das ist und so gerne darüber berichtet wird, sondern es kommt darauf an, dass wir einmal über die Inhalte streiten, darüber, wohin wir wollen. Ja, es ist eine Richtungsentscheidung. Aber vor allem müssen wir wissen, wohin wir wollen.

(Beifall)

Nächstes Jahr – gerade ist es aus meinem Landesverband Nordrhein-Westfalen angesprochen worden – finden dort Kommunalwahlen statt. Es geht um Landräte, um Tausende Mandatsträ-

ger der CDU. Übrigens ist die Situation für die Kommunalpolitiker der CDU nicht einfacher geworden, Leute zu finden, die sich bereiterklären, sich aufstellen zu lassen, auch mit neuen Gruppierungen, die so tun, als ob sie keine Parteien wären, sondern Unabhängige, Freie usw. Unser Zeichen an diese Wahlkämpfer, die das ganze nächste Jahr Wahlkampf machen werden, soll Folgendes sein? Übrigens, gute Nachrichten vom Bundesparteitag, den Rückenwind, den ihr bekommen werdet: Wir machen erst einmal zwölf Monate Selbstbeschäftigung, so wie es uns die SPD vorgemacht hat. – Das ist unser Mitbringsel von diesem Parteitag hier in Leipzig.

(Beifall)

Wir haben es gesehen, nicht nur bei der SPD, sondern auch anderswo. Wo steht diese Partei heute, und wohin führt es eine Partei, wenn sie sich so lange mit sich selbst beschäftigt? Wir wissen das alle; aber die Entscheidung, die wir heute treffen, dürfen wir nicht aus der Motivation heraus treffen, dass wir glauben, sie sei für einen bestimmten Favoriten oder eine Favoritin besonders günstig. Vielmehr ist die Frage, über die wir heute entscheiden: Nützt diese Entscheidung unserem Ziel, dass die Menschen in den nächsten Jahrzehnten Vertrauen in die CDU haben werden, in die Art, wie wir uns mit uns selbst und mit Politik beschäftigen, oder nützt das diesem Vertrauen nicht? Wir alle wissen, wenn wir ehrlich sind: Es wird uns in Bezug auf diese Frage nichts nützen, weil die Menschen Antworten auf ihre Fragen und nicht auf unsere Fragen haben wollen.

(Beifall)

Insofern sollten wir alle Anträge gemeinsam behandeln und jetzt abstimmen.

(Beifall)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Es gibt noch eine Wortmeldung von Philipp Amthor, und danach stimmen wir ab.

Philipp Amthor: Liebe Freunde! Die Skepsis gegenüber den Urwahanträgen ist spürbar und greifbar, und ich will sagen, dass ich sie, wie viele in der Jungen Union, an einigen Stellen auch teile. Gleichzeitig müssen wir aber sehen – das ist auch das Zeichen, das wir von unserem Deutschlandtag gesendet haben und das auch von vielen Wortmeldungen ausging, die nicht nur aus der Jungen Union, sondern auch aus den Kreisverbänden kamen –: Es gibt, glaube ich, schon den berechtigten Wunsch danach, einmal intensiv darüber zu diskutieren, wie wir es schaffen können, auch in der Breite noch Strukturen zu schaffen, um mehr Basisbeteiligung zu ermöglichen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir wollen nicht den Weg der SPD, das ist nicht überzeugend. Aber wir haben mit unseren Regionalkonferenzen und anderem gezeigt, wie überzeugend es ist, wenn wir darüber reden, wie

wir Instrumente nutzen können, um die Basis besser einzubeziehen. Da ist nicht nur der Antrag der Jungen Union, da sind auch etliche Anträge von Kreisverbänden, von der Parteibasis in unserem Land, aus Mecklenburg-Vorpommern und anderen Regionen. Da will ich sagen: Es ist nicht überzeugend, wenn wir, wie es schon einige Redner gesagt haben, diese nur aus Angst vor der medialen Debatte jetzt alle pauschal ablehnen. Vielmehr sollten wir das vom Generalsekretär, wie ich finde, überzeugend eingeführte Instrument der Struktur- und Satzungskommission nutzen, um genau diese Themen noch einmal zu verhandeln; denn diese Kommission wird sowieso intensivst in die Diskussion gehen und viele Fragen aufgreifen. Da gibt es noch ganz andere Themen jenseits von Frauenquote und Co., die dort diskutiert werden sollen. Nach dem Appell der Parteibasis, nach den Wortmeldungen hier und nach dem, was uns die Junge Union mitgegeben hat, finde ich, dass wir bei aller Skepsis über verschiedene Urabstimmungsanträge, die ich verstehen kann, doch zumindest den Mut haben sollten, auch das Signal an die Parteibasis zu senden, dass wir die Struktur- und Satzungskommission nutzen, um diese Themen zu diskutieren.

Insoweit möchte ich mit Einverständnis der Jungen Union dafür werben, diese Anträge zumindest mit dem Willen der Antragskommission an die Struktur- und Satzungskommission zu überweisen; denn es sollte darum gehen, dass wir den Mut haben, das Signal zu senden, dass wir die Parteibasis an dieser Stelle ernst nehmen. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Letzte Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt – danach stimmen wir ab – von Herrn Kortkamp.

Finn Erik Kortkamp: Vielen Dank. – Ich wollte nur einmal kurz berichten, dass der Vorsitzende unseres Kreisverbandes Diepholz im letzten Jahr dankenswerterweise den Mut bewiesen hat, voranzugehen. Es gab eine Mitgliederversammlung zum Thema Parteivorsitz. Die Mitglieder waren begeistert und fühlten sich mitgenommen; der NDR hatte darüber berichtet. Ich finde, man hat gemerkt, dass die Menschen mitgenommen werden wollen. Ich habe da Leute gesehen, die ich auf einer Parteiveranstaltung ansonsten noch nie gesehen habe. Auch die, die mit dem Ergebnis nicht zufrieden waren, weil sie anders abgestimmt haben, haben am Ende gesagt: Okay, ich bin damit einverstanden; denn wir konnten alle abstimmen, und es war ein faires Verfahren. – Ich glaube, das wäre bei einer Direktwahl des Kanzlerkandidaten auch so. – Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung.

(Tilman Kuban: Nur eine Frage!)

Zur Geschäftsordnung Tilman Kuban.

Tilman Kuban: Nur eine Frage, ob über den Vorschlag von Philipp Amthor, das Ganze an die Struktur- und Satzungskommission zu überweisen, abgestimmt wird oder nicht.

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Nein, wir wollen heute eine Sachentscheidung treffen;

(Tilman Kuban: Da hätten wir heute eigentlich auch mehr Entscheidungen treffen können!)

deswegen haben wir hierüber auch extra eine breite Aussprache durchgeführt.

(Beifall)

Tilman Kuban: Dann beantrage ich für beide Anträge mit Einvernehmen des Kreisverbands Esslingen die geheime Abstimmung.

(Teilweise Beifall – teilweise Widerspruch)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Machen wir. – Wir sind uns aber hoffentlich auch alle einig darin, dass wir über alle Anträge gemeinsam abstimmen, das heißt über das Votum der Antragskommission zu allen Anträgen, weil es ja eine klare Richtungsentscheidung ist, die man trifft. – Höre ich da Widerspruch? – Das ist nicht der Fall.

Dann führen wir jetzt eine geheime Abstimmung durch. Alle haben ihre iPads hoffentlich griffbereit. Weil wir eine geheime Abstimmung durchführen, bitte ich darum, die Pappen entsprechend zu verwenden.

Wir stimmen über das Votum der Antragskommission ab. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung der Anträge. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmen möchte, muss „Zustimmung“ wählen und ansonsten „Ja“ oder „Nein“.

Ich schaue in die Runde: Haben alle schon ihr Votum abgegeben? Sonst bitte ich um ein lautes Aufschreien, wo das noch nicht der Fall ist. – Ich habe hier nichts gehört. Dann ist der Abstimmungsvorgang beendet. Ich kann das Ergebnis –

(Zuruf)

– Okay, gut. Dann müssen wir noch einen Augenblick warten, weil einige ihr Votum noch nicht abgegeben haben.

(Zuruf)

– Kann ich einmal aufgeklärt werden: Müssen wir die Abstimmung wiederholen?

(Zurufe)

– Dann verlese ich jetzt einmal, welches Votum wir haben. Dieses Votum ist so eindeutig, dass es, glaube ich, müßig ist, noch einmal darüber abzustimmen. Wir haben 635 abgegebene Stimmen. Es gab 8 Enthaltungen. Gültige Stimmen: 627. Mit Ja haben gestimmt 493 –

(Beifall)

das sind 79 Prozent Zustimmung –, mit Nein 134; das sind 21 Prozent. Das Votum ist, glaube ich, deutlich.

Ich rufe jetzt die Anträge C 66 und C 67 sowie C 69 bis C 71 auf den Seiten 168 bis 170 auf. Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor. Daher lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer der Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit ist das beschlossen.

Damit kommen wir zu den Anträgen C 73 bis C 75 und C 77 auf den Seiten 171 bis 172. Auch hierzu liegen keine Wortmeldungen vor. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit ist das beschlossen.

Wir kommen jetzt zu dem Antrag C 79 auf den Seiten 172 bis 173. Hierzu liegt eine Wortmeldung von Christian Natterer aus dem Landesverband Baden-Württemberg vor.

Christian Natterer: Liebes Tagungspräsidium! Liebe Delegierte! Ich glaube, wir alle waren uns im letzten Jahr darüber einig, dass das Verfahren des Jahres 2018 zur Findung einer neuen Parteivorsitzenden das Richtige war. Deswegen bitte ich Sie, dem Antrag C 79, der genau das fordert, zuzustimmen.

Wir haben jetzt die Urwahl abgelehnt – okay. Wir haben die Mitgliederbefragung abgelehnt – okay. Wenn wir aber heute in einem Jahr eine Kanzlerkandidatin oder einen Kanzlerkandidaten küren wollen, dann ist doch klar, dass wir das Verfahren heute und nicht erst in einem Jahr per Parteitagsbeschluss beschließen müssen.

Das Verfahren des Jahres 2018 mit Regionalkonferenzen und Parteitagsbeschluss hat unserer Partei sehr gutgetan. Jeder Kandidat vor Ort, liebe Freunde, wird von Mitgliedern oder Delegierten aufgestellt. Ich glaube, das Mindeste, was wir unserer Partei und unseren Mitgliedern zugestehen müssen, ist, dass auch die Kanzlerkandidatin oder der Kanzlerkandidat von den Delegierten des Bundesparteitags nominiert wird. Deswegen bitte ich Sie um Zustimmung zu dem Antrag C 79, der genau das Verfahren von 2018 fordert. – Vielen Dank.

(Beifall)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Das Votum der Antragskommission ist bekannt. Ich bitte um das Kartenzeichen, wer dem Votum der Antragskommission zustimmen möchte. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Erste war die sehr deutliche Mehrheit.

(Vereinzelt Beifall)

Wir kommen jetzt zu den weiteren Sachanträgen zurück. Da haben wir den Bereich Verkehr und Infrastruktur, Bauen und Wohnen als nächsten Punkt. Dazu gehören die Anträge C 212 bis C

240 sowie der Initiativantrag I 15. Sie finden sie auf den Seiten 270 bis 290 der Antragsbroschüre sowie auf der Seite 16 der Sammlung der Initiativanträge auf Ihrem Tablet.

Ich bitte als Sprecher der Antragskommission Mechthild Heil und Carsten Müller auf die Bühne.

Ich rufe die Anträge C 212 und C 213 sowie C 235 und C 236 auf den Seiten 270 bis 275 sowie auf den Seiten 286 und 287 auf. Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor. Dann können wir über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit ist das beschlossen.

Ich rufe die Anträge C 214 und C 228 auf der Seite 275 sowie den Seiten 281 bis 283 auf. Dazu gibt es zwei Wortmeldungen. Ich bitte als Ersten Jan-Marco Luczak aus Berlin auf die Bühne. Als Nächster kann sich schon Ernst Brenning, auch aus dem Landesverband Berlin, bereit machen. – Ist Herr Luczak schon unterwegs nach vorne? – Ich sehe niemanden, der kommt. Dann rufen wir Ernst Brenning aus dem Landesverband Berlin auf.

Ernst Brenning: Verehrtes Tagungspräsidium! Meine Damen und Herren! Herr Luczak hätte das natürlich viel besser gemacht; er redet dann nach mir.

Ich möchte zu dem Thema Mietendeckel sprechen. Sie haben diesen Begriff vielleicht schon einmal gehört. Schon der Name ist falsch. Es handelt sich nämlich nicht um eine Deckelung, die vernünftig wäre, sondern es handelt sich um eine Mietensenkung.

Wir haben im Bundestag eine verschärfte Mietenbremse beschlossen. Das ist etwas Vernünftiges; denn es kann nicht angehen, dass einerseits die Zinsen, wie wir alle wissen, stark sinken, was für Hauseigentümer vorteilhaft ist, und dass andererseits die Mieten steigen, gerade in Berlin sehr kräftig steigen. Aber es kann natürlich nicht sein, dass man von Staats wegen eingreift, um zu einer Senkung zu kommen.

Was braucht man tatsächlich, wenn man Wohnungsnot beseitigen will? Wir müssen ja daran etwas tun. Man braucht mehr Wohnungen. Das heißt, es muss gebaut werden. Aber durch den sogenannten Mietendeckel wird keine einzige neue Wohnung geschaffen.

(Vereinzelt Beifall)

Vielmehr gehen die Aufträge für die Handwerker zurück. Es werden Arbeitsplätze gefährdet. Gerade diejenigen, die bisher niedrige Mieten verlangt haben, wie die Wohnungsbaugenossenschaften, sind diejenigen, die nun nicht mehr bauen können und auch schon absagen.

Es gibt eine andere Großstadt, die dort vorbildlich agiert. Leider wird Hamburg seit einigen Jahren nicht mehr von uns regiert. Trotzdem kamen dort, um einmal zwei Ziffern zu nennen, auf 10 000 Einwohner im letzten Jahr 58 Wohnungen, in Berlin 46 Wohnungen; in Hamburg mit stark steigender und – wie sollte es anders sein – in Berlin mit dramatisch fallender Tendenz.

Es sollen 250 neue Beamte eingestellt werden – in Klammern: die es gar nicht gibt –, die den Mietspiegel und die Einhaltung dieser neuen Vorschriften überwachen sollen. Das ist nichts anderes als die Verwaltung des Mangels, die überhaupt nichts bringt. Gerade in Berlin und Umgebung wissen wir ja, was passiert, wenn man mit Häusern und Mieten nicht vernünftig umgeht.

Auch im alten Westberlin gab es eine Mietpreisbremse, die im Ergebnis dazu führte, dass ältere Menschen in sehr großen Wohnungen wohnten und einfach nicht in kleinere umziehen konnten, weil es keine gab oder weil sie viel teurer waren, da sie neuer gebaut waren. Dieser Irrsinn soll jetzt wiederaufgenommen werden. Er wird sogar als Beispiel für die Bundesrepublik verkauft.

Meine Damen und Herren, das ist Planwirtschaft vom Schlimmsten. Dem müssen wir alle uns entgegenstellen. Ich bitte Sie um Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Wir kommen jetzt zu der davor liegenden Wortmeldung zurück. Herr Luczak hat sich eingefunden und kommt auf die Bühne.

Dr. Jan-Marco Luczak: Liebe Freundinnen und Freunde! Auch ich möchte gerne dafür werben, dass wir dem Votum der Antragskommission folgen und hier eine klare Kante gegen den Mietendeckel zeigen. Man muss ganz klar sagen: Der Mietendeckel führt den Wohnungsmarkt geradewegs in die Planwirtschaft. Die Mieten werden eingefroren. Aber nicht nur das, sondern es werden staatlich festgesetzte Obergrenzen für Mieten eingeführt. Mieten werden staatlich überwacht und Vermieter kriminalisiert. Das, meine Damen und Herren, meine lieben Freunde, geht nicht! Dagegen müssen wir ein klares Signal setzen!

(Beifall)

Natürlich ist klar: Wir wollen, brauchen und haben auch soziale Leitplanken im Mietrecht. Wir wollen nicht, dass Mieter aus ihren angestammten Wohnungen verdrängt werden. Wir wollen genauso wenig, dass wir die Menschen gegeneinander ausspielen, dass wir erfahrene Mieter gegen Mieter ausspielen und dass wir die Gesellschaft spalten. Aber das ist genau das, was der Mietendeckel macht. Deswegen wollen wir das nicht. Deswegen müssen wir den Mietendeckel verhindern.

(Vereinzelt Beifall)

Der Mietendeckel hilft den Menschen ja auch gar nicht, sondern ganz im Gegenteil: Er schadet ihnen. Er verhindert vor allen Dingen das, was wir am dringendsten benötigen, nämlich den Neubau von bezahlbaren Wohnungen. Deswegen verschärft er am Ende sogar das Problem steigender Mieten. Das, was wir brauchen, ist mehr Neubau, schnellerer Neubau und vor allen Dingen auch kostengünstiger Neubau. Aber genau das wird mit diesem Mietendeckel am Ende torpediert.

Es kommt aber noch schlimmer: Der Mietendeckel ist auch sozial ungerecht; denn gerade diejenigen Mieter, die in hochpreisigen, sanierten Altbauwohnungen wohnen, haben am Ende die Möglichkeit, ihre Mieten zu senken.

Das ist, glaube ich, genau das Gegenteil dessen, was wir uns wünschen. Dann profitieren davon Mieter, die sich hohe Mieten ohne Weiteres leisten können.

Es kommt noch ein weiteres dazu. Die sozialen Vermieter, etwa die Genossenschaften, werden durch den Mietendeckel in wirtschaftliche Existenznot gebracht, ebenso die vielen privaten Kleinvermieter, die ein oder zwei Wohnungen als Altersvorsorge haben.

All das sind unterm Strich politische Fragen. Aber letztendlich steht diesem Mietendeckel die Verfassungswidrigkeit klar auf die Stirn geschrieben; ich möchte jetzt keine Ausführungen zur staatlichen Kompetenzordnung machen. All die mieterschützenden Regelungen, die wir als Bundesgesetzgeber in den letzten Jahren auf den Weg gebracht haben, beispielsweise die Mietpreisbremse, den Mietspiegel, die Kappung von Modernisierungskosten, werden in Berlin zukünftig nicht mehr gelten, wenn es zu diesem Mietendeckel kommt, und das, meine Damen und Herren, fällt letztendlich den Mieterinnen und Mietern auf die Füße, weil sie eventuell mit hohen Nachzahlungen und sogar Kündigungen konfrontiert werden.

Wir sind gegen den Mietendeckel. Denn dieser Mietendeckel ist eine populistische Scheinlösung. Wir müssen ihn vor dem Bundesverfassungsgericht stoppen und daher eine abstrakte Normenkontrolle auf den Weg bringen. Die CDU ist immer die Partei des Rechtsstaats gewesen, die Partei der Verfassung gewesen, die Partei, die sich für wirtschaftliche Vernunft und sozialen Ausgleich eingesetzt hat. Genau das Gegenteil bewirkt aber der Mietendeckel, und deswegen müssen wir ihn stoppen.

Ich bitte um Ihre Unterstützung des Votums der Antragskommission. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank für die Ausführungen. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir stimmen über das Votum der Antragskommission ab. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei wenigen Enthaltungen so beschlossen.

Wir kommen zu den Anträgen C 215 bis C 218 und C 239 auf den Seiten 275 bis 277 sowie auf der Seite 288. Hierzu liegen uns keine Wortmeldungen vor. Wir können über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit beschlossen.

Ich rufe auf die Anträge C 219 bis C 223 und C 238 auf den Seiten 277 bis 279 sowie auf der Seite 287 auf. Hierzu liegt uns eine Wortmeldung von Herrn Westermayer vor.

Waldemar Westermayer: Ich spreche zum Antrag C 238, „Mietrecht“. Das aktuelle Mietrecht führt zu leerstehendem Wohnraum. In der Bundesrepublik Deutschland stehen 1,5 Millionen Wohnungen leer. Im Kreis Ravensburg sind es über 2 000 Wohnungen, die nicht mehr vermietet werden. Ein Grund dafür, dass sie nicht vermietet werden, sind die wenigen Möglichkeiten der Eigentümer, zeitnah über ihr Eigentum bei Missbrauch durch den Mieter zu verfügen. Da sind viele nicht mehr bereit, zu vermieten. Die CDU ist auch die Partei des Eigentums. Wir können dadurch den Druck auf den Mietmarkt abmildern.

Wir wollen mit diesem Antrag die Rechte von privaten Vermietern stärken. Auch die privaten Vermieter haben ein Recht auf Achtung ihres Eigentums. Deshalb bitte ich Sie, dem Antrag C 238 des Kreisverbands Ravensburg zuzustimmen. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Damit können wir über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen so beschlossen.

Wir kommen zu den Anträgen C 224 bis C 227 auf den Seiten 279 bis 281. Hierzu liegen uns keine Wortmeldungen vor. Ich lasse über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit beschlossen.

Ich rufe die Anträge C 229 bis C 234 auf den Seiten 283 bis 286 auf. Hierzu liegt uns eine Wortmeldung von Christian Natterer aus dem Landesverband Baden-Württemberg vor.

Christian Natterer: Liebe Delegierte! Ich spreche zum Antrag C 231; es geht um die Einführung einer Autobahnvignette. Ich weiß, angesichts des Scheiterns der Maut und eines großen Investitionshochlaufs ist dieses Thema momentan nicht sehr populär. Aktuell haben wir auch dank unserer CSU-Verkehrsminister sehr viel Geld für den Bundesfernstraßenbau. Trotzdem – da müssen wir ehrlich sein – ziehen dunkle Konjunkturwolken am Himmel auf, und auf diese dunklen Konjunkturwolken müssen wir vorbereitet sein.

Wir haben einen Bundesverkehrswegeplan mit einem Volumen von 100 bis 150 Milliarden Euro bis zum Jahr 2030, der durchfinanziert sein will, und wir wissen genau, was passiert, wenn die Steuereinnahmen einbrechen. Das wirkt sich zwangsläufig auf die Investitionen aus dem Verkehrshaushalt aus. Ich denke, wir alle wollen nicht in die 90er-Jahre zurück, als Planfeststellungsbeschlüsse zu verfallen drohten, weil kein Geld zur Verfügung stand.

Wir haben nach dem Scheitern der Maut erlebt, dass Umweltverbände auf die tollsten Ideen kommen, dass man künftig jeden Kilometer Straße bemauten soll, dass man alle Straßen bemauten soll. Ich glaube, solchen wahnsinnigen Vorschlägen müssen wir als CDU eine einfache, pragmatische Lösung entgegensetzen. Da ist die Autobahnvignette nach dem Vorbild von Österreich – dort zahlt man einmal im Jahr und kann so viel fahren, wie man möchte – die richtige Alternative. Insofern können Sie den Antrag auch als einen Beitrag zu der Debatte verstehen, wie wir unser Bundesfernstraßennetz künftig finanzieren.

Über eine Zustimmung würde ich mich freuen. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Nun hat Carsten Müller für die Antragskommission das Wort.

Carsten Müller, Antragskommission: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Antragskommission hat es sich mit diesem Antrag nicht leichtgemacht; denn an sich ist es eine verlockende Idee. Im Ergebnis haben wir allerdings zum Votum „Ablehnung“ tendiert, und zwar aus drei Gründen.

Einen Grund hat der Vertreter des Antragstellers eben selbst genannt. Wir sind der Überzeugung, dass im Moment nicht der günstigste Zeitpunkt ist, das Thema Maut, auch in dieser Ausgestaltung Vignette, zu diskutieren.

Zwei weitere Erwägungen sind hinzugekommen. Zum einen haben wir im Rahmen des Klimapaketes eine Anhebung der Pendlerpauschale durchgesetzt, und das ist uns wichtig, um das Ganze sozial vertretbar zu gestalten. Wir halte es für keine kluge Zusammenführung, auf der einen Seite diesen wichtigen Aspekt gerade auch für ländliche Räume zu berücksichtigen und die Pendlerpauschale anzuheben und auf der anderen Seite über eine Vignettendiskussion die Frage „Wie kommen wir an mehr Geld?“ zu platzieren.

Zum anderen spielt für uns auch die CO₂-Diskussion eine gewisse Rolle, die wir im Zusammenhang mit einem Klimapaket führen. Eine Vignettenlösung, wie sie hier durch den Antrag intendiert wäre, hätte keine CO₂-Anbindung. Deswegen empfehlen wir Ihnen im Ergebnis die Ablehnung dieses Antrags.

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Dann können wir zur Abstimmung kommen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Erste war die breite Mehrheit.

Wir kommen zu den Anträgen C 237 und C 240 auf den Seiten 287 bis 290. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Ich lasse über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit beschlossen.

Ich rufe den Initiativantrag I 15 auf. Sie finden diesen auf den Seiten 16 und 17 der Sammlung der Initiativanträge und Empfehlungen der Antragskommission auf Ihrem Tablet. Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit beschlossen.

Damit haben wir die Beratung über die C-Anträge zum Thema „Verkehr, Infrastruktur, Bauen und Wohnen“ abgeschlossen. Vielen Dank an Mechthild Heil und Karsten Müller.

Ich gebe an Frau Widmann-Mauz weiter.

Annette Widmann-Mauz, Tagungspräsidium: Wir kommen jetzt zum TAGESORDNUNGSPUNKT 13:

Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands
und Vorlage des Rechenschaftsberichtes 2017
nach den Vorgaben des Parteiengesetzes

Lieber Philipp Murmann, wir freuen uns auf Deinen Bericht, Du hast das Wort.

Dr. Philipp Murmann, Bundesschatzmeister: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe die Aufgabe, in Kürze und, sofern das bei dem Thema möglich ist, hoffentlich auch mit Würze über die Finanzen und den Rechenschaftsbericht zu berichten. Ich möchte dazu drei Anmerkungen machen, damit es kurz bleibt.

Erstens. Vor Ihnen liegt der Rechenschaftsbericht 2017, diesmal auf dem iPad. Unter dem Stichwort „Berichte“ finden Sie dazu alle Angaben. Er wurde von der Verwaltung des Deutschen Bundestages überprüft und bereits veröffentlicht. Zur Erinnerung: Im Jahr 2016 hatten wir mit einem deutlichen Überschuss in Höhe von 15,6 Millionen Euro abgeschlossen und sind damit in das Wahljahr 2017 gestartet. Damals standen eine Bundestagswahl und vier Landtagswahlen an. Sie erinnern sich: Saarland, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Sie wissen, dass Wahlkämpfe kostenintensiv sind und entsprechende Spuren in den Bilanzen aller Parteigliederungen hinterlassen.

Das sieht man natürlich auch im Rechenschaftsbericht für 2017, den wir jetzt besprechen. Wir haben das Jahr 2017 mit einem Defizit in Höhe von 7,2 Millionen Euro abgeschlossen. Das ist natürlich für jeden Schatzmeister schmerzlich, lässt sich aber wie folgt erklären: Wir haben allein die Ausgaben für die Wahlkämpfe in diesem Jahr um 36 Millionen Euro erhöhen müssen, das war auch sinnvoll, wie wir festgestellt haben. Insofern haben wir 164 Millionen Euro ausgegeben, aber nur 157 Millionen Euro eingenommen. Bei den Einnahmen will ich besonders betonen, dass wir etwa 13 Millionen Euro mehr Spenden eingenommen haben als in anderen Jahren. Das zeigt natürlich auch die Begeisterung und die Unterstützung für die Wahlkämpfe. Das Wichtigste ist, dass wir

drei von vier Landtagswahlen gewonnen haben, und zwar großartig, im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen. Das ist nicht nur gut für unsere Partei, sondern das ist auch gut für unsere Finanzen; denn es gibt eine einfache Regel: Gute Politik und erfolgreiche Wahlen sind das beste Konzept für solide Finanzen. Insofern sollten wir daran festhalten, und ich denke, auf dem heutigen Parteitag haben wir alles Wichtige dafür getan.

Inzwischen gibt es auch den Rechenschaftsbericht 2018, den wir im letzten Bundesvorstand verabschiedet haben und der nun versehen mit einem uneingeschränkten Testat unserer Wirtschaftsprüfer fristgerecht beim Bundestagspräsidenten eingereicht wurde. Weitere Details werden Sie gleich noch vom Rechnungsprüfer hören, deswegen erspare ich sie uns.

Mit Blick auf das Jahr 2019 möchte ich sagen, dass wir sparsam gewirtschaftet haben. Dafür geht ein ganz besonderer Dank an das Konrad-Adenauer-Haus, an Stefan Hennewig und sein Team, aber auch an unsere Parteivorsitzende und an Paul Ziemiak, die sich beide persönlich wirklich engagieren, um die Finanzen in Ordnung zu halten. Ihnen gehört der Dank, dass wir das so ordentlich hinbekommen haben. Wenn Sie nicht zu müde sind, wäre ein kleiner Applaus gerechtfertigt.

(Beifall)

Meine zweite Bemerkung zielt darauf ab, dass wir in der Zukunft vor einigen Herausforderungen stehen werden. Sie wissen vielleicht, dass von mehreren Abgeordneten der Antrag auf Normenkontrolle beim Bundesverfassungsgericht gegen die Erhöhung der absoluten Obergrenze der staatlichen Teilfinanzierung eingereicht wurde. Die Entscheidung darüber steht natürlich noch aus, aber die Konsequenzen könnten schon spürbar sein. Um auch für den schlimmsten Fall, nämlich eine Rückzahlungsforderung, vorbereitet zu sein, haben wir in unserer mittelfristigen Finanzplanung eine entsprechende Rücklage gebildet. Damit können wir erst einmal abwarten.

Zum anderen müssen wir natürlich feststellen, dass aufgrund der Wahlergebnisse in den letzten Wahlen die Finanzen leiden. Wir haben in 2020 einen Überschuss eingeplant, aber der Überschuss liegt schon 4,5 Millionen Euro unter dem, was wir ursprünglich einmal in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen hatten. Das liegt insbesondere daran, dass uns in Zukunft 3 Millionen Euro an staatlichen Mitteln aufgrund der Wahlergebnisse fehlen werden und dass wir mehr in die IT-Infrastruktur und in die Kommunikation – wir haben gestern gelernt, wie wichtig das ist – investieren müssen. Insofern hat der Haushaltsausschuss dem zugestimmt. Jetzt gilt es, das entsprechend umzusetzen.

Ich möchte auch die Gelegenheit nutzen, den anderen Ehrenamtlichen zu danken, nämlich unserem Revisionsbeauftragten und den Rechnungsprüfern. Herrn Jacoby werden Sie ja gleich noch hören. Diese Ehrenämter werden mit viel Engagement ausgeübt. Das ist einen Dank wert.

(Vereinzelt Beifall)

Alle Verantwortlichen sind sich einig, dass wir unseren soliden Finanzkurs fortsetzen müssen, um für alles gewappnet zu sein, was in Zukunft auf uns zukommt, und um einen erfolgreichen Wahlkampf in zwei Jahren führen zu können.

Meine dritte Anmerkung. Wir nehmen mit einer gewissen Besorgnis wahr, dass die Zuwendungen von natürlichen Personen, auch Spenden genannt, in der letzten Zeit leicht zurückgehen. Das betrifft insbesondere ein Jahr nach einem Wahljahr, das ist ganz klar. Wir haben etwa 6 Millionen Euro an Zuwendungen in 2018 weniger eingenommen als in 2017. Das betrifft insbesondere die Spenden, die abzugsfähig sind, nämlich die Spenden bis 3.300 Euro pro Person oder 6.600 Euro pro Ehepaar. Sie kennen das alles. Dieser Rückgang ist vor allem darauf zurückzuführen, dass es kein Wahljahr war. Ich möchte aber alle bitten, auch in Nichtwahljahren dabei-zubleiben und die Bürger anzusprechen und um Spenden zu bitten. Wenn Sie dazu Fragen haben oder Unterstützung brauchen, steht die Schatzmeisterei jederzeit bereit, Ihnen dabei zu helfen. Dazu haben wir unterschiedliche Formate, zum Beispiel den Fund-Raising-Tag, der sich zunehmender Beliebtheit erfreut. Auch hier gebe ich die Anregung, sich vielleicht zu engagieren. Das hilft uns allen, das hilft Ihren Kreisverbänden und den Landesverbänden und natürlich auch der CDU als Ganzes. Mein Appell geht natürlich auch an die verantwortlichen Unternehmen, die wir immer wieder ansprechen müssen, sich für unseren Standort zu engagieren. Jede Spende – das ist mein Credo – an die CDU ist eine Spende für die Demokratie und alle Ehrenamtlichen, die sich bei uns einsetzen, und vom Grundgesetz so vorgesehen.

(Vereinzelt Beifall)

Abschließend mein Dank an alle ehrenamtlichen Schatzmeisterinnen und Schatzmeister. Auch sie leisten einen großen Dienst für unsere Partei und damit auch für unsere Demokratie. Deswegen danken wir ihnen für diesen Einsatz. Häufig sprechen sie unter großem persönlichem Einsatz immer wieder Spender und Unterstützer an, auch wenn sie gerade das Gefühl haben, dass es politisch nicht ganz so toll läuft. Das ist wichtig, und es zeigt, dass es gut ist, wenn man dranbleibt.

Zuletzt geht mein Dank an alle, die uns unterstützen, die uns spenden und damit unsere Arbeit erst ermöglichen. Viele von ihnen stehen seit Jahrzehnten an unserer Seite. Sie alle sorgen dafür, dass die CDU auch in dieser Hinsicht die mit Abstand stärkste Partei in Deutschland ist. Meine Bitte: Bleiben Sie an unserer Seite, damit die CDU in Zukunft so bleibt, wir Wahlen gewinnen können und wir auch solche Parteitage wie diesen uns weiter leisten können und natürlich auch leisten wollen. Ich bedanke mich recht herzlich und freue mich auf das nächste Jahr und den nächsten Rechenschaftsbericht. – Vielen Dank.

(Beifall)

Annette Widmann-Mauz, Tagungspräsidentin: Vielen herzlichen Dank, lieber Philipp Murmann, für den Bericht und die Vorlage des Rechenschaftsberichts 2017. Herzlichen Dank auch für die Arbeit, die der Bundesschatzmeister und die Bundesschatzmeisterei im letzten Jahr geleistet haben. Ich darf fragen, ob es zu dem Bericht oder zur Vorlage des Rechenschaftsberichts Wortmeldungen gibt? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich darf Sie jetzt um Ihr Kartenzeichen bitten, wenn Sie dem Bericht des Bundesschatzmeisters und der Vorlage des Rechenschaftsberichtes für das Jahr 2017 zustimmen möchten. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? Damit sind die Berichte angenommen.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 14 auf:

Bericht der Rechnungsprüfer

Ich bitte um den Bericht und gebe das Wort an unseren Freund Peter Jacoby.

Peter Jacoby: Frau Tagungspräsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Mit Blick auf die Uhr möchte ich den Bericht der Rechnungsprüfer sehr kurz und knapp halten. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir Rechnungsprüfer – das ist die Kollegin Störr-Ritter aus Baden-Württemberg, die Kollegin Yzer aus Berlin und ich selbst – uns auch im laufenden Jahr regelmäßig mit den Verantwortlichen der Bundesgeschäftsstelle getroffen haben. Wir haben zusammen mit dem Bundesgeschäftsführer, dem Bundesschatzmeister und dem Finanzbeauftragten Einnahmen und Ausgaben überprüft. Wir haben uns mit der Liquidität befasst. Wir haben uns mit der Erstellung des Rechenschaftsberichtes befasst unter Vorlage entsprechender Unterlagen, so wie es der Bundesschatzmeister soeben im Zusammenhang vorgestellt hat.

Im Mittelpunkt standen naturgemäß die Rechenschaftsberichte 2017 und 2018. Bezugspunkt war das laufende Rechnungsjahr und die mittelfristige Finanzplanung bis zum Jahr 2022. Sowohl die Einnahmeseite als auch die Ausgabeseite sind vom Bundesschatzmeister betrachtet worden. Er hat darauf hingewiesen, welche Unwägbarkeiten, gerade auch rechtliche Unwägbarkeiten – Stichwort: Bundesverfassungsgericht – zu berücksichtigen sind. Ich kann darauf verweisen, dass im Zuge der wirtschaftlichen und finanzbezogenen Planungen, der Sorgfaltspflicht entsprechend dieser Unwägbarkeiten nachgekommen wurde. Wir als Rechnungsprüfer stellen abschließend fest, dass die Rechenschaftsberichte alle korrekt erstellt worden sind, dass die Finanzverwaltung der Bundespartei in jeder Hinsicht sach- und ordnungsgemäß gehandelt hat und dass die Rechnungsprüfung insgesamt zu keinerlei Beanstandungen Anlass bietet. Soweit mein kurzer Bericht im Namen der Rechnungsprüfer der Bundespartei. – Vielen Dank.

(Beifall)

Annette Widmann-Mauz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peter Jacoby, und mit ihm danken wir allen Rechnungsprüfern für ihre wertvolle Arbeit. – Wir kehren wieder zur Antragsberatung zurück. Ich übergebe an Antje Tillmann.

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Danke schön. – Zunächst einmal herzlichen Dank all jenen, die hier noch tapfer sitzen. Ich bin gebeten worden, aufzuzeigen, was wir noch vor uns haben. Das sind noch Anträge zum Thema „Außenpolitik, Europa, Verteidigung und Entwicklung“; Anträge zum Thema „Familien, Senioren, Jugend und Ehrenamt“, Anträge zu „Bildung, Forschung, Innovation“, Anträge zu „Gesundheit und Pflege“ und Anträge zu „Innenpolitik, Justiz und Verbraucherschutz“. – Also, wir haben noch ein bisschen was vor uns. Ich warne einmal halbernst vor, dass alle, die jetzt reden, dann bei der Schlussymne bitte auch noch da sind.

Wir fangen an mit „Außenpolitik, Europa, Verteidigung und Entwicklung“. Dazu kommen bitte Dr. Katja Leikert und Dr. Johann Wadepuhl von der Antragskommission auf die Bühne. Zu diesem Themenkomplex gehören die Anträge C 29 bis C 48 sowie der Initiativantrag I 5. Diese Anträge finden Sie in Ihren Tagungsunterlagen auf den Seiten 129 bis 156 sowie auf Seite acht der Sammlung der Initiativanträge. Zum Antrag C 29 gibt es eine Wortmeldung von Christian Hirte.

Christian Hirte: Wertes Tagungspräsidium! Liebe Delegierte! Ich spreche zum Thema „Verantwortung für Menschenrechte und Umwelt in Lieferketten“. Dem Grunde nach ist das Anliegen ja berechtigt. Ich glaube, uns allen ist daran gelegen, dass Menschenrechte und Umweltstandards weltweit eingehalten werden; aber eine Wertschöpfungskette bis zum letzten Glied, bis zu einem kleinen Betrieb in Bangladesch, einem Hafen in China zu verfolgen, ist auch und gerade für kleine und mittelständische Unternehmen kaum möglich. Deswegen will ich ausdrücklich dafür werben, dem Votum der Antragskommission nicht zu folgen und es abzulehnen. Wir haben ja glücklicherweise von Helge Braun, dem Kanzleramtsminister, einen entsprechenden Vorstoß abgewehrt, der von einem der Ressorts auf Bundesebene schon einmal unternommen wurde. Jetzt werden manche entgegenhalten und sagen: Es gibt den Passus in dem Antrag, dass kleine und mittelständische Unternehmen mit ihren Interessen besonders berücksichtigt werden sollen. Wir haben an dem Entwurf, der von einem Ressort vorgelegt wurde, gesehen, dass es nicht funktioniert.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich werbe dafür, dass wir darauf achten, dass wir die deutsche Wirtschaft nicht schwächen. Wir befinden uns im internationalen Wettbewerb, und unsere deutschen Unternehmen achten schon heute stärker als andere darauf, dass ihre Lieferketten so gut es geht transparent sind. Meine klare Bitte ist, das Votum der Antragskommission abzulehnen. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Danke sehr. – Zum selben Antrag gibt es eine Wortmeldung von Maria Flachsbarth.

Maria Flachsbarth: Liebe Delegierte! Lieber Christian Hirte, wir beide, aber längst nicht nur wir beide, sondern wir alle in diesem Saal fühlen uns insbesondere dem C in unserem Parteina-

men zutiefst verpflichtet. So würde doch keiner von uns allen hier wollen, dass Dinge, mit denen wir uns wie selbstverständlich im täglichen Leben umgeben unter wirklich unsäglichen Bedingungen produziert werden. Kinderarbeit, Umweltverschmutzung, Arbeit, die längst nicht existenzsichernd ist – all das sind Rahmenbedingungen, die wir nicht wollen. Wir sprechen von Produkten wie Kaffee, Kakao, Baumwolle, aber auch von Rohstoffen zur Produktion unserer Handys oder Laptops oder der Elektromotoren für unsere Autos, also Coltan oder Kobalt. All diese Produkte werden zum Teil unter sehr, sehr schwierigen Rahmenbedingungen produziert. Wir können nicht einfach die Augen verschließen und sagen: Das geht uns nichts an. Wir im Entwicklungsministerium arbeiten täglich daran, Fluchtursachen zu vermindern. Diese Rahmenbedingungen führen aber letztendlich zu Fluchtursachen.

Manchmal ist es so, dass ein besonders entsetzliches Ereignis die Augen der Öffentlichkeit auf diese Produktionsbedingungen lenkt. Ich nenne den furchtbaren Unglücksfall Rana Plaza 2013, als über 1 000 Menschen, vor allen Dingen Frauen, zu Tode gekommen sind, weil sie aus der Näherei nicht fliehen konnten, weil der Feuerschutz völlig unzureichend war. Gerd Müller hat auf dieses Ereignis reagiert. Er hat ein Textilbündnis auf den Weg gebracht, an dem man sich freiwillig beteiligen konnte. Handelsbetriebe, Nähereien, Standardorganisationen, aber auch Gewerkschaften sind dabei. 50 Prozent der Branche hat sich inzwischen dazu verpflichtet, die Produktionsbedingungen zu verbessern; aber die übrigen 50 Prozent der Branche des deutschen Marktes eben nicht. Sie versuchen, unter dem Radar zu fliegen. Ehrlich gesagt, diejenigen, die sich verpflichtet haben, fragen bei uns an und sagen: Das ist doch nicht fair, das sind doch keine fairen Wettbewerbsbedingungen. – Deshalb haben wir gesagt: Wir müssen die Verbraucherinnen und Verbraucher verstärkt mit ins Boot holen. Wir müssen dafür sorgen, dass faire Wettbewerbsbedingungen und faire Produktionsbedingungen tatsächlich einen Wettbewerbsvorteil bieten und Verbraucherinnen und Verbraucher bei ihrer Kaufentscheidung relativ schnell erkennen können: Was ist fair produziert? Deshalb haben wir zusammen mit der Deutschen Akkreditierungsstelle den Grünen Knopf auf den Weg gebracht. Da tun wir genau das, was du forderst, lieber Christian Hirte: Wir nachverfolgen die Lieferketten. Wir schauen uns die Produktionsbedingungen an und wir garantieren als Staat, dass sie tatsächlich fair sind.

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Liebe Maria Flachsbarth.

Maria Flachsbarth: Ich bin ganz schnell. – An unserem Grünen Knopf haben sich inzwischen 27 Firmen beteiligt, über 170 weitere sind interessiert. Wir haben mit dem Grünen Knopf gezeigt, dass es geht, dass wir für faire Produktionsbedingungen sorgen können, ohne dass wir kleine Betriebe, Mittelständler, große Betriebe in Existenzängste bringen. Deshalb bitte ich Sie, dem Vorschlag der Antragskommission zuzustimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Danke schön. – Dazu fordere ich jetzt auch auf, indem ich die Abstimmung eröffne. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, möge bitte das Kartenzeichen geben. – Wer ist gegen das Votum der Antragskommission? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist mit einigen Gegenstimmen angenommen.

Zu den Anträgen C 30 bis C 36 gibt es keine Wortmeldungen. Deshalb möchte ich darüber im Block abstimmen lassen. Wer ist bei diesen Anträgen für das Votum der Antragskommission? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann sind diese Anträge angenommen.

Bei Antrag C 37 bitte ich zu beachten, dass die Antragskommission ihr Votum verändert hat. Dieses veränderte Votum finden Sie jetzt auch in Ihrem Tablet. Es gibt eine Wortmeldung zu Antrag C 37 von Sebastian Schulze.

Sebastian Schulze: Mir geht es um eine Formulierung im dritten Absatz. Hier steht: Wir wollen anderthalb Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis spätestens 2024 erreichen. – Wir haben dieses Wochenende viel über Verantwortung geredet, die die EU sicherheitspolitisch übernehmen soll. Sowohl die Parteivorsitzende als auch der Fraktionsvorsitzende im Bundestag haben das gesagt. Wir müssen das auch mit Taten untermauern. Das dürfen keine Lippenbekenntnisse sein. Wir haben uns international verpflichtet, das 2-Prozent-Ziel zu erreichen. Wir sollten das einhalten. Von daher: 2 Prozent für den Verteidigungsetat und nicht anderthalb! – Danke.

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Danke schön. – Darauf reagiert Johann Wadephul.

Dr. Johann Wadephul, Antragskommission: Das ist genau die Zahl, die die Bundesregierung und die Koalition an die NATO gemeldet haben. Das ist die Zahl, die die Verteidigungsministerin in ihrer Münchener Rede gerade vor wenigen Tagen noch einmal unterstrichen hat. Sie hat dabei auch deutlich gemacht, dass wir mit unseren Versprechungen und Aussagen nur dann glaubwürdig sind, wenn wir das Geld sinnvoll und richtig für die Soldatinnen und Soldaten und für die Bundeswehr ausgeben können. Deswegen empfehle ich uns dringend, bei den gemachten Zusagen zu bleiben. Ich weise darauf hin, dass dort steht: „spätestens 2024“. Wenn wir schon früher etwas mehr erreichen und uns somit schneller den 2 Prozent nähern, dann ist das gut und richtig und hat unsere Unterstützung. Insofern wird die Forderung des Vorredners damit abgedeckt.

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Danke sehr. – Dann lasse ich auch darüber abstimmen. Wer ist für das Votum der Antragskommission? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist dieser Antrag so angenommen. Für die Anträge C 38 und C 39 liegen mir keine Wortmeldungen vor. Ich lasse über diese in der Fassung der Antragskommission abstimmen. Wer ist für das Votum der Antragskommission? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann sind auch diese Anträge mit großer Mehrheit angenommen. Für die Anträge C 40 und C 47 hat sich Jürgen Hardt zu Wort gemeldet.

Jürgen Hardt: Frau Präsidentin! Liebe Parteifreundinnen und –freunde! Ich bin tatsächlich der Meinung, dass wir die beiden Anträge, die einen Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei vorsehen, ablehnen sollten, nicht etwa weil ich der Meinung bin, dass wir auf einem guten Wege mit der Türkei wären. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in den letzten Wochen immer wieder unterstrichen, dass wir die Entwicklung in der Türkei bis zum heutigen Tag sehr kritisch sehen, dass wir den völkerrechtswidrigen Einmarsch in Nordsyrien verurteilen und dass wir Erdogan auffordern, sein Land zurückzuführen zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Aber ich bin gegen einen Abbruch der Beitrittsverhandlungen. Deswegen empfehle ich, dass wir die beiden Anträge ablehnen und dem Votum der Antragskommission folgen. Ich glaube, dass Erdogan nichts lieber hätte, als dass wir unsererseits die Zugbrücke hochziehen. Seine Machtbasis ist, dass er seinem Volk erzählt: Die Europäer wollen euch sowieso nicht. Ihr müsst euch auf mich, den großen Präsidenten der Türkei, verlassen. – In Wirklichkeit hat er die größte Angst davor, dass die Europäische Union dichter an die Türkei herankommt, dass die Europäische Union mit ihren Kopenhagener Kriterien, mit ihren Rechtsstaatskriterien und der Forderung nach unabhängiger Justiz ihn in die Situation bringt, dass er sich plötzlich selber in seinem Land an Regeln halten muss, an die er sich nicht halten will.

Ich sehe, dass die Beitrittsverhandlungen gegenwärtig auf Eis liegen. Es gibt gegenwärtig auch keine nennenswerten Zahlungen der Europäischen Union an die Türkei. Wir sollten unsererseits Erdogan nicht den Gefallen tun, jetzt die Brücke abzurechen oder die Zugbrücke hochzuziehen. Vielmehr sollten wir den Bürgerinnen und Bürger in der Türkei sagen: Es liegt in eurer Hand, wie weit Europa und die Türkei zusammenkommen. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Zum selben Tagesordnungspunkt hat sich Andreas Bohl gemeldet.

Andreas Bohl: Ein herzliches „Grüß Gott“ aus dem wunderschönen Köln! Ich präsentiere auch den Antrag C 47. Die Mitglieder der Werteunion beantragen einen Beschluss der CDU, die Beitrittsverhandlungen zwischen der Türkei und der EU abzubrechen. Als Begründung führe ich als Erstes die Systemumstellung an. Nach dem Referendum wurde das Machtgefüge in der Türkei neu geordnet. Hier ist eine ganz klare Einschränkung der demokratischen Rahmenbedingungen die Folge.

Zweitens. Die Abkehr von den Errungenschaften der Politik Kemal Atatürks ist besorgniserregend und führt zunehmend zu islamischen Zügen in der Türkei.

Drittens sind die jüngsten militärischen Aktionen in Syrien zu erwähnen.

Diese Punkte entsprechen nicht dem Geist der Europäischen Union.

(Vereinzelt Beifall)

Die Antragskommission empfiehlt, diesen Antrag anzunehmen. Die Begründung der Antragskommission entspricht der Intention der Mitglieder der Werteunion und unterstreicht: Wir streben hier eine andere Form der Partnerschaft an. Deswegen: Liebe Antragskommission, vielen Dank. Ich bitte Sie, der Empfehlung der Antragskommission zu folgen. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Lieber Herr Bohl, ich bitte einen Hinweis zur Kenntnis zu nehmen und für die weiteren Anträge zu beachten. Die Werteunion ist nicht antragsberechtigt. Das ist ein Antrag einzelner Mitglieder auf diesem Parteitag,

(Vereinzelt Beifall)

den wir selbstverständlich genauso beraten. Aber antragsberechtigt sind die einzelnen Parteitagsmitglieder.

Jo Wadepful reagiert darauf.

Dr. Johann Wadepful, Antragskommission: Das war eine Unterstützung der Antragskommission. Ich möchte sagen, dass wir das auch im Europawahlprogramm drin hatten. Das ist eine klare Position der Union: keine Vollmitgliedschaft. Das sollten wir hier noch einmal bekräftigen.

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Dann tun wir das jetzt dadurch, dass wir abstimmen. Wer ist für das Votum der Antragskommission? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist einstimmig angenommen.

Für den Antrag C 41 liegt mir keine Wortmeldung vor. Wir können deswegen direkt abstimmen. Wer ist beim Antrag C 41 für das Votum der Antragskommission? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Auch hier gibt es breite Zustimmung.

Für den Antrag C 42 liegt mir eine Wortmeldung von Tim Peters vor. Vielleicht könnte er seine Wortmeldung zum Antrag C 46 im Zusammenhang mit C 42 machen.

Tim Peters: Liebe Freunde, ich ziehe die Wortmeldung zum ersten Antrag zurück.

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Also, zu C 42. – Dann bleiben Sie einfach hier vorne stehen, und wir stimmen erst einmal ab. Sie erhalten dann zu C 46 das Wort.

Wir stimmen über das Votum der Antragskommission zum Antrag C 42 ab. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Es ist einstimmig angenommen.

Wir stimmen nun über die Anträge C 43, C 44 und C 45 ab. Wer ist für das Votum der Antragskommission? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Auch diese Anträge sind angenommen.

Wir kommen dann zum Antrag C 46. Dazu hat Herr Peters das Wort.

Tim Peters: Liebe Freunde! Wir sind eine Volkspartei. Vielleicht sind wir sogar die letzte in Deutschland verbliebene Volkspartei. Wenn wir weiterhin Volkspartei bleiben wollen, dann müssen wir die Themen, die die Menschen bewegen, aufgreifen und mit Lösungsvorschlägen versehen. Ein wichtiges Thema, das eigentlich bei allen Diskussionen am Stammtisch in der Kneipe und bei der CDU nach dem offiziellen Teil, aber auch in den WhatsApp-Gruppen, in denen man ist, immer wieder zur Sprache kommt, ist die Migration.

Das ist nicht nur anekdotisch, sondern zeigt sich auch, wenn man sich die Umfragen anschaut, sei es das Eurobarometer der Europäischen Kommission oder das ZDF-Politbarometer: Seit 2015 ist die Migration das wichtigste Thema. Daher finde ich es schade, dass wir auf diesem Parteitag gestern und heute sehr wenig zu dem Thema Migration geredet haben.

(Teilweise Beifall)

Ich habe gehört: Frau Kramp-Karrenbauer hat die illegale Migration erwähnt. Die Bundeswehr soll sie in der Sahelzone bekämpfen. Es ist richtig, dass die Bundeswehr sich daran beteiligt. Aber ich glaube nicht, dass der Hinweis auf diesen Einsatz ausreichend ist, wenn wir als CDU bei diesem wichtigen Thema, das die Bürger bewegt, die Meinungsführerschaft erlangen wollen.

Wir haben aus Bosnien-Herzegowina Nachrichten, dass der Strom über die Balkanroute wieder zunimmt. Auch über die Mittelmeerroute steigt die Zahl langsam wieder an. Das ist ein Thema, zu dem wir als proeuropäische Mitte auch mit europäischen Lösungen, die funktionieren, kommen müssen. Diese müssen wir den Bürgern vorstellen. Wir als CDU haben die Chance, zu diesem Thema, für das die AfD gewählt wird, eine eigene Position mit Lösungsvorschlägen aufzubauen; denn die AfD fällt auf durch rechtsradikale Positionen und rassistische Äußerungen einzelner Personen auf. Wir als CDU haben die Chance, uns zu diesem Thema mit demokratischen, rechtsstaatlichen, proeuropäischen Positionen zu profilieren.

(Vereinzelt Beifall)

Das soll dieser Antrag bringen. Wir haben darüber auch in Brüssel ausführlich beraten. Einige unserer Anhänger finden eher die Flüchtlings- und Migrationspolitik von Sebastian Kurz gut; andere Anhänger finden die Flüchtlings- und Migrationspolitik von Angela Merkel gut. Wir haben versucht, einen Antrag vorzulegen, der über Formelkompromisse hinausgeht. Wir glauben, dass dieser Antrag für die CDU Deutschlands eine gute Wegweisung ist, sich mit diesem Thema weiter zu beschäftigen. Es muss auch eine europäische Lösung herbeigeführt werden. Wir müssen unsere Außengrenzen wirksam schützen. Das bedeutet auch die Zurückweisung von Booten auf dem Mittelmeer, sodass die Asylanträge in Nordafrika behandelt werden, und die Zurückweisung an der Landgrenze der EU; Asylanträge können in Serbien gestellt werden. Wir sagen: Wer Schengen und damit die Freizügigkeit im EU-Binnenmarkt erhalten will, der muss die Außengrenzen effektiv schützen. Überhaupt: Wer die EU langfristig erhalten will, muss sichere Außengrenzen schaffen.

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Peters.

Tim Peters: Ich sage nur –

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Seien Sie nicht böse, aber wir haben noch ein bisschen zu tun.

Tim Peters: Ich komme zum Ende.

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Einen Satz!

Tim Peters: Vielen Dank. – Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an die CDU/CSU-Europagruppe. Die mögen wir alle sehr gern, und wir vertrauen ihr. Trotzdem wäre es ein schöneres Zeicshen, wenn wir dem Antrag zustimmten. Denn die Menschen in Deutschland wollen, dass die CDU das Klima schützt. Die Menschen wollen aber auch, dass die CDU für sichere Außengrenzen sorgt und diese schützt. – Vielen Dank.

(Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Danke schön. – Dazu möchte Katja Leikert sprechen.

Katja Leikert, Antragskommission: Vielen herzlichen Dank für den sehr wichtigen Antrag der Auslandsverbände Brüssel. Der Antrag ist inhaltlich so weit gehend, dass wir empfehlen, ihn in der Tat an die deutsche Gruppe der EVP und den Bundesfachausschuss Europa zu überweisen. Ich bitte darum, dass wir uns die Zeit nehmen, weil das Thema so umfangreich und wichtig ist. Wir stimmen in den Zielen der Migrationspolitik überein; Lösungen müssen natürlich auch im europäischen Rahmen gefunden werden. Ich bitte also darum, dass wir den Antrag überweisen.

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Danke schön. – Dann lasse ich über diesen Antrag in der Fassung der Antragskommission abstimmen. Wir sind bei Antrag 46. Ich frage: Wer ist für das Votum der Antragskommission auf Überweisung? – Wer ist gegen den Antrag der Antragskommission auf Überweisung? – Einige Gegenstimmen. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Das Votum der Antragskommission zu Antrag 46 ist so angenommen.

Zu Antrag 47 liegen mir keine Wortmeldungen vor, sodass ich diesen Antrag zur Abstimmung stelle. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Wir machen es möglichst zügig; aber wir brauchen noch ein paar Kartenmeldungen. Wenn diejenigen, die soeben ihre Stimmkarte nicht aufgezeigt haben, nicht alle dagegen stimmen wollen, dann brauche ich Sie noch einmal. – Wer ist dagegen, das Votum der Antragskommission zu Antrag 47 anzunehmen? – Drei Gegenstimmen. Wer enthält sich? – Dann ist auch dieser Antrag so angenommen.

Zu dem Antrag C 48 habe ich eine Wortmeldung von Alexander Mitsch, der auf die Bühne kommt.

Alexander Mitsch: Ich möchte zu dem Antrag C 48 sprechen. Es geht um die von Herrn Seehofer vorgeschlagene pauschale Aufnahmequote für Bootsmigranten. Der Antrag C 48 wurde von Mitgliedern der Werteunion initiiert. Ich möchte Ihnen kurz begründen, warum wir der Meinung sind, dass dieser Antrag besser ist als die Empfehlung der Antragskommission.

Wir alle sind uns darüber einig, dass sich 2015 nicht wiederholen darf. Zwischen 2015 und 2018 sind laut Angaben des EU-Flüchtlingskommissars 730 000 Menschen über das Mittelmeer gekommen bzw. war die EU an entsprechenden Rettungsaktionen beteiligt. 730 000! Wir reden also nicht, wie es in dem Antrag der Antragskommission heißt, von wenigen Hundert Menschen – und damit einer eng begrenzten Zahl –, sondern wir reden von einem Potenzial, das unter Umständen mehrere zehntausend oder sogar mehrere hunderttausend Menschen groß ist.

Wir würden uns durch eine pauschale Aufnahmequote, wie Herr Seehofer sie vorschlägt, einerseits die Möglichkeit nehmen, auf entsprechende Entwicklungen zu reagieren. Wir würden außerdem das falsche Signal setzen, wenn wir dem so zustimmten. Wir würden im Prinzip riskieren, dass sich 2015 doch wiederholt.

Aus diesem Grund möchte ich Sie bitten, dem Antrag in der Ursprungsfassung zuzustimmen und der Empfehlung der Antragskommission nicht zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Danke schön. – Für die Antragskommission spricht Philipp Amthor.

Philipp Amthor: Liebe Freunde, ich möchte dafür werben, dass Sie dem Votum der Antragskommission – Annahme in geänderter Fassung – folgen.

(Teilweise Beifall)

Sie müssen sehen: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in den letzten Jahren maßgebliche Akzente dafür gesetzt, dass wir in der Migrationspolitik den Dreiklang von Steuerung, Ordnung und Begrenzung umsetzen und durchsetzen. Der aktuelle Umstand der Bootsflüchtlinge trägt nicht dazu bei, dass wir von diesem Kurs abgehen, sondern wir halten ihn ein.

Der Antrag der WerteUnion – oder: der Kollegen Mitsch und anderer – weist zwei Grundprobleme auf. Es ist nicht falsch, wenn man Konsequenz und Ordnung in der Migrationspolitik fordert; wir setzen sie um. Aber es ist unzutreffend, wenn man hier davon redet, als ginge es darum, dass sich 2015 wiederholt. Es ist auch nichtzutreffend, wenn hier der Eindruck entsteht – was der Antrag insinuiert –, als ob die Bundesregierung in ihrem Handeln permanent geltendes Recht verletze.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir sollten uns in dieser Diskussion nicht auf diese Behauptung einlassen. Man kann die Migrationspolitik an manchen Stellen anders – neu, schärfer – justieren. Insbesondere in der Europäischen Union wünschen wir uns auch mehr Ordnung und Steuerung.

Klar sein muss auch: Dass, was wir jetzt praktizieren, steht im Einklang mit der Rechtsprechung aller deutschen und europäischen Gerichte; es ist vereinbar mit dem geltenden Recht. Wir sollten nicht auf das Märchen der AfD einsteigen, dass wir hier permanent eine Rechtsverletzung praktizierten. Das muss in der Abgrenzung klar sein.

(Lebhafter Beifall)

Das ist aber für uns kein Grund, in der Migrationspolitik nichts zu ändern. Wir stehen zu der klaren und ordnenden Beschlusslage, auch der des Europäischen Rates. Wir wollen natürlich Transitzentren an den Außengrenzen, und wir wollen Zurückweisungen in diese Transitzentren.

Wir stehen auch zu dem Gedanken des – von der Parteivorsitzenden gut angelegten – Werkstattgesprächs Migration, indem wir auch für die nationalen Grenzen Lösungen vorsehen. Wir stehen zu dieser klaren Linie.

Auch das, was Minister Seehofer im Moment vorschlägt, weicht davon nicht ab. Es geht nicht um die Zusage für die pauschale Aufnahme Tausender Flüchtlinge, sondern es geht um eine Sonderlösung für Hunderte Flüchtlinge, die über das Mittelmeer kommen und die, ohne dass sich andere Länder mit uns solidarisch erklären würden, ohnehin wahrscheinlich den Weg nach Deutschland aufnahmen. Deshalb ist diese Lösung ein Fortschritt. Es ist nicht der Einstieg in ein pauschales Verteilsystem in Europa. Wir wollen nicht Flüchtlinge erst quer durch Europa verteilen, um dann ihren Rechtsstatus zu klären, sondern wir wollen das am Anfang erreichen. Wir stehen für eine klare Linie und sollten nicht dem Mythos des Rechtsbruchs erliegen.

Das Votum der Antragskommission ist überzeugend. Ich werbe um Zustimmung. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Danke schön. Deshalb lasse ich diesen Antrag jetzt auch im Votum der Antragskommission abstimmen. Wer ist für das Votum der Antragskommission bei Antrag 48? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag im Votum der Antragskommission angenommen.

Wir haben noch den Initiativantrag I 5, zu dem sich Klaus-Peter Willsch gemeldet hat, der auf die Bühne kommen möchte.

Klaus-Peter Willsch: Liebe Antje, liebe Freunde, als ich mich für den Weg nach Leipzig vorbereitete, habe ich die Anträge durchgeschaut und auch noch einmal nachgedacht: Was war vor

30 Jahren? – Dann habe ich gesagt: Es kann doch nicht sein, dass wir 30 Jahre danach nach Leipzig gehen und als CDU Deutschlands keinen Ton zu Hongkong und dem, was sich dort abspielt, sagen.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb, weil wir Menschen, die dort für ihre Freiheit eintreten und in Bedrängnis sind, beistehen müssen und beistehen sollten, ist es wichtig, dass wir heute diesen knappen und für fast jeden tragbaren Antrag beschließen, um ein Zeichen der Solidarität und für die Freiheit zu senden.

Christian Schwarz-Schilling hat dazu heute Morgen schon sehr bemerkenswert gesprochen. Ich glaube, dass wir auch mit Blick auf Taiwan und andere bedrohte Nachbarn, bedrohte Gegenden in der Region ein deutliches Zeichen setzen, und bitte deshalb um Zustimmung.

(Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Ich danke Klaus-Peter Willsch. Ich bitte um Zustimmung zur Fassung der Antragskommission. Wer stimmt dem Antrag zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Ich danke Katja Leikert und Jo Wadephul für die Unterstützung hier auf der Bühne und kann nun mit den Themen Familie, Senioren, Frauen, Jugend und Ehrenamt fortfahren. Dazu bekommen wir Unterstützung von Bettina Wiesmann und Marcel Grathwohl, die bitte zu uns auf die Bühne kommen.

Ich kann aber schon anfangen. Zu diesem Thema liegen die Anträge C 118 bis C 132 sowie der Initiativantrag I 8 vor. Sie finden sie auf den Seiten 222 bis 227 sowie auf der Seite 11 der Vorlage der Antragskommission.

Zu den Anträgen C 118 und C 119 liegt mir keine Wortmeldung vor, sodass wir die sofort abstimmen können. Wer ist da für das Votum der Antragskommission? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit sind die Anträge angenommen.

Zum Antrag C 120 liegt mir eine Wortmeldung von Daniela Dietrich vor, die an das Saalmikro 4 geht.

Daniela Dietrich: Der Antrag fordert Fördergelder für Kunstrasenplätze, die nachgewiesenermaßen extrem viel Mikroplastik an unsere Umwelt abgeben. Gibt es eine Möglichkeit, den Antrag so zu ergänzen, dass wir nur mikroplastikfreie Rasenplätze fördern? Wir sprechen die ganze Zeit über Nachhaltigkeit. Nachhaltig ist es nicht, wenn wir Mikroplastik-Plätze fördern.

(Vereinzelt Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Bettina Wiesmann für die Antragskommission.

Bettina Wiesmann, Antragskommission: Ich kann mir vorstellen, liebe Antragstellerin, dass wir einen Satz einbauen. Ich würde in der Fassung der Antragskommission die Ergänzung vorschlagen: „...fordert die Fördergeber auf...und dabei plastikfreie Materialien besonders zu berücksichtigen.“ – Da legen wir nichts fest, und dann scheidet der Sport nicht daran, dass man die Umstellung nicht schafft oder vielleicht nicht bezahlen kann oder dem etwas anderes entgegensteht. Aber wir zeigen die Richtung auf, in die wir uns die Förderung hier wünschen. Das halte ich für einen absolut vertretbaren Ergänzungsvorschlag.

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Danke schön. Dann lasse ich über das geänderte Votum der Antragskommission abstimmen. Wer ist für das Votum der Antragskommission? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? Damit ist auch dieser Antrag bei wenigen Gegenstimmen so angenommen.

Für die Anträge C 121, C 122, C 123 liegen mir keine Wortmeldungen vor. Die können wir im Votum der Antragskommission abstimmen. Ich bitte um das Kartenzeichen für das Votum der Antragskommission. – Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Eine Enthaltung. Bei einer Enthaltung sind diese Anträge so angenommen.

Für den Antrag C 125 habe ich eine Wortmeldung von Sylvia Pantel, die zum Saalmikro 2 kommt. – Da tut sich nichts. – Ich höre, dass Frau Pantel auf diese Wortmeldung verzichtet. Dann können wir auch bei Antrag C 125 im Votum der Antragskommission abstimmen. Wer ist für das Votum der Antragskommission? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist auch dieser Antrag angenommen.

Die Anträge C 126, C 128 bis C 130 sind ohne Wortmeldungen. Das Gleiche gilt für die Anträge C 127, C 131 und C 132, sodass ich die alle gemeinsam im Votum der Antragskommission abstimmen lasse. Wer ist für das Votum der Antragskommission? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit sind die Anträge angenommen.

Wir beenden diesen Themenbereich mit dem Initiativantrag 8. Dazu möchte Dietrich Aden auf die Bühne kommen. – Er ist auch nicht mehr da. Somit können wir auch diesen Antrag abstimmen. Wer ist für das Votum der Antragskommission? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist auch dieser Antrag angenommen.

Ich danke unseren beiden Antragskommissionsmitgliedern Bettina Wiesmann und Marcel Grathwohl und bitte für die Themen Bildung, Forschung, Innovation Karin Prien und Tankret Schipansky auf die Bühne.

Zum Thema Bildung, Forschung, Innovation gehören die Anträge C 49 bis C 61. Sie finden die Anträge in der Antragsmappe auf den Seiten 147 bis 166.

Ich rufe die Anträge C 49, C 52, C 61 auf. Zum Antrag C 49 gibt es eine Wortmeldung von Karin Prien. – Sie verzichtet, das ist schön. – Es gibt eine weitere Wortmeldung, und zwar von Gabi Messarosch, die auf die Bühne kommen will. – Da sehe ich auch nichts, sodass wir diese Anträge komplett – zu Bildung, Forschung, Innovation – im Rahmen der Antragskommissionsfassung abstimmen können. Ich bitte um Zustimmung zum Votum der Antragskommission. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist angenommen, herzlichen Dank.

Damit danke ich auch diesen beiden Kommissionsmitgliedern, die offensichtlich gut gearbeitet haben, sodass es keine Nacharbeit gab.

Dann rufe ich das Thema Gesundheit und Pflege auf. Wir sprechen über die Anträge C 133 bis C 154, und da gibt es zum Antrag C 139 eine Wortmeldung von Dr. Fred Holger Ludwig, der auf die Bühne kommen will. – Bis er hier oben ist, lasse ich schon einmal über die Anträge C 133 bis C 138 in der Fassung der Antragskommission abstimmen. Wer ist für das Votum der Antragskommission? – Wer ist gegen das Votum der Antragskommission? – Wer enthält sich? – Damit sind diese Anträge so angenommen.

Dr. Fred Holger Ludwig spricht bitte für die Anträge C 139 und C 140 gemeinsam.

Dr. Fred-Holger Ludwig: Gut. – Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Delegierte! Zum Antrag C 139: Ärzte, besonders Hausärzte, verlassen sich bei der Erstellung von Diagnosen neben ihrem medizinischen Fachwissen auf ihre Kombination von erlittener Kompetenz des Patienten und erworbener Kompetenz des Therapeuten. Aus diesen Informationen wird eine fundamentierte individuelle Therapieempfehlung nach Ausschluss aller Differentialdiagnosen gegeben.

Eine App kann aber nur Fragen abarbeiten, die letzten Endes durch eine ausdifferenzierte Ja-Nein-Struktur den Weg aufzeigen. Liebe Delegierte, durch diese Situation stellt sich sehr häufig die Frage nach einer Fehldiagnose oder einer Fehlinterpretation mit im Endeffekt falscher, für den betroffenen Patienten nicht geeigneter Therapieempfehlung. Arztunterstützende Apps sind sicher wichtig und eine sinnvolle Informationsquelle. Sie sammeln Informationen, ermöglichen ein online geführtes Diabetestagebuch, differenzierte Medikamenteneinnahme oder Laborwerte. Dies dient als Hilfestellung, und deshalb ist eine App in der Richtung wichtig. Aber eine App kann nicht Diagnose oder Therapie aufgrund dieser Ergebnisse ersetzen.

Deshalb fordert die Senioren-Union, Apps lediglich bei der Erstellung von Diagnose- und Therapievorschlügen nicht zuzulassen. Ich bitte diesem Antrag C 139 dementsprechend zu folgen.

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Danke schön. Ich schlage vor, Sie machen direkt weiter mit C 140.

Dr. Fred-Holger Ludwig: Zum Antrag C 140: Die Senioren-Union hat sich nach reiflicher Überlegung und Diskussion entschieden, dem Parteitag eine Ergänzung des § 34 Sozialgesetzbuch V

vorzuschlagen. Dieser Vorschlag beinhaltet, dass bei Versicherten mit Multimorbidität ab dem 64. Lebensjahr nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel von der Versorgung nicht mehr ausgeschlossen werden. Das hat eine deutliche Verbesserung der Arzneimittelversorgung und damit der Gesundheit zur Folge und kann durch die Erweiterung der Erstattung von Kosten für verschreibungspflichtige Arzneimittel zum Wohle einer gesamten Generation umgesetzt werden.

Liebe Delegierte! Warum bitten wir Sie darum, diesem Antrag zuzustimmen? Weltweit sterben wegen fehlerhafter medikamentöser Behandlung jede Minute fünf Menschen, allein 60 000 – ich wiederhole: 60 000! – im Jahr in unserem Deutschland. Das sind in Deutschland jeden Tag rund 164 Menschen.

Aufgrund der demografischen Entwicklung in Deutschland nehmen zunehmend ältere Menschen langfristig mehrere Medikamente ein. Viele Medikamente erhöhen die Sturzneigung und führen dazu, dass die Betroffenen sehr frühzeitig Gesundheits- und Pflegeleistungen in Anspruch nehmen. Das Bundesgesundheitsministerium geht in neuesten Zahlen von mindestens 10 Prozent arzneimittelbedingter Krankenhauseinweisungen pro Jahr aus; das sind circa 1 Million Krankenhauseinweisungen. Dies belastet unser Solidarsystem mit circa 4 Milliarden Euro pro Jahr. Mit den Änderungen des Sozialgesetzbuches V sind Ausgaben in Höhe von 220 Millionen Euro verbunden. Dem stehen aber 4 Milliarden Euro Einsparungen durch weniger arzneimittelbedingte Krankenhauseinweisungen, 2 Milliarden Euro Einsparungen von Behandlungskosten durch weniger Stürze, circa 7 Milliarden Euro durch weniger Pflegebedürftigkeit und circa 60 000 weniger Todesopfer durch fehlerhafte Medikamenteneinnahme gegenüber.

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Lieber Herr Dr. Ludwig, wenn Sie so ganz langsam zum Ende kommen würden?

Dr. Fred-Holger Ludwig: Ich bin fast fertig. – Wegen der Schutzpflicht des Staates – da berufen wir uns auf Artikel 2 Absatz 1 Grundgesetz – bitten wir Sie, einer Änderung des § 34 im Sozialgesetzbuch V zuzustimmen, da es zwingend notwendig ist. Wir bitten hier um Ihre Zustimmung im Sinne der Gesundheitsregelung und im Sinne der Umsetzung des § 34 Sozialgesetzbuch. – Vielen Dank.

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank für diese Wortmeldung. – Liebe Delegierte, für alle die, die noch tapfer hier sitzen: Wir haben noch ein paar Anträge, aber wohl nur noch sechs Wortmeldungen. Mein Ziel ist, 20 Minuten nach 14 Uhr die Nationalhymne zu hören.

(Beifall)

Wenn Sie mit mir zusammen diese 20 Minuten noch überstehen, dann zack. – Es gibt eine Wortmeldung von Dr. Lanig zum Antrag C 139. Er ist schon da; das ist schön.

Dr. Urban Lanig: Liebe Parteifreundinnen und –freunde! Die Ausführungen meines Vorgängers stimmten nur zum Teil.

Ich würde unterstützen, dass der Antrag „Keine Diagnose und Therapie per App“ von Ihnen mitgetragen wird, und zwar aus folgendem Grund: Es gibt Jugendliche, die sich jetzt schon am Montag, wenn es ein langes Wochenende war, per WhatsApp AU-Bescheinigungen besorgen, und es kann nicht Ziel der CDU sein, dass wir diese Fehlentwicklung auch noch befürworten. Zudem haben wir über die Apps täglich mehrere Stunden längere Beratungen für die Patienten. Das erschwert praktisch den ganzen Arztberuf und ist sehr zeitraubend.

Ich weiß nicht, ob der Vorredner von der Senioren-Union ein Kollege war, aber das, was er gesagt hat, stimmt nicht. Es hat sich seit der Zeit, als er noch praktiziert hat, viel geändert. Wir haben nicht nur Weiterbildungsangebote, sondern Weiterbildungsverpflichtungen. Alle Ärzte müssen 51 Fortbildungspunkte im Jahr nachweisen. Das ist also längst auf den Weg gebracht. Er geht noch von der alten Methode aus, als man dem Arzt anheimgestellt hat, ob er Weiterbildung macht oder nicht. Dies ist längst nicht mehr der Fall. Das war das eine. Deswegen muss ich das zurückweisen.

In Bezug auf die Sturzneigung gibt es Studien. Aber die Lebenserwartung insgesamt nimmt weiter zu, trotz des Gifts Medikamente. Das bitte ich Sie auch zu berücksichtigen: Der Mensch lebt mit Medikamenten und mit unserer guten ärztlichen Betreuung länger. Das bitte ich jetzt auch einmal zu sehen.

Es gibt Nebenwirkungen von Medikamenten, die insbesondere in der Geriatrie diese Folgen hervorrufen. Hier sind an sich auch die Universität und die Klinik gefragt; denn wir haben sehr wenige Studien über geriatrische Fälle.

Ich bitte Sie also, dem ersten Punkt zuzustimmen. Zum zweiten Punkt: Die Weiterbildungsangebote für Allgemeinmediziner sind nicht nur umfangreich, sondern sie haben meines Erachtens – ich bin Praktiker und seit über 35 Jahren Landarzt – ein Ausmaß angenommen, dass wir es kaum mehr bewerkstelligen. – Ich danke Ihnen.

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Danke schön. – Für die Antragskommission Annette Widmann-Mauz.

Annette Widmann-Mauz, Antragskommission: Liebe Delegierte! Wir waren der Meinung, dass der Antrag C 139, der sich mit den Apps beschäftigt, abzulehnen ist, weil wir damit einen großen Vorteil, den wir durch künstliche Intelligenz auch im Einsatz in der Medizin bei der Erstellung von Diagnosen haben, anderenfalls ungenutzt ließen. Wir haben am gestrigen Tag sehr intensiv über die Chancen der Digitalisierung gesprochen, insbesondere dann, wenn längere Entfernungen zurückzulegen sind. Hier ist nicht ausgeschlossen, dass der Arzt entsprechend

miteinbezogen ist. Vielmehr ist die Formulierung so gewählt, dass es generell keine solchen Zulassungen für Apps gibt. Die Zulassungen sind streng kontrolliert. Deswegen plädieren wir für und bleiben wir bei der Ablehnung.

Zum Antrag C 140, in dem es um die Kostenübernahme für nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel für Multimorbide nach dem 64. Lebensjahr geht: Wir haben diese Entscheidung vor vielen Jahren vor dem Hintergrund getroffen, dass wir bei steigenden Kosten und längerer Lebenserwartung insgesamt auch die Eigenverantwortung im System stärken wollen. Wir haben uns auch in anderen Anträgen auf diesem Parteitag dafür ausgesprochen, dass wir den Gesamtsozialversicherungsbeitrag unter 40 Prozent halten wollen. Vor diesem Hintergrund sehen wir keine Notwendigkeit für eine weitere Ausdehnung der Ausnahmeregelungen und verweisen auch auf die Möglichkeit der steuerlichen Berücksichtigung entsprechender Ausgaben.

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, ich bitte um Verständnis, dass ich jetzt keine Diskussionen zulassen möchte. Vielleicht kann Annette Widmann-Mauz gleich zu Ihnen herunterkommen und dies mit Ihnen noch einmal besprechen.

(Widerspruch)

– Ja, es ist ein Geschäftsordnungsantrag; aber wenn ich mir den Saal angucke, dann weiß ich, dass wir hinterher allein hier sitzen. – Ganz kurz, einen Satz noch.

Dr. Urban Lanig: Ich wollte nur sagen: Der Kollege, der vorher gesprochen hat, hat die Anträge bezüglich der Weiterbildung der Hausärzte mit dem Antrag C 140 vermischt.

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Dann gehen Sie einfach zu dem Kollegen hin, und klären Sie sich wechselseitig auf, ja? – Herzlichen Dank.

Ich lasse über die Anträge C 139 und C 140 abstimmen, zunächst über den Antrag C 139. Wer stimmt da dem Votum der Antragskommission zu? – Wer ist dagegen? – Einzelne Gegenstimmen. Wer enthält sich? – Niemand. – Doch, zwei Enthaltungen. Dann ist dieser Antrag so angenommen.

Zum Antrag C 140: Wer stimmt da dem Votum der Antragskommission zu? – Wer stimmt dagegen? – Einzelne Gegenstimmen. Wer enthält sich? – Dann ist auch dieser Antrag so angenommen.

Zu den Anträgen C 140 und C 148 habe ich Wortmeldungen von Marc Biadacz und Matthias Miller, die mir beide auf der Bühne avisiert sind. – Ich höre, sie sind beide nicht da? – Okay.

Dann können wir über alle folgenden Anträge des Themenbereichs Gesundheit und Pflege – das sind die Anträge C 141 bis C 154 – in einem über das Votum der Antragskommission abstimmen. Ich bitte diejenigen um Kartenzeichen, die für das Votum der Antragskommission sind. – Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Wer enthält sich?

Dann haben wir auch über diese Anträge abgestimmt.

Das heißt, wir kommen jetzt zum letzten Thema: Innenpolitik, Justiz und Verbraucherschutz. Dazu begrüße ich Elisabeth Winkelmeier-Becker und Peter Beuth auf der Bühne.

Zu diesem Themenbereich gehören die Anträge C 155 bis C 185 und der Initiativantrag I 9 auf den Seiten 235 bis 252 bzw. den Seiten 11 und 12 bei den Initiativanträgen.

Ich habe von Antrag C 155 bis Antrag C 162 keine Wortmeldungen vorliegen und würde darüber insgesamt abstimmen lassen. Ich frage: Wer ist bei diesen Anträgen für das Votum der Antragskommission? – Wer ist gegen das Votum der Antragskommission? – Wer enthält sich? – Dann sind diese Anträge so angenommen.

Zum Antrag C 163 habe ich eine Wortmeldung von Ismail Tipi vorliegen.

Ismail Tipi: Frau Tagungspräsidentin, vielen herzlichen Dank. – Liebe Freundinnen und Freunde! Ich denke, dass wir, um eine erfolgreiche Volkspartei zu sein, eigentlich nur drei Buchstaben brauchen: Tun und Mut. Diesen Mut bitte ich Sie heute zu zeigen, aber ich bitte Sie auch, ein klares Zeichen gegen radikalen Islamismus, Salafismus, Fundamentalismus, gegen den Dschihad und die Scharia zu setzen. Deswegen bitte ich Sie alle, dem Antrag der Senioren-Union, der als Maßnahme vorsieht, das Tragen von Kopftüchern für junge Mädchen unter 14 Jahren in Kindergärten und an Schulen gesetzlich zu verbieten, zuzustimmen.

Wir haben heute sehr oft über Werte gesprochen. Gerade diese Werte sind es, meine Damen und Herren, die eigentlich Heimat ausmachen. Wir dürfen die Zukunft der Kinder nicht in die Hände der Salafisten und der radikalen Islamisten legen. Ich denke, wenn es darum geht, den rechtsstaatlichen Grundsatz der Religionsmündigkeit zu verteidigen, ist es keine Lösung, auf der Einsicht der Eltern zu pochen; denn gerade die Eltern sind diejenigen, die ihre Kinder mit Kopftuch oder Schleier in den Kindergarten oder in die Schule schicken. Deswegen bitte ich Sie, diesem Antrag zuzustimmen. Es geht um unsere Kinder und um unsere Zukunft.

Ich wünsche Ihnen allen eine schöne Vorweihnachtszeit, alles Gute und Gottes Segen. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Trotzdem müssen wir vorher noch drei Anträge besprechen. – Für die Antragskommission Elisabeth Winkelmeier-Becker.

Elisabeth Winkelmeier-Becker, Antragskommission: Vielen Dank. – Der von der Antragskommission vorgeschlagenen Fassung ist ja zu entnehmen, dass wir das Anliegen im Grundsatz teilen; denn das Kopftuch ist nicht nur ein religiöses Symbol, sondern ist auch Ausdruck eines bestimmten Rollenverständnisses, ein patriarchales Zeichen, das so sicherlich nicht zu unserer Kultur gehört. Deshalb gibt es auch schon die Möglichkeit, ein Verbot auszusprechen, zum Beispiel wenn der Schulfrieden gestört ist.

Wir denken aber, dass die grundrechtliche Situation bei älteren Schülerinnen anders ist. Der Antrag differenziert eben nicht zwischen Kindern und möglicherweise sogar schon volljährigen Schülerinnen, sondern geht pauschal von einem Verbot für die Schulen aus. Das halten wir für zu weitgehend. Wir möchten auch die Überzeugungsarbeit bei den Eltern noch stärker in den Mittelpunkt stellen, schließen aber ein Verbot mit einer Altersgrenze explizit nicht aus.

In der vorliegenden Fassung, so denken wir, haben wir die richtigen Differenzierungen vorgenommen und bitten auch um Zustimmung zu dieser Fassung.

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Das tue ich auch. Ich lasse über den Antrag C 163 in der Fassung der Antragskommission abstimmen. Wer ist für das Votum? – Wer ist gegen das Votum? – Ein paar Gegenstimmen. Wer enthält sich? – Dann ist auch dieser Antrag so angenommen.

Zu den Anträgen C 164, C 165, C 166 und C 167 habe ich keine Wortmeldungen vorliegen. Deswegen können wir darüber im Block abstimmen. Ich frage: Wer ist bei diesen Anträgen für das Votum der Antragskommission? – Ich sehe, Sie schwächeln, aber ich glaube, das war trotzdem die Mehrheit. Wer ist dagegen? – Da schwächeln Sie noch mehr; das ist gut. Enthaltungen? – Keine. Also sind auch diese Anträge angenommen.

Zum Antrag C 168 in Verbindung mit C 183 hat sich Brigitte Schäuble gemeldet.

Brigitte Schäuble: Vielen Dank. – Meine Damen und Herren! Ich bin die Vorsitzende des CDU-Kreisverbandes Rastatt. Der Antrag C 183 geht weiter als der Antrag C 168, den die Frauen-Union Baden-Württemberg gestellt hat. Wir glauben nicht, dass kleine Änderungen am Prostituiertenschutzgesetz ausreichen. Wir wollen ein Sexkaufverbot analog dem schwedischen Modell. Acht europäische Länder haben mittlerweile zugestimmt, auch Frankreich.

Es gibt sicherlich die glückliche Hure – das will ich nicht bestreiten –, die in Ruhe dem ältesten Gewerbe der Welt nachgeht. Aber ehrlich gesagt, meine Damen und Herren: Das ist eine relativ romantische Vorstellung; denn die Wirklichkeit sieht anders aus; sie ist wesentlich brutaler. Da werden junge Frauen aus ärmeren Ländern unter Vorspiegelung falscher Tatsachen nach Deutschland gelockt. Sie werden mit Alkohol, Drogen und brutaler Gewalt zur Prostitution gezwungen. Sie werden gefügig gemacht und landen in Flattrate-Bordellen. Das alles ist nichts, was die CDU mit ihrem christlichen Menschenbild unterstützen sollte.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, Verantwortung zu übernehmen und Schluss zu machen mit Menschenhandel und Zwangsprostitution. Ich habe vorhin die Rede von Ralph Brinkhaus gehört – das hat mir sehr imponiert –, in der es um die Würde des Menschen ging. Ich denke, dass wir deshalb dem Votum der Antragskommission folgen sollten und die Anträge an die Bundestagsfraktion überweisen sollten. – Danke schön.

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Danke sehr. – Ich weiß nicht, ob Elisabeth Winkelmeier-Becker das noch einmal bestärken möchte.

Elisabeth Winkelmeier-Becker, Antragskommission: Ich bin sehr dankbar für diesen Antrag Ihres Kreisverbandes. Wir nehmen das Thema sehr, sehr gerne mit in die Bundestagsfraktion. Auch wir sehen da einen erheblichen Handlungsbedarf. Frauen befinden sich zu Zigtausenden in unerträglichen Zwangssituationen. Die Übergriffe, die geschehen, sind nichts anderes als eine permanente Vergewaltigung, und das müssen wir unbedingt stoppen.

Ich glaube, darüber hinaus wollen wir auch keine Männer, die es für normal halten, einen anderen Menschen zu kaufen. Was für Partnerschaften kann man von solchen Männern noch erwarten? Deshalb müssen wir da unbedingt einen Schlussstrich ziehen. Auch ich denke, dass das nordische Modell ein guter Weg wäre, und wir nehmen das sehr, sehr gerne mit in die Bundestagsfraktion. – Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Danke schön. – Dann lasse ich über die Anträge C 168 und C 183 in der Fassung der Antragskommission abstimmen und bitte um Ihr Votum für das Ja. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann sind die Anträge einstimmig angenommen.

Zu den Anträgen C 169, C 170, C 171, C 172, C 173, C 174, C 175 bis C 179 habe ich keine Wortmeldungen vorliegen, lasse also auch über die Anträge bis C 179 in der Fassung der Antragskommission abstimmen. Auch da bitte ich um Ihr Votum. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann sind auch diese Anträge angenommen.

Zum Antrag C 180 habe ich eine Wortmeldung von Marc Henrichmann, der auf die Bühne kommen möchte. – Der ist auch nicht mehr da, sodass wir über die Anträge C 180 bis C 183 in der Fassung der Antragskommission abstimmen können. Ich bitte um Ihr Votum durch Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wenige Gegenstimmen. Enthaltungen? – Dann sind auch diese Anträge angenommen.

Zum Antrag C 184 habe ich eine Wortmeldung von Diego Faßnacht vorliegen, der auf die Bühne kommen möchte.

Diego Faßnacht: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Diego Faßnacht aus dem Kreisverband Rhein-Berg in NRW. Mit unserem Antrag, den wir nach einer sehr intensiven Diskussion beim Mitgliederkreisparteitag mit einer sehr großen Mehrheit beschlossen haben, geben wir ein klares Bekenntnis ab: Ja, wir brauchen Einwanderung, ja, wir wollen eine Einwanderung, die sich an den sozialen, wirtschaftlichen und demografischen Bedürfnissen unseres Landes orientiert.

Dazu wollen wir ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild etablieren, das sich an Sprachkenntnissen, Ausbildung, Berufserfahrung, Mangelberufen und dem Alter orientiert. Das ist der erste Teil unseres Antrages.

Die Antragskommission verweist dazu auf das Fachkräfteeinwanderungsgesetz. Wir sind aber der Meinung, dass wir uns als Parteitag auch erlauben können, darüber hinaus zu beschließen. Wir müssen nicht jeden Kompromiss, der mit der SPD beschlossen worden ist, direkt in das Parteiprogramm übernehmen.

(Vereinzelt Beifall)

Der zweite Teil unseres Antrags beschäftigt sich mit der Thematik der illegalen Migration nach Deutschland. Wir wollen den Schengen-Raum und die Asylgesetzgebung europaweit vollenden. Wir wollen die Migration in und nach Deutschland ordnen, steuern und begrenzen. Wir wollen die Ausreisepflicht von ausreisepflichtigen Personen besser durchsetzen. Wir freuen uns daher, dass dieser Teil des Antrags von der Antragskommission weitestgehend übernommen worden ist. Ich möchte trotzdem für unseren Antrag und gegen das Votum der Antragskommission werben.

Nicht mehr in der Fassung der Antragskommission enthalten ist die Zurückweisung von illegalen Migranten an der deutschen Grenze. Nicht-EU-Bürger ohne Einreisedokumente sind an der Grenze zurückzuweisen, soweit sie illegal die Grenze des Schengen-Raums übertreten haben. Nach geltendem Recht muss ein Asylverfahren dort durchgeführt werden, wo europäischer Boden zum ersten Mal betreten worden ist.

(Vereinzelt Beifall)

Es gibt kein Recht für Asylbewerber, bei offenen Grenzen quer durch Europa zu reisen, um sich das Land auszusuchen, in dem sie gern den Asylantrag stellen wollen. Wenn, wie seit vier Jahren, das Asylgesuch an der Grenze Pass und Visum ersetzt, dann hat man nicht rechtlich, aber faktisch das Problem, dass es dieses Recht dann doch gibt.

Deshalb bitte ich darum, dass wir nicht dem Votum der Antragskommission folgen, sondern dem Antrag zustimmen. – Vielen Dank.

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Danke schön. – Für die Antragskommission reagiert Peter Beuth.

Peter Beuth, Antragskommission: Vielen Dank. – Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kern dessen, was in der Fassung der Antragskommission dargestellt ist, ist, dass wir Migration in und nach Deutschland ordnen, steuern und begrenzen wollen. Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, das ist das, was wir auch in dem Werkstattgespräch, das viel Beachtung gefunden hat und bei dem wir eine große Beteiligung hatten, zusammenge-

fasst haben. Das Ergebnis dieses Werkstattgespräches spiegelt im Grunde genommen das Votum der Antragskommission wider. In dem Text, der Ihnen im Votum der Antragskommission vorliegt, sind die wesentlichen Fragen beantwortet worden.

Ich kann uns wirklich nicht empfehlen, dass wir, nachdem das Fachkräfteeinwanderungsgesetz gerade beschlossen worden und es noch nicht einmal in Kraft ist – es wird erst ab 1. März nächsten Jahres in Kraft sein; es ist vorgesehen, dass relativ schnell eine Evaluierung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes in wesentlichen Teilen stattfinden soll –, jetzt wieder ein neues Fass aufmachen oder auf einen Punkt zurückgehen, den wir zumindest nach meiner Einschätzung überwunden haben.

Meine Damen und Herren, das Punktesystem wird uns keinen Millimeter weiterbringen. Nach dem, was jetzt beschlossen worden ist, müssen konkrete Arbeitsplatzzusagen erforderlich sein, wenn jemand zu uns kommen und einer Arbeit nachgehen möchte. Wir brauchen eine qualifizierte Ausbildung von denjenigen, die zu uns kommen. Wir brauchen auch eine Anerkennung der Qualifizierung. Das alles ist im Fachkräfteeinwanderungsgesetz niedergelegt worden. Ich finde, wir sollten diesem Gesetz, das, wie gesagt, beschlossen, aber noch gar nicht in Kraft ist, erst einmal eine Chance geben, bevor wir wieder etwas Neues machen. Insofern bitte ich, der Antragskommission zuzustimmen.

(Beifall)

Antje Tillmann, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Beuth. – Ich lasse über das Votum der Antragskommission für den Antrag 184 abstimmen. Wer ist für diesen Antrag in der Fassung der Antragskommission? – Wer ist dagegen? – Wenige Gegenstimmen. Enthaltungen? – Dann ist dieser Antrag in der Fassung der Antragskommission angenommen.

Für den Antrag 185 und den Initiativantrag I 9 liegen mir keine Wortmeldungen vor, sodass wir auch diese gemeinsam in der Fassung der Antragskommission abstimmen können. Ich bitte um das Votum. Wer ist für das Votum der Antragskommission? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann sind auch diese Anträge so angenommen.

Ich danke Elisabeth Winkelmeier-Becker und Peter Beuth für die Unterstützung seitens der Antragskommission hier auf der Bühne.

(Beifall)

Damit können wir auch das Thema Innenpolitik, Justiz und Verbraucherschutz beenden.

Ich habe jetzt eine themenlose Wortmeldung von Margot Wagner. – Die sehe ich jetzt nicht. Das hat sich vielleicht erledigt.

Ich bitte, die fünf Minuten Verspätung zu entschuldigen, und gebe zum Abschluss an Daniel Günther weiter.

(Beifall)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Damit sind wir am Ende unserer inhaltlichen Beratungen.

Wir blicken auf zwei spannende Parteitagstage zurück. Die Bundesgeschäftsstelle hat die Schnappschüsse auch des gestrigen Sachsen-Abends in einem kleinen Film zusammengeschnitten, den wir uns jetzt noch gemeinsam angucken werden.

(Videoeinspielung – Beifall)

Wir kommen jetzt zum TAGESORDNUNGSPUNKT 23:

Schlusswort

Dafür darf ich das Wort an unsere Parteivorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer übergeben.

Annegret Kramp-Karrenbauer, Vorsitzende der CDU (mit Beifall begrüßt): Liebe Freundinnen und Freunde! Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch auf den Gästetribünen! Zuerst einmal darf ich mich ganz herzlich bei Ihnen allen bedanken, die Sie bis zum Schluss dieses intensiven und arbeitsreichen Parteitages hiergeblieben sind und ganz diszipliniert, aber auch voller Leidenschaft mitdiskutiert haben. Das ist ein gutes Signal für die CDU, für uns alle. Vielen Dank an Sie alle!

(Beifall)

Wir haben bei diesem Parteitag gezeigt: Wir wissen, wie Deutschland in Zukunft aussehen kann, wie wir möchten, dass es aussieht. Wir haben einen Weg beschrieben, wie wir dorthin kommen. Wir haben deutlich gemacht, dass unser Anspruch an uns selbst ist, dass wir Zukunftswerkstatt in Deutschland sind.

Wir haben heute und in diesen Tagen sehr intensiv erlebt, dass wir nicht nur die Ideen und die Programme haben, sondern dass wir vor allen Dingen die starken Männer und Frauen haben, die gemeinsam mit Ihnen und uns allen deutlich machen: Wir sind Deutschlands starke Mitte – nicht mit einem Fragezeichen, nicht mit einem einfachen Punkt, sondern mit einem deutlichen Ausrufezeichen. Das ist das Signal, das vom heutigen Parteitag ausgeht.

(Beifall)

Ich darf mich bei Ihnen allen für die großartige Unterstützung bedanken und dies als Motivation an uns alle mitnehmen, damit wir in diesem Geiste die Arbeit, die vor uns liegt, die Arbeit, die wir selbst uns heute und gestern gegeben haben, im Sinne unserer Partei, aber vor allen Dingen auch im Interesse der Menschen in Deutschland fortsetzen und zu einem Erfolg führen.

Ich darf mich an dieser Stelle nicht nur bei Ihnen bedanken – das habe ich eben getan –, sondern vor allen Dingen auch beim gesamten Team des Konrad-Adenauer-Hauses.

(Beifall)

Ich möchte mich ganz besonders bei zwei Personen bedanken, für die das ein ganz besonderer Parteitag war. Denn es war für sie genauso wie für mich eine Premiere. Lieber Stefan Hennewig, ich gratuliere dir zu deiner Premiere als Bundesgeschäftsführer, und dir, lieber Paul, gratuliere ich zu deiner Premiere als Generalsekretär. Das war kein Gesellenstück, sondern ein Meisterstück. Herzlichen Dank und herzlichen Glückwunsch.

(Lebhafter Beifall)

Ich darf in diesen Dank auch alle Kolleginnen und Kollegen des Konrad-Adenauer-Hauses, die vielen Helferinnen und Helfer, mit einbeziehen. Einige wenige darf ich stellvertretend für alle nennen, weil sie wirklich viel Herzblut in diesen Parteitag gesteckt haben.

An erster Stelle nenne ich ein wahres Urgestein unserer Partei. Lieber Ulf Leisner, dir und deinem Team danke ich für die Organisation. Chapeau! Vielen, vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Vielen Dank auch an Susanna Vogt und ihr Team für eine aufwendige und exzellente Vorbereitung der Antragsberatung. Wir haben über 500 Anträge in dieser Zeit diskutiert und abgestimmt – mal positiv, mal weniger positiv. Das geht nicht aus dem Stand. Dem geht monatelange und wirklich intensive Arbeit voraus. Vielen Dank, liebe Susanne, und herzlichen Glückwunsch.

(Beifall)

Ich darf mich bedanken bei Isabelle Hass und ihren Bereich für die umfangreiche und moderne Kommunikation. Ihr habt das ja mit unserem gläsernen Studio und den Live-Berichterstattungen erlebt, die wir erstmals auf diesem Parteitag vorgenommen haben.

Ich danke den Teams von Johannes Dickhut-Bielsky, Mark Reck und unserem neuen Pressesprecher Hero Warrings. Kaum hast du angefangen, wurdest du direkt ins kalte Wasser geworfen auf diesem Parteitag. Euch allen sage ich vielen herzlichen Dank. Das war großes Kino.

(Lebhafter Beifall)

Ein Dankeschön möchte ich auch an jemanden richten, den wir selten im Vordergrund sehen, den wir aber immer brauchen, damit das, was wir beschließen, auch korrekt ist und Bestand hat. Ein herzliches Dankeschön an unseren Justiziar Peter Brörmann und das gesamte Team, das ihn unterstützt hat.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, ganz besonders danken möchte ich all den Helferinnen und Helfern aus den Landesverbänden. Denn so ein Parteitag funktioniert nicht ohne die Ehrenamtlichen. Auch wenn die Stimmzählkommissionen dank des neuen iPads jetzt und in Zukunft etwas weniger Arbeit haben, brauchen wir die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer. Vielen Dank an euch alle. Das war die gewohnt gute Zusammenarbeit. Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Und in euer aller Namen – da bin ich mir ganz sicher – bedanke ich mich von ganzem Herzen bei den Sanitären, bei den Beamtinnen und Beamten der Polizei, bei den Sicherheitskräften. Wir waren bei ihnen in guten Händen, und zwar nicht nur heute; denn sie achten das ganze Jahr auf uns. Herzlichen Dank von der CDU Deutschlands.

(Lebhafter Beifall)

Einen besonderen Dank sage ich auch der Messe Leipzig, die uns exzellente Arbeitsbedingungen zur Verfügung gestellt hat. Es kommt nicht von ungefähr, dass wir schon mehrmals hier waren, um den Parteitag auszurichten. Ich glaube, auch dieser Parteitag ist eine gute Visitenkarte, und es wird nicht das letzte Mal gewesen sein, dass wir als CDU Deutschlands hier eine so große Veranstaltung abgehalten haben. Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, wir haben in den letzten Tagen viel miteinander diskutiert. Wir haben aber vor allen Dingen viel gearbeitet, und wer jetzt glaubt, dass damit die Arbeit getan ist, den muss ich leider enttäuschen. Denn mit dem heutigen Parteitag fängt sie erst an. Wir haben gestern – das habt ihr mir eindrucksvoll mitgegeben – gesagt: Wir wissen, wie Deutschland aussehen kann und aussehen soll. Wir wissen, was wir tun müssen, damit es so kommt. Und wir wissen, dass wir heute damit anfangen müssen. – Also, lasst uns die Ärmel hochkrempeln. Los geht's!

In diesem Sinne darf ich den 32. Parteitag der CDU Deutschlands beenden und euch herzlich einladen, in diesem Geiste anzupacken und mitzumachen, damit dieses Land noch besser wird, als es schon ist, und damit wir unseren Anteil, den die Menschen von uns erwarten, dazu beitragen können. Lasst uns diesen Parteitag so beenden, wie wir es voller Überzeugung und aus guter Tradition immer tun, nämlich mit unserer Nationalhymne, dem „Lied der Deutschen“.

(Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne – Beifall)

(Schluss: 14.36 Uhr)

A N H A N G

**Beschlussprotokoll
des 32. Parteitags der CDU Deutschlands
am 22./23. November 2019 in Leipzig**

Tagesordnung:

1. Eröffnung
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlussfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der Antragskommission
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der Stimmzählkommission
7. Grußworte
8. Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands
Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden
9. Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands,
zugleich Einführung in die Anträge des Bundesvorstandes
Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs
10. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
11. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament
12. Bericht des Mitgliederbeauftragten der CDU Deutschlands
13. Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands
und Vorlage des Rechenschaftsberichts 2017 gemäß § 23 Abs. 2 Parteiengesetz
14. Bericht der Rechnungsprüfer
15. Bericht der Mandatsprüfungskommission
16. Nachwahl einer/eines stellvertretenden Vorsitzenden der CDU Deutschlands
17. Parallele Programmdebatten und Auswertung
18. Antrag des Bundesvorstandes „Nachhaltigkeit, Wachstum, Wohlstand –
Die Soziale Marktwirtschaft von morgen“
Beratung und Beschlussfassung

19. Antrag des Bundesvorstandes „Digitalcharta Innovationsplattform: D – Verteilte Systeme und offene Schnittstellen für die digitale Zukunft“
Beratung und Beschlussfassung
20. Antrag des Bundesvorstandes „Leipziger Erklärung – 30 Jahre Friedliche Revolution“
Beratung und Beschlussfassung
21. Änderung des Statuts und der Finanz- und Beitragsordnung (FBO) der CDU
Beratung und Beschlussfassung
22. Sonstige Anträge
Beratung und Beschlussfassung
23. Schlusswort

Zu TOP 1: Eröffnung und Begrüßung durch die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Bundesministerin Annegret Kramp-Karrenbauer und den Generalsekretär der CDU Deutschlands, Paul Ziemiak MdB.

Zu TOP 2: Folgendes **Tagungspräsidium** wurde nach Eröffnung des 32. Parteitags der CDU Deutschlands am 22. November 2019 in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen gewählt:

Tagungspräsident:	Michael Kretschmer MdL
Beisitzer:	Daniel Günther MdL David McAllister MdEP Lucia Puttrich MdL Antje Tillmann MdB Annette Widmann-Mauz MdB Oliver Wittke MdB

Zu TOP 3: Die eingangs wiedergegebene **Tagesordnung** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen.

Zu TOP 4: Die vom Bundesvorstand gemäß § 10 Abs. 3 GO-CDU für den 32. Parteitag der CDU Deutschlands bestellte **Antragskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender:	Paul Ziemiak MdB
Stellvertretender Vorsitzender:	Dr. Stefan Hennewig
Weitere Mitglieder:	
Thorsten Alsleben	Dr. Katja Leikert MdB
Philipp Amthor MdB	Karin Maag MdB
Christian Baldauf MdL	Yvonne Magwas MdB
Helge Benda	Elisabeth Motschmann MdB
Peter Beuth MdL	Carsten Müller MdB
Silvia Breher MdB	Manfred Pentz MdL
Steeven Bretz MdL	Karin Prien
Daniel Caspary MdEP	Egon Primas MdL
Gitta Connemann MdB	Lucia Puttrich MdL
Stefan Evers MdB	Thomas Rachel MdB
Dr. Maria Flachsbarth MdB	Tankred Schipanski MdB
Dr. Rainer Gerding	Nadine Schön MdB
Marcel Grathwohl	Daniel Schranz

Michael Grosse-Brömer MdB	Gerd Schreiner MdL
Serap Güler MdL	Sven Schulze MdEP
Christian Haase MdB	Kai Seefried MdL
Manuel Hagel MdL	Albert Stegemann MdB
Mechthild Heil MdB	Antje Tillmann MdB
Ursula Heinen-Esser	Dr. Johann Wadephul MdB
Roland Heintze	Henrik Wärner
Nicole Hoffmeister-Kraut MdL	Kai Whittaker MdB
Josef Hovenjürgen MdL	Annette Widmann-Mauz MdB
Thomas Jarzombek MdB	Bettina M. Wiesmann MdB
Andreas Jung MdB	Elisabeth Winkelmeier-Becker MdB
Karl-Josef Laumann	

Zu TOP 5: Die vom Bundesvorstand für den 32. Parteitag der CDU Deutschlands vorgeschlagene **Mandatsprüfungskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender: Ulf Leisner
Stellvertretender Bundesgeschäftsführer,
Bereichsleiter Organisation & Veranstaltungen
der CDU-Bundesgeschäftsstelle

Stellvertreter: Conrad Clemens
Geschäftsführer CDU-Landesverband Sachsen
Evelin Groß
Geschäftsführerin des CDU-Landesverbandes
Thüringen
Philipp Müller
Geschäftsführer CDU-Landesverband Baden-
Württemberg

Zu TOP 6: Die **Stimmzählkommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt gewählt:

Vorsitzender: Wolfgang Blum
CDU-Bundesgeschäftsstelle

Stellv. Vorsitzende: Ute Elias
CDU-Bundesgeschäftsstelle

Weitere Mitglieder:

Abruszat	Lutz	KV Minden-Lübbecke
Albrecht	Tim	KV Rendsburg-Eckernförde
Arnst	Martin	KV Warendorf-Beckum
Bauder	Yvonne	KV Esslingen
Bechtle	Markus	KV Enzkreis/Pforzheim
Blank	Andreas	KV Wuppertal
Blume	Gerhard	KV Landkreis Leipzig
Bruns	Nicole	KV Schaumburg
Dussin	Stefan	KV Aachen
Ehrle	Manfred	BV Württemberg-Hohenzollern
Ernst	Harald	KV Herford
Fischer	Martin	KV Main-Kinzig
Fischinger	Nicole	KV Böblingen
Frank	Thomas	KV Essen
Gehrmann	Katja	KV Hochtaunus
Göttlicher	Heike	KV Ludwigsburg
Gratias	Jana	KV Chemnitz
Hall	Tanja	KV Schwarzwald-Baar
Heißler	Nicole	KV Karlsruhe-Land
Hess	Philipp	KV Main-Tauber
Hölsken	Marion	KV Leverkusen
Höring	Lennart	KV Rheinisch-Bergischer-Kreis
Jasper	Markus	KV Borken
Joepen	Brigitte	KV Euskirchen
Jordans	Tanja	KV Mönchengladbach
Jung	Roland	KV Siegen-Wittgenstein
Kalusche	Manon-Kristin	KV Stuttgart
Kleinemeier	Hubert	KV Gütersloh
Kleinheyer	Robert	KV Rhein-Kreis Neuss
Koppelmann	Mark	KV Marburg-Biedenkopf
Lülff	Fabian	KV Höxter
Lüttgens	Hanswalther	KV Paderborn
Machill	Johannes	KV Steinfurt
Mannheims	Carsten	KV Aachen Land
Marquard	Franziska	BV Nordostniedersachsen

Masseling	Stephan	KV Bonn
Mehlkopf-Cao	Thomas	KV Mühlheim an der Ruhr
Möller	Elke	KV Lüchow-Danneberg
Naumann	Horst	KV Nordsachsen
Niermann	Guido	KV Soest
Oetjen	Katrin	KV Hameln-Pyrmont
Orthey	Harald	KV Westerwald
Paul	Wilma	KV Konstanz
Pelzer	Inge	KV Salzgitter
Pfrommer	Ursula	KV Calw
Richter	Jens	KV Rotenburg/Wümme
Samson	Ludger	KV Recklinghausen
Schlemper	Sylvia	KV Solingen
Schlüter	Susanne	KV Nienburg
Schmidt	Markus	KV Gießen
Schmidt	Iris	KV Vogelsberg
Schmidt	Jakob	KV Hamburg-Nord
Seidel	Stephan	KV Viersen
Sepbach	Bernd	KV Heilbronn
Siemers	Svenja	KV Baden-Baden u. Rastatt
Sondermann	Philipp	KV Leipzig
Studnik	Ilka	KV Ammerland
Tietz	Iris	KV Oberberg
Tormählen	Dirk	KV Cuxhaven
Utkin	Lilia	KV Hohenlohe
Voss	Uwe	KV Segeberg
Wehrhausen	Karoline	KV Ortenau
Woermann	Michaela	KV Neuwied
Züfle	Andreas	BV Südbaden

Zu TOP 7: Grußworte

Zu TOP 8: Der 32. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundesministerin Annegret Kramp-Karrenbauer**, nach Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 9: Der 32. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Bericht des **Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Paul Ziemiak MdB**, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 10: Der 32. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Ralph Brinkhaus MdB**, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 11: Der 32. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Daniel Caspary MdEP**, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 12: Der 32. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Mitgliederbeauftragten der CDU Deutschlands, Henning Otte MdB**, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 13: Der 32. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands, Dr. Philipp Murmann**, und den gem. § 23 Abs. 2 Parteiengesetz schriftlich vorgelegten **Rechenschaftsbericht 2017** zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 14: Der 32. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht der Rechnungsprüfer** zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 15: Die **Mandatsprüfungskommission** des 32. Parteitags der CDU Deutschlands erstattete folgenden Bericht:

„Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft.

Sie konnte dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1.001 vollstimmberechtigten Delegierten.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission sind für den 32. Parteitag 1.001 Delegierte stimmberechtigt. Von den 1.001 Delegierten waren um 16.20 Uhr 989 Delegierte anwesend.

Der 32. Parteitag ist somit beschlussfähig.

gez. Ulf Leisner

– Vorsitzender –

gez. Conrad Clemens

gez. Evelin Groß

gez. Philipp Müller“

Zu TOP 16: Nachwahl einer/eines stellvertretenden Vorsitzenden der CDU Deutschlands

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	883
Ungültig:	0
Enthaltungen:	25
Gültige Stimmen:	858
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	430
Ja:	701
Nein:	157

Es wurde gewählt:
Silvia Breher MdB

Zu TOP 17: Parallele Programmdebatten und Auswertung

Zu TOP 18: Der 32. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Beratung** in offener Abstimmung über den Antrag des Bundesvorstandes „**Nachhaltigkeit, Wachstum, Wohlstand – Die Soziale Marktwirtschaft von morgen**“ folgende Beschlüsse:

A 1	Annahme
A 2	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 3	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 4	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 5	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 6	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 7	Ablehnung
A 8	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 9	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 10	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 11	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 12	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 13	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A 14	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 15	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 16	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 17	Annahme i.d.F. der Antragskommission bei Ziffer 29
A 18	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 19	Annahme
A 20	Annahme
A 21	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 22	Annahme i.d.F. der Antragskommission bei Ziffer 39
A 23	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 24	Ablehnung
A 25	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 26	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 27	Ablehnung
A 28	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 29	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 30	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 31	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 32	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 33	Ablehnung
A 34	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 35	Als erledigt zu betrachten
A 36	Ablehnung
A 37	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 38	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 39	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A 40	Annahme i.d.F. der Antragskommission bei Ziffer 35
A 41	Annahme i.d.F. der Antragskommission bei Ziffer 35
A 42	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 43	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 44	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 45	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 46	Ablehnung
A 47	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 48	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 49	Ablehnung
A 50	Annahme i.d.F. der Antragskommission bei Ziffer 27
A 51	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 52	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 53	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 54	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 55	Ablehnung
A 56	Ablehnung
A 57	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 58	Ablehnung
A 59	Ablehnung
A 60	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 61	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 62	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 63	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 64	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 65	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A 66	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 67	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 68	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 69	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 70	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 71	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 72	Ablehnung
A 73	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 74	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 75	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 76	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 77	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 78	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 79	Als erledigt zu betrachten
A 80	Ablehnung
A 81	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 82	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 83	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 84	Annahme i.d.F. der Antragskommission bei Ziffer 19
A 85	Annahme i.d.F. der Antragskommission bei Ziffer 27
A 86	Ablehnung
A 87	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 88	Ablehnung
A 89	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 90	Ablehnung
A 91	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A 92	Annahme
A 93	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 94	Ablehnung
A 95	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 96	Ablehnung
A 97	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 98	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 99	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 100	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 101	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 102	Als erledigt zu betrachten
A 103	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 104	Annahme i.d.F. der Antragskommission bei Ziffer 3
A 105	Annahme i.d.F. der Antragskommission bei Ziffer 3
A 106	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 107	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 108	Ablehnung
A 109	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 110	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 111	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 112	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 113	Ablehnung
A 114	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 115	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 116	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 117	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A 118	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 119	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 120	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 121	Aus systematischen Gründen unberücksichtigt zu lassen
A 122	Ablehnung
A 123	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 124	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 125	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 126	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 127	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 128	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 129	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 130	Annahme i.d.F. der Antragskommission bei Ziffer 38
A 131	Ablehnung
A 132	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 133	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 134	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 135	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 136	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 137	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 138	Ablehnung
A 139	Ablehnung
A 140	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 141	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 142	Ablehnung
A 143	Ablehnung

A 144	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 145	Als erledigt zu betrachten
A 146	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 147	Ablehnung
A 148	Ablehnung
A 149	Ablehnung
A 150	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 151	Ablehnung
A 152	Ablehnung
A 153	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 154	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 155	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 156	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 157	Ablehnung
A 158	Annahme
A 159	Ablehnung
A 160	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 161	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 162	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 163	Ablehnung
A 164	Ablehnung
A 165	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 166	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 167	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 168	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 169	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A 170	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 171	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 172	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 173	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 174	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 175	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 176	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 177	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 178	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 179	Annahme
A 180	Ablehnung
A 181	Annahme
A 182	Annahme
A 183	Als erledigt zu betrachten
A 184	Annahme

(Der Wortlaut der Anträge A 1 bis A 184 ist in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt. Diese findet sich auch unter www.cdu.de/leipzig2019/antraege-und-beschluesse.)

Zu TOP 19: Der 32. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Beratung** in offener Abstimmung über den Antrag des Bundesvorstandes **„Digitalcharta Innovationsplattform: D – Verteilte Systeme und offene Schnittstellen für die digitale Zukunft“** folgende Beschlüsse:

D 1	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 2	Ablehnung
D 3	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 4	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 5	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 6	Annahme i.d.F. der Antragskommission

D 7	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 8	Ablehnung
D 9	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 10	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 11	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 12	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 13	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 14	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 15	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 16	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 17	Annahme i.d.F. der Antragskommission bei Ziffer 11
D 18	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 19	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 20	Annahme
D 21	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 22	Annahme
D 23	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 24	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 25	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 26	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 27	Ablehnung
D 28	Ablehnung
D 29	Ablehnung
D 30	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 31	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 32	Annahme i.d.F. der Antragskommission

D 33	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 34	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 35	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 36	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 37	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 38	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 39	Annahme
D 40	Annahme
D 41	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 42	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 43	Ablehnung
D 44	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 45	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 46	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 47	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 48	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 49	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 50	Annahme
D 51	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 52	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 53	Annahme
D 54	Annahme
D 55	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 56	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 57	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 58	Annahme i.d.F. der Antragskommission

D 59	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 60	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 61	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 62	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 63	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 64	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 65	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 66	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 67	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 68	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 69	Annahme
D 70	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 71	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 72	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 73	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 74	Annahme
D 75	Annahme
D 76	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 77	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 78	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 79	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 80	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 81	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 82	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 83	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 84	Annahme i.d.F. der Antragskommission

D 85	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 86	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 87	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 88	Annahme
D 89	Annahme
D 90	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 91	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 92	Annahme
D 93	Annahme
D 94	Annahme
D 95	Annahme
D 96	Annahme
D 97	Annahme
D 98	Annahme
D 99	Annahme
D 100	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 101	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 102	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 103	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 104	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 105	Ablehnung
D 106	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 107	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 108	Annahme i.d.F. der Antragskommission

(Der Wortlaut der Anträge D 1 bis D 108 ist in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt. Diese findet sich auch unter www.cdu.de/leipzig2019/antraege-und-beschluesse.)

C 12	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 13	Überweisung an den Bundesfachausschuss Soziale Sicherung und Arbeitswelt
C 14	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 15	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 16	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 17	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 18	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 19	Ablehnung
C 20	Ablehnung
C 21	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 22	Als erledigt zu betrachten
C 23	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 24	Überweisung an den Bundesfachausschuss Soziale Sicherheit und Arbeitswelt
C 25	Ablehnung
C 26	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 27	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 28	Ablehnung
C 29	Annahme
C 30	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 31	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 32	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 33	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 34	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 35	Annahme
C 36	Annahme i.d.F. der Antragskommission

- C 37 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 38 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 39 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 40 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 41 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 42 Annahme
- C 43 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 44 Als erledigt zu betrachten
- C 45 Annahme i.d.F. des Antrags C 35
- C 46 Überweisung an die CDU/CSU-Gruppe
in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament
sowie an den Bundesfachausschuss Europapolitik
- C 47 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 48 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 49 Annahme i.d.F. des Antrags C 61
- C 50 Annahme
- C 51 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 52 Annahme i.d.F. des Antrags C 61
- C 53 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 54 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 55 Annahme
- C 56 Annahme
- C 57 Überweisung an die CDU-Fraktionen der Landtage
sowie der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhaus
es von Berlin
- C 58 Überweisung an die CDU-Fraktionen der Landtage
sowie der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhaus
es von Berlin

- C 59 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 60 Annahme
- C 61 Annahme
- C 62 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 63 Überweisung an den Bundesvorstand
sowie die Struktur- und Satzungskommission
- C 64 Überweisung an die Struktur- und Satzungskommission
- C 65 Ablehnung
- C 66 Überweisung an die Struktur- und Satzungskommission
sowie an die Bundesfinanzkommission
- C 67 Annahme
- C 68 Ablehnung
- C 69 Überweisung an die Struktur- und Satzungskommission
- C 70 Überweisung an die Struktur- und Satzungskommission
sowie an die Bundesfinanzkommission
- C 71 Überweisung an die Struktur- und Satzungskommission
- C 72 Ablehnung
- C 73 Überweisung an die Struktur- und Satzungskommission
sowie an die Bundesfinanzkommission
- C 74 Überweisung an die Struktur- und Satzungskommission
sowie an die Bundesfinanzkommission
- C 75 Als erledigt zu betrachten
- C 76 Ablehnung
- C 77 Überweisung an die Struktur- und Satzungskommission
sowie an die Bundesfinanzkommission
- C 78 Ablehnung
- C 79 Überweisung an die Struktur- und Satzungskommission
- C 80 Ablehnung

- C 81 Überweisung an das Netzwerk Sport sowie das cnetz – Verein für Netzpolitik e. V.
- C 82 Behandlung und Ablehnung bei Ziffer 9 Antrag D
- C 83 Annahme
- C 84 Annahme
- C 85 Ablehnung
- C 86 Als erledigt zu betrachten
- C 87 Ablehnung
- C 88 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 89 Überweisung an das Netzwerk Sport sowie das cnetz – Verein für Netzpolitik e. V.
- C 90 Als erledigt zu betrachten
- C 91 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 92 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 93 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 94 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 95 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 96 Annahme
- C 97 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 98 Überweisung an die Struktur- und Satzungskommission sowie den Bundesfachausschuss Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land i.d.F. der Antragskommission
- C 99 Ablehnung
- C 100 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 101 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 102 Annahme i.d.F. der Antragskommission
- C 103 Annahme i.d.F. der Antragskommission

C 104	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 105	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 106	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 107	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 108	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 109	Annahme
C 110	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 111	Ablehnung
C 112	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 113	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 114	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 115	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 116	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 117	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 118	Annahme
C 119	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 120	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 121	Ablehnung
C 122	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an die CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürger- schaften und des Abgeordnetenhauses von Berlin
C 123	Annahme
C 124	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 125	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 126	Ablehnung
C 127	Überweisung an den Bundesvorstand
C 128	Als erledigt zu betrachten

C 129	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 130	Überweisung an den Bundesfachausschuss Gesellschaftlicher Zusammenhalt sowie den Bundesfachausschuss Soziale Sicherung und Arbeitswelt
C 131	Überweisung an den Bundesvorstand
C 132	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 133	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 134	Annahme
C 135	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 136	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 137	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 138	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 139	Ablehnung
C 140	Ablehnung
C 141	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 142	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 143	Überweisung an den Bundesfachausschuss Soziale Sicherung und Arbeitswelt
C 144	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 145	Überweisung an die Abgeordneten der CDU des Deutschen Bundestags
C 146	Ablehnung
C 147	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 148	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 149	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 150	Annahme
C 151	Annahme

C 152	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 153	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 154	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 155	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 156	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 157	Annahme
C 158	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 159	Annahme
C 160	Ablehnung
C 161	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 162	Annahme
C 163	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 164	Annahme
C 165	Annahme
C 166	Überweisung an den Bundesfachausschuss Innere Sicherheit i.d.F. der Antragskommission
C 167	Überweisung an den BACDJ
C 168	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 169	Annahme
C 170	Überweisung an den Bundesfachausschuss Innere Sicherheit
C 171	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 172	Annahme
C 173	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 174	Als erledigt zu betrachten
C 175	Ablehnung
C 176	Annahme i.d.F. der Antragskommission

C 177	Ablehnung
C 178	Überweisung an den Bundesfachausschuss Innere Sicherheit
C 179	Annahme
C 180	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 181	Annahme
C 182	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 183	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 184	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 185	Annahme
C 186	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 187	Ablehnung
C 188	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 189	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 190	Annahme
C 191	Annahme
C 192	Annahme
C 193	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 194	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 195	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 196	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 197	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 198	Annahme
C 199	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 200	Ablehnung
C 201	Überweisung an die CDU-Fraktion im Nieder- sächsischen Landtag

C 202	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 203	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 204	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 205	Überweisung an die CDU-Fraktion im Landtag des Saarlandes
C 206	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 207	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 208	Ablehnung
C 209	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 210	Annahme
C 211	Annahme
C 212	Annahme
C 213	Annahme
C 214	Annahme i.d.F. des Antrags C 228
C 215	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 216	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 217	Annahme
C 218	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 219	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 220	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie die CDU-Landtagsfraktion Baden-Württemberg
C 221	Annahme
C 222	Überweisung an die CDU-Landtagsfraktion Baden-Württemberg
C 223	Überweisung an den Bundesfachausschuss Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land
C 224	Annahme

C 225	Annahme
C 226	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 227	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 228	Annahme
C 229	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 230	Annahme
C 231	Ablehnung
C 232	Ablehnung
C 233	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 234	Ablehnung
C 235	Annahme i.d.F. des Antrags C 213
C 236	Annahme i.d.F. des Antrags C 213
C 237	Annahme
C 238	Überweisung an den Bundesfachausschuss Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land
C 239	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 240	Annahme
C 241	Ablehnung
C 242	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 243	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 244	Annahme
C 245	Ablehnung
C 246	Annahme
C 247	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 248	Als erledigt zu betrachten
C 249	Annahme

C 250	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 251	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 252	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 253	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 254	Als erledigt zu betrachten
C 255	Als erledigt zu betrachten
C 256	Ablehnung
C 257	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 258	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 259	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 260	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 261	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 262	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 263	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 264	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 265	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 266	Als erledigt zu betrachten
C 267	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
i 1	Annahme i.d.F. der Antragskommission
i 2	Annahme i.d.F. der Antragskommission
i 3	Annahme
i 4	Annahme i.d.F. der Antragskommission
i 5	Annahme i.d.F. der Antragskommission
i 6	Annahme i.d.F. der Antragskommission
i 7	Überweisung an das Netzwerk Sport sowie das cnetz – Verein für Netzpolitik e. V.

- i 8 Annahme
- i 9 Annahme
- i 10 Annahme
- i 11 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- i 12 Annahme
- i 13 Überweisung an den Bundesfachausschuss Umwelt und Landwirtschaft
- i 14 Überweisung an die CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
- i 15 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die verbundene Beschlussfassung über die sonstigen Anträge C 65, C 68, C 72, C 76, C 78 und C 80 erfolgte auf Antrag in geheimer Abstimmung mit folgendem Ergebnis:

Ablehnung

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 635

Ungültig: 0

Enthaltungen: 8

Gültige Stimmen: 627

Ja: 493

Nein: 134

(Der Wortlaut der Anträge C 1 bis C 267 ist in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt. Der Wortlaut der Anträge i 1 bis i 15 ist in der „Sammlung der Initiativanträge sowie Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt. Diese finden sich auch unter www.cdu.de/leipzig2019/antraege-und-beschluesse.)

Zu TOP 23: Schlusswort der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundesministerin Annegret Kramp-Karrenbauer

REDNERVERZEICHNIS

	Seite
Aden, Dietrich	237 f.
Albrecht, Philipp	170
Althusmann, Bernd	92 f.
Altmaier, Peter	136 f.
Amthor, Philipp	194 f., 241 f., 261 f.
Behrens, Sven	145 f.
Bernd, Rolf	167 f.
Bernstiel, Christoph	193 f.
Beuth, Peter	272 f.
Bock, Nico	188 f.
Bohl, Andreas	257 f.
Bouffier, Volker	60 ff.
Branßen, Jörg	108 f.
Breher, Silvia	115 ff., 117
Brenning, Ernst	191, 245 f.
Brinkhaus, Ralph	198 ff.
Caspary, Daniel	181 ff.
Clemens, Conrad	114
Connemann, Gitta	209 ff., 211 f.
Damman-Tamke, Helmut	228 f.
Dietrich, Daniela	157 f., 263
Ellmann, Anne	226
Faßnacht, Diego	271 f.
Ferstl, Johannes	140

Fischer, Martin	163 f.
Flachsbarth, Maria	254 f., 255
Fühner, Christian	147 f.
Gerig, Alois	226 ff.
Gniodorsz, Kevin Thomas	153, 154
Gröhe, Herrmann	106
Güler, Serap	121 f., 122
Günther, Daniel	118, 178, 190 f., 192, 193, 194, 195, 197, 234 f., 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243 f., 244 f., 246, 247 f., 248, 249 f., 274
Hannack, Elke	165 f.
Hans, Tobias	102 ff.
Hardt, Jürgen	257
Haseloff, Rainer	178 ff.
Heinen-Esser, Ursula	209, 229
HeutesBluhm, Gudrun	64 f.
Hilbers, Reinhold	156
Hirte, Christian	254
Jacoby, Peter	253
Jarzombek, Thomas	186 f.
Jung, Andreas	133, 134, 145, 148
Jung, Burkhard	20 ff.
Jung, Franz-Josef	100 f.
Karliczek, Anja	130 f.
Kemmer, Ronja	120, 121
Klößner, Julia	68 ff., 118 f., 119, 120, 121, 122 f., 207 f. 229 ff.
Koch, Ilona	238

Kortkamp, Finn Erik	242
Kovac, Kordula	166
Kramp-Karrenbauer, Annegret	5 f., 7, 8 f., 10 ff., 34 ff. 170 f., 214 f., 226, 274 ff.
Krauß, Alexander	105 f.
Kretschmer, Michael	12 ff., 16 ff., 30, 60, 113 f., 114, 116 f., 176 f.
Kuban, Tilman	86 ff., 166 f., 236 f., 243
Kühne, Roy	233 f.
Lagosky, Uwe	135 f.
Lanig, Urban	267, 268
Laschet, Armin	83 ff.
Laumann, Karls-Josef	139, 158, 160
Leickert, Katja	260
Liese, Peter	101 f.
Linnemann, Carsten	70 ff., 156 f.
Littmann, Annette	150
Luczak, Jan-Marco	246 f.
Ludwig, Fred-Holger	265 f., 266
Magwas, Yvonne	99 f.
Mann, Thomas	81 ff.
McAllister, David	20, 22 f., 29 f., 60, 181, 184, 198, 205
Merbach, Wolfgang	145
Merkel, Angela	30 ff.
Merz, Friedrich	74 ff.
Messarosch, Gabi	170, 171
Mitsch, Alexander	261
Müller, Carsten	249

Müller-Lietzkow, Jörg	184 f., 189
Murmann, Philipp	250 ff.
Natterer, Christian	244, 248 f.
Otte, Henning	175 f.
Peters, Tim	132, 258, 259, 260
Pielow, Cornelia	141
Plambeck, Ole	149 f.
Ploß, Christoph	173 f.
Puttrich, Lucia	15 f., 19 f., 93, 95, 96, 143 f., 145, 146 f., 148, 149 f., 150, 151 f. 152 f. 153, 154, 155, 161 f. 162, 163, 164 f. 166, 167, 168, 169, 170, 171 f. 172 f., 174, 205, 206, 207, 209, 211, 212, 214, 226, 228, 229, 232, 233, 234
Radke, Dennis	78 ff.
Reichel, Markus	94 f.
Reinhart, Wolfgang	95 f., 96
Röttgen, Norbert	107 f., 192 f.
Rüter, Marc	206
Savural, Necdet	111, 112
Schäfer, Thomas	155
Schartz, Günther	152, 154
Schäuble, Brigitte	270
Schauerte, Hartmut	162 f.
Schindler, Norbert	212 f. 214
Schmieder, Anne	165
Schmitz, Simon	238 f.
Schön, Nadine	98 f., 119
Schulze, Sebastian	239, 256
Schwarz-Schilling, Christian	197
Söder, Markus	215 ff.

Spahn, Jens	66 f.
Thiele, Ulf	138 f., 140 f., 158
Tillmann, Antje	123, 129 f., 131 f., 133 f., 135 f. 136, 137 f., 139, 140, 141 f., 149, 150 f., 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160 f., 184, 187 f., 189 f., 254, 255, 256, 257, 258, 260, 261, 262, 283, 264 f., 265, 266, 267 , 268 f, 269, 270, 271, 272, 273 f.
Tipi, Ismail	269
von Boetticher, Christian	206 f.
von der Leyen, Ursula	23 ff.
von Elverfeldt, Max	232 f.
Wadephul, Johann	97 f., 256, 258
Warning, Till	195 f.
Wegner, Kai	109 f.
Weickert, Michael	240
Weiß, Peter	112 f., 159
Westermayer, Waldemar	248
Whittaker, Kai	164, 166, 168 f., 170, 174
Widmann-Mauz, Annette	80 f., 118, 123, 250, 253, 267 f.
Wiesmann, Bettina	148
Wiesmann, Bettina	264
Willsch, Klaus-Peter	262 f.
Winkelmeier-Becker, Elisabeth	269 f., 271
Wittke, Oliver	34, 64, 66, 67, 70, 74, 78, 80, 81, 83, 86, 91, 98, 99, 100, 101, 102, 104, 105, 107, 108, 109, 111, 112, 113, 175, 178, 180
Ziemiak, Paul	5, 7, 8, 9 123 ff., 172, 235 f., 240 f.

Herausgeber:

CDU-Bundesgeschäftsstelle · Kampagne und Marketing · Klingelhöferstraße 8 · 10785 Berlin
Telefon 030 220700 · Telefax 030 22070111 · www.cdu.de/kontakt